

Jahrbuch für Antisemitismusforschung

17

Herausgegeben von Wolfgang Benz

Metropol

Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17

Herausgegeben von Wolfgang Benz
für das Zentrum für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin

Redaktion:

Werner Bergmann, Mona Körte, Peter Widmann
Geschäftsführende Redakteurin: Juliane Wetzel

Redaktionsanschrift: Zentrum für Antisemitismusforschung
Technische Universität Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7
D-10587 Berlin
Tel.: 0 30-3 14-2 31 54
Fax: 0 30-3 14-2 11 36

ISBN: 978-3-940938-20-6

ISSN: 0941-8563

© 2008 Metropol Verlag
Ansbacher Straße 70 · D-10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: MB Medienhaus Berlin

Inhalt

Vorwort	9
FEINDBILD ISLAM UND ISLAMISIERTER ANTISEMITISMUS	
ANGELIKA KÖNIGSEDER	
Feindbild Islam	17
PETER WIDMANN	
Der Feind kommt aus dem Morgenland Rechtspopulistische „Islamkritiker“ um den Publizisten Hans-Peter Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit Juden	45
YASEMIN SHOOMAN	
Islamfeindschaft im World Wide Web	69
JOCHEN MÜLLER	
Zwischen Abgrenzen und Anerkennen Überlegungen zur pädagogischen Begegnung von antisemitischen Einstellungen bei deutschen Jugendlichen muslimischer/arabischer Herkunft	97
SINA ARNOLD · GÜNTHER JIKELI	
Judenhass und Gruppendruck – Zwölf Gespräche mit jungen Berlinern palästinensischen und libanesischen Hintergrunds...	105
ANTISEMITISMUS	
MARIJA VULESICA	
Antisemitismus im ersten Jugoslawien 1918 bis 1941	131

MIRIAM BISTROVIC

- Das Stereotyp der jüdischen Finanzmacht
in den japanischen Medien 153

DANIELA KRAUS

- Bernhard Förster und seine Siedlung Nueva Germania
in Paraguay 171

THOMAS GONDERMANN

- Vom politischen Antisemitismus zum politischen Antiamerikanismus
Der Wandel sozialer Demagogie bei Hermann Ahlwardt 195

NATIONALSOZIALISMUS UND SEINE FOLGEN

CLAUS BERNET

- Baugenossenschaften während des Nationalsozialismus –
Der Berliner Spar- und Bauverein im Zeichen
der Gleichschaltung 219

SARA BERGER

- Selbstinszenierung eines „Judenberaters“ vor Gericht
Friedrich Boßhammer und das „funktionalistische Täterbild“ 243

NINA BSCHORR

- „Wir wollten alle so gerne lernen ...“
Die UNRRA-Universität im DP-Camp Deutsches Museum
in München 269

60 JAHRE ISRAEL

SHLOMO SHAFIR

- Helmut Schmidt:
Seine Beziehungen zu Israel und den Juden 297

BESPRECHUNGSESSAYS

ISABEL ENZENBACH

Kalif Storch und der Bilderbuchjude
Antisemitische Illustrationen in einer bibliophilen Neuauflage
des Märchens 325

WOLFGANG BENZ

Die Verfolgung und Ermordung der Juden Europas
in Dokumenten 337

Die Autorinnen und Autoren 345

Vorwort

Antisلامische Ressentiments haben seit dem 11. September 2001 weltweit Konjunktur. Die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004 löste emotionale Reaktionen im Publikum aus, die sich zu einem Phänomen steigerten, das man mittlerweile als Islamophobie bezeichnet. Das auf Ressentiments gegründete, mit Stereotypen agierende, verbreitete Ängste instrumentalisierende Feindbild hat sich auf einem politisch-sozialen Aktionsfeld etabliert, das Impulse von Moscheebau-Projekten, aus Debatten über Kopftuch und Zwangsehe, über die von Aufgeregten und Fanatikern beschworene und von Geängstigten geglaubte Gefahr einer Islamisierung Europas erhält.

Für die Vorurteilsforschung hat sich damit ein neues Arbeitsfeld ergeben. Die Problematisierung der Phänomene, bei der der Umgang mit Judenfeindschaft paradigmatische Funktionen hat, steckt noch in den Anfängen. Die Judenfeindschaft von Muslimen – wahrgenommen als antiisraelische Propaganda, als Gegenstand exzentrischer Hasspredigten, als mediale Erscheinung, als individuelles Bekenntnis – ist schon länger zum Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit geworden und wird dies auch bleiben, solange Feindschaft gegen den jüdischen Staat und über Israel hinaus gegen „die Juden“ artikuliert wird.

Die Parallelen zu Antisemitismus und Judenfeindschaft sind unverkennbar: Mit Stereotypen und Konstrukten, die als Instrumentarium des Antisemitismus geläufig sind, wird Stimmung gegen Muslime erzeugt. Dazu gehören Verschwörungsfantasien ebenso wie vermeintliche Grundsätze und Gebote der Religion, die mit mehr Eifer als Sachkenntnis behauptet werden. Die Wut der neuen Muslimfeinde gleicht dem alten Zorn der Antisemiten gegen die Juden. Die Verabredung einer Mehrheit gegen das Kollektiv der Minderheit, das ausgegrenzt wird (einst und immer noch „die Juden“, jetzt zusätzlich „die Muslime“), ist gefährlich, wie das Paradigma der Judenfeindschaft durch seine Umsetzung im Völkermord lehrt.

Die pauschale Stigmatisierung des Islam und der Muslime wird in Medien, von Wissenschaftlern, Politikern und auf alltäglichen Foren geübt. Überfremdungsängste lassen sich mit der Abwehr von Moscheebauprojekten stimulieren,

und zweifelhafte Experten agitieren im Schulterschluss mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in Bürgerinitiativen ebenso wie in seriösen Journalen.

Ein Kulminationspunkt war im September 2008 erreicht, als Islam-Feinde sich mit Rechtsextremen in Köln zum Protest gegen Liberalität und Toleranz vereinten. Der „Anti-Islamisierungs-Kongress“ war freilich, dank der Zahl der Gegendemonstranten und dank bürgerlichen Engagements gegen xenophobische Hysterie nicht die machtvolle „Kraftprobe gegen die *Political Correctness*“ geworden, wie eine vom Verfassungsschutz beobachtete Zeitung im Vorfeld frohlockt hatte, sondern kläglich gescheitert. Das gleiche Blatt spricht von „Landnahme“, nennt den Islam die „totalitäre Bedrohung des 21. Jahrhunderts“ und propagiert Widerstand gegen Überfremdung angesichts eines vermuteten Ansturms auf Europa. Differenziert wird weder hier noch in den gemäßigten Zonen der Publizistik zwischen der Mehrheit friedlicher Anhänger der islamischen Religion und einer kleinen Minderheit wütender und extremer Islamisten. Die dem Verfolgungseifer der Islamophoben Abgeneigten, die Toleranz als Grundverabredung der demokratischen Gesellschaft verstehen, werden diffamiert als „Quislinge und Karrieristen, die früh in das Lager der kommenden Mächte übergelaufen sind und als eloquente Konvertiten, Vorzeige-Imame oder Verbandsfunktionäre ihren Renegatenfanatismus ganz in den Dienst der Bewegung stellen“.

Aus der Perspektive der Vorurteilsforschung ist das Phänomen der Islamfeindschaft deshalb interessant, weil weithin mit Stereotypen argumentiert wird, die aus der Antisemitismusforschung bekannt sind, etwa der Behauptung, die jüdische bzw. die islamische Religion sei böseartig inhuman und verlange von ihren Anhängern unmoralische Verhaltensweisen gegenüber Andersgläubigen. Anlass für die intensive Beachtung dieses Problemfelds besteht also durchaus im Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Der Beitrag von Angelika Königseder, der den Schwerpunkt Islamkritik und Islamophobie eröffnet, beleuchtet die Problematik im Überblick.

Peter Widmann setzt sich mit Methoden und Motiven der „Islamkritik“ auseinander, für den der Publizist Hans-Peter Raddatz die publikumswirksame Figur des „Experten“ darstellt. Dass mit der Gleichsetzung des Islam (also der Mehrheit friedlicher Muslime) und radikaler Islamisten (einer terroristischen Minderheit von Extremisten) irrationale Verschwörungsmymen und Fremdenfeindlichkeit propagiert werden, ist das Resultat einer Hysterie, die sich gegen die Idee der Toleranz als einer zentralen Kategorie der demokratischen Werteordnung ausweitet.

Die Horrorszenarien, mit denen kleinbürgerliche Bedrohungs- und Überfremdungsängste stimuliert werden, finden sich nicht nur im rechten Spektrum, sie werden auch in angesehenen Zeitungen und Zeitschriften entfaltet, von „Experten“ vorgetragen, und Islamophobie grassiert, wie Yasemin Shooman mit vielen Beispielen belegt, vor allem im Internet.

In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Studie von Sina Arnold und Günther Jikeli über die Artikulation antisemitischer Ressentiments von Jugendlichen mit palästinensischem und libanesischem Migrationshintergrund in Berlin-Kreuzberg. Jochen Müllers Überlegungen zur pädagogischen Reaktion auf Israelhass und Antisemitismus deutscher Jugendlicher arabischer bzw. muslimischer Herkunft schließen unmittelbar an: Es müssen Wege gefunden werden, den Jugendlichen Perspektiven zu vermitteln, die ihnen aus der Isolation eindimensionaler Opferhaltung heraushelfen. Aufgabe der Antisemitismusforschung, die sich als Vorurteilsforschung begreift und Judenfeindschaft als erkenntnisleitendes Paradigma versteht, ist es, beide Phänomene in den Blick zu nehmen: Hass gegen die Juden und den Judenstaat, wie er von Muslimen artikuliert wird, und Hass gegen die Muslime, der sich der gleichen Methoden bedient, die vom christlichen Antijudaismus wie vom rassistischen Antisemitismus entwickelt wurden.

Die traditionellen Forschungsfelder sind aber noch lange nicht erschöpft. Forschungs- und Diskussionsdesiderata zur Judenfeindschaft im ersten Staat Jugoslawien (1918–1941) zeigt Marija Vulesica in einem Beitrag, der den Mythos zerstört, Antisemitismus sei auf dem Balkan in der Zwischenkriegszeit allenfalls eine marginale Erscheinung gewesen. Die Gewalt gegen Juden in der Staatsgründungsphase Jugoslawiens ist ebenso vergessen wie die Verweigerung des Bürgerrechts und die in den Medien gepflegten Ressentiments gegen Juden, schließlich die Vertreibungen, die in einzelnen Regionen geschahen. Auch nach der Auflösung des zweiten jugoslawischen Staates stößt der Judenmord unter deutscher Okkupation kaum auf das Interesse der Historiker, umso weniger ist die Geschichte autochthoner Judenfeindschaft in Jugoslawien thematisiert.

Miriam Bistović untersucht die mediale Präsenz von Juden und Israelfeindschaft in Japan. Motive und Funktion des Antisemitismus in einem Land ohne Juden erklären viel über das Wesen des Vorurteils. Ohne eigene historische Tradition der Ressentiments gegen Juden lassen sie sich doch in vielen Zusammenhängen instrumentalisieren, als antiamerikanische oder antiglobalistische Metapher gebrauchen

und zum Beispiel als Erklärungspotenzial für ökonomische Probleme nutzen. Das Fehlen der Tradition erklärt auch einen den Holocaust leugnenden Artikel im Zentrum der Marco Polo Affäre Mitte der 1990er-Jahre. Das als seriös geltende japanische Magazin, das nach Protesten gegen den Beitrag eines Hobby-Historikers „Es gab keine Nazi-Gaskammern“ eingestellt wurde, hatte sich zunächst auf die Pressefreiheit berufen, und dies war typisch für die japanische Medienpraxis, in der fundierte Berichte gleichberechtigt neben polemischen Traktaten, Wissenschaft neben Verschwörungstheorien erscheinen.

Drei Beiträge dieses Jahrbuchs sind Problemen der Zeit des Nationalsozialismus und ihren Folgen gewidmet. Am Beispiel einer Berliner Baugenossenschaft zeigt Klaus Bernet, wie sich Organisationen ab 1933 gleichschalten ließen, wie nationalsozialistische Ideologie und Antisemitismus in unpolitische Räume eindringen. Sara Berger demonstriert die Verteidigungsstrategie eines NS-Täters, des SS-Sturmbannführers Friedrich Boßhammer. Er hatte als „Judenberater“ eine wichtige Rolle bei der Deportation der italienischen Juden gespielt. Boßhammer, der 1971/72 in Berlin vor Gericht stand, inszenierte sich im Rahmen des seinerzeit dominanten Täterbildes, nach dem die Ausführenden der NS-Verbrechen motivlose und autoritätsgeleitete Werkzeuge eines Staates waren, mit dessen Unrechtscharakter sie nichts zu tun hatten. Im Gegensatz zu vielen vorangegangenen Verfahren gelang es der Staatsanwaltschaft im Fall Boßhammer allerdings, ihn entgegen seiner Selbststilisierung als Initiativtäter darzustellen und zu verurteilen.

In München existierte von Februar 1946 bis Mai 1947 im Haus des Deutschen Museums eine Universität für Displaced Persons unter dem Dach der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA). Etwa 2000 Studierende waren in sechs Fakultäten immatrikuliert, um Bildungschancen wahrzunehmen für eine Zukunft nach der Verfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland, die sie ihrer Heimat, oft ihrer Angehörigen, vielfach ihrer Gesundheit beraubt hatte. Die Probleme des Studienalltags stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Nina Bschorr. Die erstrebte Fortführung der Bildungsstätte als internationale Universität erwies sich als nicht durchführbar. Im September 1948 beendete auch die Liquidierungskommission ihre Tätigkeit, die UNRRA-Universität blieb eine Episode in der Geschichte der Folgen des Nationalsozialismus.

Antisemitische Klassiker des 19. Jahrhunderts, der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt und der Koloniegründer Bernhard Förster, stehen im Mittelpunkt zweier

Beiträge. Ahlwardt ist in die Geschichte eingegangen als lautstarker Vertreter des „Radau-Antisemitismus“, der im Reichstag der 90er-Jahre des 19. Jahrhunderts mit oratorischen Anstrengungen vor allem Heiterkeit erregte, als Sozialdemagoge aber Erfolg hatte. Die populistische Agitation Ahlwardts, in der ursprünglich Juden und Jesuiten im Mittelpunkt von Verschwörungsfantasien stehen, transformierte die Inhalte gegen neue Feinde: die Exponenten des amerikanischen Wirtschaftsimperialismus. Diese frühen Zusammenhänge von Antisemitismus und Antiamerikanismus werden von Thomas Gondermann erstmals analysiert.

Bernhard Förster, prominenter Vertreter völkischer Ideen und Agitator der politischen und sozialen Judenfeindschaft, der 1880 zu den Initiatoren der Antisemiten-Petition gehörte, hatte die Vision eines germanischen Utopia, die er ab 1882 in Paraguay im Siedlungsprojekt „Nueva Germania“ zu realisieren suchte. Das Projekt entwickelte sich desaströs. Nach dem Tod Bernhard Försters führte seine Frau Elisabeth Förster-Nietzsche die Kolonie weiter, bis auch sie scheiterte und sich durch Flucht den wirtschaftlichen Problemen entzog. Die Leitmotive des diktatorisch, aber ohne Sachkompetenz betriebenen rassistischen Kolonisationsprojektes hatte Förster von Gobineau, Richard Wagner und Paul de Lagarde übernommen. Der Anspruch, ein Neu-Deutschland auf südamerikanischem Boden zu gründen, um von dort aus die geistige Erneuerung des Mutterlandes nach völkischen Idealen voranzutreiben, war, wie Daniela Kraus eindrucksvoll beschreibt, nicht nur eine politisch-soziale Illusion, sondern auf der organisatorischen, ökonomischen und finanziellen Ebene krasser Dilettantismus eines weltfremden Fantasten, der aber als Judenfeind erhebliche Wirkung gehabt hatte.

Wie geht man mit Kunstwerken um, die Antisemitismus und Rassismus als unterschwellige Botschaft vermitteln? Isabel Enzenbach exemplifiziert das Problem an den Illustrationen zum Märchen „Kalif Storch“, mit denen eine Edition des Aufbau Verlages geziert ist. Die Grafiken des Künstlers Max Reach wurden als Wiederentdeckung aus der Epoche des Jugendstils 2002 für eine Ausgabe zum 200. Geburtstag des Autors Wilhelm Hauff präsentiert. Aufschlussreich und typisch die Reaktion des Verlags, als Kritik an den Zeichnungen und ihren eindeutig rassistischen und antisemitischen Attributen laut wurde. Die offensive Verteidigung der Verlagsinteressen ist paradigmatisch für den Umgang mit sensiblen Themen, bei dem stereotype Symbole (Davidstern, Wulstlippen, gebogene Nase) auf der Meta-Ebene Assoziationen freisetzen und Vorurteile stimulieren.

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hatte ein distanzierteres Verhältnis zu Israel als Helmut Schmidt. Ein Tiefpunkt der Beziehungen war erreicht, als der rechtsnationalistische Ministerpräsident Begin 1981 Schmidt persönlich verunglimpfte und reziproke Solidarisierungen in Israel mit Begin und in Deutschland mit Schmidt erfolgten. Schmidt hat während seiner Kanzlerschaft Israel nie besucht und, bei ausdrücklicher Betonung der besonderen moralischen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Judenstaat, die Beziehungen in den Pragmatismus des deutsch-europäisch-transatlantischen Politikrahmens eingeordnet. Shlomo Shafir betrachtet, auch als Beitrag zum 60. Jahrestag der Gründung Israels, eine schwierige Periode des deutsch-israelischen Verhältnisses in seinem Aufsatz über Helmut Schmidt.

Wolfgang Benz

FEINDBILD ISLAM

UND ISLAMISierter ANTISEMITISMUS

Feindbild Islam

Die Furcht vor einer vermeintlichen „Islamisierung“ Europas geht um. Terroristen mit muslimischem Hintergrund, „Ehrenmorde“, Zwangsehen, das Kopftuch oder repräsentative Moscheebauten sind dabei die Reizthemen und stehen für die angebliche Unvereinbarkeit „des Islam“ mit demokratischen Wertvorstellungen.¹ Die notwendige Auseinandersetzung mit den Themen, die sich aus der Zuwanderung von Muslimen sowohl für die Mehrheitsgesellschaft wie die Minderheit ergeben – wie Familien- und Scheidungsrecht, Tragen von religiöser Kleidung am Arbeitsplatz, islamischer Religionsunterricht, die Errichtung von Moscheen, Bestattungen, das rituelle Schächten –, wird entweder gar nicht oder wenig problemlösungsorientiert geführt. Stattdessen dominieren den Diskurs Ängste vor einer „Überfremdung“, vor „Parallelgesellschaften“, obskure Ideen wie „Eurabia“,² die angeblich angestrebte Weltherrschaft der Muslime oder die „schleichende Islamisierung“, eine Verschwörungsfantasie, die die drohende Machtübernahme durch Muslime aufgrund des demografischen Faktors prognostiziert. Auch das berühmte Schlagwort Samuel Huntingtons vom angeblichen „Kampf der Kulturen“ wird weiterhin ins Feld geführt.

Seit den Anschlägen auf das World Trade Center in New York, auf Djerba, in London und Madrid, den blutigen Bildern von Selbstmordattentaten im Irak, vor allem aber seit der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh gewinnt das Feindbild Islam eine neue Qualität. Nicht nur Rechtsextreme richten ihre Agitationen verstärkt gegen Muslime und „den Islam“, sondern auch in der

- 1 An dieser Stelle sei meiner Kollegin Yasemin Shooman herzlich gedankt, die in vielen Diskussionen mein Problembewusstsein für Vorurteile gegenüber Muslimen geschärft hat und mir unermüdlich bei der Recherche zur Seite stand.
- 2 So der Titel des Buches von Gisèle Littman, einer „Islamkritikerin“, die sich selbst Bat Ye’or („Tochter des Nils“) nennt. Bat Ye’or, *Eurabia. The Euro-Arab Axis*, Madison 2005.

Mitte der Gesellschaft und im linken Spektrum finden islamfeindliche Einstellungen Zustimmung. Unterstützt wird dies von den viel diskutierten „Sicherheitspaketen“ des Staates, die Muslime per se als „Sicherheitsrisiko“ erscheinen lassen. Zunehmend wird dabei nicht zwischen radikalen islamistischen Gruppierungen und dem Islam als Religion unterschieden. Der Journalist und Publizist Eberhard Seidel nannte diesen Prozess die „Religionisierung der Ausländer- und Integrationsdebatte“.³

Mittlerweile hat sich in der Wissenschaft für Islamfeindlichkeit der Begriff „Islamophobie“ eingebürgert. Dieser Begriff geht zurück auf einen 1997 veröffentlichten Bericht des britischen Runnymede Trusts. In Anlehnung an den Begriff „Xenophobie“ steht er für „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams“.⁴

Die Sozialwissenschaftler Jürgen Leibold und Steffen Kühnel führen seit 2002 im Rahmen des Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer Umfragen zur Islamophobie durch. Die wissenschaftliche Forschung zur Islamfeindlichkeit steckt noch in den Anfängen, sodass wir über keine verlässlichen statistischen Erhebungen für die Zeit vor den Anschlägen in New York im September 2001 verfügen. Entgegen der Annahme, dass die Islamophobie nach diesen Anschlägen massiv gestiegen sei, stellten die beiden Wissenschaftler im Jahr 2003 fest, dass sich islamfeindliche Einstellungen zu diesem Zeitpunkt noch als ein spezifischer Aspekt genereller Fremdenfeindlichkeit bestimmen ließen.⁵

Als Wendepunkt erscheint die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004. Dieses Ereignis bewirkte in viel stärkerem Maße als die New Yorker Anschläge drei Jahre zuvor ein von nahezu allen Medien

3 Eberhard Seidel, In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam?, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 253.

4 Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt a. M. 2003, S. 101. Zu diesem Zeitpunkt sprachen die beiden Sozialwissenschaftler noch von „Islamphobie“. In den folgenden Bänden der „Deutschen Zustände“ setzte sich jedoch der Begriff „Islamophobie“ durch. Vgl. ferner: Jytte Klausen, Europas muslimische Eliten. Wer sie sind und was sie wollen, Bonn 2006, S. 77 f.

5 Leibold/Kühnel, Islamphobie, S. 100–119.

begierig aufgegriffenes Interesse am Thema Muslime und Islam. Man hat fast den Eindruck, als ob großen Teilen der Bevölkerung und der Medien erstmals so richtig bewusst geworden wäre, dass in Deutschland Muslime leben. Seit der Ermordung van Goghs ist verstärkt zu beobachten, dass die Mehrheit der Muslime für das Verbrechen eines Einzelnen in Haftung genommen wird. Eine banale Erklärung für die Tat war schnell gefunden: Die Integration der Muslime sei eben gescheitert. Dass der Mörder van Goghs nach außen hin gerade kein Beispiel von gescheiterter Integration ist – der Student war in der Amsterdamer Lokalpolitik und in der Jugendarbeit aktiv –, geriet in der allgemeinen Aufregung schnell in Vergessenheit und hätte vielleicht auch ein gründlicheres Nachdenken erforderlich gemacht, warum sich der vermeintlich gut integrierte Student zu solch einer Tat entschloss.⁶ Ohne den Fall van Gogh intensiver analysieren zu wollen, ist er auf zweifache Weise typisch für den Umgang von Medien, Politik und Gesellschaft mit Muslimen. Zum einen wird aus der Tat eines Einzelnen ein Vorwurf gegen die Gesamtheit der Muslime konstruiert und zum anderen werden einfache Erklärungen gesucht für alle Schwierigkeiten und Herausforderungen, die bei der Integration von Muslimen auftreten können und eine differenzierte Betrachtung notwendig machen würden.

In den folgenden Jahren konstatierten Leibold und Kühnel eine kontinuierliche Zunahme von Vorbehalten gegenüber Muslimen. Im Jahr 2005 etwa stimmten 60,2 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Die islamistischen Terroristen finden starken Rückhalt bei den Muslimen.“⁷ Im Jahr 2007 bejahten 29 Prozent der Befragten die Aussage, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte, gar 39 Prozent waren der Meinung, dass sie sich „durch die vielen Muslime“ im eigenen Land „manchmal wie ein Fremder“ fühlen. 61,1 Prozent meinten, dass der Islam nicht in unsere westliche Welt passe und 60,5 Prozent sahen islamische und westeuropäische Wertvorstellungen als nicht miteinander vereinbar an.⁸

- 6 Carolin Ködel, „Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland“. Anti-integrative Integrationsdiskurse in der deutschen Presse am Beispiel der Debatte über den Mord an Theo van Gogh, in: Siegfried Jäger/Dirk Halm (Hrsg.), *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*, Münster 2007, S. 201 ff.
- 7 Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamophobie. Differenzierung tut not, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 4*, Frankfurt a. M. 2006, S. 143.
- 8 Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamophobie oder Kritik am Islam?, in: Heitmeyer, *Deutsche Zustände. Folge 6*, S. 102.

Die Mehrheitsgesellschaft gibt sich wenig Mühe, die muslimischen Zuwanderer in ihrer Verschiedenartigkeit und Vielfalt wahrzunehmen. In Deutschland leben zwischen 3 und 3,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Sie – oder ihre Eltern oder Großeltern – stammen aus der Türkei, dem Irak, Marokko, Iran, Afghanistan, dem Libanon, Pakistan, Syrien, Tunesien, Albanien, Bosnien, also völlig verschiedenen Kulturkreisen, sprechen andere Sprachen, gehören der sunnitischen, schiitischen oder alevitischen Glaubensrichtung an, sind konservativ oder säkular. Bei „den Muslimen“ handelt es sich um eine sehr heterogene Minderheit, deren einzelne Gruppierungen oft wenig miteinander verbindet. Etwa 1,1 Millionen Muslime besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft.⁹

Die Diskussion um das Kopftuch

An keinem anderen Symbol entzündet sich die Debatte über den Islam so heftig wie am Kopftuch, im Übrigen nicht nur in der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch unter den Muslimen selbst. Es ist geradezu zum „visuellen Symbol der Islamisierung“¹⁰ geworden, also zum Symbol der Verschwörungstheorie von der angeblich bevorstehenden Machtübernahme durch Muslime infolge der demografischen Entwicklung. Für Alice Schwarzer etwa ist das Kopftuch „die Flagge des Islamismus. Das Kopftuch ist das Zeichen, das die Frauen zu den anderen, zu Menschen zweiter Klasse macht. Als Symbol ist es eine Art ‚Branding‘, vergleichbar mit dem Judenstern“.¹¹ Abgesehen von diesem völlig deplatzierten Vergleich wird das Urteil modernen islamischen Frauen gegenüber auch nicht gerecht. Der Rückschluss, jede Verhüllung sei zwangsbedingt, deklassiert alle muslimischen Frauen zu fremdbestimmten Objekten und streitet ihnen das Recht auf freie Kleiderwahl ab. Überflüssig zu betonen, dass Frauen, die zur Verschleierung gezwungen werden, Anspruch auf Schutz durch unsere Rechtsordnung haben müssen.¹²

9 Der Tagesspiegel vom 5. 4. 2008.

10 Dirk Halm/Marina Liakova/Zeliha Yetik, Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur sozio-kulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland, in: Jäger/Halm, Mediale Barrieren, S. 38.

11 Alice Schwarzer im Interview, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 7. 2006.

12 Vgl. dazu: Schahrzad Farrokhzad, Exotin, Unterdrückte und Fundamentalistin. Konstruktionen der „fremden Frau“ in deutschen Medien, in: Christoph Butterwege/Gudrun

Längst gibt es Untersuchungen, die ein wesentlich differenzierteres Urteil über die Kopfbedeckung muslimischer Frauen erlauben. Vor allem die beiden französischen Soziologen Françoise Gaspard und Farhad Khosrokhavar sind zu nennen: „Die Verschleierung nährt in den Augen der Eltern und Großeltern die Illusion der Kontinuität, obgleich sie im Gegenteil ein Faktor der Diskontinuität ist; sie erlaubt nämlich unter dem Vorwand der Bewahrung der Gruppenidentität (sprich der Tradition) den Übergang ins Anderssein (die Moderne). [...] Die Verschleierung fungiert als das Vehikel des Übergangs in die Modernität. [...] Darüber hinaus eröffnet sie den Zugang zur öffentlichen Sphäre, die den der Tradition verhafteten Frauen vordem als Raum des eigenen Handelns sowie der Herausbildung ihrer Autonomie als Individuen verwehrt war.“¹³

Die 18-jährige muslimische, in Darmstadt geborene Maimuna schildert ihren Fall folgendermaßen: „Vor einem Jahr habe ich angefangen, das Kopftuch zu tragen. Meine Eltern waren keine praktizierenden Muslime. Aber ich habe mich über meine Religion informiert, war total begeistert und habe endlich das gefunden, was mir gefehlt hat, wonach ich gesucht hatte.“ Auf die Frage, wie die Reaktion ihrer Freunde gewesen sei, antwortete Maimuna: „Das war katastrophal! Die waren geschockt. Die haben allen Ernstes geglaubt, meine Eltern hätten mich einer Gehirnwäsche unterzogen. Nicht so aus Quatsch. Die haben das wirklich ernst gemeint.“ Maimuna leidet vor allem darunter, dass alle Außenstehenden offensichtlich das Gefühl haben, sie sei ein unterdrücktes muslimisches Mädchen: „Es muss mir irgendwie auf der Stirn stehen, dass ich unterdrückt bin. Egal wo ich hinkomme, heißt es immer: ‚Die Arme!‘ Und wie ich angeguckt werde. Mich fragt keiner: ‚Bist Du unterdrückt? Darfst Du abends nicht weggehen?‘ Dass ich abends solange weggehen kann, wie ich will, danach fragt keiner. Dass ich machen kann, was ich will, und hingehen kann, wo ich will – das ist denen egal. Wir werden alle irgendwie so beurteilt. Das Kopftuch stempelt alle ab.“ Maimunas Bilanz klingt düster: „Eine Freundin von

Hentges (Hrsg.), *Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für den Journalismus und politische Bildung*, 2. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 55–86; Mathias Rohe, *Zur rechtlichen Integration von Muslimen in Deutschland*, in: Petra Bendel/Mathias Hildebrandt (Hrsg.), *Integration von Muslimen*, München 2006, S. 102–105.

- 13 Françoise Gaspard/Farhad Khosrokhavar, *Le Foulard et la République*, Paris 1995. Zitiert nach: Seyla Benhabib, *Der Kampf um die Kultur: Gleichheit und Vielfalt im öffentlichen Diskurs Europas*, in: Lydia Haustein/Bernd M. Scherer/Martin Hager (Hrsg.), *Feindbilder. Ideologien und visuelle Strategien der Kulturen*, Göttingen 2007, S. 71.

mir macht eine kaufmännische Ausbildung. Kopftuch tragen kann sie nicht wegen der Ausbildung, weil sie sie sonst verlieren würde. Und hinterher würde sie mit Kopftuch keine Stelle kriegen. Aber das Geld braucht sie natürlich. Und so ist diese großgeschriebene Religionsfreiheit hier.¹⁴

Bundesweites Aufsehen erregte der Fall der Lehrerin Fereshta Ludin. Frau Ludin, 1972 in Kabul geboren und seit 1995 deutsche Staatsbürgerin, bestand darauf, das Kopftuch auch während des Unterrichts zu tragen. Die damalige baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan (CDU) hatte Frau Ludin zwar gestattet, ihr Referendariat zu absolvieren, da der Staat in diesem Bereich ein Ausbildungsmonopol habe. Schavan vertrat jedoch die Ansicht, dass religiöse Symbole nicht zu politischer Vereinnahmung missbraucht werden dürften, und verweigerte der Referendarin mit dieser Begründung die Einstellung in den Schuldienst. Im August 1998 legte Frau Ludin beim Oberschulamt Stuttgart gegen diese Entscheidung Widerspruch ein, den die Behörde im Februar 1999 mit der Begründung zurückwies, „dass Frau Ludin durch das Tragen des Kopftuchs im Unterricht die Pflicht des Staates zur Neutralität, das Grundrecht der Schüler auf negative Religionsfreiheit sowie das Erziehungsrecht der Eltern verletzt“. Fereshta Ludin zog bis vor das Bundesverfassungsgericht, das am 24. September 2003 sein Urteil im „Kopftuchstreit“ verkündete. Es entschied zugunsten der Glaubensfreiheit und betonte in seiner Begründung, dass der Symbolgehalt des Kopftuches nicht eindeutig festzulegen sei. Es sei im Einzelfall zu klären, was das Motiv für das Tragen eines Kopftuches wäre. Die bestehenden Landesgesetze jedenfalls reichten nicht für ein Kopftuchverbot aus. Dafür müsste auf Landesebene jeweils eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

In der folgenden Woche machte sich der „Spiegel“ zum Wortführer all derer, die unter dem Vorwand der Kritik am Kopftuch ihre grundsätzlichen Vorbehalte und Vorurteile gegen den Islam im Allgemeinen äußern. Frau Ludin, so der „Spiegel“, habe sich nicht „hörbar distanziert“ von Extremisten wie dem selbst ernannten „Kalifen von Köln“ Metin Kaplan oder – und jetzt wird es noch absurder – vom iranischen Ajatollah Chomeini, der die Menschenrechte eine „von Zionisten ausgedachte Regelsammlung“ nannte, die „alle wahren Religionen“ zerstören wolle. Damit unterstellen die Spiegel-Autoren der deutschen Staatsbürgerin Ludin, ohne

14 Dorothea Schütze, „Ich hatte kein Kleingeld ...“ Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus in Darmstadt. 16 Gespräche mit Flüchtlingen und EinwanderInnen, Darmstadt 1996, S. 13–25.

dass diese sich jemals in irgendeine Richtung extremistisch geäußert hat, eine grundsätzliche Übereinstimmung mit Radikalen. Man geht zunächst davon aus, dass sie keine demokratischen, sondern radikale Absichten verfolgt, falls sie sich nicht ausdrücklich davon distanziert. Wiederum unter Bezug auf Metin Kaplan wird im Folgenden dem „Islamrat“ und dem „Zentralrat der Muslime in Deutschland“, die Ludins Klage unterstützten, ein „merkwürdiges Verständnis vom demokratischen Rechtsstaat“ unterstellt. „Er wird so lange respektiert, bis man mächtig genug ist, um ihn abzuschaffen, wo immer es geht, und einen so genannten Gottesstaat ohne Trennung von staatlicher und kirchlicher Gewalt aufzubauen.“¹⁵ Damit greift der „Spiegel“ ein ebenfalls weitverbreitetes Vorurteil auf, dass Muslime den Rechtsstaat benutzen, um ihn von innen heraus zu zerstören.

Tatsache ist jedenfalls, dass das Kopftuchverbot für viele Frauen einem Ausbildungs- oder Berufsverbot gleichkommt. Selbst wenn Frauen unter Zwang Kopftuch tragen, wird ihnen sicherlich durch ein Verbot nicht weitergeholfen. So ehrenwert und wichtig der Kampf für die Rechte von Frauen ist, den wirklich Unterdrückten wird man mit der strikten Ablehnung keinen Gefallen tun. Diese Überlegungen waren Grundlage für einen Aufruf von 70 prominenten Frauen aus allen politischen und weltanschaulichen Lagern, die sich im Dezember 2003 gegen ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen in Deutschland aussprachen.¹⁶

15 Das Kreuz mit dem Koran, in: Der Spiegel vom 29. 9. 2003.

16 Zu den Unterzeichnerinnen des Aufrufes gehörten u. a. Marieluise Beck MdB, damalige Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Barbara John, Koordinatorin für Sprachförderung, Ausländerbeauftragte des Berliner Senats a.D., Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, Marianne Birthler, Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Liselotte Funcke, Staatsministerin a. D., Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen a. D., Adrienne Goehler, Kuratorin beim Hauptstadtkulturfond, Wissenschafts- und Kultursenatorin a. D., Maria Jepsen, Bischöfin, Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin, PDS, Renate Künast MdB, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft a. D., Bündnis 90/Die Grünen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, FDP, Bundesjustizministerin a. D., Landesvorsitzende der FDP Bayern, Claudia Roth MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt a. D., Krista Sager MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Wissenschaftssenatorin a. D.

„Es steht zu befürchten, dass das Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen die allgemeine gesellschaftliche Stigmatisierung derjenigen Frauen, die es tragen, vorantreibt. Mit der Botschaft, das Kopftuch sei per se politisch und gehöre daher verboten, wird diese Einordnung auch die Frau in der Arztpraxis, die Verkäuferin und vielleicht bald auch die Schülerin treffen. Dies kann nicht in unserem Sinne sein. Es gilt, muslimische Frauen auf ihrem Berufsweg zu stärken und es ihnen damit möglich zu machen, einen selbstbewussten, frei gewählten Lebensentwurf zu verfolgen.“¹⁷

Die damalige Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Marieluise Beck störte sich an der zunehmend emotional geführten Debatte, der es an Sachlichkeit fehle. Sie kommentierte: „Wir meinen, dass das Entscheidende um das Kopftuch nicht die Frage ist, was AUF dem Kopf ist, sondern die Frage, was IM Kopf ist.“ Noch deutlicher wurde die langjährige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John: „Ich empfinde diese Kampagne als eine richtige Verteufelung und als eine Dämonisierung. Dies ist immer ein Merkmal des Aufbaus von Feindbildern.“ Mit dem Ausschluss von Frauen aus öffentlichen Schulen träfe man gerade die, so die Unterzeichnerinnen des Aufrufs, die einen emanzipatorischen Weg beschreiten wollten.¹⁸

Dass dies der tatsächlichen Lebenswelt von Musliminnen weit näher steht als die radikal-ablehnende Haltung, bestätigt eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung initiierte Untersuchung über „Das Kopftuch: Die Entschleierung eines Symbols?“¹⁹ Der Studie zufolge spielte lediglich bei einer Minderheit der 315 befragten Frauen, die sich entschieden hatten, ein Kopftuch zu tragen, ein männliches Familienmitglied dabei eine Rolle.

In acht Bundesländern wurden bislang die Schulgesetze geändert. Lediglich das Bundesland Berlin verbot alle gut sichtbaren religiösen Symbole. Die anderen Bundesländer verboten muslimische, lassen christliche und jüdische Symbole jedoch weiterhin zu oder überlassen die Entscheidung jeweils den Schulen.

17 http://muslimat-berlin.de/aktionen/lex_kopftuch/lex_kopftuch.html [letzter Zugriff 31. 8. 2008].

18 http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-72/i.html [letzter Zugriff 31. 8. 2008].

19 Frank Jessen/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, *Das Kopftuch: Die Entschleierung eines Symbols*, Bonn 2006.

Reizthema Moscheebau

Neben dem Streit um das Kopftuch entzündete sich in den vergangenen Jahren die Diskussion um Migration und Islam an dem Bau repräsentativer Moscheen.²⁰ Fatal ist, dass diese Diskussionen über den Moscheebau meist nicht mit dem Ziel einer vernünftigen, allen Betroffenen entgegenkommenden Einigung geführt werden, sondern die betroffenen Muslime mit einem Generalverdacht und einer generellen Ablehnung überzogen werden. Dass die Errichtung eines Gotteshauses kein Gnadenakt, sondern ein verfassungsmäßig garantiertes Recht ist, scheinen die Kritiker, die an anderer Stelle regelmäßig betonen, dass die Muslime sich an unser Grundgesetz zu halten hätten, nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Seit die in Deutschland lebenden Muslime verstärkt aus den unauffälligen Hinterhofmoscheen in repräsentativeren Gotteshäusern ihren Glauben praktizieren wollen, hat sich der Ton in den Debatten erheblich verschärft. Die Moschee steht symbolhaft für das Sichtbarwerden von Muslimen im öffentlichen Raum – im Prinzip eine völlig natürliche Entwicklung für eine Minderheit, die sich längst nicht mehr als Gast in diesem Land fühlt.

Im Frankfurter Stadtteil Hausen zum Beispiel plant die schiitische türkisch-pakistanische Gemeinde Hazrat Fatima die Errichtung einer Moschee. In diesem Stadtteil im Nordwesten Frankfurts gibt es bereits ein iranisches Kulturzentrum und die Abu-Bakr-Moschee, die hauptsächlich von Marokkanern besucht wird. Der Bau soll drei Millionen Euro kosten, das Grundstück hat die Gemeinde bereits erworben. Neben der Moschee soll ein Wohnhaus mit Läden entstehen. Finanziert werden soll der Bau mit einem Eigenkapital von 300 000 Euro und Krediten, die mithilfe von Einnahmen aus dem Wohnhaus bedient werden sollen.²¹ Nach Bekanntwerden des Bauvorhabens wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die die Errichtung der Moschee verhindern möchte. Die Bürgerschaft allerdings ist gespalten, nicht alle sind Moscheebaugegner.

Am 2. September 2007 machte die Gemeinde das, was der von Claus Leggewie entwickelte Leitfaden für einen konfliktfreien Moscheebau empfiehlt: Sie lud zu

20 Ähnliche Diskussionen gab es im 19. Jahrhundert bei der Errichtung von repräsentativen, deutlich im Stadtbild erkennbaren Synagogen.

21 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 9. 2007.

einer Informationsveranstaltung ein, um die Anwohner in das Projekt einzubinden. Der Gemeindevorsitzende Ünal Kaymakçı ist in Frankfurt geboren, arbeitet dort als Rechtsanwalt und machte von Beginn an deutlich, dass er sich in diesem Land nicht als Gast, sondern als Teil der Gesellschaft versteht. Folglich wolle er seine Religion auch nicht mehr auf irgendwelchen Industriebrachen oder Hinterhöfen praktizieren. „Wenn man ein Land lieben lernt, möchte man sich niederlassen und baut ein Haus“, erklärt Kaymakçı. Das bedeute auch ein „Haus für die Gemeinde“. Bei der Vorstellung der Baupläne blieb es ruhig, lediglich der Vorsitzende der Bürgervereinigung, Horst Weißbarth, ließ sich nicht überzeugen: „Toll, was sie sagen. Nur, ich glaube ihnen nicht. Wir lehnen diesen Bau ab. Wir wollen keine Islamisierung“, wird er in der „Frankfurter Rundschau“ zitiert.²² Mitte September kam es auf der Ortsbeiratssitzung zur ersten heftigen Auseinandersetzung. Eine junge Frau beschrieb die Feindseligkeiten gegenüber Kaymakçı als regelrechten „Kreuzzug“. Unter anderem wurde er gefragt, wie es in seiner Heimat um die Demokratie und die Situation der Christen bestellt sei. „In meinem Land gibt es keine Probleme damit, ich bin hier zuhause“, erklärte der 35-Jährige, der deutscher Staatsbürger ist. Noch am Tag danach äußerte sich die Besucherin geschockt von der offenen Feindseligkeit der aufgebracht Menge, erschüttert über die unreflektierten Verknüpfungen von islamistischen Terrorakten und dem geplanten Moscheebau. Die wildesten Gerüchte begannen die Runde zu machen. Kaymakçı wurde beschuldigt, sich der islamischen „Täuschungstaktik“ (Taqiyya) zu bedienen, um die Weltherrschaft des Islams durchzusetzen.²³ Diese falsche Verwendung des Begriffs Taqiyya, der es einem Muslim im Falle von massiver Verfolgung gestattet, rituelle Pflichten zu missachten und den eigenen Glauben zu verbergen, um sein Leben zu retten, ist im Übrigen ein häufig verwendetes Motiv der sogenannten Islamkritiker. Der Stadtverordnete Wolfgang Hübner machte in der Sitzung klar, dass es nicht um Argumente für oder gegen den Bau der Moschee in Hausen ging, sondern um „eine massive Abwehrreaktion gegen die Ausbreitung des Islam in Deutschland und ebenso weit verbreitete Ängste vor einer schleichenden Islamisierung von Gesellschaft, Kultur und Recht“. Geschürt wurde die Stimmung von NPD, Republikanern

22 Frankfurter Rundschau vom 3. 9. 2007.

23 Ähnliche Unterstellungen gegenüber der jüdischen Minderheit verbreitete z. B. August Rohling in seiner 1871 erschienenen Schrift „Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände“. Rohlings Pamphlet fand weite Verbreitung.

und Vertretern der Bürgerinitiative.²⁴ Letztere startete eine Unterschriftenaktion und wandte sich in einem „Offenen Brief“ an die Oberbürgermeisterin Petra Roth. Diese sprach sich Anfang Oktober 2007 für den Bau der Moschee aus.

Die Journalistin Canan Topçu begleitete die Diskussionen um den geplanten Moscheebau in Hausen. Ihre Herkunft beschreibt sie folgendermaßen: „Meine Eltern selbst waren religiös und liberal zugleich, sie überließen mir die Entscheidung, wie ich es mit meinem Gott halten will. Ich musste kein Kopftuch tragen, nicht fasten und weder beten noch den Koran lesen. [...] Ich gehöre zu den Menschen, deren Wurzeln mit dem Islam verbunden sind, die selbst nicht praktizieren, aber Respekt vor Menschen haben, die gläubig sind – unabhängig von ihrer Religion. [...] Ich bin integriert, ja sogar akkulturiert: Ich habe Germanistik, Literaturwissenschaft und Geschichte studiert, mich mit der Vergangenheit dieses Landes beschäftigt und kenne mich einigermaßen aus mit deutschen Klassikern – sowohl in der Literatur als auch in der Musik; ich liebe es, im Winter Cello-Sonaten von Bach zu hören; ich liebe es, im deutschen Wald zu wandern. Ich habe etliche Christbäume geschmückt, viele Male Weihnachtslieder an Heiligabend gesungen; ich koche gerne Sauerbraten. Ich dachte bisher, ein Teil dieser Gesellschaft geworden zu sein. Diese Wahrnehmung verändert sich seit dem Streit um den Moscheebau in Frankfurt. Es war die feindliche Atmosphäre auf den öffentlichen Informationsveranstaltungen zum Bauvorhaben, es war die abgründig ablaufende Ortsbeiratssitzung, auf der der Vorsitzende des Moscheevereins massiv angegriffen wurde, es war das mit heftigen Gefühlsausbrüchen vorgetragene Ziel der alt eingesessenen Bürger, den Bau des muslimischen Gotteshauses zu verhindern, es waren Äußerungen wie ‚Wir wollen Euch Muslime hier nicht.‘“

Ende 2007 nahm die Journalistin an einem Treffen von Redakteuren der „Frankfurter Rundschau“ mit Moscheebaugegnern in Hausen teil. Als das Argument kam, der Dschihad gehöre zum Islam genau wie die Täuschung Andersgläubiger und die Unterdrückung der Frau, platzte ihr der Kragen und sie verließ das Treffen. Nach diesem Eklat schrieb sie: „Ich war im wahren Sinne des Wortes überwältigt von Gefühlen, die mir bis dahin in der beschriebenen Weise nicht bekannt waren. Die platten Verallgemeinerungen und abwertenden Äußerungen über den Islam und die Muslime verletzen mich. Als Mensch und als Muslima. [...] Die (Rück-)Besinnung

24 Frankfurter Rundschau vom 19. und 20. 9. 2007.

auf den Islam in diesem Land [...] sehe ich seit meiner spontanen Äußerung in der Redaktion aus einer anderen Perspektive: Die Hinwendung zu einer Religion verläuft nicht nur über den spirituellen Weg; je stärker die Anfeindungen werden, desto stärker wird auch die Identifizierung mit dem Glauben.“²⁵

Bei den Diskussionen um Moscheebauten geht es meist nicht um Konkretes, sondern um Fremdenfeindlichkeit und diffuse Ängste, die sich in massiver Kritik am Islam als Religion äußern. Im Falle der geplanten Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld nutzte das der bekannte Publizist Ralph Giordano zu einem Rundumschlag gegen den Islam. Seine Eröffnungsrede auf der „Kritischen Islamkonferenz“, die der „Zentralrat der Ex-Muslime“ am 31. Mai und 1. Juni 2008 in Köln veranstaltete, überschrieb er: „Nicht die Migration, der Islam ist das Problem“.²⁶ „Angesichts der gescheiterten Integration“ lehnte er den Bau ab, weil die Moschee „ein falsches Bild von den wahren Beziehungen zwischen muslimischer Minderheit und Mehrheitsgesellschaft“ vermittele. Er wollte keine „Muezzin-Rufe von haushohen Minaretten hören“ und zudem „auf deutschen Straßen weder Burka-Trägerinnen noch Tschador-Verhüllten begegnen“.²⁷ Es störe seine Ästhetik, wenn er die „menschlichen Pinguine“ ansehen müsse. Nachdem er heftig für diesen Vergleich kritisiert worden war, wehrte sich Giordano vehement dagegen, die Frauen beleidigt zu haben. „Selbstverständlich richtet sich diese Wortbildung, dieser Ausdruck gegen die, die diese Frau in einen menschlichen Pinguin verwandelt haben, indem sie sie von Kopf bis Fuß unter schwarzem Tuch begraben. [...] Ich verwahre mich also gegen die böswillige Auslegung meines Wortes vom menschlichen Pinguin mit der Anklage, ich hätte die Würde der Frau verletzt.“²⁸ Nun muss diese vollständige Verhüllung von Frauen natürlich hinterfragt werden, aber wenn derartige Äußerungen von gescheiterter Integration und verhüllten Frauen – die in Deutschland kaum zu sehen sind – in direkten Zusammenhang mit dem Bau einer

25 Canan Topçu, Nachbarschaft mit Muslimen. Vom wachsenden Unbehagen, in: <http://www.fr-online.de>, 5. 12. 2007.

26 „NICHT DIE MIGRATION, DER ISLAM IST DAS PROBLEM“. Eröffnungsrede zur „Kritischen Islamkonferenz – Aufklären statt Verschleiern“ am 31. Mai 2008 in Köln-Lindenthal.

27 Wortlauf des Manifests von Ralph Giordano, 1. 6. 2007, in: <http://www.ksta.de/html/artikel/1179819731442.shtml> [letzter Zugriff 28. 8. 2008]

28 Interview mit Ralph Giordano im Deutschlandfunk, 23. 5. 2007, in: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/627848/ [letzter Zugriff 28. 8. 2008].

Moschee, den es zu verhindern gelte, gebracht werden, liegt der Verdacht mehr als nahe, dass das Motiv nicht nur Opposition gegen dieses Projekt ist, sondern eine tiefere Islamfeindlichkeit zugrunde liegt. Natürlich kann und wird niemand Giordano ernsthaft Nähe zu den rechten Moscheeverweigerern von „Pro Köln“ unterstellen, aber einer konstruktiven Auseinandersetzung, ob und wie eine Moschee in welcher Form und unter welchen Bedingungen errichtet werden kann, dienen solche pauschalen Äußerungen bestimmt nicht. Zudem lässt sich Giordano vor den Karren der Rechten spannen, indem er zum Beispiel in dem Sammelband „Gegen die feige Neutralität – Beiträge zur Islamkritik“ neben Autoren und Unterstützern der „Jungen Freiheit“ publiziert.²⁹

Die Aktivitäten des landesweit als moralische Autorität anerkannten Ralph Giordano auf Seiten der Kölner Moscheebau-Gegner fand breite Resonanz. Damit wird deutlich, dass Islamophobie keineswegs nur ein von rechts besetztes Vorurteil ist, sondern weit in die bürgerliche Mitte hineinreicht. Ein Bedrohungsszenario mit Suggestivfragen entwarf Friederike Reents in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter dem wenig Kenntnis demonstrierenden Titel „Der Funke springt über. Stehen Moscheen für eine neue byzantinische Gefahr?“. „Sollte es bei den Moscheen- und Minarettstreitigkeiten auf Seiten der Muslime tatsächlich um Eroberungsphantasien in einem großen Weltspiel gehen? Setzt die islamische Welt mit jedem neuen Minarett einen unverrückbaren Stein, eine Triumphsäule, die, wie eine Siegesfackel in den Himmel ragend, die bisher von Kirchtürmen geprägten Stadtbilder überstrahlt? Sollte das Abendland also doch untergehen und jedes neue Minarett zum Wegweiser der Welt von morgen werden? Welchen Grund haben die Nichtmuslime, diese ehrwürdigen Zeichen in einem anderen Sinn zu verstehen?“ Um auch die letzten Zweifler von der bevorstehenden Übernahme der Weltherrschaft durch „den Islam“ zu überzeugen, erklärt Reents: „Wie andere Offenbarungsreligionen zielt der Islam auf die Bekehrung aller Menschen. Die muslimische Eroberung der Welt ist, glaubt man den Prophezeiungen des Korans, nur eine Frage der Zeit.“³⁰

29 Stefan Etzel/Armin Geus (Hrsg.), *Gegen die feige Neutralität – Beiträge zur Islamkritik*, Marburg 2008. Vgl. zu den Verbindungen der Szene: Thomas Wendel, Ein kurzer Blick in die Szene der Islamkritik, in: <http://de.indymedia.org/2008/08/224475.sthtml> [letzter Zugriff 28. 8. 2008].

30 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 7. 2007.

Von der Gelassenheit und der wohlwollenden Unaufgeregtheit eines Ehepaars, das in der Nachbarschaft zur ebenfalls heftig bekämpften Ahmadiyya-Moschee in Berlin-Heinersdorf wohnt, sind wir offenbar noch weit entfernt. Der Eröffnung der Moschee sehen sie erwartungsvoll entgegen: „Nö, da haben wir keine Probleme mit, das werden schon friedliche Menschen sein, die da zum Beten kommen.“³¹

„Parallelgesellschaft“

Was ist eine „Parallelgesellschaft“? Muss dieser Begriff zwangsläufig negativ konnotiert sein? Ist das chinesische Viertel in London, San Francisco und den meisten anderen amerikanischen und kanadischen Großstädten oder „Little Italy“ in New York eine „Parallelgesellschaft“? Ist das Bewahren von Traditionen, von Essgewohnheiten, von eigener Kultur in der Fremde nicht vielleicht auch hilfreich, erleichtert es nicht unter Umständen sogar die viel gepriesene Integration, weil Zuwanderer, die ihre Kultur weiterhin pflegen dürfen und damit nicht gezwungen sind, ihre eigene Identität aufzugeben, offener sind für die Herausforderungen im neuen Land? Eine junge Verkäuferin in der Kölner Keupstraße, die ein Zentrum türkischen Lebens ist und gelegentlich als Beispiel für die angebliche „Parallelgesellschaft“ ins Feld geführt wird, reagierte zum Beispiel auf die Frage, was für sie an diesem Ort attraktiv sei, dass sie sich wie inmitten der Türkei fühlen würde, aber ohne deren Nachteile: „Ohne Diskriminierung als Frau, ohne Demütigung. Daher ziehe ich Deutschland der Türkei vor.“³² Ist das die vermeintlich bedrohliche „Parallelgesellschaft“? Oder eher ein Stück gelungener Integration? „Nicht die Parallelgesellschaft an sich, sehr wohl aber ihre mangelnde interkulturelle Durchlässigkeit und ihre unzureichende Identifikation mit Staat und Gesellschaft der neuen Heimat ist eine Gefahr für die Demokratie“, so brachte es der Politikwissenschaftler Mohssen Massarrat, der aus dem Iran stammt, auf den Punkt.³³ Natürlich dürfen wir nicht so naiv sein und die Entwicklungen im Umfeld radikaler Prediger ignorieren. Es gibt Gruppierungen

31 Der Tagesspiegel vom 9. 8. 2008.

32 Ulrich Gineiger, Idyll mit Rissen, in: Die Zeit vom 13. 3. 2008.

33 Offener Brief von Mohssen Massarrat an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Zit. nach: Freitag vom 4. 4. 2008.

mit verfassungsfeindlichen Tendenzen, die der Verfassungsschutz völlig zu Recht beobachtet. Aber der Mehrheit der Muslime deshalb Tendenzen zur Abschottung in eindeutiger Ablehnung zur Mehrheitsgesellschaft – und so ist bei den Islamfeinden der Begriff „Parallelgesellschaft“ interpretiert – zu unterstellen, ist ein plattes Vorurteil. Genauer muss man außerdem unterscheiden, ob eine Abgrenzung religiös begründet ist oder – und dies ist bei vielen Türken oder Türkischstämmigen der Fall – eine Reaktion auf das Gefühl, in Deutschland nicht erwünscht zu sein.³⁴ Die viel beschworene „Parallelgesellschaft“ ist häufiger die soziale Segregation einer Gruppe, die besonders von Arbeitslosigkeit, Armut und fehlenden Aufstiegschancen betroffen ist.

Karikaturenstreit

Am 30. September 2005 veröffentlichte die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten“ unter der Überschrift „Gesichter Mohammeds“ Karikaturen von Kurt Westergaard.³⁵ Bei Muslimen in aller Welt stießen diese Karikaturen, vor allem eine, in der Mohammed mit einem Turban, aus dem eine Zündschnur hängt, gezeichnet ist, auf Ablehnung. Es kam – allerdings erst einige Monate später – zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen mehrere Menschen in Nigeria, Afghanistan, Somalia, im Libanon, im Iran und anderen Staaten starben. In Europa fanden lediglich Demonstrationen gegen die Veröffentlichung statt, Ausschreitungen gab es nicht. Durch die meisten westlichen Medien ging jedoch ein Aufschrei. Presse- und Meinungsfreiheit trugen sie in der folgenden Debatte wie eine Monstranz vor sich her, die Warnung vor Zensur und dem bevorstehenden Zusammenprall der Kulturen folgte. Ein kurzer Blick zurück aber macht deutlich, dass es bei dem sogenannten Karikaturenstreit wohl nicht nur um die Pressefreiheit ging. Wie gesagt – „Jyllands-Posten“ veröffentlichte die Karikaturen Ende September 2005 und zwar im Kontext dänischer Innenpolitik. Absicht war die Unterstützung der rechtspopulistischen Volkspartei und ihrer gegen Ausländer gerichteten Politik. Erst im Februar 2006

34 Vgl. dazu: Jörg Lau, Wir wollen hier rein!, in: Die Zeit vom 13. 3. 2008.

35 Vgl. dazu Siegfried Jäger, Der Karikaturenstreit im „Rechts-Mitte-Links“-Diskurs deutscher Printmedien, in: Jäger/Halm, Mediale Barrieren, S. 51–103.

reagierten Muslime in der nichtdänischen Welt auf die Provokationen, nachdem Journalisten einige Imame darauf aufmerksam gemacht hatten.³⁶ Dies griffen die Medien auf.

Dem lauten Ruf nach Pressefreiheit liegt ein eigenartiges Verständnis derselben zugrunde. In demokratischen Staaten mit einer ausgeprägten Zivilgesellschaft kann Pressefreiheit gerade nicht die Veröffentlichung jedweden Hetzwerkes bedeuten, sondern muss einen verantwortungsvollen Umgang mit Minderheiten beinhalten. Mit staatlicher Zensur hat das gar nichts zu tun. So lautete auch Ziffer 10 des Pressekodexes bis Ende 2006: „Veröffentlichungen in Wort und Bild, die das sittliche oder religiöse Empfinden einer Personengruppe nach Form und Inhalt wesentlich verletzen können, sind mit der Verantwortung der Presse nicht zu vereinbaren.“³⁷ Mit einigen der Karikaturen, die auf eher primitivem Niveau das Empfinden von Muslimen verletzt haben, werden platte Vorurteile bedient. Als einzige Pressevertreterin thematisierte Sabine Kebir in der Wochenzeitung „Freitag“ die Provokation, die in der Veröffentlichung der Karikaturen lag: „Der Verdacht liegt nahe, dass bestimmte, nicht zuletzt mediale Scharfmacher [...] ganz bewusst die Aufgabe übernehmen, augenfällige Beweise zu produzieren, dass die Muslime rückständig, gewalttätig und unberechenbar seien und deshalb vom Westen beaufsichtigt, kontrolliert, notfalls auch einmal geschurigelt werden müssten.“³⁸

Die nächste Frage ist, ob es ein öffentliches Interesse an der Veröffentlichung und dem Nachdruck gab, was diesen ja gerechtfertigt hätte. Das Argument der Presseorgane war, dass die Leser in die Lage versetzt werden müssten, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Sie nahmen damit aber unter dem Banner der Pressefreiheit in Kauf, dass sich viele Muslime durch eine sekundäre Veröffentlichung noch weit mehr verletzt fühlen mussten. Natürlich besteht die Notwendigkeit, ja Verpflichtung der Medien, die Öffentlichkeit zu informieren. Ob diese Verpflichtung aber bei einigen einfach gestrickten Karikaturen, deren Entstehung in der dänischen Innenpolitik zu verorten ist, höher einzustufen ist als die Verletzung des religiösen Empfindens und damit der Menschenwürde vieler Muslime, kann man wohl nicht bejahen. Der Pressefreiheit wäre ein besserer Dienst erwiesen wor-

36 Jäger, Karikaturenstreit, S. 51 und 55.

37 Horst Pöttker, Ist die publizistische Selbstkontrolle antiislamisch? Der Karikaturen-Streit aus der Sicht journalistischer Berufsethik, in: Jäger/Halm, Mediale Barrieren, S. 231.

38 Freitag vom 10. 2. 2006. Zit. nach: Jäger, Karikaturenstreit, S. 93.

den, wenn sich die Medien bewusst gegen einen Nachdruck entschieden hätten.³⁹ Wenigstens der Verdacht liegt nahe, dass es sich dabei um eine gezielte Provokation handelte. Im Übrigen müsste auch genauer nach den Drahtziehern dieser Ausschreitungen in islamischen Staaten gefragt werden. Es war kein gewalttätiger Aufstand „der Muslime“, sondern der Beweis einiger politischer Aktivisten, dass sie in der Lage waren, größere Massen zu mobilisieren und gegebenenfalls auch im Kampf gegen politische Gegner oder Regierungen einzusetzen.⁴⁰ Der britische „Guardian“ und alle anderen britischen Zeitungen zum Beispiel entschieden sich gegen eine Veröffentlichung, nachdem sie das Für und Wider abgewogen hatten. Für die Publikation sprachen die Informationspflicht und die Solidarität mit den Kollegen. Die Zeitung „Guardian“ stuft die Karikaturen jedoch als unzutreffend, irrelevant und geschmacklos ein. Zudem war ihr die Solidarität mit den britischen Muslimen wichtiger als mit den dänischen Kollegen, deren Karikaturen sie als ausländergefährlich einstufte. Der damalige britische Premierminister Tony Blair und US-Präsident George W. Bush sprachen sich im Übrigen auch gegen eine Veröffentlichung aus.⁴¹

Der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez bilanzierte die hitzige Debatte: „Grundlage und Motor des Karikaturenstreits waren realpolitische Probleme in den islamisch-westlichen Beziehungen, ein durch organisierte Islamisten leicht entflammbarer antiwestlicher Reflex, der auf den neokolonialen Erfahrungen des Nahostkonflikts, der Kriege in Afghanistan und Irak und vieler anderer Felder basierte, und die fatale Symbiose des organisierten Islamismus mit den westlichen Massenmedien, die Konflikte dieser Art als verkaufsfördernd betrachteten. Das Bild, die Karikatur, spielte dabei eine gänzlich untergeordnete Rolle. Viele Protestierende hatten die Bilder gar nicht gesehen.“⁴²

39 Pöttker, Publizistische Selbstkontrolle, S. 233–237.

40 Abdullahi An-Na'im, Macht und Differenz. Einige grundsätzliche Begriffserklärungen im Umgang der Kulturen, in: Haustein/Scherer/Hager, Feindbilder, S. 40.

41 Bernd M. Scherer, Feindbilder: Ideologien und visuelle Strategien der Kulturen. Einleitung, in: Haustein/Scherer/Hager, Feindbilder, S. 12; Jonathan Steele, Ethik oder Prinzip? Presse- und Meinungsfreiheit in Zeiten umkämpfter Diskurse, in: ebenda, S. 99–106.

42 Kai Hafez, die Überlegenheit des Realismus. „Bilderkriege“, „Iconic Turn“ und die Ohnmacht der Medien, in: ebenda, S. 132.

Diffuse Vorurteile

Weiterhin stehen einer sachlichen Auseinandersetzung diffuse Ängste entgegen. Der Verein „Bürgerbewegung Pax Europa e. V.“ etwa will „über die schleichende Islamisierung Europas aufklären“. Dabei fühlt er sich „ausschließlich der Bewahrung der christlich-jüdischen Tradition unserer europäischen Kultur verpflichtet“. ⁴³ Präsident des Vereins ist der ehemalige Journalist der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Udo Ulfkotte, der seit einigen Jahren landauf landab als selbst ernannter „Islamkritiker“ unterwegs ist.

Nicht nur bei Ulfkotte geht mit der „schleichenden Islamisierung“ eng das Argument der demografischen Entwicklung einher. In einem Gastkommentar in der „Welt“ malt er das Bedrohungsszenario eines islamischen Europa in der für ihn typischen Art: „Wir freuen uns auch darüber, dass die europäische Hauptstadt Brüssel, multikulturell ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch in Brüssel Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Leuven in etwa 15 Jahren eine islamische Stadt sein.“ Und um auch gleich noch deutlich zu machen, was dies für die Nichtmuslime bedeutet, erklärt er: „Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, aber zugunsten unserer Mitbürger akzeptieren wir inzwischen sogar islamische ‚Scharia-Gerichte‘. Natürlich gestatten wir Muslimen Polygamie. Und die Stoffkäfig-Haltung von Frauen ist im Straßenbild inzwischen angeblich eine kulturelle Bereicherung.“ ⁴⁴ Bemerkenswert an diesem Ende August 2008 in der „Welt“ publizierten Kommentar ist neben der Tatsache, dass die „Welt“ Ulfkotte ein Forum für die Verbreitung seiner Vorurteile gibt, das Vokabular („Stoffkäfig-Haltung“), das damit in die bürgerliche Presse Einzug hält.

Wie weit diese Befürchtungen und Vorurteile in die Mitte der Gesellschaft vordringen, macht zum Beispiel die Stellungnahme von Hartmut Steeb deutlich. Steeb ist Generalsekretär der „Deutschen Evangelischen Allianz“, des Dachverbands von nach eigenen Angaben 1,3 Millionen Evangelikalen. Er hält eine „Islamisierung Deutschlands [...] für möglich“ und ergänzt: „Für den Islam ist das ja bloß eine

43 <http://www.buergerbewegung-pax-europa.de> [letzter Zugriff 27. 8. 2008].

44 Die Welt vom 28. 8. 2008.

demografische Frage. Grundsätzlich strebt der Islam die Herrschaft an, das halte ich für realistisch.“⁴⁵

Seltsame Allianzen bilden sich bei diesem Thema. So spielen sich die Ikone der deutschen Frauenbewegung, Alice Schwarzer, und der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Frank Schirrmacher, in ungewohnt trauter Einigkeit – nach dem Motto der Feind meines Feindes ist mein Freund? – in einem Interview, das im Juli 2006 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschien, die Bälle zu. Es ist interessant, wie die Zeitung, die in anderen Fällen für sich beansprucht, ein meinungsbildendes Qualitätsmedium zu sein, die selbst ernannte Islam- und Islamismus-Expertin Schwarzer den Lesern „die Islamisierung unserer westlichen Gesellschaften“ erklären lässt. Schwarzer: „Es ist eine weltweite Offensive. Das Geld kommt aus Saudi-Arabien, die Ideologie aus Iran. In Afghanistan ging das Anfang der neunziger Jahre los. In Algerien hat es in den neunziger Jahren über hunderttausend Tote gegeben, einen blutigen Bürgerkrieg, der von Islamisten angezettelt wurde und der Westen hat weggeguckt. Amerika hat in den achtziger und neunziger Jahren gezielt islamistische Kräfte gefördert, um den sogenannten grünen Gürtel um die Sowjetunion zu legen. Der Kampf der Taliban gegen die Sowjetunion – den haben die Amerikaner unterstützt. Der Geist ist nun aus der Flasche.“ Ob die Leser der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von dieser – höflich ausgedrückt – einfach gestrickten Erklärung der Welt überzeugt sind? Oder ist mittlerweile kein Argument zu naiv und einfältig, um als Mittel im Kampf gegen das Feindbild Islam herangezogen zu werden? Allein die Vorstellung, die zwei völlig verfeindeten Staaten Saudi-Arabien und Iran würden sozusagen ihre Differenzen außer Acht lassen und gemeinsame Sache bei der Unterwanderung Europas machen, ist ein Anzeichen der Verschwörungstheorie. Für Schirrmacher und Schwarzer ist die „Islamisierung unserer westlichen Gesellschaften“ längst Fakt, die Frage ist nur noch, ob „wir“ dies „planvoll oder sorglos mit betreiben“.⁴⁶

45 Zit. nach: Claudia Mende, Anti-islamische Bewegungen in Deutschland „Islamophob – und stolz darauf“, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-767/i.html [letzter Zugriff 27. 8. 2008].

46 Alice Schwarzer im Interview, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4. 7. 2006.

Rolle der Medien

Geschürt werden diese Ängste von vielen Medien, die vor allem durch die Unterlegung mit Bildern⁴⁷ Muslime als „fremd“ oder im schlimmeren Fall gar als Bedrohung zeichnen.⁴⁸ In seiner Ausgabe vom 26. März 2007 etwa titelte der „Spiegel“ „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“. In dem bewusst düster und geheimnisvoll gehaltenen Cover leuchtet bedrohlich der muslimische Halbmond über dem Brandenburger Tor. Anlass für das Titelbild war die Entscheidung einer Frankfurter Familienrichterin, einer Deutschen marokkanischer Herkunft die vorzeitige Ehescheidung zu verweigern, obwohl sie von ihrem Ehemann geschlagen worden war. Nach dem Urteil ging ein Aufschrei durch das Land, und der Richterin wurde der Fall entzogen. Ein Fall von „stiller Islamisierung“?

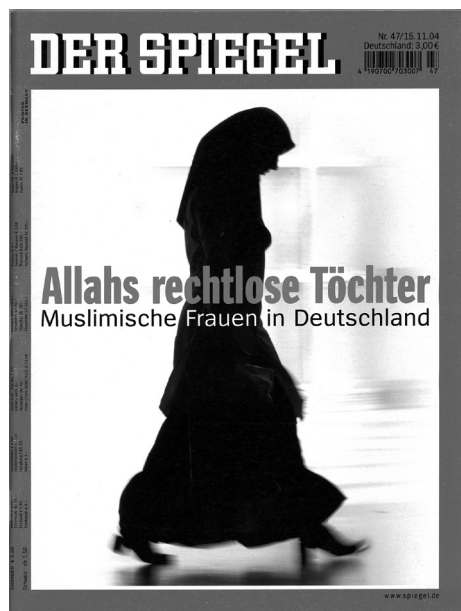
Nicht zuletzt durch die gewählten Bilder werden tatsächlich vorhandene Probleme wie die Unterdrückung oder Misshandlung von Frauen ursächlich mit dem Islam in Verbindung gebracht, was an der Sache vorbeigeht. Auch in Lateinamerika und selbst in Europa leben nicht alle Frauen selbstbestimmt, und zum Beispiel bei chinesischen Zuwanderern werden viele Ehen arrangiert – beides ist nachweislich wohl kaum auf den Islam zurückzuführen. Die Verallgemeinerung dieser Schicksale mit der Unterlegung von Bildern, durch die wir eine negative Konnotation mit dem Islam „erlernt“ haben, schürt die Vorurteile. Eine schwarz verhüllte Frau – mit gesenktem Kopf, unklare Konturen, zierlich, unsicher, fast huscht sie nur – als Titelbild des „Spiegel“ vom 15. November 2004, soll stellvertretend für muslimische Frauen in Deutschland stehen, die der Gott der Muslime angeblich rechtlos macht. „Der Islam“ wird damit ursächlich mit der Unterdrückung von Frauen in Verbindung gebracht. Sicherlich ist ein derartiges Cover verkaufsfördernder als das Bild der Masse der äußerlich unauffälligen Muslime. Das Kopftuch mutiert dabei zu *dem* Symbol für einen angeblich rückständigen Islam, aber auch für Gewalt, Radikalisierung, Islamisierung. Die Medienpädagogin Sabine Schiffer bezeichnet das Kopftuch als „argumentationsökonomischen

47 Vgl. dazu: Halm/Liakova/Yetik, Pauschale Islamfeindlichkeit?, S. 11–49, insbesondere S. 35–38.

48 Vgl. Juliane Wetzel, „Fremde“ in den Medien, in: Vorurteile, hrsg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005, S. 21–26.



„Der Spiegel“ vom 26. März 2007



„Der Spiegel“ vom 15. November 2004

Renner“.⁴⁹ Die Schwierigkeit ist, dass wir kaum mehr in der Lage sind, das Kopftuch als das zu sehen, was es vermutlich in erster Linie ist: das Kleidungsstück einer religiösen Frau. Hinter jeder Kopftuch tragenden Frau sind uns – manchmal vermutlich auch nur unbewusst – die Bilder von Unterdrückung, Gewalt und Fanatikern im Kopf.

Neben dem Kopftuch wird in den Medien häufig die Moschee als Symbol verwendet. Wenn es etwa um iranische Atombombenpläne geht, bildet der „Stern“ auf dem Cover⁵⁰ eine Moschee ab, auch wenn sich jeder kritische Leser fragt, was denn bitte eine Moschee mit potenziellen oder tatsächlichen iranischen Atombomben zu tun hat. Ein tatsächlich vorhandener Konflikt wird damit mit „dem Islam“ in Verbindung gebracht.⁵¹ Wenn diese religiösen Symbole ständig mit Konflikten verbunden sind, entsteht beim Leser oder Zuschauer ganz zwangsläufig der Eindruck, „der Islam“ sei das Problem.

Ausgrenzend, ja diffamierend, war zum Beispiel die Titelseite des „Focus“ vom 22. November 2004. 20 Tage zuvor war der niederländische Filmemacher Theo van Gogh in Amsterdam ermordet worden. Der „Focus“ titelte: „Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland. Ist Multi-Kulti gescheitert?“ Die mit einer Nachtsichtkamera aufgenommenen Betenden und das in den Himmel ragende Minarett sollen offenbar das „Unheimliche“ an den „Gästen“ verdeutlichen. Der mit „Integrationskrise. Vertraut und fremd“ betitelte Artikel beginnt mit der Auflistung gescheiterter Integrationsfälle, berichtet von einer jungen Frau, die wegen einer bevorstehenden Zwangsheirat vor ihrem Vater floh, von einem Hassparolen verkündenden Prediger, der die Gefahr von Unterwanderung durch radikale Muslime, die eine „totalitäre islamische Gesellschaft“ anstrebten. Dann wird immerhin die in Anbetracht des Tenors allerdings lediglich als suggestiv zu analysierende Frage gestellt: „Berechtigte Mahnung oder unverantwortliche Panikmache? Weit über drei Millionen Muslime leben in Deutschland, knapp zwei Millionen Türken. Der

49 Sabine Schiffer, Islam in den Medien. Konstruierte Wahrheiten und Zerrbilder, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-242/i.html [letzter Zugriff 1. 9. 2008]. Vgl. dazu ausführlich: Sabine Schiffer, Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen. Eine Auswahl von Techniken und Beispielen, Würzburg 2005.

50 Stern vom 26. 10. 2006.

51 Sabine Schiffer, Die Verfertigung des Islambildes in deutschen Medien, in: Jäger/Halm, Mediale Barrieren, S. 169–172.



„Focus“ vom 22. November 2004

weitaus größte Teil dieser Bevölkerungsgruppe lebt hier friedlich und angepasst. Sie gehören auch zu diesem Land, prägen dessen Kultur, Wirtschaft und Charakter mit.“ Um wenige Absätze weiter wiederum unter Verweis auf Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, der für seine forschenden, provozierenden Thesen bekannt ist, folgenden Schluss zu ziehen: „Die Gewaltbereitschaft muslimischer Männer bringt Christian Pfeiffer [...] in einen direkten Zusammenhang mit ihrer Religion. „Junge Männer, die dem Islam angehören und sehr gläubig sind, besitzen ein höheres Gewaltpotenzial als ihre weltlich orientierten Landsleute.“⁵² Der Begriff „Gäste“ auf dem Titelbild für türkischstämmige Muslime, die hier geboren sind oder seit Jahrzehnten hier leben, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sagt viel über den Stand der Integration aus und zeigt einmal mehr, dass Integration keine einseitig von den Zuwanderern zu erbringende Leistung ist, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft etwas angeht.

52 http://www.focus.de/politik/deutschland/integrationskrise-vertraut-und-fremd_aid_202465.html [letzter Zugriff 1. 9. 2008].

Zahlreiche Beispiele ließen sich aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ anführen. Im September 2006 durfte dort der Althistoriker Egon Flaig einen ausführlichen Essay veröffentlichen mit dem vielsagenden Titel „Der Islam will die Welteroberung“. Nach einer umfassenden Darstellung aller Kriege, die muslimische Reiche gegen die „Ungläubigen“ führten – mit offenbar einer ganz unglaublichen Brutalität, die bei einem eher zeitgeschichtlich interessierten Leser den Eindruck erwecken, dass die Kriege des 20. Jahrhunderts vergleichsweise geradezu unter dem Banner der Humanität geführt wurden –, und der Erklärung, weshalb „die Muslime ihre Heiligen Kriege mit dieser Vehemenz und diesem Erfolg“ führten – „Für die Scharia“ –, findet sich auch eine neue Sichtweise auf die Vertreibung der Juden aus Spanien 1492: „Die Könige Spaniens [...] wandten dabei ein muslimisches Rezept an.“⁵³ Bemerkenswert ist auch das Layout dieser Seite, das den Schauspieler Anthony Quinn als Onkel des Propheten in dem Film „Mohammed – der Gesandte Gottes“ aus dem Jahr 1976 zeigt.

Dieses Pamphlet von Flaig blieb allerdings auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nicht unwidersprochen. Fünf Wochen später erschien eine Erwiderung der Basler Historikerin Almut Höfert unter dem Titel „Die glorreichen Tage des Dschihad sind Geschichte. Der Islam will nicht die Welteroberung: Eine Antwort auf Egon Flaig“. Vornehm, weil sie Flaig gewisse Zugeständnisse macht, weil er schließlich nicht vom Fach ist, aber in der Sache unerbittlich, widerlegt Höfert ganz präzise Flaigs „merkwürdige Auffassung“ von der Scharia, den Kreuzzügen und seine „Schilderung, welches grausame Unterdrückungsregime die christlichen und jüdischen Minderheiten [...] unter muslimischer Herrschaft allerorten zu erdulden hatten“. Ihr Urteil ist vernichtend: „Egon Flaig hat mit diesem Artikel gezeigt, wie der Kampf der Kulturen mit historischer Feder geführt wird, und er steht mit seiner ahistorischen Auffassung eines vermeintlich monolithischen Islams islamistischen Pamphleten näher als der kritischen Geschichtswissenschaft. [...] Es ist ein recht unrühmliches Aushängeschild für die Historikerzunft, wenn [...] einzelne Vertreter des Faches meinen, etablierte Prinzipien geschichtswissenschaftlichen Arbeitens, welche sie für ihr eigenes Spezialgebiet so vehement in Anspruch nehmen, in bezug auf die islamische Geschichte beiseite legen zu können.“⁵⁴ Hinzufügen möchte

53 Egon Flaig, *Der Islam will die Welteroberung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. 9. 2006.

54 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. 10. 2006.

man, dass es nicht nur für die Historikerzunft, sondern auch für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ wohl kein gutes Aushängeschild war, Flaig Raum für seine hetzerischen Thesen zu geben.

Die Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez und Carola Richter legten Anfang 2007 eine Studie über „Das Gewalt- und Konfliktbild des Islams bei ARD und ZDF“ vor. Der Untersuchungszeitraum umfasste 1 ½ Jahre, vom 1. Juli 2005 bis 31. Dezember 2006. Über den Islam, so das Ergebnis der Studie, werde „erheblich negativer und konfliktorientierter“ berichtet als über andere Religionen. Es werde der Eindruck vermittelt, „dass der Islam weniger eine Religion als vielmehr eine politische Ideologie und einen gesellschaftlichen Wertekodex darstellt, der mit den Moralvorstellungen des Westens kollidiert“. Das Alltägliche wird weitgehend ausgeblendet. Die Autoren urteilen, dass es in Anbetracht des Selbstbildes von ARD und ZDF als „Vorbildmedien“ fraglich sei, ob „im Bereich der Islamberichterstattung [...] der Programmauftrag durch die derzeitige Praxis der Berichterstattung wirklich erfüllt“ werde. Die Sender informieren nicht neutral, sondern treffen eine einseitige Themenauswahl, die „eine in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung bereits vorhandene Vorurteilsbereitschaft gegenüber dem Islam und die demoskopisch messbare Islamangst in Deutschland weiter“ steigern. Der Schwerpunkt der Sendungen lag nämlich auf den Themen Terrorismus und Extremismus. Die Titel vor allem der Magazinsendungen wie „Frontal 21“, „Kontraste“, „Monitor“, „Panorama“ oder „Report“ sprechen eine deutliche Sprache: „Gefährliche Islamisten“, „Hassprediger in Deutschland“, „Terroristen als Nachbarn“, „Nachwuchs für die Parallelgesellschaft“. Da das Bild vom Islam ganz wesentlich von den Massenmedien geprägt wird, schürt diese Berichterstattung die Ängste der Bürger und vereinnahmt den Islam als eine ständige Problem- und Gefahrenquelle.⁵⁵

Bereits in den Monaten nach den Anschlägen in New York im September 2001 konstatierte Hafez, dass auch seriöse Journalisten häufig einen Zusammenhang zwischen Terrorismus und Islam konstruieren, anstatt nach komplexeren gesellschaftlichen und politischen Gründen zu forschen. Von Interesse sind zudem lediglich fundamentalistische Strömungen und der „politische Islam“, sodass man den

55 Kai Hafez/Carola Richter, *Das Gewalt- und Konfliktbild des Islams bei ARD und ZDF. Eine Untersuchung öffentlich-rechtlicher Magazin- und Talksendungen*, Universität Erfurt, Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Januar 2007.

Eindruck gewinnen kann, es handele sich beim Islam weniger um eine Religion als um eine Ideologie. Hinzu kommen Bilder, in denen die Gewalt dominiert und die häufig ohne Zusammenhang mit dem Thema verwendet werden.⁵⁶ Es fehlt eine differenzierte Sichtweise, die zwischen Religion und Islamismus, dem häufig für politische Ziele missbrauchten Islam, unterscheidet.

Publikationen von Muslimen

Als Kronzeugen für die Bestätigung des Feindbildes dienen den westlichen „Islamkritikern“ gerne Muslime, die mit „dem Islam“ abrechnen. Ihr Insiderblick macht sie wohl besonders glaubwürdig.⁵⁷ Dass damit in nahezu allen Fällen eigene schwierige Familiengeschichten aufgearbeitet werden, die nur sehr begrenzt als exemplarisch begriffen werden können, lassen diejenigen, denen lediglich an der Illustrierung ihrer Vorurteile gelegen ist, außen vor. Schließlich liegt ihnen nichts an einer differenzierten Auseinandersetzung, sondern nur an der Bestätigung des festgefahrenen Weltbildes. Für die Mehrheitsgesellschaft ist es zudem sehr viel bequemer, die tatsächlich vorhandenen Defizite „dem Islam“ zuzuschreiben als über Versäumnisse oder Fehler der Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte nachzudenken. Die vermutlich bekanntesten Beispiele dafür sind Necla Kelek, Seyran Ates und in den Niederlanden Ayaan Hirsi Ali.

Necla Kelek veröffentlichte ihr Buch „Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland“ im Jahr 2005. Die blumige, bildhafte Schilderung der Geschichte ihrer Familie wird unterbrochen von historischen Rückblicken und endet in einem Plädoyer, die deutsche Gesellschaft möge endlich die Augen öffnen für die entsetzlichen Missstände bei den hier lebenden Türken, die die „gutmeinenden Deutschen unter Naturschutz“ stellten. Keleks Bilanz lautet: „Die Integration der Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken ist gescheitert.“⁵⁸

56 Wolfgang Gast, Anhaltende Beklemmung. 12 Monate nach dem 11. September, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 233 f.

57 Auch hier gibt es Parallelen zur Antisemitismusforschung. Extrem kritische Israelis werden hierzulande als Sprecher vorgeschoben.

58 Necla Kelek, Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland, Köln 2005, S. 12 und 260.

Zur Popularität von Necla Kelek trugen sicherlich die Verleihung des „Geschwister-Scholl-Preises“ im Jahr 2005 und die Empfehlung ihres Buches durch den damaligen Bundesinnenminister Otto Schily im „Spiegel“ bei. Otto Schily würdigte das Buch als „alarmierenden Einblick“ in Parallelstrukturen, argumentierte dann aber sehr viel differenzierter. Wo Kelek zum Beispiel „keinen wesentlichen Unterschied“ zwischen „Zwangsehen“ und „arrangierten Ehen“ – die im Übrigen ein ethnischer und kein religiöser Brauch sind – sieht, beurteilt Schily die Eingriffsmöglichkeiten des Staates bei Letzteren als gering. Zudem gab er zu bedenken, dass auch im christlichen Europa die Frauen lange um ihre Rechte kämpfen mussten. Ganz wesentlich ist, dass Schily Kelek widerspricht, wenn sie „den Islam“ für die Unterdrückung von Frauen verantwortlich macht. Schily sieht „die Gefahr von Pauschalisierungen, wo Differenzierung geboten ist, denn ‚den Islam‘ gibt es bekanntlich nicht“.⁵⁹

Am 1. Februar 2006 reagierten 60 Migrationsforscher in einer in der „Zeit“ veröffentlichten Petition „Gerechtigkeit für die Muslime“ auf die Literaturempfehlungen im Zusammenhang mit einer Kampagne des Berliner Stadtteils Neukölln gegen Zwangsehen. Als „Sachbücher“ wurden dort nämlich die Publikationen von Kelek, Hirsi Ali und Ates genannt. Nach Meinung der Migrationsforscher wird der Aufklärung damit jedoch ein Bärendienst erwiesen, weil es sich dabei „um eine Mischung aus Erlebnisberichten und bitteren Anklagen gegen den Islam, der durchweg als patriarchale und reaktionäre Religion betrachtet wird“, handle. „Die Stoßrichtung dieser Literaturempfehlungen ist eindeutig“, so die Petition: „Es ist der unverbesserlich rückschrittliche Islam, der verantwortlich ist für Zwangsverheiratungen und andere Grausamkeiten.“⁶⁰

Auf die Petition der 60 Migrationsforscher reagierte Kelek mit heftigen Vorwürfen gegenüber „diesen Kritikern aus der gut ausgestatteten Welt der öffentlich finanzierten Migrationsforschung. Sie hätten in den vergangenen Jahrzehnten Zeit, Mittel und Gelegenheit gehabt, die Frage von Zwangsheirat, arrangierten Ehen, Ehrenmorden, Segregation und dem Islam zu untersuchen. Sie hätten die Fragen stellen können, die ich gestellt habe. Sie haben es nicht getan, weil solche Fragen nicht in ihr ideologisches Konzept des Multikulturalismus passten. Damit haben

59 Otto Schily, „Alarmierender Einblick“, in: Der Spiegel vom 24. 1. 2005.

60 Gerechtigkeit für die Muslime! Die deutsche Integrationspolitik stützt sich auf Vorurteile. So hat sie keine Zukunft. Petition von 60 Migrationsforschern. Von Mark Terkessidis und Yasemin Karakasoglu. <http://www.zeit.de/2006/06/Petition> [letzter Zugriff 27. 8. 2008].

sie aber auch das Tabu akzeptiert und das Leid anderer zugelassen.“⁶¹ Abgesehen von dem auf Emotionen zielenden Punkt, dass die angesprochenen Migrationsforscher gewissermaßen schuld am Schicksal der von Zwangsehen und Ehrenmord betroffenen Frauen seien, ist vor allem die Vermischung dieser natürlich kritisch zu hinterfragenden Themen mit „dem Islam“ bemerkenswert. Diese Gleichsetzung von Missständen mit der Religion, als ob „der Islam“ Ursache für eine Zwangsheirat oder einen Ehrenmord wäre, trägt zur Weiterverbreitung von Vorurteilen bei und ist zudem schlichtweg falsch. Legitimation erhält dies umso mehr, wenn die Vorwürfe von Seiten muslimischer Kritiker geäußert werden.

Ursachen

Versuche, die Ursachen für diese undifferenzierte Islamfeindlichkeit zu erklären, müssen großteils Mutmaßungen bleiben. Unbestreitbar ist, dass einige Medien durch Diktion und Bildauswahl bzw. Bildcollagen die Ängste und Unsicherheiten vieler Bürger über den Islam und die Muslime fördern. Auch die Versäumnisse auf Seiten des Staates, der die Zuwanderer jahrzehntelang nur als Arbeitskräfte mit vorübergehendem Aufenthalt wahrnahm, statt eine aktive Integrationspolitik zu betreiben und anzuerkennen, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland war, tun ein Übriges. Die totalitären Regime, die die Religion für ihre Zwecke und ihren Machterhalt instrumentalisieren, und deren Brutalitäten verstärken sicherlich das negative Bild, obwohl sie großteils Konflikte unter muslimischen Gruppierungen austragen und sich nicht im Krieg „gegen den Westen“ befinden. Vielleicht liegt es auch an der Verunsicherung vieler Europäer, weil die Realität längst unumkehrbar ein Europa mit Muslimen geschaffen und sich damit die europäische Identität verändert hat.

61 Entgegnung, Zeit online vom 2. 2. 2006 (www.zeit.de/online/2006/06/kelek_replik [letzter Zugriff 27. 8. 2008]).

Der Feind kommt aus dem Morgenland

Rechtspopulistische „Islamkritiker“ um den Publizisten
Hans-Peter Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit Juden

Fragen nach dem Ausmaß der Judenfeindschaft unter Muslimen finden seit einigen Jahren über wissenschaftliche Fachkreise hinaus Interesse bei Politikern, Pädagogen, Journalisten und Publizisten. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die Ideologie islamistischer Aktivisten, auf Massenmedien und politische Propaganda in muslimisch geprägten Ländern und auf muslimische Einwanderer in Europa. Oft wird das Thema im Rahmen der Diskussionen darüber erörtert, welche Rolle der Islam in der internationalen Politik und in europäischen Gesellschaften spielt. Für die sozialwissenschaftliche und zeithistorische Vorurteilsforschung sind solche Debatten aus zwei Gründen interessant: Zum einen sprechen sie antijüdische Feindbilder an, zum anderen kam in den vergangenen Jahren die Frage nach antimuslimischen, islamophoben Ressentiments auf. Sie beschwören, so heißt es, einen Generalverdacht gegen Muslime herauf, den Vorwurf, der Islam schlechthin sei eine Gewaltideologie und so jüden-, frauen-, homosexuellen- und demokratiefeindlich, dass die Integration seiner Anhänger in westliche Gesellschaften zum Scheitern verurteilt sei.

Die sachliche Analyse des Gegenstandes erschwert, dass er sich leicht emotionalisieren und politisieren lässt. Emotionen werden geweckt, weil es um Anerkennung und Ausschluss geht, um individuelle wie kollektive Selbst- und Fremddeutungen als Opfer oder Schuldige, um Aspekte, die das menschliche Grundbedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit und Anerkennung ebenso betreffen wie das Selbstverständnis und die moralische Integrität des Einzelnen und seiner Bezugsgruppen. Besonders erhöht die Temperaturen, dass Debatten über Judenfeindschaft mindestens implizit den Holocaust zum Fluchtpunkt haben. Die Politisierung ist die zweite Crux der Debatten. Begriffe wie Antisemitismus, Rassismus oder Islamophobie sind einerseits wissenschaftliche Begriffe, andererseits politische Kampfvokabeln.

Die Prägung „Islamophobie“ ist dafür symptomatisch. Den einen beschreibt sie eine Gefahr, den anderen eine rhetorische Keule, mit der muslimische Verbände Kritiker schrecken.

Wissenschaftliche Analyse und politisches Interesse sind auf den ersten Blick schwer zu unterscheiden. Dass in Deutschland nur wenige Untersuchungen über gesellschaftliche Einstellungen muslimischer Einwanderer vorliegen, lässt Spekulationen ins Kraut schießen.¹ Immerhin zeigen vorliegende Studien und Berichte, dass Fragen nach der Rolle der Judenfeindschaft in muslimisch geprägten Ländern und unter Migranten so notwendig sind wie in eingewachsenen Gesellschaften Europas und ihren Teilgruppen, seien es die Milieus der etablierten Mitte, der Rechten oder der antizionistischen Linken. Aus fachlicher Sicht gibt es keinen Grund, entsprechende Fragen pauschal als islamfeindlich zurückzuweisen. Auch soziale Arbeit und politische Bildung sind auf Anzeichen für Judenfeindschaft unter jungen Migranten aufmerksam geworden. Organisationen wie die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“, „amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus“ oder das Projekt „Ufuq – Medienforschung und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ reagieren darauf und entwickeln Praxiskonzepte.

Wer Antisemitismus in zugewanderten wie eingewachsenen Bevölkerungsteilen realistisch beurteilen will, muss politische Instrumentalisierungen erkennen und Kriterien entwickeln, um seriöse Ansätze von Agitation und Dämonisierung zu unterscheiden. Dazu besteht Anlass: Wie das Folgende zeigt, etabliert sich in Deutschland seit einigen Jahren eine Szene, die unter dem Vorwand einer „Islamkritik“ irrationale Feindbilder verbreitet. Ihre Vertreter nutzen Debatten über den Islam im Allgemeinen und über Judenfeindschaft unter Muslimen im Besonderen, um als besorgte Beobachter getarnt den Einfluss rechtspopulistischer, rechtsintellektueller und christlich-fundamentalistischer Gruppen auf die öffentliche Kommunikation zu steigern.

Die Agitatoren bewegen sich in drei Zusammenhängen: Auf dem populärwissenschaftlichen Buchmarkt präsentieren einige Publizisten Schreckbilder des Islam

1 Als wichtiger Beitrag, entsprechende Forschungslücken zu füllen, erschien im vergangenen Jahr eine Studie im Auftrag des Bundesinnenministeriums: Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, *Muslimen in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierte Gewalt*, Paderborn 2007.

und geben ihre den historischen und soziologischen Forschungsstand ignorierenden Thesen als wissenschaftlich aus. Im Internet machen Anbieter antimuslimischer Hass-Seiten wie „Politically Incorrect“, „Akte Islam“ oder „Die grüne Pest“, den Kampf gegen eine vermeintliche Islamisierung Europas zu ihrem Geschäft. Auf lokaler Ebene entstanden Initiativen gegen den Bau von Moscheen, die in jedem muslimischen Gotteshaus einen Brückenkopf islamischer Eroberung Europas sehen. Aktivisten vor Ort und Blogger im Netz versuchen ihre Ressentiments durch Behauptungen aus den populärwissenschaftlichen Büchern zu begründen und laden deren Autoren zu Veranstaltungen ein. So entstand ein gut vernetzter Agitationszusammenhang, geführt von Angst-Unternehmern, die durch Buchverkauf, Werbeanzeigen auf ihren Homepages und den Vertrieb von Propagandaartikeln außer dem politischen auch finanziellen Gewinn zu erzielen versuchen.

Die Szene sieht „den Islam“ als größte Menschheitsgefahr der Gegenwart. Ihre Aktivisten suchen nicht nach Ursachen bestimmter Probleme, allenfalls nutzen sie Agenturmeldungen und Berichte von Anhängern als zusätzliches Belastungsmaterial für ein unabänderliches Pauschalurteil. Sie stehen seriösen Beobachtern fern, die bestimmte muslimische Organisationen, ihr Programm oder Handeln kritisieren, ebenso den Wissenschaftlern, sozialen und pädagogischen Fachkräften oder den Interessengruppen, die sich mit klar definierten und empirisch belegbaren Phänomenen unter muslimischen Migranten auseinandersetzen.

Zu Recht sieht mancher Beobachter in den antimuslimischen Propagandisten Vertreter jenes Milieus der Sektierer und Weltretter, das sich für Verschwörungsmethoden und apokalyptische Szenarien begeistert und im leicht zugänglichen Internet seinen Obsessionen folgt. Manche Idole der Szene kann man dazu rechnen, wie den ehemaligen FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte, der die Leser seiner Seite „akteislam.de“ mit boulevardesken Schlagzeilen über den Stand des abendländischen Existenzkampfes unterrichtet: „Kein Essen gekocht – Türkischer Mitbürger sticht Ehefrau nieder“. Ähnlich mag mancher den Sportlehrer Stefan Herre einschätzen, der das Netz-Forum „Politically Incorrect“ gegründet hat. Dort kann man nicht nur Meldungen über neue Untaten des Islam lesen, sondern auch Kaffeetassen bestellen – mit dem Aufdruck „Islamophobic and Proud of It“.²

2 Vgl. <http://www.akte-islam.de/24.html>; <http://83717.spreadshirt.net/de/DE/Shop> [eingesehen am 26. 8. 2008].

Manche Entwicklung geht jedoch über das Kurios-unappetitliche hinaus: In Tageszeitungen und öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehprogrammen verbreiten Vertreter der Szene als vermeintliche Fachleute immer wieder ihre Thesen. Geschickt schließen sie dabei an populäre Auffassungen an, etwa an die Idee eines globalen Kampfes der Kulturen oder an die Einschätzung, in Deutschland sei das nationale Selbstbewusstsein aus Scham über die nationalsozialistischen Verbrechen in der Abwehr fremder Einflüsse zu schwach. Schon deshalb lohnt es sich, die Thesen der „Islamkritiker“ und ihren Kontext zu untersuchen.

Aus der Perspektive der Antisemitismusforschung kommt ein zweiter Aspekt dazu: In einschlägigen Büchern und auf Internet-Seiten begegnet man häufig wiederkehrenden Bezügen auf das Judentum, auf Israel und auf die Judenfeindschaft. Mit seinem Verein „Pax Europa“ etwa will Udo Ulfkotte die „christlich-jüdisch geprägte europäische Kultur“ verteidigen. „Politically Incorrect“ bekennt sich schon auf der Titelseite als „proisraelisch“ und konzentriert sich in vielen Meldungen auf Judenfeindschaft unter Muslimen. Der „Wertheimer Appell“, den Anti-Moschee-Aktivistin im Juni 2007 unter dem Dach des rechtspopulistischen „Bundesverbandes der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten“ verfassten, rechtfertigt mit der „christlich-jüdisch-humanistischen Tradition Europas“ seine Forderung, die Religionsfreiheit des Grundgesetzes für den Islam infrage zu stellen.³

Auch der Publizist Hans-Peter Raddatz, den die Szene als wissenschaftlichen Heros verehrt, demonstriert sein Interesse an Juden und Judenfeindschaft. Unter dem Titel „Allah und die Juden“ veröffentlichte er im Jahr 2007 ein dickleibiges Buch. Darin stellt er zwei Behauptungen auf: Erstens islamisierten Muslime seit längerer Zeit Europa, was seiner Ansicht nach die „wachsenden Moscheenetze“ zeigten. Zweitens sei der Antisemitismus der „Motor der Islamisierung Europas“. „Islamisierung“ und Judenfeindschaft seien „parallele Trends“ und hingen so eng zusammen, dass „Islamophilie in jedem Falle eine automatische Judophobie“ hervorrufe.⁴

Raddatz ist eine Schlüsselfigur für Kontext und Interessen der Szene. Seine Thesen ermöglichen Rückschlüsse auf die Bedürfnisse der ihm applaudierenden

3 Vgl. <http://akte-islam.de/16.html>; <http://www.buergerbewegungen.de/wertheimer-appell.html>; <http://www.pi-news.net>; [eingesehen am 8. 8. 2008].

4 Hans-Peter Raddatz, Allah und die Juden. Die islamische Renaissance des Antisemitismus, Berlin 2007, S. 10, 185 und 241.

Kreise, die seinen Namen als akademisches Gütesiegel ihrer Ressentiments hoch halten. Seine Medienkarriere als „Islamexperte“ veranschaulicht die Bedingungen öffentlicher Inszenierung angeblicher Wissenschaftlichkeit. Vor allem jedoch lohnt sich der genaue Blick, weil er mehr als ein Angst-Unternehmer ist. Hinter seiner radikalen Islamfeindschaft zeichnet sich ein Weltbild ab, das eine Reihe von Vorstellungen der extremen Rechten zusammenführt. Bezüge zu Juden und Judenfeindschaft spielen dafür eine wichtige Rolle.

Ideologie als Wissenschaft

Raddatz tritt als Fachmann auf und bezeichnet sich als „Elder Statesman der Orientalistik“.⁵ In den Klappentexten seiner Bücher und unter seinen Zeitungsartikeln liest man, er sei Orientalist und „Co-Autor der Encyclopaedia of Islam“. Tatsächlich hat der 1941 in Koblenz geborene Raddatz 1967 an der Universität Bonn bei Otto Spies und Annemarie Schimmel im Fach Islamkunde über ein Thema aus der frühislamischen Geistesgeschichte promoviert und seine Ergebnisse für einen kurzen Eintrag in der Encyclopaedia of Islam zusammengefasst. Danach wechselte er in die Wirtschaft.⁶

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre trat er als Publizist an die Öffentlichkeit, um die seiner Ansicht nach drohende Islamisierung des Abendlandes zu bekämpfen. Der Inhalt seiner Artikel war dabei so wenig wissenschaftlich wie die Publikationsorte. Anstelle eines Fachpublikums suchte Raddatz ein Umfeld, in dem Ultrakonservative ohne Scheu auf nationalistische Populisten und Rechtsextremisten treffen. In den Jahren 1997 bis 2001 schrieb er Artikel für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, in der Autoren vom rechten Rand des demokratischen Spektrums an der Seite von Rechtsextremisten versuchen, das Meinungsklima der Republik zu verändern. Raddatz trat auch im Studienzentrum Weikersheim in

5 Interview „Islam bedeutet Frieden? Unfug!“, in: Die Weltwoche vom 15. 4. 2004.

6 Hans-Peter Raddatz, Die Stellung und Bedeutung des Sufyān at-Taurī (gest. 778). Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des frühen Islam, Bonn 1967; ders., Sufyān Al-Thawrī, in: P. J. Bearman u. a. (Hrsg.), The Encyclopaedia of Islam, CD-ROM-Edition, Leiden 2003; vgl. die scharfe Kritik Martin Riexingers an Raddatz' Buch „Allahs Frauen“ aus islamwissenschaftlicher Sicht, in: Die Welt vom 8. 7. 2006.

Baden-Württemberg auf und publizierte in einer Reihe des Hauses.⁷ Hans Filbinger hatte die Einrichtung als Festung gegen seiner Ansicht nach von den Achtundsechzigern zu verantwortende Irrlehren gegründet. Ihre Mitarbeiter grenzten sich über Jahre hinweg so wenig gegenüber Rechtsextremisten und Antisemiten ab, dass der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger im Frühjahr 2007 seine Mitgliedschaft nicht mehr aufrechterhalten konnte.⁸

Seit dem Jahr 2001 veröffentlichte Raddatz in schneller Folge populärwissenschaftliche Bücher mit Titeln wie „Von Gott zu Allah?“, „Von Allah zum Terror?“, „Allahs Schleier“, „Allahs Frauen“ oder „Die türkische Gefahr?“. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtete, dass sich einige der Titel bis zu 25 000-mal verkauft hätten.⁹ Bis auf das jüngste erschienen die Werke im Münchener Herbig-Verlag. Auch damit blieb Raddatz einem rechtsorientierten Publikum treu: Das Haus Herbig gehört zu der Verlagsgruppe Langen-Müller-Herbig-Nymphenburger, die bis zum Jahr 2004 Herbert Fleissner führte, der für seine engen Kontakte zu Rechts-extremisten bekannt ist.¹⁰ Gleichzeitig erschloss sich Raddatz damit auch neue Leserkreise, denn während der Verlag Autoren vom rechten Rand eine Plattform verschafft, geben sich Teile seines Programms pluralistisch. Mit dem letzten Buch „Allah und die Juden“ wechselte Raddatz zum Verlag Wolf Jobst Siedler Junior. Raddatz' erstes Buch erschien wenige Wochen nach den Anschlägen von New York und Washington, und so bezeichnete ihn „Die Zeit“ zu Recht als einen „jener Islam-experten, die der 11. September hervorgebracht hat“.¹¹ Die Bücher wurden in der Tagespresse, aber auch im Rundfunk zum Teil zustimmend besprochen.¹²

7 Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.), *Der fundamentalistische Islam. Wesen – Strategie – Abwehr*, Weikersheim 1999.

8 *Süddeutsche Zeitung* vom 20. 4. 2007.

9 Jochen Bittner/Matthias Stolz, *Allahs Zorn*, in: *Die Zeit* vom 27. 10. 2005.

10 Zuletzt stand Fleissner im Mai 2008 in der Kritik, weil er einen Preis der NPD-nahen „Gesellschaft für freie Publizistik“ annahm, die der Bundesverfassungsschutz als „größte rechtsextreme Kulturvereinigung Deutschlands“ einstuft. Vgl. Jan Bielicki, *Beifall aus der falschen Ecke*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13. 5. 2008, und Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2007*, Berlin 2007, S. 115.

11 Bittner/Stolz, *Allahs Zorn*.

12 Vgl. die beiden Rezensionen zu „Von Gott zu Allah“, in: *Die Welt* vom 6. 10. 2001 und 1. 11. 2001; die Rezension zu „Von Allah zum Terror“, in: *Die Welt* vom 18. 1. 2003 und die Besprechung von „Allahs Schleier“, *DeutschlandRadio*, 20. 2. 2004, unter <http://dradio.de/dlr/sendungen/politischesbuch/240054/> [eingesehen am 4. 7. 2008].

Ab dem Jahr 2002 schrieb Raddatz regelmäßig für die Tageszeitung „Die Welt“. Für die Jahre 2002 bis 2006 verzeichnet das Online-Archiv der Zeitung 14 Artikel und Rezensionen, für die Raddatz als Autor zeichnete, außerdem erschienen in der „Welt“ mehrere Interviews mit ihm. Immer wieder zitierten ihn auch andere Autoren der Zeitung, um ihre Thesen zu stützen. Raddatz hatte damit Einfluss auf das Bild, das sich die Leser der „Welt“ vom Islam machen. Auch für das ebenfalls im Axel Springer Verlag erscheinende „Hamburger Abendblatt“ war Raddatz als Autor tätig. Darüber hinaus erschienen Interviews mit ihm an anderen Orten, etwa im „Focus“ oder der Zürcher „Weltwoche“.¹³

Im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen wurde Raddatz ein gefragter Gesprächspartner. Homepages der ARD und des Senders „Arte“ führen seine Bücher unter der Rubrik „Buchtipps“. Bei „Arte“ war Raddatz zuletzt im Januar 2008 in der Talkshow „Paris-Berlin“ zu Gast. Er trat in ARD-Landessendern und im ZDF auf, auch der Österreichische Rundfunk (ORF) lud ihn als Experten zu einer Fernsehdiskussion. Der Sender Phoenix bat Raddatz in den vergangenen Jahren mehrere Male zu Gesprächsrunden. Unter den Radiosendern scheint besonders die Redaktion des Deutschlandfunks Raddatz' Urteile zu schätzen – ob es um Antisemitismus im Islam geht, um die Türkei-Reise des Papstes oder um die Integration von Muslimen.¹⁴

Einrichtungen der politischen Bildung luden Raddatz ein, um auf ihren Veranstaltungen zu sprechen, wie die Hanns-Seidel-Stiftung oder das baden-württembergische

13 Interviews „Unterwegs in den Gottesstaat“, in: Focus vom 2. 9. 2002, und „Islam bedeutet Frieden? Unfug!“, in: Die Weltwoche vom 15. 4. 2004.

14 Paris-Berlin – Die Debatte, Arte 24. 1. 2008, <http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/paris-berlin/Naechste-Debatte/1855860,CmC=1889474.html>; Beitrag „Wettern gegen den Islam, titel, thesen, temperamente, ARD, 2. 9. 2007, http://www.daserste.de/ttt/beitrag_dyn~uid,7q5hktgr3k7rlw0~cm.asp; Das WDR-Fernsehen etw lud Raddatz zur Sendung „west.art“ am 25. 1. 2004 ein, http://www.wdr.de/tv/west-art/sendungsarchiv220104/index_so.phtml, das ZDR zur Sendung „Lange Nacht der Sterne“ am 15. 12. 2004, <http://www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmchronik/zdf-chefredaktion/aussenpolitik.htm>; der ORF zur Sendung „Weltjournal“ am 5. 9. 2007, http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20070904_OTs0193&ch=medien,bei,„Phoenix“ war Raddatz unter anderem in der Sendung „Phoenix-Runde“ am 25. 7. 2007 zu Gast, <http://www.phoenix.de/videostreams/164991.htm#>; vgl. als Beispiel für mehrere Interviews beim Deutschlandfunk das Gespräch „Der Antisemitismus als ein konstitutives Element des Islam“, 16. 7. 2007, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/politischeliteratur/648268/> [alle Netzquellen eingesehen am 25. 8. 2008].

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung.¹⁵ Raddatz ist auch Mitautor eines vom ehemaligen bayerischen Kultus- und Wissenschaftsminister Hans Zehetmair herausgegebenen Sammelbandes zum Islam, den die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vertrieb.¹⁶ Zuletzt suchte Raddatz auch die Nähe jüdischer Organisationen. Im Oktober 2007 lud die Zionistische Organisation in Deutschland anlässlich der Buchmesse in den Ratssaal der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main zur Vorstellung von „Allah und die Juden“.¹⁷ Im November 2007 sprach er im Frankfurt am Main bei einem europäischen Jugendforum der jüdischen Organisation B'nai B'rith über antiisraelische und antimexikanische Tendenzen in der Politik.¹⁸ Dass sich Raddatz als prominenter und kompetenter Fachmann für ein breites Publikum inszenieren kann, steigert seine Bedeutung für die islamfeindliche Szene, verheißt er ihr doch den Ausbruch aus dem Milieu der Sektierer.

Für weitere Prominenz sorgte im September 2005 eine Verwünschung Raddatz' als „Hassprediger und Lügner“ im Internet-Forum „muslim-market“, die der Angegriffene als Anstiftung zu Mord interpretierte. Das ARD-Magazin Report-Mainz berichtete über den Fall unter der Schlagzeile „Mordaufruf im Internet – Wie ein Islamismuskritiker bedroht wird“ und löste ein mediales und politisches Echo aus.¹⁹ Die Wiesbadener CDU-Abgeordnete Kristina Köhler, Islamismus-Berichterstatlerin im Innenausschuss des Bundestages, rief zur Solidarität mit Raddatz auf, bezeichnete ihn als „kritischen Islamwissenschaftler“ und stellte den Fall in den Zusammenhang mit dem Mord an der Deutschtürkin Hatun

- 15 Die Hanns-Seidel-Stiftung lud Raddatz am 25. 2. 2005 zur Veranstaltung „Frauen in der Türkei“ nach München ein, vgl. http://www.hss.de/downloads/ME_050225=Frauen-in-der-Tuerkei.pdf, die Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. 7. 2006 zur Fachtagung „Antisemitismus“ nach Mannheim, vgl. http://www.fes.de/aktuell/Programm_Antisemitismus.pdf [eingesehen am 15. 8. 2008].
- 16 Hans Zehetmair (Hrsg.), *Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog*, Wiesbaden 2005.
- 17 Vgl. die Einladung zur Buchpräsentation in Frankfurt, „Allah und die Juden“, 11. 10. 2007, unter http://www.zod-info.com/news2_show.php?id=79 [eingesehen am 25. 8. 2008].
- 18 Ralf Balke, Kühne Thesen, in: *Jüdische Allgemeine* vom 29. 11. 2007; Alex Hasgall, B'nai B'rith-Jugendforum: Diskussionen und Anregungen, in: *tacheles* vom 7. 12. 2007, unter <http://www.honestly-concerned.org/Temp/TACHLES-Rddatz-BnaiBrith.pdf> [eingesehen am 25. 8. 2008].
- 19 Sendung „Report“ vom 17. 10. 2005, <http://www.swr.de/report/archiv/sendungen/051017/05/frames.html> [eingesehen am 25. 8. 2008].

Sürücü.²⁰ Landgericht und Oberlandesgericht Oldenburg sahen das jedoch anders und lehnten ein strafrechtliches Hauptverfahren gegen den „muslim-market“-Betreiber ab, nachdem zwei Islamwissenschaftler in einer amtlichen Stellungnahme des Bundeskriminalamtes keine Morddrohung feststellen konnten.²¹

Ein geschlossenes Weltbild

Während sich Raddatz ein neues Publikum erschloss, hielt er an seinen eng mit Denktraditionen und Gefühlslagen des rechten Randes verbundenen Anschauungen fest, mit denen er sich schon in der „Jungen Freiheit“ einen Namen gemacht hatte. Bis heute vertritt er ein geschlossenes Weltbild, das er auch in seinem letzten Buch „Allah und die Juden“ ausbreitet. In seinen Artikeln in der „Welt“ und in den Interviews zügelt sich Raddatz zwar, doch seine Glaubenssätze scheinen auch dort auf. Vier Bestandteile lassen sich herausstellen: Die antimoderne Klage über die verlorene Identität, das Denken in absoluten Feindschaften, der Verschwörungsglaube und eine Neuverteilung historischer Täter- und Opferrollen. Die Motive finden sich auch in der Propaganda der islamfeindlichen Szene. Raddatz formuliert sie aus und ordnet sie zu aufeinander bezogenen Elementen einer Ideologie.

(1) *Die antimoderne Klage über die verlorene Identität:* Wie viele Vertreter der Rechten sieht Raddatz Deutschland und Europa durch eine Untergrabung nationaler und christlicher Identität in Existenznot. Dafür macht er in doppelter Hinsicht den Liberalismus verantwortlich. Die gesellschaftliche Liberalisierung, wie sie in den sechziger Jahren sichtbar wurde, betrachtet er als mentalen Niedergang, als kollektiven „Geistesschwund aus liberalem Fortschritt“.²² So unheilvoll wie die gesellschaftliche Liberalisierung erscheint ihm auch die ökonomische, die Migration und Globalisierung hervorbrachte. „Liberalisten, wie Kinkel, Hirsch und Schmalz-Jacobsen“ vertreten seiner Ansicht nach aus „deutschem Selbsthaß“ heraus „multikulturell

20 Pressemitteilung, 18. 10. 2005, unter http://www.kristina-koehler.de/presse/20051018/koehler_solidarisiert_sich_mit/ [eingesehen am 22. 8. 2008].

21 Pressemitteilung des Oberlandesgerichts Oldenburg vom 31. 10. 2006, <http://app.olg-ol.niedersachsen.de/cms/presse/presseeanzeigen.php4?id=457&aktion=anzeigen&bid=30> [eingesehen am 13. 8. 2008].

22 Raddatz, Der moderne Islam, in: Junge Freiheit (JF) vom 16. 2. 2001.

ökonomische Interessen“.²³ Muslime personifizieren in diesem Krisenszenario den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel. Der Neoliberalismus, so Raddatz, wie ihn der Ökonom Friedrich August von Hayek formuliert hat, gehe „parallel mit den Zielen des Dihad“, darum seien „die Gesetze Allahs und des Marktes unmittelbar kompatibel“.²⁴

Fehlendes Selbstbewusstsein mache die deutsche Nation wehrlos, sie sei eine „Industriegesellschaft ohne wesentlichen, kulturellen Identitätsanspruch“, was den „Expansionsvorstellungen der lokalen Vertreter des Islam“ entgegenkomme.²⁵ Den kritischen Blick auf die eigene Geschichte betrachtet Raddatz als schwächend: „Im modernen Schuld- und Schamtrend, der die westliche Kultur fundamental abwertet, fällt es schwer, andere Kulturen als Gebilde zu sehen, die selbst einmal kulturärmere Phasen durchlaufen haben bzw. noch durchlaufen.“²⁶ So steigere sich die kollektive Selbstaufgabe zur Hoffnung auf „Erlösung durch langsame Selbstbeseitigung“.²⁷ Der Islam dient Raddatz dabei als Symbol für das Fremde schlechthin: Die „Islamisierung“ schaffe den Schutzraum, in dem „die anderen Kulturen und Religionen unter der Führung des Islam als der mit Abstand stärksten Fraktion in die Rolle der zukünftigen ‚Leitkultur‘ wachsen“ könnten.²⁸

In den christlichen Kirchen sieht Raddatz Hauptschuldige. Die Evangelische Kirche in Deutschland habe sich seit den späten 60er-Jahren von der Offenbarungsbasis gelöst. Sie habe autoritative Leitlinien aufgegeben, was sich in der Segnung homosexueller Paare und im gemeinsamen Gebet mit Muslimen zeige.²⁹ Auch die Katholische Kirche sei mit den Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils in den Jahren 1962 bis 1965 der „liberalen Erosion“ zum Opfer gefallen, habe sich vom authentischen Glauben verabschiedet und den Weg zur Religionsvermischung, zum „Chrislam“ geebnet.³⁰ Aus christlicher Schwäche wachse die Chance islamischer Dominanz.³¹

23 Raddatz, Muhammads willige Vollstrecker, in: JF vom 16. 10. 1998.

24 Raddatz, Allah und die Juden, S. 181 f.

25 Raddatz, Wer beleidigt Allah?, in: JF vom 6. 4. 2001.

26 Raddatz, Allah und die Juden, S. 165.

27 Ebenda, S. 179.

28 Raddatz, Wer beleidigt Allah?, in: JF vom 6. 4. 2001.

29 Raddatz, Eine moderne Form der Inquisition, in: JF vom 10. 12. 1999.

30 Raddatz, Von Allah zum Terror? Der Dihad und die Deformierung des Westens, München 2002, S. 236.

31 Raddatz, Der Islam in der Diaspora, in: JF vom 19. 12. 1997.

Raddatz' Krisendiagnose speist sich zu einem wichtigen Teil aus Deutungsmustern der Neuen Rechten, wie sie deren französischer Vordenker Alain de Benoist formulierte, auch wenn Raddatz mit seinen christlich-fundamentalistischen Überzeugungen dessen neuheidnischen Ideen fern steht. Besonders das von Benoist proklamierte „Recht auf Verschiedenheit“, auf dem beharrend sich vermeintlich reine Kulturen gegen ihre Vermischung wehren sollen, dient Raddatz als Interpretationsfolie.³² Auch bei ihm erscheint der kulturelle Niedergang als Einebnung von Differenz. Verantwortlich dafür seien die Eliten der Europäischen Union: „Da von einer abnehmenden Geistesqualität auszugehen ist, die sich durch die Entsorgung gewachsener Strukturen von einem komplex-nichtlinearen in ein physikalisch-lineares System rückentwickelt, erfordert dieser Prozess den Abbau aller Strukturen, deren Grenzen zuvor die Komplexität der vergangenen Eigenidentität geformt hatten.“³³ Auch mit dem Duktus der Systemrhetorik steht Raddatz in einer Tradition fremdenfeindlicher Publizistik, prägte eine solche Sprache doch auch das „Heidelberger Manifest“ von 1981.³⁴

(2) *Denken in absoluten Feindschaften*: Auch sonst knüpft Raddatz an einschlägige Ideologeme an. Er sucht die radikale Unterscheidung zwischen Freund und Feind, die der im rechtsintellektuellen Milieu verehrte Staatstheoretiker Carl Schmitt als „spezifisch politische Unterscheidung“ schlechthin adelte, als „seinsmäßige Wirklichkeit“, die der Liberalismus erfolglos aufzulösen versucht habe.³⁵ Raddatz folgt der Linie und sieht eine jeden Kompromiss ausschließende Opposition „des Islam“ gegen „den Westen“. Darin setze sich die Entstehungsgeschichte europäischer Zivilisation fort, geboren aus dem „uralten Antagonismus Orient/Okzident, der sich bereits in der Antike zwischen hellenischen Demokratieansätzen und persischer

32 Vgl. Alain de Benoist, Das Recht auf Verschiedenheit, in: ders., Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 101–106. Der Band erschien in der Edition der „Jungen Freiheit“.

33 Raddatz, Der moderne Islam, in: JF vom 16. 2. 2001.

34 Die Autoren des „Manifestes“ schrieben: „Völker sind biologisch und kybernetisch lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften [...]. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet.“ Das Dokument ist abgedruckt in: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, Bd. 2, S. 302.

35 Carl Schmitt, Der Begriff der Politischen, Berlin 1963 (zuerst 1932), S. 28 f.

Despotie abzuzeichnen begann“.³⁶ Es gehe um Leben und Tod: „Die Staats- und Glaubensordnungen des Islam und des Westens stehen sich in einer so konsequenten Gegensätzlichkeit gegenüber, dass [...] im direkten Konflikt das jeweilige Überleben nur durch die jeweilige Verdrängung der Antikomponente sichergestellt werden kann.“³⁷

In diesem Weltkampf figurieren Muslime als absolut Andere. Folgerichtig schließen Raddatz und die ihm anhängenden „Islamkritiker“ für die so erkannten Feinde aus, was sie für die Eigengruppe selbstredend voraussetzen: dass Moral ein Faktor menschlichen Handelns sein könnte. Raddatz wiederholt fortwährend den Vorwurf, der Islam stifte seine Gläubigen durch ein „individuelles Heucheleigebot“ zur Täuschung der Nichtmuslime an.³⁸ Damit versucht er, ein Standardmotiv der „Islamkritiker“ auf den Internet-Seiten und in den Anti-Moschee-Initiativen mit scheinbar akademischer Würde zu versehen. Der arabische Begriff „taqiya“ dient dabei in gezielter Verzeichnung seiner komplexen religionsgeschichtlichen Bedeutungszusammenhänge dazu, Muslimen alle Glaubwürdigkeit abzuspochen. Raddatz interpretiert das Konzept als Regel, die es Muslimen zwingend vorschreibe, ihren Glauben zu verleugnen und Konzilianz vorzutäuschen, wenn es der Religion diene.³⁹ Zu beobachten sei die „Bildung konkreter Kampfformationen, deren Strategie durch die ausdrückliche Erlaubnis der Glaubensverleugnung (taqiya) [...] zusätzlich flexibilisiert“ werde.⁴⁰

Zwar erweist schon der Fachartikel zum Stichwort „Takiyya“ der „Encyclopaedia of Islam“, als deren „Co-Autor“ Raddatz sich stolz präsentiert, die Haltlosigkeit der Dämonisierung.⁴¹ Doch für die islamfeindliche Propaganda erfüllt der Begriff eine unverzichtbare Funktion, immunisiert er sie doch gegen jede Widerlegung. Kein denkbare Handeln eines Muslims kann die „Islamkritiker“ zufriedenstellen. Im Jahr 2004 führte Raddatz in einem Interview der „Welt“ den Mechanismus des Vorurteils vor, als er den Zentralrat der Muslime der Täuschung bezichtigte. Auf die

36 So Raddatz in der Rezension des Buches „Kommt der Islam“ von Rolf Stolz, in: JF vom 16. 10. 1998.

37 Raddatz, Der riskante Dialog mit dem Islam, in: JF vom 14. Juli 2000.

38 Raddatz, Der Islam in der Diaspora, in: JF vom 19. 12. 1997.

39 Raddatz, Der riskante Dialog mit dem Islam, in: JF vom 14. 7. 2000.

40 Raddatz, Der Islam in der Diaspora, in: JF vom 19. 12. 1997.

41 Stichwort „Takiyya“, in: Bearman u. a. (Hrsg.), The Encyclopaedia of Islam.

Frage „Werfen Sie dem Zentralrat Verstellung und Lüge vor?“ antwortete Raddatz: „Solches werfe ich nicht vor, sondern erwarte es, weil es Bestandteil der islamistischen Glaubensdoktrin ist. Daher lobe ich den Vorsitzenden Nadeem Elyas für seine Glaubenstreue und Geschicklichkeit, mit der er seine Aufgabe seit vielen Jahren verfolgt.“⁴² Dass Raddatz dabei von der „islamistischen Glaubensdoktrin“ spricht, bedeutet keineswegs, dass er seinen Vorwurf auf radikale muslimische Gruppen beschränkt und im Zentralrat eine solche sieht. Um sein Gemälde der globalen Schicksalsschlacht zu schaffen, erklärt er innere Unterscheidungen der von ihm erkannten Todfeinde „Islam“ und „Westen“ für irrelevant.

Auch im Buch „Allah und die Juden“ spricht er über „den Islam“ als Gesamtphänomen und lehnt es ausdrücklich ab, radikale von gemäßigten Strömungen zu unterscheiden.⁴³ Die Judenfeindschaft sei seit Mohammeds Zeit Grundelement des Islam, ohne das Muslime nicht wären, was sie sind. Resultate der Antisemitismusforschung ignoriert Raddatz fast ganz; Duktus, Fußnotenapparat und Literaturverzeichnis legen nahe, dass er sie nicht kennt. Wo Raddatz wissenschaftliche Befunde überhaupt wahrnimmt, geht er in Frontstellung zu den Ergebnissen von Islamwissenschaftlern und Antisemitismusforschern, die moderne Judenfeindschaft in muslimisch geprägten Gesellschaften zu wichtigen Teilen als europäisches Importgut identifizierten.⁴⁴ Er übergeht die Komplexität der Beziehungsgeschichte von Juden und Muslimen. Mit persönlichen Angriffen kontert Raddatz den historischen Befund, dass aus der Geschichte islamischer Gemeinwesen kein Phänomen bekannt ist, das in seiner zeitlichen, religiösen und gesellschaftlichen Dimension mit christlicher Judenfeindschaft europäischer Gesellschaften zu vergleichen ist. Den prominenten britischen Orientalisten Bernard Lewis betrachtet er als Agenten islamischer Weltverschwörung, als „Quasiimam“, der „letztlich für sein Heilsobjekt nicht nur täuscht und notlügt, sondern schlicht lügt“, der „unter den Dialogbetrügnern unserer Zeitgeschichte eine einsame Spitzenkraft darstellt“.⁴⁵

So prägt Raddatz' Feindschaftsfixierung auch seinen Schreibstil. Von seiner Anschauung abweichende Zeitgenossen überzieht er mit Schmähungen und

42 Interview „Ungeprüfte Toleranz“, in: Die Welt vom 14. 8. 2004.

43 Raddatz, Allah und die Juden, S. 169.

44 Vgl. Michael Kiefer, Islamischer oder islamisierter Antisemitismus?, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzels (Hrsg.), Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007, S. 71–84.

45 Raddatz, Allah und die Juden, S. 307 f.

spricht ihnen das Menschsein ab. Denjenigen, die in Zuwanderung auch Chancen sehen, unterstellt er eine „Aggression, mit deren Reflexen sich die für Dekadenzphasen kennzeichnende Primitivebene des Reptilienhirns bemerkbar macht“. Förderer eines Dialogs zwischen Muslimen und Nichtmuslimen seien verblendet, weil ihnen „in einer ödipal defekten Kindheitsentwicklung die Hirnstruktur nicht zugewachsen ist, die für den zweibahnigen Umgang mit Alternativen erforderlich ist“.⁴⁶

Kaum verhüllt plädiert Raddatz in „Allah und die Juden“ für radikale Maßnahmen und schreibt über die Ausweisung der Moriscos, der zwangsgetauften Muslime, aus dem Spanien des frühen 17. Jahrhunderts: „Die iberische Vertreibung war in dieser massierten Form nur erforderlich, weil die damaligen ‚Verantwortlichen‘ zu spät handelten. Heute wird jede Maßnahme zugunsten der Bevölkerung gänzlich verhindert, weil sie als ‚populistisch‘, wenn nicht rassistisch gilt. Die Folgen werden daher weitaus drastischer sein als seinerzeit in Spanien.“⁴⁷

(3) *Der Verschwörungsglaube*: Konspirative Mächte, glaubt Raddatz, bringen Europa unter islamische Herrschaft. Die Annahme ist roter Faden seiner Schriften und Hauptmotiv in „Allah und die Juden“. Deutsche und europäische Eliten hätten sich mit Muslimen verschworen, sei der Islam doch die „Religion der Eliten“.⁴⁸ An allen wichtigen Hebeln lauerten Volksfeinde: „Machterhalt in Kirche, Politik und Wissenschaft ist daher ohne Zustimmung zum Fremden nicht mehr denkbar.“⁴⁹ Man sei auf dem Weg zur „Gleichschaltung aller Bereiche europäischer Kultur [...] unter islamischem Einfluß“. Auf europäischer Ebene sei Antisemitismus dabei der Treibstoff einer proislamischen „Betrugsmaschine der EU“.⁵⁰ Geht man den Quellen nach, die Raddatz in seinen Fußnoten anführt, stößt man auf eine Vertreterin identischer Verschwörungstheorien, auf die Autorin Gisèle Littman, die unter dem Künstlernamen Bat Ye'or („Tochter des Nils“) selbst ein Idol der „Islamkritiker“ ist. In ihrem Buch „Eurabia“ behauptete sie im Jahr 2005, unter Führung proislamischer Eliten in Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur und Medien unterwerfe sich die Europäische Union der islamischen Expansionsideologie des

46 Ebenda, S. 180 und 309.

47 Ebenda, S. 114.

48 Ebenda, S. 13.

49 Raddatz, *Der moderne Islam*, in: JF vom 16. 2. 2001.

50 Raddatz, *Allah und die Juden*, S. 305.

Djihad. Als „Eurabien“ sei der Kontinent schon seit den siebziger Jahren dabei, Teil der islamischen Welt zu werden.⁵¹ Raddatz kopiert eine Reihe von Bat Ye'ors Deutungen bis in die Wortwahl hinein.

In Deutschland sieht Raddatz muslimische Einwanderung durch ein „Aktions-trio Politik-Justiz-Medien“ gesteuert.⁵² Es zwingt die Bevölkerung zur „repressiven Anpassung an die einwandernden Kulturen“.⁵³ In einer „ruinösen Zuwanderungs-industrie“ spiegele sich ein „fest verdrahteter Wille zur Dekadenz“.⁵⁴ Im Zentrum der Verschwörung, so Raddatz in „Allah und die Juden“, stehe der Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen: „Der Größenordnung des Vorgangs gemäß stülpte sich im Lauf der Jahrzehnte allen Alt-Institutionen eine NS-artige Superinstitution über, die man ‚Dialog‘ nennt. Sie übt strikte Zensur aus und trichtert den Europäern in zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen ein islamkompatibles Bewusstsein ein [...]“.⁵⁵

Die Konspiration erfasse fast alle Bereiche: Deutsche Richter seien Mitverschwörer, weil sie muslimische Schwerkriminelle bevorzugt behandelten.⁵⁶ Dazu kommen die Sozialwissenschaftler. Die Forschergruppe um den Soziologen Wilhelm Heitmeyer, die am Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachgeht, aktualisiere Raddatz zufolge die „Protokolle der Weisen von Zion“: „Als Mischung aus Fälschung und Plagiat begründen die ‚Protokolle‘ die Tradition einer Verschwörungstechnik, die proislamische Ideologen heute mit Variationen über ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘, ‚Islamophobie‘ etc. fortsetzen“.⁵⁷

Wie in den meisten Verschwörungstheorien ist auch bei Raddatz eine „Meinungsherrschaft“ der Massenmedien Teil der Konspiration. Deutsche Redakteure erschafften „ein Szenarium umfassender Desinformation und Täuschung“ und unterwürfen das Land einem „strikten Meinungsdictat“, unter dem „kritische

51 Bat Ye'or, *Eurabia. The Euro-Arab Axis*, Madison 2005.

52 Raddatz, *Die neue Herrenklasse in Europa*, in: JF vom 19. 12. 1997.

53 Raddatz, *Wer beleidigt Allah*, in: JF vom 6. 4. 2001.

54 Raddatz, *Allah und die Juden*, S. 176.

55 Ebenda, S. 302.

56 Raddatz, *Der riskante Dialog mit dem Islam*, in: JF vom 14. 7. 2000.

57 Raddatz, *Allah und die Juden*, S. 169.

Wertungen fremder Kulturen rigoros unterdrückt“ würden.⁵⁸ Man könnte meinen, Raddatz' eigener Aufstieg zum gefragten Kommentator in Publikumsmedien könnte das widerlegen, doch auch in der „Welt“ entlarvte Raddatz im Jahr 2004 die geheimen Gewalten: „Euro- und Islameliten bilden ein neufeudales Leitkartell, das die Mehrheitsbasis zum ‚Stammtisch‘ erklärt und das Recht des Islam zum Zensor der Demokratie macht.“⁵⁹

In seiner Zeit als Autor der „Jungen Freiheit“ nutzte Raddatz in der Schilderung konspirativer Machtmittel bis in die Wortwahl hinein das Standardrepertoire rechts-extremer Rhetorik: Durch eine „Nazischuld-Ritualisierung“ machten Agenten des Fremden die Bevölkerung gefügig.⁶⁰ Der „Holocaust als Gründungsmythos zukünftiger deutscher Existenz“ begründe eine „Zwangstoleranz“, während die „Wahrnehmung eigener Interessen zur Intoleranz“ erklärt werde.⁶¹ „Unter Hinweis auf die deutsche Vergangenheit“ habe sich eine „Praxis der allgemeinen Privilegierung des Ausländers“ eingestellt.⁶² Begriffe wie „Ausländerfeindlichkeit“ und „Rechtsradikalismus“ dienten dabei nur zur „Entmündigung der Basisbevölkerung“.⁶³

In der Wortwahl mäßigt sich Raddatz in den Publikumsmedien taktisch geschickt, nicht aber in der Beschreibung der Antriebskraft hinter den volksfeindlichen Agenten – einem seiner Ansicht nach von Grund auf aggressiven Islam. In der „Welt“ proklamierte er, „Gewalt als Pflicht“ stehe im Zentrum islamischen Rechts.⁶⁴ In der Zürcher „Weltwoche“ erläuterte er den grundlegenden Unterschied zur religiösen Gewalt in der Geschichte des Christentums und behauptete, „ein Christ mißbraucht seine Religion, wenn er Gewalt anwendet, und ein Muslim mißbraucht seine Religion ebenso, wenn er Gewalt nicht anwendet“.⁶⁵ Die Formulierung zeigt den Konnex von Selbstidealisation und Fremddämonisierung, die sich aus dem Messen mit zweierlei Maß ergibt.

58 Ebenda, S. 13 und 300; ders., Die neue Herrenklasse in Europa, in: JF vom 19. 12. 1997, ders., Mohammads willige Vollstrecker, in: JF vom 16. 10. 1998.

59 Raddatz, Die fatalen Konsequenzen der europäischen Toleranz, in: Die Welt vom 11. 11. 2004.

60 Raddatz, Muhammads willige Vollstrecker, in: JF vom 16. 10. 1998.

61 Raddatz, Der moderne Islam, in: JF vom 16. 2. 2001.

62 Raddatz, Der Islam in der Diaspora, in: JF vom 19. 12. 1997.

63 Raddatz, Wer beleidigt Allah?, in: JF vom 6. 4. 01.

64 Raddatz, Die fatalen Konsequenzen der europäischen Toleranz, in: Die Welt vom 11. 11. 2004.

65 Interview „Islam bedeutet Frieden? Unfug!“, in: Die Weltwoche vom 15. 4. 2004.

Raddatz' Ansicht nach folge der Islam einer „eingewachsenen Tendenz zu einer ganz natürlichen und historisch vielfach bestätigten Dominanz“.⁶⁶ Sie zeige sich in einer „fortschreitenden Landnahme durch mehrheitlich türkische Muslime“, deren Brückenköpfe in Deutschland in „hochmotivierten, untereinander vernetzten Ghetto-Komplexen mit einer entsprechend flexiblen Schlagkraft“ sichtbar seien.⁶⁷ Deren gezielte Strategie bestehe darin, „daß vielerorts kleinere Gemeinden zunächst voneinander isoliert Fuß fassen, sich durch zahlreiche Zugeständnisse der örtlichen Behörden graduell ausbreiten und schließlich zu der großen Zielgemeinschaft vernetzen, die die Ausgangsbasis für eine konkrete Konfliktsituation im Bürgerkriegsmaßstab bildet“. Mit muslimisch geprägten Stadtteilen entstünden so „Saugnäpfe des entstehenden islamischen Parallelstaates“.⁶⁸

Sexualität sei dabei ein Machtmittel und muslimisches Bevölkerungswachstum Hauptwaffe der Expansion.⁶⁹ „Abtreibung und nichtproduktive Sexualformen“, als die Raddatz die Homosexualität betrachtet, seien Teil der Verschwörung, um die Eingesessenen zu dezimieren, sodass sich die „westliche Schrumpfbesatzung durch die islamische Wachstumsgesellschaft auffüllt“.⁷⁰ Homophobie prägt Raddatz' Ausführungen an vielen Stellen: In „Allah und die Juden“ macht er auf psychologischer Ebene Antisemitismus und Homosexualität als „parallele Trends“ aus. Homosexualität und islamische Macht in Europa seien beide ein Ergebnis des Liberalismus: „Im Kostüm des ‚anything goes‘ wandelt sich die scheinbar lockere Freiheit zum harten Zwang, der das geltende Gesetz bekämpft, Kriminelle zu Opfern, gleichgeschlechtliche Familien zu sozialen Kernzellen und den mafiosen Islam zur Leitkultur macht.“ In engem Zusammenhang mit der „Islamisierung“ stünde dabei die „homosexuelle Verdrängung der Ehe“ und „ein machtvoller Trend zur Pädophilie“.⁷¹

(4) *Die Neuverteilung historischer Täter- und Opferrollen:* In Raddatz' Texten fallen wiederkehrende Vergleiche von Islam und Nationalsozialismus ins Auge. Die Religion schlechthin stehe durch „führerbetonte Machtstrukturen“ faschistischen

66 Raddatz, Wer beleidigt Allah?, in: JF vom 6. 4. 2001.

67 Raddatz, Mohammads willige Vollstrecker, in: JF vom 16. 10. 1998.

68 Raddatz, Der riskante Dialog mit dem Islam, in: JF vom 14. 7. 2000.

69 Raddatz, Der Islam in der Diaspora, in: JF vom 19. 12. 1997.

70 Raddatz, Allah und die Juden, S. 254.

71 Ebenda, S. 12 und 172 f.

Systemen nahe und gehöre zu den totalitären Ideologien.⁷² So sei es folgerichtig, dass sich die Muslime und ihre Agenten „nicht nur zu willigen, sondern zu notwendigen Vollstreckern der nazistischen Wiedergänger-Ideologie“ entwickelt hätten. Die Vertreter des Dialogs mit Muslimen sind Raddatz zufolge eine Gruppe, „die aus den gleichen ‚bürgerlich intakten‘ Familien kommt wie ihre NS-Genossen“.⁷³

Im Buch „Allah und die Juden“ sieht Raddatz eine so enge Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Islam, dass er Hitlers Handeln ins Jetzt verlegt und ihn der posthumen Liebe zum Multikulturalismus zeihet: „Mit dem Kampf gegen Juden, Katholiken, atheistische Bolschewisten und angelsächsische Kapitalisten, unterlegt durch einen völkischen Rassismus, bedient Hitler exakt jenen proislamischen ‚Dialog‘, der es zwar nicht wagt, die Migrationsfolgen der Globalisierung in Frage zu stellen, aber umso strikter die eigene Bevölkerung ausgrenzt, um den zuwandernden ‚Volkskörper‘ der Muslime zu installieren.“⁷⁴ Eine EU-Politik der „terrorphilen Eurokraten“, so Raddatz, fördere den „hitleristischen Radikalismus“. Die Brüssler Eliten lägen „auf einer Linie mit dem ‚Führer‘, dessen jüdisch-christliche Feindbilder die Familienähnlichkeit mit dem Islam herstellten“.⁷⁵ In der EU habe man „keine Berührungängste mit dem Vernichtungsdenken“ und fördere daher einen „neuen Holocaust im Orient“. Raddatz' Geschichtsbezüge gehen über Analogien hinaus und legen Kausalität nahe: „Die Vernichtung der ‚jüdischen Affen‘ ist eine koranisch gedeckte Vorbildfunktion Muhammads, die sich mit der hitleristischen Vernichtung des ‚jüdischen Ungeziefers‘ deckt.“⁷⁶

Raddatz sieht in den Deutschen die künftigen Opfer eines Völkermords durch Muslime. Gängigen Formulierungen der extremen Rechten folgend bezeichnet er Zuwanderung als „Endlösung“ für die ansässige Kultur. Durch die Volksfeindschaft der Eliten lasse sich „das Altvolk zu einer Art ‚Mega-Juden‘ der Zukunft aufbauen“. Das Buch „Allah und die Juden“ endet mit der Warnung: „Sollten die Deutschen ihrerseits dauerhaft unfähig bleiben, sich von dieser Tendenz zu befreien, gibt es außer dem Einfluss Amerikas keinen Grund, warum sich das Schicksal des

72 Raddatz, Mohammeds willige Vollstrecker, in: JF vom 16. 19. 1998; ders., Wer beleidigt Allah?, in: JF vom 6. 4. 2001.

73 Raddatz, Allah und die Juden, S. 166 und 272.

74 Ebenda, S. 254.

75 Ebenda, S. 13, 253 und 293.

76 Ebenda, S. 174, 254 und 298.

Opfervolkes Israel [...] nicht auch an Europa, beginnend mit dem deutschen Tätervolk, vollenden sollte.“⁷⁷

Der Gedankengang zeigt, welche Funktion die Bezüge auf Juden und Judenfeindschaft haben. Der Islam soll als genozidale Religion erscheinen und Muslime damit als die maßgeblichen Judenfeinde in Geschichte und Gegenwart. Aus einem solchen Fremdbild ergibt sich das moralisch sanierte Selbstbild der Deutschen, die so als Opfer an der Seite der Juden stehen. In solcher Instrumentalisierung jüdischer Verfolgungsgeschichte, wie sie in der Szene der „Islamkritiker“ allgemein verbreitet ist, könnte sich eine neue Variante rechtsintellektueller und rechtspopulistischer Rhetorik zeigen. Auf den ersten Blick scheint sie den sonst in diesem Milieu gängigen Antisemitismus durch plakative Solidaritätsbekenntnisse gegenüber Juden und Israel zu ersetzen und nun Muslime als neue Schicksalsfeinde zu markieren. In seinen anderen Elementen bleibt das antimoderne, von Feindbildern und Verschwörungsmymen geprägte geschichtsrevisionistische Weltbild erhalten.

Indes demonstriert Raddatz selbst, wie dünn die Schicht des neuen islamophoben Philosemitismus von rechts ist: An anderen Stellen seiner Schriften vertritt Raddatz klassische antisemitische Verschwörungstheorien. In der „Jungen Freiheit“ griff er im Jahr 2001 den Zentralrat der Juden als Drahtzieher hinter der Bundesregierung an, die mit ihren Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus das Interesse des Volkes verrate, und betitelte ihn dabei als „Judenrat“: „Es zeichnet sich die Handhabung des Rechtsextremismus als Herrschaftsmittel der politischen Führung gegenüber der Bevölkerung und des Judenrats gegenüber der politischen Führung ab.“⁷⁸

Auch in dem 2002 erschienenen Buch „Von Allah zum Terror?“ deutet er welt-historische Entwicklungen unter Verweis auf jüdische Großmanipulateure aus der Bankiersfamilie Rothschild: „Schon im 19. Jahrhundert und besonders nach dem 1. Weltkrieg formierten sich in Amerika unter Führung der Rockefeller-Familie und in Europa unter Führung der Rothschild-Familie einflußreiche Strukturen, die sich dem Stil ihres Entstehens gemäß diskret in die Planung, Gestaltung und Finanzierung übergeordneter Ordnungssysteme einschalteten [...]. Beispiele solcher Ordnungssysteme waren so unterschiedliche Projekte wie die Förderung, Installation

77 Ebenda, S. 258, 308 und 318.

78 Raddatz, *Der moderne Islam*, in: JF vom 16. 2. 2001.

und Finanzierung von Lenin und Hitler sowie die Gestaltung und Propagierung ihrer Ideologien, die geeignet waren, große Gesellschaften zu destabilisieren, wie auch die Mitwirkung an der Errichtung Israels eine Sphäre langfristig ausgelegter Unsicherheit und damit Einflußnahme erzeugte.“⁷⁹

Islamkritik als Ersatzkommunikation

Die islamfeindliche Internet-Gemeinde und die Anti-Moschee-Initiativen teilen viele der Anschauungen, auch wenn sie den Besuchern ihrer Homepages fragmentierter entgegentreten als den Lesern der ideologischen Traktate. Von ihrer antimuslimischen Propaganda bliebe wenig übrig ohne die Krisen- und Untergangsszenarien, die Fixierung auf Freund-Feind-Unterscheidungen, die Verschwörungsmythen und die Versuche, eine angeblich tödlich bedrohte Mehrheitsbevölkerung auf der Seite der Opfer zu platzieren. Täglich aktualisierte Geschichten über neue Fälle muslimischer Eroberung, Überfremdung und Täuschung reproduzieren die Motive in zahllosen Variationen. Auch die in Raddatz' Schriften notorischen NS-Vergleiche finden sich darin so regelmäßig wie die wiederkehrenden Bezüge auf das Jüdische als Teil des Abendlandes und auf die Judenfeindschaft, zumindest soweit sie sich Muslimen zurechnen lässt.

Die agitatorische Islamkritik erfüllt eine Funktion im Ringen um den Einfluss auf öffentliche Problemdefinitionen: Als Ersatzkommunikation erlaubt sie, hergebrachte Anschauungen der extremen Rechten als unverdächtige Meinungen zu präsentieren. Der Rechtsextremismusforscher Richard Stöss identifizierte in einem propagandageschichtlichen Überblick Kampagnen der deutschen Nachkriegsrechten seit 1945, darunter diejenige zur Revision des Geschichtsbildes, diejenige gegen „Überfremdung“ und zuletzt diejenige gegen eine Globalisierung, die nationale Grenzen durchdringt.⁸⁰ Unter der Fahne der „Islamkritik“ lassen sich die drei Themen wieder aufnehmen, ohne dass gleich zu spüren ist, woher der Wind weht.

Für den Fremdenfeind spielt die pauschale „Islamkritik“ damit dieselbe Rolle wie die pauschale „Israelkritik“ für den Judenfeind. Beider Sprechen beginnt auf

79 Raddatz, *Von Allah zum Terror?*, S. 252 f; vgl. dazu auch Ralf Balke, Kühne Thesen, in: *Jüdische Allgemeine* vom 29. 11. 2007.

80 Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2005, S. 37–47.

sicherem Boden: Der Islamkritiker beklagt zunächst bestimmte Phänomene wie der Israelkritiker bestimmte Züge israelischer Politik. Dabei bewegen sich beide zunächst auf dem Feld unumstritten legitimer und scheinbar rationaler Diskussion. Nach und nach lassen sich Grenzen sachlicher Kritik überschreiten, indem angeblich typisch muslimische oder typisch jüdische Charakterzüge die Probleme erklären.⁸¹ Noch attraktiver wird solche „Islamkritik“ für den Fremdenfeind dadurch, dass er sie mit der Idee eines „jüdisch-christlichen Abendlandes“ ebenso verbinden kann wie mit der Meinung, Judenfeinde seien vor allem die anderen. Seriöse und notwendige Debatten über Judenfeindschaft unter Muslimen bieten ihm die Gelegenheit, durch deren Verzerrung und Verallgemeinerung für einen scheinbar koscheren Rechtspopulismus zu werben. Mit der sonst in diesem Milieu verbreiteten antisemitischen Sicht auf Juden und Israelis hat die „islamkritische“ Variante eines gemein: Die mit projüdischer und proisraelischer Solidarität Beschenkten interessieren nicht als reale Menschen, sondern als Projektionsfläche deutscher Identifikationsbedürfnisse.

Die „Islamkritiker“ um Raddatz sind so betrachtet Ideologen mit Migrationshintergrund: Auf ihrem Marsch aus den Regionen am Rande des politischen Spektrums in die Mitte bringen sie Antiliberalismus, Feindbilder, Verschwörungsmymen und revisionistische Geschichtsdeutungen als Standardausrüstung mit. Sie versuchen ihr eigenes weltanschauliches Integrationsproblem zu lösen und zu Vertretern legitimer Ansichten zu werden. Unter der Fahne der „Islamkritik“ glauben Teile der Rechten, aus dem Schatten des Nationalsozialismus und des Holocaust heraustreten zu können, der ihre Chancen seit dem Zweiten Weltkrieg senkt.

Hans-Peter Raddatz erzielte mit der Strategie Erfolge. Aus der Randfigur rechts-intellektueller Publizistik der neunziger Jahre wurde nach dem 11. September 2001 der Medien-Orientalist für ein großes Publikum. Allerdings mehren sich Anzeichen, dass der Höhepunkt seiner Karriere hinter ihm liegt. Mit manchen Thesen zum Antisemitismus scheint er den Bogen überspannt zu haben. Die Rezensenten der Tageszeitungen zeigten sich zumindest von Teilen des Buches „Allah und die

81 Werner Bergmann/Wilhelm Heitmeyer, *Communicating Anti-Semitism – Are the „Boundaries of the Speakable Shifting?“*, in: Moshe Zuckermann (Hrsg.), *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*, Göttingen 2005, S. 70–89; Peter Widmann, *Israelkritik und Antisemitismus*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin 2008, S. 137–158.

Juden“ befremdet, selbst in der „Welt“, die Raddatz lange ein Forum geboten hatte. Schon im Jahr 2006 hatte eine Rezensentin dort Raddatz' Buch über den Iran zur „Pulp Science“ erklärt, zur wissenschaftlichen Schundliteratur, eine Besprechung im selben Blatt bezeichnete „Allah und die Juden“ als „konfuses Buch“ und „Zumutung“. Auch den Rezensenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ machte die Lektüre „ratlos“. In der „tageszeitung“ charakterisierte der Islamwissenschaftler Michael Kiefer das Buch als scheinakademisches „Islam-Bashing“, und der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traugher sah in dem Buch vor allem „Verworfenheit“.⁸² Auch Raddatz' Versuch, ein jüdisches Publikum für sich einzunehmen, scheint kein voller Erfolg geworden zu sein. Anlässlich seines Auftritts beim Frankfurter B'nai-B'rith-Jugendforum veröffentlichte die „Jüdische Allgemeine“ eine scharfe Kritik, ebenso befremdet zeigte sich das jüdische Wochenmagazin „tachles“ aus der Schweiz.⁸³

Indes klärt das kaum die Frage, warum Redakteure großer Presse-, Funk- und Fernsehhäuser und Mitarbeiter politischer Bildungseinrichtungen die xenophobe Agitation und die Verschwörungsmysen über viele Jahre ignorierten, die Raddatz' Schriften von Beginn an prägten. Eine der Ursachen dürfte darin liegen, dass Raddatz an populäre Deutungen anschließt, die auch von extremistischer Sympathien unverdächtiger Seite zu hören sind. Dazu gehört etwa die Idee, „der Westen“ stehe in einem Kulturkampf mit einem barbarischen Orient. Schon vor dem 11. September 2001 hatte der konservative amerikanische Politologe Samuel Huntington in seinem Buch „Kampf der Kulturen“ eine solche Sicht zu etablieren versucht und darin auch behauptet: „Muslime haben Probleme, mit ihren Nachbarn friedlich zusammenzuleben.“⁸⁴ Auch wenn Huntington in seinem Vorwort betonte, dass sein politisches Plädoyer für eine Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik kein

82 Miriam Lau, Warum wehrt sich denn keiner?, in : Die Welt vom 24. 6. 2006; Hannes Stein, Ist der Islam antisemitisch?, in: Die Welt vom 11. 8. 2007; Alexander Görlach, Dialog ausgeschlossen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 11. 2007; Michael Kiefer, „Stahlwand des Fanatismus“, in: tageszeitung vom 15. 3. 2008, Armin Pfahl-Traugher, Buchrezension „Allah und die Juden“, Humanistischer Pressedienst, <http://hpd.de/node/2609> [eingesehen am 8. 7. 2008].

83 Balke, Kühne Thesen; Hasgall, B'nai B'rith.

84 Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998, S. 418.

sozialwissenschaftliches Werk sein solle, nahmen viele das Buch als wissenschaftlichen Beleg ihrer Weltsicht.

Sie wurde seither immer wieder aktualisiert, etwa durch den Greifswalder Althistoriker Egon Flaig, der es zum Entsetzen vieler Vertreter der islamwissenschaftlichen Fachwelt mit einem umfangreichen Artikel unter dem Titel „Der Islam will die Welteroberung“ bis in das Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ brachte. Wie Raddatz behauptete auch Flaig in tendenziöser Verzerrung des Forschungsstandes, die Judenfeindschaft sei von jeher in Ländern unter islamischer Herrschaft am stärksten ausgeprägt. Man müsse, so Flaig, die dortige Rechtsstellung der Nichtmuslime in einer Linie mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung sehen: „Wie der Nationalsozialismus die Menschen in Herren- und Untermenschen auf rassistischer Basis spaltete, so hat es die Scharia auf religiöser Basis getan.“⁸⁵ Mit Bat Ye'or berief sich Flaig auf dieselbe Verschwörungstheoretikerin wie Raddatz.

Gleich Raddatz folgen Huntington und Flaig einem karikierenden Kulturbegriff. Zum einen reduzieren sie „Kultur“ auf Religion, zum anderen zeichnen sie „Kulturen“ jenseits aller sozialwissenschaftlicher Evidenz als Kollektivakteure, die wie Individuen oder Organisationen einen „Willen“ ausbilden und für ihre Ziele kämpfen. Dass Kulturen sich durch eine Fülle von einander häufig widersprechenden Interpretationsleistungen einzelner und kollektiver Akteure bilden und fortentwickeln, blenden sie ebenso aus wie die Einsicht, dass jede einzelne Gesellschaft ein hochkomplexes und von vielen Konfliktlinien durchzogenes Gebilde ist. In der geschichtsphilosophischen Vogelperspektive auf soziale Prozesse sehen sie von allen Eigentümlichkeiten des Sozialen ab. Solange der Blick nur selektiv genug ist, lässt sich so alles belegen.

Die Verbreitung der Kulturkampf-Szenarien, die eine einfache Orientierung anbieten, schafft für die Diskursstrategen der Rechten eine günstige Gelegenheitsstruktur. Auch ihre volkstümlicheren Varianten tragen dazu bei, deren Verbreitung Publizisten wie Henryk Broder zu ihrer Hauptbeschäftigung gemacht haben. Wie

85 Egon Flaig, *Der Islam will die Welteroberung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. 9. 2006. Als scharfe Kritik dazu Almut Höfert, *Die glorreichen Tage des Dschihad sind Geschichte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. 10. 2006, sowie der Leserbrief „Islamwissenschaftler wünschen Sachkunde“ von Stefan Wild im Namen von fünf weiteren Islam- und Nahostwissenschaftlern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. 9. 2006.

Raddatz hält Broder die Unterscheidung von Islam und radikalem Islamismus für eine „Schimäre“ und drängt deshalb zu einer schneidigeren Selbstverteidigung des Abendlandes. Broders halbherzige Absetzbewegung von Raddatz nach dessen letztem Buch passt dabei ins Bild. Der sonst um scharfe Attacken nicht verlegene Publizist meinte, dass Raddatz „auch ordentliche Texte geschrieben hat“, und bedauerte: „Schade, aus dem Mann hätte etwas werden können.“⁸⁶

Ein Teil des Publikums dürfte sich von der Vorstellung angezogen fühlen, dass der Judenfeind von außen komme, während man selbst einer aufgeklärten Gesellschaft angehöre, die den Hass lange hinter sich gelassen habe – auch wenn das in scharfem Kontrast zu den Befunden der Antisemitismusforschung steht. In den Konflikten, die Migration und Integration unumgänglich auslöst, lässt sich daraus eine Allzweckwaffe schmieden. Im Mantel des aufgeklärten Verteidigers der Demokratie kann man Muslime für ihre soziale und ökonomische Marginalisierung als angebliche Anhänger einer mittelalterlich-barbarischen Weltanschauung allein verantwortlich machen und so die Dominanz der Eingesessenen legitimieren.

86 Henryk M. Broder, Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am Einknicken, Berlin 2007, S. 14; ders., Jesch Gvul – In der Raddatz-Falle 2, unter http://achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/jesch_gvul/ [eingesehen am 15. 8. 2008].

Islamfeindschaft im World Wide Web

Das Internet gilt gemeinhin als besonders demokratisches Kommunikationsmedium. Insbesondere sogenannte Weblogs ermöglichen es theoretisch jedem User, seine Meinung zu bestimmten Themen öffentlich zu äußern. Im Schutze der Anonymität, die durch die Verwendung von fiktiven Namen gewährt ist, werden die Ansichten häufig offener und zugespitzter vorgetragen, als dies im etablierten öffentlichen Diskurs der Fall ist. Dies trifft in hohem Maße auch auf das Thema „Islam“ zu. Zu beobachten ist, dass sich im deutschsprachigen Internet eine regelrechte islamfeindliche Szene herausgebildet hat, die gut miteinander vernetzt ist und so einen schnellen Austausch von Informationen sicherstellt. Websites wie „Die grüne Pest“ (in Anspielung auf Grün als traditionelle Farbe des Islam), „Stop Islam“ und „Akte Islam. Für Europa – gegen Eurabien“ erschaffen in der virtuellen Welt eine Gemeinschaft, die sich einer eigenen Sprache mit speziellen Codes bedient und sich dem Kampf gegen den vermeintlichen Untergang des Abendlandes verschrieben hat. Sie alle teilen eine bipolare Weltsicht, wonach Muslime keine Europäer sein können. Sie stünden vielmehr für das „Andere“, das, sofern es nicht wirkungsvoll bekämpft werde, sich unaufhaltsam ausbreiten und das „Eigene“ zerstören werde.

Die Verschwörungsfantasie der „stillen Islamisierung“

Zu einem der größten deutschsprachigen islamfeindlichen Blogs zählt die Website „Politically Incorrect“, die nach eigenen Angaben täglich über 20 000 und insgesamt schon über zwölf Millionen Besucher verzeichnet.¹ PI – so die gängige Abkürzung – wurde im November 2004 von dem Lehrer Stefan Herre gegründet² und

1 http://pi-news.net/chc_2/stats/index.php [zuletzt eingesehen am 16. 8. 2008].

2 Vgl. das Interview mit Stefan Herre, in: Junge Freiheit vom 20. 7. 2007.

kann als exemplarisch für die Entwicklung der islamfeindlichen Internetszene angesehen werden. Der Abdruck der umstrittenen dänischen Mohammed-Karikaturen verhalf PI zum Durchbruch – seitdem explodierten die Besucherzahlen.³ Wie der Name bereits verrät, bietet die Website ihrem Selbstverständnis nach eine Plattform für „politisch inkorrekte“ Nachrichten, um damit eine Art Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Medien zu bilden. PI versteht sich dabei explizit als „pro-amerikanisch“ und „pro-israelisch“ und will „Demokratie und Menschenrechte“ schützen, wie auf dem Banner am Kopf der Seite zu lesen ist. Das eigentliche Anliegen von PI allerdings ist der Kampf „Gegen die Islamisierung Europas“. In den „Leitlinien“ heißt es: „Die politische Korrektheit und das Gutmenschentum dominieren heute überall die Medien. Offiziell findet diese Zensur natürlich nicht statt, dennoch wird über viele Themen, selbst wenn sie von höchster Bedeutung für uns und unser Land sind, nur völlig unzureichend oder sogar verfälschend ,informiert.“⁴

PI konstatiert ein angebliches Tabu, über bestimmte Themen in den Medien frei zu berichten, weil eine nicht näher benannte, im Verborgenen wirkende Macht dies verhindere, und stellt sich mit seinem Vokabular („Politische Korrektheit“, „Gutmenschentum“) in die Tradition rechtspopulistischer Diskurse.⁵ Die angedeutete Verschwörung wird konkretisiert: „Längst haben die Prinzipien islamischen Denkens die Ghettos verlassen und beeinflussen nicht nur das Denken und Fühlen von uns Bürgern, sondern – sogar noch ausgeprägter – die Medien und die Politik.“ Stefan Herre und seine Mitstreiter sind davon überzeugt, dass bestimmte Themen wie der drohende Klimawandel in die Medien lanciert würden, um von der bevorstehenden „Islamisierung“ abzulenken.⁶ Um diesen Befund zu dokumentieren, haben sie deshalb die Rubrik „Klimaschwindel“ auf PI eingerichtet. Die

3 Vgl. das Interview mit Stefan Herre in: *Der Selbständige* 6 (2007). http://www.pi-news.net/wp/uploads/2007/09/ds_magazin_10_07.pdf.

4 <http://www.pi-news.net/leitlinien/> [zuletzt eingesehen am 18. 8. 2008].

5 Zur diffamierenden Funktion dieser Begriffe vgl. z. B. Katrin Auer, „Political Correctness“ – Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (2002) 3, S. 291–303.

6 Vgl. den Artikel „Blogger benutzen Islam als Feindbild. Islamkritik vom rechten Rand“ auf der Website des WDR: http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/konflikte/islam_diskussion/blog/index_teil2.jhtml?rubrikenstyle=islam_konflikte [zuletzt eingesehen am 27. 9. 2008].

herrschende politische Klasse wird als ferngesteuert abgelehnt, und insbesondere linke Politikerinnen und Politiker wie Claudia Roth werden durch die Verwendung von islamischen Vornamen (Claudia Fatima Roth) als heimliche Konvertiten gebrandmarkt.

Ausgehend von der Annahme, der öffentliche Diskurs werde im Verborgenen von Muslimen gesteuert – wobei die Parallele zu antisemitischen Topoi unübersehbar ist –, wird ein existenzielles Bedrohungsszenario entworfen: „Unsere Grundrechte sind bedroht wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund der immer mehr um sich greifenden Ideologie des Multikulturalismus hat bereits eine schleichende Aushöhlung unserer Rechte stattgefunden.“

Aus den „Leitlinien“ geht hervor, dass vor dem Hintergrund des Feindbilds „Multikulturalismus“ bei PI nicht generell alle Migranten abgelehnt werden, sondern einzig und allein Muslime, denen Dominanzstreben vorgeworfen wird: „Es gab einmal eine Zeit, da waren Moslems in Europa eine interessante Farbe und vielleicht auch eine kulturelle Bereicherung. Inzwischen hat sich jedoch in ganz Europa eine islamische Indoktrination und freche Anmaßung breitgemacht. Tausende von Moscheen dienen vor allem diesem Zweck. [...] Die Ausbreitung des Islam bedeutet folglich, dass unsere Nachkommen – und wahrscheinlich schon wir selbst – aufgrund der kulturellen Expansion und der demografischen Entwicklung in zwei, drei Jahrzehnten in einer weitgehend islamisch geprägten Gesellschaftsordnung leben müssen, die sich an der Scharia und dem Koran orientiert und nicht mehr am Grundgesetz und an den Menschenrechten. Wir sehen es daher aus staatsbürgerlichen und historisch gewachsenen Gründen als unsere Verpflichtung an, einer sich ankündigenden religiösen Diktatur in Deutschland durch Information und Aufklärung gemäß dem Motto entgegen zu treten: *„Nie wieder!“*“

Mit diesem letzten Satz knüpft PI an den Kampfbegriff eines „Islamo-Faschismus“ an, der auf die Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie abzielt und die islamische Religion als totalitäre Ideologie diffamiert. Zugleich kommt der Parole durch den Vergleich mit dem Nationalsozialismus implizit eine Entlastungsfunktion zu. Diese Parallelisierung wird besonders deutlich in einem Interview des Katholischen Nachrichtendienstes mit Stefan Herre vom Oktober 2007, in dem dieser auf die Frage nach den persönlichen Risiken seiner Arbeit antwortet: „Ich möchte mir nicht, wie manche unserer Großeltern, die im dritten Reich geschwiegen haben, von

meinen Enkelkindern später vorwerfen lassen müssen: ‚Ihr habt es doch gewusst – warum habt ihr nichts dagegen getan?‘⁷

Diese Argumentation setzt den Kampf zur Verhinderung von Moscheebauvorhaben mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus gleich, was die „Islamkritiker“ zu Helden im moralischen Sinne aufwerten und sie zugleich vor dem Vorwurf des Rassismus schützen soll. Dieselbe Funktion kommt auch der ständigen plakativen positiven Bezugnahme auf Israel und Juden zu, mit denen die PI-User eine Art Opfergemeinschaft imaginieren. Sie sehen sich, quasi analog zu den NS-Verfolgten, als „neue Opfer“ – diesmal einer drohenden oder sogar schon verwirklichten pro-islamischen Diktatur in Deutschland. Nach der Verhinderung des „Anti-Islamisierungskongresses“, den die vom Verfassungsschutz unter dem „Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“⁸ beobachtete Bürgerbewegung pro Köln e. V. am 20. September 2008 veranstalten wollte, erschien auf PI ein Artikel, in dem es heißt: „Wer gestern die Vorfälle in Köln mitbekommen hat, kann sich ansatzweise vorstellen, wie sich die Menschen im Dritten Reich gefühlt haben, als sie gegen die Diktatur angekämpft haben. [...] Die Menschen im Dritten Reich haben aus dem Untergrund das System bekämpft, genau das machen wir derzeit auch, wir sitzen im Untergrund.“⁹

Nicht nur Deutschland, sondern alle europäischen Staaten gelten – dieser Perspektive folgend – als unterwandert und ihre „autochthonen“ Bevölkerungen als teils wehrlose Opfer, teils aktive Kollaborateure dieser Entwicklung. In einem weiteren Artikel über den gescheiterten „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln wird mit dem Blick auf Großbritannien (Aufhänger war die Anreise einer Britin zu dem Kongress) deshalb gefragt: „Wie kann es sein, dass alle politischen Systeme in Europa gleichzeitig auseinanderfallen?“¹⁰ Die Antwort liegt für die PI-Kommentatoren auf der Hand: „Bei den Ölmilliarden, auf denen gewisse Muselstaaten sitzen, könnte es durchaus sein, dass ‚europäische‘ Bürgermeister [...] und Regierungs- und

7 <http://www.kath.net/detail.php?id=17898> [zuletzt eingesehen am 19. 8. 2008].

8 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007: <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/aktuell.pdf>.

9 <http://www.pi-news.net/2008/09/wann-werden-sie-den-untergrund-verlassen/> [zuletzt eingesehen am 22. 9. 2008].

10 <http://www.pi-news.net/2008/09/eine-koeln-reisende-aus-london-erzaehlt/> [zuletzt eingesehen am 22. 9. 2008].



Dieses Bild kursiert im Internet. Der Autor, Steph Bergol, ist vermutlich Belgier und möchte mit seinen Zeichnungen nach eigener Aussage vor den Gefahren durch den Islam für westliche Demokratien warnen.¹¹

Parlamentsmitglieder (Roth, Kuhn, Beck, Ströbele, Edathy und andere Gruselgestalten) schlichtweg von den Museln gekauft sind, Bakschisch ist in diesen Staaten schließlich nichts Besonderes.¹²

Der Vorwurf der Käuflichkeit und Bestechlichkeit europäischer Politiker, die damit den „Ausverkauf“ ihrer Heimat betrieben, impliziert eine unheimliche Machtfülle der Muslime. Das Angstszenario einer Ausbreitung des Islam bzw. von Muslimen in Europa reiht sich in den gegenwärtigen Islamdiskurs ein, der von einer deutlichen Wahrnehmungsverschiebung gekennzeichnet ist: Während Muslime in

11 Bergol fordert Internetnutzer auf seiner Seite explizit zur Verbreitung seiner Zeichnungen auf und tritt hierfür von seinen Urheberrechten zurück. Die einzige Einschränkung, die er vornimmt: Die Zeichnungen dürften nicht von Personen oder Gruppen verwendet werden, die „Rassenhass“ schüren. Angesichts des diffamierenden Charakters seiner Zeichnungen, die sich gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe richten, liest sich dieser um Seriosität bemühte Passus wie purer Zynismus. <http://www.coranix.org/stephbergol/europ.htm> [zuletzt eingesehen am 21. 9. 2008].

12 Ebenda. Die Zitate wurden – ohne dies jedes Mal entsprechend zu markieren – der geltenden Rechtschreib- und Grammatiknorm angepasst.

traditionellen fremdenfeindlichen Diskursen als rückständig und der Kultur der Mehrheitsgesellschaft unterlegen stigmatisiert werden, werden sie hier als Bedrohung und als „fünfte Kolonne“ imaginiert, die von innen heraus an der Zersetzung westlicher Gesellschaften arbeite.

Auf islamfeindlichen Websites wie PI wird in Anlehnung an die jüdisch-ägyptische Publizistin Gisèle Littman, die unter dem Pseudonym Bat Ye'or (Hebräisch „Tochter des Nils“) auftritt und eine pro-islamische Verschwörung innerhalb der EU ausgemacht haben will, ein Schreckbild „Eurabia“ oder auch „Eurabien“ verbreitet. Littman betreibt selbst eine Website,¹³ auf der sie die vermeintliche heimliche Übernahme Europas und die von innen heraus betriebene Vernichtung der westlichen Kultur durch Muslime thematisiert. Ihr 2005 erschienenes Buch trägt den Titel „Eurabia. The Euro-Arab Axis“. Die Autorin, die den Gebrauch des Begriffes in seiner Muslime diffamierenden Weise eingeführt hat, will ihn folgendermaßen verstanden wissen: „Dieses Buch handelt von der Transformation Europas in ‚Eurabia‘, ein kulturelles und politisches Anhängsel der arabisch-muslimischen Welt. Eurabia ist grundlegend anti-christlich, anti-westlich, anti-amerikanisch und antisemitisch. Die Institution, die für diese Transformation verantwortlich ist und die fortfährt, die ihr zugrunde liegende Ideologie zu propagieren, ist der Europäisch-Arabische Dialog. Dieser wurde von europäischen und arabischen Politikern und Intellektuellen in den letzten dreißig Jahren geschaffen.“¹⁴

Im Zusammenhang mit der von ihr angeprangerten vermeintlichen Kollaboration europäischer Politiker mit „dem Islam“ konstatiert Littman eine in Europa vorherrschende Geisteshaltung, die sie unter Bezugnahme auf den Status von Nichtmuslimen in islamischen Gesellschaften „Dhimmitude“ oder zu Deutsch „Dhimmitum“ nennt. Als „Dhimmis“ bzw. „Schutzbefohlene“ galten in islamischen Herrschaftsgebieten die Anhänger von sogenannten Religionen des Buches, in erster Linie Juden und Christen. Ihnen wurde freie Religionsausübung gewährt, sie waren in der gesellschaftlichen Hierarchie Muslimen jedoch nicht gleichgestellt.¹⁵ Littman überträgt dieses aus dem Koran abgeleitete historische Konzept auf die

13 <http://www.dhimmi.org/> [zuletzt eingesehen am 30. 9. 2008].

14 Bat Ye'or, *Eurabia. The Euro-Arab Axis*, 9. Aufl., Cranbury 2007. Übersetzung der Autorin.

15 Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, dass die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz eine moderne Errungenschaft ist, die im Mittelalter und der frühen Neuzeit auch den Gesellschaften in anderen Teilen der Welt fremd war.

gegenwärtige Beziehung von Muslimen und Nichtmuslimen in westlichen Gesellschaften und behauptet, dass Letztere in vorauseilender Unterwürfigkeit gegenüber den immer mächtiger werdenden Muslimen auf ein selbstgewähltes „Dhimmitum“ zusteueren. In einem Interview mit der israelischen Zeitung „Jerusalem Post“ vom 9. Juli 2008 erläutert sie diesen von ihr diagnostizierten schleichenden Prozess: „Die europäischen Staaten entwickeln sich zu Dhimmi-Staaten und die Menschen realisieren dies nicht, weil sie nicht wissen, was Djihad und Dhimmitude bedeuten und deshalb nicht begreifen, in welchem Zustand sie sich befinden. Wenn du unter einer Krankheit leidest, aber die Symptome nicht kennst, dann weißt du nicht, was du hast. [...] Dies ist der gegenwärtige Zustand der westlichen Zivilisationen.“¹⁶

Als Erklärung für diese Entwicklung führt Littman die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs an, die Europa kriegsmüde gemacht hätten. Um weitere gewaltsame Konflikte zu vermeiden, würde der Kontinent nun mit seinen Feinden paktieren: „Das war ihr Konzept von Multilateralismus – denn sie glaubten, dass sie durch die Vereinigung mit denjenigen, die sie attackierten, geschützt sein würden. Dies war der Zeitpunkt, als die gewaltige muslimische Einwanderung nach Europa begann.“¹⁷

Zum Zwecke der Indoktrination würden – so Littman weiter – westliche Bildungseinrichtungen von Muslimen infiltriert: „Europäische Universitäten unterliegen – genau wie die amerikanischen – einer totalen Kontrolle durch die arabisch-islamische Lobby. Dasselbe betrifft auch die Schulen. Ein Lehrer, der versucht, seinen Unterricht im Sinne einer europäischen Sicht auf die Geschichte zu gestalten, wird hinausgeworfen. Tatsächlich ist die Rede- und Meinungsfreiheit, die so entscheidend für die europäische Demokratie war, verschwunden.“¹⁸ Schließlich gebe es auch noch ein Interesse von Seiten der Muslime an einer geopolitischen Spaltung in ein West- und Osteuropa, denn „es ist einfacher, den Westen als Ganzes zu übernehmen, wenn er in sich geteilt ist“. Diese Unterwanderungsfantasien verdeutlichen die strukturell großen Ähnlichkeiten des islamfeindlichen Konstrukts „Eurabia“ mit Verschwörungsszenarien, wie sie beispielsweise in dem antisemitischen Machwerk der „Protokolle der Weisen von Zion“ entworfen wurden.

16 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1215330916349&pagename=JPost%2FJPArticle%2FShowFull> [zuletzt eingesehen am 20. 9. 2008]. Übersetzung der Autorin.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

Gisèle Littman alias Bat Ye'or ist in islamfeindlichen Kreisen eine prominente Figur. Der Website „Politically Incorrect“ gab sie im April 2008 ein Exklusiv-Interview („Europa ist fest in Dhimmi-Hand“¹⁹). Auf PI existiert eine eigene Kategorie „Dhimmitude“, in der Artikel, die eine vermeintliche westliche „Kollaboration“ mit Muslimen dokumentieren, zu finden sind.

Littmans Wirkungsgrad ist allerdings schon längst nicht mehr auf radikale islamfeindliche Seiten im Internet begrenzt. Die Vision eines schwächelnden, sich zugunsten muslimischer Dominanz selbst aufgebenden Westens hat bereits Eingang gefunden in einen etablierten internationalen Mediendiskurs. Das von Littman beschworene Zukunftsbild findet sich in abgeschwächter Form auch bei deutschen Publizisten wie Henryk M. Broder. Im Klappentext von Broders 2006 erstmalig erschienenem Buch „Hurra, wir kapitulieren. Von der Lust am Einknicken“ heißt es: „Wie die Appeasement-Politik gegenüber Hitler die aggressive Haltung der Nazis nur befördert hat, so laufen die Europäer mit ihrer Politik der Beschwichtigung heute Gefahr, die Transformation Europas zu einem islamischen Kontinent zu beschleunigen.“²⁰ Bezeichnenderweise wird die „Islamisierung“ Europas hier als beschlossene Sache präsentiert – allenfalls auf die Dauer dieses Prozesses ließe sich noch Einfluss üben.

Im August 2006 erschien in der Zeitung „Die Welt“ ein Artikel unter dem Titel „Die Dhimmi-Liste“. Die Autoren Dirk Maxeiner und Michael Miersch bedienen sich darin des von Gisèle Littman geprägten Vokabulars: „Seit dem 11. September 2001 hat der vorausseilende Gehorsam zugenommen. [...] Christen und Juden, die sich freiwillig unterwerfen, um als Menschen zweiter Klasse im Reich des Islam zu leben, werden im Koran als Dhimmi bezeichnet. Immer häufiger beschleicht uns der Eindruck, dass ein freiwilliges Dhimmitum um sich greift.“²¹

Die Autoren dieses Artikels sind genau wie Broder Betreiber des Weblogs „Die Achse des Guten“, das sich seinen Namen in Umkehrung der vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush ausgemachten „Achse des Bösen“ gegeben hat und damit eine demonstrative Unterstützung der US-amerikanischen Außenpolitik

19 <http://www.pi-news.net/2008/04/bat-yeor-europa-ist-fest-in-dhimmi-hand/> [zuletzt eingesehen am 21. 9. 2008].

20 Henryk M. Broder, Hurra, wir kapitulieren. Von der Lust am Einknicken, München 2007.

21 http://www.welt.de/print-welt/article147811/Die_Dhimmi_Liste.html [zuletzt eingesehen am 20. 9. 2008].

suggeriert. Laut Bericht der „Tageszeitung“ vom September 2005 wird die Website monatlich von etwa 50 000 Besuchern aufgerufen.²² Wie bei PI gehört es auch unter den Autoren der „Achse des Guten“ zum Selbstverständnis, sich als Dissidenten zu gerieren.²³ Im August 2005 berichtete Michael Miersch von einem „Pro-Westlichen-Heimatabend“, an dem neben den Machern von „Politically Incorrect“²⁴ auch die Betreiber der „Achse des Guten“ teilnahmen, und resümierte: „Welch ein Gefühl, mal sechs Stunden lang im Mainstream zu schwimmen.“²⁵ Der Journalist Hannes Stein, der auf der Autorenliste von „Achse des Guten“ gelistet ist, fasst dieses Selbstbild in einem Artikel in der „Welt“ zusammen: „Das Ganze hat etwas von Samizdat. (So hieß die Verbreitung verbotener Texte durch Dissidenten in der späten Verblödungsphase des Stalinismus.) Oben ist die Eisdecke – aus Sicht der Blogger also: Zeitungen, die irakische Massenmörder als Widerstandskämpfer bezeichnen, Fernsehanstalten, die Israel als rassistischen Staat vorführen, ein Bundeskanzler, der jedem widerlichen Regime der Welt Waffen verkaufen will, ein SPD-Führer, der fremdstämmige Kapitalisten als Heuschrecken bezeichnet – unter der Eisdecke ist die Gegenöffentlichkeit.“²⁶ Die Tatsache, dass die Blogger der „Achse des Guten“ in ihrem Berufsleben viel beachtete Journalisten sind, die für Massenmedien wie den „Spiegel“ schreiben, stört ihre Selbstinszenierung als „Gegenöffentlichkeit“ offenbar wenig.

22 <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2005/09/28/a0156> [zuletzt eingesehen am 20. 9. 2008].

23 Die ausgewählten Auszüge aus Presseberichten über die „Achse des Guten“, die auf der Homepage eingestellt sind, illustrieren dieses Selbstbild: „Ein Zusammenschluss von Publizisten, die allesamt mit Verve den Mainstream herausfordern.“ Oder: „Eine Handvoll Blogger bildet eine feste liberale Gegenöffentlichkeit im Netz.“ <http://www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/authors> [zuletzt eingesehen am 23. 9. 2008].

24 Vgl. den Bericht über das Treffen von Stefan Herre: <http://politicallyincorrect.myblog.de/politicallyincorrect/art/1885306> [zuletzt eingesehen am 23. 9. 2008].

25 http://www.achgut.de/dadgd/view_article.php?aid=1001&ref=0 [zuletzt eingesehen am 23. 9. 2008].

26 http://www.welt.de/print-welt/article671601/Amerikas_Freunde_und_das_Internet.html [zuletzt eingesehen am 21. 9. 2008].

Die Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs gegenüber Muslimen

Unter den Vertretern einer pauschalen „Islamkritik“ scheint es mitunter keine Berührungängste mit rechtsintellektuellen Kreisen zu geben. Eine der Autorinnen der „Achse des Guten“, die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und erst Grünen-, dann CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, geriet beispielsweise in die Schlagzeilen, als sie im Dezember 2003 der als Sprachrohr der sogenannten Neuen Rechten geltenden Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gab. Darin nahm sie Stellung zu der, wie sie es nannte, „inszenierten Treibjagd“ gegen ihren damaligen Parteikollegen Martin Hohmann und forderte: „Die Union muß der hysterischen Einengung der Meinungsvielfalt, der Stigmatisierung und Ausgrenzung konservativer Auffassungen, entschlossen entgegentreten“.²⁷ Antisemitische Vorurteile könne sie weniger bei Hohmann oder der deutschen Mehrheitsgesellschaft ausmachen, stattdessen sehe sie „einen unverkennbaren, weit in die europäische Gesellschaft hineinreichenden Trend zum sozusagen muslimischen Antisemitismus“.²⁸

Dieses Beispiel zeigt deutlich, welche entlastende Funktion der Antisemitismusvorwurf gegenüber Muslimen erfüllen kann. Der demonstrative Verweis auf Antisemitismus unter Muslimen – oder sogar einen vermeintlich genuin „islamischen“ Antisemitismus – erlaubt die Auslagerung des Phänomens aus der Eigengruppe. Zugleich dient er in islamfeindlichen Kreisen als Ventil für Ressentiments gegenüber Muslimen. So verwundert es wenig, dass das Thema auch auf PI zum festen Repertoire gehört. Dabei bemühen sich die Betreiber, an die in etablierten Kreisen geführten Diskurse anzuknüpfen. In dem Artikel „Mit dem Islam kommt der Judenhass“ berichtete PI im September 2008 über eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, wo angeblich „in ungewohnt offener Weise über den muslimischen Antisemitismus, seine feste Verwurzelung im Koran und die Anstrengungen der Muslime, den Judenhass weltweit zu propagieren“, referiert worden sei.²⁹

27 http://www.jungefreiheit.de/Archiv_364.0.html [zuletzt eingesehen am 20. 9. 2008].

28 Ebenda.

29 <http://www.pi-news.net/2008/09/mit-dem-islam-kommt-der-judenhass/> [zuletzt eingesehen am 24. 9. 2008].

In den Kommentarforen entlud sich daraufhin der übliche Hass gegen „den Islam“ mit dem Impetus einer „berechtigten Kritik“. So schreibt ein User, „dass der Islam eine Ideologie des Krieges, der Eroberung und Unterdrückung ist. Es handelt sich also nicht um eine Religion des Friedens, sondern um eine Ideologie, die ich als islamofaschistisch bezeichnen möchte“.³⁰ Die in bestimmten Publizisten-Kreisen insbesondere in Bezug auf die Islamische Republik Iran inflationär gebrauchten Hitler- und NS-Vergleiche ermöglichen diesem auf PI und anderen islamfeindlichen Websites beliebten Islamo-Faschismus-Diskurs eine Anknüpfung an den Mainstream.³¹ Am Ende seines Kommentars gelangt der soeben zitierte User zu dem Fazit: „Wer die Islamisierung in Europa fördert, der unterstützt automatisch den islamischen Antisemitismus in dieser Welt.“³²

Ein anderer Kommentator mit dem Namen „Prosemit“ nimmt noch weniger ein Blatt vor den Mund und schlussfolgert: „Natürlich! Da der Mohammedanismus keine Inhalte hat, definiert er sich über den Hass auf alle ‚Ungläubigen‘. Das ist die Grundlage dieser Sekte des pädophilen Proleten.“³³ Und ein weiterer User, der sich „Eurabier“ nennt, glaubt zu wissen, „dass die mohammedanischen Kulturbereicherer nur so vor Antisemitismus [...] strotzen“, während ein Diskutant mit dem viel-sagenden Namen „Islamophober“ seine Empörung über Muslime auf die Formel „Fuck Musels!“ bringt.³⁴

30 <http://www.pi-news.net/2008/09/mit-dem-islam-kommt-der-judenhass/> [zuletzt eingesehen am 24. 9. 2008]. http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/neues_aus_dem_vierten_reich/ [zuletzt eingesehen am 27. 9. 2008].

31 Vgl. beispielsweise solche Artikel wie von Matthias Küntzel „Adolf Ahmadinejad vor den UN“. <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/adolf-ahmadinejad-vor-den-un> [zuletzt eingesehen am 27. 9. 2008], oder den Beitrag von Henryk M. Broder mit dem Titel „Neues aus dem Vierten Reich. Iran beharrt auf Urananreicherung“ auf der „Achse des Guten“. http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/neues_aus_dem_vierten_reich/ [zuletzt eingesehen am 27. 9. 2008].

32 <http://www.pi-news.net/2008/09/mit-dem-islam-kommt-der-judenhass/> [zuletzt eingesehen am 24. 9. 2008].

33 Ebenda. Die Verunglimpfung des Propheten Mohammed als „Pädophilen“ ist ein beliebter Topos auf den islamfeindlichen Websites. In einen breiteren Diskurs eingeführt wurde er durch den Skandal um die Aussagen der österreichischen FPÖ-Politikerin Susanne Winter im Januar 2008, die Mohammed als einen „Kinderschänder“ bezeichnet hatte. Vgl. <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/355303/index.do> [zuletzt eingesehen am 24. 9. 2008].

34 <http://www.pi-news.net/2008/09/mit-dem-islam-kommt-der-judenhass/> [zuletzt eingesehen am 24. 9. 2008].

Diese Zitate veranschaulichen, welche Ventilfunktion der Antisemitismusvorwurf gegenüber Muslimen in islamfeindlichen Kreisen übernimmt. Genau wie bei anderen Gelegenheiten auch lassen die PI-User beim Thema Antisemitismus ihrer Verachtung gegenüber „dem Islam“ und den Muslimen in ihrer Gesamtheit freien Lauf. Dabei herrscht die Selbstgewissheit vor, mit der „Antisemitismuskritik“ einen über jeden Rassismusvorwurf erhabenen Diskurs zu führen und auf der moralisch richtigen Seite zu stehen.³⁵ Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang auch der Beitrag eines PI-Kommentators, der seine Aversion gegen „den Islam“ mit den Lehren, die aus den Erfahrungen des Holocaust zu ziehen seien, legitimiert: „Irgendwann einmal in meiner Jugend habe ich lernen müssen, dass die Nazis gegen Juden waren und diese auch verfolgten. Dass das falsch war, haben wir gelernt. Heute sind wir etwas befremdet über den Islam, der nun immer offener und deutlicher gegen die Juden vorgeht. Jetzt haben wir einen Punkt erreicht an dem wir, die bekehrten Judenverfolger, eben darum den Islam verabscheuen.“³⁶ So liefert der Antisemitismusvorwurf ein scheinbar rational begründetes Argument für die Ablehnung eines ganzen Kollektivs.

Der Täuschungsvorwurf

Im Zusammenhang mit ihrem demonstrativen Verweis auf die Ausmaße des Antisemitismus unter Muslimen bei gleichzeitiger Relativierung des Phänomens in der Mehrheitsgesellschaft erscheint es nicht unerheblich, dass Vera Lengsfeld sich im Umfeld der Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e. V. bewegt.³⁷

- 35 So verwundert der Verkauf von Fanartikeln wie Tassen, T-Shirts, Ansteckbuttons usw. mit der Aufschrift „Islamophobic and proud of it“ auf der Website „Politically Incorrect“ wenig.
- 36 <http://www.pi-news.net/2008/09/moschee-ole-rassist-cem-oezdemir/> [zuletzt eingesehen am 26. 9. 2008].
- 37 Auf der Homepage der Interessengemeinschaft (ipahb) heißt es zur Person Vera Lengsfeld: „Sie gehörte zu den ersten Unterstützern der ipahb und aller Berliner Bürger, die sich gegen den Bau der Moschee der Ahmadiyya-Sekte aussprechen. Aufrecht und unerschrocken nahm sie an den Protestveranstaltungen der ipahb teil. Wir sind stolz, diese mutige Frau in unseren Reihen zu haben. <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page6806.htm> [zuletzt eingesehen am 9. 10. 2008].“

Der Verein will den Bau einer Moschee in diesem Stadtteil verhindern. Auf der Homepage der Interessengemeinschaft findet sich ein Artikel vom Juli 2006, in dem Lengsfeld über eine Diskussionsveranstaltung zu dem geplanten (und mittlerweile realisierten) Moscheebau berichtet. Darin erhebt sie schwere Vorwürfe gegen den Imam der Ahmadiyya-Gemeinde, die Bauherrin der Moschee. Sie bezichtigt ihn der Lüge, was die Darstellung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in seiner Gemeinde angeht, um anschließend List und Betrug zur Grundlage der gesamten islamischen Religion zu erklären: „Aber es ist nach dem Koran ja auch keine Sünde, Ungläubige hinters Licht zu führen, oder ihnen ihre Ehre zu nehmen.“³⁸

Der hier erhobene Täuschungsvorwurf ist ein fester Topos im islamfeindlichen Diskurs. Auf der Website „Politically Incorrect“ findet sich dazu eine eigene Rubrik „Taqiyya“. Das arabische Wort „taqiyya“, das als „bei Gefahr verbergen“ übersetzt werden kann, bezeichnet die Verleugnung des Glaubens, sofern das eigene Leben oder das der Angehörigen bedroht ist. Taqiyya wurde in der islamischen Geschichte hauptsächlich von Schiiten, den Angehörigen der zweitgrößten islamischen Konfession, angewandt, die immer wieder von der islamischen Orthodoxie als Häretiker verfolgt wurden. Die Taqiyya-Praxis stützt sich im Wesentlichen auf den Vers 106 der 16. Sure des Koran, in dem es heißt, dass Gott denjenigen die Strafe erlässt, die ihn unter Zwang verleugnet haben. Es handelt sich bei der Taqiyya also mitnichten um ein Täuschungsgebot, sondern lediglich um die Gewähr von Straffreiheit in diesem speziellen Fall von Glaubensleugnung. Es stellt daher eine boshafte Verleumdung dar, wenn Muslime einer speziellen Neigung zur Täuschung ihrer Umwelt verdächtigt werden oder dies sogar zu ihrer Glaubenspraxis erklärt wird. Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, dass Muslime nicht die erste religiöse Minderheit sind, gegen die ein solcher Täuschungsvorwurf erhoben wird: In einschlägigen antisemitischen Pamphleten des 19. Jahrhunderts ist diese vermeintlich „jüdische Eigenschaft“ ein ständig wiederkehrendes Motiv.³⁹

38 <http://ipahb.de/blog/?p=315> [zuletzt eingesehen am 21. 9. 2008].

39 Vgl. beispielsweise August Rohling, *Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände*, Münster 1876. In dem Kapitel „Der Betrug“ heißt es: „Der Talmud sagt: ‚Einen Goi [Nichtjuden] darfst du betrügen und Wucher von ihm nehmen; wenn du aber deinem Nächsten (d. h. einem Juden) etwas verkaufst oder von ihm kaufst, so sollst du deinen Bruder nicht betrügen.‘“ (S. 63 f.) Rohling wurde in mehreren Gerichtsprozessen der Fälschung von Talmudzitaten bzw. ihrer aus dem Zusammenhang gerissenen Verwendung überführt.

Prominenter Wortführer des Täuschungsvorwurfs gegenüber Muslimen auf „Politically Incorrect“ ist der Publizist Ralph Giordano. Im Mai 2008 trat Giordano als Eröffnungssprecher auf einer „Kritischen Islamkonferenz“ in Köln auf und stellte PI vorab seine Rede mit dem Titel „Nicht die Migration, der Islam ist das Problem“ zum Abdruck zur Verfügung. Darin heißt es zur Taqiyya: „Es ist die vom Koran sanktionierte Erlaubnis, im Kampf gegen die ‚Ungläubigen‘ zu täuschen, sich zu verstellen und zu lügen, sozusagen eine geheiligte Schizophrenie. Im Klartext aber ein System, anders zu denken als zu sprechen, und zu sprechen als zu denken, ein üppiger Nährboden also für Lippenbekenntnisse. Und die hagelt es nur so. Auf diesem Gebiet hat es ein Mann zu wahrer Meisterschaft gebracht, der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland und ein versierter Rhetoriker und Praktiker der Taqiyya – Aiman A. Mayzek. [...] Meine Auffassung von wehrhafter Demokratie mag altmodisch sein, dennoch bestehe ich auf ihr: Ayman A. Mayzek gehörte sofort ausgewiesen.“⁴⁰

Dieser „geistige Input“ für PI-User durch einen Mann wie Giordano, der aufgrund seines Verfolgungsschicksals in der NS-Zeit eine Art moralische Autorität bei seinen öffentlichen Auftritten genießt, ist nicht zu unterschätzen. Die Bezugnahme auf Giordano erlaubt es nämlich, den Hass auf eine Minderheit als eine, dem Rassismus und Rechtsextremismus unverdächtige „Meinung“ aus der Mitte der Gesellschaft zu präsentieren. Nachdem der afghanischstämmige Journalist Walid Nakschbandi die Islamkonferenz wegen der seiner Meinung nach dominierenden Stellung konservativer islamischer Verbände verlassen hatte, titelte PI im März 2008 beispielsweise: „Walid Nakschbandi – Gespaltene Zunge?“. Der Artikel mutmaßt über den säkular orientierten Nakschbandi, er rede „nach Muslimart mit den Ungläubigen nicht so ganz ehrlich“, und hat für den Austritt aus der Islamkonferenz eine andere Erklärung: „Sind nicht vielleicht eher Eifersüchteleien mit der starken Fraktion der Türkenvertreter Grund für die Entscheidung als Sorge vor dem Siegeszug der Konservativen?“⁴¹

Der Täuschungsvorwurf ist nicht zuletzt deshalb so infam, weil es für die Betroffenen keine Möglichkeit gibt, ihn zu entkräften. Jedes Abstreiten wird von

40 <http://www.pi-news.net/2008/05/nicht-die-migration-der-islam-ist-das-problem/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

41 <http://www.pi-news.net/2008/03/walid-nakschbandi-gespaltene-zunge/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

Islamfeinden nur als weiterer Betrug begriffen und jedes Abweichen von – nach ihrer Vorstellung – typisch „islamischem“ Verhalten als List zur Durchsetzung geheimer Interessen gedeutet. Als der „Spiegel“ am 24. Dezember 2007 über eine Weihnachtsbotschaft von 138 hochrangigen Islam-Gelehrten an die Christen in aller Welt berichtete,⁴² wurde diese Geste auf PI in dem Artikel „Ein muslimischer Gruß an die Christenheit“ als „ein trojanisches Pferd“ bezeichnet: „Was wollen die Gelehrten mit ihrer Grußbotschaft? Beweisen, dass sie in Wahrheit friedlich sind? [...] Doch wenn man das Schreiben genauer betrachtet, handelt es sich ja auch nicht wirklich um einen Weihnachtsgruß, sondern um einen Friedensgruß, zumindest auf den ersten Blick: ‚Friede sei mit euch‘, das erinnert natürlich an die Engel aus dem Lukasevangelium, welche die Ankunft des Messias besingen. Ein Satz, mit dem wir Weihnachten assoziieren. Aber was wird hier wirklich gesagt? ‚Al-salamu aleikum‘: Der islamische Friedensgruß. Nur dass unter ‚Salam‘ vielleicht nicht 100%ig dasselbe gemeint ist, wie was wir unter Frieden verstehen: [...] Aus Salam wird auch ‚Aslama‘ (sich Allah hingeben), der Begriff ‚Islam‘ sowie der islamische Friedensgruß Salam abgeleitet. Demnach ist ein Muslim jemand, der sich absolut dem Willen Allahs hingibt und unterwirft. Frieden im islamischen Sinn ist Hingabe und Unterwerfung unter Allah. [...] Die als ‚Weihnachtsgruß‘ daher kommende Botschaft der Islamgelehrten ist daher nichts anderes als Dschihad mit Worten.“⁴³

Auch die Kommentatoren hegten nicht den geringsten Zweifel an dem „verlorenen“ Charakter der Grußbotschaft der Islam-Gelehrten. So resümierte ein User namens „FreeSpeech“: „Wenn’s das Türchen zur Täuschung offen lässt, dann ist es eine Täuschung. Ist nun mal so mit dem Islam.“⁴⁴ Und der Diskutant „Prosemit“ meinte zu wissen: „Wenn es Allah und seinem großen pädophilen Propheten zum Siege verhilft, darf man lügen, betrügen, stehlen, morden, Meineide schwören und selbst die eigene Schwiegermutter schänden. Zum Wohle Allahs ist dem wahrhaft Gläubigen gegenüber den Kuffar [Ungläubigen] ALLES erlaubt.“⁴⁵ Dieses Zitat veranschaulicht die aufputschende Wirkung, die von den Kommentaren auf PI ausgeht: Die Diskutanten

42 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,525259,00.html> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

43 <http://www.pi-news.net/2007/12/ein-muslimischer-gruss-an-die-christenheit/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

44 Ebenda.

45 Ebenda.

versuchen in ihren Beiträgen, sowohl was die Radikalität der geäußerten Inhalte als auch die verbalen Ausfälle gegen Muslime angeht, einander zu übertreffen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Täuschungsvorwurf steht das auf den islamfeindlichen Websites verwendete Vokabular. Darunter finden sich – wie bei Taqiyya, Kuffar und Dhimmi – viele Begriffe aus dem Arabischen, um ein vermeintlich fundiertes Wissen über den Islam zu suggerieren und so den Eindruck zu erwecken, man habe sich aufgrund der ausführlichen Beschäftigung mit dieser Religion ein unanfechtbares Urteil gebildet. Andere Begriffe oder Slogans wie „Islam ist Frieden“ oder die Bezeichnung „Kulturbereicherer“ sollen durch ihre ironische Verwendung den gegenteiligen „wahren“ Charakter des Islam und der Muslime offenlegen. Ein beliebter Neologismus ist der Begriff „DiaLüg“, der darauf anspielt, dass jegliche Dialogbemühungen mit Muslimen zu einem Täuschungsverhalten derselben führen. Als am 17. Juni 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in München eine Podiumsdiskussion zum Thema „Islam und Moderne“ stattfinden sollte, brachte PI einen Veranstaltungshinweis mit dem Titel „17. Juni in München: DiaLÜG mit Alboga“, in dem es heißt: „Für alle Takiyya-Fans empfehlen wir die Podiumsdiskussion ‚Islam und Moderne – (k)ein Widerspruch?‘ [...]. Unter den Diskutanten [...] ist auch Bekir Alboga, den wir als Takiyya-Meister schon aus mehreren ähnlichen Diskussionen kennen.“⁴⁶

Die „Islamkritiker“ kommen ohne Belege für ihre Anschuldigungen aus, denn Betrug und Täuschung sind in ihren Augen Wesenseigenschaften „des Islam“ und damit aller Muslime oder Menschen, die als solche „identifiziert“ werden. Es verwundert daher wenig, dass sich in der Kategorie „Taqiyya“ auf PI auch ein Artikel über den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama mit dem Titel „Die 50 besten Obama-Lügen“ findet. Darin wird dieser als ehemaliger Muslim „enttarnt“, der nur zum Schein konvertiert sei und der eben seinem Naturell entsprechend lüge. Diese Unterstellung fand sich durchaus auch in den etablierten Medien – sowohl in den amerikanischen als auch den deutschen.⁴⁷

46 <http://www.pi-news.net/2008/05/17-juni-in-muenchen-dialueg-mit-alboga/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

47 <http://www.pi-news.net/2008/05/die-50-besten-obama-luegen/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008]. Am 5. 5. 2008 erschien in der Zeitung „Die Welt“ beispielsweise der Artikel „Barack Obamas muslimische Kindheit“ von Daniel Pipes, der in ähnlicher Weise wie PI argumentierte.

Antimuslimischer Rassismus

PI ist kein fremdenfeindliches Weblog im klassischen Sinne. Die Besucher der Website betonen immer wieder, dass sie nicht Ausländer oder Migranten im Allgemeinen ablehnten, sondern nur eine bestimmte Gruppe, nämlich „die Muslime“. In den Kommentaren zu einem Artikel des Magazins „Stern“ mit dem Titel „Die vergrabene Bombe“ von Hans-Ulrich Jörges,⁴⁸ der ein demografisches Drohszenario der „Überfremdung“ durch Migranten zeichnet, schreibt ein User beispielsweise: „Das Problem sind nicht die Migranten. Das Problem sind die moslemischen Migranten.“

Der Hass der islamophoben Internetcommunity richtet sich gegen „die Muslime“ in ihrer Ganzheit. Auf die Schlagzeile „Islamisten wollen Grundwasser vergiften“⁴⁹ reagierten zahlreiche Kommentatoren auf PI deshalb mit Ablehnung: „Jetzt hat sich der Newspeak auch bei Euch eingeschlichen? Islamisten? Moslems!“, so ein User namens „Freewheelin“. Und ein Kommentator mit dem Namen „Koltschak“ wies die Betreiber der Website zurecht: „Muslime wollen Trinkwasser vergiften“ wäre eine korrekte Überschrift! Bitte beim nächsten Mal darauf achten, auch wenn jeder weiß, was gemeint ist!“

Neben der Wahrnehmung als homogenes Kollektiv lässt sich auf PI eine Verwendung der Kategorie „Muslim“ in einem ethnischen Sinne nachweisen. Dies wird insbesondere immer dann deutlich, wenn Personen allein aufgrund ihres Namens oder Aussehens als Muslime „identifiziert“ werden und alle ihnen zugeschriebenen Charaktereigenschaften sowie Handlungen vom Islam abgeleitet werden. Man kann deshalb durchaus davon sprechen, dass islamfeindliche Websites wie PI einen antimuslimischen Rassismus kultivieren, wie das nachfolgende Beispiel – eines von unzähligen – verdeutlicht: „Absolut kein Taktgefühl, all die Muselköpfe. [...] Wenn man merkt, [...] wie unbeliebt und ungern gesehen man hier als Musel ist, sollte man sich eigentlich freiwillig zum Teufel scheren. Aber Ignoranz gehört nun einmal auch zu den vielen angeborenen, unangenehmen Eigenschaften, die diese Musels an sich haben.“⁵⁰

48 <http://www.pi-news.net/2008/08/migration-desaster-in-zahlen/> [zuletzt eingesehen am 14. 8. 2008].

49 <http://www.pi-news.net/2008/08/islamisten-wollen-grundwasser-vergiften/> [zuletzt eingesehen am 14. 8. 2008].

50 <http://www.pi-news.net/2008/08/hausen-hier-sind-die-buerger/> [zuletzt eingesehen am 18. 8. 2008].

Muslimen wird pauschal unterstellt, sich dem deutschen Staat und der deutschen Gesellschaft gegenüber illoyal zu verhalten und deshalb keine „vollwertigen“ Deutschen sein zu können. Der Politiker Cem Özdemir wird beispielsweise auf PI in den Kommentarforen als „Wolf im Schafspelz“ und „muslimischer Heuchler und Lügner“ bezeichnet: „Alle türkisch-stämmigen Politiker hier in Deutschland sind zwar Passdeutsche, vertreten aber ausschließlich türkisch-muslimische Interessen. Die haben alle nur die Vertürkung Deutschlands im Sinn.“

Wie dieses Beispiel zeigt, wird die Zuschreibung als Muslim häufig auch synonym mit ethnischen Bezeichnungen wie Türke oder Araber verwendet. Zugleich wird offen ausgesprochen, dass die deutsche Staatsangehörigkeit Özdemir in den Augen der PI-User noch lange nicht zu einem Deutschen werden lässt. Dabei greifen die Kommentatoren auch auf biologistische Erklärungen zurück: „Für mich ist der Kerl ein Türke mit deutschem Pass. Eine Kuh, die im Pferdestall geboren wird, bleibt eine Kuh.“ Und ein weiterer Kommentator kritisiert Özdemirs „Interessen als Türke in Leib und Blut, der Pass spielt hierbei keinerlei Rolle“.⁵¹ Auch der folgende Kommentar zeugt von der biologistischen Wahrnehmung von Muslimen (die Eigenschaft „muslimisch“ wird in sinnlich erfahrbare Merkmale übersetzt), denen sogar das Mensch-Sein abgesprochen wird, wie die gesetzten Anführungszeichen verdeutlichen: „Es gibt einfach tausende von Gründen, warum man den Islam nicht akzeptieren kann und dulden sollte. Diese ‚Menschen‘ erfüllen mich mit Ekel.“⁵²

Auf „Politically Incorrect“ werden die Kommentarforen moderiert und Beiträge, die gegen die sogenannte Policy der Seite verstoßen, werden gelöscht. Diese Policy besagt jedoch nur, dass „Comments, die mit fäkalsprachlichen, blasphemischen, antisemitischen oder vulgären Ausdrücken durchsetzt sind, [...] nicht akzeptiert [werden]“⁵³ – offen rassistische Kommentare scheinen die Betreiber also nicht zu stören. Dabei werden aus dem Antisemitismus bekannte Anfeindungen gegen bestimmte religiöse Riten, wie das Schächten, durchaus akzeptiert, allerdings nur, wenn sie sich auf Muslime beziehen. Der folgende Boykottaufruf gegen muslimische Geschäftsinhaber konnte deshalb ohne Beanstandungen auf PI

51 <http://www.pi-news.net/2007/08/braucht-giordano-erziehung/> [zuletzt eingesehen am 18. 9. 2008].

52 <http://www.pi-news.net/2008/07/deutsche-politiker-druecken-sich-vor-schaechtverbot/> [zuletzt eingesehen am 10. 7. 2008].

53 <http://www.pi-news.net/policy/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

platziert werden: „Ich kann nur empfehlen, generell nichts mehr – aber auch gar nichts mehr – bei Muslimen zu kaufen, solange diese barbarische Schächtung in Deutschland praktiziert wird! Und den Hinweis auf die ‚ungestörte Religionsausübung‘ verstehe ich ohnehin nicht, da der Islam nicht nur als Religion zu verstehen ist, sondern in viel größerem Ausmaß als eine faschistoide Gesellschaftsordnung übelster Gesinnung!“⁵⁴ Ein anderer Kommentator erhebt im Sinne des Tierschutzes gar die Forderung nach einem Verbot „diese[r] kranke[n] Satanslehre“, da „der Islam [...] nur Gewalt und Leid gegen Mensch und Tier“ verbreite.⁵⁵

Das islambezogene Feindbild mischt sich auf PI mit klassischen rechtsextremen Stereotypen. Zu einem der beliebtesten Themen zählt die „Migrantengewalt“. In einem redaktionellen Beitrag vom Februar 2008 über den Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch heißt es: „Ins Fernsehen durfte er nicht. Ganz dem aggressiv-totalitären Machtverständnis der Linken folgend, verbot Berlins unfähige rote Justizsenatorin Gisela von der Aue ihrem Oberstaatsanwalt Reusch den Mund. Denn das Aussprechen simpler Wahrheiten, zum Beispiel der, dass wir ohne die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte keine nennenswerten Intensivtäterprobleme hätten (der blaue Balken oben ist der Anteil der Orientalen), ist dem multikulturellen Umbau der Gesellschaft hinderlich.“⁵⁶

Muslimische Migranten werden auf PI für nahezu alle gesellschaftlichen Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. So kommentiert ein User den zitierten Beitrag mit folgendem Hinweis: „Wir hätten ohne Millionen von Zuwanderern in den letzten 10–15 Jahren (direkt in die Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfe) ein wesentlich kleineres Finanzproblem!!!“ Und ein anderer Kommentator meint: „Warum wir Europäer Millionen von arbeitsunwilligen und teils noch kriminellen Muslimen subventionieren, ist mir wirklich rätselhaft.“⁵⁷ Wie schon bei klassischen rechts-extremen Erklärungsmustern wird auch im Falle des neuen Fokus auf „kriminelle Muslime“ die Erklärung für das vermeintliche Phänomen in der „Kultur“ und damit im „Wesen“ der Betroffenen gesucht und gefunden.

54 <http://www.pi-news.net/2008/08/altes-land-muslime-schaechten-am-gesetz-vorbei/> [zuletzt eingesehen am 29. 9. 2008].

55 Ebenda.

56 <http://www.pi-news.net/2008/02/die-wahrheit-ueber-migrantengewalt/> [zuletzt eingesehen am 18. 9. 2008].

57 <http://www.pi-news.net/2008/09/taeter-migranten-opfer-scheissdeutsche/> [zuletzt eingesehen am 17. 9. 2008].

Sobald sich unter die Diskutanten auf PI jemand mischt, der sich kritisch zu den Inhalten und Kommentaren auf der Website äußert, wird er als vermeintlicher Muslim „enttarnt“. Im Zusammenhang mit einem lobenden Bericht über einen Düsseldorf-Schulrektor, der Schülerinnen an seiner Schule das Tragen von Kopftüchern verbieten wollte, äußerte ein Diskussionsteilnehmer Zweifel an der Vereinbarkeit dieses Vorgehens mit dem Grundgesetz. Daraufhin ertete er folgende Erwiderung, die zeigt, wie für PI-User eine muslimische Identität mit einer fremden, nicht-deutschen Ethnie gleichbedeutend ist: „Nicht immer auf UNSER Grundgesetz berufen. Das wurde von Deutschen für Deutsche gemacht! Wir konnten ja nicht ahnen, wie gut euch unser Land gefällt, so dass ihr in Horden hier einfallt, um uns dann unser Grundgesetz unter die Nase zu reiben!“⁵⁸

Der Verweis auf das Grundgesetz findet auf PI nur statt, sobald sich daraus ein Angriff auf den vermeintlich nicht demokratie- und menschenrechtskompatiblen Islam ableiten lässt, z. B. in Bezug auf solche Themen wie die Gleichstellung der Geschlechter oder die Diskriminierung von Homosexuellen. Dabei werden auf PI Sexismus und Homophobie durchaus kultiviert, solange sie sich gegen Feindgruppen richten, weshalb als „links“ geltende Politiker wie Klaus Wowereit oder Volker Beck als „Multikulti-Schwuchtel“ beschimpft werden dürfen, ohne dass solche Kommentare gelöscht werden.⁵⁹

Die diskursive Verweigerung einer Zugehörigkeit von Muslimen zur deutschen Mehrheitsgesellschaft äußert sich in vielfältiger Form. So wurde der seit Jahren am 3. Oktober stattfindende „Tag der offenen Moschee“ auf PI in einem redaktionellen Beitrag heftig kritisiert. Unter dem Titel „Tag der offenen Moschee – Warum es Betrug ist“, wurde neben dem üblichen Taqiyya-Vorwurf insbesondere die Wahl des Datums als Anmaßung attackiert: „Der 3. Oktober ist der TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT, an dem 1990 die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands vollzogen wurde. Wenn dieser Tag von Moslems bewusst und berechnend zum ‚Tag der offenen Moschee‘ erklärt wird, dann wird hier aufdringlich, ohne irgendwelche Skrupel Besitz ergriffen von einem der wichtigsten deutschen identitätsbildenden und -bezeugenden Daten. Man wird das Gefühl nicht los, hier laden sich Einbrecher

58 <http://www.pi-news.net/2008/09/duesseldorfer-schule-verbietet-kopftuch/> [zuletzt eingesehen am 26. 9. 2008].

59 <http://www.pi-news.net/2007/11/schwulenhatz-in-marokko/> [zuletzt eingesehen am 29. 9. 2008].

selber ein, während sie sich bereits im Haus befinden. [...] Es geht um Daten, die uns mit dem Islam nicht nur nicht besonders verbinden, sondern die uns ganz im Gegenteil scharf von ihm trennen. Es gibt keine deutsche Einheit mit dem Islam, wie der ‚Tag der offenen Moschee‘ betrügerisch suggerieren möchte.“⁶⁰

In dem Artikel wird ausführlich dargelegt, warum „der Islam“ eine kulturlose Religion sei. Begleitet von rhetorischen Fragen wie „Wo treffen wir islamische Studenten, die an unseren Musikhochschulen Bach studieren oder Beethoven? Wann konnte man jemals islamischen Klaviervirtuosen lauschen, wenn sie Schumann interpretierten?“ wird negiert, dass es Muslime gibt, die zu solchen geistigen Leistungen in der Lage sind. Das Fazit lautet schließlich „Kann es sein, dass der Bereich, den wir als Kultur kennzeichnen, im Islam quasi nicht existent ist?“⁶¹

Interessant ist, dass die beiden Sichtweisen auf den Islam und Muslime – die kulturelle Unterlegenheit und die übermächtige Bedrohung – nebeneinander existieren. Die ständig wiederkehrende Beschimpfung von Muslimen als „Mohammedaner“,⁶² „Muselpack“, „Kanackenpack“ und „Hinternhochbeter“ speist sich aus der Verachtung für ein ganzes Kollektiv. Überlagert werden diese Emotionen zugleich von einer diffusen Angst, die Muslime als einflussreiche und dominierende Kräfte imaginiert.

Deutsche und Europäer als „Opfer“ ihrer muslimischen Minderheiten

Um den Befund einer Zerstörung der westlichen Gesellschaften durch Muslime jeden Tag aufs Neue zu belegen, bedienen sich die Macher der Website „Politically Incorrect“ einer einfachen Technik: Sogenannte Spürnasen durchforsten die virtuelle Welt nach Vorfällen, die Fehlverhalten von Muslimen – insbesondere gegenüber der Mehrheitsbevölkerung – akribisch dokumentieren sollen. Hierzu werden

60 <http://www.pi-news.net/2008/09/tag-der-offenen-moschee-warum-es-betrug-ist/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

61 Ebenda.

62 Muslime lehnen diese Bezeichnung strikt ab, da sie den Propheten Mohammed nicht – wie die Christen Jesus Christus – als Gott verehren. Auf PI wird explizit mit der Absicht, den Muslimen ihre selbst gewählte Bezeichnung zu verweigern, der Begriff „Mohammedaner“ in abwertender Weise verwendet.

Meldungen aus der Regionalpresse oder Polizeiberichte ausgewertet. Nach der Einstellung der redaktionellen Beiträge werden die Kommentarforen geöffnet, die das eigentliche Herzstück der Website sind. Sie tragen wesentlich zur Selbstinszenierung von PI als Sprachrohr für „Volkes Stimme“ bei. Im Schutze der Anonymität entlädt sich in ihnen eine zum Teil überbordende Aggression. Ein häufiger Topos ist hierbei die angebliche „Deutschenfeindlichkeit“ unter Muslimen. In dem Artikel „Macht dass ihr wegkommt, das ist unsere Stadt“ wird beispielsweise aus einer Broschüre der Polizei-Gewerkschaft zitiert und folgendes Fazit gezogen: „Duisburg-Marxloh, das uns gerne als Hort der Glückseligkeit und des erfolgreichen Miteinanders der Kulturen präsentiert wird, ist ein Ort des Schreckens für Polizeibeamte und deutsche Ureinwohner. Sie werden beleidigt, angepöbelt, überfallen und verletzt, von ignoranten Politikern und bornierten Gutmenschen zum Abschuss freigegeben.“⁶³

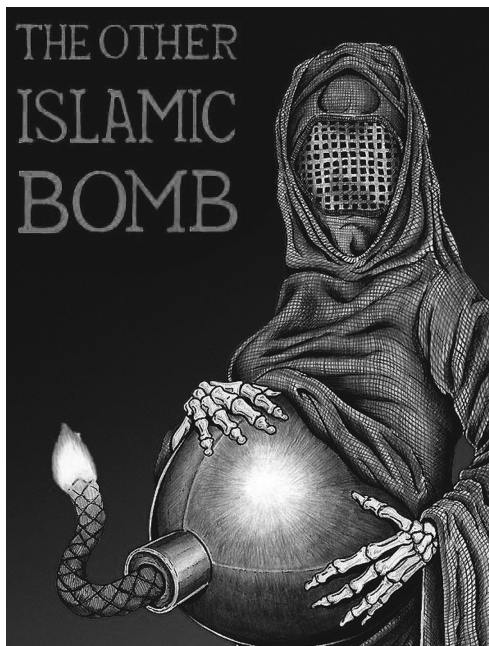
Auch im Kommentarbereich ist dieser Topos ein ständig wiederkehrendes Motiv, wie der Beitrag eines Users mit dem Namen „der Franke“ zeigt: „Wenn man die finanziellen Mittel hätte, müßte man in den primär betroffenen Gegenden/Städten Büros einrichten, als Anlaufstelle für Bürger die Rassismus gegen Deutsche erleben ‚durften‘. So als eine Art ‚Weißer Ring‘ für deutsche Opfer von muslimischen Rassisten.“⁶⁴

Diese Selbstinszenierung der Mehrheitsgesellschaft als Opfer einer Minderheit wird zugleich auf die Vergangenheit projiziert und erlaubt es, das deutsche Volk en passant auch zum Opfer einer begrenzten Zahl von NS-Verführern zu stilisieren, wie diesem redaktionellen Beitrag zu entnehmen ist: „Deutschland soll erneut destabilisiert werden, diesmal nicht durch Deutsche, die von einem gebürtigen Österreicher und seinen in- und ausländischen Geldgebern erst durch das Ermächtigungsgesetz entrechtet und dann aufgehetzt wurden, sondern durch Millionen Moslems, die mit voller politischer Absicht ins Land geholt wurden und deren Integration nie geplant war.“⁶⁵

63 <http://www.pi-news.net/2008/07/macht-dass-ihr-wegkommt-das-ist-unsere-stadt/> [zuletzt eingesehen am 15. 9. 2008].

64 <http://www.pi-news.net/2008/08/gerechtigkeit-fuer-fanny-truchelut/> [zuletzt eingesehen am 19. 8. 2008].

65 <http://politicallyincorrect.myblog.de/politicallyincorrect/art/4034191/> [zuletzt eingesehen am 27. 9. 2008].



Dieses Bild mit der Aufschrift „The Other Islamic Bomb“ kursiert im Internet. Der Autor ließ sich nicht feststellen.

Das demografische Argument („Millionen Moslems“), auf das hier verwiesen wird, ist ein fester Bestandteil des islamfeindlichen Diskurses. Auf Grundlage absurder Hochrechnungen wird der klassische rechtsextreme Topos von der „Einwanderung als ‚Endlösung‘ für die autochthone Bevölkerung“ auf Muslime umgemünzt und als sogenannter Geburten-Djihad bezeichnet, wobei Djihad in diesem Kontext als religiös motivierter Krieg verstanden wird.

Dieser Diskurs reicht bis in etablierte Medien hinein. So äußerte der ranghöchste Repräsentant des Benediktinerordens, Abtprimas Notker Wolf, in einem Interview in der „Welt“: „Die Frage, ob Kirchenglocken läuten dürfen, wird sich spätestens in 20 Jahren völlig erledigt haben, weil der Islam bei uns allein durch die hohe Geburtenrate bis dahin so sehr vorgedrungen sein wird.“⁶⁶

Popularisiert wurde die These eines „demografischen Kampfes“ unter anderem von der bekannten italienischen Journalistin Oriana Fallaci. Ihr Buch „Die Wut und der Stolz“, das sie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verfasste, avan-

⁶⁶ <http://www.welt.de/politik/article2462628/Gott-schickt-uns-den-Islam-als-Provokation.html> [zuletzt eingesehen am 18. 9. 2008].

cierte weit über Italien hinaus (wo es sich über eine Million Mal verkaufte) zum Bestseller. Darin beklagt sie die Kinderlosigkeit in Europa und konstatiert, Muslime „dagegen vermehren sich wie die Ratten. Mindestens die Hälfte aller moslemischen Frauen, die man auf der Straße sieht, sind von Kinderhorden umgeben und schwanger“.⁶⁷ Nicht nur mit der Vision der sich ausbreitenden Ratten knüpft Fallaci an ein von den Nationalsozialisten geprägtes Bild, wie es in dem Film „Der ewige Jude“ propagiert wurde, an. Sie überträgt auch andere antijüdischen Stereotype auf Muslime, z. B. das des alttestamentarischen rachsüchtigen Gottes: Die „verfluchten Söhne Allahs“, wie sie Muslime abschätzig in ihrem Buch nennt, bezeichnet sie als „Gläubige eines Gottes, der ein Auge-um-Auge-und-Zahn-um-Zahn empfiehlt“.⁶⁸

Nach diesem und dem nachfolgenden Buch „Die Kraft der Vernunft“ (2004), bei dem es sich ebenfalls um ein gegen Muslime hetzendes Werk handelt, stieg Fallaci – die ehemals in der politischen Linken beheimatet war – in der islamfeindlichen Szene zum Star auf. Auf PI erschien am 26. September 2008 ein Bericht über ein sogenanntes internationales Counterdijihad-Treffen in Florenz, das zu Ehren Fallacis an ihrem zweiten Todestag Mitte September im Beisein von Vertretern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien wie der Lega Nord und des Vlaams Belang stattgefunden hatte: „Die Teilnehmer – Blogger, Aktivisten, Unterstützer und Politiker – kamen aus verschiedenen europäischen Ländern und vertraten verschiedene Gruppen, die sich gegen die Islamisierung Europas aussprechen. [...] Einer der bewegendsten Momente dieser zweitägigen Konferenz war sicherlich der Besuch des Grabes von Oriana Fallaci. [...] Bat Ye'or und David Littman erinnerten an ihre vielen Gespräche mit Oriana Fallaci. Bat Ye'or berichtete Fallaci in regelmäßigen Abständen über ihre Recherchen zu Eurabia, über den Fortschritt der Islamisierung Europas mithilfe der EU. Fallaci wollte dies anfangs nicht glauben, machte jedoch ihre eigenen Recherchen und kam zum Schluss, dass Bat Ye'or recht hatte.“⁶⁹

Aus diesem Bericht geht deutlich hervor, welche Allianzen sich in islamfeindlichen Kreisen zwischen Rechtsextremen und dieser Ideologien auf den ersten Blick unverdächtigen Aktivisten wie Giselle Littman alias Bat Ye'or bilden. Auch Oriana Fallaci äußerte sich betont pro-israelisch und kritisch gegenüber Antisemitismus –

67 Oriana Fallaci, *Die Wut und der Stolz*, Berlin 2004, S. 139.

68 Ebenda, S. 35.

69 <http://www.pi-news.net/2008/09/bericht-vom-counterjihad-treffen-in-florenz/> [zuletzt eingesehen am 17. 8. 2008].

ohne darin einen Widerspruch zu ihren hasserfüllten Tiraden gegenüber Muslimen zu sehen. Im September 2005 wurde Fallaci von Papst Benedikt XVI. zu einer Privataudienz empfangen, was zum Teil heftige Kritik hervorrief. Der Katholische Nachrichtendienst gab die Erklärung des Weihbischofs von Rom für dieses Treffen wieder. Demnach sei Fallaci eine „Interpretin unserer Zeit, die vor einer drohenden Gefahr warnt und die darum gebeten hat, vertraulich mit dem Papst sprechen zu dürfen. [...] Niemand sollte überrascht sein, wenn der Heilige Vater Oriana Fallaci empfängt und mit ihr redet.“⁷⁰ Es sind nicht zuletzt solche verharmlosenden Einschätzungen und anerkennenden Gesten, die Personen wie Fallaci und die von ihnen vertretenen Thesen salonfähig machen.

Die Denkfigur einer drohenden Dominanz von Muslimen bei gleichzeitiger Unterwerfung der autochthonen Bevölkerung setzt in islamfeindlichen Kreisen die Formel „Gefahr in Verzug“ in Emotionen um. Unter dem Vorwand, sich eben nicht in das vermeintliche Schicksal fügen zu wollen, werden radikale Maßnahmen und Gewaltfantasien gegenüber Muslimen artikuliert. Dabei wird der eigene Rassismus auf die Muslime projiziert, wie der nachfolgende Kommentar eines PI-Users zeigt: „Solange (vor allem muslimische) Eltern ihre Kinder mit diesem scheiß-Koran indoktrinieren und ihnen vermitteln, Übermenschen zu sein, werden diese Kinder zu deutschfeindlichen und bildungsfernen Idioten. Wir Deutschen haben kein Problem mit Rassismus, bis auf wenige Neonazi-Idioten, deren Anzahl aber verschwindend gering ist. [...] Was wir jedoch massenhaft haben, sind linksextremistische Zecken und deutschfeindliche Moslems.“⁷¹

Ein anderer Kommentator zeigt, wie im islamfeindlichen Milieu soziale Konflikte ethnisiert und kulturalisiert werden und darüber Ressentiments gegen ein ganzes Kollektiv transportiert werden: „Ich bin es leid, mir von diesen [...] Multi-Kulti-Ideologen die rechte Nazigesinnung aufdrücken lassen zu müssen. Ich bin weder rechts noch links, habe auch nichts gegen Ausländer. Ich habe aber etwas dagegen, wenn bildungsferne muslimische Einwanderer unsere Kultur zerstören und uns mit ihrem irrwitzigen Aberglauben das Leben vermiesen wollen. Ich habe etwas dagegen, dass immer mehr integrationsunwillige Muslime bestimmen wollen, wo es lang zu gehen hat. Ich habe es satt, dass an vielen Schulen in Berlin

70 <http://www.kath.net/detail.php?id=11428> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

71 <http://www.pi-news.net/2008/08/ard-multikulti-ist-eine-bereicherung/> [zuletzt eingesehen am 23. 9. 2008].

deutschstämmige Kinder Angst haben, in die Schule zu gehen, weil muslimische Kinder sie schlagen und ausrauben.“⁷²

Bei einer solchen Wahrnehmung der Umwelt erscheint die Abwehrhaltung gegenüber Muslimen als zwingend notwendige Konsequenz. Sie läuft auf eine vollständige Exklusion dieser Minderheit hinaus. Auf PI gibt es immer wieder Debatten darüber, welche Maßnahmen hierfür zu ergreifen seien. Nicht selten wird die Ausweisung aller Muslime aus Europa als erstrebenswerte Zukunftsvision gedanklich durchgespielt: „Wie ich mehrfach geschrieben habe, ist die einzige Lösung, die es Deutschland und Europa ermöglichen würde, den Kopf noch einmal aus der Schlinge zu ziehen, eine Rückgängigmachung der Migration zu einem sehr, sehr großen Teil. Dazu müsste es allerdings die Möglichkeit geben, jemandem die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen und ihn anschließend auszuweisen.“⁷³ Solche radikalen Stimmen sind keinesfalls Einzelmeinungen: „Die letzte Rettung wäre, Europa islamfrei und moslemfrei zu kriegen. Das ist die einzige Chance für unser Leben. Ansonsten ist bald alles verloren, alles, was wir aufgebaut haben, fressen dann die Moslems. Ein kluger Anfang wäre keine Sozialleistungen mehr an sie [zu zahlen] und die Religionsfreiheit für den Islam so zu beschneiden, dass es ihnen vergeht hier zu bleiben.“⁷⁴ Andere setzen auf eine „freiwillige Abwanderung“ der Muslime aus Europa: „Dass die Mohammedaner sich unerwünscht fühlen, ist ein erster Schritt. Jetzt müssen sie nur noch die Konsequenzen daraus ziehen und zurück nach Südländ gehen.“⁷⁵ Um die Erfahrung der Ablehnung für Muslime zu verschärfen, werden auf PI entsprechende Tipps ausgetauscht: „Ich habe in einer Bar erlebt, wie ein Wirt das ganz einfach geregelt hat. Der bediente die einfach nicht. Punkt. Die konnten rufen, soviel sie wollten, es wurde einfach nicht bedient. Nach einer knappen Stunde sind sie losgetrippelt und kamen nie wieder.“⁷⁶

72 <http://www.pi-news.net/2008/08/ehrenfelder-inquisition/> [zuletzt eingesehen am 18. 8. 2008].

73 <http://www.pi-news.net/2008/04/friede-freude-eierkuchen/> [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

74 <http://www.pi-news.net/2008/09/taeter-migranten-opfer-scheissdeutsche/> [zuletzt eingesehen am 19. 9. 2008].

75 <http://www.pi-news.net/2008/08/hausen-hier-sind-die-buerger/> [zuletzt eingesehen am 17. 8. 2008].

76 <http://www.pi-news.net/2008/08/gerechtigkeit-fuer-fanny-truchelut/> [zuletzt eingesehen am 19. 8. 2008].

Handlungsanleitungen zur Diskriminierung von Muslimen werden oft begleitet von Gewaltfantasien, Drohungen und dem Schlachtruf, es müsse endlich etwas getan werden, bevor es zu spät sei. So findet letztlich eine „Täter-Opfer-Umkehrung“ statt, wenn sich die Mehrheitsbevölkerung zuerst diskursiv einen Opferstatus schafft, von dem aus sie sich gegen eine Minderheit in „Selbstverteidigung“ übt.

Fazit

Islamfeindliche Websites wie das Blog „Politically Incorrect“ sollten allein schon wegen ihrer extrem hohen Zugriffszahlen nicht als gesellschaftliche Randerscheinung marginalisiert werden. Nach mehreren „Outings“ von Lesern und Gastautoren (darunter ein Zürcher Kommunalpolitiker der Schweizer Volkspartei⁷⁷ und eine evangelische Pfarrerin⁷⁸) steht fest, dass die Nutzer solcher Internetangebote keine sozialen Außenseiter sind. Sie radikalisieren lediglich einen Diskurs, der in der Mitte der Gesellschaft seinen Platz hat. Die Selbstinszenierung der Islamophoben als „Islamkritiker“ stellt einen bemühten Versuch dar, dem Hass auf ein Kollektiv einen rationalen Anstrich zu verleihen. Nicht zu unterschätzen ist der intellektuelle Input durch Personen, die beispielsweise einem „Islamofaschismus“ das Wort reden und damit den beliebten Topos vom Islam als „Gewalt-Ideologie“ nähren. Die Verschwörungsfantasie einer „stillen Islamisierung“, das heißt eine durch Muslime im Verborgenen betriebene Zersetzung westlicher Gesellschaften, weist große strukturelle Ähnlichkeiten mit antisemitischen Topoi auf. Dennoch wird sie in etablierten Medien wie dem „Spiegel“⁷⁹ nahezu inflationär gebraucht. Eine Sensibilisierung der Medien für altbekannte Vorurteile im neuen Gewand tut deshalb not.

Inzwischen hat sich im Internet eine Gegenbewegung zu den islamfeindlichen Websites gebildet. Unter dem Titel „Der Protest rollt: Weblog-Demonstration gegen PI – Für Toleranz & Gegen Rassismus“ unterzeichneten über 50 Blogger einen Auf-

77 <http://www.20min.ch/news/zuerich/story/13441233> [zuletzt eingesehen am 19. 8. 2008].

78 http://www.zisch.ch/navigation/top_main_nav/nachrichten/zentralschweiz/uri/detail.htm?client_request_className=NewsItem&client_request_contentOID=258698 [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

79 Vgl. Der Spiegel vom 26. 3. 2007 mit dem Titel „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“.

ruf, den der Betreiber eines Blogs namens „Bluejax.net“ gestartet hatte. Anlass war eine auf PI ergangene Aufforderung an die Leser, in ihrem Sinne aussagekräftige Fotografien von Muslimen in ihrer Stadt anzufertigen (verschleierte Frauen usw.) und diese dann auf PI zu veröffentlichen, um den Stand der „Islamisierung“ in Deutschland zu dokumentieren.

Welche Auswirkungen der in der virtuellen Welt ausgelebte Hass gegen Muslime und „den Islam“ im Alltagsleben der User hat, ist schwer einzuschätzen. Nachweislich schaffen diese Weblogs ein Forum, um sich gegenseitig in der Feindseligkeit zu bestärken und anzustacheln. Klare Feindbilder gehen einher mit der Verfehlung jedweder Kritik an den eigenen Positionen. „Aussteiger“ sprechen daher von einem sektenartigen Charakter, den die auf PI und ähnlichen Seiten kultivierte Gemeinschaft annimmt.⁸⁰ Sobald in einer der online zugänglichen Zeitungen ein Artikel zum Thema Islam erscheint, verabreden sich die PI-User und stürmen den Kommentarbereich der Zeitung, um das Meinungsbild der Leser zu ihren Gunsten zu beeinflussen.⁸¹ Sie erhoffen sich auf diese Weise, langfristig den Islam-Diskurs im Sinne des von ihnen gepflegten Feindbildes zu dominieren – wenigstens im World Wide Web.

Um dieser Radikalisierung und Gefährdung der demokratischen Kultur Einhalt zu gebieten, hat der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses Sebastian Edathy kürzlich eine Beobachtung der Website „Politically Incorrect“ durch den Verfassungsschutz gefordert. Die Antwort der Behörde steht noch aus.⁸²

80 http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/konflikte/islam_diskussion/blog/index_teil2.jhtml [zuletzt eingesehen am 28. 9. 2008].

81 So manipulierten PI-User beispielsweise eine vom „Tagesspiegel“ initiierte Online-Umfrage zum Moscheebauvorhaben in Berlin-Charlottenburg. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Charlottenburg-Innsan-Moschee;art270,2519123> [zuletzt eingesehen am 29. 9. 2008].

82 Vgl. den Bericht der „Tageszeitung“ vom 19. 6. 2008: <http://www.taz.de/1/leben/internet/artikel/1/die-meinungsterroristen/> [zuletzt eingesehen am 29. 9. 2008].

Zwischen Abgrenzen und Anerkennen

Überlegungen zur pädagogischen Begegnung von antisemitischen Einstellungen bei deutschen Jugendlichen muslimischer/arabischer Herkunft

Nach einer aktuellen Studie des Bundesministeriums des Innern stimmten 15,7 % der befragten „muslimischen Jugendlichen“ der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Aussage zu, dass „Menschen jüdischen Glaubens überheblich und geldgierig“ seien. Die Werte liegen mit 7,4 % bei „nichtmuslimischen Migrant*innen“ und 5,7 % der „nichtmuslimischen Einheimischen“ deutlich niedriger.¹ Zwar gibt es also anti-jüdische Einstellungen, Antisemitismus und Israelhass auch in anderen migrantischen Gruppen sowie in der Mehrheitsbevölkerung, aber es gilt die Hintergründe und die deutlich höhere Zustimmung bei Jugendlichen arabischer/türkischer und muslimischer Herkunft in spezifischer Form in den Blick zu nehmen.

Zunächst stellt sich die Frage, welche Rolle Geschichte und Gegenwart antisemitischer und anti-israelischer Einstellungen im Nahen und Mittleren Osten für Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland spielen, die – bzw. deren Eltern oder Großeltern – aus der Region stammen. Festzustellen ist, dass viele Lehrer und Sozialpädagogen über antisemitische Äußerungen und vereinzelt auch Handlungen von Jugendlichen berichten. Bis heute fehlt es indes an belastbaren empirischen Studien, die belegen könnten, wie stark antisemitische Einstellungen verbreitet sind, wie sie verbreitet werden und in welchen Formen sie hauptsächlich in Erscheinung treten.

Als gesichert kann dennoch gelten, dass es eben jene in den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens und ihren Öffentlichkeiten geprägten und jahrzehntelang

1 Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, *Muslim*innen in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*, Hamburg 2007, S. 275.

dominierenden Diskurse sind, die über Erzählungen und über Medien auch an Jugendliche weitergegeben werden, die bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. So ist es auch das verbreitete Bild von Ohnmacht und Übermacht, von Opfern und Tätern, Recht und Unrecht sowie Unschuld, Schuld und verletzter Ehre, das bis heute meist die Sichtweise auf den Nahostkonflikt, den Staat Israel oder auch „die Juden“ prägt. Für viele ist das so gewachsene Feindbild Israel auch in der dritten Einwanderergeneration ein zentraler Bestandteil ihres arabischen und/oder muslimischen Selbstverständnisses.

Dabei ist es nach meinen Beobachtungen vor allem der in diesen Berichten und Bildern dominierende Opferdiskurs, der von vielen Jugendlichen aufgegriffen wird. Attraktiv dürfte daran sein, dass er u. a. eine Erklärung und Rechtfertigung für die aktuelle Situation bietet, in der sich viele Jugendliche arabischer und muslimischer Herkunft in Deutschland sehen: Noch immer ist bei einigen der Aufenthaltsstatus unsicher, ihre Religion wird nicht gerade geliebt, sie begegnen rassistischer Diskriminierung und politischer wie sozialer Marginalisierung. „Zu Kanake für den Job“ fasst der Rapper Emok die Misere vieler Jugendlicher zusammen. Vor diesem Hintergrund lässt die Flucht- und Migrationsgeschichte der Eltern und Großeltern – betrachtet vor allem als Geschichte von zugefügtem Leid und Unrecht – das Bild einer Kontinuität von Diskriminierung, Marginalisierung und mangelndem Respekt entstehen.

Wie der Nahostkonflikt in diesem Kontext zur Projektionsfläche aktueller Erfahrungen in Deutschland wird, verdeutlicht eine ganze Reihe von Musikvideos, die in Deutschland lebende junge arabische und muslimische Rapper und Hiphopper anlässlich des jüngsten Kriegs im Libanon im Sommer 2006 produziert haben.² „Wie lange noch?“ klagt etwa der in Berlin als Sohn eines Ägypters und einer Niederländerin geborene Scarabeuz (zusammen mit Taleb Khalil und der Sängerin Omima) in seinem deutschsprachigen Stück und kritisiert, wie lange die Welt noch zusieht, wie im Libanon „die Kinder sterben“. Dazu stellt er im Video sehr wirkungsvoll zivile libanesischen Opfer und das israelische Militär einander gegenüber. Gleichzeitig sieht Scarabeuz „Leiden“ und Diskriminierung von Muslimen nicht

2 Zur muslimisch-arabisch-türkischen Jugendkultur in Deutschland s. etwa den Newsletter des bpb-Modellprojekts „Jugendkultur, Religion und Demokratie“ www.ufuq.de; sowie Julia Gerlach, *Zwischen Pop und Dschihad*, Berlin 2006.

nur im Nahen Osten. Er rappt: „Wie lang noch wird jeder Muslim angeguckt wie ein Terrorist, wisst ihr nicht, dass das für uns wie Psychoterror ist? Wie viel Pässe braucht mein Vater noch und wie viel Steuern muss man zahlen, um einer von Euch zu werden?“

Hier werden aus Erzählungen und Medienberichten erfahrene Geschichte und Gegenwart des Nahostkonflikts mit konkreten eigenen Erfahrungen der Jugendlichen in Beziehung gesetzt. Der Konflikt im Nahen Osten wird zur Projektionsfläche für eigene Erfahrungen mit Rassismus, Marginalisierung und Perspektivlosigkeit in der deutschen Gesellschaft. Er dient als Bestätigung, einer unterdrückten und diskriminierten Gruppe anzugehören. Und wie im Nahen und Mittleren Osten erfüllt das Feindbild Israel auch hier mehrere Funktionen: Es dient der Kompensation und Aggressionsabfuhr im Sinne eines als gerecht empfundenen Zorns; es stiftet eine Gemeinschaft (Identifizierung als Palästinenser, Libanesen, Araber, Muslime), in der sich die Jugendlichen stark zeigen können und die ihnen Orientierung und ein Gefühl von Zugehörigkeit gibt; und es wird ein Sündenbock geschaffen, mit dem man sich von eigener Verantwortlichkeit befreien kann. Nicht zuletzt dienen Äußerungen des Hasses auf Israel auch als gezielte Provokation der deutschen Mehrheitsgesellschaft – einschließlich ihrer Pädagogen.

In diesen Hass auf Israel und den Zionismus mischen sich antisemitische Stereotype, Verschwörungstheorien und Beschimpfungen. Diese haben mit dem konkreten Konflikt nur noch indirekt zu tun – vielmehr werden hier in charakteristischer Form Juden zu Sündenböcken, die hinter den Kulissen agieren und weltweit schuld sind an ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen und individuellen Misereen. In einem Gespräch über die Gründe seiner Probleme in der Schule erklärte mir ein 16-jähriger Schüler mit libanesischem Familienhintergrund: „Wegen der Lehrer!“ „Und warum sind die Lehrer gegen Dich?“ „Sind Juden“, meinte er.

Dennoch: Befragt zu den Motiven ihrer Einstellungen, nennen Jugendliche immer wieder den Nahostkonflikt und die Geschichte der Palästinenser – auch wenn sie häufig kaum etwas über den Konflikt, seinen Verlauf und seine Hintergründe wissen. Dieses Fehlen eines geschlossenen Weltbildes und die Konzentration des Feindbildes auf den Nahostkonflikt sprechen dagegen, jede anti-israelische Äußerung von Jugendlichen und jede Dämonisierung israelischer Militäreinsätze gleich als Ausdruck von Antisemitismus zu deuten. Bei den meisten Jugendlichen ist vielmehr von einer aus Berichten und Erzählungen fragmentarisch zusammen-

getragenen und nicht von einer umfassenden antisemitischen Weltanschauung auszugehen.³ Und dies eröffnet – im Unterschied zur vielfach konstatierten „Aufklärungsresistenz“ bei „gestandenen Antisemiten“ – Räume für die pädagogische Intervention.

Ein entscheidender Ansatzpunkt für eine solche Pädagogik gegen Antisemitismus und Israelhass bei Jugendlichen arabischer und muslimischer Herkunft könnte es sein, deutlich zwischen den realen Erfahrungen der Jugendlichen (bzw. denen ihrer Eltern) einerseits und der ideologisch verzerrten Wahrnehmung und Instrumentalisierung dieser Erfahrungen andererseits zu unterscheiden. Dabei ginge es um einen Balanceakt – einen Balanceakt zwischen Grenzsetzung und Wertschätzung: Auf der einen Seite müssen religiös oder unter Bezug auf die Herkunft begründeten anti-demokratischen Positionen und Einstellungen klare Grenzen gesetzt werden. Mit Nachdruck und notfalls mit den entsprechenden Instrumentarien wie Schul- oder Hausverweisen muss in Schule und Pädagogik auf der allgemeinen Geltung von universellen Menschenrechten bestanden werden. Dazu müssen antisemitische und andere volksverhetzende Äußerungen und Positionen erst einmal also solche wahrgenommen werden. Zudem geht es dabei auch um die Haltung der Pädagogen selbst: Die oft anzutreffende Unsicherheit, sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zu Israel und Palästinensern zu verhalten, mag verständlich sein (warum sollten Lehrer/innen weiter sein als der Rest der Gesellschaft?), dem pädagogischen Umgang mit arabischen oder palästinensischen Jugendlichen tut sie sicher nicht gut.

Auf der anderen Seite gilt es, die „anderen“ Geschichten und die „anderen“ realen Erfahrungen, von denen in Deutschland lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten, stärker zu beachten, zu würdigen und anzuerkennen – bisher werden diese „arabischen“, „muslimischen“ oder „migrantischen“ Perspektiven kaum respektiert, weder im Unterricht, noch in der öffentlichen Auseinandersetzung. Dazu gehört auch eine Revision des Politik- und Geschichtsunterrichts: Wenn etwa der Holocaust hierzulande als Zivilisationsbruch und Geburtsstunde

3 Dazu: Barbara Schäuble/Albert Scherr, „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“ Widersprüchliche und fragmentarische Formen von Antisemitismus in heterogenen Jugendszenen, in: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2006, S. 51–79.

eines neuen Europas gilt, so kann er diese zentrale Bedeutung für Migranten aus der arabisch-muslimischen Welt nicht einnehmen. Hier stünden – darauf verweisen auch arabische Wissenschaftler – vielmehr die Kolonialzeit und ihre Folgen im Zentrum des kollektiven historischen Gedächtnisses. Es muss auf dieser Basis überdacht werden, wie eine zeitgemäße „Holocaust-Education“ aussehen soll, wenn 70, 80 oder 90 % der Schüler migrantischer Herkunft sind.

Schließlich sind diese Erfahrungen von kolonialer und postkolonialer Unterdrückung, von Flucht, Vertreibung und dem schwierigen Leben im Aufnahmeland prägend, sie werden von vielen Menschen als extreme Brüche in ihrer Biografie erlebt und über Generationen hinweg als solche tradiert. Wie dann Geschichte und Gegenwart existenzieller Einschnitte in das Leben von Eltern, Verwandten und Bekannten die „Perspektive“ bestimmen, zeigt noch einmal die Form der Beschäftigung mit dem Krieg im Libanon: In vielen Internetforen brachten deutsche arabisch-palästinensisch-libanesisische Jugendliche und junge Erwachsene sehr emotional ihre persönliche Betroffenheit und ihre Ängste angesichts des Geschehens zum Ausdruck und tauschten sich über die Ereignisse wie Todesfälle in der Familie oder die Zerstörung ganzer Dörfer aus.

Auch hier wurden jedoch mitunter aus „authentischen“ Erfahrungen ideologisch verzerrte Wahrnehmungen. So hieß es auf der deutschsprachigen und von Jugendlichen meist libanesischer Herkunft genutzten Website „Rache-Engel.com“ unter anderem, dass Israel im Südlibanon Flugblätter abgeworfen habe, um die Menschen aus ihren Häusern zu locken und dann gezielt bombardieren und töten zu können. Immer wieder werden auf solche Weise Opfer unter der Zivilbevölkerung („Frauen und Kinder“) hervorgehoben, um die israelischen Grausamkeiten zu dokumentieren: „Das ist typisch für diese Tiere, weil kein Mensch sowas machen würde. Ich bin Libanese und stolz darauf!!! Wir sterben lieber aufrecht stehend, als auf den Knien zu leben“ postet „M-K-Special“ (25) aus Kiel und wird unterstützt von „Sayyed Kassem“ (15): „Was heißt hier Tiere? Tiere sind sogar besser als die. Die existieren nicht mal für mich. Die sind nichts als Staub der rumwedelt.“

Solche Positionen zeigen, wie die von vielen Jugendlichen immer wieder angeführten „Erfahrungen“, seien es eigene oder übermittelte, in ideologisch geprägte und verzerrte Sichtweisen und Darstellungen münden. Und es sind eben solche emotional geprägten und verzerrenden Darstellungen von „Erfahrungen“ mit Israel und Israelis wie die oben skizzierten, die Anknüpfungs- und Ausgangspunkte für

antisemitische Stereotypen und Verschwörungstheorien sowie für Opfermythen darstellen („Wir Araber und Muslime werden seit jeher vom Westen unterdrückt“). Hier schlägt „Erfahrung“ in Ideologie um bzw. wird Ideologie durch „Erfahrung“ lediglich bestätigt. Zwischen beiden aber muss Pädagogik und muss die öffentliche Auseinandersetzung strikt trennen.

Weitere Aspekte einer Pädagogik gegen Israelhass und Antisemitismus unter jungen Muslimen können die Umdeutung von Opferperspektiven, multiperspektivische Darstellungen des Nahost-Konflikts sowie die Einbindung von Antisemitismus in den Kontext anderer Formen von Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten sein: Durch „biografisches Nachfragen“ können Pädagogen zunächst dazu beitragen, dass Jugendliche überhaupt konkrete Kenntnisse über die ihnen meist nur verschwommen bekannte Geschichte ihrer Familien erlangen. Solches Wissen um die Vergangenheit stärkt den Bezug zur Gegenwart und wirkt Stereotypisierungen entgegen. In diesem Zuge können zudem die häufig als Geschichte von erbrachten Opfern und erlittenem Leid vorgetragene Erzählungen zu einem gewissen Grad umgedeutet werden: Flucht und Migration können als Leistung für die Familie durch Eltern und Großeltern erkennbar werden.

Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit kann auch eine multiperspektivische Darstellung des Nahostkonflikts fördern – trägt doch dessen meist sehr einseitige Wahrnehmung wesentlich zum Hass auf Israel und die Juden bei: So kann die kontinuierliche Bedrohung Israels, das Bedürfnis nach Sicherheit aufgrund von Geschichte und Gegenwart, oder auch die Flucht hunderttausender Juden aus ihren arabischen Heimatländern nach 1948 thematisiert werden – alles Aspekte der Konfliktgeschichte, die den meisten Jugendlichen nicht bekannt sind. Multiperspektivisch ließen sich auch kollektive Ideologien angehen: Palästinenser, die für die Einwanderung der Juden eintraten und eine israelische Gesellschaft, die durch eine Vielzahl unterschiedlichster Strömungen und Positionen gekennzeichnet ist, können dominante „Wir-und-Die-Konstruktionen“ infrage stellen.

Auch sollte die Beschäftigung mit Antisemitismus in der Pädagogik mit Jugendlichen migrantischer Herkunft nicht alleine stehen – sehr schnell stößt man ansonsten auf Zurückweisung und reproduziert das Bild der Juden als etwas Besonderem. Ohne Besonderheiten und das Ausmaß des Antisemitismus zu nivellieren könnte die Stigmatisierung, Verfolgung und Vernichtung von Juden stattdessen im Kontext anderer Formen der Diskriminierung von Minderheiten angesprochen werden.

Ermöglicht wird auf diese Weise auch das Anknüpfen an eigene Erfahrungen von Jugendlichen, die beim Thema Antisemitismus anders als ihre nicht-migrantischen „deutschen“ Altersgenossen eben nicht gewissermaßen „automatisch“ ansprechbar sind.

Zusammenfassung

Als Identität und Gemeinschaft stiftende Ideologien sind Israelhass und Antisemitismus nicht nur im Nahen und Mittleren Osten attraktive Angebote – nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Diskriminierung und Ausgrenzung sind sie es auch für deutsche Jugendliche arabischer Herkunft und/oder muslimischen Glaubens. Vor allem ist es der Nahostkonflikt, der dabei als Projektionsfläche dient. Dem muss Pädagogik Rechnung tragen: Zum einen sollten die bisher meist unterrepräsentierten Geschichten und Erfahrungen von Jugendlichen und ihren Familien stärker beachtet und gewürdigt werden. Es geht dabei schlicht um das Bekunden von Interesse und Anerkennung, um Empathie, Wertschätzung und den Respekt, den viele Jugendliche in ihrem Umfeld vermissen. Gleichzeitig wäre die Anerkennung dieser „anderen“ Erfahrungen und Perspektiven eine wesentliche Grundlage dafür, den aus eben solchen „Erfahrungen“ auch erwachsenden ideologischen Verzerrungen begegnen und den durch Erzählungen und Medienberichte verbreiteten antisemitischen Stereotypen glaubhafter entgegentreten zu können. Beitragen können hier auch die multiperspektivische Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt und das Bestreben, die Jugendlichen und ihre Familien nicht als Opfer, sondern als Akteure in schwierigsten Verhältnissen erkennbar zu machen. Zu alledem braucht es Pädagogen, die sensibel gegenüber Antisemitismus, aber auch anderen Formen von Diskriminierung und Unterdrückung sind, die sich ihres eigenen Standpunkts bewusst sind, die Grundkenntnisse über die Jugendlichen und ihre Geschichte besitzen und die den Mut haben, sich auf ihnen meist noch unbekanntes Terrain zu wagen.

Judenhass und Gruppendruck – Zwölf Gespräche mit jungen Berlinern palästinensischen und libanesischen Hintergrunds

Einleitung

Vor dem Hintergrund offen antisemitischer Hetze in wichtigen überregionalen arabischen Medien, die unter anderem für den auch in Deutschland zu empfangenden libanesischen Sender Al-Manar umfassend dokumentiert ist,¹ wird eine Zunahme antisemitischer Denkweisen auch im hiesigen Kontext befürchtet. Antisemitische Vorfälle, bei denen die Täter als „arabisch“ identifiziert wurden, standen teilweise in zeitlichem Zusammenhang mit Ereignissen im Nahen Osten und dem israelisch-palästinensischen Konflikt.² Im Vergleich zu anderen Personengruppen können bei Migranten mit palästinensischem Hintergrund hinsichtlich der Einstellungen gegenüber Israel, Israelis und Juden im Allgemeinen vom Nahostkonflikt belastete persönliche Erfahrungen und entsprechende Narrationen des sozialen Umfeldes

- 1 Siehe www.memri.com und Frank Jansen, Antijüdische Hetze auf Hisbollah-TV. Al-Manar wird auch in Deutschland gesehen, in: *Der Tagesspiegel* vom 19. 7. 2006.
- 2 Seit dem Jahr 2003 scheint sich die Zahl antisemitischer Vorkommnisse auf einem relativ hohen Niveau weiterzuentwickeln, ohne jedoch von internationalen Ereignissen wie dem Nahostkonflikt unabhängig zu sein. Zu diesem Ergebnis gelangt Michel Wieviorka in seiner Studie für Frankreich, Michel Wieviorka, *La tentation antisémite. Haine des Juifs dans la France d'aujourd'hui*, Paris 2005, S. 24. Die Studie von Paul Iganski für Großbritannien zeigt, dass neben dem Nahostkonflikt eine Reihe anderer Ereignisse als Anlass antisemitischer Übergriffe dient bzw. mit diesen in einem zeitlichen Zusammenhang steht. Jean-Yves Camus kommt für Frankreich zu dem Schluss, dass „kein klarer Zusammenhang zwischen antisemitischer Gewalt und der Situation im Nahen Osten zu erkennen ist“, S. 67. Beide Aufsätze sind zu finden in dem Sammelband von Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa*, Berlin 2008.

relevant werden. Dabei spielt vor allem auch die Rezeption antisemitischer Propaganda zahlreicher palästinensischer und arabischer Organisationen und Satellitenprogramme eine nicht unerhebliche Rolle.

Dieser Beitrag soll einen Einblick vermitteln, wie antisemitische Ressentiments von Jugendlichen mit palästinensischem und libanesischem Hintergrund gegenüber Außenstehenden geäußert werden können. Die Studie lässt Rückschlüsse zu auf antisemitische Denkmuster und gibt Hinweise auf mögliche Ursachen. Eine Einordnung in den gesamtgesellschaftlichen Kontext muss an anderer Stelle geleistet werden; wir möchten jedoch betonen, dass die Analyse von Erscheinungsformen des Antisemitismus bei einzelnen Jugendlichen mit palästinensischem oder libanesischem Familienhintergrund keine Rückschlüsse auf die gesamte Gruppe zulässt. Unsere Studie zeigt vielmehr, dass Einstellungen gegenüber Juden stark abhängig von individuellen Entwicklungen sind. Die Frage nach den Motivationen für antisemitische Äußerungen und Handlungen, die eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige pädagogische Intervention ist, kann hier nur angerissen werden.

Unser Studie stützt sich auf die Analyse von zwölf teilstrukturierten, Leitfadenorientierten Einzelinterviews, die im Zeitraum vom 20. Dezember 2004 bis zum 5. September 2006 in Berlin-Kreuzberg durchgeführt wurden. Sie sind Teil des international angelegten Projektes „Antisemitism Among Young Muslims in Europe“.³ Ergänzend fließt die Auswertung der teilnehmenden Beobachtung von 20 Treffen zwischen dem 6. Februar 2006 und dem 21. August 2006 in einem Kreuzberger Jugendclub, den acht der zwölf interviewten Jugendlichen regelmäßig besuchen, in die Ergebnisse ein.

Die Jugendlichen sind in Deutschland aufgewachsen und leben in Berlin-Kreuzberg. Drei Viertel von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit, drei die libanesische und von einem ist die Staatsangehörigkeit unbekannt. Bei zwei Jugendlichen handelt es sich um Kurden aus dem Libanon. Die Jugendlichen waren zum Zeitpunkt der Interviews zwischen 14 und 20 Jahre alt. Der Großteil von ihnen

3 Das Projekt wird gefördert von der Fondation pour la Mémoire de la Shoah und der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research, durchgeführt von der International Study Group Education and Research on Antisemitism und wissenschaftlich begleitet unter anderem vom Zentrum für Antisemitismusforschung.

besuchte Haupt- und Realschulen, zwei haben bzw. machten Abitur (tabellarischer Überblick siehe Anhang). Die Jugendlichen selber bezeichnen sich überwiegend als „Araber“, einige von ihnen ergänzend auch als „Palästinenser“ oder „Libanesen“. Ihren familiären Migrationshintergrund bezeichnen sie als palästinensisch oder libanesisch.

Antisemitische Ressentiments

Antisemitische Ressentiments treten bei den Jugendlichen in unterschiedlicher Form und Intensität auf. Die Mehrheit der Jugendlichen äußert einen manifesten Judenhass, nur bei einer Minderheit besteht allerdings die Gefahr, dass eine solche Haltung in gewalttätige Übergriffe auf Personen mündet.

Juden werden gehasst, nur weil sie Juden sind: „Weil der *Jude* ist, deswegen (etwas lachend). Eigentlich hat er damit nichts zu tun, aber weil er Jude ist, und er kann nix dafür, dass er Jude ist, beleidige ich ihn. Aber ich sag's ihn [sic!] ja nicht ins Gesicht.“⁴

„Ich hasse die [Juden] einfach, ich hasse die. Darf ich nicht?“

Interviewer/in: „Ich frag mich, was du an dem hasst? Was das ist?“

„Hier, weil er ein Jude ist. Nur deswegen. Nur weil er ein Jude ist.“⁵

Wahrnehmung und Ablehnung von Juden als Einheit

Die meisten Interviewpartner nehmen Juden vornehmlich als Kollektiv und nicht als Individuen wahr.⁶ Die Unterscheidungen einiger Jugendlicher mit Unterkategorien wie „Juden in Israel“/„Israelis“, „Juden in Berlin“, „orthodoxe Juden“ oder auch

4 P22. Die Notation bezieht sich auf die jeweiligen Interviewpartner, tabellarische Übersicht siehe Anhang.

5 P28.

6 Dies zeigt sich sowohl linguistisch an der häufigen Verwendung des bestimmten Artikels („die“ Juden; in seltenen Fällen „der“ Jude), als auch an einer kollektiven Zuschreibung von Eigenschaften oder von Verantwortung für angebliche Untaten. Einige der Jugendlichen kamen mit Juden im Alltag in Kontakt, beispielsweise in der Schule (einzelne Mitschüler)

eine Differenzierung in „nette Juden“ und „nicht nette Juden“ verschwimmen im Laufe des Interviews in fast allen Fällen.⁷ Mit der Generalisierung gehen bei den Interviewten eine Abwertung, eine Projektion als Hassobjekt, die Zuweisung von Schuld oder besonderem Einfluss und/oder Beschimpfungen von Juden im Allgemeinen einher, wodurch die Wahrnehmung von Juden als Kollektiv in antisemitische Ressentiments übergeht.

„Du Jude“ und andere Beschimpfungen

„Du Jude“ wurde bzw. wird nach Aussagen der Jugendlichen häufig als Schimpfwort in der Schule benutzt.⁸ Ein Jugendlicher erklärt, dass „Du Jude“ als Kurzform benutzt würde, um Negatives auszudrücken, was man mit Juden in Verbindung

(P16, P21), beim Fußballspiel (P19) oder in der Nachbarschaft (P22). Interessanterweise wurde der Jude in der Nachbarschaft als nicht sonderlich „anders“ beschrieben. Andere begegneten Juden in konflikthafteren Situationen, in denen Freunde, beziehungsweise in einem Fall der entsprechende Jugendliche selbst, Juden angriffen (P15, P22, P28). Eine Verbindung zwischen der Wahrnehmung von Juden als Einheit und der Intensität des Kontaktes zu Juden konnten wir nicht feststellen; das mag allerdings auch daran liegen, dass die Mehrheit der Jugendlichen persönlich keine Juden kennt und Alltagskontakte mit Juden insgesamt eher selten sind.

- 7 Alle Interviewpartner, die eine negative Einstellung gegenüber Israelis haben und versuchen, zwischen Juden und Israelis oder zwischen „Juden dort“ und „Juden hier“ zu trennen, generalisieren an anderer Stelle und bringen Juden als Kollektiv mit negativen Merkmalen in Verbindung (P1, P15, P16, P18, P19 in Ansätzen). Einige Jugendliche bestätigen auf Nachfrage, dass ihre negativen Einstellungen und ihr Hass auch Juden in Berlin gilt, obwohl sie zum Teil selber anmerken, dass diese mit dem Nahostkonflikt höchstwahrscheinlich nichts zu tun haben (P17, P20, P21, P22, P28).
- 8 Die Tatsache, dass „Du Jude“ gerade in letzter Zeit als Schimpfwort auch in anderen jugendkulturellen Kontexten Verwendung findet, wurde mehrfach öffentlich thematisiert (vgl. Wolfgang Benz, Über den Holocaust müssen alle Bescheid wissen, in: Frankfurter Rundschau, 7. 3. 2007; Jan Friedmann/Björn Hengst, Jüdische Schüler fliehen vor Nazis und aggressiven Muslimen. Antisemitische Welle an Schulen. Spiegel Online, 7. 12. 2006 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,453133,00.html> Stand: 30.1. 2008; Philipp Gessler, Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland. Neue Entwicklungen und offene Fragen, in: Klaus Faber/Julius H. Schoeps/Sacha Stawski (Hrsg.), Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006, S. 225–231.

bringe: Geiz, Geld und eine lange Nase.⁹ Keiner der Interviewpartner, einschließlich derer, die sich gegen den Antisemitismus in ihrem Umfeld stellen, schien sich bisher Gedanken über die diskriminierende Verwendung dieses Schimpfwortes gemacht zu haben. Der negativ konnotierte Ausdruck „Du Jude“ ist Bestandteil des normalen umgangssprachlichen Vokabulars unter den befragten Jugendlichen.

Einige Jugendliche beschimpfen Juden während des Interviews: „verfluchte Hurensöhne“, „verfluchte Juden“, „noch schlimmer als die Türken“, „das sind Tiere“, „das sind keine Menschen für uns“, „Wichser“, „Dummköpfe“, „Spasten“, „Scheiß-Juden“ und „Schweine“.¹⁰ An manchen Stellen werden „Israelis“ beschimpft, die aber in allen Fällen wenig später wieder zu „Juden“ werden. „Ich hasse Juden“ bzw. „wir hassen Juden“ wird wörtlich von der Hälfte der Jugendlichen geäußert,¹¹ in einem Fall in Verbindung mit Hass gegenüber Amerikanern („[...] einfach Hass an [sic!] die Amerikaner und an die Juden“¹²).

Antisemitisches Gewaltpotenzial

Die Hälfte der interviewten Jugendlichen droht Juden, denen sie in Berlin auf der Straße begegnen, explizit Gewalt an.¹³ Drei davon schränken dies ein: nur falls diese Person „frech werde“,¹⁴ „ihn anmache“¹⁵ oder „etwas über sein Land“ sage.¹⁶ Ein Jugendlicher empfindet das Tragen des Davidsterns als Provokation und würde Gewalt anwenden, um den Juden daran zu hindern, das Symbol zu tragen.¹⁷

Zwei Jugendliche berichten davon, dass sie dabei standen, als Freunde einen jüdischen Zeitzeugen in ihrer Schule beschimpften, bedrohten und bespuckten.¹⁸ Einer bedauert den Vorfall ansatzweise, da der alte Mann ihm im Nachhinein Leid

9 P16. Angebliche physische Merkmale von Juden werden äußerst selten angeführt.

10 P15, P18, P19, P20, P28.

11 P17, P18, P20, P21, P22, P28.

12 P22.

13 P15, P17, P18, P19, P20, P28.

14 P19.

15 P20.

16 P18.

17 P15.

18 P22, P28.

tue.¹⁹ Einsetzen für den Zeitzeugen würde er sich aber zukünftig in einer ähnlichen Situation nicht. Ein anderer Jugendlicher erzählt offen von antisemitischen Vorfällen, an denen er beteiligt oder deren Urheber er war.²⁰ Diese Vorfälle reichen von antisemitischen Parolen in der Schule gemeinsam mit Mitschülern über antisemitischen Beschimpfungen in der lokalen Synagoge im Rahmen einer Schulexkursion, Beschimpfungen und Gewaltandrohung gegen den Sicherheitsdienst am Einlass des Jüdischen Museums in Berlin-Kreuzberg, Steinwürfen „gegen Juden“ im Rahmen der Teilnahme an einer pro-palästinensischen Demonstration bis zur Belästigung und Bedrohung eines Mitreisenden in der U-Bahn, weil er eine Halskette mit Davidstern trug. Anzeichen eines Bedauerns oder eines Unrechtsbewusstseins zeigt er nicht.

Es gilt allerdings festzuhalten, dass der Zusammenhang zwischen Einstellungen und tatsächlichem Verhalten komplex ist.²¹ Die Gefahr einer geplanten praktischen Umsetzung der verbalen Angriffe ist eher gering einzuschätzen, tätliche Übergriffe scheinen spontan und situationsgebunden zu sein. Hinweise darauf geben die Berichte von drei Jugendlichen, die an tätlichen antisemitischen Übergriffen passiv oder aktiv beteiligt waren. Allgemein ist die Gewaltbereitschaft eines Teils der Jugendlichen hoch, was sich im Umgang untereinander und in teilweiser Nähe zu Gewaltkriminalität niederschlägt. Verbale Selbstüberhöhung und Gewaltandrohungen sind auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen (zum Beispiel Herkunftsdeutschen oder Türken, jedoch in unterschiedlicher Qualität) bei einigen der Jugendlichen Teil ihres Alltagsdiskurses und müssen zudem vor dem Hintergrund bestimmter Selbstbilder von Maskulinität gesehen werden. Die Bereitschaft, Gewalt gegen als jüdisch wahrgenommene Menschen anzuwenden, scheint in vielen der Freundeskreise der interviewten Jugendlichen keinen oder kaum direkten Widerspruch auszulösen.²²

19 P22.

20 P15.

21 Einen Überblick zum Forschungsstand geben Icek Ajzen/Martin Fishbein, *The Influence of Attitudes on Behavior*, in: Dolores Albarracín/Blair T. Johnson/Mark P. Zanna (Hrsg.), *The Handbook of Attitudes*, Mahwah, NJ 2005, S. 173–221.

22 Zeitungsberichte von tätlichen Übergriffen auf Juden sowie von Bedrohungen und Drangsalierungen jüdischer Schüler u. a. in Kreuzberg und Neukölln sind traurige Zeugnisse entsprechender Handlungen. Ende 2006 beispielsweise wurde der Fall einer jüdischen Schülerin aus Kreuzberg bekannt, die antisemitischen Beschimpfungen und Gewalt

Geld, Medien, Macht und Verschwörungstheorien

Das bekannte Stereotyp der reichen Juden wird nur von einer Minderheit der Jugendlichen geteilt.²³ Sie behaupten, dass „den Juden“ das KaDeWe gehöre,²⁴ dass Juden in der Wirtschaft die Stärksten und Reichsten seien und „überall wo Geld gemacht wird, ein Jude dahinter [steht]“.²⁵ Ein Jugendlicher mit relativ hohem Bildungsstand formuliert dies vorsichtiger und führt die persönliche Erfahrung mit einem angeblich reichen jüdischen Mitschüler in seiner Klasse auf die historischen Umstände, die Juden in den Handel gedrängt haben, zurück.²⁶

Zwei Interviewpartner unterstellen einen besonderen jüdischen Einfluss auf die Medien.²⁷ Beide erwähnen dies im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Nahostkonflikt, die ihrer Meinung nach verschweige, dass „die Juden“ bzw. jene, die in ihrem Interesse agieren, Presse und Fernsehen kontrollierten.

Diejenigen Jugendlichen, die Juden einen besonderen Reichtum zuschreiben, behaupten auch, sie seien besonders mächtig. Sie begründen dies mit dem angeblichen Reichtum „der“ Juden, der ihnen auch in anderen Bereichen zu Einfluss ver helfe. Ein Jugendlicher behauptet, Israel habe Macht, weil das Land es ausnütze, dass die Europäer wegen der Shoah ein schlechtes Gewissen hätten und nicht dem Antisemitismusvorwurf ausgesetzt sein wollten. In Amerika seien „die großen Wirtschafts bossen [...] oder die Lobbyisten [...] meistens Juden“, die Israel unterstützen

sowohl von männlichen als auch weiblichen Jugendlichen mit arabischem Familienhintergrund ausgesetzt war (Rundfunk Berlin-Brandenburg, Serén, Ann-Charlott und der alltägliche Juden Hass, ausgestrahlt am 5. 5. 2007, 11:45 Uhr; Tanja Laninger, Muslimische Schüler greifen junge Jüdin an, in: Berliner Morgenpost, vom 24. 11. 2006, <http://www.morgenpost.de/content/2006/11/24/berlin/867654.html> Stand: 3. 3. 2008; Marlies Emmerich/Andreas Kopietz, Jüdische Schülerin bedroht und geschlagen. Polizeischutz für Mädchen auf dem Weg zum Unterricht, in: Berliner Zeitung vom 24. 11. 2006. Eine Auflösung antisemitischer Vorfälle in Kreuzberg aus den Jahren 2002 bis 2004 findet sich in der Broschüre der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGA), Antisemitismus in Kreuzberg entgegen treten! Berlin 2004, S. 12 f. www.kiga-berlin.org/media/dokumente/Kiga%20Brosch%fcrcr%202004.pdf. Stand: 3. 3. 2008).

23 P16, P18, P28.

24 P18, P28.

25 P28.

26 P16.

27 P1, P18.

wollten. Als Beispiel nennt er den ehemaligen US-Notenbankpräsidenten Alan Greenspan.²⁸

Vier Jugendliche sagen explizit,²⁹ dass sie nicht denken, dass Juden oder Israel besonders viel Macht besäßen, drei von ihnen zeigen an anderer Stelle jedoch deutliche antisemitische Einstellungen.³⁰ Möglicherweise kennen sie also nur das antisemitische Stereotyp des „reichen und mächtigen“ Juden nicht.

Einige Interviewpartner äußern Verschwörungstheorien, die meist eindeutig antisemitisch sind. Es sind dieselben Jugendlichen, die dem Stereotyp der reichen Juden anhängen. Die Verschwörungstheorien beziehen sich hauptsächlich auf die Anschläge des 11. September, hinter denen sie George Bush oder „die Juden“³¹ bzw. „bestimmte Apparate der amerikanischen Gesellschaft“, die möglicherweise unter Einfluss israelischer Organisationen oder jüdischer Personen stünden,³² vermuten. Zweifel an der Verantwortlichkeit von Al Qaida werden oft vorangestellt.

Eine andere Verschwörungstheorie ist auf den Nahostkonflikt bezogen: „den“ Israelis wird unterstellt, dass sie das Wasser der Palästinenser vergiften wollen, damit diese keine Kinder mehr bekommen. Das klassische antisemitische Stereotyp der jüdischen Brunnenvergiftung wird hier in neue Zusammenhänge gesetzt.³³

Holocaust und Vernichtungswünsche

Einige Jugendliche befürworten die Ermordung von sechs Millionen Juden im Dritten Reich eher³⁴ beziehungsweise ausdrücklich.³⁵ Einer von ihnen bewertet Hitler aufgrund seiner führenden Rolle bei der Vernichtung der Juden positiv.³⁶ Im Interview wird deutlich, dass sein Faktenwissen zum Nationalsozialismus und zur Shoah durchaus ausreichen würde, um die menschenverachtende Politik Hitlers als solche

28 P16.

29 P20, P21, P22, P29.

30 P20, P21, P22.

31 P28.

32 P16.

33 P18.

34 P18, P19.

35 P15, P28.

36 P28.

erkennen zu können. Hinweise auf vereinzelte Affinitäten zum Nationalsozialismus sind auch bei anderen zu erkennen: So bezeichnet sich ein Junge selbst als „palästinensischer Nazi“,³⁷ ein anderer hat die aufhetzende Frage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ im Originalton von Joseph Goebbels auf seinem Handy gespeichert,³⁸ ein dritter hebt im Jugendclub den Arm zum Hitlergruß³⁹ und eifert damit einem herkunftsdeutschen Jugendlichen nach, der dies vorgemacht hatte; die gesamte Gruppe lacht „weil Hitler alle Juden umgebracht hat“.

Eine Minderheit der Interviewpartner äußert deutlich Tötungsfantasien gegenüber Juden, indem sie vom Wunsch der „Verbrennung“,⁴⁰ „Ausrottung“, „Abschlachtung“⁴¹ sowie davon, „jeden Juden töten“⁴² zu wollen reden. In zwei Fällen⁴³ ist dies primär auf Juden in Israel bezogen, Juden in Berlin werden jedoch auch auf Nachfrage hin nicht ausgeschlossen. Beide Interviewpartner heißen Selbstmordattentate gut, bei denen Israelis getötet werden. Ein weiterer befürwortet Selbstmordattentate in Israel, um Juden „auszulöschen oder aus dem Land zu treiben“, und freut sich über jüdische Opfer der Anschläge vom 11. September.⁴⁴ Die Vernichtungswünsche richten sich folglich zumindest in einigen Fällen explizit gegen „die Juden“ und sind nicht auf den Nahostkonflikt reduziert.

Antisemitische Äußerungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt

Negativ über Juden äußern sich die Jugendlichen am häufigsten im Kontext des Nahostkonflikts und des Staates Israel.⁴⁵ Die Sichtweise auf den Nahostkonflikt ist

37 P17.

38 P22.

39 P28.

40 P19.

41 P28.

42 P17.

43 P19, P28.

44 P22.

45 Zur Unterscheidung zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus orientieren wir uns an der von der European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (ehemals EUMC) erstellten Working Definition of Antisemitism (<http://eumc.europa.eu/eumc/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf>). Sie lehnt sich teilweise an die

vielfach manichäisch, wenn etwa der arme, einfache Palästinenser dem kriegerischen, aggressiven Israeli gegenübergestellt wird:

Interviewer/in: „Glaubst du, dass Juden anders sind als Araber?“

„Ja. Juden sind böse, und die Araber sind nett und so. Die Araber, wenn der eine die andere anmacht greifen die auch so an und so, die helfen und so.“

Interviewer/in: „Und alle Araber sind nett und alle Juden sind böse?“

„Ja. [...]“⁴⁶

Diese Sicht auf den Nahostkonflikt scheint als Grundmuster in den Gesprächen immer wieder durch. Ebenso gehört der Topos der (kinder-)mordenden Juden zum festen Bestandteil der Aussagen.⁴⁷ Die Hälfte der Jugendlichen spricht pauschal davon, dass Juden Kinder bzw. Menschen töten, ohne näher auf den Kontext einzugehen.⁴⁸

Zwei Jugendliche greifen zur Illustration ihrer Aussage, dass Juden Kinder töten, auf ein Ereignis zu Beginn der zweiten Intifada zurück,⁴⁹ als der palästinensische Junge Mohammed al-Dura getötet wurde. Der zwölfjährige Junge wurde am 20. September 2000 angeblich von israelischen Streitkräften erschossen. Die Bilder eines palästinensischen Kameramanns, der für das französische Fernsehen

Definition der Studie von Werner Bergmann/Juliane Wetzel, *Manifestations of Antisemitism in the European Union – First Semester 2002*, Wien/Berlin 2003 an (nur online verfügbar siehe <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/eu-studie.pdf>), die vom EUMC nicht offiziell veröffentlicht wurde, und enthält unter anderem die von Nathan Sharansky aufgestellten Kriterien, Natan Sharansky, *Antisemitismus in 3-D. Die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und dem sogenannten neuen Antisemitismus* (2004). <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm>. Stand: 19. 1. 2006). Auch das Verwenden antijudaistischer Stereotype gegenüber dem Staat Israel sowie die Behauptung einer Kollektivverantwortung von Juden und Jüdinnen für die Geschehnisse im Nahen Osten sind im Allgemeinen als antisemitisch zu werten. Vgl. Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?* Bonn 2004, S. 202, und Sacha Stawski, *Das Bild Israels in den Köpfen der Menschen*, in: Faber/Schoeps/Stawski (Hrsg.), *Neu-alter Judenhass*, S. 111–126, hier: S. 113.

46 P20.

47 Für eine historische Erläuterung zu diesem Bild aus dem christlichen Mittelalter siehe Léon Poliakov, *Geschichte des Antisemitismus*. Band I. *Von der Antike bis zu den Kreuzzügen*, Worms 19792, S. 49–55.

48 P17, P18, P19, P20, P22, P28.

49 P15, P19.

berichtete, gingen um die Welt und ließen den Jungen Mohammed zur Ikone für das Leid der Palästinenser werden.⁵⁰

Einige Jugendliche befürworten Selbstmordattentate in Israel,⁵¹ vier sagen, dass sie sich unter Umständen selber vorstellen könnten, einen Selbstmordanschlag zu verüben,⁵² drei wollen zuvor noch ihr Leben genießen,⁵³ der vierte ist überzeugt, dass er nach einem Selbstmordanschlag ins Paradies käme und ein besseres Leben hätte.⁵⁴ Die vier Hauptargumente, die Jugendliche zur Befürwortung von Selbstmordattentaten nennen, sind die Befreiung oder Verteidigung ihres Landes, der Weg ins Paradies, die Vernichtung von Juden und ein probates Mittel im Krieg, wobei die Gewichtung der Argumente nicht eindeutig ist. Die religiöse Dimension der Sicherung eines Platzes im Paradies dient zumindest dazu, eventuelle Bedenken, die die Konsequenzen für das eigene Leben und die Moralität von Selbstmordattentaten betreffen, auszuräumen.

Bei dem Großteil der Jugendlichen zeigen sich Widersprüchlichkeiten in ihrer Positionierung, bzw. es geht aus den Interviews kaum hervor, wie sie zu Selbstmordanschlägen stehen.⁵⁵

Zwei Jugendliche lehnen Selbstmordattentate rundweg ab. Der eine berichtet, wie er sich mit seinem Vater, der Selbstmordattentate befürwortet, auseinandersetzt. Er führt gegen die religiösen Argumente und die falschen Vorstellungen eines Freiheitskampfes, zu dem die Selbstmordattentate heroisiert werden, eigene Bewertungsmaßstäbe an:⁵⁶ „Mein Vater meint, er hätte mich, [...] zu diesen Verbänden, diesen Al Dschihad [geschickt]. Die werden ja auch ausgebildet sich selbst umzubringen und so. Er meinte halt, das war aber nur einmal, als er richtig sauer

50 Bereits kurz nach den Ereignissen kamen Fragen nach der Authentizität des Filmmaterials auf. Untersuchungen deuten darauf hin, dass der Junge vermutlich nicht von israelischen Streitkräften getötet wurde (siehe unter anderem der Dokumentarfilm „Drei Kugeln und ein totes Kind – Wer erschoss Mohammed al-Dura?“ von Esther Shapira, ausgestrahlt am 18. 3. 2002 im ARD). Für eine ausführliche Dokumentation des Falls siehe http://pajamas-media.com/2007/09/al_dura_petition.php.

51 P15, P18, P19, P22, P28.

52 P15, P18, P19, P28.

53 P15, P18, P19.

54 P28.

55 P1, P16, P15, P17, P20.

56 P4.

war, weil er einen Bericht im Fernsehen darüber gehört hat, er meinte, ja er würde mich da auch hinschicken, damit ich da was dagegen tue, da meinte ich so, nein, das will ich nicht.“

Interviewer/in: „Du hättest keinen Bock da drauf?“

„Nein, gar nicht. Erstens, ich bring mich nicht einfach um irgendwie für 'ne sinnlose Sache, weil das bringt nichts. Und zweitens, dabei sterben ja auch Menschen, wegen dem der sich da umbringt, deswegen.“⁵⁷

Für den anderen Jugendlichen, der ebenfalls Selbstmordattentate klar ablehnt, erscheinen diese schlicht absurd. Er geht davon aus, dass Selbstmordattentäter keine Gefühle hätten und dass es eher „Strengreligiöse“ seien.⁵⁸

Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen spricht Israel das Existenzrecht ab und möchte, dass die Israelis/Juden Israel verlassen.⁵⁹ Dies wird unterschiedlich ausgedrückt: Einer sagt, „die haben ja genauso ein Recht auf Leben oder einen Staat. Aber es muss ja nicht gerade bei uns sein.“⁶⁰ Ein anderer delegitimiert Israel, indem er die Echtheit von Dokumenten zur Staatsgründung anzweifelt.⁶¹ Drastischer äußern sich jene, die fordern, „die sollten woanders hingehen und wenn nicht [...] alle verrotten oder so“⁶² oder, „die Juden [sollen] abhauen [...]. Die sollen sich verpissen“,⁶³ „ich würde die Juden rausschmeißen“⁶⁴ und „Israel? Für mich gibt's kein Israel“.⁶⁵ Andere gehen soweit, dass sie mit der Ablehnung einen Vernichtungswunsch hegen: „[D]ann würde ich sagen, [...] dass sie [...] die [...] Grenze oder wie das heißt, hergeben und dass die verfluchten Juden verbrannt werden sollen“⁶⁶ und „ich würde alle Juden ausrotten, in das Meer schießen und tshüss“ bzw. „wie Schweine sollen die so abgeschlachtet werden“.⁶⁷

57 P4.

58 P29.

59 P1, P15, P16, P17, P18, P19, P21, P22, P28.

60 P16.

61 P15.

62 P1.

63 P17.

64 P21: 213.

65 P18.

66 P19.

67 P28.

Zwei der Jugendlichen äußern sich widersprüchlich.⁶⁸ In einer Passage betont der eine⁶⁹ seinen Wunsch nach Frieden in der Region und glaubt, dies sei am realistischsten, wenn eine Zweistaatenlösung angestrebt würde. Kurz darauf greift er jedoch den „Vorschlag des iranischen Präsidenten“ auf, Israel nach Deutschland zu verlegen mit der Begründung, dass der Staat Israel ja nicht gerade in Palästina sein müsse. Den Vorschlag, den Staat Israel in Deutschland zu integrieren, macht ebenso ein anderer Jugendlicher während des Interviews.⁷⁰ Dennoch sieht er eine Möglichkeit, seinen Wunsch nach Frieden zu realisieren, der zu einem ruhigen Zusammenleben führen sollte, wobei in seiner Forderung nach einem Rückzug der israelischen Armee offen bleibt, wohin dies erfolgen sollte.

Ein Jugendlicher zeigt bei einem Gruppentreffen sein Handy herum, auf dem eine brennende Israelfahne zu sehen ist, die sich in eine Palästina-Fahne wandelt.⁷¹ Zwei Jugendliche tragen einen Anhänger mit den Umrissen Israels und der palästinensischen Gebiete in den Farben der palästinensischen Flagge um den Hals.⁷² Die Hamas findet in der Gruppe allgemeine Unterstützung. Deren Aufgabe sehen einige explizit darin, Juden zu töten.

Zionismus spielt als Begriff und Feindbild kaum eine Rolle, da das Wort wenig bekannt oder zumindest nicht präsent ist. Nur in einem Interview wird der Ausdruck verwendet, wenn davon die Rede ist, dass der Zionismus dem (orthodoxen) Judentum widerspreche.⁷³ Ein anderer Jugendlicher spricht Juden explizit die Selbstbestimmung als Volk ab und definiert Juden ausschließlich religiös.⁷⁴ Dies hindert ihn jedoch an anderer Stelle nicht, Juden eben wegen ihrer „Rassen“- und Volkszugehörigkeit zu hassen:

„Ja, und ich versteh’ das nicht, was *ist* das? Was ist das für ein Volk, das aus verschiedenen Ländern kommt? Geht doch gar nicht, man muss doch aus einem Land

68 P15, P16.

69 P16.

70 P18.

71 P21.

72 P1, P28.

73 P16.

74 P28. Auch wenn es sich bei der Kategorie „Volk“ selbstverständlich um eine konstruierte Entität handelt, ist es bezeichnend, dass die Jugendlichen, die zumeist ein sehr essenzielles und naturalisierendes Verständnis von Konzepten wie „Volk“ und „Ethnie“ haben und sich positiv auf diese Art von Zugehörigkeiten beziehen, ausgerechnet Juden diese Form der Selbstbezeichnung absprechen.

kommen. Hier, sind die Deutschen aus Irland oder was? Die kommen doch auch aus einem Land. [...] Das ist kein Land, das ist nur ein *Glaube*. Ein Glaube will sich ein Land machen, geht doch gar nicht. Das geht gar nicht. Das gibt's eigentlich gar keine Israelis, das gibt's nur Juden.“

Interviewer/in: „Und ein Land sollte man eigentlich nur haben, wenn man so blutsverwandt ist, oder (?).“

„Wenn, hier, die Vor-Vor-Vor-Vorfahren da schon gelebt haben. Bei mir ist das so. Der Erste von unserer Familie, ey, lebte im Gaza-Streifen.“⁷⁵

Erklärungen der Jugendlichen für antisemitische Einstellungen

Die eigenen Begründungen und Legitimierungsversuche für Antisemitismus sind vor allem deshalb interessant, weil sie Rückschlüsse darüber geben können, was die Jugendlichen für gesellschaftlich akzeptabel halten. Aufschlussreich könnte dies ebenso für eine pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus sein, die eine Auseinandersetzung auf kognitiver und selbstreflexiver Ebene mit einbezieht.⁷⁶ Es zeigt sich, dass viele Jugendliche trotz klarer Widersprüche in ihrer Argumentation auf ihren Ressentiments beharren, dass oftmals eine Plausibilität der Begründungen irrelevant ist. Beispielsweise werden die Anschläge am 11. September in New York aufgrund dessen gutgeheißen, „was dort im Irak passiert“,⁷⁷ oder der Holocaust wird befürwortet, weil Palästinenser heute „von Juden“ ermordet würden.⁷⁸

Wenn Begründungen für negative Haltungen gegenüber Juden genannt werden, wird oft der Nahostkonflikt angeführt. Juden oder Israelis werden als Mörder von Palästinensern, insbesondere Kindern, (alten) Frauen und Familien bezeichnet. Darüber hinaus wird häufig eine antijüdische Haltung als teilweise geradezu not-

75 P28.

76 Es werden unten stehend nur Argumentationsmuster beschrieben, die von den Jugendlichen selbst zur Erklärung oder Legitimierung ihres Antisemitismus herangezogen werden, beziehungsweise die in den Interviews in engem Zusammenhang stehen. Dies ist nicht zu verwechseln mit einer Analyse der tatsächlichen *Ursachen* antisemitischer Einstellungen.

77 P22.

78 P28.

wendig dargestellt, um Palästina und die Palästinenser zu verteidigen, aber auch als natürliche Folge des Vorgehens der Israelis und der israelischen Regierung, die dämonisiert werden, um Rachegefühle zu legitimieren. In diesem Zusammenhang wird häufig der Topos der „Verteidigung/Befreiung des Landes“ bemüht, wobei Palästina gemeint ist – meist unter Einschluss des gesamten Territoriums, auf dem sich der Staat Israel befindet. Wiederholt wird „die Wut“ angeführt, die zu Hass gegen Juden im Allgemeinen führe. Diese Wut rühre von Ereignissen her, für welche Israelis verantwortlich zu machen seien. Der Widerspruch wird teilweise wahrgenommen, führt aber nicht zu einem Überdenken der „Wut“ gegen alle Juden. Einige Jugendliche geben direkte Hinweise auf deren Ursachen. Sie sei das Ergebnis von Erzählungen in den Familien und vor allem von Darstellungen in den Medien. Juden und Israelis werden gleichgesetzt, weil „den Juden“ im Allgemeinen eine Nähe zu Israel und damit eine Mitverantwortung für das Leid der Palästinenser unterstellt wird. Ein Junge wirft Juden dieser „Logik“ folgend vor, rassistisch zu sein, und rechtfertigt seinen Übergriff auf einen Mitreisenden in der U-Bahn, da er dessen Davidstern als Provokation empfindet.⁷⁹ Sich vermeintlich „gegen die Juden“ verteidigen zu müssen ist ein Topos, der über den Nahostkonflikt hinausgeht, wenn die Jugendlichen sich als Araber oder als Muslime einer Bedrohung oder Anfeindung des entsprechenden Kollektivs⁸⁰ „der Juden“ – meist im Verbund mit den USA – ausgesetzt fühlen.

Der soziale Druck des Umfeldes, sich gegen Juden zu stellen, wird von einigen Jugendlichen explizit (und affirmativ) als Begründung für ihren Antisemitismus angeführt. Die Übernahme des Schimpfwortes „Du Jude“ im Freundeskreis ist dabei nur ein Beispiel. Einer der Jugendlichen beschreibt das Motiv, sich zumindest passiv

79 P15.

80 Es lässt sich oft nicht eindeutig trennen, ob die Jugendlichen sich in diesem Zusammenhang als muslimisch oder arabisch definieren bzw. ob sie das Kollektiv der Araber oder das Kollektiv der Muslime bedroht sehen. Es ist an dieser Stelle erwähnenswert, dass nicht generell von einer Selbstwahrnehmung als Opfer ausgegangen werden kann. Einige Jugendliche bestanden explizit darauf, dass sie keine Opfer seien, und waren bemüht, sich als stark und unangreifbar darzustellen. Manche differenzieren in ihrer Wahrnehmung zwischen Muslimen im Allgemeinen, die als solche angegriffen oder diskriminiert und als Terroristen oder Islamisten verunglimpft würden, und ihrer persönlichen Situation in Deutschland, in der sie keine Diskriminierung ihrer Person als Muslime erkennen. Die Diskriminierungserfahrungen, von denen sie berichten, scheinen sie eher als rassistisch („gegen Ausländer“ oder „gegen Araber“) denn als anti-muslimisch motiviert wahrzunehmen.

an antisemitischen Aktionen zu beteiligen, weil er befürchtet, als „Judenfreund“ hingestellt zu werden.⁸¹ Einer betont, dass in der Schule „alle“ Parolen gegen den ehemaligen israelischen Premierminister Scharon und bei einem Schulausflug in der Synagoge „alle“ seine Freunde „Scheiß-Juden“ und Scheiß-Scharon“ geschrien hätten, womit er eine gewisse Normalität suggeriert.⁸²

Ein sozialer Druck kann auch aus dem Gefühl entstehen, nur der Gruppe anzugehören, wenn antisemitische Einstellungen, die die Identität des Kollektivs ausmachen, übernommen werden. Zunächst sind für die befragten Jugendlichen die Selbstbeschreibungen als Muslime, Palästinenser und Araber relevant. Gemeinsamer Feind sind „die Juden“. Bezeichnend für einen Großteil der interviewten Jugendlichen ist eine manichäische Sicht auf Araber/Palästinenser und Juden. Häufig wird eine Gegnerschaft von Juden und Arabern und teilweise von Juden und Palästinensern gezeichnet (die Übergänge erscheinen bei den meisten fließend), die, einhergehend mit einer entsprechenden Selbstethnisierung, teilweise als explizite Rechtfertigung für Antisemitismus verwendet wird. In manchen Fällen definiert sich die palästinensische Identität über die Gegnerschaft zu Juden. Einer der Jugendlichen antwortet auf die Frage „Und was ist für dich ein Palästinenser?“ halb im Spaß: „Ja, der gegen die Juden ist, Spaß, nein (lacht). Ein Palästinenser, ja, Araber, man. Die sind stark, die Palästinenser, die haben nicht Angst vor dem Tod. Ja ... und ein Palästinenser, der will auch in *seinem* Land sterben.“⁸³

Einige Jugendliche gehen von einem Judenhass aller Araber aus und beziehen sich selbst ausdrücklich ein:

„Von die *Araber*, Mann, wir alle hassen die Juden, die Amerikaner und die Engländer. Jeder. Aber nicht jeder will das so in der Öffentlichkeit sagen. Ja [...]“⁸⁴

Interviewer/in: „Und was hat der Jude in Berlin mit Israel zu tun?“

„Guck mal, der Jude, der hasst auch, hier, *Araber* und so, darum wir hassen auch, wir hassen richtig viel Juden, wir hassen Juden am meisten [...]“⁸⁵

Eine Judenfeindschaft aufgrund einer Selbstidentifizierung als Muslim wird von einigen Jugendlichen angegeben, steht aber meist nicht im Vordergrund. Während

81 P22.

82 P15.

83 P18.

84 P18.

85 P20.

einige die Andersartigkeit von Muslimen und Juden postulieren,⁸⁶ benennen andere Gemeinsamkeiten des Islams und des Judentums.⁸⁷ Interessant ist an dieser Stelle, dass eine Betonung religiöser Gemeinsamkeiten nicht notwendigerweise mit gering ausgeprägten antisemitischen Ressentiments einhergeht.

Eine gänzlich anders gelagerte Argumentation zielt auf den Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Einer der Interviewpartner glaubt, dass alle Deutschen Juden hassten, auch wenn sie das Gegenteil behaupten mögen. Seinen Hass auf Juden und die antisemitischen Stereotype, die er verwendet (Geld, Medien-einfluss) wähnt er im Einklang mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die dies aber nicht offen zugebe:

„Ja, was soll ich sagen ... hier in Deutschland so nicht so, hier, die versuchen das nicht so so zu zeigen so. Aber jeder Deutsche innerlich, er hasst die Juden ... Wallah, er hasst sie.“

Interviewer/in: „Wen?“

„Die *Deutschen*, die hassen doch alle die Juden, die haben doch den Zweiten Weltkrieg angefangen, ham die Juden getötet und so, und jetzt tun sie so, als ob die Juden so hier das Wichtigste für sie sind, hier, wenn einer was über die Juden sagt sind sie hier sehr so empfindlich und so ... ja.“⁸⁸

Hinweise auf Ursachen antisemitischer Einstellungen

Die Ursachen antisemitischer Einstellungen sind äußerst komplex und nicht auf einzelne Faktoren zu reduzieren. Scheinbar „ideale“ Voraussetzungen der Entstehung von Ressentiments, wie beispielsweise entsprechende Einstellungen im Elternhaus und Freundeskreis oder unsicherer Aufenthaltsstatus, müssen nicht zwangsläufig zu antisemitischen Einstellungen führen, wie insbesondere bei zwei Jugendlichen deutlich wird, die keine Ressentiments hegen.

86 P17.

87 P28.

88 P18.

Antisemitismus im sozialen Umfeld

Alle Jugendlichen sind antisemitischen Einflüssen seitens des Freundeskreises und/oder der Familie ausgesetzt. Aus Äußerungen über Einstellungen von Freunden und Verwandten sowie den Beobachtungen in der Gruppe des Jugendclubs, den einige der interviewten Jugendlichen besuchen, kann geschlossen werden, dass judenfeindliche Einstellungen die Norm im Freundeskreis eines Großteils der Interviewpartner darstellen. Dies bezieht sich sowohl auf die Verwendung von Schimpfwörtern und antisemitischen Ausdrücken als auch auf Positionierungen zu aktuellen Ereignissen im Nahostkonflikt. Ein Interviewpartner berichtet von sozialem Druck seiner Freunde, sich nicht judenfreundlich zu zeigen oder gar Juden in Schutz zu nehmen, da er sonst selbst Ziel von Anfeindungen würde. Ein Jugendlicher erzählt, wie er in der Schule einmal „aus Spaß“ behauptete, sein Vater sei Jude.⁸⁹ Ein Schulkamerad „rastete“ daraufhin aus und drohte an, zu ihm nach Hause zu kommen und ihn mit Steinen zu bewerfen. Ein Jugendlicher erklärt sich einen Angriff auf einen Juden im Viertel damit, dass es auf der Straße viele Menschen gebe, die Juden nicht mögen.⁹⁰ Keiner der Jugendlichen berichtet von Freunden, die sich antijüdischen Ressentiments entgegenstellen. Zwei der interviewten Jugendlichen tun dies allerdings selbst.⁹¹

Bezüglich der Einstellungen der Eltern geben die Interviews nur sehr bedingt Aufschluss. Ein Jugendlicher berichtet von Vernichtungswünschen seiner Mutter („Das ist ein Zitat von meiner Mutter, die meinte halt, das ist richtig, was Hitler gemacht hat, er hätte gleich sofort alle Juden ausrotten sollen“⁹²) und der Befürwortung von Selbstmordattentaten seitens des Vaters. Ein anderer erzählt vom Hass des Vaters auf Scharon. Unklar bleibt jedoch, ob damit auch antisemitische Äußerungen verbunden waren.⁹³ Zwei Jugendliche benennen die Antipathie ihrer Väter gegenüber Juden.⁹⁴

Bei der Interviewfrage nach einer hypothetischen Partnerschaft mit einem jüdischen Mädchen nehmen viele Jugendliche an, dass ihre Eltern dies ablehnen,

89 P29.

90 P21.

91 P4, P29.

92 P4.

93 P15.

94 P4, P29.

einer führt dies auf die antisemitischen Stereotypen der Eltern zurück.⁹⁵ Auf die Aussage eines Jugendlichen im Gruppengespräch des Jugendclubs, er wolle sich hier ausbilden lassen, um dann in sein Land zurückzugehen und „die Juden fertig zu machen“, sagt ein anderer: „Zu Hause sagen jeden Tag meine Eltern ‚Ich ficke die Juden‘.“⁹⁶ Demgegenüber erklärt einer der Jugendlichen,⁹⁷ sein Vater würde es nicht tolerieren, wenn er einen Juden oder Israeli auf der Straße beschimpfen würde.

Fernsehen

Alle interviewten Jugendlichen kennen arabische Nachrichtensender wie Al-Manar oder Al-Jazeera, auch wenn sie Schwierigkeiten haben, der hocharabischen Sprache der Sendungen zu folgen. Meist kennen sie Nachrichtensender aus Berichten ihrer Eltern, insbesondere der Väter.⁹⁸ Spielfilme, Serien und andere Unterhaltungssendungen auf Arabisch hingegen sind für sie einfacher verständlich. Mehr als die Hälfte gibt an, arabisches Fernsehen zu schauen,⁹⁹ alle rezipieren aber auch deutsche Kanäle. Im arabischen Fernsehen sehe man die Wahrheit über den Nahostkonflikt beziehungsweise was mit den Palästinensern geschähe, geben fünf Jugendliche an,¹⁰⁰ drei von ihnen nennen das Leiden palästinensischer Kinder in diesem Zusammenhang.¹⁰¹ Ein Jugendlicher ist sich über die einseitige Parteinahme im arabischen Fernsehen für die Palästinenser bewusst und kritisiert diese.¹⁰² Ein weiterer gibt an, dass er in arabischen Nachrichten sehe, wie „Juden Leute töten“,¹⁰³ während ein Dritter das arabische Fernsehen als direkte Referenzquelle dafür angibt, dass Juden schlecht seien.¹⁰⁴

95 P16.

96 P19.

97 P22.

98 P15, P20, P22, P28.

99 P1, P4, P15, P18, P19, P20, P28, P29.

100 P1, P15, P18, P19, P22.

101 P1, P15, P18.

102 P4.

103 P20.

104 P19.

Etwa ein Drittel der Jugendlichen stellt selbst einen Kausalzusammenhang zwischen Fernsehsendungen und ihrem Hass auf Israel und Juden her, wobei meist nicht klar ist, ob sie sich auf deutsche oder arabische Sendungen beziehen. So antwortet ein Junge auf die Frage, ob Juden in Berlin etwas mit dem Konflikt zu tun hätten: „Eigentlich nicht, nein, die haben damit überhaupt nix zu tun. Aber weil doch die ganze Wut, was man in den Nachrichten hört, hier so'n Jude sieht, dann kommt automatisch die ganze Wut.“¹⁰⁵ Ein anderer sagt: „Zum Beispiel im Fernsehen, was ich da sehe, wird mein Hass größer auf dieses Volk.“¹⁰⁶ Und ein Dritter, der ebenfalls betont, dass er Juden in Berlin nicht mag, antwortet auf die Nachfrage nach dem Grund:

„[W]eil ich Fernsehen seh' [...]Bei arabische Nachrichten, wie die die Palästina [sic!] töten und so, palästinensische.“

Interviewer/in: „Was für Nachrichten, also was für Sender guckst du so?“

„Ich weiß nicht mehr, wie das heißt, LBC oder so, Al-Manar, ich weiß nicht.“

Einer der Jugendlichen erzählt von seinem verbalen antisemitischen Ausbruch in einer Synagoge während einer Schulexkursion, die er in unmittelbaren Zusammenhang sieht mit Nachrichtenmeldungen über den Tod von Mohammed al-Dura, die er gesehen habe. Er sei an diesem Tag „sauer auf die Juden“ gewesen:

„Weil, wo ich, an diesem Tag wo ich [in die Synagoge] gegangen bin, da wurde ein kleiner Junge mit seinem Vater ermordet. Der Sohn wurde mit seinem Vater ermordet.“

Interviewer/in: „Was die im Fernsehen gezeigt haben?“

„Ja. Der Sohn versteckt sich hinter seinem Vater, gibt Kopfschuss. Da wurd' ich sauer. Sag' ‚Ich will nicht reingehen, und wenn ich reingehe, ich schlag' mich mit Polizisten, ich schlag' mich mit alle. Die sollen mich festnehmen und so, ist mir egal.“

Diese Behauptung eines unmittelbaren Kausalzusammenhangs zwischen Fernsehkonsum und antisemitischen Handlungen muss sicherlich kritisch hinterfragt werden. Es ist eher davon auszugehen, dass die Sendungen Auslöser eines Ausbruchs schon vorhandener antisemitischer Ressentiments sein können. In den Interviews wurde jedoch deutlich, dass arabische Medien für eine antisemitische Interpretation

105 P22.

106 P28.

des Nahostkonfliktes insbesondere durch entsprechende Bilder eine wichtige Rolle spielen.

Rassistische Diskriminierungserfahrungen und Aufenthaltsstatus

Die Mehrheit der interviewten Jugendlichen hat rassistische Diskriminierung von Teilen der Mehrheitsbevölkerung erfahren und diese als solche wahrgenommen. Einige berichten von konkreten Diskriminierungserfahrungen, beziehungsweise in einem Fall von einem rassistisch motivierten Anschlag von Neonazis auf die Familie in einem Berliner Außenbezirk. Eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wird von den Jugendlichen nicht angesprochen.

Vergleicht man die antisemitischen Einstellungen der Jugendlichen und ihre jeweiligen Äußerungen zu ihren Diskriminierungserfahrungen, kann kein direkter Zusammenhang festgestellt werden. Allerdings sind die beiden Jugendlichen, die ihre rassistischen Erfahrungen am deutlichsten ausdrücken, auch unter denen, deren antisemitische Äußerungen mit am stärksten sind. Unter Letzteren sind aber auch Jugendliche, die Diskriminierungserfahrungen verneinen, und einer der drei Jugendlichen, der über konkrete rassistische Beschimpfungen auf der Straße berichtet, zeigt keinerlei antisemitische Ressentiments. Die Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit weisen sehr unterschiedliche Einstellungsmuster in Bezug auf Antisemitismus auf; einer zeigt gar keine Ressentiments.¹⁰⁷

Eigene Betroffenheit durch den Nahostkonflikt

Keiner der Jugendlichen berichtet über persönliche negative Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, auch die familiären Erfahrungen werden eher selten angesprochen. Einige wenige berichten über Verwicklungen von Familienangehörigen in den Konflikt, einer von ihnen erklärt seine „Wut“ auf Juden mit der Tatsache, dass Verwandte durch „Juden“ gestorben seien.¹⁰⁸ Ein Junge

107 P29.

108 P22.

erzählt explizit von Vertreibungen, die Familienangehörige erlitten haben.¹⁰⁹ Dies ist jedoch einer der beiden Jugendlichen, die sich explizit gegen judenfeindliche Äußerungen in ihrem Umfeld stellen.

Bildungshintergrund und berufliche Zukunft

Die beiden Personen, die sich gegen antisemitische Einstellungen des Umfeldes wenden, haben Ambitionen, das Abitur zu machen. Derjenige, der seine antisemitischen Einstellungen nicht aggressiv und vergleichsweise weniger offen zeigt, hat das Abitur.¹¹⁰ Ein weiterer Jugendlicher, der das Abitur machen und Polizist werden möchte, äußert unter den Jugendlichen, die offenen Judenhass zeigen, die vergleichsweise wenigsten Stereotypen – er artikuliert aber u. a. offen Vernichtungswünsche.¹¹¹ Ein Jugendlicher, der Analphabet ist, hat eine antisemitische Einstellung, gehört aber nicht zu jenen, die die meisten Stereotype äußern. Er ist jedoch derjenige, der freimütig seine Beteiligung an mehreren antisemitischen Vorfällen erzählt.¹¹²

Die meisten Jugendlichen sehen ihrer beruflichen Zukunft insgesamt positiv entgegen. Innerhalb des Samples sind keine Zusammenhänge zwischen der Bewertung der eigenen beruflichen Zukunft und antisemitischen Einstellungen erkennbar.

Religiosität

Allen Jugendlichen ist ihre Religion wichtig. Sie beten mehr oder weniger regelmäßig. Alle besuchen zumindest ab und zu die Moschee, insbesondere an religiösen Feiertagen.

Unterschiede lassen sich vor allem in Bezug auf ihr Verhältnis zur Religion feststellen. Einige Jugendliche haben ein an klaren Regeln orientiertes Religionsverständnis. Sie äußern im Gegensatz zu denjenigen, die eine tolerante Auslegung der

109 P4.

110 P16.

111 P21.

112 P15.

Religion bevorzugen, in der sich jeder eine eigene Meinung bilden darf, besonders drastische Formen des Antisemitismus. Selbst wenn das Religionsverständnis ausdrücklich beinhaltet, dass Hass gegen andere untersagt ist,¹¹³ wird offen Judenhass geäußert. Bei einigen spielen Strafe¹¹⁴ und Sünde¹¹⁵ eine herausragende Rolle in ihrem Religionsverständnis. Zwei legitimieren Selbstmordattentate mit ihrem Verständnis von Religion.¹¹⁶ Hingegen versuchen sich die beiden Jugendlichen, die keine antisemitischen Ressentiments zeigen, offenbar dem Wunsch der Väter nach mehr Religiosität bewusst etwas zu entziehen.¹¹⁷

Schluss

Bei den im Rahmen der Fallstudie interviewten Jugendlichen stellten antisemitische Ressentiments eher die Regel als die Ausnahme dar. Die Hinweise auf die Ursachen antisemitischer Ressentiments lassen sich aufgrund der Samplegröße nicht befriedigend klären. Deutlich wird in den Interviews, dass antisemitische Äußerungen im sozialen Nahumfeld wie dem Freundeskreis oder der Familie keine Seltenheit darstellen und dass es schwierig scheint, sich diesen Normen zu entziehen.

Spezifische Formen lassen sich in Bezug auf die palästinensische, die arabische oder die muslimische Identität als Begründung einer Judenfeindschaft beobachten. Die stark antisemitischen Einstellungen der Mehrheit der interviewten Jugendlichen lassen sich nicht alleine mit sozialen Faktoren wie Bildung, ökonomische Situation sowie Marginalisierung und Diskriminierung in der deutschen Mehrheitsgesellschaft oder mit dem Nahostkonflikt erklären. Die Beschreibung einer neuen Trägergruppe antisemitischer Ressentiments als „junge Muslime“ und der Begriff „muslimischer Antisemitismus“ treffen den Sachverhalt trotz zahlreicher Schwächen eher als „junge Islamisten“, „islamistischer Antisemitismus“ oder gar Charakterisierungen, die die Rolle des Islams oder der muslimischen Identität gänzlich ausblenden.

113 P28.

114 Insbesondere P15.

115 Insbesondere P18.

116 P19, P28.

117 Dies wird besonders deutlich bei P29.

Zwei der Interviewpartner stellten sich dezidiert gegen den Antisemitismus ihres Umfeldes. Bei ihnen ist eine gewisse Distanzierung gegenüber den ansonsten so wichtigen Kollektividentitäten bemerkbar. Für eine pädagogische Intervention wäre in einer Folgestudie notwendig, derlei Anhaltspunkte weiter zu verfolgen und der Frage nachzugehen, wie solchen Ressentiments entgegengewirkt und eine aktive Positionierung gegen antisemitische Ressentiments gefördert werden kann.

Anhang

Übersicht der Interviewpartner mit Notation

Interviewpartner	Alter	Migrationshintergrund laut Selbstbezeichnung	Bildungshintergrund	Nationalität	Regelmäßiger Besucher des Jugendclubs
P1	16	palästinensisch	Nicht bekannt	deutsch	nein
P4	17	palästinensisch	Gymnasium	nicht bekannt	nein
P15	18	palästinensisch	Kein Abschluss	libanesisch	ja
P16	20	palästinensisch	Abitur	deutsch	nein
P17	15	palästinensisch	Gesamtschule	deutsch	ja
P18	15	palästinensisch	Haupt- und Realschule	deutsch	ja
P19	14	libanesisch	Hauptschule	deutsch	ja
P20	15	libanesisch	Hauptschule	libanesisch	ja
P21	14	palästinensisch	Realschule	deutsch	ja
P22	16	palästinensisch	Hauptschule	deutsch	ja
P28	15	palästinensisch	Hauptschule	deutsch	ja
P29	14	palästinensisch/ libanesisch	Gesamtschule	libanesisch	nein

ANTISEMITISMUS

Antisemitismus im ersten Jugoslawien 1918 bis 1941

Am 1. Dezember 1918 wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca, SHS) infolge des Zusammenbruchs der österreichisch-ungarischen Monarchie proklamiert. Obwohl der neue Staat drei Namen in seinem Titel trug, verstand er sich dennoch als Nationalstaat, in dem weit mehr als nur drei Völker lebten. Zahlreiche Minderheiten, darunter Deutsche, Ungarn, Rumänen, Türken, Italiener und Juden machten das neue Königreich zu einem Vielvölkerstaat.¹ Nach der ersten Volkszählung von 1921 lebten im Königreich rund zwölf Millionen Menschen, darunter etwa 65 000 Juden. Die größte jüdische Minderheit, etwa 20 000 Menschen, konzentrierte sich in Kroatien. Die jugoslawischen Juden machten bis zum Kriegsausbruch 1941 zwischen 0,5 und 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Rund 60 Prozent der jugoslawischen Juden waren Aschkenasim, etwa 40 Prozent Sephardim. Während sie vorwiegend in Serbien und Bosnien lebten und von den jugoslawischen Behörden zunächst noch als Einheimische betrachtet wurden, galten aschkenasische Juden, die hauptsächlich in Kroatien und der Vojvodina lebten, als Fremde, als Deutsche oder Ungarn.² Die Aschkenasim, so der kroatische Historiker Goldstein, hätten sich politisch, religiös und kulturell assimiliert, seien aber trotzdem gegenüber den Sephardim, die ihre Kultur stärker bewahrt und in größerer Isolation gelebt hätten, als Fremde in der Gesellschaft angesehen worden.³

- 1 Holm Sundhaussen, Jugoslawien, in: Edgar Hösch/Karl Nehring/Holm Sundhaussen/Conrad Clewing (Hrsg.), *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 319–324.
- 2 Ivo Goldstein, *Types of Anti-Semitism in the Territory of Former Yugoslavia, 1918–2000*, in: Wolf Moskovich/Oto Luthar/Irena Šumi (Hrsg.), *Jews and Slavs: Jews and Anti-Semitism in the Balkans*, Jerusalem/Ljubljana 2004, S. 9 f.
- 3 Ivo Goldstein, *The Jews in Yugoslavia 1918–1941. Antisemitism and the Struggle for Equality*, in: *Jewish Studies at the Central European University (CEU)*, II, Budapest 1999–2001, Online-Ausgabe, S. 1.

Bereits in den Auseinandersetzungen um Nation und Nationalitäten seit Mitte des 19. Jahrhunderts galten kroatische Juden, vor allem in nationalistischen Kreisen, als Ungarn oder Deutsche. Nicht selten implizierte diese Haltung auch den antisemitischen Vorwurf, Juden würden versuchen, das kroatische Volk im Auftrag der Ungarn und Deutschen auszunutzen, zu unterdrücken und zu zersetzen.⁴ Damit einher ging die Unterstellung, Juden könnten gegenüber dem neuen Staat nicht loyal sein. Dies blieb nicht ohne Folgen: In den Monaten nach der Proklamation des neuen Königreichs ereigneten sich antisemitischen Übergriffe. So markierte das Jahr 1918 einen staatlichen Neubeginn, die antijüdischen Stereotype blieben aber die alten.

Jugoslawischer Antisemitismus als Forschungsgegenstand

In der jugoslawischen Historiografie blieb das Thema Antisemitismus nahezu unerforscht. Seit den 90er-Jahren erschien eine Reihe von Artikeln und Aufsätzen, die sich mit der Frage des Antisemitismus im ersten Jugoslawien auseinandersetzten.⁵ In den letzten Jahren widmete sich vor allem der kroatische Historiker Ivo

- 4 Ivo Goldstein, Antisemitizam u Hrvatskoj, in: *Zna li se 1941–1945. Antisemitizam, Holokaust, Antifašizam*, (Die Jahre 1941–1945. Antisemitismus, Holocaust, Antifaschismus), Zagreb 1996; Dragutin Pavličević, Narodni pokret 1883 u Hrvatskoj (Volksbewegung 1883 in Kroatien), in: *Bilten ŽOZ 15* (Bulletin der Jüdischen Gemeinde Zagreb), Zagreb 1990; Hrvoje Klasić, Antisemitizam u Sisku na prijelazu stoljeća (1897–1903) (Antisemitismus in Sisak zur Jahrhundertwende), in: *Godišnjak GMS II/2001* (Gradski Muzej Sisak, Jahrbuch des Stadtmuseums Sisak), Sisak 2001.
- 5 Katrin Boeckh, Zur Judenfeindlichkeit in Kroatien: Wieweit gab es Antisemitismus bis 1941?, in: *Südosteuropa* 42 (1993) 1, S. 59–77; Holm Sundhaussen, Das „Wiedererwachen der Geschichte“ und die Juden: Antisemitismus im ehemaligen Jugoslawien, in: Mariana Hausleitner/Monika Katz (Hrsg.), *Juden und Antisemitismus im östlichen Europa*, Berlin 1995; Laslo Sekelj, Antisemitism and National Conflicts in the Former Yugoslavia, in: *Patterns of Prejudice* 37 (1993) 2; Ivo Goldstein, Antisemitizam u Hrvatskoj, in: *Zna li se 1941–1945?*; ders., *Types of Anti-Semitism*; ders., *The Jews in Yugoslavia 1918–1941*; ders., *Židovi u Zagrebu* (Juden in Zagreb), Zagreb 2004; Nebojša Popović, *Jevreji u Srbiji 1918–1941* (Juden in Serbien 1918–1941), Beograd 1997; auch die tendenziöse Arbeit von Tomislav Vuković/Edo Bojović, *Pregled srpskog antisemitizma* (Übersicht über serbischen Antisemitismus), Zagreb 1992.

Goldstein diesem Thema. Seine Untersuchungen blieben allerdings auf Kroatien begrenzt. Eine umfassende und systematische Studie über den Antisemitismus im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und im späteren Königreich Jugoslawien steht noch aus. Demzufolge ist eine Bewertung des jugoslawischen Antisemitismus kaum möglich. Fragen wie die nach der Rolle der Politik, der Parteien und der staatlichen Führung sind noch nicht hinreichend beantwortet worden. Zwar wurde in der bisherigen Forschung darauf verwiesen, dass keine jugoslawische Partei Antisemitismus in ihrem Programm führte. Dabei wurde jedoch übersehen, dass die jugoslawische Regierung unmittelbar nach der Staatsgründung antisemitische Maßnahmen anordnete, sie durchführen ließ oder nicht entschieden gegen antisemitische Aktionen eintrat. Bisher wurden in der Forschung der mangelnde Schutz vor gewalttätigen Übergriffen nach der Proklamation des Königreichs 1918, der teilweise Entzug der zugesagten Bürgerrechte bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung 1920, die Verweigerung eines Aufstiegs in Politik und Diplomatie und schließlich 1940 die Verabschiedung antisemitischer Gesetze ohne nennenswerten Widerstand stets als eine antisemitische Randerscheinung oder als Einzelfälle abgetan. Die amerikanische Historikerin Harriet Pass Freidenreich bezeichnete sie als „isolierte, unglückliche Ereignisse“,⁶ auch für den serbischen Historiker Laslo Sekelj sind die antisemitischen Ereignisse und Maßnahmen der 20er-Jahre als „isolierte“ Phänomene einzustufen.⁷ Aus dem Verhalten der jugoslawischen Regierung und der Politiker zogen Historiker bisher nicht den notwendigen Schluss, dass politischer Antisemitismus virulent war, auch wenn sich keine Partei offen zu ihm bekannte.

Auch die Frage, inwieweit die faschistischen Bewegungen der *Ustaša* in Kroatien und die des *Zbor* in Serbien, die sich Anfang der 30er-Jahre formierten, Träger des Antisemitismus im ersten Jugoslawien waren, sind in der Forschung allenfalls am Rande thematisiert worden. Nicht ausreichend geklärt worden sind ebenso folgende Fragen: Warum wurden Juden unmittelbar nach der Staatsgründung deportiert? Wer ordnete das an und warum? Die gängige Erklärung, die Regierung habe die aschkenasischen Juden für Deutsche oder Ungarn gehalten und sie deshalb

6 Harriet Pass Freidenreich, *The Jews of Yugoslavia: A quest for Community*, Philadelphia 1979, S. 184.

7 Sekelj, *Antisemitism and National Conflicts*, S. 71.

vertrieben, reicht nicht aus, zumal sich hinter dem Regierungsbeschluss das antisemitische Vorurteil verbarg, Juden könnten gar nicht jugoslawische Staatsbürger und loyal sein. Tausende Juden lebten bereits vor 1918 in den kroatischen Territorien. Der Zusammenhang zwischen dem Regierungsbeschluss und antisemitischem Gedankengut ist in der bisherigen Forschung ignoriert worden. So urteilten Historiker einmütig, dass es antisemitische Strömungen und Ausfälle im ersten Jugoslawien gegeben habe, der Antisemitismus aber zu keiner Zeit zu einer Massenbewegung avanciert sei. Auch wurde darauf verwiesen, dass es in Jugoslawien nie zu Pogromen wie in anderen ostmitteleuropäischen Staaten gekommen war. Die Ereignisse des Winters 1918/19, die ein Großteil der jüdischen Bevölkerung durchaus als Pogrom empfand, wurden lediglich als Einzelfälle gewertet.

Bisher teilten die Historiker den Antisemitismus im ersten Jugoslawien und die Jahre seiner Existenz in zwei Phasen. In der ersten Phase bis Mitte der 30er-Jahre bewerteten sie den Antisemitismus als latent und als Randerscheinung. Erst mit dem wachsenden Einfluss des Nationalsozialismus sei der Antisemitismus in Jugoslawien virulent geworden, so die einhellige bisherige Forschungsmeinung.⁸ Lediglich Ivo Goldstein machte in seiner Arbeit „Židovi u Zagrebu“ (Juden in Zagreb) deutlich, dass Juden nicht nur vereinzelt antisemitischen Maßnahmen ausgesetzt waren, sondern dass ein Großteil der jugoslawischen Juden zur Zielscheibe antijüdischer Anfeindungen wurde. Hinter diesen Angriffen standen mehrere Akteure, die zum Teil nach programmatischen Vorgaben handelten. So macht die Einteilung in zwei Phasen nur insofern Sinn, als nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 deren Einfluss auf die antisemitische Presse und die faschistischen Vereinigungen konstatiert werden kann. Zu Beginn der 20er-Jahre aber waren antisemitische Maßnahmen und Übergriffe vergleichsweise zahlreicher. Die Implikation, wonach der Antisemitismus bis Mitte der 30er-Jahre nur eine Randerscheinung war und erst nach 1933/34 virulent wurde, ist demnach überholt. Zu jeder Zeit war Antisemitismus in Jugoslawien präsent. Bisher wurde der Blick auf die Zwischenkriegszeit durch die Entwicklungen nach 1941 verstellt.

8 Sundhaussen, Das „Wiedererwachen der Geschichte“, S. 76; Boeckh, Zur Judenfeindlichkeit in Kroatien, S. 65; Freidenreich, The Jews of Yugoslavia, S. 184; Sekelj, Antisemitism and National Conflicts, S. 71.

Gewalt gegen Juden im Winter 1918/19

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen war mit einer Vielzahl rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Probleme konfrontiert.⁹ Zu den noch bis 1921 ungeklärten Fragen nach Grenzen, Verfassung und Regierung kamen die traumatischen Erfahrungen des Krieges, die nicht selten zu einem Anstieg der Gewaltbereitschaft führten. Diese gewalttätigen Übergriffe entluden sich in erster Linie gegen Juden. So richtete sich etwa der Zorn einer kleinen Menschenmenge im August 1918 in der zentral-slawnischen Stadt Daruvar gegen einen jüdischen Sänger, der beschuldigt wurde, deutsche Lieder gesungen zu haben.¹⁰ Dieses Ereignis mag zunächst als ein Einzelfall erscheinen, doch ist er symptomatisch für die Ereignisse in Nordkroatien Ende 1918 und zu Beginn des Jahres 1919. Der Protest gegen den jüdischen Sänger scheint der Auftakt zu einer Reihe weiterer antijüdischer Ausschreitungen und zu einer „Welle antisemitischer Gewalt“¹¹ gewesen zu sein. Im Herbst 1918 kam es in Kroatien und Slawonien zu schweren gewalttätigen Übergriffen, Zerstörungen und Plünderungen.¹² Diese Ausschreitungen, häufig aus sozialer Not erwachsen, offenbarten sehr bald einen antisemitischen Charakter. Deserteure und lokale Bauern griffen Juden an, weil sie in ihnen die Schuldigen für den Krieg sahen und sie gleichzeitig für die katastrophale Lage nach dem Krieg verantwortlich machten. Der antisemitische Vorwurf, Juden hätten sich am Krieg bereichert und so von ihm profitiert, machte die Runde. Die Plünderungen und Zerstörungen jüdischen Besitzes wurden durch das Verhalten der Behörden angeheizt. So verkündete etwa der Nationalrat¹³ am 3. November 1918, Juden hätten ihren Besitz

9 Näheres dazu: Holm Sundhaussen, Jugoslawien, in: Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, S. 319–324.

10 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 47.

11 Ebenda, S. 47.

12 Ivo Banac, „I Karlo je ošo u komite“. Nemiri u sjevernoj Hrvatskoj u jesen 1918 („Auch Karl ging zum Komitee“. Unruhen in Nordkroatien im Herbst 1918), in: Časopis za suvremenu povijest (ČSP, Zeitschrift für Zeitgeschichte) 24 (1992) 3, S. 23–43.

13 Der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben wurde Anfang Oktober 1918 in Zagreb als eine Art provisorischer Regierung gegründet. Er führte bis zur Proklamation des SHS die Regierungsgeschäfte in Slowenien und Kroatien. Zusätzlich wurden auf lokaler Ebene sogenannte Lokale Nationalräte als politische Unterorgane in den jeweiligen Provinzen gegründet. Vgl. Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, S. 37 f.; Hodimir Sirotković, O

während des Krieges deutlich vergrößert.¹⁴ Zwei Tage zuvor hatte der Vorstand des Nationalrates noch erklärt, die Ausschreitungen in Nordkroatien hätten keinen antisemitischen Charakter. In der Erklärung hieß es weiter, dass, falls antisemitische Vorstellungen doch eine Rolle spielten, dies nur auf vereinzelt Ortschaften zuträfe, und der Nationalrat sie entschieden verurteilen würde.¹⁵ Diese halbherzige Erklärung war zwei Tage später obsolet, als der gleiche Rat die Angriffe gegen Juden mit der angeblichen jüdischen Besitzvergrößerung rechtfertigte.

Der Lokale Nationalrat in Vrbanje, einer Kleinstadt in Ostslawonien, verkündete Anfang Dezember, Juden und Reiche wären im Gegensatz zu Bauern von allen Kriegsfolgen verschont geblieben. Ein Bauer etwa könne nicht verstehen, warum Juden und Reiche immer noch selbst entscheiden könnten, wie viel Steuern sie zahlen wollten.¹⁶ Mit solchen Aussagen nährten die Behörden antisemitische Ressentiments und verhalfen den Angriffen gegen Juden zu einem legalen Charakter, weil sie eine Begründung für den Raub jüdischen Besitzes lieferten.

Nach Berichten der kroatischen Zeitschrift „Židov“ (Der Jude) im November 1918 wurde in der nordostkroatischen Stadt Ilok in Folge von gewaltsamen Plünderungen nahezu der gesamte Besitz von 27 jüdischen Familien zerstört.¹⁷ „Židov“ berichtete Ende 1918 und zu Beginn 1919 mehrmals über zahlreiche weitere Angriffe auf Juden und deren Besitz. Jüdische Häuser und Geschäfte wurden geplündert und demoliert. In Nova Gradiška wurden mehrere jüdische Häuser in Brand gesteckt, die Synagoge geplündert und so schwer beschädigt, dass sie abgerissen werden musste.¹⁸ Laut „Židov“ waren neben Bauern auch Angehörige der Oberschicht an den Plünderungen beteiligt oder kauften gar den gestohlenen jüdischen Besitz zu günstigen Preisen.¹⁹ Dies führte schließlich dazu, dass viele jüdische Familien vertrieben wurden. Viele von ihnen gingen nach Zagreb, da sie ihrer Lebensgrundlage

nastanku, organizaciji, državnopravnim pitanjima i sukcesiji Države SHS nastale u jesen 1918. (Über die Entstehung, Organisation, staatsrechtlichen Fragen und die Sukzession des Staates SHS entstanden im Herbst 1918), in: ČSP 24 (1992) 3, S. 64.

14 Banac, Nemiri, S. 28 f.

15 Židov, 22/1918, zit. nach Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 51.

16 Banac, Nemiri, S. 29.

17 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 47 f.

18 Zit. nach ebenda, S. 48 f.

19 Banac, Nemiri, S. 29.

beraubt worden waren und keine sichere Zukunft mehr in den jeweiligen Orten sahen. Aber auch Zagreb blieb von antijüdischen Maßnahmen nicht verschont. Auf Antrag der sozialdemokratischen Partei wurden Razzien in Geschäften durchgeführt, um versteckte Lebensmittel zu finden. Es war wohl mehr als ein Zufall, dass die meisten der 120 beschuldigten und durchsuchten Läden Juden gehörten.²⁰ Sowohl die Razzien als auch die Plünderungen und Zerstörungen in vielen Ortschaften Kroatiens sind oft als Einzeltatzen im Kontext sozialer Unruhen und unsicherer ökonomischer Lage gewertet worden.²¹ Auch wenn nicht nur jüdische Geschäfte von den sozialen Unruhen betroffen waren, so haben die Untersuchungen des kroatischen Historikers Ivo Banac deutlich gemacht, dass jüdische Händler wesentliche Ziel der Plünderer waren.²² In mehr als zwanzig Städten und größeren Dörfern wurden Juden angegriffen. In Stubica, einer Kleinstadt nördlich von Zagreb, wurden jüdische Gräber geschändet und in Daruvar verlangten 56 Mitglieder der Armee des Nationalkomitees, Juden sollten die Nationalarmee verlassen und ihre Waffen abgeben.²³

Die zahlreichen Angriffe auf jüdischen Besitz, die Äußerungen der Behörden sowie die Schändung jüdischer Gräber und Synagoge zeigen, wie latent vorhandene antisemitische Einstellungen und Vorurteile innerhalb der Bevölkerung vor dem Hintergrund einer gespannten und unsichern politischen Lage virulent werden konnten. Kommentare in „Židov“ allerdings widersprachen der verbreiteten Meinung, es gebe einige Kreise, die die Ausschreitungen 1918 als bloße Reaktion auf den Hunger des Volkes zurückzuführen versuchten: „Es handelt sich weder um eine heilige Verbitterung, noch um Rache, noch um ein hungriges Volk. Presse, Intelligenz und Beamte haben das Volk seit Jahren und Monaten und vor allem in den letzten Wochen gegen Juden aufgehetzt. Sie gaben ihnen Waffen und Schnaps. Der Pogrom begann.“²⁴ Viele Juden empfanden die wochenlang dauernden Angriffe in Nordkroatien als Pogrome und sahen ihre Lage als äußerst bedrohlich.

Vor antisemitischen Parolen schreckten in dieser Zeit auch kroatische Politiker nicht zurück. So verkündete der Führer der Kroatischen Republikanischen Bauern-

20 Ebenda, S. 49.

21 Freidenreich, *The Jews of Yugoslavia*, S. 184.

22 Banac, *Nemiri*, S. 28.

23 Ebenda, S. 28 f.

24 *Židov* 23/1918, zit. nach Goldstein, *Židovi u Zagreb*, S. 50.

partei, Stjepan Radić, im November 1918 bei einer Parteiveranstaltung, „es reicht nicht, dass ihr die Juden ausraubt, man muss ihnen die Haut abziehen. Mit einem Bündel sind sie gekommen, mit einem Bündel sollen sie gehen. Sie vertreiben, sie entmachten!“²⁵ Radić hatte sich bereits zu Beginn des Jahrhunderts und in seiner Position als Führer der Bauern immer wieder durch antisemitische Äußerungen hervorgetan. Auch wenn er sich gegen Ende seines Lebens von diesen distanzierte, änderte es zunächst wenig daran, dass er immer wieder, so auch in den Herbstunruhen und in den folgenden Jahren Politik und Stimmung mit antijüdischen Äußerungen machte.²⁶ Es lässt sich nicht feststellen, ob Radićs Aufruf an die Bauern die Plünderungen und gewalttätigen Ausschreitungen gegen Juden verstärkte. Es ist aber bezeichnend, dass der berühmteste und wichtigste Politiker Kroatiens in jener Situation nicht zum Schutz der Juden, sondern zu ihrer Vertreibung aufrief.

Die Rolle der Presse

Die Unruhen in Nordkroatien wurden auch durch Polemiken in der Presse begleitet. Zur Überraschung der Zeitschrift „Židov“ veröffentlichten auch die als liberal geltenden Zeitungen „Agramer Tagblatt, Obzor“ (Horizont) und die sozialistische „Sloboda“ (Freiheit) antisemitische Äußerungen. „Sloboda“ schrieb, die Juden hätten sich während des Krieges durch Betrug an den Bauern bereichert. Durch ihr Verhalten hätten sie Hass und Verachtung hervorgerufen, das Volk würde über diese hochmütige Bande jetzt urteilen.²⁷ „Obzor“ beschuldigte Juden, sie hätten das kroatische Volk mit Schnaps und Wucher vergiftet.²⁸

Die jugoslawische Presse sollte in den folgenden Jahren zum Hauptträger antisemitischer Angriffe werden. In allen Landesteilen verbreiteten Zeitungen verschiedener politischer Richtungen, darunter liberale und demokratisch-gesinnte, antisemitische Parolen und Beschuldigungen. Die jüdische Zeitschrift „Židov“ ließ 1919 keinen Zweifel über die Intensität der Presseberichterstattung aufkommen: „Unser

25 Ebenda, S.49.

26 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 72–76; Ivo Goldstein, Stjepan Radić i Židovi (Stjepan Radić und Juden), in: Radovi (Arbeiten) 29 (1996).

27 Sloboda, Zagreb, 10. 12. 1918; zit. nach Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 50.

28 Obzor, Zagreb, 20. 10. 1918, zit. nach ebenda, S. 51.

Zeitungswesen führt eine systematische Hetzjagd gegen Juden.²⁹ Ähnlich äußerten sich die Autoren der Zeitung auch 1922, als Juden in der Vojvodina mit Vertreibungen gedroht wurde.³⁰ Nach den Ergebnissen der Forschung von Ivo Goldstein hetzten zahlreiche jugoslawische Zeitungen und Zeitschriften aus verschiedenen Anlässen und aus unterschiedlichen Gründen gegen Juden. So wurden Juden von den Zeitungen „Hrvat“ (Kroate) 1919 und von „Hrvatska Privreda“ (Kroatische Wirtschaft) 1924 wegen ihrer angeblichen Vormachtstellung in der heimischen Wirtschaft angegriffen. „Privreda“ rief gar zum Boykott namentlich genannter Geschäfte auf.³¹ Die „Večernje novosti“ (Abendnachrichten) aus Sarajevo warfen der jüdischen Gemeinde vor, sie würde mit Bauland und Wohnungen spekulieren.³² Die Blätter „Otpor“ (Widerstand) und „Vatra“ (Feuer) unterstützten 1925 den Kampf der „Jugoslawen gegen Fremde“, weil diese Sklaven im eigenen Haus wären. In „Vatra“ wurde behauptet, Zionisten würden die Weltwirtschaft als Geisel halten, in „Otpor“ wurde in der Diskussion um Juden die moderne Rassentheorie propagiert.³³

Auch die katholische Presse machte vor heftigen antisemitischen Angriffen nicht Halt. Zu Beginn der 20er-Jahre, vor allem in den Zeitungen „Norodna politika“ (Volkspolitik) und „Luč“ (Fackel), wurden in mehreren Ausgaben Juden als Spione, als Herrscher über die Parteien und als eine Gefahr für kulturelles und ökonomisches Leben bezeichnet.³⁴ „Narodna politika“ bemühte sich 1920, ein „jüdisches Problem“ herbei zu schreiben und schürte die für die antisemitische Agitation typischen Ängste, wonach es in Kroatien und Slawonien viel mehr Juden als vor dem Krieg gebe und diese Länder zu einem „Eldorado für Juden“ geworden wären.³⁵ Die Zeitung „Luč“ veröffentlichte im Mai 1920 einen Text mit dem Titel „Junges Judea“, der zunächst zu einer öffentlichen Diskussion und dann zum antisemitischen Memorandum kroatischer Studenten führte. Der anonyme Autor griff jüdische Studenten in Zagreb an, weil sie ausschließlich Deutsch sprachen, obwohl

29 Židov, zit. nach ebenda, S. 133.

30 Ebenda, S. 141.

31 Ebenda, S. 144.

32 Ebenda, S. 145.

33 Ebenda S. 148 f.

34 Ivo Goldstein, The Catholic Church in Croatia and the „Jewish Problem“, 1918–1941, in: East European Jewish Affairs 33 (2003) 2, S. 121.

35 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 135.

Deutsch zum damaligen Zeitpunkt eine der Geschäftssprachen der Universität war.³⁶ Folge der Kampagne dieser klerikalen Zeitung war, dass 340 Zagreber Medizinstudenten Anfang Juni 1920 eine Petition unterschrieben, die die Einführung eines Numerus clausus für einheimische Juden und den Ausschluss „ausländischer“ Juden forderte. Obwohl 39 Prozent der Studenten sich der Petition anschlossen, wurde ihre Initiative abgelehnt.³⁷ Das „Agramer Tagblatt“ führte in dem Artikel „Das Aufflackern des Antisemitismus“ vom Juni 1920 die Initiative des Blattes „Luč“ auf die studentischen Proteste gegen Juden in Wien zurück und meinte, dies wäre ein organisierter Angriff der Katholiken unter einem populären antisemitischen Motto gegen einen Teil der Hörer an der medizinischen Fakultät.³⁸

Die breit angelegte Studie von Ivo Goldstein zum Antisemitismus in der jugoslawischen Presse machte deutlich, dass Redaktionen und Journalisten problemlos antisemitisches Gedankengut veröffentlichen konnten und dabei, abgesehen von den jüdischen Blättern, keinen nennenswerten Widerstand erfuhren. Im Gegenteil, liberal und demokratisch gesinnte Zeitungen wie „Obzor“ oder „Riječ SHS“ (Wort SHS) schreckten ebenfalls vor Angriffen gegen Juden nicht zurück. Über die Leserschaft und das Leseverhalten der Menschen in Jugoslawien bzw. über ihre Reaktionen auf antijüdische Berichterstattung gibt Goldsteins Studie kaum Aufschluss. Anzunehmen ist allerdings, dass die antijüdischen Artikel auf breite Zustimmung stießen, sonst wären solche Beiträge nicht über Jahre hinweg in einer Fülle von Blättern erschienen.

Die jüdische Zeitschrift „Židov“ beobachtete die Entwicklungen der ersten Jahre des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen genau und ist daher eine wichtige Quelle bei der Erforschung des Antisemitismus im ersten Jugoslawien. Die Zeitschrift berichtete nicht nur über die zahlreichen antisemitische Maßnahmen der jugoslawischen Führung und Gesellschaft, sondern auch über den Ausschluss von Juden aus Handel und Industrie und über die Forderung der Nationalarmee vom November 1918, alle Juden sollten aus ihren Reihen austreten, weil sie nicht vertrauenswürdig seien.³⁹ Die Diskriminierung von Juden bei der Berufsausübung blieb während der gesamten Zeit des ersten Jugoslawien bestehen. Vor allem der

36 Ebenda, S. 136.

37 Ebenda, S. 136 f.; Freidenreich, *Jews of Yugoslavia*, S. 183.

38 Goldstein, *Židovi u Zagrebu*, S. 136.

39 Ebenda, S. 63.

Zugang zur Diplomatie wurde ihnen erschwert, häufig gar verwehrt.⁴⁰ 1938 lehnte es das Außenministerium ab, den serbischen Juden Hartman-Reineburg aufgrund seiner jüdischen Herkunft zum Konsul in Budapest zu ernennen. Im gleichen Jahr verweigerte die Regierung die Ernennung von Imre Kemenyi zum albanischen Honorarkonsul in Dubrovnik, mit der Begründung, er sei Jude.⁴¹

Vertreibungen

Im Frühjahr 1919 wurden landesweit antijüdische Maßnahmen umgesetzt. Im Mai 1919 begannen die Deportationen von Juden aus Bosnien und Kroatien. Die lokale politische Führung war der Meinung, dass diejenigen Juden, die erst mit der Staatsgründung auf das Territorium des neuen Staates gelangt waren, nicht das Recht auf die Staatsbürgerschaft des neuen Landes hätten. Daher betrachteten sie ihre Vertreibung als legitim und notwendig.⁴² Zunächst wurden bosnische Aschkenasim vertrieben. Einige von ihnen irrten eine Zeit lang durch Nordkroatien, konnten aber nach erfolgreichen Protesten der jugoslawischen und internationalen jüdischen Organisationen auf der Pariser Friedenskonferenz zurückkehren.⁴³ Einige der bosnischen Juden blieben in ihren Zufluchtsorten in Italien, Ungarn und Österreich. Unmittelbar nach den Aktionen in Bosnien sollten rund 600 jüdische Familien innerhalb von 24 Stunden aus Zagreb vertrieben werden. Nach der Intervention jüdischer Organisationen wurden die Maßnahmen abgebrochen, einige Familien allerdings mussten trotzdem ihre Häuser verlassen.⁴⁴ Obwohl in der Öffentlichkeit von der Vertreibung der „Fremden“, nicht der Juden, gesprochen wurde, verurteilte das Zagreber liberale Blatt „Obzor“, das während der antijüdischen Ausschreitungen eine ambivalente Haltung eingenommen hatte, die Aktionen und erklärte, sie wären antisemitisch und würden sich nicht mit den modernen Grundsätzen einer Demokratie vertragen.⁴⁵ Auch wenn die

40 Andrea Feldman, *Gospodjica Ashkenazy žali* (Fräulein Ashkenazy weint), in: Zbornik Mirjane Gross, Zagreb 1999, S. 356.

41 Sekelj, *Antisemitism and National Conflicts*, S. 70.

42 Ebenda, S. 63.

43 Freidenreich, *The Jews of Yugoslavia*, S. 182 f.; Goldstein, *Židovi u Zagrebu*, S. 63.

44 Ebenda.

45 Ebenda, S. 64.

groß angelegten Vertreibungen auf Grund der internationalen Proteste ausgesetzt wurden, kam es im Winter 1919/1920 erneut zu Vertreibungen in Bosnien und Südserbien, dem heutigen Mazedonien. Anfang Januar 1920 berichtete das Kulturbblatt „Židovska svijest“ (Jüdische Besinnung) aus Sarajevo, dass selbst Juden vertrieben wurden, deren Kinder in der jugoslawischen Armee dienten.⁴⁶ Drei Wochen später protestierte das Blatt mit der Schlagzeile „Auch du, Jugoslawien?“ gegen die Vertreibungen.⁴⁷ In den folgenden Monaten und Jahren wurden immer wieder Familien und Einzelpersonen vertrieben.⁴⁸ Wer konkret diese Maßnahmen angeordnet hat und welche Ziele damit verfolgt wurden, ist noch immer ein Desiderat der Forschung. Dies gilt auch für eine entsprechende Kontextualisierung in der Geschichte des Antisemitismus Jugoslawiens.

Antisemitische Ausschreitungen ereigneten sich in den 20er-Jahren in nahezu allen größeren jugoslawischen Städten. Bei Demonstrationen in Zagreb gegen die italienische Okkupation von Rijeka durch Gabriele d’Annunzio skandierte die Menge antisemitische Parolen, weil sie d’Annunzio irrtümlicherweise für einen Juden hielt.⁴⁹ Ebenfalls in Zagreb wurden im Oktober 1919 bei einer Demonstration Juden, die gerade aus der Synagoge kamen, antisemitisch beschimpft. Die Proteste waren die Folge eines Streiks, bei dem „die Juden“ als Streikbrecher beschuldigt wurden.⁵⁰ Hinter solchen Vorfällen und Angriffen steckte in der Regel stets das gleiche antisemitische Motiv, Juden wären Verräter und illoyal.⁵¹ Im März 1922 ereigneten sich erneut gewalttätige Übergriffe gegen Juden. In Bitol, Mazedonien wurde ein Jude gemäß der antisemitischen Ritualmordlegenden beschuldigt, ein Kind entführt und rituell geschlachtet zu haben. Eine aufgebrachte Menge stürmte das jüdische Viertel, die Armee konnte die Menge aber zurückhalten und den Beschuldigten so vor einem Lynchmord bewahren. Einige Zeit später stellte sich heraus, dass überhaupt kein Kind vermisst wurde.⁵² Über Ritualmordbeschuldigungen und

46 Ženi Lebel, *Plima i slom: Iz istorije Jevreja vardarske Makedonije* (Flut und Bruch: Aus der Geschichte der Juden aus Vardar-Mazedonien), Gornji Milanovac 1990, S. 217.

47 *Židovska svijest* vom 6. 2. 1920, zit. nach ebenda, S. 217.

48 Goldstein, *Židovi u Zagrebu*, S. 64.

49 Goldstein, *The Jews in Yugoslavia*, S. 4.

50 Ebenda, S. 4.

51 Ebenda.

52 Lebel, *Plima i slom*, S. 234.

-prozesse auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien ist nur wenig bekannt. Nach Untersuchungen der amerikanischen Historikerin Harriet Pass Freidenreich kursierten im September 1928 in Petrovo Selo, einer Kleinstadt in der Vojvodina, ähnliche Gerüchte wie in Mazedonien. Allerdings ging sie diesen nicht näher nach, sodass nicht klar ist, woher diese Gerüchte kamen und welche Folgen sie hatten. Freidenreich behauptete jedenfalls, dass die Beschuldigungen schnell abklangen.⁵³ Da es aber Zeitungsberichte, vor allem in „Židov“, darüber gab, zeigten dieser und der mazedonische Fall, dass es auch noch in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts in einigen Teilen Jugoslawiens zur Aktivierung archaischer antijüdischer Ressentiments kommen konnte und dass ein negatives Bild vom Juden in vielen Teilen der Gesellschaft tief verwurzelt war.

Antisemitische Vorkommnisse bei den Wahlen von 1920 und 1925

Tradierte antisemitische Stereotype und jahrelang kultiviertes Misstrauen gegenüber Juden als Fremden blieben nicht ohne Einfluss bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung im November 1920. Auf Grund der unklaren Staatsbürgerschaftsklausel der Friedensverträge, wonach Bewohner der ehemaligen österreichisch-ungarischen Territorien und diejenigen, die sich nach Sprache und „Rasse“ von der Mehrheit unterschieden, wählen durften, welche Staatsbürgerschaft sie annahmen, entschieden jugoslawische lokale Behörden willkürlich, ob sie Juden zur verfassunggebenden Wahl zuließen oder nicht.⁵⁴ Ihrer Ansicht nach waren sie keine jugoslawischen Staatsbürger und unterstellten ihnen, sie würden sich für die österreichische, ungarische oder eine andere Staatsbürgerschaft entscheiden. Juden, die also bereits seit Jahrzehnten in Kroatien lebten, mussten, anders als ihre nicht-jüdischen Mitbürger, für ihren rechtlichen Status kämpfen und beweisen, dass sie nach den Verträgen von Saint-Germain das Recht auf die jugoslawische Staatsbürgerschaft und demnach auch das Recht auf Eintrag in die Wählerlisten hatten. In Sarajevo gingen zweitausend Menschen auf die Straße, um gegen die judenfeindliche Auslegung der Verträge zu protestieren.⁵⁵ Bosnische Juden wurden schließlich

53 Freidenreich, *Jews of Yugoslavia*, S. 184.

54 Ebenda, S. 183; Goldstein, *Židovi u Zagrebu*, S. 66.

55 Freidenreich, *Jews of Yugoslavia*, S. 183.

zur Wahl zugelassen, Teile der kroatischen ebenfalls, während die Juden in der Vojvodina und in Srijem nicht wählen durften.⁵⁶ Die sozialistisch orientierte Zagreber Zeitung „Slobodne novine“ (Freie Zeitung) bezeichnete diese Praxis der jugoslawischen Behörden als einen „Skandal, den sich nicht einmal die christlich-soziale antisemitische Regierung in Ungarn erlauben würde“.⁵⁷ Die fragwürdige Entscheidung der Regierung, Juden, aber auch deutsche und ungarische Minderheiten von den Wahlen fernzuhalten, stieß auf Kritik bei mehreren Zeitungen, die vor allem das Prinzip der Gleichberechtigung aller Bürger verletzt sahen. Weil andere Minderheiten von der Wahl ebenfalls ausgeschlossen wurden, mag man verleitet sein, der Praxis der jugoslawischen Behörden eher einen xenophoben als einen antisemitischen Charakter zuzuschreiben. Auch das Vorgehen der Regierung zeigt, dass die Furcht vor der de facto vorhandenen multinationalen Zusammensetzung der Bevölkerung groß war. Mit Verboten und Exklusion sollte der Ist-Zustand revidiert werden.

Fünf Jahre später waren Juden bei den Parlamentswahlen erneut mit einer Welle antisemitischer Anfeindungen konfrontiert. Scheinbar hatte eine große Zahl der bosnischen Juden für die führende serbisch-dominierte Partei der Radikalen gestimmt. Als das Regierungslager unter Führung der Radikalen die absolute Mehrheit erhielt, hieß es in der „Pravda“ (Gerechtigkeit), dem Organ der „Jugoslawischen Muslimischen Organisation“ (JMO), Juden unterstützten den Feind der Muslime. Sie hätten dies nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Geldgier getan.⁵⁸ Der von der muslimischen Organisation initiierte Boykott gegen jüdische Geschäfte blieb allerdings erfolglos.⁵⁹ Die Polizei beschlagnahmte die Ausgabe der „Pravda“, wobei unklar bleibt, ob dies wegen der antisemitischen Äußerungen oder wegen der Kritik an der Regierungspartei geschah. Die „Pravda“ erklärte einige Tage später, Juden wären selbst schuld, dass die Zeitung jetzt eine antijüdische Position veretrete.⁶⁰ Die bosnische demokratisch orientierte Zeitschrift „Narod“ (Volk) unterstellte, die Entscheidung für die Partei der Radikalen sei für die Juden nichts weiter als ein Handelsgeschäft gewesen, da sie von der Nationalbank einen hohen Kredit

56 Ebenda, S. 183; Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 67 f.

57 Slobodne novine, 9. 10. 1920; Zagreb, zit. nach Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 67.

58 Ebenda, S. 145 f.

59 Freidenreich, Jews of Yugoslavia, S. 183 f.

60 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 146.

erhalten hätten.⁶¹ Die Zeitung der „Kroatischen Landarbeiter Partei“ in Bosnien, „Hrvatska sloga“ (Kroatische Einigkeit), drohte den Juden mit Boykottmaßnahmen, sollten sie weiter für die Radikalen stimmen.⁶² Interessanterweise verbreiteten auch die Blätter, die den Radikalen nahe standen, eine ganze Palette antisemitischer Stereotype. Sie warfen den Juden vor, die Serben auszunutzen und die kommunistische Bewegung zu unterstützen.⁶³ An den Polemiken in einigen Teilen der Presse anlässlich der Wahlen 1925 zeigte sich wieder einmal, dass Juden für Entwicklungen haftbar gemacht wurden, die sie nicht beeinflussen konnten. Es schien weiten Teilen der Gesellschaft ein Leichtes zu sein, in Juden die Schuldigen für alle Versäumnisse und Krisen auszumachen und antijüdische Parolen zu verbreiten. Dies änderte sich auch in den nächsten Jahren nicht. Immer wieder erschienen antisemitische Angriffe und Äußerungen in der jugoslawischen Publizistik. Neben antisemitischen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften wurden in den Jahren 1925 bis 1928 erstmals in serbo-kroatischer Sprache Auszüge der „Protokolle der Weisen von Zion“, der antisemitischen Fälschung aus den zaristischen Russland, in der „Nova Revija vjeri i nauci“ (Neue Revue des Glaubens und der Lehre) publiziert, deren Herausgeber Petar Grabić Professor für katholische Theologie und bekennender Antisemit war.⁶⁴ 1930 erschienen „die Protokolle“ als Buch. Einer der bekanntesten Zionisten Jugoslawiens, Cvi Rothmüller, reagierte in „Židov“ unaufgeregt und äußerte die Zuversicht, die Öffentlichkeit werde diese Schrift durchschauen. Darauf erwiderte ein gewisser M. Tomić, Redakteur der „Nova Revija“, in seinem Blatt, die Herausgabe der Protokolle sei eine Notwendigkeit der Selbstverteidigung, da die Juden beabsichtigten, die ganze Welt zu beherrschen.⁶⁵

Königsdiktatur und Einfluss des Nationalsozialismus

Mit der Errichtung der Königsdiktatur im Januar 1929 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt, das Parlament aufgelöst, jegliche Parteientätigkeit verboten und das

61 Ebenda, S. 146.

62 Ebenda, S. 147.

63 Ebenda, S. 148.

64 Ivo Goldstein, *Holokaust u Zagrebu (Holocaust in Zagreb)*, Zagreb 2001, S. 32.

65 Ebenda.

Land in Königreich Jugoslawien umbenannt. König Alexander verfolgte das Ziel eines jugoslawischen Unitarismus und eines staatlichen Zentralismus.⁶⁶ Es liegt auf der Hand, dass Unterdrückung und Kontrolle schnell auf Widerstand verschiedener Gruppen und Völker stießen. Für die Juden Jugoslawiens allerdings begann mit der Königsdiktatur die ruhigste Phase, weil Gesellschaft und Presse sich den diktatorischen Kontrollmechanismen fügen mussten. Im Dezember 1929 verabschiedete der König das „Gesetz über die religiösen Gemeinden der Juden im Königreich Jugoslawien“, mit dem erstmals die Belange der jüdischen Gemeinden geklärt und auf eine rechtliche Basis gestellt wurden. Die Gemeinden konnten sich fortan selbst verwalten und ihre Finanzierung wurde geregelt.⁶⁷ Die Juden Jugoslawiens begrüßten das Gesetz. Dies spiegelte sich auch in den jüdischen Presseorganen, die Blätter „Židov“ und „Jevrejski glas“ (Jüdische Stimme) äußerten sich wohlwollend über den König,⁶⁸ da die Regierung im Gegenzug zur Gewährung religiöser Freiheit unablässige Loyalitätsbekundungen verlangte. Auch die jüdischen Gemeinden kamen in der Regel diesen Forderungen nach, sie ließen in den Synagogen Gottesdienste für den König halten, in Palästina Gedenkwälder für die Königsfamilie pflanzen und bemühten sich, einen engen und guten Kontakt mit der Königsfamilie zu pflegen.⁶⁹ Das dalmatinische Blatt „Il littorale dalmatico“ nannte das Königreich Jugoslawien spöttisch eine „jüdische Idylle“.⁷⁰ Wer sich nicht loyal verhielt, wurde betrafft. 1937 wurde der Repräsentant der Juden aus Skopje, Moshe Behar, zu einer Zahlung von 15 Tagessätzen verurteilt, weil er an einer Teeveranstaltung, zu der die Königin während ihres Besuchs in Skopje geladen hatte, aus Krankheitsgründen nicht teilnahm.⁷¹

Das Wohlwollen des Königs einerseits und die wachsende Akzeptanz der Juden in der Gesellschaft andererseits führten dazu, dass antisemitische Ausfälle in der Presse abnahmen. Auch antisemitische Aktionen gingen zurück, blieben allerdings nicht vollständig aus. Im Oktober 1932 wurden das Haus der Jüdischen Gemeinde sowie Versammlungsorte Zagreber Juden mit Hakenkreuzen beschmiert.⁷² Im

66 Sundhaussen, *Geschichte Jugoslawiens 1918–1980*, S. 77–89.

67 Goldstein, *Židovi u Zagrebu*, S. 320.

68 Ebenda, S. 319.

69 Goldstein, *Jews in Yugoslavia*, S. 6; ders., *Židovi u Zagrebu*, S. 321 f.

70 Goldstein, *Jews in Yugoslavia*, S. 5.

71 Lebel, *Plima i slom*, S. 219.

72 Goldstein, *Holokaust*, S. 32.

gleichen Jahr führte eine nationalistisch orientierte kroatische Schauspieltruppe erfolgreich Stücke vor, in denen Juden karikiert und diffamiert wurden.⁷³ Immer wieder veröffentlichten Blätter wie die katholische „Luč“, die Zagreber „Hrvatska straža“ (Kroatische Wache), „Slobodna riječ“ (Freies Wort) aus Sarajevo und sogar die regierungsnahen „Pravda“ in Belgrad antisemitische Texte.⁷⁴ Auch örtliche Polizeibehörden schreckten nicht davor zurück, Juden pauschal als Kommunisten und als „Hauptträger zersetzender Elemente“ in ihren Akten zu führen.⁷⁵ Dennoch schienen die jugoslawischen Juden bis zur Ermordung König Alexanders 1934 in Marseille auch die nach Januar 1933 zunehmende antisemitische Polemik nicht als bedrohlich zu empfinden. Die, so Goldstein, „herzliche Phase“ zwischen dem König und den jugoslawischen Juden endete mit seinem Tod.⁷⁶

Der wachsende Einfluss der nationalsozialistischen Ideen durchdrang allmählich die jugoslawischen Presse und Gesellschaft. Bereits im März 1933 rief eine Gruppe, die sich „Kroatische Nationalisten“ nannte, mit Flugblättern zum „Boycott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Anwälte“ in Zagreb auf.⁷⁷ Den örtlichen Polizeiverzeichnissen zufolge blieb der Boykottaufruf in Zagreb ohne Wirkung. Die Flugblätter wurden auch in Zagreber Vorstädten an die Häuser geklebt. Ob und welche Wirkung sie hatten, ist unbekannt. Einen Monat später erschien der gleiche Aufruf in deutscher und kroatischer Sprache im „Völkischen Beobachter“, gezeichnet von den „Kroatischen Nationalisten“.⁷⁸ 1936 wurden erneut Flugblätter mit Boykottaufrufen gegen Juden in Zagreb verteilt, bald darauf aber beschlagnahmt. Der Staatsanwalt versicherte dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, es werde alles Nötige dagegen getan werden.⁷⁹

Seit 1934 wurden neben antisemitischen Artikeln auch zunehmend antisemitische Broschüren gedruckt und verbreitet. In Slawonien verteilte ein Priester ein Heft mit dem Titel „Warum vertreiben sie in Deutschland Juden“, in dem das nationalsozialistische Vorgehen gerechtfertigt wurde. Kurz darauf wurden Verbreitung

73 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 387.

74 Ebenda, S. 382–385.

75 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 328.

76 Ebenda, S. 329.

77 Goldstein, Holocaust, S. 31; Freidenreich, Jews, S. 184.

78 Goldstein, Holocaust, S. 30.

79 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 390.

und Verkauf der Broschüre verboten. 1935 gab die „Kroatische akademische Kulturgesellschaft“ eine Serie von Heften heraus, darunter eines mit dem Titel „Jüdische Freimaurer“, in dem Juden vorgeworfen wurde, sie würden den jugoslawischen Staat zersetzen. In der gleichen Serie erschien auch der Titel „Wer regiert Russland? – Juden“.⁸⁰ Die strenge Zensur in Jugoslawien führte dazu, dass antisemitische Zeitungen und Zeitschriften meist bald nach ihrem Erscheinen wieder eingestellt wurden. Dies hatte allerdings keinen nennenswerten Erfolg. Sobald eine Redaktion schloss, eröffneten meistens die gleichen Antisemiten eine neue und ließen die gleichen Zeitungen unter anderem Namen erscheinen. Der Zensur wichen sie aus, indem sie Flugblätter, Einzelhefte oder Broschüren publizierten. Über ein Dutzend antisemitischer Zeitschriften erschienen in Kroatien ab 1933. Das Zagreber Blatt „Savremena senzacija“ (Zeitgenössische Sensation) drohte Juden, sie zu bekämpfen, bis sie vertrieben waren.⁸¹ Insbesondere zwei kroatische Zeitungen, hinter denen Sympathisanten der Ustaša standen, verbreiteten rassistische antisemitische Polemiken: „Mlada Hrvatska“ (Junges Kroatien), die zwischen 1936 und 1938 erschien und „Nezavisnost“ (Unabhängigkeit), die ab 1938 publiziert wurde. „Nezavisnost“ bezeichnete Juden als „das höchste Unglück für die kroatische Wirtschaft“.⁸² „Mlada Hrvatska“ veröffentlichte wiederholt den Slogan „Bewusste Kroaten kaufen nur bei Einheimischen. Wer beim Fremden kauft, verkauft seine Heimat“.⁸³ „Fremde“ waren für sie „die Juden“. Beide Zeitungen bedienten sich einer ganzen Reihe von Feindbildern, um Vorurteile und Abneigungen gegen Juden zu schüren. Liberale Blätter wie „Jutarnji List“, „Obzor“ oder „Večer“ verurteilten Angriffe gegen Juden und machten in ihrer Berichterstattung auf die bedrohliche Lage der Juden in Deutschland aufmerksam.⁸⁴ Die Schlagzeilen in den Belgrader Zeitschriften „Balkan“ und „Novi Balkan“ (Neuer Balkan) ähnelten denen in Kroatien.⁸⁵ Mit solchen Beschuldigung wurden niedere Instinkte der Masse geweckt und bekannte Stereotype transportiert. 1937 erschien in Petrovgrad das Magazin „Erwache“, das der serbisch-faschistischen „Zbor“-Bewegung nahestand. Sein antisemitischer Inhalt war deutschen

80 Ebenda, S. 391 f.

81 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 392-399.

82 Mlada Hrvatska, 1/1936; zit. nach Goldstein, Antisemitizam, S. 35.

83 Mlada Hrvatska, 33/1937; 2/1938 und weitere; zit. nach ebenda.

84 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 400.

85 Goldstein, Types of Anti-Semitism, S. 13.

Blättern entlehnt, selbst die aus dem Berliner Antisemitismusstreit stammende Parole von Heinrich von Treitschke „die Juden sind unser Unglück“ wurde in deutscher Sprache abgedruckt.⁸⁶ „Zbor“ war von dem serbischen Faschisten und bekennendem Antisemiten Dimitrije Ljotić gegründet worden, der die Bewegung auch führte. Das Parteiorgan der „Zbor“-Bewegung, „Naš put“ (Unser Weg), war voller antisemitischer Anfeindungen.⁸⁷ Auch die slowenischen Zeitungen „Jutro“ (Morgen) und „Slovenec“ (Slowene) agierten regelmäßig mit antijüdischen Äußerungen. „Jutro“ empfahl den Kroaten, Juden aus allen Ämtern und Positionen auszuschließen. „Slovenec“ machte Juden für alles Übel der Welt verantwortlich und beschuldigte sie, Slowenien und die slowenische Industrie infiltriert zu haben.⁸⁸ Auch waren weder Blätter der jugoslawischen Arbeiterbewegung wie das Belgrader „Radničko jedinstvo“ (Arbeitereinheit) noch katholische Zeitschriften frei von antisemitischen Beschuldigungen.⁸⁹ Dagegen verurteilte die führende katholische Zeitung, „Katolički list“ (Katholisches Blatt), Rassismus und Antisemitismus.⁹⁰

Weite Teile der jugoslawischen Presse wurden zum Hauptträger antisemitischer Ideen und Gedanken. Die finanzielle Unterstützung kam zu einem erheblichen Teil aus Deutschland. 1936 war die antisemitische Propaganda in Jugoslawien so massiv, dass sie der Bund der jüdischen Gemeinden auf seinem sechsten Kongress zu seinem Hauptthema machte und eine Resolution verabschiedete, die ein Ende der antisemitischen Angriffe und Respekt vor der Gleichberechtigung der Juden forderte.⁹¹ Im gleichen Jahr wurde in Belgrad die „Liga gegen Antisemitismus und für Demokratie und Freiheit“ gegründet. Über ihr Wirken und ihre Zusammensetzung ist jedoch nicht viel bekannt.⁹²

Finanzielle Hilfen aus Deutschland erhielten auch zahlreiche deutsche Vereine und Vereinigungen, die sich verstärkt ab Anfang der 30er-Jahre gründeten.⁹³ Einige dieser Vereine und ihre Mitglieder waren für nationalsozialistische Propaganda aus

86 Ebenda, S. 14.

87 Vuković, Bojović, Pregled, S. 50.

88 Goldstein, Types of Anti-Semitism, S. 17.

89 Ebenda; Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 406–409, 413–418; ders., Catholic Church, S. 121–130.

90 Goldstein, Židovi u Zagrebu, S. 406 f.

91 Ebenda, S. 431.

92 Ebenda, S. 440 f.

93 Ebenda, S. 443.

Deutschland besonders anfällig. 1935 berichtete die jugoslawische Polizei, Mitglieder des „Kulturbundes“ würden über einer Hakenkreuzfahne schwören, keine Serbinnen und Jüdinnen zu heiraten.⁹⁴ Viele Mitglieder der deutschen Minderheit in Jugoslawien wurden durch gezieltes Propagandamaterial zu glühenden Anhängern Hitlers und der nationalsozialistischen Rassenpolitik, Volksdeutsche waren ab 1941 erheblich an der Verfolgung von Juden beteiligt.⁹⁵

Die 30er-Jahre waren also vor allem durch antisemitische Angriffe in Presse und Publizistik gekennzeichnet. Handgreiflichkeiten gegen Juden und ihren Besitz kamen vergleichsweise selten vor. Entscheidend für die 30er-Jahre in Jugoslawien war vielmehr die neue, für Juden spürbar bedrohlichere Atmosphäre. Auch wenn antisemitische Übergriffe und Maßnahmen zunächst noch – anders als in den 20er-Jahren – ausblieben, so waren die veränderten politischen Vorzeichen in Europa und insbesondere in Deutschland Grund genug für jugoslawische Juden, jede antisemitische Agitation zu fürchten. Die jugoslawische Regierung versuchte Ende der 30er-Jahre die jüdische Bevölkerung damit zu beruhigen, dass sie ihnen versicherte, ihre Rechte nicht zu beschneiden oder die Gleichberechtigung anzuzweifeln.⁹⁶ Im September 1938 betonte der jugoslawische Bildungsminister Antun Korošec, Juden seien in Jugoslawien sicher und gleichberechtigte Bürger.⁹⁷ Ähnlich äußerte sich Anfang 1939 der jugoslawische Ministerpräsident Milan Stojadinović. Er sagte gegenüber der französischen Zeitung „Petit Parisien“, Jugoslawien beabsichtige keine antijüdischen Maßnahmen. Allerdings knüpfte er dies an den Beweis jüdischer Loyalität und bemerkte weiter, alles hänge von den Juden selbst ab.⁹⁸

Die schönen Worte und Beschwichtigungen seitens der Regierung fanden 1940 ein jähes Ende. Im Oktober 1940 wurden die ersten antisemitischen Gesetze verabschiedet. Bereits Mitte des Jahres hatte Korošec, der sich noch Monate zuvor freundlich gegenüber Juden geäußert hatte, die Verabschiedung einiger antisemi-

94 Ebenda, S. 435.

95 Carl Bethke, „Erweckung“ und Distanz: Aspekte der Nazifizierung der „Volksdeutschen“ in Slawonien 1935–1940, in: Mariana Hausleitner/Harald Roth (Hrsg.), *Der Einfluss von Faschismus und Nationalsozialismus auf Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa*, München 2006, S. 190–193, 198.

96 Goldstein, *Antisemitizam*, S. 43.

97 Narcisa Lengel-Krizman, *Numerus clausus – jesen 1940 (Numerus clausus – Herbst 1940)*, in: *ČSP* 38 (2006) 3, S. 1009.

98 Goldstein, *Antisemitizam*, S. 43 f.

tischer Gesetze gefordert, die Juden aus Kultur und Presse ausschließen sollten. Diese Vorschläge wurden abgelehnt, verabschiedet wurden jedoch das Gesetz über den Ausschluss der Juden aus dem Lebensmittelhandel und das Gesetz über die Einführung eines Numerus clausus an Universitäten und Oberschulen.⁹⁹ Juden, die Besitzer oder Mitbesitzer von Geschäften oder Unternehmen waren, mussten ihre Tätigkeiten aufgeben. Taten sie es nicht, drohten drakonische Geldstrafen. Auch wenn, wie die kroatische Historikerin Narcisa Lengel-Krizman bemerkte, diese Gesetze nicht gänzlich überraschend für die jüdischen Gemeinden kamen, da einzelne Politiker oder Blätter immer wieder schärfere Maßnahmen gegen Juden gefordert hatten,¹⁰⁰ stellten die diskriminierenden Gesetze die jüdische Bevölkerung doch vor eine völlig neue Situation und machten ihnen deutlich, wie sich die politische Lage zum Negativen gewendet hatte.

Die Flut antisemitischer Blätter und Hetzartikel in zahlreichen jugoslawischen Zeitungen seit Mitte der 30er-Jahre sind von einigen Historikern als Folge des wachsenden Einflusses der Nationalsozialisten gewertet worden. Auch die im Oktober 1940 verabschiedeten Gesetze wurden als Ausdruck einer Annäherung der neuen Regierung unter Ministerpräsident Cvetković an Deutschland interpretiert. Antisemitische Strömungen, Maßnahmen und Haltungen waren aber lange vorher in Jugoslawien virulent. Die naive Anbiederung der Cvetković-Regierung bestätigte ihre Existenz viel mehr, als sie sie widerlegte. Nur ein halbes Jahr nach der Verabschiedung antisemitischer Gesetze wurde Jugoslawien angegriffen, besetzt und zerschlagen. Im April 1941 begann die Vernichtung der jugoslawischen Juden.

Die Erforschung der Verbrechen an den jugoslawischen Juden während des Zweiten Weltkriegs wird bis heute innerhalb der jugoslawischen Nachfolgestaaten von Kontroversen bestimmt, politisch instrumentalisiert und behindert. Untersuchungen zum Antisemitismus vor 1941 sind noch nicht einmal Gegenstand des Diskurses. Die nach-jugoslawische Historiografie beschäftigt sich kaum mit dem Thema, sodass es auch in der Öffentlichkeit keinerlei Niederschlag findet. Während sich zahlreiche Historiker der Geschichte der Juden in dieser Region widmen, wagen sich nur wenige an die schwierige Frage, wie sich der moderne Antisemitismus dort darstellte. Häufig werden antisemitische Ausschreitungen und Angriffe, politische

99 Lengel-Krizman, Numerus clausus, S. 1010.

100 Ebenda, S. 1011.

Maßnahmen und antisemitische Rhetorik, wie sie in der Zwischenkriegszeit augenscheinlich wurden, als Rand- oder bloße Begleiterscheinungen interpretiert.

Dieser Haltung kann nur eine umfassende und systematische Erforschung des Antisemitismus in den ehemals jugoslawischen Territorien entgegenwirken. Notwendig wären Studien über einzelne Episoden und Phasen der Geschichte des ersten Jugoslawien. Ein wichtiges Untersuchungsfeld wäre die Gewalt gegen Juden in den Jahren 1918/1919. Bis heute haben wir keine schlüssigen Antworten auf die Fragen, wer dahinter stand und wie sich die Obrigkeit verhielt. Forschungsdesiderate bestehen auch in Bezug auf die Vertreibungen und Deportationen. Bisher wurden die Anordnungen zur Deportation und deren Durchführung leichtfertig von der Forschung hingenommen, ohne jedoch deren Sprengkraft zu erkennen und gezielt nach Motiven, Akteuren und Folgen zu fragen.

Ebenso steht eine dezidierte Auseinandersetzung mit der Haltung und Rolle der Politik und der Politiker aus, um zu klären, ob die jugoslawische Politik, wie häufig behauptet wird, tatsächlich frei von antisemitischen Tendenzen war oder ob sie nicht vielmehr bewusst hinter zahlreichen antisemitischen Maßnahmen stand.

Um ein kohärentes Urteil über den Antisemitismus in der jugoslawischen Zwischenkriegszeit zu fällen, ist eine Reihe von Studien über relevante Ereignisse und Akteure notwendig. Eine gründliche Erforschung der jugoslawischen Zwischenkriegszeit, die bisher nur auf bedingtes Interesse von Wissenschaftlern stieß, könnte wichtige Antworten bei der Klärung der Fragen nach dem Antisemitismus auf dem Balkan und im südlichen Europa liefern.

Das Stereotyp der jüdischen Finanzmacht in den japanischen Medien

Im Oktober 1999 sorgte ein Beitrag der auf Politik und Wirtschaft spezialisierten „Weekly Post“ des Shogakukan Verlages, der bereits vor seinem Erscheinen in Werbeanzeigen angepriesen wurde, für Aufsehen.¹ Nachdem die Tageszeitungen „Asahi Shimbun“² und „Nikkei“³ über die geplante Übernahme der „Long-Term Credit Bank of Japan“ durch Investoren der amerikanischen Ripplewood-Beteiligungsgesellschaft berichtet und diese als positiv bewertet hatten, versprach der Beitrag in der „Weekly Post“ dem Leser die wahren Beweggründe hinter diesem Deal zu nennen: Nicht amerikanische Investoren, sondern vielmehr der dahinter stehende Schatten der „jüdischen Finanzmacht“ hätten es auf den japanischen Markt und die schwerverdienten Steuergelder abgesehen.⁴

- 1 Die Wochenzeitung ist auch unter dem Titel „Shukan Post – Weekly Post“ zu finden. Die Auflagenhöhe beträgt nach Verlagsangaben zwischen 789 000 und 852 000 Stück. Damit ist es das meistverkaufte Magazin seiner Art, Daniel Ari Kapner/Stephen Levine, *The Jews of Japan* (<http://www.jcpa.org/jl/jl425.htm>, Stand 9. 8. 2007); David G. Goodman/Masanori Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind. The History and Use of a Cultural Stereotype*, New York 2000, S. 276; siehe auch die Homepage des Verlages (http://www.shogakukan.co.jp/english/htm/m_mag.html#weeklypost, Stand 1. 7. 2008); erschien bereits 1995 im Selbstverlag.
- 2 Mit einer Zirkulation von 8,2 Mio. Exemplaren der Morgen- und 3,2 Mio. Exemplaren der Abendausgabe gilt die „Asahi Shimbun“ als eine der weltgrößten Tageszeitungen (http://adv.asahi.com/english/media_kit/circulation.html, Stand 1. 7. 2008).
- 3 Die auf Wirtschafts- und Börsennachrichten spezialisierte Tageszeitung „Nikkei“ (ausführlicher Titel: „Nihon Keizai Shimbun“) hat im Vergleich zur „Asahi Shimbun“ eine geringere Auflage (knapp 3 Mio.), besitzt jedoch auf Grund des seit 1950 veröffentlichten, gleichnamigen Aktienindex zur Messung der Tokioter Börse auch internationale Bedeutung (http://www.nni.nikkei.co.jp/FR/SERV/nikkei_indexes/nifaq225.html, Stand 1. 7. 2008).
- 4 Adam Gamble/Takesato Watanabe, *A Public Betrayed. An Inside Look at Japanese Media Atrocities*, Washington 2004, S. 191 f.; Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (2000), S. 276 f.

Die Empörung über diesen Artikel, der jeglicher Grundlage entbehrte, war groß. Bei anderen Zeitungen, denen indirekt Vorenthaltung von Informationen oder mangelnde Kenntnis der Fakten vorgeworfen wurde, machte sich Unmut breit. Auch der Autor des Beitrages, Toshikawa Takeo, war betroffen. Er hatte bis zur Veröffentlichung des Artikels weder von diesen angeblich hochbrisanten Enthüllungen gewusst noch diese Passagen selbst verfasst.⁵ Neben Toshikawa zeigten sich insbesondere die jüdischen Gemeinden und internationale Interessenverbände bestürzt über diese antisemitischen Verschwörungstheorien. Organisationen wie das Simon Wiesenthal Center schrieben die Herausgeber des Magazins an und baten um eine Stellungnahme. Zudem wurden Werbekunden über die Ereignisse in der „Weekly Post“ in Kenntnis gesetzt, sodass sich der Druck, die eigene Position in Bezug auf die Vorkommnisse offenzulegen, auf den Verlag verstärkte.

Nun erst äußerte sich die Redaktion zum publizierten Text. Der von Toshikawa eingereichte Artikel hatte in der Tat keinerlei Hinweise auf eine „jüdische Verschwörung“ enthalten, stattdessen wurden diese Passagen in der Redaktion nachträglich hinzugefügt und durch einen reißerischen Titel ergänzt, um Aufmerksamkeit zu erregen und um die allgemeine Unsicherheit der Bevölkerung infolge zahlreicher Finanzkrisen auszunutzen. Diese Version hob sich entschieden von der Berichterstattung der anderen Zeitungen ab und half die Verkaufszahlen zu steigern.⁶

Bereits kurze Zeit nach diesem Vorfall wurde sowohl auf der Homepage des Magazins als auch in der Printausgabe eine großformatige Entschuldigung und Richtigstellung geschaltet. Zusätzlich bot die Verlagsleitung dem Autor, ausgewählten Wissenschaftlern und verschiedenen Vertretern jüdischer Institutionen an, mit ihnen für die Novemberausgabe Interviews zu führen. Die an dieser „Expertenrunde“ Beteiligten sollten versuchen, dem japanischen Leser die Problematik solcher Verschwörungstheorien näher zu bringen. Schließlich sei, nach Argumentation des Verlages, der unterlaufene Fehler dem „mit Stereotypen behaftetem Bild vom Juden,

5 Toshikawa hatte den Artikel zuvor bereits im New Yorker „The Oriental Economist“ veröffentlicht und in dieser Form an die Redaktion der „Weekly Post“ weitergegeben, wodurch die nachträglich eingefügten Passagen und Änderungen nur umso offensichtlicher wurden, Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 192.

6 Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (2000), S. 277.

das viele Japaner haben“, geschuldet.⁷ Die eingeladenen Interviewpartner sollten überlegen, wie künftig antisemitischen Ideen entgegenzuwirken sei.

Wie ist es möglich, dass antisemitische Vorurteile in Japan, einem Land mit knapp 128 Mio. Einwohnern, dessen jüdische Bevölkerung nach Schätzungen zwischen 1000 und 2000 Personen umfasst,⁸ derart verbreitet sind, dass sie ohne weitere Erklärung postuliert werden konnten? Um dies zu ergründen, ist es nötig, einen Blick in die Vergangenheit Japans zu werfen. Bereits im 16. Jahrhundert sollen einige Juden im Gefolge holländischer Seeleute japanischen Boden betreten haben, doch erst ab der durch die Amerikaner erzwungenen Öffnung des Landes im 19. Jahrhundert häufen sich die spärlichen Belege über zugereiste jüdische Kaufleute und ein beginnendes jüdisches Leben vor Ort.

In Ermangelung eigener Erfahrungen mit dem Judentum orientierten sich die Japaner zu Beginn des 20. Jahrhunderts an westlichen Quellen, die sie oftmals unkritisch und unverändert übernahmen. Darunter fielen sowohl Einträge alter Lexika, in denen Juden als „unverschämte Wucherer“ und „Kaufleute, die sehr hart verhandeln“, bezeichnet wurden,⁹ als auch die erste Übersetzung eines Werkes von Shakespeare ins Japanische: 1883 erschien „Der Kaufmann von Venedig“ erstmalig vollständig, obwohl sich vereinzelt Auszüge und Zusammenfassungen des Stücks seit 1877 nachweisen lassen.¹⁰ Die übernommene negative Interpretation der tragischen Figur des Shylock sollte maßgebliche Auswirkungen auf das entstehende Bild vom Juden als „unnachgiebig, knauserig, habgierig, grausam, kaltblütig und herzlos“ haben.¹¹

7 Kapner/Levine, *The Jews of Japan*; Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (2000), S. 267–279; Tom Brislin, *Anti-Semitic Articles and Books Not Uncommon in Japan*, in: *Japan Media Review* vom 26. 9. 2003 (<http://www.japanmediareview.com/japan/media/1064022502.php>, Stand 9. 8. 2007).

8 Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 166; „Jewish Life Monitoring“ – *The Basic Tendencies of the Anti-Semitism in the Eurasia States and Australia. Anti-Semitism in Japan* (http://www.eajc.org/program_art_e.php?id=21, Stand 16. 4. 2007).

9 David G. Goodman/Masanori Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind. The History and Use of a Cultural Stereotype*, New York 1995, S. 29.

10 Ben-Ami Shillony, *The Jews and the Japanese. The Successful Outsiders*, Tokyo 1992, S. 164.

11 Ebenda, S. 165; David G. Goodman, *Anti-Semitism in Japan. Its History and current Implications*, in: Frank Dikötter (Hrsg.), *The Construction of Racial Identities in China and Japan. Historical and Contemporary Perspectives*, London 1997, S. 177–198, hier: S. 180.

Nahrung erhielten die Stereotype vom „wuchernden und schachernden Juden“ durch aktuelle Ereignisse, die viele Japaner mit den aufkommenden Vorstellungen von „der jüdischen Macht über das weltweite Kapital“ verbanden. So hatte beispielsweise 1904 der damalige Vizepräsident der Bank of Japan, Takahashi Korekiyo, vergeblich versucht, in den USA Anleihen für den Krieg gegen Russland zu erhalten. Er bekam überraschende Unterstützung durch den einflussreichen Bankier Jakob Henry Schiff. Die antisemitischen Pogrome in Russland hatten bei Schiff eine Antipathie gegen das Zarenreich ausgelöst. Der Bankier hielt nicht nur seine eigene Investment-Gesellschaft Kuehn, Loeb and Co. davon ab, die russische Seite finanziell zu unterstützen, sondern konnte auch die First National Bank und die National City Bank dazu bringen, anstelle des „Feindes der Menschheit“, wie Schiff das zaristische Russland bezeichnete, die japanische Seite zu fördern.¹² In kürzester Zeit gelang es, die erforderlichen Gelder zu beschaffen, um die sich Takahashi verzweifelt bemüht hatte und die es Japan ermöglichen sollten, den Krieg gegen Russland nicht nur zu führen, sondern auch zu gewinnen.

Es mag als Ironie erscheinen, aber ausgerechnet diese aus ganz persönlichen Motiven erfolgte Unterstützung Japans, für die Schiff vom Meiji-tenno (Kaiser Mutsuhito 1867–1912) zahlreiche Ehrungen und Orden verliehen bekam, leistete der antisemitischen Idee von einer „jüdischen Weltverschwörung“ Vorschub.¹³

Mit dem Sieg über Russland war für die Japaner neben einem territorialen Zugewinn auch die internationale Anerkennung als militärische Großmacht verbunden, die es nicht länger zu unterschätzen galt. Aus dem Aufeinandertreffen mit den zaristischen Truppen ergab sich jedoch noch ein weiterer Kontakt, der sich in den folgenden dreißig Jahren weiter vertiefen sollte: Einige hochrangige Offiziere des Militärs hatten die „Protokolle der Weisen von Zion“¹⁴ kennengelernt und bemühten sich, diese in Übersetzung auch dem japanischen Volk näher zu bringen. Bereits

12 Shillony, *The Jews and the Japanese*, S. 148.

13 Françoise Kreissler, *Japans Judenpolitik (1931–1945)*, in: Gerhard Krebs/Bernd Martin (Hrsg.), *Formierung und Fall der Achse Berlin-Tokyo*. München 1994, S. 187–210, hier: S. 188; Heinz Eberhard Maul, *Japan und die Juden. Studie über die Judenpolitik des Kaiserreiches Japan während der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945*, Diss., Bonn 2000, S. 29; ders., *Warum Japan keine Juden verfolgte. Die Judenpolitik des Kaiserreiches Japan während der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)*, München 2007, S. 24.

14 Siehe Wolfgang Benz, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung*, München 2007.

zu Beginn der 1920er-Jahre prägte Higuchi Tsuyanosuke in seinen Vorlesungen an der Generalstabsakademie der Armee den Begriff der „jüdischen Gefahr“ und veröffentlichte seine gesammelten Erkenntnisse 1921 unter dem Pseudonym Kitagami Baiseki.¹⁵ Im gleichen Jahr gab das Außenministerium eine Studie in Auftrag, die sich mit dem weltweiten Ausmaß der „jüdischen Bedrohung“ auseinandersetzen sollte und sich in großen Teilen auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ stützte. Infolge dieser Studie wurde eine Warnung an die im Ausland tätigen Diplomaten ausgesprochen, die gleichzeitig aufgefordert wurden, detailliert über die Lage der Industrie und Finanzen in den jeweiligen Ländern zu berichten. Etwaige weltweite „jüdische Machenschaften“ sollten genau beobachtet und das Außenministerium sofort über „jüdische Herrschaftsbestrebungen“ informiert werden.¹⁶ Einige Texte, die in diesem Zusammenhang entstanden, sind erhalten geblieben, darunter auch ein Schreiben an den bekennenden Antisemiten Henry Ford, dessen Buch „The International Jew“ schon kurz nach seinem Erscheinen in den USA als Übersetzung in Japan veröffentlicht wurde.

1924 kam in Japan die erste Übersetzung der „Protokolle der Weisen von Zion“ unter dem Titel „Sekai Kakumei no Rimen“ (Hinter den Kulissen der Weltrevolution) auf den Markt. Mit der Veröffentlichung gelang es dem Herausgeber, Yasue Norihiro, bis dahin unbekannte antisemitische Stereotype und Verschwörungsfantasien in Japan publik zu machen. Er schuf mit seinem Buch die Vorlage für alle späteren Vorstellungen von einer „jüdischen Weltverschwörung“ in Japan und begünstigte die Rezeption einer Reihe von antisemitischen Pamphleten in den folgenden Jahren. Wahrgenommen, diskutiert und erörtert wurden die Protokolle jedoch im Wesentlichen von der militärischen und intellektuellen Elite Japans, ohne jemals die Massen zu erreichen oder Eingang in die offizielle Staatsdoktrin zu finden.¹⁷

15 David G. Goodman, *The Protocols of the Elders of Zion, Aum, and Antisemitism*, Posen Papers on Contemporary Antisemitism, 2, (<http://sicsa.huji.ac.il/goodman2.pdf>, Stand: 10. 1. 2007), S. 3.

16 Gerhard Krebs, *Die Juden und der Ferne Osten. Ein Literaturbericht*, in: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e. V.*, 175–176 (2004), S. 229–270, hier: S. 239.

17 Rotem Kowner, *On Ignorance, Respect and Suspicion. Current Japanese Attitudes toward Jews*, in: Michael Weiner (Hrsg.), *Imagined and Imaginary Minorities*, London 2004, S. 350–405, hier: S. 350.

Ein Zeichen für den mangelnden Rückhalt, den der Antisemitismus zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in der japanischen Bevölkerung hatte, ist wohl auch die harsche Kritik, mit der die Zeitung „Asahi Shimbun“ 1933 die Unterdrückung jüdischer Bürger durch die Nationalsozialisten und deren „xenophoben Nationalismus“ anprangern konnte.¹⁸ Repressalien von staatlicher Seite waren zu diesem Zeitpunkt kaum zu fürchten, und die Ereignisse in Europa hatten nur einen geringen Einfluss auf die Politik im eigenen Land.

Inmitten des Zweiten Sino-Japanischen Krieges (1937–1945) wurde die japanische Außenpolitik jedoch direkt mit den Vorgängen in Europa konfrontiert und vor ein unvorhergesehenes Problem gestellt: Die aus Deutschland fliehenden Juden suchten auch in den von Japan besetzten Gebieten Zuflucht. Da es bis dahin keinen Plan für den Umgang mit Flüchtlingen im Allgemeinen und jenseits der elitären Diskussionsrunden der frühen 20er-Jahre kaum Erkenntnisse zu den Juden im Speziellen gab, besann sich die Obrigkeit erneut auf die ehemaligen Autoren antisemitischer Texte und erhob diese auf Grund ihrer Erfahrung mit den „Protokollen“ kurzerhand zu „Judenexperten“. Auf diese Weise gewann das antisemitische Pamphlet derart an Bedeutung, dass es die Entscheidungsträger maßgeblich beeinflusste.

Allerdings führten das Gespinst einer „jüdischen Weltverschwörung“ und die Furcht vor deren möglichem Einfluss im japanischen Herrschaftsgebiet nicht zu einer systematischen Vertreibung und Vernichtung der Juden. Stattdessen beschloss die Regierung, den Flüchtlingen in Shanghai und in anderen besetzten Gebieten Chinas Zuflucht zu gewähren. Mit der späteren Interpretation, dies sei aus Nächstenliebe erfolgt, hatte das Vorgehen aber nur wenig gemein. Vielmehr wurden die Hilfe suchenden Juden von den japanischen Militärs als willkommenes Faustpfand zur Durchführung ihrer ehrgeizigen Pläne angesehen. Mit einer guten Behandlung der Flüchtlinge in Shanghai glaubte man sich auch das Wohlwollen der ominösen „Weisen von Zion“ erkaufen zu können.¹⁹

Yasue, der Übersetzer der „Protokolle“ und aktive „Judenexperte“ in der Mandchurei war verantwortlich für das als Fugu-Plan bekannt gewordene Konzept,

18 Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (1995), S. 90.

19 Goodman, *Anti-Semitism in Japan*, S. 184; Daniel Pipes, *Conspiracy. How the paranoid style flourishes and where it comes from*, New York/London/Toronto 1997, S. 191.

jüdische Flüchtlinge in diesem von Japan besetzten relativ unerschlossenen Gebiet anzusiedeln.²⁰ Bei der Durchführung des Vorhabens hätten sich zudem gleich mehrere Probleme beseitigen lassen: Die jüdischen Siedler hätten einen dringend benötigten „Puffer“ zwischen Russland und den bereits prosperierenden japanisch okkupierten Gebieten gebildet, ohne dafür japanische Staatsbürger gefährden zu müssen. Zugleich hätten die Flüchtlinge, so die stereotype Vorstellung, aufgrund der ihnen unterstellten Fähigkeiten in kürzester Zeit den Marionettenstaat in eine starke Wirtschaftsmacht umgewandelt, und letztendlich hätte sich dadurch sogar die Möglichkeit geboten, die als gefährlich angesehenen „Juden“ fern des eigenen Heimatlandes zu „domestizieren“ und im japanischen Sinne zu lenken.²¹ Zwar wurde der Fugu-Plan alsbald verworfen, doch dessen abstruse Grundidee von der angeblichen Macht der weltweit vernetzten Juden, vor der man sich einerseits fürchtete, deren finanzielle Unterstützung es aber andererseits zu erlangen galt, um den Krieg zu gewinnen, wirkte fort.²²

Nur wenige Jahre später änderte sich die Situation grundlegend. Ab 1940 zählte Japan infolge des Dreimächtepaktes zu den engsten Verbündeten des nationalsozialistischen Deutschland. Um den politischen Zusammenschluss nicht zu gefährden, distanzierte sich die japanische Regierung zumindest offiziell von der bis dahin von ihr vertretenen Judenpolitik. In seinem 1941 in Berlin veröffentlichtem Buch „Juden in Ostasien“ verweist Troilo Salvotti auf Pressemeldungen, in denen unter anderem von der „Lancierung einer antisemitischen Bewegung“ in Folge der „Entdeckung einer jüdischen Weltverschwörung“²³ berichtet wird. Auch sei „den aus Deutschland kommenden Juden in Zukunft die Einwanderung nach Japan gesperrt [...] Vor allem unterstehe die Besetzung der Lehrstühle an den Universitäten, die in den letzten Jahren nicht selten von aus Deutschland kommenden Juden eingenommen worden wären, einer besonderen Kontrolle.“²⁴ Salvotti mag keinen Zweifel an seinen Angaben gehabt haben, auch lässt sich für den Zeitraum 1938 bis 1945 ein deutlicher Zuwachs antisemitischer Propaganda in den japanischen Medien und eine starke Zunahme der Übersetzungen nationalsozialistischer Texte nachweisen.

20 Maul, Japan und die Juden, S. 40.

21 Brislin, Anti-Semitic Articles.

22 Goodman, The Protocols, S. 5.

23 Troilo Salvotti, Juden in Ostasien, Berlin 1941, S. 57.

24 Ebenda, S. 58.

Direkte Auswirkungen auf die in Japan lebenden Juden zeigten sich dennoch nur vereinzelt, in der gelegentlichen Schließung von Musikschulen oder der Entlassung jüdischer Mitarbeiter.²⁵

Bei der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge hingegen hatte die japanische Regierung beschlossen, diese „zwar nicht gerade anzulocken, aber auch nicht Hitlers feindseliger Politik zu folgen, sondern Einreisewillige genauso zu behandeln wie andere Ausländer“.²⁶

Im Sommer 1941 wichen die Behörden zeitweilig von ihrem Kurs ab. Sie verweigerten mehreren hundert Juden, vornehmlich aus Polen und dem Baltikum, den zugesicherten Aufenthalt in Japan und zwangen sie stattdessen zur Übersiedlung nach Shanghai.²⁷ Solche Begebenheiten blieben die Ausnahme, und die meisten jüdischen Bewohner Japans konnten ohne ständige Furcht vor staatlichen Repressalien leben. So wurden etwa Forderungen nach gezielter Entlassung oder Suspendierung von Juden in der Regel nicht befolgt. Entgegen der Richtlinie, den deutschen Bündnispartner nicht zu brüskieren, äußerte sich das japanische Außenministerium im Fall des Musikers Joseph Rosenstock, dessen Abberufung von der deutschen Botschaft in Tokio ausdrücklich verlangt wurde, deutlich: „Es sei wohl hinlänglich bekannt, daß sich die Haltung der japanischen Öffentlichkeit gegenüber den Juden von der deutschen offiziellen Position gänzlich unterscheidet und verschiedene Gruppen in Japan sogar mit den Juden sympathisieren. Die japanische Regierung werde nichts unternehmen, [...] was als Unterstützung von Rassendiskriminierung angesehen oder als jüdenfeindlich ausgelegt werden kann.“²⁸

Die deutsche Botschaft in Tokio hatte weder Kosten noch Mühen gescheut, dem japanischen Volk mit Pamphleten, Ausstellungen und Übersetzungen der in Deutschland verfassten Hetzschriften den Antisemitismus näher zu bringen.²⁹ Zum einen wurden bereits bekannte Elemente aus der antichristlichen Agitation der Edo-Zeit (1603–1868) aufgegriffen und mit jüdischen Bezügen versehen, um somit eine gemeinsame Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit zu schaffen. Zum anderen wurden den Japanern durch die Vermittlung der nationalsozialistischen

25 Kapner/Levine, *The Jews of Japan*.

26 Krebs, *Die Juden und der Ferne Osten*, S. 246.

27 Kreissler, *Japans Judenpolitik*, S. 199.

28 Maul, *Warum Japan keine Juden verfolgte*, S. 132 f.

29 Ebenda, S. 92.

Ideologie und deren antisemitischer Bildsprache gänzlich neue Ideen und Interpretationswege gezeigt. Insbesondere die von der Botschaft konzipierten oder zumindest mitfinanzierten Ausstellungen fanden großes Interesse. Insgesamt knapp 1,5 Mio. Besucher sollen Anfang 1943 in Tokio eine propagandistische Ausstellung mit antisemitischer und anti-freimaurerischer Stoßrichtung besucht haben, in deren Umfeld knapp 30 000 antisemitische Broschüren erschienen und eine öffentliche Kundgebung stattfand, die nach Aussagen des deutschen Botschafters Heinrich Georg Stahmer regen Zuspruch erhielten.³⁰

Der erhoffte Erfolg, den Antisemitismus klassenübergreifend in Japan zu implementieren, blieb dennoch aus. Wie bereits zu Beginn der 20er-Jahre beschränkten sich auch weiterhin antisemitische Vorstellungen vornehmlich auf die intellektuelle Elite, das Militär oder politische Extremisten. Dem „Normalbürger“ hingegen waren das ideologische Konzept und der daran gekoppelte Hass auf „die Juden“ ebenso fremd wie das Judentum selbst. Die Beobachtungen eines Zeitzeugen machen die Diskrepanz zwischen der intendierten und der tatsächlichen Wirkung nationalsozialistischer Propaganda in Japan deutlich: „Sie zeigten eine Ausstellung aus Deutschland – sehr gepflegt und nett nach deutscher Machart – mit wenigen Informationen wie jene, dass Präsident Roosevelts wirklicher Name Rabbinovich lautete und Hull eigentlich Haimovich hieß und beide wohl russische Juden waren. Allerlei solcher Unsinn und Bilder von religiösen Juden in merkwürdiger Kleidung wurden gezeigt. Schließlich begannen die Japaner zu glauben, Juden kontrollierten die Presse, die Banken, einfach alles – was natürlich nicht wahr ist. Wenn die Juden alles kontrollierten, schlussfolgerten sie, dann sollte man sie als Freunde gewinnen, falls der Krieg verloren ginge. Die Japaner sahen sich in der Ausstellung um und waren völlig verwirrt. Sie verstanden die Botschaft nicht. Es entstanden auch einige Clubs. Einer meiner Lieferanten in Osaka erzählte mir, er sei einem antisemitischen Club beigetreten. Ich sagte, gratuliere! Er teilte mir mit, dass er nicht mehr an Juden verkaufen würde. ‚Ich verkaufe an dich, an Pincas und Berkovich, aber nicht an Yanpolsky.‘ Ich antwortete ihm, ‚ich habe Neuigkeiten für dich. Alle Typen, die du genannt hast, sind Juden, außer Yanpolsky.‘ Er entschloss sich, den Club zu verlassen. Die Deutschen arbeiteten hart, aber sie konnten ihre Botschaft nicht x-beliebig verkaufen.“³¹ Einzig

30 Kreissler, *Japans Judenpolitik*, S. 199.

31 Cheryl A. Silverman, *Jewish Emigrés and Popular Images of Jews in Japan*, Diss., Columbia 1989, S. 188 f.

die plakativ eingeführten Stereotype und Vorurteile offenbarten sich als erstaunlich langlebig und bilden noch heute die Basis für Verschwörungstheorien oder antisemitische Äußerungen.

Mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg endete auch in Japan die antisemitische Propaganda. Nach dem Krieg war die Solidarität mit den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus groß, humanitäre Hilfsaktionen wurden initiiert und Kooperationen mit jüdischen Verbänden vereinbart.³² Als überraschend erwies sich hingegen die Haltung von ehemals antisemitisch motivierten Akteuren. Mehrere deklarierten sich in der Nachkriegszeit plötzlich als „Judenfreunde“ und verwiesen perfide auf die „positiven Folgen“ ihrer antisemitischen Schriften: schließlich hätten sie mit ihren Texten eine solche Angst vor der „jüdischen Gefahr“ geschürt, dass es kein Japaner gewagt hätte, einem Juden körperlich zu schaden, und somit seien sie, die antisemitischen Autoren, in gewisser Weise zu Lebensrettern geworden.³³ Andere gründeten pro-jüdische oder pro-israelische Organisationen, und nicht selten gelang es ihnen dadurch, von ihrem antisemitischen Engagement zu Kriegzeiten abzulenken oder dieses komplett zu verschleiern.³⁴ Dennoch blieben egoistisch motivierte Gründungen, trotz ihrer nachweisbaren Erfolge bei der Etablierung japanisch-israelischer Beziehungen, eher die Ausnahme.

Stattdessen überwogen humanitäre Vereinigungen wie die „Makuya“ („Stiftshütte“) oder die bereits 1946 von Otsuki Takeji gegründete „Sei Iesu Kai“ („Heilige Kirche Jesu“, im Ausland auch bekannt unter dem Namen Beit Shalom Japan bzw. Japan Christian Friends of Israel), die regen Zuspruch von der japanischen Bevölkerung erhielten.³⁵ Diese positive Grundhaltung zum Judentum und zu Israel lässt sich zumindest bis zum Beginn des Sechstagekrieges (1967) für viele Japaner festhalten. Unter anderem zählte das Buch „Anne no nikki“ (Annes Tagebuch – Das Tagebuch der Anne Frank) seit seiner Erstveröffentlichung 1952 zu den Bestsellern der Nachkriegsliteratur Japans, mit Verkaufszahlen, die knapp unter denen in den USA lagen.³⁶ Außerdem wurde das Tagebuch bis in die 90er-Jahre als Pflichtlektüre

32 Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (1995), S. 138; Heinz Eberhard Maul, *Die Beziehungen zwischen Japan und dem Staat Israel*, MA-Arbeit, Bonn 1996, S. 127.

33 Krebs, *Die Juden und der Ferne Osten*, S. 268.

34 Goodman, *Anti-Semitism in Japan*, S. 186.

35 Shillony, *The Jews and the Japanese*, S. 212 f.; Kapner/Levine, *The Jews of Japan*.

36 Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (1995), S. 167.

im Fach Kokugo („Landessprache“) behandelt. Der Tod Anne Franks galt als Sinnbild für die Grausamkeiten des Krieges, und ihre Person wurde nachträglich zur selbstlosen Verfechterin des Weltfriedens stilisiert.³⁷ Infolgedessen wurde der jungen Anne – häufig entfällt die Nennung des Nachnamens Frank – teilweise gar eine märtyrergleiche Verehrung zuteil und ihr Leben vielfach von Jugendlichen als Grundlage der Einsendungen für landesweit stattfindende Essay-Wettbewerbe genutzt.³⁸

Getrübt wurde dieses positive Verhältnis zum Judentum erst durch den Sechstagekrieg und dessen Rezeption in Japan. Das Gros der japanischen Bürger änderte den bis dahin israelfreundlichen Kurs und nahm an dessen Stelle eine pro-arabische Haltung ein, wofür ökonomische Erwägungen und die Angst vor einem Öl-Embargo seitens der arabischen Staaten nicht unerhebliche Motive waren. In diese Zeit fällt u. a. der bis Ende der 80er-Jahre andauernde wirtschaftliche Boykott Israels.³⁹ Generell lässt sich für den Zeitraum der 70er- und frühen 80er-Jahre nur noch ein geringes Interesse an jüdischen Themen in den japanischen Medien feststellen, obwohl weiterhin vereinzelt antisemitische wie auch philosemitische Texte publiziert wurden.⁴⁰

Erst durch das Auftreten globaler Krisen und deren spürbare Folgen für den japanischen Wirtschaftsmarkt kam es in den 80er-Jahren zu signifikanten Veränderungen. Insbesondere die angespannten amerikanisch-japanischen Handelsbeziehungen bedurften der Erklärung. Es dauerte nicht lange, bis die ersten scheinbaren Gründe gefunden waren: bei den Drahtziehern hinter den Schwierigkeiten handele es sich um „die Juden“. Ihnen wurde zugeschrieben, sowohl die Presse und nahezu alle amerikanischen Industriezweige zu beherrschen als auch die Weltwirtschaft zu Japans Ungunsten zu manipulieren.⁴¹

37 Silverman, *Jewish Emigrés and Popular Images of Jews*, S. 237 f., 240 f.

38 Ebenda, S. 240; Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (1995), S. 167.

39 Ebenda, S. 215.

40 Vgl. Masanori Miyazawa, *Nihon ni okeru Yudaya-Isuraeru rongi, 1877–1988*, Kyoto 1990.

41 Rotem Kowner, *On Symbolic Antisemitism. Motives for the Success of the Protocols in Japan and its Consequences*, *Posen Papers on Contemporary Antisemitism*, 3, (<http://sicsa.huji.ac.il/ppkowner.pdf>, Stand: 3. 1. 2007) S. 9 f., Pipes, *Conspiracy*, S. 124 f.; Krebs, *Die Juden und der Ferne Osten*, S. 269.

Angesichts der regelmäßigen Nachdrucke der „Protokolle der Weisen von Zion“ stellten sowohl diese Ideen und deren Instrumentalisierung als auch die pauschale Verurteilung des Juden als Sündenbock nichts Neues dar. Umso überraschender war der unverhältnismäßige Erfolg mehrerer Werke wie „Der jüdische Plan zur Eroberung der Welt“, „Wie man die geheime Bedeutung der jüdischen Protokolle richtig liest“ oder „Das Geheimnis der jüdischen Macht zur Weltkontrolle“.⁴² Binnen kürzester Zeit erlebten die Bücher Dutzende von Neuauflagen und veranlassten zahlreiche Buchhandlungen dazu, „jüdische Ecken“ einzurichten, um die steigende Nachfrage und das ständig wachsende Angebot bewältigen zu können. Nicht selten standen in diesen Abteilungen antisemitische, philosemitische und wissenschaftliche Texte unkommentiert auf engstem Raum nebeneinander.⁴³

Bei der Betrachtung der neueren antisemitischen Werke aus dieser Zeit fällt vor allem auf, dass sich deren Autoren nicht einem klaren Spektrum zuordnen lassen. Es handelte sich nicht länger nur um Mitglieder des Militärs, nationalistisch geprägte Politiker oder religiöse Fanatiker, sondern zugleich um bekannte Personen des politischen oder wirtschaftlichen Lebens und um Akademiker, die sich bis dahin eher durch wissenschaftlich anerkannte und fundierte Literatur hervorgetan hatten.⁴⁴

Einen regelrechten Boom lösten jedoch erst die beiden 1986 erschienenen Bücher „Yudaya ga wakaruru to sekai ga mietekuru“ (Verstehe die Juden und du kannst die Welt erkennen) und „Yudaya ga wakaruru to nihon ga mietekuru“ (Verstehe die Juden und erkenne Japan) von Masami Uno aus. Mit ihren knapp einer Million verkauften Exemplaren innerhalb eines Jahres lassen sich diese Werke trotz ihrer polemischen Titel nicht als Randerscheinung abtun.⁴⁵ Uno, einem dem fundamentalistisch-christlichen Umfeld zuzuordnenden Schriftsteller mit engen Kontakten zur internationalen rechtsextremen und revisionistischen Szene,⁴⁶ gelang es, alte

42 Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (1995), S. 224 f.; Goodman, *The Protocols*, S. 8 f.

43 David Shapiro, *The Elders of Zion in Tokyo*, *The New York Times* vom 5. 2. 1995; Steven R. Weisman, *In a Tide of Japanese Books on Jews, an Anti-Semitic Current*, *The New York Times* vom 19. 2. 1991.

44 Goodman/Miyazawa, *Jews in the Japanese Mind* (1995), S. 224 f.

45 Brislin, *Anti-Semitic Articles*; Clyde Haberman, *Japanese Writers critical of Jews*, *The New York Times* vom 12. 3. 1987.

46 Uno ist u.a. Leiter der japanischen Niederlassung der antisemitischen Organisation „Liberty Lobby“. Goodman, *Anti-semitism in Japan*, S. 197 f.

antisemitische Stereotype zu reaktivieren und diese mit neueren Ideen international agierender Antisemiten und Holocaustleugner zu unterfüttern. Zudem vollführte er mit seinen beiden Büchern das Kunststück, judenfeindliche Ansichten öffentlichkeitstauglich aufzuarbeiten und als akzeptabel erscheinen zu lassen. Namhafte Zeitungen, wie z. B. die „Yomiuri Shimbun“, warben für seine Bücher und ernannten Uno ob seines ökonomischen Erfolges zum „Experten bei jüdischen Fragen“, dessen Meinung zitiert werden konnte. Im Gegenzug erhielten seine Äußerungen durch die Veröffentlichung in seriösen Medien zusätzliche Glaubwürdigkeit.⁴⁷

Im Ausland lösten diese publizistischen Aktivitäten kritische Reaktionen aus, zahlreiche Organisationen und Interessengemeinschaften äußerten Proteste, die jedoch seitens der japanischen Medien weitgehend unbeachtet blieben. Nachdem 1987 in der „New York Times“ mehrere Artikel zu den Vorkommnissen in Japan erschienen waren,⁴⁸ verurteilte der damals amtierende japanische Außenminister Kuranari Tadashi zwar in einer offiziellen Erklärung den „japanischen Antisemitismus“, doch war diese Aussage vornehmlich für die ausländische Presse bestimmt, bei den einheimischen Journalisten fand sie kaum Widerhall. Ebenso wenig erfolgte eine Verurteilung der bereits veröffentlichten oder neu erscheinenden antisemitischen Texte, stattdessen beriefen sich deren Autoren und Herausgeber auf die geltende Meinungs- und Pressefreiheit.⁴⁹

Anfang der 90er-Jahre sanken die Verkaufszahlen juden- und israelfeindlicher Publikationen spürbar und ließen ausländische Berichtersteller bereits auf eine Umkehr des Trends hoffen, doch mit Beginn der Golfkrise stieg die Nachfrage nach Texten, die mithilfe antisemitischer Stereotype vermeintliche Erklärungen lieferten, erneut an.⁵⁰

47 Goodman, *The Protocols*, S. 6 f.; ders., *Anti-semitism in Japan*, S. 188 f.; Jennifer Golub, *Japanese Attitudes Toward Jews*, New York 1992, S. 9.

48 Ian Buruma, *A new Japanese Nationalism*, *The New York Times* vom 12. 4. 1987, David G. Goodman, *Reason for Concern in Japanese Anti-Semitism*, *The New York Times* vom 25. 3. 1987, Haberman, *Japanese Writers critical of Jews*; ders., *In Hiroshima, Wiesel finds new horror*, *The New York Times* vom 23. 5. 1987.

49 Shintaro Ishihara, *Wir sind die Weltmacht. Warum Japan die Zukunft gehört*, Bergisch Gladbach 1992, S. 23 f.; Ely Karmon, *The anti-Semitism of Japan's Aum Shinrikyo: a dangerous revival*. *Anti-Semitism Worldwide 1998/1999* (<http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw98-9/trends.html>, Stand 9. 7. 2007); Maul, *Warum Japan keine Juden verfolgt*, S. 173.

50 Golub, *Japanese Attitudes Toward Jews*, S. 7.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Entwicklung Mitte Januar 1995. Pünktlich zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erschien im „Marco Polo“-Magazin des Bungei Shunju Verlages ein mehrseitiger Artikel mit dem Titel „Nachi ‚gasu shitsu‘ ha nakatta“ (Es gab keine Nazi-„Gaskammern“). Auf knapp zehn Seiten behauptete Nishioka Masanori, ein Arzt und Hobby-Historiker, dass die Nationalsozialisten niemals die Vernichtung der Juden geplant hätten. Mit „Endlösung“ sei vielmehr die Umsiedlung der deportierten Juden zum Zwecke der Zwangsarbeit in den eroberten Gebieten im Osten gemeint gewesen. Die Konzentrationslager, allen voran Auschwitz, seien laut Nishioka nur eine Übergangslösung bis zum Vollzug der Zwangsumsiedlung gewesen. Erst die Schwierigkeiten an der Ostfront hätten den Plan scheitern lassen und dadurch ansteckenden Erkrankungen Vorschub geleistet, die auf dem beengten Raum der Konzentrationslager unzählige Opfer forderten. Nishioka behauptet, dass es keine Gaskammern gegeben habe, sondern dass es sich bei den von den Alliierten aufgefundenen und fotografierten Leichen eben um diese Seuchenopfer gehandelt habe. Auch die Berge von Schuhen und Haaren würden nichts beweisen, sondern dienten nur zur Untermauerung der, so Nishioka, haltlosen Vorwürfe.⁵¹ Gestützt werden diese haarsträubenden Thesen einzig durch Nishiokas Verweise auf revisionistische Texte, die er (mit z. T. fehlerhaft zitierten Titeln) als einzige Quellen angibt. Zum Abschluss seines Berichts geht Nishioka gar so weit, seinen den Holocaust leugnenden Text ausgerechnet den „in Auschwitz und an anderen Orten verstorbenen Juden zu widmen“.⁵²

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei erwähnt, dass im „Marco Polo“-Magazin bis zu diesem Zeitpunkt durchaus seriöse Berichte veröffentlicht wurden, die gewissenhaft recherchiert und wissenschaftlich fundiert waren. Nur drei Jahre zuvor hatten die Herausgeber den Bericht eines jungen Juden veröffentlicht, der unter dem Titel „Auschwitz hängt am Faden“ sowohl die realen Lebensbedingungen und Leidenswege im Konzentrationslager beschrieb als auch den Umgang der polnischen Regierung mit diesem Teil ihrer Vergangenheit kritisch behandelte.⁵³

51 Uwe Makino, Im Osten nichts Neues? Zur Leugnung des Holocaust in Japan, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10 (2001), S. 204–222, hier: S. 214 f., bzw. Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 167–170.

52 Nachi Nishioka, „Gasu Shitsu“ wa nakatta, in: Marco Polo, Februar 1995, S. 179.

53 Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 175.

Ebenso befand sich in der Februarausgabe von 1995 und somit im direkten Umfeld des Artikels von Nishioka, der die massenhafte Herstellung von Zyklon B und dessen Verwendung in den Gaskammern kurzerhand für nicht realisierbar erklärte, eine Bewertung des Sarin-Gasanschlags der AUM-Sekte in Matsumoto. Der Verfasser dieses Textes, Kyle B. Olson, war einer der ersten Berichtersteller, der nicht nur die Durchführung des Anschlags erläuterte, sondern hinter diesem Vorfall anstelle eines Einzeltäters tatsächlich terroristische Hintergründe vermutete und vor weiteren möglichen Anschlägen in naher Zukunft warnte – knapp zwei Monate vor der Attacke der AUM Sekte auf die Tokioter U-Bahn.⁵⁴

Dieses Nebeneinander von wissenschaftlich fundierten Berichten und polemisch verfassten Traktaten wird von vielen Forschern als eine Besonderheit japanischer Medien erachtet: „Wegen der Besonderheiten der Strukturen und Werte des japanischen Pressesystems haben Verschwörungstheorien auch Eingang in Magazine gefunden, die innerhalb oder zumindest am Rande des Mainstream-Journalismus stehen, und ihnen so das Gütesiegel der Wahrheit verliehen.“⁵⁵

Dieses Gütesiegel nahm auch Nishioka für seinen den Holocaust leugnenden Artikel, der im Vorfeld bereits von knapp 60 Magazinen abgelehnt worden war,⁵⁶ in Anspruch. Zumindest anfänglich konnte er sich auch der Unterstützung des Verlages sicher sein, so reagierte der stellvertretende Herausgeber auf empörte Leserbriefe und Anfragen von jüdischen Einrichtungen, indem er auf die Pressefreiheit in Japan verwies und ansonsten abwartete.⁵⁷ Möglicherweise hatte die Taktik in der Vergangenheit funktioniert, doch dieses Mal scheiterte die Redaktion von „Marco Polo“. Zahlreiche in Japan lebende ausländische Juden kontaktierten ihre Botschaften wie auch internationale Organisationen, u. a. die Anti-Defamation-League und das Simon Wiesenthal Center.⁵⁸ Das Simon Wiesenthal Center stellte den Geschäftsführern der Werbepartner des Bungei Shunju Verlages, z. B. Volkswagen, Cartier und Mitsubishi Motors, Übersetzungen des Textes als Information zur Verfügung, mit dem Vermerk, dass ihre Werbegelder zur Finanzierung solcher Artikel

54 Ebenda, S. 169 f.

55 Tom Brislin, zitiert nach: ebenda, S. 172.

56 Rotem Kowner, Tokyo recognizes Auschwitz: the rise and fall of Holocaust denial in Japan, 1989–1999, in: *Journal of Genocide Research* 3 (2001) 2, S. 257–272, hier: S. 262 f.

57 Goodman, *Anti-Semitism in Japan*, S. 192 f.

58 Kowner, *Tokyo recognizes Auschwitz*, S. 262 ff.

beitragen würden. Die angesprochenen Firmen drohten Bungei Shunju damit, ihre Werbeverträge nicht nur für „Marco Polo“, sondern für alle Verlagspublikationen zu kündigen. Dies hätte den Verlag in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten gestürzt.⁵⁹

Inzwischen berichteten auch japanische Medien über das Thema, und Bungei Shunju musste Stellung beziehen. Am 27. Januar 1995 entschuldigte sich der Verlag offiziell für Nishiokas Bericht und kündigte die Veröffentlichung einer Richtigstellung an, zudem wurde bekannt gegeben, dass „Marco Polo“ eingestellt und noch verfügbare Exemplare zurückgerufen werden sollten.⁶⁰ Zudem sollte am 2. Februar 1995 eine Pressekonferenz mit Rabbi Abraham Cooper, dem Vertreter des Simon Wiesenthal Centers, und dem damaligen Verlagsleiter von Bungei Shunju, Tanaka Kengo,⁶¹ stattfinden. Weder im Vorfeld der Pressekonferenz noch danach war seitens der Kritiker eine Einstellung des Magazins gefordert worden, vielmehr hatten die jeweiligen Organisationen gehofft, anhand des Vorfalls die aktuelle Situation in Japan zu erörtern und gemeinsam mit dem Verlag neue Vorgehensweisen zu erarbeiten.⁶² Angesichts der abrupten Einstellung des Magazins wurden diese Überlegungen hinfällig.

Stattdessen lieferten das Ende der Zeitschrift und die internationalen Proteste die Grundlage für neue antisemitische Verschwörungstheorien: Mehrere Journalisten sahen die Vorgehensweise der jüdischen Organisationen als „unmoralische Drohung gegen die Pressefreiheit Japans“ oder vermuteten, dass daraus neue Resentiments gegen die „jüdische Macht“ erwachsen könnten.⁶³ Selbst Mitglieder der beteiligten Institutionen standen dem Ergebnis zwiespältig gegenüber: „Arie Dan von der Israelischen Botschaft ist über diesen Doppeleffekt besorgt, aber er gesteht anderen durchaus zu, seine Sorgen nicht zu teilen: „Andere wie Rabbi Cooper,

59 Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 181 f., Kowner, *Tokyo recognizes Auschwitz*, S. 263 f.

60 Goodman, *Anti-Semitism in Japan*, S. 193.

61 Tanaka sah sich wenige Tage nach der Pressekonferenz dazu gezwungen von seinem Amt zurückzutreten, obwohl er der Presse gegenüber jegliche Rücktrittsgerüchte vehement bestritten hatte. Goodman, *Anti-Semitism in Japan*, S. 193 f.

62 Kowner, *On Symbolic Antisemitism*, S. 263, bzw. Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 189.

63 Gamble/Watanabe, *A Public Betrayed*, S. 189; Kowner, *Tokyo recognizes Auschwitz*, S. 263 f.

sagen, es sei gut – ein starkes Signal gegenüber den japanischen Medien, dass solche Geschichten nicht publiziert werden können. Wenn sie glauben wollen, dass dies geschieht, weil wir mächtig sind, auch gut. Das Wichtigste ist, solche Geschichten zu stoppen.“⁶⁴

Tatsächlich stellte die „Marco Polo“-Affäre einen Wendepunkt dar: Sie bewirkte bei vielen japanischen Journalisten einen sensibleren Umgang mit jüdischen Themen oder der Berichterstattung über den Nahostkonflikt. Auch wuchs das Interesse an wissenschaftlicher Literatur über Juden und Judentum. Die Zahl antisemitischer Schriften in Japan ist infolge der „Marco Polo“-Affäre, der Neugründung von Museen, die sich mit jüdischer Geschichte und dem Holocaust auseinandersetzen, und zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen, deren Ziel die Aufklärung über jüdische Themen ist, als auch der aktiven Überwachung der Medien durch unabhängige Komitees seit 1995 rückläufig. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass weiterhin Bücher auf den Markt kommen, die das Stereotyp des reichen, mächtigen und verschwörerisch-tätigen „Juden“ propagieren. Oftmals handelt es sich um Business-Ratgeber, die sich mit der Kenntnis von dem angeblichen „Geheimwissen der Juden“ im Umgang mit Finanzen oder deren vermeintliche Machtposition in der globalen Wirtschaft brüsten und ihrem Leser Zugang zu diesem Insider-Wissen offerieren. Der Inhalt dieser Bücher ist jedoch nicht zwingend antisemitisch, so fungiert der im Titel genannte „Jude“ oder der Verweis auf „jüdische Machenschaften“ oftmals nur als Aufhänger zur Steigerung der Verkaufszahlen. Mitunter kann dies dazu führen, dass der auf dem Buchumschlag angepriesene Bezug zum Judentum im Inneren des Werkes nur als Randbemerkung kurz erwähnt oder im Extremfall sogar kein einziges Mal aufgegriffen wird.

Dass dieses Konzept tatsächlich aufgeht, ist zum Beispiel am zweibändigen Werk „Yudayajin Daifugou no Oshie – The Millionaire’s Philosophy for A Happy Life“ (Die Lehren eines jüdischen Multimillionärs) zu beobachten, dessen Autor Honda Ken dem Leser bereits auf dem Buchumschlag verspricht, ihm die 17 bzw. 12 Lektionen zu vermitteln, die erforderlich sind, um ein „glücklicher Reicher“ zu werden. Dieses als autobiografisch aufgemachte Werk berichtet von Hondas Unterweisung durch einen amerikanischen Juden namens „Geller“, der ihm in früher Jugend die Wege zum wirtschaftlichen Erfolg erläuterte, die Honda nun

im Gegenzug an seine Leser weiterzugeben versucht. Zumindest die schriftlichen Bemühungen des Autors zeigen sich dabei als ökonomisch erfolgreich: Laut seinem Verleger soll sich die Zahl der verkauften Exemplare inklusive Neuauflagen auf mehrere hunderttausend belaufen, und seit 2005 existiert sogar eine zweibändige Comicfassung.⁶⁵ Jene soll es dem Leser ermöglichen, die aus dem Text gewonnenen Erkenntnisse noch schneller und leichter zu verinnerlichen. Bei der Suche nach dem Schlagwort „Juden“ im online-Buchhandel Amazon in Japan erscheinen die beiden Bände regelmäßig unter den ersten fünf Empfehlungen und seit wenigen Monaten sind sie auch als Hörbuch verfügbar. Das Phantom des „reichen Juden“ bleibt wohl, trotz Aufklärung, ein verkaufsförderndes Element, für dessen Erfolg vorerst kein Ende abzusehen ist.

65 Euro-Asian Jewish Congress (EAJC), „Jewish Life Monitoring“. Japan (2005), (http://www.eajc.org/program_art_e.php?id=35, Stand: 16. 4. 2007).

Bernhard Förster und seine Siedlung Nueva Germania in Paraguay

„Mein körperlicher und seelischer Zustand ist derartig, dass ich die Ablösung von meinem harten Dienste als nahe bevorstehend annehmen muss. – Meine letzte Bitte an Sie: fahren Sie fort, Ihr schönes Talent, Ihre bedeutende Kraft und Ihre jugendliche Begeisterung in den Dienst der guten von mir begonnenen Sache zu stellen. Vielleicht entwickelt sie sich ohne mich besser als mit mir“,¹ schreibt Bernhard Förster am 1. Juni 1889 an seinen treuesten Unterstützer, den Manometerfabrikanten und Sekretär des „Deutschen Kolonialvereins“ Max Schubert. Zwei Tage später ist Förster tot, weniger wohlwollende Zeitgenossen mutmaßen, dass er Selbstmord begangen hat oder an den Folgen von Alkoholismus gestorben ist.

Gescheitert waren Förster und seine Frau Elisabeth, die Schwester des Philosophen Friedrich Nietzsche, am Versuch, durch die Gründung der landwirtschaftlichen Kolonie Nueva Germania das Echte, Ewige und Wertvolle des deutschen Volkstums² im Herzen Paraguays wieder zur Geltung zu bringen. Diese Idee war nicht Försters erster Anlauf, völkischen Ideen zu größerer Wirkungskraft zu verhelfen. Er hatte sich bereits früh zum Ziel gesetzt, die deutsche Gesellschaft nach völkischen Idealen zu reformieren und war vor seinem paraguayischen Experiment einer der radikalen Führer der antisemitischen „Berliner Bewegung“ gewesen.³

- 1 Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar (künftig GSA), in dem der Nachlass Elisabeth Förster-Nietzsches und Bernhard Försters aufbewahrt wird), zitiert nach einer durch den Adressaten Max Schubert angefertigten Abschrift; GSA 72/1536g.
- 2 Bernhard Förster, *Deutsche Colonien in dem oberen Laplata Gebiete mit besonderer Berücksichtigung von Paraguay*, Naumburg 1886, S. 194.
- 3 Dieser Beitrag basiert auf meiner unveröffentlichten Dissertation an der Universität Wien: *Bernhard und Elisabeth Försters Nueva Germania in Paraguay. Eine antisemitische Utopie*, Wien 1999.

Politische Agitation im Kaiserreich

Am 31. März 1843 in Delitzsch als Sohn des Superintendenten Karl Friedrich und der Pauline Förster geboren, studierte Bernhard Förster in Berlin und Göttingen Geschichte, Deutsch und Altphilologie. Er engagierte sich zuerst in Adolf Stoeckers „Christlich-Sozialer Arbeiterpartei“,⁴ mit der der Hofprediger Wilhelms I. ursprünglich eine Alternative zur religionskritischen Arbeiterbewegung schaffen wollte.⁵ Erst ab 1880 ergriff Förster aktiv die politische Initiative. Im Herbst 1880 initiierte er gemeinsam mit seinem vor allem im Tierschutz aktiven Bruder Paul Förster, mit dem ultrakonservativen ehemaligen Offizier Max Liebermann von Sonnenberg und mit dem populärsten Agitator der Berliner Bewegung Ernst Henrici,⁶ eine Petition an Bismarck, die sogenannte Antisemitenpetition. In der Petition wurde gefordert, die jüdische Einwanderung einzuschränken, Juden von höheren Beamtenposten, vor allem Justiz- und Lehrstellen, auszuschließen und die amtliche Statistik über die jüdische Bevölkerung wiedereinzuführen. Die Petition wurde im April 1881 an Bismarck übergeben – mit mehr als 250 000 Unterschriften.⁷ Doch gleichzeitig mit seiner öffentlichkeitswirksamsten politischen Aktion kam auch Försters enttäuschendster politischer Rückschlag: Bismarck ließ die Petition unbeantwortet.

250 000 Unterschriften, diese enorme Resonanz, lässt sich vor allem durch die Aktualität der Diskussion der „Judenfrage“, die um 1880 ein brennendes Thema in allen Kreisen Berlins war, belegen. Neben der Agitation der Radikalen und den Erfolgen von Stoeckers Partei sorgten vor allem in den gebildeteren Schichten die Stellungnahmen des angesehenen Historikers Heinrich von Treitschke für Diskussion. Treitschke distanzierte sich zwar von der Berliner Bewegung, stimmte aber dem „Instinkt der Massen“ in einem Punkt zu: „Was wir von unseren israelitischen

4 GSA 72/1396.

5 Zu Stoecker siehe Günter Brakelmann/Martin Greschat/Werner Jochmann (Hrsg.), *Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers*, Hamburg 1982; zur Rolle der protestantischen Tradition für den modernen politischen Antisemitismus siehe Werner Jochmann, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988, S. 265–281.

6 Zu Ernst Henrici siehe Richard S. Levy, *The Downfall of Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany*, New Haven/London 1975, S. 21–29.

7 GSA 72/1083.

Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen – unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, daß auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge.“⁸

Vor diesem Hintergrund hatten öffentliche Veranstaltungen, die von Förster und seinem Kreis 1880 organisiert wurden, regen Zulauf. Die „Bockversammlung“ in Tempelhof wurde von rund 4000 Zuhörern⁹ besucht, besonders heftige Reaktionen rief Ernst Henricis „Reichshallenrede“¹⁰ hervor, deren Schimpf- und Hass Tiraden zur Titulierung „Radauantisemitismus“ führten. Großes öffentliches Echo fand ein Streit Försters und seines Freundes Jungfer mit dem jüdischen Kaufmann Edmund Kantorowicz in einer Berliner Pferdebahn, der nach einem Wortgefecht – „Sie sind ja nur ein Jude!“ – zu handgreiflicher Reaktion seitens Kantorowicz führte – „und da habe ich [...] dem Dr. Jungfer eine Ohrfeige appliziert“¹¹ – und ein gerichtliches Nachspiel mit sich brachte, in dem Kantorowicz in zwei Instanzen schuldig gesprochen wurde.

Im März 1881 bündelte Förster gemeinsam mit dem ultrakonservativen Max Liebermann von Sonnenberg die antisemitischen Aktivitäten im „Deutschen Volksverein“. Der verstand sich als sozialpolitischer Verein auf nationaler Grundlage, betonte das Christentum und hatte eine „sittlichere und idealere Anschauung von Beruf, Pflichten und Rechten“ zum Ziel. Das persönliche Ehrgefühl und die Religiosität der Gesinnung hätten das geschriebene Recht zu ergänzen, Presse, Börse und Aktienwesen sollten scharf kontrolliert werden, Wissenschaft und Kunst „im nationalen Sinne“ gepflegt werden. Zur Eindämmung des „jüdischen Einflusses“ sollte ein Verzeichnis christlicher Firmen herausgegeben werden, allerdings kam das Unternehmen nicht über die Herausgabe einer Probenummer im Oktober 1881 hinaus,¹² da nach § 130 des deutschen Strafgesetzbuches „die in einer den öffentlichen Frieden

8 Heinrich von Treitschke, „Unsere Aussichten“, in: Preußische Jahrbücher 44 (1879), S. 570–576, zit. n. Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Quellenedition im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung, hrsg. von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003, S. 12.

9 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Provinz Brandenburg (Pr. Br.) Rep. 30 Berlin C, Polizeipräsidium Berlin, Tit. 95, Nr. 15219, S. 80 ff.

10 Ebenda, S. 166 f., Flugblatt mit Henricis Reichshallenrede.

11 Berliner Tagblatt vom 30. 8. 1881.

12 BLHA, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C, Polizeipräsidium Berlin, Tit. 95, 15220, S. 172.

gefährdenden Weise unternommene Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander“ befürchtet wurde.¹³

Seine Aktionen hatten Förster in Berlin zum berühmt-berüchtigten Mann gemacht, mit Henrici und Stoecker war er einer der Helden der antisemitischen Bewegung.¹⁴ Die Erfolge sollten durch „Internationale antijüdische Kongresse“ weitergeführt werden, 1882 in Dresden noch unter Teilnahme der Führung der Berliner Bewegung (Stoecker, Bernhard Förster, Liebermann von Sonnenberg, Ernst Henrici, Freiherr von Fechenbach-Laudenbach, Ernst Schmeitzner) und 300 bis 400 Anhängern, im April 1883 in Chemnitz mit weniger Zuspruch: nur 35 Personen waren anwesend, die vor allem – stritten. Die Verehrung für Förster war ungebrochen, von ihm stand eine lebensgroße Büste im Saal.¹⁵

Die Bewegung hatte die erste Welle des Erfolgs, Förster seine große politische Zeit hinter sich. Dazu hatte er mit beruflichen Problemen zu kämpfen, nachdem er in Folge der Kantorowicz-Affäre aus dem Offizierskorps entlassen worden war und 1882 wegen seiner Aktivitäten auch den Schuldienst quittieren musste.¹⁶ Ohne Anstellung und ohne Einkommen war es für Förster an der Zeit, für die praktische Durchsetzung seiner politischen Theorie in einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu sorgen: Amerika.

Einwanderungsland Paraguay

Hauptziel europäischer Einwanderer in Südamerika war mit großem Abstand Brasilien, das mehr als 90 % der deutschen Immigranten aufnahm. Doch nicht dort,

13 Ebenda, S. 220.

14 So war eine Nickelmünze in der Größe eines Markstücks, als Anhänger ausgearbeitet, im Umlauf, auf dessen einer Seite „Hoch Stoecker, Förster, Henrici, Vivant Sequentes“ eingeprägt und auf dessen Kehrseite der Berliner Bär abgebildet ist, darüber „Berlin 1880/81“, und darunter „HEP! HEP!“, BLHA, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C, Polizeipräsidium Berlin, Tit. 95, Nr. 15220, S. 40.

15 Schmeitzners Internationale Monatsschrift. Zeitschrift für die Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums, Mai 1883, S. 312–316.

16 Siehe dazu BLHA, Pr. Br. Rep. 34, Königl. Schul-Collegium der Provinz Brandenburg, Personalakten, F73 „Die Disciplinar Untersuchung wider die Gymnasiallehrer Dr. Foerster und Dr. Jungfer zu Berlin“.

sondern ausgerechnet im abgelegenen Paraguay wollte Förster seine Ideologie in die Praxis umsetzen. Bis nach Paraguay, dem neben Bolivien einzigen Binnenland des amerikanischen Kontinents, drangen die wenigsten Einwanderer vor – wiewohl das Land durch seinen historischen Sonderweg in Europa wesentlich präsenter war als heute.¹⁷

Seit der spanischen Eroberung war das Land Projektionsfläche für europäische Utopien. Hier wollten nicht nur die Kolonisten rund um Förster, sondern auch Mennoniten, Australische Sozialisten¹⁸ und andere Gruppierungen ihre Ideale realisieren.

Diese Versuche wurden von Paraguays Einwanderungspolitik nach dem verheerenden Tripel-Allianz-Krieg – zwischen Paraguay einerseits und Brasilien, Argentinien sowie Uruguay andererseits (1864–1870)¹⁹ – unterstützt. Denn in diesem Krieg waren 60 bis 69 % der paraguayischen Bevölkerung gestorben.²⁰ Die Öffentlichkeit erwartete von der Einwanderung eine Lösung der wichtigsten Probleme Paraguays, sodass in den Medien die Devise „La inmigración lo es todo“ („Einwanderung ist alles“) ausgegeben wurde.²¹ Gängigen – europäischen – Rasseideologien folgend, sollten bevorzugt Einwanderer aus Europa angesprochen werden. Um die zu gewinnen, bot Paraguay besondere Vergünstigungen an,²² und um die Staatskassen zu füllen, wurden nach den Landverkaufsgesetzen von 1883 und 1885 die vordem verstaatlichten Ländereien zu günstigen Konditionen verkauft.²³

- 17 Siehe dazu Daniela Kraus/Renée Lugschitz, *Der Triple-Allianz-Krieg – das Ende des paraguayischen Sonderwegs – und seine Wahrnehmung in Österreich*, Diplomarbeit, Wien 1995.
- 18 Siehe dazu John F. Williams/Daniela Kraus/Harry Knowles, *Flights from Modernity: German and Australian utopian colonies in Paraguay 1886–1896*, in: Paul Ashton/Bridget Griffen-Foley, *From the Frontier. Essays in Honour of Duncan Waterson*, St Lucia Qld 2001, S. 49–62.
- 19 Siehe dazu Heinz Joachim Dominick, *Der Krieg der Tripel-Allianz in der deutschen Historiographie und Publizistik*, Frankfurt a. M. 1990.
- 20 Zu neuesten demografischen Forschungen siehe Barbara Potthast/Thomas L. Whigham, *The Paraguayan Rosetta Stone: New Insights into the Demographics of the Paraguayan War, 1864–1870*, in: *Latin American Research Review* 34 (1999), H. 1.
- 21 Lyra Pidoux De Drachenberg, *Inmigración y Colonización en el Paraguay 1870–1970*, in: *Revista Paraguaya de Sociología* 34 (1975), S. 65–124, hier: S. 72.
- 22 Ebenda, S. 67.
- 23 J. M. G. Kleinpenning, *Man and Land in Paraguay*, in: *CEDLA Latin American Studies* 41 (1988).

Förster kamen diese Vergünstigungen entgegen, sie waren aber für seine Wahl nicht allein ausschlaggebend. Die Attraktivität gewann das Land gerade durch seine Abgelegenheit und die dünne Besiedelung. Nach der Lektüre von Försters mithilfe Elisabeth Nietzsches verfasster Reisebeschreibung „Deutsche Colonien in dem oberen Laplata-Gebiete mit besonderer Berücksichtigung von Paraguay. Ergebnisse eingehender Prüfungen, praktischer Arbeiten und Reisen 1883–1885“ spöttelte Friedrich Nietzsche, es müsse Ackerbauern und Viehzüchtern bei der Lektüre wohl „das Herz wackeln“, doch „die Abwesenheit großer Bibliotheken ist vielleicht nicht genügend ins Licht gestellt“.²⁴

Das Konzept des christlichen Germanentums

Bibliotheken brauchte Förster nicht. Sein Theoriegebäude hatte er bereits in den 1870er-Jahren aus verschiedensten Materialien zusammengebaut. Wie viele Zeitgenossen suchte er nach einer Antwort auf die Frage, wie eine Verbesserung von Mensch und Gesellschaft möglich wäre. Manche hielten Alkoholverzicht für die Lösung, andere setzten auf ein germanisiertes Christentum, manche kämpften für den Vegetarismus, andere wollten zurück zu einer bäuerlichen Lebensform.²⁵ Förster trat wie viele für mehrere Ziele aus dem völkischen Ideenbündel ein – und glaubte, diese Ideen realisieren und in Übersee ein „Deutschland der Zukunft“²⁶ schaffen zu können.

Einen ersten Höhepunkt hatte die Neu-Deutschland Idee bereits in den 1860er-Jahren erlebt, gefördert durch die unermüdliche Agitation des Konsuls für Uruguay in Berlin, Johann Jakob Sturz.²⁷ In viel gelesenen zeitgenössischen Schriften wie

24 Friedrich Nietzsche, Briefwechsel. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. v. Giorgio Colli/Mazzino Montinari, Berlin/New York 1974 ff. (künftig KGB) Bd. III, 3, Friedrich Nietzsche an Elisabeth Förster am 23. 11. 1885.

25 Siehe dazu Eva Barlösius, *Naturgemäße Lebensführung. Zur Geschichte der Lebensreform um die Jahrhundertwende*, Frankfurt a. M./New York 1997.

26 Bernhard Förster, *Ein Deutschland der Zukunft*, Bayreuther Blätter Jan./März 1883, S. 44–56. Diese Ideen äußert Förster auch im letzten Kapitel seiner 1882 erschienenen „Parsifal-Nachklänge“.

27 Stefan von Senger und Etterlin, *Neu-Deutschland in Nordamerika. Massenauswanderung, nationale Gruppenansiedlungen und liberale Kolonialbewegung, 1815–1860*, Baden-Baden 1991, S. 392 f.

Friedrich Fabri's „Bedarf Deutschland der Kolonien? Eine politisch-ökonomische Betrachtung“²⁸ oder W. Liesenbergs „Wohin auswandern oder Neu-Deutschland über dem Meere“, wird die Idee der nationalen Überlegenheit des Deutschtums Ende der 1870er-Jahre das vorherrschende Argument für die Notwendigkeit von Koloniegründungen. Neben imperialistischen, vorwiegend politischen Argumenten hatten die Gewissheit der Überlegenheit der deutschen „Kultur“ und die Forderung nach Vorherrschaft der deutschen „Rasse“ an Gewicht gewonnen. Doch bisher war die Diskussion zwar intensiv, aber nur theoretisch geführt worden. Bis Bernhard Förster beschloss, nun endlich den ersten Schritt zur Errichtung eines deutschen Machtzentrums im Herzen Südamerikas zu setzen. In den „Bayreuther Blättern“ beschrieb er 1883 seine Vorstellungen, um unter den Verehrern Wagners Unterstützung zu gewinnen. Seine Ziele waren, die deutsche Kultur im Sinne Wagners zu retten und „das, was in Deutschland noch unverdorben deutsch ist“,²⁹ unter besseren klimatischen Bedingungen neu zu beleben und in späterer Folge wieder in die alte Heimat zu transferieren.

Hintergrund von Försters theoretischem Unterbau für sein Nueva-Georgia-Projekt war der zeitgenössische Rasse-Diskurs.³⁰ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gingen Begriffe wie „Arier“ oder „Semit“ in den allgemeinen Sprachgebrauch der Gebildeten und der Politik ein, „Semit“ wurde in der Alltagssprache von der sprachwissenschaftlichen Bedeutung abweichend als modisches Synonym für „Jude“ verwendet.

Besondere Leitbilder fand Förster neben seinem Heroen Richard Wagner³¹ in Paul de Lagarde³² und für seine Rassentheorie besonders in Joseph Arthur Comte de Gobineau's „Essai sur inégalité des races humaines“.³³ Förster folgte vor allem

28 Gotha 1879. Zu Friedrich Fabri siehe Klaus J. Bade, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit: Revolution – Depression – Expansion*, Freiburg 1975.

29 Förster, *Deutschland der Zukunft*, S. 45.

30 Rolf Peter Sieferle, *Rassismus, Rassenhygiene, Menschenzuchtideale*, in: *Handbuch zur völkischen Bewegung, 1871–1918*, hrsg. v. Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht, München 1996, S. 437–448.

31 Bernhard Förster, *Parsifal-Nachklänge*, Eigenverlag, Leipzig 1883, S. V.

32 Förster stand in brieflichem Kontakt zu Lagarde, der ihm zu seinen Schriften gratulierte und ihm verschiedene Hinweise gab, siehe GSA 72/1255.

33 Joseph Arthur Comte de Gobineau, *Essai sur inégalité des races humaines*, 4 Bde., Paris 1853–1855, auf Deutsch erschienen als „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“, 4 Bde., Stuttgart 1898–1901.

Gobineaus Annahme der ursprünglichen Homogenität einzelner „Menschenrassen“, in der letzten Konsequenz, der Annahme der Irreversibilität des Degenerationsprozesses, folgte er ihm nicht. Förster glaubte zu „rassischer Reinheit“ zurückkehren zu können und durch Auswahl der Kolonisten die Keimzelle für ein „neues“ Deutschland schaffen zu können. Das Zurück sollte nicht nur durch eine Art rassischer Rückzüchtung gelingen, sondern verstärkt werden durch ein Zurück zu „unverdorbenen“ Lebensformen³⁴ und einer adäquaten Kultur, vor allem durch Verdrängung des Einflusses des Judentums. „Wenn der Gedanke, dass es unsere Väter waren, die diesen Boden [...] in tausend Schlachten mit ihrem Blute gedüngt haben, [...] wenn der innige Zusammenhang von deutschem Brauch und deutscher Sitte mit christlicher Weltanschauung und christlicher Ueberlieferung erhalten werden soll, dann darf ein fremder Stamm, dem unsere humane Gesetzgebung das Gast- und Heimathsrecht gewährt hat, der uns aber seinem Fühlen und Denken nach ferner steht, als irgend ein Volk der gesammten arischen Welt, auf deutschem Boden nie und nimmer zum herrschenden aufsteigen“,³⁵ hatte Förster seine Überzeugung in der „Antisemitenpetition“ zusammengefasst.

Zentral waren für Förster neben der Rasse die Religion und seine Interpretation germanischer Kunst und Kultur. Anders als für viele der eher national und sozialistisch orientierten Mitstreiter wie etwa Henrici spielte bei Förster das Christentum eine tragende Rolle: „An der Thatsache, dass Deutschthum und Christenthum auf's engste mit einander verwachsen sind, dass diese Verbindung unlösbar erscheint, eins mit dem andern fällt, ändern alle Wünsche und Declamationen nichts mehr.“³⁶

Mit der Argumentation, warum Jesus Christus Arier gewesen sein müsse – wenn er Gottes Sohn sei, so könne er kein Jude sein³⁷ – ist Förster übrigens ein Vorläufer von Julius Langbehn und Houston Stewart Chamberlain. In Neu-Deutschland sollte ein vom alten Testament „befreites“ Christentum gelebt werden,³⁸ und eine

34 Förster, *Deutschland der Zukunft*, S. 45.

35 *Petition an Reichskanzler Bismarck (= Antisemitenpetition)*, GSA 72/1083.

36 Bernhard Förster, *Das Verhältniss des modernen Judenthums zur deutschen Kunst*, Berlin 1881, S. 31.

37 Ebenda, S. 14.

38 Bernhard Förster, *Richard Wagner als Begründer eines Deutschen Nationalstils*, Bayreuth 1879, S. 109.

religiöse Erneuerung stattfinden, wie Wagner sie im Parsifal beschwört. Auch die Kunst müsse sich in einem Neu-Germanien von fremden Einflüssen befreien, so wie das in der Musik bereits durch Wagner geschehen sei.³⁹

Das Konzept eines diktatorischen Utopia

Die Realisation dieses Konzepts eines „germanischen“ Utopia sollte in einer ständisch gegliederten, militärisch organisierten Gesellschaft geschehen, deren Mitglieder unter autoritären Führern⁴⁰ lebten. Die Menschen des neuen Germanien würden von ihren Führern, die „zugleich Denker, Idealisten, Künstler, Arbeiter“ zu sein hätten, geleitet. Wer sich „ein erforderliches Maass von körperlicher Kraft und Gewandtheit nicht angeeignet, ein Minimum an Kenntnissen nicht erworben“ habe, sollte nicht in die „Gemeinschaft der Männer“, die die Basis der Organisation des Gemeinwesens bilden sollte, aufgenommen werden und für unmündig erklärt werden.⁴¹

Bereits in den Schulen müsse darauf geachtet werden, dass die Schüler die „Merkmale physischer, moralischer, intellektueller Kraft und Gesundheit“ zeigten, „den Charakter germanischer Rasse“ erkennbar tragen, und „genaue und stäts erneute Beobachtungen müssten dazu dienen, die etwa Unbrauchbaren auszuscheiden“.⁴² In welcher Form dieses „Ausscheiden“ geschehen sollte, lässt Förster im Unklaren.

In einem Wirtschaftssystem, das auf Bauerntum und Zunftordnung gründete, habe sich der Einzelne dem Gesamtwohl unterzuordnen.⁴³ Diejenigen, die sich zu einer bestimmten Tätigkeit berufen fühlten, sollten diese ausführen können, für das Glück der großen Masse habe es gleichgültig zu sein, welche Arbeit dem Einzelnen zugeteilt werde.⁴⁴ Daraus ergäbe sich von selbst das Überflüssigwerden des Gel-

39 Von Wagner übernommen, siehe Richard Wagner, „Was ist deutsch?“, in: ders., Dichtungen und Schriften, hrsg. von Dieter Borchmeyer, Bd. 10, Frankfurt a. M. 1983, S. 95.

40 Bernhard Förster, Ein Deutschland der Zukunft, in: Bayreuther Blätter, Jan./März 1883, S. 54.

41 Bernhard Förster, Ueber nationale Erziehung. Ein Versuch, Leipzig 1882, S. 16.

42 Förster, Erziehung, S. 23.

43 Ebenda, S. 33.

44 Ebenda, S. 37.

des. Der Boden sollte „nur dem Vaterlande selbst“ gehören, die Stellung der Bauern hohe ethische Bedeutung zurückgewinnen. Aus dieser Überlegung heraus legte Förster sehr großen Wert darauf, dass seine Ansiedelung eine Ackerbaukolonie zu sein hatte.⁴⁵

Gesundheit sollten die Menschen durch körperliche Disziplin, Vegetarismus, Alkoholverzicht und Naturheilmethoden erlangen. Strenge körperliche Zucht, spartanische Kost, die Pflege der „arischen Tugenden“ Pietät, Treue, Mitgefühl, Mut, Tapferkeit, Unterordnung unter die Forderung des Gesamtwohls, das Verständnis der Sprache der Natur sollten gepflegt und gefördert werden.⁴⁶

Förster wünschte sich ein stehendes Heer nach dem Vorbild des preußischen Soldatentums⁴⁷ und eine Rechtsprechung in Volksgerichten, die auch die Verban- nung in Strafkolonien verfügen könnten (eine auch von Fabri propagierte Idee).⁴⁸

Zur Realisierung seiner Konzeption fehlte Förster die Kraft. Doch die Auswirkungen einer konsequenten Umsetzung sollte ein halbes Jahrhundert später der Nationalsozialismus zeigen.

Der Umsetzungsversuch

Von 1882 bis 1886 bereitete Bernhard Förster sein Projekt vor. Er unternahm zahlreiche Vortragsreisen durch Deutschland, versuchte Geldgeber zu überzeugen, machte eine eineinhalbjährige Forschungsreise durch das La Plata Gebiet, warb um Siedler und verfasste ein Buch über Paraguay.⁴⁹ Unterstützt wurde er dabei von der Schwester des Philosophen Friedrich Nietzsche, Elisabeth, die er bei Richard Wagners ersten Bayreuther Festspielen kennen gelernt hatte. Die ambitionierte Elisabeth Nietzsche sah in der Koloniegründung ihre Chance zur Selbstverwirklichung und Emanzipation vom dominanten Bruder. Der stand dem Projekt ablehnend gegenüber, beurteilte Försters Ideen als Paradebeispiel für eine Geisteshaltung des Ressentiments. „Die verfluchte Antisemiterei verdirbt mir alle meine Rechnungen

45 Eine ebenfalls in der Kolonialbewegung häufig strapazierte Forderung.

46 Förster, *Erziehung*, S. 25.

47 Ebenda, S. 39.

48 Ebenda, S. 36.

49 Förster, *Deutsche Colonien*.

[...], sie ist die Ursache eines radikalen Bruchs zwischen mir und meiner Schwester“⁵⁰ klagte Nietzsche 1884. Trotz vieler Vorbehalte von Familie und Freunden ließ sich Elisabeth Nietzsche nicht von ihrem Entschluss abbringen und heiratete 1885 Bernhard Förster.

Das Paar und einige wenige Gefährten traten schließlich im Februar 1886 die Reise nach Paraguay an. Dort angelangt, erhielt Förster nach längeren Verhandlungen im November 1886 zwölf Quadratleguas (222 km²)⁵¹ unerschlossenes Land 350 km nordöstlich von Asunción zur Verfügung gestellt. Laut Kolonialgesetz der Republik Paraguay⁵² konnte die Regierung an Private oder Gesellschaften Land in dieser Größe unentgeltlich abgeben, wenn diese sich dafür verpflichteten, innerhalb von zwei Jahren 140 Ackerbaufamilien anzusiedeln. Förster hatte der Regierung lediglich eine Sicherheit von 2000 Pesos fuertes zu stellen, das entsprach 8000 Mark. In Deutschland warb er eifrig für die Besiedelung. Da die notarielle Eintragung der Besitztitel erst erfolgen konnte, sobald 140 Familien angesiedelt waren, verkaufte Förster vorerst Land, das ihm gar nicht gehörte. Doch von Anfang an reichten weder die Landverkäufe noch Spenden aus, um die Infrastruktur für die geplante Kolonie zu schaffen.

Nach zweijährigem Bestehen der Kolonie musste Elisabeth Förster einsehen, dass „wir schon so oft am Rande des Abgrundes gewesen [sind] (weil unser Unternehmen für einen Privatmann viel zu großartig ist)“.⁵³ Ein Teil des spärlich vorhandenen Startkapitals war bereits für die Vorbereitungen verbraucht worden.

Förster hatte seine Utopie zur Größe eines weltweiten Machtfaktors führen wollen und geglaubt, dieses Unterfangen durch Spenden aus dem Familien- und Freundeskreis verwirklichen zu können. Denn größere finanzielle Unterstützung seitens deutscher Gesinnungsgenossen blieb trotz intensiver Anwerbungsversuche⁵⁴ aus und das Interesse an der Auswanderung nach Nueva Germania war gering. Durch

50 Friedrich Nietzsche an Franz Overbeck am 2. 4. 1884, in: Nietzsche, Briefwechsel, Bd. III/3.

51 Förster, Aufruf 1187, S. 5.

52 Colonialgesetz der Republik Paraguay, GSA 72/1505.

53 Elisabeth Förster an Franziska Nietzsche am 30. 5. 1889, GSA 533,2.

54 Siehe dazu sehr detailliert: Andreas Meske, Die PR für die Kolonie Neu-Germanien im Umfeld der deutschen Auswanderung nach Paraguay, MA-Arbeit, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz 1999.

die beginnende Popularität der deutschen Afrikakolonisation waren für Privatprojekte wie jenes von Förster wenig Geldgeber zu finden. Von offizieller und kapitalkräftiger Seite wurden groß angelegte Projekte in Afrika ohne ausgesprochen ideologische, sondern mit wirtschaftsimperialistischer Intention bevorzugt.

Förster hatte weder die Kosten für die Errichtung von Wegen, für den Bau der Gemeindegebäude, für die Erwerbung von Werkzeugen und Transportmitteln noch für den Erwerb von ausreichend Vieh (im Juli 1888 gab es in der Kolonie erst 400–500 Rinder und circa 70 Pferde⁵⁵) und Saatgut berücksichtigt. Elisabeth Förster musste feststellen, dass die Preise für Gebrauchsgüter weit über dem deutschen Niveau lagen.⁵⁶ Zusätzlich fielen Personalkosten an. Die Kolonie beschäftigte an Beamten im Jahr 1888 einen geschäftlichen Administrator, einen landwirtschaftlichen Administrator, einen Commissario (Verwaltung des Ladens), einen Feldmesser und einen Reisemarschall. Dazu kamen noch die hohen Kosten für 20 Landarbeiter, Köchinnen und Mägde.⁵⁷ Arbeitskraft und Grundnahrungsmittel waren viel teurer als erwartet. Erschwerend kam noch dazu, dass es nicht einfach war, Arbeitskräfte zu bekommen. Förster war einer völligen Fehleinschätzung erlegen, als er plante, aus der Bevölkerung „eine gutwillige und nicht ungeschickte Arbeiterbevölkerung“ zu erziehen.⁵⁸ Der Arbeitskräftemangel nach der verheerenden Bevölkerungsdezmierung durch den Tripel-Allianz-Krieg war eines der Hauptprobleme der paraguayischen Wirtschaft.⁵⁹ Viele der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Peone, wanderten zwischen Paraguay, Bolivien und Brasilien, um die jeweils günstigsten Arbeitsbedingungen zu finden.

Neben dem Infrastrukturaufbau galt es auch, den Verpflichtungen des Einwanderungsgesetzes der Republik Paraguay gerecht zu werden. Jedes Kolonialunternehmen, dem Land zur Verfügung gestellt wurde, hatte den Neuankömmlingen verschiedene Hilfestellungen zu leisten. Der Unternehmer musste bedürftigen Kolonisten Werkzeuge und Tiere für ein Jahr zur Verfügung stellen, wobei nicht

55 Südamerikanische Kolonial-Nachrichten, Juli 1888.

56 Elisabeth Förster an Franziska Nietzsche am 10. 5. 1886, GSA 100/533,1

57 Elisabeth Förster an Franziska Nietzsche und Alwine Förster (Bernhard Försters Mutter) 18.–28. 3.1888, GSA 100/533,1

58 Förster, Kolonien, S. 204.

59 Juan Carlos Herken Krauer, *El Paraguay rural entre 1869 y 1913*, Asunción 1984, S. 81–88.

mehr als 20 % Gewinn aufgeschlagen und nicht mehr als 10 % Zinsen p. a. verrechnet werden durften. Die Rückzahlung der Vorschüsse durfte frühestens im dritten Jahr nach der Ansiedlung der Kolonisten in Jahresraten verlangt werden.⁶⁰ Über diese Auflagen hinausgehend hatte Förster in seinen Werbeschriften Begünstigungen versprochen: Im Einwanderungshaus von Nueva Germania erhielten die Ankommenen für drei Tage freie Kost und Logis. Auf Verlangen wurde mittellosem Ansiedlern ein Drittel des Kaufpreises gestundet, der Rest in Naturalien angenommen. Jeder erste Handwerker seiner Profession erhielt eine Milchkuh mit Kalb gratis.⁶¹ Somit war die Kolonie nicht nur mit zusätzlichen Ausgaben belastet, sondern musste zu einem niedrigen Zinssatz Geld verleihen, obwohl ohnehin ständig Bargeldmangel herrschte. Diese Kredite einzufordern war eine aufreibende und oft erfolglose Aufgabe.⁶² Von Anfang an hatte Förster großzügig Schulden erlassen. Ebenso hatte er unbemittelten Einwanderern Land zur Verfügung gestellt und ihnen Kredit gewährt.⁶³

Förster hatte damit gerechnet, dass der Verkauf der erzeugten Produkte die Kolonie zum Blühen bringen würde. Offenbar hatte er dabei vergessen, dass es selbst bei besserer geografischer Lage einige Jahre gedauert hätte, bis die Voraussetzungen für landwirtschaftliche Erträge geschaffen gewesen wären. Da diese Einnahmequelle also gänzlich wegfiel, blieb als Einkommen der Landverkauf an Gönner in Europa und an Ansiedler.⁶⁴ Förster, der in seiner Lehrer- und Agitatorenlaufbahn keinerlei ökonomisches Grundlagenwissen angesammelt hatte, ging in finanzieller Hinsicht völlig planlos an das Unternehmen heran.

Neben der jeder Grundlage entbehrenden finanziellen Kalkulation waren Förster weitere Fehler unterlaufen. Vor allem ihre geografische Lage war von Beginn an eine gravierende Schwäche der Kolonie. Nueva Germania liegt in subtropischem Gebiet etwa auf dem 24. südlichen Breitengrad und zwischen dem 56. und 57. Längengrad. Abgegrenzt wird das Gebiet im Westen, Norden und Süden von den Flüssen Aguaray-guazú und Aguaray-mí. Am Zusammenfluss der beiden Flüsse befand sich der Hafen und das Einwandererhaus, das Wohnhaus des Capataz (Vorstehers)

60 GSA 72/1505.

61 Förster, Aufruf 1887, GSA 72/1077.

62 Elisabeth Förster an Franziska Nietzsche am 15.12.1889, GSA 100/533,2.

63 Kolonial-Nachrichten, August 1890.

64 Förster, Aufruf 1887, GSA 72/1077.

und ebenso der Almacén (oder Boliche – ein kleiner Laden) mit Ausschank. Von dort musste man auf einem Waldweg noch eine halbe Stunde nach Försterrode reiten, das als „Stadt“ geplant war und am Rande des Urwalds lag.⁶⁵ Dort gab es 1888 ein Schulhaus, eine Gastwirtschaft („Zum deutschen Kaiser“⁶⁶) mit Bäckerei und Kegelbahn, eine Tischlerei, sowie einige Kolonistenhäuser. Am Stadtplatz befand sich das Wohnhaus der Försters. Am südlichen Waldrand waren die meisten Ansiedlungen. In Nord-Süd Richtung durchquerte die Kolonie ein Weg. Im Nordwesten der Kolonie sollte sich eine zweite städtische Siedlung, Elisthal, bilden.⁶⁷

Das Problem der wirtschaftlich ungünstigen Lage Nueva Germanias muss Förster bereits 1885 bekannt gewesen sein. Er hatte den Paraguaykenner C. F. E. Schultze 1885 um ein Gutachten ersucht, worin Schultze Försters Pläne – im Übrigen ebenso wie die der Leipziger Südamerikanischen Kolonialgesellschaft – als „unausführliche Hirngespinnste“⁶⁸ eingestuft hatte. Schultze beschrieb bereits in zwei 1884⁶⁹ und 1885 abgedruckten Vorträgen, deren letzterer sich in Försters Nachlass findet⁷⁰ und ihm also vermutlich bekannt war, zwar das Klima als zuträglich, die Landschaft als reizvoll, trotzdem hatte er massive Bedenken bezüglich der wirtschaftlichen Rentabilität.

Diese Einschätzung, die von anderen Paraguay-Reisenden geteilt wurde,⁷¹ basierte erstens auf der Einschätzung, dass sich das Land grundsätzlich nicht zum Ackerbau im größeren Ausmaß eigne. Befriedigender Ertrag bei Kulturpflanzen sei nur mit Düngung zu erreichen. Der gerodete Waldboden wiederum erfordere

65 Bernhard Förster, Offener Brief an den Freiherrn Hans Paul v. Wolzogen, publiziert in den Bayreuther Blättern von Dezember 1888, S. 359.

66 Elisabeth Förster, Ein Sonntag in Neu-Germania, in: Dr. Bernhard Förster's Kolonie Neu-Germania in Paraguay, Berlin 1891, S. 38.

67 Kolonial-Nachrichten, Dezember 1888.

68 C. F. E. Schultze, Kolonialverein und Paraguayschwindel. Ein Lehrbüchlein für Kolonialgimpel und solche, die es werden wollen, Ratzeburg 1894, S. 10.

69 C. F. E. Schultze, Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die verschiedenen Productionsgebiete der La Plata-Länder, Ratzeburg, Vortrag Mai 1885, aus Försters Nachlass vorhanden in GSA 72/1499; Schultze, Paraguayschwindel.

70 Schultze, Die La Plata-Länder.

71 Z. B. von dem Arzt Hugo Gensch und dem österreichischen Naturwissenschaftler Paul Jordan. Siehe dazu: Paul Jordan, Über Colonisation in Paraguay, Abdruck aus dem „Export“, Wien 1894.

höchst aufwendige Pflanzungsmethoden, die den Arbeitsaufwand nicht lohnten.⁷² Schultze hatte die Lage ziemlich gut eingeschätzt, indem er erkannte, dass für ausländische Investoren die einzig lohnende landwirtschaftliche Wirtschaftsform die extensive Rinderzucht wäre, die ihrerseits aber durch Plagen wie Bremsen und Erdflöhe erschwert würde.⁷³ Noch heute haben Neuansiedler damit zu kämpfen, dass das Vieh an Krankheiten leidet, die in Europa nicht bekannt sind.⁷⁴ Jener Teil Paraguays, der sich zwischen Río Paraguay und Río Paraná nördlich Asuncións erstreckt, wird bis heute lediglich zur Waldnutzung (v. a. Quebracho zur Gewinnung von Tannin), zur Yerbagegewinnung und als mageres Weideland (Llanos, Campos) verwendet. Nur im Süden des Landes werden neben den Nutzpflanzen für die Subsistenzwirtschaft auch in größerem Ausmaß Handelspflanzen, vornehmlich Tabak, Mais, Bataten, Zuckerrohr und Baumwolle, angebaut. Heute lebt Nueva Germania vor allem von extensiver Viehzucht, obwohl auch der Baumwollanbau versucht wurde.

Dieser ist kaum gewinnbringend, da das Gebiet aufgrund der schlechten Absatzwege nicht mit zentraleren Anbaugebieten in Konkurrenz treten kann. Genau dieses Fehlen eines Marktes für die Produkte war schon vor 115 Jahren das zweite Argument gegen eine Koloniegründung im Inneren Paraguays. Darüber hinaus wurde eine effiziente Kommunikation mit der Außenwelt durch die mangelhafte Post- und Telegraphenverbindung unmöglich gemacht.⁷⁵ 1894 konstatierte ein Beobachter: „Es ist nun wohl in der Zeit, dass die Kolonie besteht, nicht dazu gekommen, irgendwelchen wesentlichen Artikel zum wenigsten in Asunción auf den Markt zu bringen.“⁷⁶ Zusätzlich hatte die Kolonie mit weiteren Schwierigkeiten zu kämpfen: der geringen landwirtschaftlichen Erfahrung der meisten Siedler, dem Trinkwassermangel und der schlechten Qualität des Bodens. Der Grund für Försters vollkommen unökonomische Ortswahl entsprang den kolonialschwärmerischen

72 Schultzes Glaubwürdigkeit in diesem Punkt resultiert aus der im Vergleich zu den Paraguaybefürwortern sachlichen Darstellungsweise und der Übereinstimmung mit anderen Beobachtern.

73 Schultze, *Paraguayschwindel*, S. 32.

74 Gespräch mit einem schweizer Ehepaar in Nueva Germania im Oktober 1997.

75 Vergleiche dazu Alfredo M. Seiferheld, *Las comunicaciones postales y telegráficas en el Paraguay de postguerra (1870–1900)*, in: *Estudios Paraguayos* 8 (1980) 2, S. 217–240.

76 *Kolonial-Nachrichten* 8 (1894).

Ideen seiner Zeit. Förster dachte, nur in dünn besiedeltem Gebiet seine Vorstellung von „reinem“ Deutschtum verwirklichen zu können, außerdem schien es sich für expansionistische Bestrebungen zu eignen, denn von hier aus könne es sich „Hunderte von Meilen weit nach drei Himmelsrichtungen hin ausdehnen, um dem stolzen, von uns prophetisch gewählten Namen der Kolonie Rechtfertigung zu verleihen“.⁷⁷ Förster verschlimmerte die Lage der Kolonisten noch weiter, indem er die Familien weit voneinander entfernt siedeln ließ. Vermutlich hat ihn dazu Tacitus' Schilderung der germanischen Lebensweise animiert.⁷⁸ Die Siedler hatten so jedenfalls den Nachteil, stundenlang durch das sumpfige Gebiet gehen zu müssen, um Lebensmittelvorräte aus Försterode zu holen, und waren sozial isoliert.

Alltag in Nueva Germania

„Ich kann natürlich nicht von Unbequemlichkeit reden, ich habe es so angenehm wie nur möglich. Freilich ich habe es mir auch selbst angenehm gemacht, aber das ist eben nicht das Talent der meisten Menschen. Sie verstehen sich nicht das Haus erfreulich zu machen u. stöhnen u. seufzen über alle Unbequemlichkeit, anstatt sie mit etwas Phantasie u. Arbeit zu beseitigen“;⁷⁹ berichtete Elisabeth Förster(-Nietzsche) im Juli 1888 ihrer Mutter. Im Vergleich zu den bestenfalls mit Tisch, Stuhl, Bett und Kasten eingerichteten grasgedeckten Holzhütten der ärmeren Kolonisten war „Försterhof“ eine luxuriöse Unterkunft: ein stattliches Steinhaus mit schattiger Veranda und zwei repräsentativen Zimmern.⁸⁰

Nach einer beschwerlichen Reise in Nueva Germania angekommen, durften die Siedler zuerst im Einwandererhaus wohnen, dann bekamen sie Land zugeteilt. Die besser Bemittelten konnten das Glück haben, im Haus der Försters Quartier zu

77 Bernhard Förster, Erster Jahresbericht über die deutsche Ansiedelung Neu-Germania in Paraguay, in: Förster, Förster's Kolonie, S. 7.

78 Tacitus, Germania, in der Übersetzung von Curt Woyte, Reclam-Ausgabe 1960, S. 16: „Wie hinlänglich bekannt, wohnen die Stämme der Germanen nicht in Städten und mögen nicht einmal geschlossene Siedlungen. Sie hausen vielmehr einzeln und gesondert, je nachdem ihnen ein Quell, ein Feld oder ein Hain zusagt.“

79 Elisabeth Förster an Franziska Nietzsche am 31. 7. 1888, GSA 100/533, S. 1.

80 Julius Klingbeil, Enthüllungen über die Dr. Bernhard Förstersche Ansiedlung Neu-Germanien in Paraguay, Leipzig 1889, S. 37.

finden. Auf ihrem Land mussten die Ankömmlinge dann zuerst ein kleines Haus errichten. Jene, die es sich leisten konnten, heuerten dazu paraguayische und deutsche Arbeiter an. Während der Errichtung des Hauses mussten die Menschen unter notdürftig errichteten Schutzdächern schlafen, da der Weg zum Stadtplatz in den meisten Fällen zu weit war, um ihn jeden Tag zurückzulegen. Ein Kolonist beschreibt sein neues Heim folgendermaßen: „Ein kleines Haus habe ich mir nun bereits gebaut; du würdest allerdings lachen, wenn Du es sehen würdest: dasselbe ist aus Baumstämmen zusammengefügt, ist 3 Meter lang und 2 Meter breit und sieht mithin sehr niedlich aus.“⁸¹ Sodann musste am Weideland ein Corral für das Milchvieh angelegt werden. Die härteste Arbeit stand den Siedlern noch bevor: die Rodung des Urwaldes. „Der ganze Wald ist hier dicht mit Schling-Gewächsen verwachsen, so dass man sich erst einen Weg mit der Axt bahnen muss, wenn man denselben beschreiten will.“⁸² Dann sollten Obst und Nutzpflanzen angebaut werden, erst in späteren Jahren auch Handelspflanzen. Die Kolonisten ernährten sich in erster Linie von Mais, Bohnen, Maniok. Hinzu kamen Orangen, die in großer Menge verfügbar waren. Wer es sich leisten konnte, kaufte im Kolonieladen getrocknetes Rindfleisch. Freilich versuchten die Männer, die Ernährung durch die Jagd aufzubessern: Hirschkühe, Rehe, Wildschweine, Agutis (hasenähnlicher Nager) und verschiedene Vögel ergänzten den Speiseplan der „vegetarischen“ Neu-Germanier ebenso wie Affen. Ein Teil der Jagdbeute wurde an Frau Förster abgeliefert.⁸³

Mangelhafte Ernährung, schlechtes Trinkwasser und die ungewohnten Lebensverhältnisse schlugen sich auf die Gesundheit. Besonders gequält wurden die Kolonisten anfänglich von der sogenannten Akklimatisationskrankheit, bei der es zu Schwellungen und offenen Wunden an den Extremitäten kam. Die ärztliche Versorgung erfolgte unter anderem durch einen Herrn von Platen, der die Kolonisten als „Hydropath“ durch Kaltwasserkuren zu heilen versuchte. Trotz der angebotenen Naturheilmethoden forderten viele Kolonisten, einen Arzt aus der Stadt kommen zu lassen – doch selten wollte jemand den mühsamen Weg nach Nueva Germania auf sich nehmen.

81 Ein Siedler, der nur als Max ausgewiesen ist, in einem Brief an seine Mutter, veröffentlicht in den Kolonial-Nachrichten, Dezember 1888.

82 Ebenda.

83 Bericht eines Siedlers „Paul“ in: Kolonial-Nachrichten, Oktober 1889.

Über diese existenziellen Mängel hinaus mussten die Deutschen sich neuen Bräuchen und Sitten anpassen. Hinzu kamen die unsicheren politischen Verhältnisse, die Korruption und die Unsicherheit in Bezug auf die Besitzverhältnisse. Im Vergleich zu den Paraguayern kamen die Deutschen schlecht mit den Lebensbedingungen und Arbeitsweisen im Land zurecht. Sie mussten, wollten sie überleben, von den Paraguayern lernen. Was für ein Schlag für Menschen, die unter anderem auswanderten, um sich überlegen zu fühlen!

Die geistigen Söhne Richard Wagners

„Wenn die Axt im Urwalde erschallt, wenn wir im Scheweisse der Stirn den fruchtbaren Boden von Gestrüpp reinigen, um ihn für Kulturpflanzen vorzubereiten, wenn wir Gräben ziehen, um stehenden Wässern Ablauf zu verschaffen, wie weit entfernt scheint solches Thun von dem Leben auf dem heiligen Hügel von Bayreuth! Aber wir fühlen sehr bestimmt, dass wir uns gerade auch in solcher Arbeit als die geistigen Söhne R. Wagners betrachten dürfen.“⁸⁴

Neben einer Reihe von Siedlern aus Chemnitz, dem „Manchester Sachsens“, die keine Erfahrung in der Landwirtschaft besaßen, siedelten sich mittelständische Antisemiten, vor allem ehemalige Journalisten bei antisemitischen Blättern, in Nueva Germania an, das nach der vorläufigen Erfolglosigkeit der politischen Agitation zum Sammelpool für gescheiterte Existenzen aus der antisemitischen Bewegung wurde. Zu ihrem Unglück war es ohne landwirtschaftliche Kenntnisse und ausdauernde Arbeitskraft einerseits oder reichlich Kapital andererseits wesentlich mühevoller als erhofft, in Nueva Germania ein einigermaßen komfortables Leben zu führen. Für die Herausgabe einer antisemitischen Zeitung fehlten in der Kolonie sowohl Bedarf als auch Geld, ebenso wenig konnten durch Försters Monopolanspruch Handelsbetriebe oder Gastwirtschaften eingerichtet werden. So konnte es dazu kommen, dass diese ideologisch motivierten Auswanderer aus dem Mittelstand sozial abrutschten, anstatt die erhoffte Aufwertung ihres Selbst zu erfahren.

84 Offener Brief an Freiherrn Hans Paul v. Wolzogen, publiziert in den Bayreuther Blättern, Dezember 1888, S. 359.

So kam etwa Franz Kayser, der in Dortmund Herausgeber eines antisemitischen Blattes, der „Westfälischen Reform“, gewesen war. Die Zeitung litt unter mangelnder Abonentenzahl, weswegen Kayser „mehr und mehr verarmte“.⁸⁵ Außerdem war er unzufrieden mit der Organisation der antisemitischen Bewegung und fürchtete, aufgrund seiner politischen Vergangenheit in Deutschland keine Arbeit zu finden. Er wanderte nach längerem Briefwechsel mit Förster und nachdem er seine Zeitung verkauft hatte, im März 1888 gemeinsam mit seiner erwachsenen Tochter und deren Freundin nach Paraguay aus. Kayser hatte 3500 Mark,⁸⁶ was ihm wenig erschien, doch soll Förster ihn ermutigt haben, dass seine Tochter sehr bald einen Ehemann finden könne, der dann auch den Vater versorgen würde.⁸⁷

Kayser hatte Förster bereits in Deutschland persönlich gekannt und mehrere seiner Vorträge besucht. Anfänglich war das Verhältnis der beiden ein durchaus herzliches. Doch Kayser musste bald bemerken, dass das von Förster versprochene ideale Leben in der Realität voller Mühsal war: „Wenn man einsam im Urwalde den Tag über Holz gehauen oder gehackt und gegraben, oder im weiten sumpfigen Kampe sein Vieh eingetrieben hat, liegt Einem Abends der Gedanke an Briefe-Schreiben so fern, dass man nur nach einiger Selbstüberwindung dazu kommt, seiner Familie Nachrichten zu senden.“⁸⁸ Deswegen wollte er eine Branntweinschenke eröffnen, was Förster nicht gestattete und sogar die Idee mit Kreditenzug sanktionierte. In weiterer Folge mussten Kayser und seine Tochter zeitweise ihren Lebensunterhalt als Tagelöhner verdienen.⁸⁹ Als Kayser plante, die Kolonie wieder zu verlassen, da es ihm „widerstrebe, zu einem Manne, den ich jahrelang als das Muster eines tüchtigen und reichbegabten Menschen den [...] Lesern meiner Zeitung entgegen gehalten habe, in steter Opposition zu stehen“,⁹⁰ musste er feststellen, dass er sein Land nicht mehr zurückgeben konnte, weil Förster trotz seines Versprechens finanziell nicht in der Lage war, das Land zurückzuerwerben. Trotz seiner Enttäuschung blieb Kayser seinen Idealen verbunden, „unsere Herzen – diese sind gesund und deutsch und treu, und sollen es ewig, ewig bleiben. Jeden Abend erschallen am Saume des Urwal-

85 Franz Kayser an Bernhard Förster am 10. 8. 1887, unveröff. Brief, GSA 72/1220.

86 Ebenda.

87 Klingbeil, Enthüllungen, S. 70 f.

88 Südamerikanische Kolonial-Nachrichten, Januar 1890.

89 Klingbeil, Enthüllungen, S. 71 f.

90 Franz Kayser an Bernhard Förster am 14. 1. 1889, unveröff. Brief, GSA 72/1220.

des deutsche Lieder weit hinaus in das Aguaraythal; wir gedenken gern der Heimat wir wollen mit ihr Eins bleiben, aber zurück wollen wir nicht.“⁹¹

Franz Kayser konnte letztendlich doch noch sein Auskommen und Positives an der Sache finden, nämlich „dass wir frei und ungestört uns der Natur und unserem Gemüthe hingeben können. Und diesen Vorzug empfinden hier Viele und wissen ihn zu schätzen“.⁹²

Das Erwachen aus einem deutschen Traum

Die letzte Hoffnung wurde den enttäuschten Auswanderern durch Bernhard und Elisabeth Förster geraubt. Derjenige Mann, in den man blind seine Hoffnung gesetzt hatte, entpuppte sich als nervöser Spinner, der im Finanziellen und Praktischen völlig unfähig war. Es war nicht im Entferntesten darauf zu hoffen, dass Försters Vorstellungen eines neuen deutschen Großreichs in Südamerika verwirklicht werden konnten. Verwaltet wurde die Kolonie de facto von Elisabeth Förster. Auch als es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Siedlern kam und der Alkoholkonsum besorgniserregende Ausmaße erreichte – der erste Todesfall in der Kolonie war auf Alkoholismus zurückzuführen –, versuchte die Kolonieverwaltung, vor den Mängeln die Augen zu verschließen. Förster war ständig auf Reisen, um Geld aufzutreiben, und überließ die Geschäfte seiner Frau und dem Verwalter Oscar Erck.

Die Schwierigkeiten in der Kolonie ließen sich trotz enthusiastischer Propagandabriefe und -berichte an verschiedene deutsche Zeitungen, die Elisabeth Förster selbst schrieb und zu deren Abfassung sie die Siedler anregte, auch in der alten Heimat nicht verbergen. Das hatte freilich zur Folge, dass immer weniger neue Siedler kamen und dass es zunehmend schwieriger wurde, Kapital zu erhalten.

Weiteren Schaden nahm der Ruf Försters und seiner Kolonie durch das Erscheinen eines Buches von Julius Klingbeil, „Enthüllungen über die Dr. Bernhard Förster'sche Kolonie Neu Germania in Paraguay“ (Leipzig 1889). In seiner Streitschrift griff Klingbeil die Kolonie auf das Härteste an und schreckte damit potenzielle Investoren weiter ab.

91 Kolonial-Nachrichten, August 1890.

92 Ebenda.

Bernhard Förster geriet in immer größere Verzweiflung. Im März 1889 musste er definitiv erfahren, dass die Kolonie kurz vor dem Konkurs stand. Am 2. Juni ist Förster „schwer erkrankt“;⁹³ am 3. Juni 1889 in San Bernardino, einem Ferienort am Lago Ipicarai nahe Asunción, gestorben. In der „Berliner Presse“ erschien folgende Notiz: „Gestern starb in der benachbarten Kolonie San Bernardino Dr. Bernhard Förster nach achtstündigem Todeskampfe durch Strychninvergiftung. Schon seit längerer Zeit machten sich an demselben Zeichen von Geistesgestörtheit bemerkbar. Er ist ein Opfer seiner eigenen Ueberzeugung, hier für die deutschen unbemittelten Klassen ein Neu-Deutschland (seine Kolonie heisst ja Nueva-Germania) gründen zu können, wozu sich Paraguay am wenigsten eignet. Finanzielle Beschwerden und das Bewusstsein, Hunderte von armen Deutschen, und diese aus Klassen, die am allerwenigsten zum Ackerbau geschaffen sind, hierher und damit ins Elend geführt zu haben, dürfte der Grund zu seiner Selbstentleibung sein. Durch den Tod Försters werden weitere Kreise der hiesigen deutschen Gesellschaft in finanzielle Mitleidenschaft gezogen. Was aus der Kolonie und unseren in Nueva-Germania angesiedelten Landsleuten werden soll, weiß man noch nicht, zumal in der Umgebung derselben ein Aufstand der Arbeiter in den Yerba-(Thee-)Pflanzungen ausgebrochen ist. Frau Dr. Förster, die sich in Nueva-Germania befindet, erfährt erst morgen die Todesnachricht. Sie soll ebenfalls leidend sein.“⁹⁴

Försters Spuren

Die enorme finanzielle Fehleinschätzung und die schlechte Organisation hatten Försters nationale Machtfantasien von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Wirtschaftlich fatal für die zum Teil landwirtschaftlich unerfahrenen Auswanderer waren vor allem die schlechte Wahl des Kolonisationsgebiets und die finanzielle Fehlplanung. Für die Beschäftigung mit Bernhard Försters „Prinzipien-Wirrwari“⁹⁵ blieb wenig Zeit.

93 Elisabeth Förster an ihre Mutter Franziska Nietzsche am 22. 6. 1889, GSA 100/533,2.

94 GSA 72/1535.

95 Friedrich Nietzsche an Theodor Fritsch am 23. 3. 1887, in: Nietzsche, Briefwechsel, Bd. III/5.

„War es aber von Dr. Förster *Leichtsinn*, so war es von der Verwaltung, welche die Kolonie nach seinem Tode leitet – es ist eine harte Anklage, die aber der Wahrheit vollkommen entspricht – ein *Verbrechen*, noch weiter Leute im Wald anzusiedeln, nachdem jene Tatsachen, das Fehlen des Wassers und der Mangel an Mitteln zum ordentlichen Wegebau notorisch waren. Es war ein freventliches Spiel mit den Mitteln, der Arbeit und der Gesundheit der armen Opfer.“⁹⁶

Elisabeth Förster hatte unter den gegebenen Voraussetzungen trotz großer Tatkraft und organisatorischen Talents nicht viel Handlungsspielraum. Von enttäuschten Kolonisten wird sie als ehrgeizig, hinterhältig, betrügerisch, ruhm- und prunksüchtig beschrieben, von denen, die hinter ihr standen, bis zu ihrer Flucht 1893 als tatkräftige „Koloniemutter“ verehrt. Die äußerst ambivalente Beurteilung ihrer Person hielt bis zu ihrem Tod (1935) als gefeierte Schriftstellerin, hoch angesehene Grand-Dame des Konservatismus und Inszenatorin des Weimarer Nietzsche-Kults und darüber hinaus an.

In Nueva Germania wurde ihr vor allem ungezügelter Machtwille vorgeworfen. Trotz zahlreicher Anfeindungen in der Kolonie reiste sie 1890/91 von Nueva Germania nach Deutschland, um einen letzten Rettungsversuch zu unternehmen. Bereits zu diesem Zeitpunkt begann sie sich um das Werk des inzwischen in geistiger Umnachtung lebenden Bruders zu kümmern. Nach ihrer endgültigen Rückkehr aus Paraguay 1893 widmete sie sich schließlich gänzlich der Verwaltung der Schriften Friedrich Nietzsches.⁹⁷

Nietzsches Ruf als Vordenker des Nationalsozialismus beruht zu einem guten Teil auf ihrer Arbeit. Dabei zeigte sie die gleiche Energie und organisatorische Geschicklichkeit wie bei ihrem Wirken in Nueva Germania, aber auch die gleiche Unredlichkeit. Die Fälschung und Vernichtung von Nietzsche-Briefen zur Legitimation ihrer Herausgeber Tätigkeit,⁹⁸ die Verleumdungen gegen Nietzsches Freunde,⁹⁹ die Vorwürfe gegen ihre Mutter, das Zerwürfnis mit mehreren

96 Fritz Neumann an Kolonial-Nachrichten, Juni 1892.

97 BArchB, R-8023, 492, 130–131, Bericht, Elisabeth Förster-Nietzsche an den Generalsekretär des Deutschen Kolonialvereins vom 4. 12. 1893.

98 Siehe Curt Paul Janz, *Die Briefe Friedrich Nietzsches. Textprobleme und ihre Bedeutung für Biographie und Doxographie*, Zürich 1972.

99 Ebenda.

Mitarbeitern,¹⁰⁰ die Herausgabe einer unverantwortlich zusammengestellten Nachlasskompilation unter dem Titel „Der Wille zur Macht“ als systematisches Hauptwerk Friedrich Nietzsches¹⁰¹ und zuletzt ihr Sympathisieren mit dem Nationalsozialismus geben davon Zeugnis.¹⁰²

Am 2. November 1933 besuchte Adolf Hitler das Nietzsche-Archiv. Bei diesem Anlass überreichte Elisabeth Förster-Nietzsche Hitler den Degenstock Friedrich Nietzsches und ein gedrucktes Exemplar der Petition, die Bernhard Förster an Bismarck gerichtet hatte.¹⁰³ Hitler soll sich außerordentlich interessiert gezeigt haben. Danach sprach Elisabeth Förster-Nietzsche mit ihm über die „jüdischen Aktionen gegen ihren Gatten, von denen er bis nach Paraguay verfolgt wurde“.¹⁰⁴

Von den Protagonisten von Försters Neu-Deutschland war es den meisten unmöglich, in die alte Heimat zurückzukehren. Die Siedlung wurde nicht aufgegeben und vegetierte dahin.

Heute ist Nueva Germania einer von 15 Distrikten im Departamento San Pedro. Im Ort selbst leben etwa 80 Deutschstämmige und 180 Paraguayer,¹⁰⁵ der gesamte

100 Siehe David Marc Hoffmann, Zur Geschichte des Nietzsche-Archivs. Elisabeth Förster-Nietzsche, Fritz Koegel, Rudolf Steiner, Gustav Naumann, Josef Hofmiller. Chronik, Studien und Dokumente, Supplementa Nietzscheana, Bd. 2, Berlin/New York 1991.

101 Siehe Friedrich Nietzsche, Sämtliche Werke, Kritische Studienausgabe in 15 Bänden (künftig KSA), hrsg. von Giorgio Colli/Mazzino Montinari, München/New York 1980, Band 14; Mazzino Montinari, Nietzsches Nachlaß von 1885 bis 1888 oder Textkritik und Wille zur Macht, in: ders., Nietzsche lesen, Berlin/New York 1982, S. 92–119; Marie-Luise Haase/Jörg Salaquarda, Der Wille zur Macht: Nachlaß in chronologischer Ordnung der Kritischen Gesamtausgabe, in: Nietzsche-Studien 9 (1980), S. 446–490, 447 (Vorbermerkung); Dieter Fuchs, Der Wille zur Macht: Die Geburt des „Hauptwerks“ aus dem Geiste des Nietzsche-Archivs, in: Nietzsche Studien 26 (1997), S. 384–404.

102 Durch ihre Tätigkeit als Leiterin des Nietzsche-Archivs trug Elisabeth Förster-Nietzsche zur Vereinnahmung Nietzsches als Vordenker des Nationalsozialismus bei. Das erste Zusammentreffen Elisabeth Förster-Nietzsches mit Hitler fand im Deutschen Nationaltheater in Weimar anlässlich der deutschen Uraufführung von Mussolinis Napoleon-Drama „Campo di Maggio“ im Januar 1932 statt. Elisabeth Förster-Nietzsche hegte die Hoffnung, daß Weimar das philosophische Bayreuth für den NS-Staat werden könnte, siehe dazu: Hoffmann, Nietzsche-Archiv; Martha Zapata-Galindo, Triumph des Willens zur Macht. Zur Nietzsche-Rezeption im NS-Staat, Hamburg 1995.

103 Hoffmann, Nietzsche-Archiv, S. 110. Lt. Anmerkung Max Oehlers zur Petition in GSA 72/1083 wurde zuvor der Text der Petition von Oehler verlesen.

104 Archivtagebuch, Eintrag vom 2. November 1933, GSA 72/1596.

105 Informationsblatt „Colonia Nueva Germania“, das mir Herr Kück von der Municipalidad de Nueva Germania zur Verfügung gestellt hat.

Distrikt Nueva Germania hat etwa 1200 Einwohner.¹⁰⁶ Viele der Bewohner stammen aus Mischehen und sprechen Deutsch, Spanisch und Guaraní, was, wie im Rest des ländlichen Paraguay, Umgangssprache ist. Von Försters Utopie, hier den Mittelpunkt eines deutschen Weltreiches erstehen zu lassen, ist nichts mehr zu bemerken. Die ungewöhnliche Geschichte der Kolonie zieht bis heute Fernsightteams, Künstler, Historiker und Sprachwissenschaftler an; doch auch mancher deutsche Siedler kommt noch nach Nueva Germania.

106 Auskunft des in Nueva Germania lebenden Farmers Kück.

Vom politischen Antisemitismus zum politischen Antiamerikanismus

Der Wandel sozialer Demagogie bei Hermann Ahlwardt

Der Begriff des Antiamerikanismus gewann in den vergangenen Jahren im wissenschaftlichen Diskurs an Bedeutung, und diese intensivierete wissenschaftliche Auseinandersetzung fasst auch seine historischen Wurzeln ins Auge.¹ In Deutschland wird der Antiamerikanismus in der Regel über die außerparlamentarische Linke der 1970er-Jahre, die Nachkriegszeit und die völkische Propaganda im Nationalsozialismus bis in die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgt.² Doch letztlich

- 1 Vgl. Dan Diner, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2002, S. 13 f.; Michael Freund, *Affinity and Resentment: A Historical Sketch of German Attitudes*, in: Paul Hollander (Hrsg.), *Understanding Anti-Americanism. Its Origins and Impact at Home and Abroad*, Chicago 2004, S. 105–123; Mary Nolan, *America in the German Imagination*, in: Heide Fehrenbach/Uta G. Poiter (Hrsg.), *Transactions, Transgressions, Transformations: American Culture in Western Europe and Japan*, New York 2000, S. 3–25; Andrei S. Markovits, *Amerika, dich haßt sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa*, Hamburg 2004, S. 67–88; Thomas Fröschl, *Historical Roots of European Anti-Americanism in the 18th and 19th Centuries*, in: Michael Draxlbauer/Astrid M. Fellner/Thomas Fröschl (Hrsg.), *(Anti-)Americanisms*, Wien 2004, S. 59–73; Sebastian Schwark, *Zur Genealogie des modernen Antiamerikanismus in Deutschland*, Baden-Baden 2008; Peter J. Katzenstein/Robert O. Keohane, *Anti-Americanisms in World Politics*, Ithaca 2007; Dorothea Gornik, *Anstiftung zum Hass: Antiamerikanismus in den Karrikaturen des Stürmer während des 2. Weltkrieges*, Saarbrücken 2007; Brendon O'Connor, *Anti-Americanism: History, Causes, Themes*, Oxford 2007.
- 2 Vgl. Jan C. Behrens/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus, *Antiamerikanismus und die europäische Moderne. Zur Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Antiamerikanismus im 20. Jh. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn 2005, S. 10–33; Gesine Schwan, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland: Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999, S. 58–61; allgemein die Beiträge in Alexander Stephan (Hrsg.), *Americanization and anti-Americanism: the German Encounter with American Culture After 1945*, New York 2005.

verdichteten sich in jener Zeit bereits bestehende Topoi eines Antiamerika-Diskurses, dessen Anfänge in der europäischen Aufklärung liegen. Vor dem Hintergrund einer nur zögerlich vollzogenen politischen Modernisierung wurde Amerika in Deutschland zum Inbegriff der Moderne stilisiert und zur Projektionsfläche antimoderner Vorbehalte und antimodernen Unbehagens: Die „amerikanische Moderne“ galt „als die modernste aller möglichen Varianten“ und als Menetekel einer eigenen, bedrohlichen Zukunft.³ Das europäische Denken über Amerika war von der stereotypen Vorstellung rücksichtsloser Erwerbsorientierung ebenso wie vom Verdacht der Kulturlosigkeit geprägt.⁴ Zu den Vorbehalten gegen Amerika trug auch die Ansicht bei, es handele sich um einen Schmelztiegel der Nationen, die dadurch ihrer vermeintlich natürlichen Eigenschaften beraubt würden. Deshalb galt Amerika als Gegenentwurf zu den Visionen der nationalistischen Diskurse in Europa.

Analysen der ideologischen Bestandteile des Antiamerikanismus haben auch Analogien zum Antisemitismus diskutiert, weil beide mit vergleichbaren Motiven operieren. So waren etwa die Unterstellungen der Erwerbsorientierung oder der Kulturlosigkeit feste Bestandteile des europäischen Antisemitismus. Zum Antiamerikanismus weist allerdings nur ein bestimmter Komplex antisemitischer Verdächtigungen und Konstruktionen Parallelen auf, nämlich jene Seite des Antisemitismus, auf der die Juden zu mächtigen und bedrohlichen Konspiratoren stilisiert werden. Die andere Seite des Antisemitismus, die die Juden letztlich zu Untermenschen erklärt, kehrt im Antiamerikanismus allenfalls in der Behauptung einer kulturellen Minderwertigkeit wieder.

- 3 Diner, *Feindbild Amerika*, S. 9; vgl. Rob Kroes, *Anti-Americanism and Anti-Modernism in Europe. Old and Recent Versions*, in: Stephan (Hrsg.), *Americanization*, S. 202–220; Thomas Nipperdey, *Probleme der Modernisierung in Deutschland*, in: ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1986, S. 44–59; Shulamit Volkov, *The Rise of Popular Antimodernism in Germany. The Urban Master Artisan, 1873–1896*, Princeton 1978, S. 297–325; Barry Rubin/Judith Colp Rubin, *Hating America. A History*, Oxford 2004, S. 45–73; Christian Schwaabe, *Antiamerikanismus. Wandlungen eines Feindbildes*, München 2003, S. 25.
- 4 Philippe Roger, *Aufklärer gegen Amerika. Zur Vorgeschichte des europäischen Antiamerikanismus*, in: Rudolf von Thadden/Alexandre Escudier (Hrsg.), *Amerika und Europa. Mars und Venus? Das Bild Amerikas in Europa*, Göttingen 2004, S. 16–34; Hartmut Kaelble, *Wie die Europäer Amerika sahen. Die USA und das europäische Selbstverständnis im 19. und 20. Jahrhundert*, in: von Thadden/Escudier (Hrsg.), *Amerika und Europa*, S. 35–48.

Doch Antiamerikanismus und Antisemitismus verbinden nicht allein analoge Strukturen bei Selbst- und Fremdzuschreibungen. So konstruiert die in der Logik des Ressentiments folgerichtige Formel „Verjudung heißt eigentlich Amerikanisierung“ aus dem frühen 20. Jahrhundert eine Identität von Juden und Amerika an der Schnittstelle von antisemitischem und antiamerikanischem Diskurs.⁵ Und dieses Konstrukt schreibt sich etwa in der Metapher der amerikanischen Ostküste fort, bei der vermeintlich reichen Juden eine ungebührliche Nähe zu politischer und ökonomischer Macht zugeschrieben wird.⁶

Zu den ideologischen Parametern von Antiamerikanismus und Antisemitismus zählte auch die soziale Frage. Das neunzehnte Jahrhundert hatte im Zuge der Industrialisierung die sogenannte soziale Frage aufgeworfen. Massenarmut und urbane Elendsquartiere gehörten zu den unübersehbaren Folgen der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus und führten zur Herausbildung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften.⁷ Bei konservativen bis völkischen Kreisen verband sich die soziale Frage mit einem antimodernen Vorbehalt. Armut und politischer Protest dagegen galten nicht nur als Erscheinungen des Industriekapitalismus, sondern insbesondere als Gefahren für die Volksgemeinschaft. Aufgrund der Stereotypisierung der Juden als wohlhabend und wirtschaftlich einflussreich war die soziale Frage deshalb von Beginn an mit der vom Antisemitismus aufgeworfenen „jüdischen Frage“ verbunden.⁸ Der sozialen Frage wurde im wilhelminischen Deutschland nicht nur mit sozialpolitischen Programmen, sondern auch mit einer von Anleihen bei der Romantik durchzogenen Gemeinschaftsidee begegnet, die soziale Ungleichheiten als eine quasi-natürliche Ordnung verklärte, die auch die sozial Benachteiligten schützte. In diesen Gesellschaftsentwürfen äußerte sich eine tiefe Skepsis gegenüber der Moderne – und die Juden wurden „zur negativen

5 Historisches Schlagwörterbuch von 1906, zitiert nach Diner, Feindbild Amerika, S. 34.

6 Vgl. Sander Gilman, Die schlaunen Juden. Über ein dummes Vorurteil, Hildesheim 1998, S. 254 f.

7 Vgl. Knut Borchardt, Germany 1700–1914, in: Carlo M. Cipolla (Hrsg.), The Fontana Economic History of Europe. The Emergence of Industrial Societies, Glasgow 1973, S. 128–157; Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 33–65; Hans-Peter Ullmann, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt a. M. 1995.

8 Massimo Ferrari Zumbini, Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt a. M. 2003, S. 651.

Metapher der Modernität“ und des Wirtschaftsliberalismus gemacht.⁹ Deshalb spielte die soziale Frage auch für den Antiamerikanismus eine tragende Rolle. Hier zeigte sich der Antiamerikanismus als antimodernistischer Reflex.

Diese Wurzel des Antiamerikanismus im politischen Antisemitismus wurde bislang nicht näher untersucht. Der folgende Aufsatz analysiert diese Beziehung anhand der Schriften Hermann Ahlwardts, eines der prominentesten „Radau-Antisemiten“ im Kaiserreich des späten 19. Jahrhunderts. An Ahlwardt lässt sich die Entwicklung eines mit dem Antisemitismus eng verwobenen antiamerikanischen Grundmotives nachvollziehen: die Vorstellung, dass amerikanisches Kapital wirtschaftliche Imperien, sogenannte Trusts, errichte und in die – europäischen – Nationalökonomien eindringe. Ahlwardt wird hier stellvertretend für das diffuse Spektrum der antidemokratischen deutschen Rechten im ausgehenden Kaiserreich untersucht.¹⁰ Bei der Analyse seiner Schriften werden jene „Schattenlinien“ durchgezeichnet, die nach Nipperdey Deutschlands Entfremdung vom Westen und seine antimodernen Traditionen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts markierten.¹¹ Im politischen Kontext von aggressivem Nationalismus, Antimodernismus und Sozialdemagogie kann bei Ahlwardt ein sukzessiver Wandel vom Antisemitismus über Verschwörungsverdächtigungen gegen Jesuiten und Freimaurer bis hin zur Unterstellung, das amerikanische Kapital würde Deutschland kolonisieren, beobachtet werden. Als Bindeglied dieser Konstruktionen fungierte die soziale Frage, auf die Ahlwardt mit der Mobilisierung der Volksgemeinschaft gegen die als fremd apostrophierten Mächte antwortete.

Hermann Ahlwardt

In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand eine als politischer Antisemitismus bezeichnete Richtung, bei der die antisemitische Rhetorik im Zentrum von Programmatik und politischem Handeln stand und für die das Ressentiment

9 Ebenda, S. 653.

10 Vgl. Stefan Breuer, *Ordnung der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945*, Darmstadt 2001, S. 327–361.

11 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1991, S. 812 ff.

die Basis der politischen Organisation bildete. Vor dem Hintergrund der Emanzipation der jüdischen Bürger zwischen 1869 und 1871 und des sogenannten Gründerkrachs von 1873 entwickelte sich eine antijüdische Hetze, die bis ins bürgerliche Lager reichte.¹² Der politische Antisemitismus war allerdings keine homogene politische Bewegung, sondern ein breit gefächertes Spektrum von christlichen Politikern wie Adolf Stoecker und der „Christlich-Sozialen Partei“, konservativen wie Max Liebermann von Sonnenberg und der „Deutsch-Sozialen Partei“ bis hin zu radikalen Rassen-Antisemiten wie Paul Förster oder Ernst Henrici und der „Sozialen Reichspartei“.¹³ Zwar lehnte die Mehrheit des Bildungsbürgertums den mit Ausschreitungen verbundenen „Radau-Antisemitismus“ ab,¹⁴ es teilte aber oft genug dessen Kern antisemitischer Vorbehalte.¹⁵ So etablierte sich das Konstrukt jüdischer Andersartigkeit auch abseits der politischen Organisationen des Antisemitismus als ein „Signum kultureller Identität“.¹⁶

In vielen prominenten Schriften zum Nationalsozialismus wird die historische Entwicklung des politischen Antisemitismus mit dem Namen Hermann Ahlwardt in Verbindung gebracht.¹⁷ Ob nun Franz Neumann in „Behemoth“ behauptet,

- 12 Vgl. Friedrich Battenberg, *Das europäische Zeitalter der Juden*. Bd. 2, Darmstadt 1990, S. 146; Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 85 (Gründerkrach); Kurt Wawrzinek, *Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890)*, Berlin 1927, S. 8 f. Zum Gründerkrach vgl. Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich*, S. 60 ff.
- 13 Vgl. Stefan Scheil, *Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912. Eine wahlgeschichtliche Untersuchung*, Berlin 1999, S. 73; zu den Parteien vgl. Wawrzinek, *Die Entstehung*, S. 18 ff. Max Liebermann von Sonnenberg (1848–1911), Offizier, gründete 1881 mit Bernhard Förster (vgl. den Beitrag in diesem Band, S. 171–194) den Deutschen Volksverein und 1889 die Deutschsoziale Partei. 1890–1991 Mitglied des Reichstages für wechselnde antisemitische Parteien, vgl. Werner Bergmann, Max Liebermann von Sonnenberg, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch zur „Völkischen Bewegung“, 1871–1918*, München 1999, S. 916 f.; Zu Stoecker vgl. ebenda, S. 928 f.
- 14 Vgl. Berding, *Moderner Antisemitismus*, S. 99.
- 15 Vgl. Werner Jochmann, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988 S. 71.
- 16 Shulamit Volkov, *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 23.
- 17 Hermann Ahlwardt wurde am 21. Dezember 1846 als Sohn eines Handwerkers in Krien bei Anklam geboren, besuchte in Oranienburg ein Lehrerseminar und wurde 1866 in

Ahlwardt habe zu Pogromen aufgerufen und einen Ritualmordprozess in Xanten initiiert, Hannah Arendt in „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ schreibt, die „Ahlwardtbewegung“ in Berlin habe mit dem Antisemitismus als „große Idee“ [...] den Mob auf die Beine gebracht“, Victor Klemperer in einem Tagebucheintrag von 1937 von der „Ahlwardtzeit“ spricht oder Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der „Dialektik der Aufklärung“ Ahlwardt bescheinigen, „bürgerlich und aufsässig zugleich“ gewesen zu sein: Ahlwardt war für viele zum Synonym für den Radau-Antisemitismus geworden, weil sein Name „jahrelang die Vorstellung von Tumulten und Skandalen beschworen“ hatte.¹⁸

Dass Ahlwardt vor allem als Vertreter des sogenannten Radau-Antisemitismus behandelt wird, führt allerdings dazu, dass seine späteren politischen und publizistischen Aktivitäten bislang keine Beachtung fanden. Tatsächlich verliert sich das historische Interesse an Ahlwardt mit dem Niedergang seines Ansehens innerhalb der Bewegung des politischen Antisemitismus schon ab der Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts.¹⁹ Genauso wurde die Bedeutung der sozialen Frage

Neu-Ruppin als Lehrer eingestellt. 1869 trat er eine Lehrerstelle in Berlin an einer höheren Töchterschule an (vgl. Nachtrag zum amtlichen Reichstags-Handbuch, Berlin 1895). Von 1869 bis 1889 war Ahlwardt an wechselnden Berliner Gemeindeschulen tätig. Er wurde wegen des Vorwurfes der Veruntreuung vom Schuldienst suspendiert. Ab 1890 war er in antisemitischen Kreisen aktiv und hatte zwischen 1892 und 1903 ein Reichstagsmandat inne. Ahlwardt starb 1914 in Leipzig an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

- 18 Vgl. Franz Neumann, *Behemoth, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Frankfurt a. M. 1984, S. 145; Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, München 1986, S. 248; Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, Tagebücher*. Bd. 1, 1933–1941, Berlin 1995, S. 373; Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt a. M. 1998, S. 209 f.; Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1959, S. 88.
- 19 Vgl. Werner Bergmann, Hermann Ahlwardt, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch*, S. 897. Ahlwardt wird zwar regelmäßig in der Überblicksliteratur zum politischen Antisemitismus im deutschen Kaiserreich erwähnt, eine nähere Beschäftigung mit ihm und seiner Rolle für das Schrifttum des Antisemitismus oder dessen Bewegungsspekt fand dabei aber nicht statt. Vgl. Werner Bergmann, *Völkischer Antisemitismus*, in: ebenda, S. 463. Zwei Aufsätze sind bislang zu Ahlwardt verfasst worden, die jeweils einen besonderen Ausschnitt behandeln. Zum einen schreibt Uwe Mai informativ über die antisemitische Rhetorik Ahlwardts, zum anderen diskutiert Christoph Jahr den Umgang der Justiz mit Ahlwardt am Beispiel des sogenannten, von Ahlwardt inszenierten Judenflintenprozesses. Uwe Mai, „Wie es der Jude treibt“. Das Feindbild der antisemitischen Bewegung

in seinen Schriften durch die Thematisierung von Skandal und Radau überlagert. Doch die soziale Frage lässt sich bei Ahlwardt nicht auf parolenartige „Geldjuden“-Invektiven reduzieren. Sie drückt sich in der beständigen Unterstellung aus, fremde, nicht-deutsche Mächte würden qua ihrer ökonomischen Dominanz die politischen Geschicke Deutschlands manipulieren, um die Deutschen noch mehr ausbeuten zu können. Es ist dieses beständige Verdachtspotenzial, das aus dem antisemitischen Ressentiment mithilfe des Transmissionsriemens der sozialen Frage die antiamerikanische Denunziation des sogenannten Trustkapitals entstehen ließ.

Ahlwardt zählte in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu den populärsten Agitatoren des politischen Antisemitismus. Hierzu trug vor allem sein Markenzeichen bei, verleumderische Behauptungen, die auf prominente jüdische Bankiers, Politiker oder Industrielle zielten und ihn mehrfach vor Gericht brachten.²⁰ Die Broschüre „Neue Enthüllungen: Judenflinten“, in der Ahlwardt die Waffenfabrik Loewe beschuldigt, im Auftrag der Alliance Israélite schadhafte Gewehre an das Heer geliefert zu haben, wurde ein Verkaufsschlager.²¹ Dass er daraufhin zu einer mehrmonatigen Haft verurteilt wurde, tat seiner Popularität in antisemitischen Kreisen keinen Abbruch.²² Vielmehr wurde er heroisiert, und seine gestiegene

am Beispiel der Agitation Hermann Ahlwardts, in: Christoph Jahr (Hrsg.), *Feindbilder in der deutschen Geschichte*, Berlin 1994; Christoph Jahr, *Ahlwardt on Trial: Reactions to the Antisemitic Agitation of the 1890s in Germany*, in: *The Leo Baeck Institute Yearbook XLVIII* (2003), S. 67–85.

- 20 Etwa auf den Berliner Bankiers und Bismarck-Berater Gerson von Bleichröder (1822–1893) oder den Preußischen Finanzminister Miquel. Im Eid eines Juden erhebt Ahlwardt gegen Bleichröder den Vorwurf des Meineides in einem Unterhaltsprozess. Dieser Vorwurf ist allerdings schon älter und war bereits 1883 Gegenstand eines Gerichtsverfahrens. Vgl. Fritz Stern, *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder*, Reinbek b. Hamburg 1988, S. 735–741. Für seine Behauptungen über den Finanzminister Miquel musste sich Ahlwardt 1894 vor Gericht verantworten. Vgl. *Kreuz-Zeitung* vom 9. Juni 1894.
- 21 Vgl. Hermann Ahlwardt, *Neue Enthüllungen. Judenflinten*, Dresden 1892, S. 4. Die Firma Ludwig Löwe & Co. wurde von Ludwig (1837–1886) und Isidor Löwe (1848–1910) geleitet. Ludwig Löwe war als Politiker der Fortschrittspartei und der Freisinnigen Partei zuletzt Mitglied des Reichstags, er war Repräsentant der Berliner jüdischen Gemeinde und gehörte dem „Komitee zur Förderung der Ostjuden“ an. Isidor Löwe gehörte zum Beraterkreis Kaiser Wilhelm II. Vgl. *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 15, Berlin 1987, S. 77 ff.
- 22 Vgl. N. N., *Der „Judenflinten“-Proceß. Sonderabdruck der Verhandlung des Kgl. Landgerichts I zu Berlin in der Beleidigungssache Isidor Löwe und Kühne wider den Rector Hermann Ahlwardt, Mitglied des Deutschen Reichstages*, Berlin 1892, S. 154.

Popularität führte zur Wahl als parteiloser Reichstagsabgeordneter in Arnswalde-Friedeberg. Bei seinen Auftritten kam es mehrfach zu Lorbeerkranzübergaben an Ahlwardt, es gab Ahlwardt-Lieder und einen blühenden Handel mit Devotionalien, wie Bildern und Münzen von ihm.²³ Der deutlichste Ausdruck seiner Popularität waren zwei erfolgreiche Sammlungen, mit denen 1892 größere Kautionsbeträge aufgebracht wurden, damit Ahlwardt aus der Untersuchungshaft entlassen werden konnte.²⁴ Auf die maßgeblich von Ahlwardt beeinflusste und antisemitisch aufgeladenen Atmosphäre im Kaiserreich der 1890er-Jahre wird auch die Bereitschaft der Konservativen Partei zurückgeführt, den Antisemitismus unverhohlen in ihr Parteiprogramm aufzunehmen.²⁵

Führende Antisemiten, darunter Liebermann von Sonnenberg und die Deutsch-Soziale Partei sowie Otto Böckel und die Antisemitische Volkspartei, hielten Ahlwardt hingegen auf Distanz. Sie fürchteten, in den Sog der Konsequenzen seiner riskanten Beschuldigungen zu geraten, und unterstrichen öffentlich seine Parteilosigkeit.²⁶ Dass ein vollständiges Abrücken von Ahlwardt jedoch ausblieb,

- 23 Vgl. Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 29 (17. Juli 1892), S. 251; Hermann Ahlwardt, *Meine Verhaftung*, Dresden 1892, S. 29; P. Westphal, *Illustrierter Führer durch die antisemitische Litteratur*, Nossen i. S. 1893, S. 1 ff. In einem Liederbuch für antisemitische Vereine findet sich der „Ahlwardt-Marsch“, Text und Melodie vom Reichstagsabgeordneten Wilhelm Werner, vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep 30 Bln C, Nr. 14964, Bl. 144.
- 24 Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 27 (3. Juli 1892), S. 232; Mai, „Wie es der Jude treibt“, S. 78 ff.
- 25 Auf deren Parteitag 1892 wurde das Programm wie folgt geändert: „Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß.“ Vgl. Peter G. J. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914*, Gütersloh 1966, S. 101; Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914)*, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 119; Erich Eyck, *Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreichs von 1890–1914*, Zürich 1948, S. 70; Walter Frank, *Hofprediger Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung*, Hamburg 1935, S. 235.
- 26 Vgl. Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 20 (22. Mai 1892), S. 182 f.; Max Liebermann von Sonnenberg, *Judenflinten*, in: *Deutsch-soziale Bl.* 198 (1892); Bundesarchiv Berlin (BArchB), 90 Li 1, Nachlass Liebermann von Sonnenberg, Nr. 11 und Nr. 12 (Briefe). Bereits im November 1891 gab es eine Konferenz der Deutsch-Sozialen Partei, auf der beschlossen wurde, Ahlwardt nicht als Redner einzuladen, vgl. BArchB, 90 Li 1, Nr. 11, Bl. 1, Müller an Liebermann von Sonnenberg).

ist nur als eine Konzession an die Basis zu verstehen, die mitunter ermahnt werden musste, der Parteiräson zu folgen.²⁷

Ahlwardts antisemitische Rhetorik

1890 betrat Ahlwardt mit der Broschüre „Der Verzweigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum“ die politische Bühne.²⁸ Er sprang damit als einer der letzten namhaften Agitatoren auf den bereits erfolgreichen politischen Antisemitismus auf, der eine Folie bot, auf der er seine Weltsicht entwickeln konnte. Deshalb mobilisierte er nicht nur das gesamte Spektrum antisemitischer Stereotype und Verleumdungen, er stellte seine persönliche finanzielle Not in einem „Gemisch von exhibitionistischer Selbsterniedrigung und Verfolgungswahn“ als das Werk gegen ihn konspirierender Juden dar.²⁹ Ahlwardt unterstellte eine spezifisch jüdische List und Schläue.³⁰ Juden würden unlautere Geschäfte betreiben und nichtjüdische Geschäftspartner ruinieren, um aus dem Konkurs Gewinne zu

27 Vgl. BArchB, 90 Li 1, Nr. 11, Bl. 1–16.

28 Er war bemüht, sein politisches Auftreten als Antisemit vorzudatieren und dieses schon seit den 1870er-Jahren für sich zu reklamieren. Vgl. Ahlwardt, *Der Verzweigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum*. Berlin 1890, S. 67. Weiter behauptete er, geholfen zu haben, „die antisemitisch-soziale Bewegung vor Jahren als einer der ersten mit ins Leben [zu] rufen“, er sei jedoch als Schulrektor gezwungen gewesen, „[s]ich im Hintergrunde zu halten“ (ebenda, S. 75). Außerdem wollte er für mehrere antisemitische Zeitungen Artikel geschrieben haben (ebenda, S. 120). Gleichwohl nahm man weder in Kreisen der Antisemiten noch bei ihren Gegnern bis zum Erscheinen des *Verzweigungskampfes* Notiz von ihm.

29 Vgl. Massing, *Vorgeschichte*, S. 89.

30 Ahlwardt, *Der Verzweigungskampf*, S. 5, S. VI: „Daß ich hierbei meine eigenen Erlebnisse mit in den Vordergrund stelle, bedarf einiger erläuternder Bemerkungen [...]. Meine Schwäche, einem bedrängten Freund über meine Kräfte hinaus beizustehen, ist in unserm Volk leider eine allgemeine, die auch bei unsern Nachkommen nicht ausgerottet sein wird. Ebenso allgemein ist die schlaue Benutzung dieser Schwäche durch die Hebräer [...]. Daher ist meine Lebensgeschichte durchaus nicht so unbedeutend, wie sie erscheint.“ Zum Stereotyp des schlauen Juden, bei dem die nutzorientierte Schläue als Gegensatz zur schöpferischen Intelligenz konstruiert wird vgl. Gilman, *Die schlauen Juden*, S. 53 ff.

realisieren.³¹ So errichteten sie sich „goldene Berge [...] im Schweiß der Germanen“ und machten sich deren Kreativität zunutze, da sie, so Ahlwardt, selbst nicht schöpferisch seien.³² Seine Unterstellung, Juden hätten eine „Abscheu vor jeder productiven Arbeit“, war ebenso traditionsreich wie das damit verbundene Stereotyp des Geldjuden.³³ Diese Konstruktion des Geldjuden-Stereotyps ging mit der Festschreibung der jüdischen Fremdheit und der Unterstellung eines destruktiven Einflusses auf die im Gegensatz als deutsch apostrophierte Wirtschaft einher. Die Juden verkörperten bei Ahlwardt das Kapital, die Deutschen hingegen Handwerk und Künste.³⁴

Auch die zählbeige antisemitische Verdächtigung einer jüdischen Pressemacht, eng mit dem Wahn von der jüdischen Weltherrschaft verbunden, wurde von Ahlwardt reproduziert: „Die Presse ist [...] in Judenhänden. Wer dem Judentum entgegenzutreten wagt, wird von der gesamten Preßmeute verfolgt, gehetzt [und] mit Schmutz beworfen.“³⁵ Weiterhin würden die Parteien von „unsichtbaren Juden“ kontrolliert und Arbeiter samt Sozialdemokratie durch „jüdische Agitatoren“ aufgewiegelt.³⁶ Durch Konspirationen bei Hofe würden die Juden die Gemeinschaft von Volk und Kaiser zerstören wollen: „Zwischen Fürst und Volk saß die Judensippe,

31 Ahlwardt, *Der Verzweiflungskampf*, S. 24: „Der Jude umschleicht ihn [den Bauern], wie der Fuchs den Hühnerhof und sucht die günstigste Angriffsstelle zu erspähen. [...] Ist der Bauer weit genug zurückgekommen, so erwägt der Jude, in welcher Weise er ihm am besten vollends den Garaus macht, um dabei möglichst viel zu gewinnen. Er treibt es je nach Umständen entweder zum Zwangsverkauf oder zur Parzellierung [...]. Der Bauer ist bereits in schwieriger Lage, doch wird ihm diese vom Juden als ganz hoffnungslos dargestellt. Alle Gläubiger fangen plötzlich an zu drängen, er weiß nicht warum. [...] Ja, lieber Freund, veranlaßt hat das alles der dich umschleichende Hebräer, aber nachweisen kannst du es ihm nicht.“

32 Ebenda, S. 27; vgl. ebenda, S. 35: „Die Hände deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Kunstwerke hergestellt und auch die Zeichnungen dazu entworfen. Der Jude hat das Geld eingesteckt, und seine Leistungen werden gepriesen durch alle Zeitungen der Welt.“

33 Ebenda, S. 5.

34 Ebenda, S. 39: „Aussaugung durch das Kapital, d.h. im Wesentlichen [...] die Juden“. Zur Verbindung von Arbeitsbegriff und Antisemitismus vgl. Holger Schatz/Andrea Woeldike, *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion*. Hamburg, Münster 2001, bes. S. 41–47.

35 Ahlwardt, *Der Verzweiflungskampf*, S. 217.

36 Ebenda, S. 201, S. 202.

wirkte täuschend und betäubend nach allen Seiten³⁷. So imaginierte Ahlwardt ein „internationales Judenthum“, das „die Nationen gegeneinander“ hetze und „hier kriechend und schmeichelnd, dort zersetzend und korrumpierend“ am „Umsturz aller Throne“ arbeiten würde.³⁸ Auf diese Weise konstruierte er die Vorstellung eines zersetzenden Wirkens der Juden. Wie bei vielen Antisemiten gipfelte diese Aufreihung von Invektiven und Stereotypen in der Erklärung, die „Judenfrage“ könne nur durch die Vertreibung oder Zwangsumsiedlung der Juden gelöst werden.

Ahlwardt schloss mit der Forderung, nach der Klärung der „Judenfrage“ auch die soziale Frage zu lösen, für die ein „schrankenloses Produzieren“ ursächlich wäre.³⁹ Dazu müssten „die Hauptproduktionszweige genossenschaftlich organisiert“ werden.⁴⁰ Um nicht in den Verdacht zu geraten, sozialdemokratische Ideen zu vertreten, unterstrich Ahlwardt seinen antisozialistischen Konservatismus dadurch, dass er sein Programm als „soziale Erbmonarchie“ bezeichnete.⁴¹ Im Zentrum seiner Rhetorik stand jedoch die rassen-antisemitische Fremdheitskonstruktion der Juden, die soziale Frage spielte hier zunächst nur eine Nebenrolle.

Ahlwardts Sozialdemagogie

Unter Beibehaltung jener Batterie antisemitischer Stereotype und Allgemeinplätze, die Anschlussfähigkeit an den antisemitischen Diskurs signalisieren sollten, vollzog Ahlwardt 1894 in „Bundschuh“ eine wirtschaftspolitische Wende seiner Rhetorik. Auf deren nunmehr prononcierte Sozialdemagogie reagierten die konservativen Antisemiten mit großer Skepsis, doch sie ebnete zugleich den Weg für eine – wenn auch kurzfristige – Zusammenarbeit mit Otto Böckel.⁴² Gemeinsam gaben sie in der Folge die Zeitung „Deutsches Volks-Recht“ heraus, und auf dem Parteitag der ursprünglich von Böckel gegründeten „Antisemitischen Volkspartei“ in Berlin 1895

37 Ebenda, S. 202.

38 Ahlwardt, Neue Enthüllungen, S. 3 f.

39 Vgl. Ahlwardt, Der Verzweiflungskampf, S. 242.

40 Vgl. Ebenda, S. 242.

41 Ebenda, S. 245.

42 Vgl. Rüdiger Mack, Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen, 1887–1894, Friedberg 1967.

wurde das von Ahlwardt entworfene Parteiprogramm angenommen.⁴³ Es sah unter anderem die „Befreiung der Arbeit durch allmählichen Aufkauf der Großbetriebe in Landwirtschaft und Gewerbe durch Staat oder Gemeinde und die Verwandlung dieser Großbetriebe in Genossenschaftsbetriebe“ vor.⁴⁴

„Bundschuh“ stellte eine Annäherung der Ahlwardt-Böckel-Position an die soziale Demagogie Eugen Dührings dar. In Anlehnung an Dühring ging Ahlwardt davon aus, dass jedweder Form von „Kapitalgewinn [...] die Ausbeutung der unterworfenen Arbeitskraft“, die „in der Industrie beschäftigt ist“, zugrunde läge.⁴⁵ Arbeit schaffe legitimes Eigentum, denn, so Ahlwardt, erst „durch hineingelegte Arbeit wird ein bis dahin herrenloser Stoff zu meinem Eigentum“.⁴⁶ Besitz, dem er den Ursprung durch eigene Arbeit absprach, entzog er so die Legitimität und bezeichnete ihn mit Dühring als „Gewalteigentum“.⁴⁷ Da er die Juden als ein „arbeitsunlustiges Volk“ bezeichnete, konstruierte dieses Konzept von Besitz und Arbeit in der Tradition des Antisemitismus die Illegitimität jüdischen Besitzes.⁴⁸

Doch richtete sich die Argumentation nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Großgrundbesitz und Industrie, zwei Formen des „Gewalteigentums“, die Ahlwardt für das soziale Elend verantwortlich machte: „Auf diese Weise entstand der Reichtum einzelner, und im Gegensatz dazu bildete sich die Armut der großen

43 Vgl. Die Redaktion, Was wir wollen, in: Der Bundschuh. Ein Wochenblatt für das deutsche Volk 1 (1894), S. 1. Die Wege von Ahlwardt und Böckel trennten sich allerdings nach nur wenigen Monaten wieder, noch im gleichen Jahr trat Ahlwardt als Herausgeber zurück und aus der Partei aus. Vgl. W. Giese, Antisemitisches Jahrbuch für 1898, Berlin 1898, S. 60.

44 Vgl. N. N., Parteitag der Antisemitischen Volks-Partei, in: Die Post Nr. 154 (1895), und: Vorläufiger Entwurf zu einem Partei-Programm der Antisemitischen Volks-Partei, BLHA, Nr. 14983, Bl. 72.

45 Hermann Ahlwardt, Bundschuh, Dresden 1894, S. 51. Unter Arbeit verstand Ahlwardt „jede Tätigkeit an der Natur, durch welche von dieser Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erlangt werden sollen“ (S. 3), Wert bemesse sich „lediglich nach der Schwierigkeit der Beschaffung“ und „nicht die Nützlichkeit“ eines „Dinges“ (S. 4) und „unter Kapital versteht man die gesamte Ausrüstung zur Arbeit“ (S. 5). Zu Dühring vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Vom Konkurrenten des Karl Marx zum Vorläufer Hitlers, Eugen Dühring, in: Karl Schwedhelm (Hrsg.), Propheten des Nationalismus, München 1969, S. 36–55.

46 Ahlwardt, Bundschuh, S. 23.

47 Ebenda, S. 23.

48 Ebenda, S. 104.

Massen.⁴⁹ Hier tritt eine neue Akzentuierung der Ahlwardtschen Rhetorik hervor. Die „soziale Frage“ erlangte eine eigenständige Qualität und war nicht länger ein Additiv oder eine Implikation der „jüdischen Frage“. Dies hatte durchaus Konsequenzen für die agitatorischen Tätigkeiten Ahlwardts, der in dieser Zeit Brandreden „gegen Junker und Juden“ hielt und das „Besitzrecht an Grund und Boden“ in Frage stellte.⁵⁰ Er suchte mit dem Titel „Bundschuh“ bewusst die assoziative Nähe zu den Bauernkriegen der frühen Neuzeit, „weil in heutigen Zeiten das produktive Volk genau so schwer leidet wie im 16. Jahrhundert die unglücklichen Bauern“, die ebenfalls gegen das „Gewalteigentum“ gekämpft hätten.⁵¹ Auf der anderen Seite seien besonders kleine und mittlere Unternehmen wegen ihres geringen Eigenkapitals gegenüber den großen Unternehmen nicht konkurrenzfähig und müssten sich immer mehr verschulden. Wie die „Aufsaugung des Kleingrundbesitzers durch den Großgrundbesitz“ vollziehe sich die „Aufsaugung der kleineren und mittleren Industrie“ sowie des „mittleren Kapitalbesitzes“ durch „Großkapital“ und die Juden.⁵² Derart unrechtmäßig erworbenes Eigentum sei zu konfiszieren und staatlich zu verwalten. Das jüdische Eigentum solle „ohne Entschädigung zurückgenommen werden“ und die „Juden müssen aus Deutschland entfernt werden“.⁵³ Aber auch das „Gewalteigentum“ an Grund und Boden, in Bergwerken und in industriellen Betrieben sollte verstaatlicht werden.⁵⁴

Neben den traditionellen Antisemitismus trat bei Ahlwardt ein antimoderner Dünkel gegen industrielle Fertigung und Kapitalkonzentrationen. Ihnen wie dem Großgrundbesitz stellte er ein Modell von genossenschaftlich organisierter Industrie und eigenständigen Kleinunternehmern entgegen und rechnete gleichermaßen auf den Zuspruch von Arbeitern und Mittelstand. Ahlwardt versuchte, die soziale Frage auf der Basis seiner antisemitischen Delegitimierung jüdischen Besitzes und

49 Ebenda, S. 24.

50 Ebenda, S. 22 („Junker“). Als Maß aller Dinge betrachtete Ahlwardt den „deutschen Bauernhof“, in dem „die größte Fläche gegeben ist, die der einzelne [...] noch bearbeiten kann“. Nur der selbst bearbeitete Acker ist „rechtliches, alles übrige nur Gewalteigentum“. Ahlwardt, *Bundschuh*, S. 23; Massing, *Vorgeschichte*, S. 116: „Brandreden“; vgl. Scheil, *Die Entwicklung*, S. 65

51 Ahlwardt, *Bundschuh*, S. VI.

52 Ebenda, S. 37.

53 Ebenda, S. 139.

54 Ebenda, S. 141 ff.

seines Begriffs vom „Gewalteigentum“ zu beantworten. Ihre Lösung bestand für ihn im Wesentlichen aus Maßnahmen, die ebenso antiliberal wie populistisch waren. Seine Vorstellung, „die Ausbeutung der ehrlichen Arbeit“ zu verhindern, beruhte auf Zinsbeschränkung, Verstaatlichung von „Großbetrieben“ und auf Ausschaltung eines „ausbeutenden Zwischenhandels“.⁵⁵ Zwar liegt nahe, dass die vorenthaltene Spezifikation dessen, was denn einen großen Betrieb ausmache, durch ein hier nicht angeführtes Epitheton „jüdisch“ geleistet werden sollte. Dennoch zeichnet sich hier eine Verschiebung ab, bei der das Element der Sozialdemagogie als tragende Argumentations-Logik mit dem Antisemitismus aufschloss.

Zwischenschritt Antijesuitismus

Nach der Veröffentlichung von „Bundschuh“ ließen Ahlwardts öffentliche Auftritte Ende 1894 nach und die Welle der Ahlwardt-Euphorie klang ab.⁵⁶ Er begab sich auf Einladung der Amerikanischen Antisemitischen Association aus New York auf Agitationsreise durch die USA.⁵⁷ Sein dortiger Aufenthalt löste erheblichen Aufruhr aus: Sein Erscheinen wurde von der örtlichen Presse stark kritisiert, seine Auftritte

55 Hermann Ahlwardt, *Der Jude und die Soziale Frage*, München 1895, S. 10 ff.

56 Vgl. Erwin Bauer, *Der Untergang der antisemitischen Parteien*, Leipzig 1895, S. 20. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten Anfang 1897 beschränkte sich sein öffentliches Auftreten auf einige wenige Reden im Reichstag, aus dem er 1903 ausschied. Vgl. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, IX Legislaturperiode, IV Session*, Bd. 5, Berlin 1897, S. 4787. Aus einem Rundschreiben des antisemitischen Verlegers und Politikers Giese geht hervor, dass Ahlwardt versuchte, nach 1897 wieder Anschluss an die antisemitische Bewegung zu finden. Giese warnte seine Gesinnungs- und Parteigenossen aber davor, Ahlwardt Geld für die Gründung einer Partei oder eines Vereines zu geben. Vgl. Carl Kundel, *Die Antisemiten im Reichstag*, Berlin 1903, S. 28. Der Versuch, zur Reichstagswahl 1907 nominiert zu werden, scheiterte, ebenso wie eine spätere Annäherung an die Deutschsoziale Reformpartei im Jahr 1910. Vgl. Lorenz Curtius, *Der politische Antisemitismus von 1907–1911*, München 1911, S. 58. Doch über seine Tätigkeiten nach 1897 gibt es neben seiner Darstellung der Geschäfte eines Bergwerkes in Böhmen keine verlässlichen Hinweise. Vgl. Hermann Ahlwardt, *Wahrheiten über ein deutsches Bergwerk in Böhmen*, Leipzig 1913.

57 Vgl. Kathleen Neils Conzen, *German-Americans and the Invention of Ethnicity*, in: Frank Trommler/Joseph McVeigh (Hrsg.), *America and the Germans. An assessment of a three-hundred-year history*. Bd. 1, Philadelphia 1985, S. 165 ff.

waren von Tumulten begleitet, sodass er um Polizeischutz ersuchen musste.⁵⁸ Ahlwardt schien sich in Hinblick auf eine mögliche Wiederholung seines Erfolges verkalkuliert zu haben, offenbar erwies sich seine Rhetorik als inkompatibel mit der amerikanischen Judenfeindschaft.⁵⁹

Erst 1910 trat Ahlwardt wieder politisch in Erscheinung und rief in der Schrift „Mehr Licht! Die Ermordung Friedrich Schillers, Lessings und Mozarts“ zur Gründung eines „Freideutschen Bundes“ auf.⁶⁰ Bezug nehmend auf Ernst Haeckels Interpretation der Darwinschen Evolutionstheorie und Arthur Gobineaus Theorie zweier Urrassen, stellte er Mutmaßungen über angeblich germanische „Naturauffassungen“ an, die er als „Maja-“ und „Nirvana-Geheimnis“ bezeichnete und damit jeweils Formen der Vereinigung des „Einzelwesens“ mit dem „Allsein“ oder der „letzten Urkraft“ meinte.⁶¹ Ahlwardt sucht hier Anschluss an die Anfang des

58 Vgl. Philip Cowen, *Memories of an American Jew*, New York 1932, S. 134; Neil Baldwin, *Henry Ford and the Jews: The Mass Production of Hate*, New York 2003, S. 126. Ahlwardt gab an, in den Vereinigten Staaten aufgrund eines schwebenden Gerichtsverfahrens an der Abreise gehindert worden sein, sodass sich sein Aufenthalt verlängert habe. Antisemiten aus New York baten in einem offenen Brief an Ahlwardts Wähler in seinem Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg um Verständnis für die lange Abwesenheit ihres Abgeordneten, der bei ihnen wichtige Aufbauarbeit leiste. Vgl. Landesarchiv Berlin, N2177, Akte Nr. 15, Bl. 22 f.

59 Vgl. Louise A. Mayo, *The Ambivalent Image. Nineteenth-Century America's Perception of the Jew*, Rutherford 1988, S. 135 f.

60 Vgl. Hermann Ahlwardt, *Mehr Licht! Die Ermordung Friedrich Schillers, Lessings, u. Mozarts vor dem Forum moderner Literatur- und Weltgeschichte*, Leipzig 1910. Der „Freideutsche Bund“ wurde 1913 auf dem Meißner-Fest der Wandervogel-Bewegung gegründet, vgl. Hermann Gieseke, *Vom Wandervogel zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik*, München 1981, S. 22. Die Worte „Mehr Licht!“ sollen die letzten Goethes gewesen sein. Ahlwardt versuchte erfolglos für das Manuskript einen antisemitischen Verleger zu finden und so musste *Mehr Licht!* im Selbstverlag erscheinen. Vgl. Willi Buch, *50 Jahre antisemitische Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte*, München 1937, S. 16. *Mehr Licht!* ist text- und seitenidentisch mit Ahlwardts Veröffentlichung: *Mehr Licht! Der Orden Jesu in seiner wahren Gestalt und in seinem Verhältnis zum Freimauer- und Judentum*, erschienen 1925 im Karl Rohn Verlag.

61 Ahlwardt, *Mehr Licht!*, S. 31. Zu Ernst Haeckel vgl. Jürgen Sandmann, *Der Bruch mit der humanitären Tradition: die Biologisierung der Ethik bei Ernst Haeckel und anderen Darwinisten seiner Zeit*, Stuttgart 1990. Zur Rassenlehre Gobineaus vgl. Léon Poliakov, *Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus*, Hamburg 1993, S. 264–269.

20. Jahrhunderts florierende neu-heidnische Bewegung.⁶² Doch gleichzeitig argumentierte er mit etablierten Mustern, denn den Mittelpunkt seiner Argumentation bildete nach wie vor die soziale Frage. Deshalb korrelierten diese esoterischen Fantasien mit einer verschobenen Projektion seiner Weltherrschaftsverdächtigungen. Die Rolle, die er bislang den Juden zudachte, nahmen nun die Jesuiten ein: Sie hätten das „freie Germanentum [...] in Herdentiere“ verwandelt.⁶³

Der Umstand, dass Ahlwardt sein Verschwörungskonstrukt nun in erster Linie gegen die Jesuiten richtete, zeigt, dass er nicht länger versuchte, über den politischen Bewegungs-Antisemitismus zu mobilisieren. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts war die politische Bewegung zerstritten und erschläfft, ihre Hauptakteure vermochten weder in der Öffentlichkeit noch im Parlament die politische Agenda zu beeinflussen. Dies veranlasste Ahlwardt, seine denunziatorische Rhetorik neu auszurichten. Er griff das von der Zeit des sogenannten Kulturkampfes hinterlassene und immer noch virulente antikatholische Motiv der angeblich „geistig-moralischen Versklavung“ auf, das für den damaligen Antijesuitismus eine zentrale Rolle spielte.⁶⁴ Zwar lag die Zeit des Bismarckschen Kulturkampfes einige Jahrzehnte zurück, aber die 1904 vollzogene Aufhebung des Jesuitengesetzes von 1872 hat die antijesuitische Hetze erneut angefeuert.⁶⁵ Anfang des 20. Jahrhunderts mochte der Antijesuitismus als ein tragfähiges Vehikel für politische Kampagnen am rechten, antiliberalen und antidemokratischen Rand erschienen sein.

Ahlwardt zufolge hätten die Jesuiten nicht nur die Juden, sondern auch die höheren Ränge der Freimaurer, sogenannte Hochgrade, am Gängelband.⁶⁶ Die

62 Zur Geschichte der neuheidnischen Bewegung vgl. Franziska Hundseher, *Wotans Jünger. Neuheidnische Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsradikalismus*, München 1998; Stefanie von Schnurbein, *Religion als Kulturkritik: Neugermanisches Heidentum im 20. Jahrhundert*, Heidelberg 1992.

63 Ahlwardt, *Mehr Licht!*, S. 32.

64 Zu den Mythen über die Jesuiten vgl. Geoffrey Cubbitt, *The Jesuit Myth, Conspiracy Theory and Politics in Nineteenth Century France*, Oxford 1993, S. 23–27, 195; Zu den Jesuiten nach ihrer sukzessiven Wiederezulassung vgl. J. C. H. Aveling, *The Jesuits*, London 1981, S. 296–363.

65 Das Jesuitengesetz hat neue Niederlassungen des Jesuitenordens in Deutschland verboten. Es wurde erst 1904 aufgehoben. Vgl. Helmut Walser Smith, *German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics, 1870–1914*, Princeton 1995, S. 40 ff., 127.

66 Zum Verhältnis von Freimaurerei und Hochgradsystem vgl. Manfred Agethen, *Geheimbund und Utopie: Illuminaten, Freimaurer und deutsche Spätaufklärung*, München 1987,

Freimaurer waren für ihn also nicht, wie bei vielen anderen antisemitischen Argumentationen, Handlanger der Juden.⁶⁷ Die Jesuiten hätten die vermeintliche jüdische Pressemacht abgelöst, und selbst die seinerzeit beliebte „Gartenlaube“ befände sich in ihrem Besitz.⁶⁸ War es früher die „Verjudung“ Deutschlands, zog Ahlwardt jetzt gegen seine „Verjesuitierung“ zu Felde. Die habe sogar schon die antisemitische Bewegung erfasst. „Max Bewer und Julius Langbehn“ hätte er „als echte und rechte Jesuiten“ erkannt, und glaubte gar, selbst als Werkzeug jesuitischer Intrigen benutzt worden zu sein.⁶⁹ In diesem Konstrukt reduzierte er die „Judenfrage“ darauf, dass die Juden auf die „Beherrschung des Kredits“ verzichten sollen.⁷⁰

S. 65–69. Ahlwardt greift hierbei auf häufig kolportierte Geschichten zurück. Zum Beispiel habe Mozart „die illuminatischen Ziele [...] in seiner ‚Zauberflöte‘“ enthüllt und sei dafür ermordet worden. Ahlwardt, *Mehr Licht!*, S. 55; vgl. Helmut Perl, *Der Fall „Zauberflöte“*. Mozarts Oper im Brennpunkt der Geschichte, Darmstadt 2000. In der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war der Illuminatenorden eine freimaurerische Vereinigung, die sich dank ihrer Aura der Geheimgesellschaft vieler prominenter Mitglieder erfreute. Vgl. Christoph Hippchen, *Zwischen Verschwörung und Verbot: Der Illuminatenorden im Spiegel deutscher Publizistik (1776–1800)*, Köln 1998.

67 Vgl. Johannes Rogalla von Bieberstein, *Die These von der Verschwörung 1176–1945*. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, Frankfurt 1976; Armin Pfahl-Traughber, *Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmithos in der Weimarer Republik und im NS-Staat*, Wien 1993, S. 9–19. Rogalla geht auch auf Ahlwardts *Mehr Licht* ein und ordnet diese Schrift in den Verschwörungsdiskurs des frühen zwanzigsten Jahrhunderts ein. Vgl. Rogalla von Bieberstein, *Die These*, S. 201.

68 Ahlwardt, *Mehr Licht!*, S. 75, „seine Presse beherrscht [...] die öffentliche Meinung“, S. 81, „[D]ie ‚Gartenlaube‘ [...] ein Jesuitenblatt!“

69 Ebenda, S. 37. Ahlwardt meinte, als „der erfolgreichste aller Antisemiten“ von besonderem Interesse für die Jesuiten gewesen zu sein, die ihn über sein eigentliches Ziel, die „Beseitigung des Vorrechts der Juden, die nationale Sparkraft“, das heißt, die Banken, zu beherrschen, weit hinausgetrieben hätten: „Alles Weitere hat mir [...] das Jesuitentum ins Nest gelegt“ (ebenda, S. 39). Max Bewer (1861–1921) und August Julius Langbehn (1851–1907) waren zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts mit einigen Schriften maßgeblich an der Begründung ariosophischer oder deutsch-christlicher Traditionen beteiligt. Max Bewer, *Der deutsche Christus*, Dresden 1907; Langbehn vor allem über die Rezeption von Rembrandt als Erzieher, 1890. Zu Langbehn vgl. Peter Emil Becker, *Sozialdarwinismus, Rassismus und völkischer Gedanke. Wege ins dritte Reich*, Stuttgart/New York 1990, Bd. 2, S. 126–166; Bernd Behrendt, *August Julius Langbehn, der „Rembrandtdeutsche“*, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch*, S. 94–113.

70 Ahlwardt, *Mehr Licht!*, S. 83.

Das Ziel der Jesuiten sei „die vollständige wirtschaftliche und politische Knechtung des deutschen Volkes zum Zwecke der Zertrümmerung des Protestantismus und des freien germanischen Geistes“. ⁷¹ Die ihnen zugeschriebene Omnipräsenz „hinter den Kulissen“ und ein vermeintlich prinzipieller Opportunismus kennzeichneten auch schon die Juden in den Augen der Antisemiten. Damit verbanden sich bei Ahlwardt Antisemitismus und Jesuitenhetze strukturell. Er beschrieb die Jesuiten in der Logik seines antisemitischen Judenbildes. Jetzt waren sie es, die als „geheime Weltloge“ Staaten in Kriege hetzten und politische Parteien manipulierten. ⁷² Wie um die von den Jesuiten vermeintlich ausgehende Gefahr noch zu unterstreichen, behauptete Ahlwardt darüber hinaus, der Jesuitenorden sei „von Hause aus stark mit jüdischem Blut vermischt“ und operiere nach „talmudischem Prinzip“. ⁷³ Ungeachtet der esoterischen Anteile steht dabei das Motiv der ökonomischen Macht im Zentrum der Argumentation. Im Kontext der Entwicklung dieses exklusionistischen Diskurses seit den 1890er-Jahren erfüllt der Antijesuitismus eine Scharnierfunktion, da durch ihn die Externalisierung einer vor allem als ökonomisch gezeichneten Bedrohung vorangetrieben und so zwischen Antisemitismus und Antiamerikanismus vermittelt wurde.

Ahlwardts Antiamerikanismus

Mit zunehmender Verdichtung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen wurden ökonomische Interessenkonflikte zwischen Nordamerika und den europäischen Staaten zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Der Umstand, dass amerikanische Unternehmen in dieser Zeit mit Erfolg ihre Waren auf dem deutschen Markt platzierten und Anteile an lokalen Unternehmen erwarben, führte zur Zollschutzpolitik der Bülow-Regierung und erregte eine Debatte, die auch antiamerikanische Töne hervorbrachte. ⁷⁴ So entstand neben der von der

71 Ebenda, S. 83.

72 Ebenda, S. 74 f.

73 Ebenda, S. 38.

74 Ragnhild Fiebig-von Hase, Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen, 1890–1914, im Zeichen von Protektionismus und internationaler Integration, in: *American Studies/Amerikastudien* 33 (1988) 3, S. 329–357.

Romantik tradierten, vor allem kulturbezogenen antiamerikanischen Haltung in Deutschland eine auf das Ökonomische abzielende rhetorische Komponente.

Ahlwardt griff diese Entwicklung auf. In seinen letzten Schriften entwarf er eine von der US-amerikanischen Wirtschaft ausgehende ökonomische Bedrohung: „Man bezeichnet kurzerhand dieses jetzt die ganze Welt beherrschende Großkapital als amerikanischen Geldtrust“.⁷⁵ Er konstruierte aber nicht nur einen Gegensatz von internationalem „Großkapital“ und regionalen klein- und mittelständischen Unternehmen. Im gleichen Atemzug zeichnete er das Szenario einer Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter die „amerikanische Trustherrschaft“: „Zweck der ganzen Entwicklung ist es, die bürgerlichen Unternehmungen zu zerstören und das ganze Volk in Abhängigkeit von der einzig heute vorhandenen realen Weltmacht zu bringen“.⁷⁶

Die amerikanischen Trusts haben hierbei jene Rolle eingenommen, die, nicht nur bei Ahlwardt, sondern im antisemitischen Diskurs überhaupt, mit den Juden besetzt worden war. Wenn die Juden auch als subversive Akteure in Ahlwardts Machinationen durch die amerikanischen Trusts abgelöst wurden, blieb doch die logische Struktur der Unterstellungen annähernd identisch. Diesmal waren es die Trusts, die die Märkte dominierten, Unternehmen ruinierten, manipulierten, die Presse in ihrer Gewalt hätten, Staaten in Kriege hetzten, die Sozialdemokratie beherrschten und „unterirdisch“ agierten.⁷⁷ Zwar deutete Ahlwardt an, dass hinter dem „amerikanischen Trustkapital“ die Jesuiten stünden, doch der Antiamerikanismus erlangte einen eigenen Stellenwert.⁷⁸

Die Ablösung der gegen die Juden gerichteten Weltherrschaftsverdächtigung bei Ahlwardt ist besonders vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass sie zeitlich mit der wohl wirkungsmächtigsten Verschwörungstheorie, die der „Protokolle der

75 Ahlwardt, Wahrheiten, S. 34.

76 Hemann Ahlwardt, Die Vertrustung Deutschlands, Leipzig 1913, S. 7, 9.

77 Ahlwardt, Vertrustung, S. 37.

78 Auf die Jesuiten weist vor allem das dem Buch vorangestellte Motto „Si cum Jesuitis, non cum Jesuitis“ hin, zum anderen die Ankündigung, die wahren Urheber „des Welttrustes“ werde er in seinem „demnächst erscheinenden Lebenswerk: ‚Der Weg zum Völkerglück‘ benennen (Ahlwardt, Vertrustung). Auf dieses Werk hatte er bereits in Mehr Licht! angespielt. Darüber hinaus enthält Die Vertrustung Deutschlands auch einige Antikatholizismen, mit denen die Suggestion, die Jesuiten würden die Weltherrschaft anstreben, ebenfalls unterstrichen werden, vgl. ebenda, S. 8, 14.

Weisen von Zion“ zusammenfiel, ohne deren antijüdische, antifreimaurerische Argumentation aufzugreifen.⁷⁹ Der – einstige – Erz-Antisemit Ahlwardt versuchte nicht, aus dem propagandistischen Erfolg der „Protokolle“ Profit zu schlagen. Dies lag vor allem daran, dass dieser Erfolg die breite gesellschaftliche Akzeptanz antisemitischer Verschwörungskonstrukte, nicht jedoch eine Wiederbelebung des politischen Bewegungs-Antisemitismus dokumentierte. Für Ahlwardt versprach ein „politischer Antiamerikanismus“ offenbar ein größeres politisches Mobilisierungspotenzial als eine Wiederbelebung des politischen Antisemitismus – und er wollte seine Schriften als Bewegungsprogramm verstanden wissen.

Sein politisches Programm basierte auf zwei Forderungen. Er rief zum Boykott der „Trustwaren“ und zur Gründung einer „Nationalen Volkspartei“ auf.⁸⁰ Die verpflichtete er auf das Programm Dührings: „An die Stelle der Mietung der Arbeit durch das Kapital ist die Mietung des Kapitals durch die Arbeit zu setzen.“⁸¹ Er berief sich auf den Sozialisten Louis Blanc und wollte „Produktivgenossenschaften“ einrichten, die sich aus einer „nationalen Kasse“, der „Ansammlung aller ersparten Gelder des Volkes“, finanzieren ließen.⁸² „So mancher Fabrikherr [...] wird seine Fabrik an seine Arbeiter verkaufen, sein Geld in die Reichsbank legen, und je reicher er ist, ein desto nützlicheres Mitglied des Staates wird er.“⁸³ Auf diese Weise würde „allen gegeben“, ohne „jemandem etwas zu nehmen“. Er lobte die Gewerkschaftsorganisation in den Vereinigten Staaten, bevor diese von den Trusts zerstört worden sei, denn „für Pünktlichkeit und Fleiß sorgte die ‚Union‘ selbst, besser und gründlicher als dies Aufsichtsbeamte täten“.⁸⁴ Ein solches „Idealverhältnis“ wollte er auch in Deutschland installiert sehen.

Wie schon im „Bundschuh“ propagierte Ahlwardt eine sozial befriedete Volksgemeinschaft, mit dem Unterschied, dass die Juden diesmal an der nationalen Produktionsgemeinschaft teilnehmen durften. Das ehemals die Gemeinschaft stiftende Element des Antisemitismus wurde durch den Antiamerikanismus ersetzt, der

79 Vgl. Stephen Eric Bronner, Ein Gerücht über die Juden. Die Protokolle der „Weisen von Zion“ und der alltägliche Antisemitismus, Berlin 1999, S. 72 ff.

80 Ahlwardt, Vertrustung, S. 49.

81 Ebenda, S. 42.

82 Ebenda, S. 43, „Produktivgenossenschaften“; S. 42, „nationale Kasse“.

83 Ebenda, S. 45.

84 Ebenda, S. 17.

Abwehr einer nicht nur gesellschaftlich sondern auch geografisch äußeren Bedrohung. Zwar war dieser Antiamerikanismus nach dem Muster des Antisemitismus strukturiert. Doch durch die geografisch-politische Externalisierung der Bedrohung war das Motiv eines aggressiven amerikanischen Wirtschaftsimperialismus vorskizziert, das spätestens ab dem Zweiten Weltkrieg nicht nur das deutsche Amerikabild prägte.

Schlussbemerkung

Verschwörungsfantasien spielten bei Ahlwardt eine zentrale Rolle. Zwar tauschte er vordergründig die Subjekte seiner Verschwörungsszenarien – Juden, Jesuiten und amerikanische Trusts – nacheinander aus, doch die Parallelen in ihren jeweiligen Strukturierungen führten zu Projektionen antisemitischer Vorwürfe und Verdächtigungen auch auf als nicht-jüdisch dargestellte Gruppen. Dies kann als ein „Antisemitismus ohne Juden“ gelesen werden.⁸⁵ Doch vor allem lassen sich hier die Bedingungen erkennen, unter denen aus dem antisemitischen ein antiamerikanisches Ressentiment entstehen konnte. Die strukturellen Parallelen zwischen jener Seite des Antisemitismus, die die Juden als mächtige, konspirierende Bedrohung darstellte, und jenem Aspekt des Antiamerikanismus, der einen Wirtschaftsimperialismus Amerikas konstruierte, verdankte sich in erster Linie der „sozialen Frage“. Sie fungierte als Katalysator der Transformation der Ressentiments. Hierin liegt der wesentliche Unterschied des Antiamerikanismus Ahlwardts, der nicht die tradierten antiamerikanistischen Topoi der Kulturlosigkeit oder des ungehemmten Materialismus aufrief, sondern das Bild wirtschaftlich und politisch vitaler und aggressiver Mächte mobilisierte: Amerikanische Trusts würden alteingesessene europäische Ökonomien erobern und die Bevölkerung unterjochen.

Sie wurden von Ahlwardt folglich als ebenso fremd apostrophiert wie zuvor Juden oder Jesuiten, und als die Urheber sozialer Entfremdung, wirtschaftlicher Verelendung und überhaupt sozialer Ungerechtigkeit dargestellt. Die Klammer

85 Zum Antisemitismus ohne Juden vgl. Henryk M. Broder, *Der ewige Antisemitismus. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls*, Frankfurt a. M. 1988, S. 26; Paul Lendvai, *Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa*, Wien 1972.

um all diese Ausprägungen von Ressentiment und Verschwörungsverdacht war die „soziale Frage“. Ahlwardt propagierte deshalb auf der einen Seite die Exklusion der als fremd konstruierten Mächte und auf der anderen Seite ständische bzw. genossenschaftliche Modelle der Warenproduktion.

So bediente Ahlwardt nicht nur kulturchauvinistischen Dünkel, sondern zeichnete auch das Szenario eines politisch und wirtschaftlich rücksichtslosen Imperialismus. Zwar scheiterte sein Versuch, auf der Basis eines „politischen Antiamerikanismus“ eine Organisation nach dem Muster des politischen Antisemitismus zu bilden. Doch seine Schriften geben den Blick auf die ideologischen Linien frei, entlang derer der Antiamerikanismus im rechten, völkischen und antidemokratischen Milieu bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit jenem Begriff von imperialer, ökonomischer wie politischer Herrschaft aufgeladen wurde, der dann ab 1918 das deutsche Amerikabild über alle Parteigrenzen hinweg nachhaltig prägen sollte.

NATIONALSOZIALISMUS UND SEINE FOLGEN

Baugenossenschaften während des Nationalsozialismus – Der Berliner Spar- und Bauverein im Zeichen der Gleichschaltung

Einführung

Genossenschaften waren zwischen 1933 und 1945 keine Randerscheinung: Millionen Deutsche waren während des Dritten Reichs in Genossenschaften organisiert, und Hunderttausende gehörten Baugenossenschaften an. Dennoch brechen Untersuchungen zu Baugenossenschaften stets 1933 ab: Während zu Kirchen, Religionsgemeinschaften, sogar zu vielen Wirtschaftsunternehmen, Banken und anderen gesellschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren wissenschaftliche Arbeiten über deren Positionierung zwischen 1933 und 1945 vorgelegt wurden, ist bislang zu den Baugenossenschaften keine eigenständige Studie verfasst worden.¹ Dies steht in eigenartigem Kontrast zu den vielfältigen Studien zu Baugenossenschaften im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Über die Gründe kann freilich nur spekuliert werden: Möglicherweise schätzte man die Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten für so effektiv ein, dass das Charakteristische von Baugenossenschaften nach 1933 vollständig in den Hintergrund geriet und daher eine Untersuchung sich nicht lohne. Dies würde sich mit dem Befund decken, dass in der nationalsozialistischen Genossenschaftstheorie Baugenossenschaften kaum mehr eine Rolle spielten.² Vielleicht hielt man aber auch Baugenossenschaften für weniger

- 1 Dazu ein prominentes Beispiel: Die Dissertation „Nationalsozialismus und Genossenschaft“ von Kuno Bludau (Hannover 1968) wird ihrem Titel eigentlich nicht gerecht, da sie lediglich Landwirtschafts- und Konsumgenossenschaften behandelt, den Bereich Wohnungsgenossenschaften jedoch ohne Begründung außer Acht lässt.
- 2 Diesbezügliche Publikationen kennen nur noch Kredit-, Waren- und Betriebsgenossenschaften (Ernst Seer, Das Genossenschaftswesen in dem ständischen Aufbau des national-

ideologisch besetzt als andere gesellschaftliche Gruppierungen, anhand derer man soziale Konflikte und Repräsentationen ausgeprägter vorzufinden hoffte.

Dieser Aufsatz widmet sich vornehmlich sozialen und philanthropischen Einrichtungen einer Berliner Baugenossenschaft: dem „Berliner Spar- und Bauverein“, kurz BSBV.³ Er wurde 1892 gegründet und existiert als gemeinnützige Genossenschaft noch heute. Während des Nationalsozialismus ist er vor allem mit der Mustersiedlung Attilahöhe in Berlin-Tempelhof baulich aktiv gewesen. Im Unterschied zu rein ökonomisch ausgerichteten Bauvereinen zeichnete sich der BSBV durch den Betrieb von Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen wie Kindergärten oder Bibliotheken aus. Diese Einrichtungen stehen im Zentrum der Untersuchung. In diesen Bereichen waren Berührungspunkte mit der nationalsozialistischen Ideologie für die Bewohner spürbarer und nachvollziehbarer als auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiet, wo spezifische Studien zu Baugenossenschaften noch folgen müssen. So gesehen kann hier nur ein erster Baustein zu einer Geschichte der Baugenossenschaften im Dritten Reich geliefert werden.

Warum wurde nun aus den Hunderten von Baugenossenschaften gerade der BSBV herangezogen? Dies liegt nur zum Teil daran, dass der BSBV die hier angesprochenen Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen überhaupt aufgebaut und unterhalten hatte. Entscheidender ist: Im Gegensatz zu anderen Genossenschaften unterhält der BSBV bis heute ein hauseigenes Archiv. Es handelt sich um das Wirtschaftsarchiv des Berliner Spar- und Bauvereins, das mit den Protokollen der Finanz-Kommission des BSBV, den Protokollbüchern über die gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, den Protokollen sämtlicher Vorstandssitzungen, den Unterlagen der Bau-Revisions-Kommission und übriger Kommissionen sowie den Listen aller Genossenschafts-Mitglieder seit 1892 erstmals diese Quellen der wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung gestellt hat. Für die

sozialistischen Staates, Stettin 1933) oder lediglich landwirtschaftliche und handwerkliche Genossenschaften (Eugen Schach, Nationalsozialismus und Genossenschaftswesen, München 1931).

- 3 Zur allgemeinen Geschichte dieses Vereines siehe: Klaus Novy, Barbara von Neumann-Cosel, *Zwischen Tradition und Innovation*, Berlin 1992, und Claus Bernet, *Konflikte und Lösungsversuche: Staatliche, genossenschaftliche und private Siedlungsprojekte in Berlin und Brandenburg von 1850 bis 1945*, in: Alan Nothnagle/Carl Homberg (Hrsg.), „Auf freiem Grund mit freiem Volke!“ *Alternative Siedlungen in Deutschland und Schweden im industriellen Zeitalter*, Berlin 1999, S. 11–54.

Studie wurde zusätzlich erstmals der Bestand des BSBV im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, im Amtsgericht Charlottenburg und im Landesarchiv Berlin herangezogen.⁴

Die Politik der Gleichschaltung

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten hat für die Konsum- wie Baugenossenschaften des Deutschen Reichs der Prozess der Gleichschaltung begonnen. Unmittelbar nach Erlass des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 sah sich der BSBV einer gewaltigen politischen Umstrukturierung ausgesetzt: Im April des Jahres musste der unter massiven Druck gesetzte Vorstand „auf Veranlassung des Kampfbundes der nationalen Regierung“ alle seine Ämter niederlegen.⁵ In der Siedlung Falkenberg, die seit 1919 zum BSBV gehörte, wurde der langjährige Siedlungsverwalter entlassen und durch die NSDAP-Mitglieder Franzke und Dr. Lintz ersetzt.⁶ Nach einem Monat konstituierte sich eine neue Führung des BSBV: „Als Ergebnis der außerordentlichen Vertreter-Versammlung vom 16. Mai 1933 hat der Berliner Spar- und Bauverein nunmehr einen den politischen Machtverhältnissen der nationalen Revolution gleichgeschalteten neuen Vorstand.“⁷ Alle Posten des Vorstands wurden neu besetzt, bis 1940 waren alle Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder Parteigenossen der NSDAP, Siedlungsausschüsse und Bewohnerversammlungen, die das demokratische Prinzip der Genossenschaft zum Tragen brachten, verboten, und 1942 wurde selbst die Vertreter-Versammlung aufgelöst.⁸ Die Gleichschaltung sollte weitere erhebliche Veränderungen mit sich bringen: „Ausdrücklich will ich erwähnen, dass mit der Gleichschaltung und mit der Übernahme der Verantwortung

4 Da der Baubestand des BSBV über ganz Berlin verteilt ist, war bis zur Wende 1989 ein Teil der Bauobjekte nur erschwert und ein Teil der Archivalien, vor allem in den Bezirksbauämtern, gar nicht zugänglich.

5 Christian Böttger, *Zum Leben in den genossenschaftlichen Siedlungen „Eden“ und „Falkenberg“ von Beginn ihres Bestehens bis 1933*, Diss., Humboldt-Univ. Berlin 1993, hier S. 194.

6 Ebenda, S. 194.

7 Mitteilungen des Berliner Spar- und Bauvereins (M BSBV), 31 (1933) 2, S. 9.

8 Ebenda, S. 1, 9; Archiv des Berliner Spar- und Bauvereins (ABSBV), Protokolle der Vorstandssitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, Sitzung vom 27. 10. 1942, S. 48.

durch Nationalsozialisten ein anderer Geist in die Genossenschaft eingezogen ist“ – mit dieser offenen Ankündigung wurden zu Beginn des Jahres 1934 die Mitglieder durch das Mitteilungsblatt über die Gleichschaltung in Kenntnis gesetzt.⁹

Die Gleichschaltung der Baugenossenschaften war nun kein einmaliges Ereignis des Jahres 1933, sondern vollzog sich vielmehr in mehreren Schüben über mehrere Jahre. Nach dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“ vom 27. Februar 1934 und dem „Gesetz über Beaufsichtigung und Anerkennung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen“ vom 26. März des gleichen Jahres musste sich jede gemeinnützige Baugenossenschaft einem Revisionsverband anschließen, der selbst wiederum einem Reichs-Spitzenverband angehörte.¹⁰ Vor 1933 dokumentierten fünf verschiedene Spitzenverbände die unterschiedlichen politischen und architektonischen Ausrichtungen der deutschen Baugenossenschaften.¹¹ Nach 1933 wurde Vielfalt durch Einheit ersetzt. Durch die weitgehende Befugnis eines neuen Reichskommissars, der sogar berechtigt war, Satzungen eigenmächtig zu verändern, waren alle Baugenossenschaften faktisch entmachtet. Das politische Ziel der Reichsregierung war die Schaffung eines „Teigliedes eines politischen Körpers“, der den „kapitalistischen Geist“, der im Laufe der letzten Jahre auch die Genossenschaften ergriffen habe, durch einen neuen „kollektiven Geist“ ersetzen sollte.¹²

Der neue „kollektive Geist“ sollte zunächst durch sozialpolitische Maßnahmen zum Ausdruck gebracht werden. Die Genossenschaften wurden zwangsverpflichtet, Mittel freizumachen, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zutreffend hatte die neue Regierung die Massenarbeitslosigkeit als gesellschaftliches Hauptproblem angesehen und konzentrierte sich in den Anfangsjahren auf Maßnahmen der Beschäftigungsförderung. Dabei spielten Baugenossenschaften wegen ihrer personalintensiven Verwaltung, ihrem Bezug zur beschäftigungsintensiven Baubranche und nicht zuletzt wegen ihrer Kapitalbestände eine nicht unerhebliche Rolle staatlicher Begehrlichkeit. Auch der BSBV wurde somit ab 1933 genötigt, vermehrt

9 M BSBV 32 (1934) 1, S. 1.

10 Kurt Schmidt, *Die Genossenschaft*, Berlin 1949, S. 23 f.

11 Klaus Novy/Michael Prinz, *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft*, Berlin 1985, S. 220.

12 Walter Wallenfels, *Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften*, Berlin 1934, S. 9; Bernet, *Konflikte*, S. 45.

Aufträge zur Wohnungsmodernisierung und andere Baumaßnahmen auszugeben. Bei der Auftragsvergabe und Stellenbesetzung innerhalb der Genossenschaft sollten die eigenen Arbeitslosen soweit wie möglich berücksichtigt werden.¹³

1935 hatten sich auch die wenigen nicht-gemeinnützigen Baugenossenschaften den neuen Prüfungs- und Kontrollorganen des Revisionsverbandes anzuschließen. Es herrschte Verbandspflicht, und statt der demokratischen Selbstverwaltung galt nun das Führerprinzip.¹⁴ In der Folgezeit kam es reichsweit vermehrt zu Zwangsvereinigungen verschiedener Baugenossenschaften unter dem Vorwand,¹⁵ dass ausschließlich „die öffentliche Hand das Beheben der Wohnungsnot betreibt“¹⁶ und Genossenschaften als historisches Relikt im neuen nationalsozialistischen Wohlfahrtsstaate überflüssig seien. Von einer Zusammenlegung war der BSBV jedoch nicht betroffen: Seine Mitgliederstärke und seine umfangreichen Großsiedlungen hatten ihm das Schicksal, mit kleineren Genossenschaften zusammengeführt zu werden, erspart.

Wichtig im Zusammenhang der Gleichschaltung war es für die Nationalsozialisten vor allem, sich der genossenschaftlichen Medien zu bemächtigen und sie ideologisch umzugestalten. Der BSBV hatte zwei wichtige Publikationsorgane: den jährlich erscheinenden Geschäftsbericht und eine Mitgliederzeitschrift, die „Mitteilungen des Berliner Spar- und Bauvereins“. Diese war, wie auch die Geschäftsberichte, seit April 1933 zu einem Propagandaorgan der Nationalsozialisten geworden. Den Geschäftsberichten wurden nun kraftstrotzende Aussprüche Hitlers vorangestellt, so etwa „Zutrauen und Vertrauen sind aber grundsätzliche Bedingungen für das Gelingen jeder wirtschaftlichen Wiedergeburt“ (1934),¹⁷ „Es ist ein schönes Bewußtsein, an einem Werke mitzuarbeiten, das nicht den Interessen eines einzelnen dient, sondern allen gehört und viele Jahrhunderte lang dienen wird“ (1935)¹⁸ oder „Es muß der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft unsere

13 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 27.

14 Kuno Bludau, Nationalsozialismus und Genossenschaften, Hannover 1968, S. 38–42.

15 Michael Arndt/Holger Rogall, Berliner Wohnungsbaugenossenschaften, Berlin 1987, S. 88.

16 A. Singuhr, Zur Geschichte des Berliner Baugenossenschaftswesens, in: Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft 1 (1942) 8, S. 152 ff., hier S. 154.

17 Geschäftsbericht des Berliner Spar- und Bauvereins (GB), 1933, S. 2.

18 GB 1935, S. 2.

größte Sorge gelten“ (1936).¹⁹ Insbesondere während der Kriegsjahre dienten die Geschäftsberichte der militärischen Erziehung zum Heldentod: „Unter rücksichtslosem Einsatz seiner Person und mit grossem Draufgängertum gelang es ihm, entstandene Krisen immer wieder zu überwinden und seine Stellung zu halten“ – damit war nicht etwa Albert Bieckers Vorstandstätigkeit für den BSBV gemeint, sondern sein Kampf an der Ostfront – „So vernichtete er im Nahkampf mit Handgranaten ein eingedrungenes feindliches Sprengkommando, das mit Unterstützung von Panzern durchgebrochen war, u. s. w.“²⁰

Ebenso wurden die Mitteilungsblätter mit Hitler-Sentenzen versehen, deren erste in Heft vier von 1933 abgedruckt wurde und lautete: „Der deutsche Mensch aus deutscher Art und von deutschem Blut kann und darf allein Herr und Diener im Dritten Reich sein.“²¹ Neben diesen propagandistischen Aufrufen gab es auch Artikel, die direkt der Kriegsvorbereitung dienten. Schon Anfang 1933 wurden die Genossen mit Artikeln wie „Luftschutz tut not“ oder Beiträgen zum sparsamen Heizen auf den kommenden Krieg eingestimmt.²² In anderen Beiträgen wurde den Lesern die neue Staats- und Gesellschaftsauffassung vorgestellt. Neben Artikeln wie „Hitler-Gruß – Was bedeutet er?“ wurde besonderer Wert gelegt auf Themen der Familienfürsorge, der sparsamen Haushaltsführung und der Gesundheitserziehung. Gemeinsam ist diesen Themen die Ausrichtung auf gleichgeschaltetes Verhalten und Antrainierung nationalsozialistischer „Werte“. 1936 erschienen die „Mitteilungen“ letztmalig, da der Präsident der Reichspressekammer die Genossenschaften, wie auch andere Gesellschaften und Vereine, von der Reichspressekammer ausgeschlossen hatte.²³ Anzeigen und Ankündigungen schaltete die Redaktion schon seit Mitte 1935 vor allem über die Berliner Ausgabe des „Völkischen Beobachter“.²⁴

19 Ebenda.

20 Amtsgericht Charlottenburg (AGC), Abt. 94, GnR 206 NZ, Bd. 1, 25 (GB 1941). A. Biecker wurde kurz darauf selbst Kriegsoffer; ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 23. 12. 1941, S. 348.

21 M BSBV 31 (1933) 4, S. 31.

22 M BSBV 31 (1933) 3, S. 25.

23 M BSBV 34 (1936) 3/4, S. 18.

24 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 142.

Umgang mit jüdischen Genossen

Antisemitische Maßnahmen und Judenverfolgung lagen im Dritten Reich nicht allein in staatlicher Verantwortung, sondern finden sich in so gut wie allen gesellschaftlichen Organisationen. Genossenschaften machten hier keine Ausnahme. Der neue Vorstand versuchte in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Aufsichtsrat am 25. Januar 1934, die neue Rassenideologie auch im BSBV zur Anwendung zu bringen. Federführend war dabei der Parteigenosse O. Schneider.²⁵ Zunächst wurde beschlossen, einen „Verpflichtungsschein“ für Lieferanten auszuarbeiten, der diese zu „Sauberkeit“ und „Bekämpfung des materialistischen Geistes“ anhielt.²⁶ Diese Linie verschärfte sich dann in den Folgejahren. 1938 wurde eine Zusammenarbeit mit der Maschinen- und Werkzeugfabrik „Fritz Werner AG“²⁷ in Berlin-Marienfelde abgelehnt, da der Betrieb „nach den neuesten Bestimmungen als ‚nichtarischer‘ Betrieb gelten muss, denn der verhandelnde Prokurist der Firma Werner A. G. ist Jude“.²⁸

Zum Tagesordnungspunkt eins der Sitzung vom 25. Januar 1934 wurde beantragt, in Zukunft nur noch „deutsche Volksgenossen“ als Mitglieder zuzulassen. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit, da man wegen der Auslandsdeutschen in Österreich, dem Baltikum und anderswo die Mitgliedschaft nicht auf die Staatsbürgerschaft des Deutschen Reiches begrenzen wollte. Zudem waren ja auch Juden, gegen die dieser Antrag gerichtet war, formal bis zum Ende des Nationalsozialismus von der deutschen Staatsbürgerschaft nicht ausgeschlossen. Es wurde also festgelegt, in Zukunft bei jedem Mieter Auskunft über Staatsangehörigkeit und Religion einzuholen.²⁹ Bereits am 19. März 1935 kam es zu einer erneuten Aussprache der Genossenschaftsführung über die Vermietung an nichtarische Genossen.³⁰

25 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 116.

26 Ebenda.

27 Die Firma, die vor allem durch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern in Diskussion geriet, meldete 1996 Konkurs an. Die Firmenunterlagen werden der wissenschaftlichen Aufarbeitung leider nicht zur Verfügung gestellt.

28 Unterstreichungen im Original; ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 17. 6. 1938, S. 249.

29 M BSBV 32 (1934) 1, S. 2 f.

30 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 131.

Schon mit dem Beschluss vom Januar 1934 waren Juden von der Mitgliedschaft in der Genossenschaft faktisch ausgeschlossen. Diese hatten schon vorher im BSBV einen schweren Stand. Ein nicht näher bekannter Herr Dr. Halke berichtete beispielsweise 1932 in den Mitteilungsblättern des Vereins von antisemitischen Vorkommnissen in der Siedlung Attilahöhe in Berlin-Tempelhof, einer Hochburg der politisch Rechten.³¹ Immerhin war es innerhalb der Genossenschaft möglich gewesen, gegen die Diskriminierung von Juden öffentlich Stellung zu beziehen, zumindest bis 1933. Nach 1933 wurden Juden mehr und mehr zum Verlassen der Siedlungen genötigt. Am 12. November 1938 wurde auch reichsrechtlich eine diesbezügliche Verordnung erlassen, deren dritter Paragraph lautete: „Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheidern zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.“³² Wie viele Juden aus den Siedlungen des BSBV, der zweitgrößten Berliner Baugenossenschaft, bis 1945 deportiert wurden, ist bis heute nicht aufgearbeitet worden.

Doch wir kennen inzwischen Einzelschicksale: Ein Fall von Diskriminierung war der des jüdischen Arztes Dr. Willy (Willi) Lissauer.³³ Dieser war seit 1925 BSBV-Mitglied und hatte eine Praxis in der Königin-Elisabeth-Straße 35 im Charlottenburger Westend. Dort bildete er für den Arbeiter-Samariter-Bund die Sanitäter aus. Er war überhaupt als sozialer Arzt bekannt, der ärmere Patienten und vor allem die Kinder aus den BSBV-Kindergärten umsonst behandelte. Doch auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie die Sängerin Lilian Harvey (1906–1968) oder der Schauspieler Willy Fritsch (1901–1973), waren bei ihm in Behandlung. Nach 1933 wurde seine Praxis zunehmend boykottiert. Er sah sich gezwungen, seine wertvolle Meißner Porzellan-Sammlung zu verkaufen, die sich heute im Fritz-William-Museum in Cambridge befindet. Nachdem ihm die Krankenkassenzulassung entzogen worden war, musste Lissauer seine Praxis aufgeben. Am 31. Dezember 1936 kündigte er die Mitgliedschaft beim BSBV. Sein weiteres Lebensschicksal ist unbekannt.

31 M BSBV 30 (1932) 4, S. 30.

32 Bludau, Nationalsozialismus und Genossenschaften, S. 167.

33 Nach: Archiv Genossenschaftsforum, Berlin (ArGFB), Akte Charlottenburg I, Dr. Willi Lissauer.

Anderen jüdischen Mitgliedern wurde von Seiten des BSBV gekündigt: 1942 wurde Paul Weller aus der Knobelsdorffstraße ausgeschlossen. Die Begründung lautete lapidar „da Weller Jude ist“.³⁴ Auch in Falkenberg mussten jüdische Bewohner die Genossenschaft verlassen. Ein besonders tragisches Schicksal ist das des Journalisten Eugen Lewin Dorsch.³⁵ Charakterisiert wurde er als „ein wortgewaltiger Mensch, von einem tiefen Mitteilungsdrang, von einer pädagogischen Leidenschaft beseelt, wie nur wenige“.³⁶ Lewin Dorsch war schon in seiner Jugend zum Pazifisten geworden und stand demjenigen Flügel der Sozialdemokratie nahe, der 1915 gegen die Gewährung von Kriegskrediten gestimmt hatte.³⁷ Der Teilnahme am Ersten Weltkrieg entzog er sich durch Flucht in die Schweiz, dem Herkunftsland seiner Frau, die bei der Geburt ihrer gemeinsamen Tochter ums Leben kam.³⁸ Von 1928 bis 1933 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Berliner Vossischen Zeitung und war auch im Ullstein-Verlag tätig.³⁹ 1933 verlor er als Jude seine Arbeit, flüchtete aus der Siedlung Falkenberg, kam über Zürich und Florenz nach Cagliari auf Sardinien.⁴⁰ Dort arbeitete er als Sprachlehrer. Als Hitler im Frühjahr 1938 nach Italien reiste, wurden „gefährliche Deutsche“ in Schutzhaft genommen, auch Lewin Dorsch. Im September des gleichen Jahres dekretierte die italienische Regierung die Ausweisung aller ausländischen Juden bis zum 12. März 1939. Über einen ehemaligen Studienkollegen bot sich Lewin Dorsch eine neue Zuflucht in Norwegen. Am 9. August 1939 verließ er Sardinien in Richtung Algier und gelangte in den ersten Tagen des Zweiten Weltkriegs nach Oslo. Dort lernte er sogleich Norwegisch. Nach der deutschen Okkupation lebte er als „norwegischer Bauer“ versteckt in Hedmarken und betrieb u. a.

34 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, Sitzung vom 10. 11. 1942, S. 50.

35 Eugen Lewin hatte den Familiennamen seiner Frau dem seinen hinzugefügt; Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund (IZD), Nachlass Schaber, Die Neue Zeit vom 11. 4. 1947.

36 Ebenda, Schreiben Hans Wallenberg, Berlin, an Paul Leser, Hartford, Connecticut, 7. 1. 1974, S. 4.

37 Ebenda, S. 2.

38 Ebenda.

39 Ebenda, Schreiben Ernst N. Shaffer, Bonn, an Paul Leser, Hartford, Connecticut, 3. 1. 1974; Schreiben Hans Wallenberg, Berlin, an Paul Leser, Hartford, Connecticut, 7. 1. 1974, S. 1.

40 Ebenda, Die Neue Zeit vom 11. 4. 1947. Das folgende nach diesem Bericht.

ethnologische Forschungen. Um den Februar 1941 wurde er entdeckt, von Oslo aus in das KZ Sachsenhausen transportiert, wo er Ende 1942 oder Anfang 1943 umgekommen ist.

Umgang mit sozialen Einrichtungen

Mit den jüdischen Bewohnern verloren auch die sozialen und philanthropischen Einrichtungen, die – wie im Falle der Bernstein-Stiftung oder der Siegfried-Levy-Stiftung – gerade von jüdischer Seite ins Leben gerufen worden waren, an Bedeutung.⁴¹ Am 31. Oktober 1934 erfolgte die Auflösung der „Vereinigung zur gegenseitigen Unterstützung bei Sterbefällen“, die einkommensschwachen Familien des BSBV bei Todesfällen solidarisch beistand.⁴² Das neue Regime beseitigte diese Einrichtung, weil die Strukturen der genossenschaftlichen Hilfe zerschlagen werden sollten und der Staat, etwa in Form des Winterhilfswerks, die alleinige zentrale Versorgung von in Not Geratenen innehaben wollte. Folgerichtig wurde, nachdem man 1933 und nochmals 1934 4750 Reichsmark an bedürftige Genossen verteilt hatte,⁴³ stattdessen das Winterhilfswerk massiv durch Spenden seitens der BSBV-Führung unterstützt.⁴⁴ Ebenso kam die Deutsche Arbeitsfront in den Genuss von Spenden des BSBV.⁴⁵ 1935 wurde dann durch den Vorstand beschlossen, dass der BSBV als Organisation der NS-Volkswohlfahrt beitrage, die nun ebenfalls jährlich mit Vereingeldern unterstützt wurde.⁴⁶

41 Der jüdische Name der Stiftung missfiel dem Vorstand, der 1936 beschloss, den Namen in Publikationen nicht mehr zu verwenden und lediglich von „der Stiftung“ zu sprechen; ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 28. 11. 1932–8. 2. 1941, Sitzung vom 13. 3. 1936, S. 210 f.

42 M BSBV 32 (1934) 6/7, S. 49.

43 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 131.

44 Ebenda, S. 222; Sitzung vom 29. 11. 1937 und „Zwischenbilanz für die Zeit vom 1. 1. bis 30. 9. 1938“, angehängt an S. 379, ebenda.

45 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 7. 5. 1944, S. 371.

46 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 28. 11. 1932–8. 2. 1941, Sitzung vom 7. 5. 1935, S. 7.

Die Gleichschaltungspolitik, die Verfolgung bestimmter Bewohnergruppen, das Schüren von Ängsten und offene Kriegsvorbereitung ließen ein Klima entstehen, das den gemeinschaftlich-reformerischen Geist zum Erliegen brachte.⁴⁷ Die Bewohner waren verunsichert, da ihre Nachbarn aus den Wohnungen geholt wurden und auf Nimmerwiedersehen verschwanden.⁴⁸ Es kursierte sogar das Gerücht, dass in den Siedlungen alle Bewohner der Partei angehören sollten und all diejenigen, die nicht der NSDAP angehörten, mit Sanktionen zu rechnen hätten.⁴⁹

Auch nach Einschätzung von Rolf Gustiné, dem langjährigen Vorstandsmitglied im BSBV der Nachkriegszeit, verfiel unter dem NS-Regime der Genossenschaftsgedanke, bzw. wurde durch gezielte Maßnahmen zu Fall gebracht.⁵⁰ In pervertierter Weise wurde der genossenschaftliche Gemeinschaftsgedanke mit dem einer rassistischen Volksgemeinschaftsidealisierung vertauscht, für die die einzelnen Siedlungen des BSBV ein getreues Abbild des Ganzen, des nationalsozialistischen Staates, sein sollten. Schon 1933 war die Genossenschaft von der neuen Ideologie durchsetzt, im Geschäftsbericht für das Jahr 1933 heißt es: „Aber erfüllt von der Idee des Nationalsozialismus haben wir, soweit es nur möglich gewesen ist, versucht, in der Genossenschaft und den Mitgliedern gegenüber unserer Weltanschauung entsprechend zu handeln. Was in unserer Macht stand, haben wir in dieser Beziehung zum Wohle aller getan.“⁵¹ Slogan dieser Jahre war die NS-Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, in der sich die Genossenschaften als Vorreiter völkischer Gemeinschaftsideale sehen durften. In der Praxis war die Solidarität innerhalb des gleichgeschalteten BSBV jedoch fast immer auf Parteigenossen und später auf Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Krieg standen, begrenzt. Der Wohlfahrtsfonds des Vereins wurde als Kur- und Krankenhausbeihilfe für Parteigenossen umfunktioniert.⁵² Zu Beginn des Jahres 1941 machte der Vorstand dem Aufsichtsrat den Vorschlag, allen bei der Wehrmacht befindlichen Genossen ein „Urlaubsgeld“ aus dem Sozialfonds in Höhe von zehn RM zu spendieren.⁵³ Zwar gab es weiterhin eine Winterbeihilfe,

47 Singuhr, Geschichte, S. 154.

48 ArGFB, Akte Charlottenburg I (Interview K. St., 1990).

49 ArGFB, Akte Alt-Tempelhof, Schreiben 27. 1. 1990.

50 Ernst Jacoby u. a. (Hrsg.), Die Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892, in: Stadtbauwelt 75 (1982) 36, S. 294–298, hier: S. 296.

51 GB 1933, S. 3.

52 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, S. 1, S. 7 f., 10.

53 Ebenda, Sitzung vom 21. 4. 1941, S. 11.

doch eine wesentlich höhere Summe (300 RM) wurde am „Tag der Wehrmacht“ als „Wohlfahrtsspende“ gegeben.⁵⁴ Gegen Kriegsende wurde dann der Wohlfahrtsfonds zur Finanzierung von Luftschutzmaßnahmen herangezogen.⁵⁵ Auch die gemeinnützigen Einrichtungen litten unter den Verhältnissen der Zeit: 1942 hatte die Kraftfahrzeuginnung in der Anlage Tempelhof die Räumlichkeiten beschlagnahmt, in der sich bislang die Bibliothek und der Kindergarten befanden.⁵⁶

Die restriktive Linie gegenüber den Wohlfahrtseinrichtungen galt nicht für die Festkultur, die im BSBV Tradition hatte und wofür der Verein Berlin weit bekannt war. Regelmäßig waren schon in der Kaiserzeit Kinderfeste, Faschingsfeste, Sommerkonzerte, Ausflüge und ähnliches veranstaltet worden. Diese Tradition wurde nach 1933 fortgeführt, aber ideologisch unterwandert. Zunächst sollten neue Festveranstaltungen für gute Stimmung sorgen. Von den Nationalsozialisten propagierte Feiertage, wie der 1. Mai als der „Tag der nationalen Arbeit“, wurden nun auch von Seiten des BSBV gefeiert.⁵⁷

Mit besonderen thematischen Festveranstaltungen zu „Kinderschar“, „Familie“, „Gemeinschaft“ oder „Jugend“ brachte die neue Führung ihre ideologische Ausrichtung zum Ausdruck. 1936 wurde beispielsweise in der Siedlung Charlottenburg ein spezielles „Fest der Jugend“ veranstaltet.⁵⁸ Die Höfe wurden mit NS-Propagandamaterial geschmückt, die Kinder führten Kunststücke auf, Luftballons, Schokolade und Bonbons wurden verteilt, es gab Schießstände, ein Karussell, Würfelbuden, Würstchenverkauf, eine Kapelle und einen Fackelumzug – äußerlich unterschieden sich diese Feste wenig von denen in den Jahren zuvor. Selbst die Hitlerjugend spielte hier, erstaunlicherweise, keine wahrnehmbare Rolle – obwohl die SA unter den teilweise arbeitslosen Jugendlichen der Siedlung bis 1934 reichlich Zuspruch fand.⁵⁹

54 Ebenda, Sitzung vom 6. 4. 1943, S. 66.

55 Ebenda, Sitzung vom 22. 10. 1943, S. 81.

56 Ebenda, Sitzung vom 8. 1. 1942 und 21. 3. 1942, S. 28 und 37.

57 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 171. Für die Mitwirkung an den propagandistischen Feiern wurde ein Kopfgeld von je drei RM ausgezahlt; ebenda, Sitzung vom 6. 4. 1938, S. 275 und Sitzung vom 9. 4. 1941, S. 331.

58 M BSBV 34 (1936) 3/4, S. 14 f.

59 ArGFB, Akte Charlottenburg I (Interview K. St., 1990).

Bis in den Krieg hinein wurde gefeiert, noch 1942 wurden Gelder für ein Sommerfest für die Vorzeigesiedlung Attilahöhe bewilligt.⁶⁰ So fröhlich und unverbindlich sie im Rückblick erscheinen mögen, so unterlagen doch auch die Hoffeste dem Ziel der Erziehung der Bewohner, besonders der Kinder und Jugendlichen. Freilich wurden die Feste einem geradezu gegenteiligen Erziehungsgedanken unterworfen, als vom BSBV einst intendiert. Denn auch die Genossen glaubten daran, dass die Feste auf den noch formbaren Jugendlichen eine prägende Wirkung ausüben würde, die sich im späteren Leben zeigen sollte, und die den Bewohner politisch gegen Militarismus und Gleichförmigkeit immun machen würde: „siehst Du an unseren Festen die Jugend in froher, jauchzender Ungebundenheit, dann wirst Du, auch wenn das Fest längst nur noch in Deiner Erinnerung lebt, alle Erziehungsmaßnahmen ablehnen und bekämpfen müssen, die darauf gerichtet sind, dieses Köstliche zu unterdrücken, statt es weiter zu entwickeln. Du wirst Stellung gegen die alten Gewalten nehmen müssen, die uniformierten, wo es gilt, das Bunte, Vielgestaltige zu fördern und zu entwickeln, die Überlebtes in die jugendlichen Seelen gewaltsam hineinpressen, statt das wahrhaft Göttliche in ihnen zur Entfaltung zu bringen.“⁶¹ Davon war ab 1933 selbstverständlich nicht mehr die Rede, sondern im Gegenteil unterlagen selbst die Feste schleichender Militarisierung.

„Kameradschaft“, „Einsatzbereitschaft“, „Gefolgschaft“ waren die Schlagworte der neuen Zeit, in denen sich die nationalsozialistische Gesinnung Ausdruck verschaffte. Mittel wurden für neue vereinsinterne Feste, etwa für den „Kameradschaftsabend“, freigemacht.⁶² Betriebsausflüge⁶³ und „Gemeinschaftsfahrten“ wurden durchgeführt, wie 1938 in das Sudetenland, wenige Monate, nachdem dieses Gebiet durch das Münchener Abkommen als „Reichsgau Sudetenland“ dem Deutschen Reich eingegliedert worden war.⁶⁴ Diese ideologischen Unternehmungen wurden anteilig pro Person stets mit einem Zuschuss aus der Vereinskasse des BSBV unterstützt. Die Genossenschaft war in eine „Betriebsgemeinschaft“ umgewandelt

60 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, Sitzung vom 27. 10. 1942, S. 47.

61 Zeitschrift: Der Falkenberg. Zwanglose Worte zum Weiterdenken, H. 5, 1921, S. 1.

62 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 263, Sitzung vom 4. 11. 1938.

63 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 202.

64 Ebenda, S. 265, Sitzung vom 29. 12. 1938.

worden, deren Mitarbeiter „Gefolgschaftsmitglieder“ genannt wurden. Deren militärische Ausrichtung zeigte sich an „kameradschaftlichen Zusammenkünften“ mit Betriebsappellen, der Teilnahme an nationalsozialistischen Aufmärschen, dem Betriebssport und der Teilnahme am „Betriebskampf der Deutschen Betriebe“ – der neue Gemeinschaftsgeist war auch hier ideologisch durchsetzt, diente der „Ertüchtigung“ zwecks Vorbereitung des „Dienstes an der Heimatfront“.⁶⁵

Genossenschaftlicher Widerstand

In Anbetracht des totalitären Ansatzes der Gleichschaltung lässt sich die Frage nach Formen von Widerstand, zu dem möglicherweise die durch demokratische Bildungs- und Sozialeinrichtungen des BSBV bevorzugten Arbeiter hätten prädestiniert gewesen sein können, schwerlich beantworten, solange der genossenschaftliche Widerstand in Wohnungsbauvereinen wissenschaftlich noch nicht untersucht wurde. Festgehalten werden kann, dass die Gleichschaltung nicht reibungslos vorgenommen werden konnte. Das gilt für die Siedlungen als Ganzes als auch für die Kommissionen, in denen die Bewohner organisiert waren. Selbst in der Mitgliederzeitschrift des BSBV musste gegen „Misstrauen“ und „Zweifeln“ der neuen Führung gegenüber appelliert werden: „Stellen Sie Mißtrauen und Zweifel zur Seite. Beurteilen Sie unsere neuen Männer nach ihrem Wollen und nach ihren Taten, und ich glaube, es wird dann nur kurze Zeit erforderlich sein, um das Vertrauensverhältnis zwischen den Organen der Genossenschaft und allen Mitgliedern wieder herzustellen.“⁶⁶ Offen wurde von der neuen politischen Führung der eigene Verein als linke bis linksradikale Einrichtung ausgemacht: „Wir wollen aus der ehemals sozialdemokratischen Domäne – und das war der Berliner Spar- und Bauverein – eine nationalsozialistische Domäne machen, oder besser gesagt, eine wahrhaft deutsche Genossenschaft.“⁶⁷ Der mangelnde Gemeinsinn während der Jahre der Inflation wurde nun mit einer marxistischen Einstellung der Siedlungsausschüsse und -kommissionen jener Jahre zu erklären versucht.⁶⁸ Intern wurde seitens der überwiegenden Mehrheit der

65 GB 1938, S. 10.

66 M BSBV 31 (1933) 3, S. 22.

67 M BSBV 31 (1933) 5, S. 38.

68 M BSBV 31 (1933) 3, S. 23 f.

Genossenschaftler über die Zurückhaltung den neuen Machthabern gegenüber intensiv diskutiert und verschiedene Maßnahmen in Erwägung gezogen. Der Parteigenosse Sch. „weist auf die noch vorhandenen politischen Gegensätze und das Misstrauen verschiedener Genossen gegen die nationalsozialistische Regierung und Wirtschaft hin [...] und regt die Abhaltung von Bewohnerversammlungen in den einzelnen Siedlungen zwecks Belehrung an“.⁶⁹

Besonders hart traf die Repression die Siedlung Schillerpark in Berlin-Wedding, die als sozialdemokratische Domäne galt. 1935 sprach der Nationalsozialist Walter Maaß offen von „Widerständen“, die die NSDAP in der Siedlung Schillerpark vorgefunden habe.⁷⁰ Hier wurden mehrere Verhaftungsaktionen der Gestapo durchgeführt. Unter den Verfolgten war auch Hermann Duncker (1874–1960),⁷¹ ein Mitbegründer der KPD, Max Urich (1890–1968), ein Berliner Stadtverordneter und Widerstandskämpfer, sowie Paul Meller (1902–1943), ein jüdischer Architekt.⁷²

Im kommunistischen Widerstand waren auch die Genossen Walter Grünke und Rudolf Seiffert aus der Siedlung Nordufer, ebenfalls in Berlin-Wedding, aktiv.⁷³ Seiffert (1908–1945) war ein ehemaliger Rohrleger, der sich besonders im Arbeitersportverein „Fichte“ engagierte. 1929 wurde er von einem Polizisten während einer Demonstration angeschossen und verlor ein Bein. 1936 konnte er wieder eine Arbeit als Revisor in den Siemens-Halske-Werken finden. Er gehörte der kommunistischen Widerstandsgruppe um Anton Saefkow (1903–1944)⁷⁴ an und stellte dieser auch seine Wohnung am Nordufer zur Verfügung. Nach seiner Gefangennahme 1944 wurde Seiffert kurz vor Kriegsende am 29. Januar in Brandenburg hingerichtet.

69 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 126 f.

70 M BSBV 33(1935) 4, S. 25.

71 Sohn des Kaufmanns und Centralverein-Mitarbeiters Otto Duncker, der 1894 bis 1908 Aufsichtsratsmitglied des Vereins gewesen war.

72 Alle Personen aus *Novy Tradition*, S. 90.

73 ArGFB, Akte Nordufer; Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in einem Arbeiterbezirk: Wedding*, Berlin 1983, S. 53. Beide waren Mitglieder der KPD. Grünke wohnte am Nordufer 16, über ihn ist ansonsten wenig bekannt. Alle Angaben zu Seiffert entstammen aus: Torfstecher, hrsg. von der SEW-Wohngruppe Wedding Süd (Berlin, um 1987), o. S.

74 Gerhardt Nitzsche, *Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe*, Berlin 1957; Emil R. Greulich, *Keiner wird als Held geboren*, Berlin 1961; Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1969, S. 267 f.

1935 führten Genossen aus der Stargarder Straße eine Flugblattaktion durch. Mitglieder der KPD hatten Flugblätter hergestellt und nutzten das verzweigte Dachsystem für eine illegale Aktion: Sie warfen an einem Frühlingsabend vom Dach des Hauses Flugblätter auf die Schönhauser Allee, mit dem Ziel, möglichst viele Passanten zur erreichen.⁷⁵

Immer wieder kam es zu Aktionen kommunistischen Widerstands im Umfeld des BSBV. Nicht alle Handlungen waren so spektakulär und gewagt wie die Flugblattverteilung, sondern es gab auch vorsichtigere Unmutsbekundungen. Auf dem Dachboden des Tempelhofer Rohbaus, Bauteil „Martens“, wurde im Sommer 1937 folgende Inschrift entdeckt: „Young freedom – 1. Mai 1937 – workers of the world unitits [sic!].“⁷⁶ Dies war kein Einzelfall, nach Aussage eines Herrn Schl. war an den Bauten immer wieder „unmißverständliche internationale, kommunistische Propaganda“ vorzufinden. Der Vorstand wurde schließlich beauftragt, deswegen die Gestapo um Hilfe zu bitten.⁷⁷

Nur in Ausnahmefällen kam es innerhalb des BSBV zu offener Kritik. Manche Bewohner verhielten sich dabei außerordentlich mutig. So wurde der Genosse Trester vom NS-Ortsgruppenleiter in der Siedlung Charlottenburg aufgefordert, zur öffentlichen Schmückung der Anlage die Hakenkreuzfahne am Fenster zu befestigen.⁷⁸ Trester weigerte sich, mit dem Verweis, die Miete bezahlt zu haben und aus seinem Herzen keine Mördergrube machen zu können. Dieser bemerkenswerte Vorfall wurde nicht weiter verfolgt. Ein geeignetes Medium zur Kritik war die Mitgliederzeitschrift, da hier Kritik im Schutze der Anonymität geäußert werden konnte, und dennoch eine bestimmte Teilöffentlichkeit erreicht wurde. So heißt es 1935: „Nach einem dreifachen Sieg Heil auf Führer und Vaterland und nach dem gemeinsamen Gesang des Horst Wessel- und Deutschlandliedes wurde wieder

75 Walter Schmidt, *Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945*, 2. Aufl., Berlin 1959, S. 642 f.

76 ABSBV, Bau-Revisionskommission, S. 9 (Sitzung 2. 6. 1937).

77 Ebenda.

78 ArGFB, Akte Charlottenburg I (Interview K. St., 1990). Auch in Falkenberg sollte die Hakenkreuzfahne hängen. Die Ehefrau des dortigen Verwalters Franz Steinke verkündete, dass diejenigen, die nicht die Fahne hissten, die Siedlung verlassen müssten. Dazu ist es nicht gekommen, wie auch viele Falkenberger der Anordnung zum Fahنشmuck nicht nachkamen; Archiv des Heimatmuseums Treptow (künftig: AHMT), Typoskript Gartenstadt Falkenberg (um 1995), S. 10.

zum gemütlichen Teil des Festes übergegangen, der dann bis in die späte Nacht anhält.⁷⁹ Die Gegenüberstellung des Absingens nationalsozialistischer Lieder und dem „gemütlichen Teil“ in Manier der altbewährten BSBV-Feste war für aufmerksame Leser durchaus als ironische Regimekritik zu verstehen.

Die überwiegende Mehrheit der Genossen zeigte ihre Kritik jedoch versteckt, etwa durch mangelnde Teilnahme an BSBV-Veranstaltungen. Besonders die gleichgeschalteten Mitgliederversammlungen wurden boykottiert. Zunehmend musste der BSBV seit 1930 einen Mitgliederschwund hinnehmen: Hatte der Verein 1930 noch 5602 Mitglieder, so waren es 1940 nur noch 3398.⁸⁰ Hinzu kam die gegen Kriegsende zunehmende Stadtflucht. Viele Genossen nahmen wegen der Fliegerangriffe mit ihren Familien außerhalb Berlins ihr Domizil, was vor allem der kleinen Siedlung Falkenberg in Berlin-Treptow einen Zuwachs bescherte.⁸¹ 1942 hatte man erstmalig in der Vereinsgeschichte durch Mitgliederschwund, deportierte jüdische Bewohner, aber auch durch Bombenopfer, Eingesogene und Gefallene annähernd so viele Mitglieder wie Wohnungseinheiten (3447 Mitglieder zu 3153 Wohnungen).

Die Kindergärten des BSBV unter dem Nationalsozialismus

Prinzipiell war der Kindergarten ein Ort, wo der NS-Mutterkult zum Tragen kam, die Ausübung des Berufes der Kindergärtnerin galt als der Natur der Frau gemäß. Die Motive dieser Berufsförderungs politik aus dem Geiste des Mutterkultes heraus und besonders deren Funktion während des Kriegs sind inzwischen von verschiedener Seite erforscht.⁸² In ganz Deutschland führten die Bedingungen des „totalen

79 M BSBV 33 (1935) 4, S. 23.

80 Singuhr, *Geschichte*, S. 154.

81 AHMT, Typoskript Gartenstadt Falkenberg, S. 11.

82 Maruta Schmidt/Gabi Dietz (Hrsg.), *Frauen unterm Hakenkreuz*, 2. Aufl., Berlin 1983, S. 52 ff., 90 ff., 179 ff.; Gisela Schäf-Koch, *Frauen im Nationalsozialismus*, Bonn 1984, S. 54 ff.; Pia Gerber, *Erwerbsbeteiligung von deutschen und ausländischen Frauen 1933–1945 in Deutschland*, Berlin 1996; Haide Manns, *Frauen für den Nationalsozialismus. Nationalsozialistische Studentinnen und Akademikerinnen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Opladen 1997 (Teil IV: Die nationalsozialistische weibliche Hochschulpolitik: „Einsatz“ und „Dienst“); und zuletzt Jill Akaltin, *Neue Menschen für Deutschland? Leipziger Kindergärten zwischen 1930 und 1959*, Köln 2004, S. 183–201.

Kriegs“ dann zu einer Beschäftigung von Frauen, die nur möglich wurde durch massiven Ausbau der Kindergärten.⁸³

Die Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus machte auch vor Kindergärten nicht halt. Schon 1933 wurde in jedem Kindergarten auf Beschluss des neuen BSBV-Vorstandes in vorauseilendem Gehorsam ein Hitlerbild angebracht.⁸⁴ Denn: „Er ist der Mann, zu dem wir alle in Liebe und Verehrung aufschauen.“⁸⁵ Das sollten auch Kinder so früh wie möglich lernen. In einer Ansprache an den Nachwuchs bekundete Vorstandsmitglied Robert Heinrich, eigentlich hätten alle Kinder ein kleines Hitlerbild bekommen sollen. Das war aus Kostengründen aber nicht möglich. Mit dem Aufhängen des Bildes wurde auch der Hitlergruß im Kindergarten eingeführt. Überhaupt versuchte der BSBV, sich durch die Kindergärten dem Regime zu empfehlen, das besonderen Wert auf Bevölkerungsmehrung und frühzeitige Ideologisierung des Nachwuchses legte.⁸⁶ Denn: „In einem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen muß das Leben herrschen und siegen.“⁸⁷

Jüdische Kindergärtnerinnen waren von der Politik der Nationalsozialisten besonders betroffen. Martha Langorsch (16. 9. 1893–28. 5. 1970) war eine erfahrene Pädagogin, die den Kindergarten in Charlottenburg seit Oktober 1924 leitete. Ihre Ausbildung hatte sie in der Kinderpflegerinnen-Abteilung des Vereins für Volkserziehung, des Pestalozzi-Fröbel-Hauses, erhalten.⁸⁸ Für den BSBV, der auf die Fröbel-Ausbildung großen Wert legte, richtete sie ab Januar 1924 zahlreiche Kinder- und Sommerfeste in der Charlottenburger Siedlung und die Weihnachtsaufführungen im Saal des Wohlfahrtshauses des BSBV aus.⁸⁹ In einem von der Genossenschaft gepachteten Garten machte sie den Stadtkindern die Natur vertraut und in der Pflanzenwelt kundig.⁹⁰ Der BSBV war mit ihrer Arbeit außerordentlich zufrieden. 1935 erhielt sie unter den sechs Frauen, die für die Kindererziehung angestellt waren, den mit Abstand höchsten Lohn.⁹¹ Noch 1938 wurde ihr attestiert: „Wir

83 Ebenda, S. 189 f., 194, 471 ff.

84 M BSBV 31 (1933) 6, S. 50.

85 Ebenda.

86 GB 1940, S. 3.

87 Ebenda.

88 ArGFB, Akte Charlottenburg I, Zeugnis für Martha Langorsch.

89 Ebenda, Martha Langorsch/Bessunger.

90 Ebenda, Zeugnis für Martha Langorsch, 12. 6. 1943.

91 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 28. 11. 1932–8. 2. 1941, Sitzung vom

freuen uns, Fräulein Langorsch als unsere Mitarbeiterin in der Kindergartenarbeit gewonnen zu haben und haben ihr deshalb auch die Oberleitung über unsere beiden in der Charlottenburger Siedlung befindlichen Kindergärten übertragen.“⁹² Um aber die nationalsozialistische Erziehung zu gewährleisten, wurde ihr vom NS-Vorstand des Vereins die „Helferin“ Käthe Prüscke beigeordnet.⁹³ Schließlich wurde, vermutlich durch Denunziation, Langorsch's Verlobung mit dem jüdischen Arzt August Bessunger bekannt, der später im KZ Auschwitz verschollen ist und vermutlich ermordet wurde.⁹⁴ Der Kindergärtnerin wurde zum 15. Juni 1943 von der Genossenschaft mit der Begründung gekündigt, dass „wir es nicht mehr verantworten können, Ihnen die Erziehung und die Beaufsichtigung der Kinder unserer Genossen anzuvertrauen.“⁹⁵ Martha Langorsch musste wegen ihrer Verlobung die Zeit vom 5. Juni 1943 bis zum 23. August 1943 im Frauengefängnis in der Lehrter Straße in Berlin verbringen.⁹⁶ Anschließend hielt sie mit den Vorstandsmitgliedern des BSBV Hoffmann und Franke Rücksprache und konnte mit Einverständnis des Arbeitsamtes eine Neueinstellung als Sekretärin erreichen.⁹⁷ Selbst eine Wiederanstellung als Kindergärtnerin wurde ihr unter der Bedingung in Aussicht gestellt, wenn nicht mehr genügend Kindergärtnerinnen vorhanden wären und die Kindergärten, die unter den Kriegseinwirkungen litten, wieder normal besucht werden würden.⁹⁸ In der Tat existierten die Kindergärten gegen Kriegsende faktisch nicht mehr: aus Luftschutzgründen musste der Kindergarten Schillerpark gegen Ende 1943 geschlossen werden,⁹⁹ und Ende 1944 wurde der Kindergarten Haeselerstraße Ausgebombten zur Verfügung gestellt.¹⁰⁰ Gelder für

11. 11. 1935, S. 174. Ihr monatliches Gehalt belief sich auf 220 RM, wohingegen Käthe Prüscke für die gleiche Arbeitszeit 100 RM erhielt. Ebenda, Sitzung vom 11. 11. 1935, S. 174 f.

92 ArGFB, Akte Charlottenburg I, Zeugnis für Martha Langorsch, 19. 6. 1938.

93 Ebenda, (Interview K. St., 1990).

94 Ebenda.

95 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, Sitzung vom 15. 6. 1943, S. 74; Novy, Tradition, S. 85.

96 ArGFB, Akte Charlottenburg I, Martha Langorsch/Bessunger.

97 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, Sitzung vom 22. 10. 1943, S. 81.

98 ArGFB, Akte Charlottenburg I, Schreiben an Martha Langorsch, 9. 11. 1943.

99 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, S. 87.

100 Ebenda, S. 104.

die Kindergärten waren schon in der zweiten Jahreshälfte 1943 komplett eingefroren worden.¹⁰¹

Bibliotheken

Die Jahre des Nationalsozialismus bedeuteten für die Bibliotheken des BSBV einen schweren Einschnitt: Bereits im Frühjahr 1933 wurde der gesamte Buchbestand des BSBV von der Gestapo inspiziert.¹⁰² Am ersten Mai – also wenige Tage vor den großen öffentlichen Bücherverbrennungen – wurden von 4706 Bänden 134 Exemplare beschlagnahmt.¹⁰³ Lapidar und fast kritisch hieß es zu dieser „Säuberung“ in den „Mitteilungen“: „Die Nationale Erhebung 1933 ist an unserer Bibliothek nicht ganz spurlos vorübergegangen“¹⁰⁴ – mutige Worte, die dem (anonymen) Autor bereits als Kritik am Nationalsozialismus hätten ausgelegt werden können. Um der Zensur zu entgehen und um den Buchbestand zu retten, wurde 1933 die gesamte Bibliothek der Siedlung Nordufer von unbekanntem Genossen entfernt, versteckt gehalten und 1945 wieder öffentlich gemacht.¹⁰⁵ Bis heute ist diese Bibliothek in ihrem Bestand von 1933 vollständig erhalten.

Ab Mitte der 1930er-Jahre stagnierten die vereinsinternen Ausgaben für die Bibliotheken merklich. 1938 wurde, auf Antrag des Parteigenossen Pet., beschlossen, dass für die Bibliothek Charlottenburg, der in diesem Jahr nochmals 700 RM bewilligt worden waren, keine größeren Geldausgaben getätigt werden sollten.¹⁰⁶ Dann, kurz vor Kriegsende, gelang dem BSBV eine letzte nennenswerte Bestandserweiterung: Im Sommer 1943 wurden auf Veranlassung des Aufsichtsrates

101 Ebenda, S. 85 f.

102 M BSBV 31 (1933) 5, S. 42.

103 M BSBV 32 (1934) 1, S. 3. Geringfügig variierende Angaben in: M BSBV 31 (1933) 5, S. 42.

104 Ebenda.

105 ArGFB, Akte Nordufer (Interview E. Sp., S. 9 f.). Auch in Charlottenburg befanden sich noch 1948 Teile des Bibliotheksbestandes in den Wohnungen einzelner Mitglieder; ArGFB, Akte Charlottenburg I, Rundschreiben elf (1948); Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG. (Hrsg.), Sonderausgabe, Berlin 2005, S. 3 f.

106 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 4. 11. 1938, S. 263 f.

drei komplette Bibliotheken mit jeweils tausend Exemplaren zu einem lediglich symbolischen Kaufpreis angeschafft.¹⁰⁷ Die Bücher wurden den Bibliotheken Schillerpark, Falkenberg und Tempelhof zugeführt. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich bei diesem ungewöhnlichen „Ankauf“ zu einer Zeit, als alle freien Gelder des BSBV für Luftschutz u. ä. benötigt wurden, um arisiertes jüdisches Eigentum handelte.

Attilahöhe: Reformbau unter dem Nationalsozialismus

Hauptzweck der Baugenossenschaft war es auch in den Jahren des Nationalsozialismus, preiswerten Wohnraum für die inkommensschwächere Bevölkerung Berlins bereitzustellen. Die diesbezügliche Aktivität des BSBV war ab 1933 auf ein Großprojekt namens „Attilahöhe“ (auch „Neu-Tempelhof“) im Bezirk Tempelhof konzentriert. Schon die Namenswahl nach dem Hunnenkönig Attila dokumentiert den konservativen deutschnationalen Zug jener Jahre. Hier sollte eine bereits fast fertiggestellte Wohnanlage zur nationalsozialistischen Mustersiedlung ausgegeben werden. An den Bauplänen, die noch vor der NS-Zeit entstanden, waren bekannte Architekten beteiligt, wie Bruno Taut (1880–1838), Paul Zimmerreimer (1875–1943) und Otto Rudolf Salvisberg (1882–1940). Von 1927 bis 1937 wurden fünf Blöcke mit 774 Wohnungen und acht Läden errichtet. Diese wurden bis 1940 ergänzt, sodass sich die Zahl der Wohnungen zwischen Attila- und Alboinstraße – benannt nach einem Herzog der Langobarden – auf insgesamt tausend erhöhte. Der Anspruch, Attilahöhe zu einer nationalsozialistischen Mustersiedlung umzugestalten, lässt sich selbst an der Baukunst festmachen. 1937 waren an der Durchfahrt zur Alboinstraße und an der Tankredstraße¹⁰⁸ Plastiken angebracht worden. Es handelte sich um eine Dreimännergruppe und eine Frauenfigur, vermutlich Arbeiter und Arbeiterinnen im Stile der neuen Sachlichkeit. In einer eigens einberufenen Sitzung der Baukommission, der man von der Vereinsführung zuvor die „Schlußentscheidung“

107 ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 6. 3. 1941–14. 12. 1946, Sitzung vom 15. 7. 1943, S. 75.

108 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 3. 3. 1937, S. 195.

über die Plastiken überlassen hatte,¹⁰⁹ wurde kritisiert, dass die Plastiken nicht die „Wesenszüge deutscher Menschen“ trügen und es sich nicht um „volksverbundene Kunst“ handeln würde.¹¹⁰ Die bereits angebrachten Kunstwerke wurden daher entfernt, die Kosten von 3900 RM waren in den Sand gesetzt,¹¹¹ und bis heute ist die betreffende Toreinfahrt ohne besondere künstlerische Ausgestaltung.

Genossenschaftsläden oder die Festkultur spielten bei diesem Projekt keine Rolle mehr. Nicht mehr der von Bewohnern unterschiedlicher Generationen gemeinsam genutzte Hof deckte hier das Natur- und Freizeitbedürfnis, sondern 168 Kleingärten, die gegen Pacht von den Bewohnern übernommen werden konnten.¹¹² Dieser Rückzug auf die individuelle, private „Scholle“ entsprach ganz der Bodenideologie des Nationalsozialismus. Allein ein Kindergarten wurde noch im November 1932 eröffnet.¹¹³

Es handelte sich bei der Siedlung um ein rein gewerbliches Unternehmen ohne sozialen Anspruch. Zwar griff man bei Erbauung der Attilahöhe wieder auf Eigenarbeiten zurück. Anstatt jedoch, wie bei dem ersten Bauprojekt von 1894, dadurch die Baukosten zu senken und den Gemeinsinn zu stärken, stand Eigenarbeit nun im Dienste der Ideologie von Volksdienst und Heimatfront. Die Bewahrung des älteren demokratischen pädagogischen Konzeptes des BSBV ließ sich unter veränderten Bedingungen kaum mehr durchsetzen. Schon ab 1937 wurden gezielt genossenschaftsfremde Bewohner, deren eigene Wohnung durch die beginnende Umgestaltung Berlins zur „Reichshauptstadt Germania“ durch Albert Speer (1905–1981) zum Opfer gefallen war, in Tempelhofer und Falkenberger Wohnungen des BSBV gesetzt.¹¹⁴ Diese neuen Bewohner waren ohne Bindung an die Genossenschaft und standen deren Einrichtungen fern oder waren mit ihren Zielen nicht vertraut.

109 Ebenda, S. 195.

110 ABSBV, Protokolle der Finanz-Kommission (Sitzung der Baukommission am 13. 9. 1937).

111 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 3. 3. 1937, S. 195.

112 (Richard Elsholz), Festschrift der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892, Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e. G. m. b. H., Berlin 1952, S. 23.

113 ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, S. 71; M BSBV 30 (1932) 7, S. 51; M BSBV 31 (1933) 6, S. 51; ABSBV, Protokolle der Vorstands-Sitzungen vom 28. 11. 1932–8. 2. 1941, Sitzung vom 11. 11. 1935, S. 173 f.

114 GB, 1938, S. 5.

Weitere bauliche Tätigkeit neben dem Großprojekt Attilahöhe konnte die Genossenschaft in den 1930er-Jahren nicht entwickeln. Eine geplante Erweiterung der Gebäudegruppe Nordufer um 170 Wohnungen wurde durch den Krieg verhindert.¹¹⁵ Auch die vorgesehene Aufstockung aller Flachdachbauten mit Satteldächern im nationalsozialistischen „Heimatstil“ kam durch den Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht mehr zur Ausführung.¹¹⁶ Ebenso konnten Pläne zur Bebauung eines Grundstücks in Falkenberg, an dem noch immer ohne Unterlass projektiert wurde, nicht verwirklicht werden.¹¹⁷

Schlussbemerkung

Schnell wird klar, dass ein Bild von den unpolitischen Genossenschaften, die passiv die Jahre 1933 bis 1945 über sich ergehen ließen und deren Mitglieder sich durchgängig im inneren Widerstand befunden hätten, eine Fiktion ist. Die Politik der Gleichschaltung hatte den BSBV in seiner inneren Struktur erfolgreich angegriffen und sich dabei effektiv genossenschaftlicher Verhaltensweisen bedient, diese aber mit neuen, nationalsozialistischen Inhalten gefüllt. Die Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen, die die spezielle Identität des BSBV als einen philanthropischen Verein seit spätestens 1900 ausmachten, wurden einerseits durch staatliche Konkurrenzangebote vom Winterhilfswerk bis zur Neuen Heimat und andererseits durch strikte Einsparungen bei den sozialen und kulturellen Einrichtungen der Genossenschaft ausgehöhlt. Die Angebote und Aufwendungen im Bereich der Wohlfahrt gingen zurück. Das gilt nicht für die Kindergärten, an denen ein besonderes Interesse bestand, zum einen, weil im Nationalsozialismus der Kindergarten als Stätte frühzeitiger Indoktrination propagiert wurde, zum anderen, weil Kindergärten ab 1939 die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen erleichterten.

Reibungslos ließ sich die Gleichschaltung nicht vornehmen. Gerade im BSBV wohnten überwiegend einfache Arbeiter mit sozialdemokratischem Hintergrund,

115 Singuhr, *Geschichte*, S. 154.

116 Novy, *Tradition*, S. 87 (Siedlung Schillerpark).

117 Noch 1938 wurde für einen Neubau in Falkenberg bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Hypothek in Höhe von 230 000 RM aufgenommen; ABSBV, Protokollbuch über die Gemeinschaftlichen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand, 18. 3. 1932–25. 2. 1945, Sitzung vom 6. 4. 1938, S. 275.

die ihren Unmut durch Verteilen von Flugblättern oder durch die Weigerung, die Hakenkreuzfahne zu hissen, kundgaben. Da der Vorstand und die Geschäftsführung jedoch überwiegend in der NSDAP organisiert waren, fehlte diesem Widerstand die Unterstützung der Genossenschaftsspitze.

Wenn der BSBV wie auch andere Baugenossenschaften nicht das Schicksal der Konsumgenossenschaften und Bauhütten teilten, die der Auflösung ganz anheimfielen, so haben sie ihre einstige gesellschaftliche Bedeutung, die sie in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik besaßen, im Nationalsozialismus eingebüßt. Vor allem ihr pädagogischer und sozialer Anspruch, der in der Weimarer Zeit bereits durch die finanzielle Krise teilweise aufgegeben worden war, verlor sich unter dem politischen Druck des NS-Regimes nun ganz.

Selbstinszenierung eines „Judenberaters“ vor Gericht Friedrich Boßhammer und das „funktionalistische Täterbild“

In den Jahren 1971/72 stand der ehemalige SS-Sturmbannführer Friedrich Robert Boßhammer wegen seiner Tätigkeit als „Judenberater“ bei der Deportation der Juden aus Italien in Berlin vor Gericht. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt – im Unterschied zu seinen Untergebenen, die in Dortmund ein Jahr zuvor einen Freispruch erhalten hatten.

Eine Analyse des Boßhammer-Prozesses vor dem Hintergrund des Dortmunder Ermittlungsverfahrens macht deutlich, welche Rolle das damals dominante Täterbild bei der Strafverfolgung spielte. So lässt sich im Umkehrverfahren die These aufstellen, dass der kollektive Schuldfreispruch in Dortmund auch durch das in der Strafgesetzgebung sich deutlich niederschlagende Täterbild bewirkt wurde, das die Angeklagten für ihre Verteidigung nutzten.¹ Dieses Täterbild hatte sich in den 1960er-Jahren als Antwort auf die vorher dominante Dämonisierung von NS-Tätern herausgebildet und ist noch heute in der breiteren Öffentlichkeit präsent. Die NS-Täter erscheinen als motivlose und autoritätshörige Befehlsempfänger, als willenlose Marionetten ohne Einblick in die Verbrechen, an denen sie beteiligt waren, letztlich als mechanische Glieder einer perfekt funktionierenden Vernichtungsmaschinerie. Der Historiker Gerhard Paul bezeichnete dieses Deutungsmuster, das

1 Vgl. zu den Prozessen u. a.: Peter Steinbach, NS-Prozesse nach 1945, in: Dachauer Hefte 13 (1997); Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997; Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, Heidelberg 1982; Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998; Kerstin Freudiger, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Tübingen 2002; Michael Greve, Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren, Frankfurt a. M. 2001; Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hrsg.)Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren?, München 1984.

die Strukturen und Funktionen betont, statt die Täter selbst als handelnde Akteure wahrzunehmen, als „funktionalistisches Täterbild“.²

Der im Strafrecht versierte Rechtsanwalt Boßhammer nutzte diese Auffassung von NS-Tätern in seiner Selbstinszenierung vor Gericht, um einen Freispruch oder zumindest eine Strafminderung zu erreichen. Im Gegensatz zu seinen Untergebenen gelang ihm dies allerdings aufgrund der geschickten Beweisführung der Anklage nicht. Diese zerpfückte Boßhammers Selbstdarstellung – möglicherweise unter dem Einfluss der während der Ermittlungen erschienenen Studie „Verbrechen unter totalitärer Herrschaft“ von Herbert Jäger,³ die mit dem Anspruch entstanden war, genau dieses Täterbild aufzubrechen. Solche Selbstdarstellungen führten ihrerseits wieder dazu, in Medien und Wissenschaft das „funktionalistische Täterbild“ zu verstetigen. Auf diese Weise kann eine Wechselwirkung zwischen dem öffentlichen Bild von Tätern und deren Verteidigungshaltung vor Gericht konstatiert werden.

Die Beziehungen zwischen Täterbild, Selbstdarstellung der Täter und Strafrecht sind allerdings nicht eindeutig zu bestimmen: Möglich ist, dass die Selbstinszenierung der Täter als reine Befehlsempfänger als Antwort auf bestimmte Paragraphen des Strafrechts entstanden ist. Vorstellbar ist jedoch auch, dass die Täter ihren eigenen Tatbeitrag bereits unmittelbar nach 1945 umgedeutet haben und ihre Selbstdarstellung lediglich die Verteidigungsmöglichkeiten des deutschen Strafrechts ausschöpfte.

In der Forschungsliteratur ist dieser Zusammenhang von Täterbild und Strafgesetzgebung bisher nicht deutlich genug herausgearbeitet worden.⁴

Karriere

Geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen als Sohn eines Maschinenschlossers und späteren technischen Reichsbahnoberssekretärs, gehörte Friedrich

2 Gerhard Paul, Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und „ganz gewöhnlichen“ Deutschen, in: ders. (Hrsg.), *Die Täter der Shoah*, Göttingen 2002, S. 20.

3 Herbert Jäger, *Verbrechen unter totalitärer Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1982.

4 Vgl. zu Täterbildern und NS-Prozessen auch Ulrike Weckel/Edgar Wolfrum (Hrsg.), „Bestien“ und „Befehlsempfänger“. Frauen und Männer in NS-Prozessen nach 1945, Göttingen 2003.

Boßhammer⁵ zur „Kriegsjugendgeneration“, aus der ein wesentlicher Teil der nationalsozialistischen Führungsschicht stammte: Wie Boßhammer wurden 60 Prozent des leitenden Personals des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) zwischen 1900 und 1910 geboren, und speziell die „Judenberater“ entstammten den Jahrgängen 1905 bis 1913.⁶ Die „Generation der Sachlichkeit“ (Ulrich Herbert) war eine Gruppe überdurchschnittlich intelligenter, selbstbewusster, tatkräftiger junger Männer mit eigenen Vorstellungen, geprägt durch „heroischen Realismus“.⁷ Zu dem generationseigenen Habitus dieser weltanschaulich geschulten „Funktionseelite“ gehörte eine antisemitische Grundhaltung, die sich im Rahmen des völkischen Rassismus vom „Radauantisemitismus“ der Straße unterschied.⁸ Boßhammer scheint nach den Beurteilungen seiner früheren Mitarbeiter ein typischer Vertreter dieser Generation gewesen zu sein, eine „Führernatur“, jemand, der „tatkräftig“ und „selbstständig“ handelte. Ähnlich wurde er auch 1940 in einem Personalbericht als straff, kameradschaftlich und soldatisch beschrieben, mit besonderem Pflichtbewusstsein und überdurchschnittlicher Regsamkeit, energisch und unnachgiebig gegenüber Schwierigkeiten, mit überlegtem Urteil und überdurchschnittlich gefestigt in seiner Weltanschauung.

Boßhammers berufliche Laufbahn ist neben der Akzeptanz der ideologischen Grundannahmen des Nationalsozialismus durch Karrieregesichtspunkte und Existenzängste geprägt. Ergänzend kommt ein stark ausgeprägter Opportunismus und ein Gespür für den richtigen Moment hinzu: So trat er gleich nach der ersten juristischen Staatsprüfung im Frühjahr 1933 in SA und NSDAP ein. Als er 1935 das Zweite Staatsexamen machte, sahen die Berufsaussichten für Juristen sehr schlecht aus.⁹

- 5 Zu seinem Lebenslauf vgl. Urteil, S. 4–8, Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep 057-01: Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht/Arbeitsgruppe RSHA, 1 Js 1/65 (RSHA)/Boßhammer; Bundesarchiv Berlin (BArchB), Unterlagen des Berliner Document Center: RS 5108, Bl. 2717 (Lebenslauf), SSO 94, Bl. 1407 f. (Personalbericht SD Aachen 1940).
- 6 Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 849; Claudia Steur, Theodor Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung“, Essen 1997, S. 158
- 7 Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996, S. 12, 15.
- 8 Jens Banach, *Heydrichs Vertreter im Feld*, in: *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. Gerhard Paul/Michael Mallmann, Darmstadt 2000, S. 89–97.
- 9 Ebenda, S. 93.

Eigentlich wollte er Richter werden, doch reichten seine Noten „ausreichend“ in den beiden Staatsexamen nicht dafür aus. Er fand trotz seines akademischen Hochschulabschlusses zunächst nur unqualifizierte Arbeit. Im Auftrag der Hitler-Jugend fungierte er als Kursleiter für die Kinderlandverschickung, er leitete auch KdF-Jungarbeiterfreizeitlager bei der IG-Farben und beim Landesverband Rheinland für Deutsche Jugendherbergen. Im März 1936 folgte er Heinrich Himmlers Vorbild und trat aus der Kirche aus. Nachdem er im selben Jahr geheiratet hatte und 1937 das erste seiner vier Kinder geboren wurde, wurde er im Oktober 1937 Mitglied der SS und beim SD Aachen Referent für Verwaltung, Recht und Jugend. Mit dem Eintritt in den deutschen Sicherheitsdienst standen ihm sichere Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten offen.

Drei Jahre später wurde Boßhammer Gerichtsoffizier und Untersuchungsführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei Wiesbaden. Im Mai 1941 kam er zur Wiesbadener Gestapo, bevor er im Oktober 1941 bei der Gestapo in Kassel – zeitgleich mit den beginnenden Transporten aus der Stadt in den „Osten“ – mit „Judenangelegenheiten“ beauftragt wurde. Im Januar 1942 wechselte er – parallel zur Wannsee-Konferenz – nach Berlin ins Referat IV B4 des RSHA, wo er aufgrund der guten Zusammenarbeit mit seinem Vorgesetzten Eichmann zum Regierungsrat und SS-Sturmbannführer ernannt wurde.

Schon vor dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 befasste sich Boßhammer mit den Juden in Italien und beobachtete, wie sich der wichtigste Bündnispartner des Deutschen Reiches gegen die Deportation der Juden wehrte. Als nach der Verkündung des italienisch-alliierten Waffenstillstands am 8. September 1943 der Norden des Landes durch deutsche Truppen besetzt und von Mussolini die „Repubblica sociale italiana“ gegründet wurde, waren die Voraussetzungen für die Deportationen gegeben.¹⁰

10 Vgl. zur Judenverfolgung in Italien bes.: Liliana Picciotto, *Il libro della memoria. Gli ebrei deportati dall'Italia (1943–1945)*, Mailand 2002; Michele Sarfatti, *Gli ebrei nell'Italia fascista*, Turin 2000; Klaus Voigt, *Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945*, Stuttgart 1993; Renzo De Felice, *Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo*, Turin 1961; Giuseppe Mayda, *Ebrei sotto Salò*, Mailand 1978; Meir Michaelis, *Mussolini and the Jews*, Oxford 1978; Susan Zuccotti, *The Italians and the Holocaust*, New York 1987; Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945*, Tübingen 1993.

Zunächst wurde aber nicht Boßhammer, sondern der außendienstprobierte „Judenberater“ Theodor Dannecker mit einem mobilen „Einsatzkommando Italien“ in den Süden geschickt. Dieser veranlasste zuerst die große Razzia am 16. Oktober 1943 in Rom mit mehr als 1000 verhafteten Juden und danach die Deportation von Juden aus Norditalien nach Auschwitz-Birkenau. Erst nachdem die faschistisch-republikanische Regierung am 30. November 1943 mit der „Polizeiverordnung Nr. 5“ die Internierung aller Juden angeordnet hatte, löste Boßhammer Dannecker Anfang 1944 ab und effektivierte das Deportationssystem. Boßhammer koordinierte von seinem in Verona ansässigen „Judenreferat“, das als Referat IV B4 in den Polizeiapparat des Befehlshabers der Sicherheitspolizei (BdS) integriert war, die Zusammenarbeit zwischen italienischen und deutschen Polizeiformationen bei der Verhaftung und Internierung der Juden. Er setzte in den Außenkommandos – lokale Dienststellen von Gestapo, Kripo und SD – ihm zugeordnete „Judenreferenten“ ein, die in verschiedenen Städten parallel Juden verhafteten. Diese wurden vor ihrer Deportation weiterhin in den Gefängnissen, aber auch in den von italienischen Behörden errichteten Provinzlager und in Fossoli, dem „Internierungslager für Juden“, festgehalten. Obwohl Fossoli im Februar offiziell noch unter italienischer Verwaltung stand, organisierte Boßhammer bereits am 19. und 22. Februar 1944 zwei Transporte aus dem Lager nach Bergen-Belsen und Auschwitz-Birkenau. Nach diesen Transporten übernahm der BdS am 15. März selbst einen Teil des Lagers und machte Fossoli nun auch offiziell zum „Polizei- und Durchgangslager“ für politische und jüdische Gefangene. Boßhammer und sein Judenreferat stellten am 5. April, 16. Mai und 26. Juni weitere Transporte nach Auschwitz sowie am 16. und 19. Mai 1944 nach Bergen-Belsen zusammen.

Bevor Fossoli durch das Nahen der Frontlinie aufgegeben wurde, ließ Boßhammer alle jüdischen Insassen und damit auch Juden, die in „Mischehen“ lebten, und „Mischlinge“, die bisher nicht deportiert worden waren, am 1./2. August nach Auschwitz, Buchenwald, Ravensbrück und Bergen-Belsen bringen. Dabei nutzte er den großen Handlungsspielraum, der ihm als „Judenberater“ zur Verfügung stand,¹¹ nicht nur für eine relativ effektive Abwicklung der Deportationen, sondern verschärfte sogar noch die Bedingungen.

11 Claudia Steur, Eichmanns Emissäre. Die „Judenberater“ in Hitlers Europa, in: Paul/Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, S. 432.

Boßhammer verließ nach diesem Transport das Referat IV B4 und wurde Leiter des Außenkommandos Padua. Aus dem noch im Juli 1944 errichteten „Polizeilichen Durchgangslager“ Bozen wurden in drei weiteren Transporten Juden nach Auschwitz-Birkenau, Ravensbrück und Flossenbürg deportiert, zu deren Organisation Boßhammer aber nicht mehr benötigt wurde. Boßhammer bestimmte demnach zunächst aus der Ferne das für Italien errichtete Deportationssystem mit, später gestaltete er es vor Ort hauptverantwortlich aus. Insgesamt wurden etwa 7750 Juden aus Italien in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert.¹²

Ende April 1945 setzte sich Boßhammer mit falschen Papieren aus Italien nach Österreich ab und geriet als „Feldwebel Max Fritz Müller“ in amerikanische Gefangenschaft. Im August 1945 ließ er sich in Westdeutschland als Arbeiter nieder, bis er im Januar 1948 unter seinem richtigen Namen in Wuppertal und Recklinghausen interniert wurde. Bevor er 1952 als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Wuppertal zugelassen wurde, musste er sich in verschiedenen Entnazifizierungs- und Ehrengerichtsverfahren für seine Vergangenheit rechtfertigen, ohne dass dabei jedoch seine Tätigkeit als „Judenberater“ thematisiert wurde.

Ermittlungsverfahren und Prozess

Im Jahr 1963 wurde im Bundesarchiv Koblenz eine Liste mit Vorschlägen für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes gefunden, in der angeregt wurde, die „Leistungen“ von Fritz Boßhammer und anderen zu honorieren. Mit dem Fund dieser Liste setzten in der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg erste Vorermittlungen zu den Deportationen der Juden aus Italien ein. Der Ludwigsburger Staatsanwalt Dietrich Zeug machte binnen kurzem vier Kern-Ermittlungsbereiche aus: die Deportationen und Erschießungen im Raum Triest,¹³ die Erschießung mehrerer Juden am Lago Maggiore durch Angehörige der SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf

12 Picciotto, *Il libro della memoria*, S. 28, 60 f.

13 Ermittlungen zum „Adriatischen Küstenland“ wurden ergebnislos bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main geführt. In Italien wurde Joseph Oberhauser 1976 wegen der Verbrechen in der Risiera di San Sabba in Triest in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Hitler“;¹⁴ die Aktion in Rom im Oktober 1943¹⁵ und zuletzt die Deportationen aus Oberitalien ab Herbst 1943, als deren Hauptverantwortlicher Boßhammer galt.¹⁶

Das Vorermittlungsverfahren wurde im Juni beendet und die Akten bezüglich der Deportationen aus Mittel- und Norditalien zur Durchführung weiterer Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft Dortmund übersandt.¹⁷ Hier war am 25. September 1961 vom Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen die „Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“ gegründet worden, die für außerhalb des Bundesgebietes begangene Massenverbrechen zuständig war.¹⁸ Nach der Übernahme der Vorgänge veranlasste der Dortmunder Staatsanwalt Horst Günther Obluda weitere Ermittlungen zur Judenverfolgung in Italien.

1968 wurden die Ermittlungen gegen Boßhammer an die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht in Berlin übergeben und in Dortmund das Verfahren wegen der Judendeportationen aus Italien nur noch gegen „Gassner und andere ehemalige Angehörige des BdS Italien“ weitergeführt.¹⁹ Nach der Abgabe des Falls Boßhammer verlor das Verfahren an Stoßkraft, bis es im Februar 1971 gegen alle weiteren Beschuldigten, darunter „Judenreferenten“, Leiter von Außenkommandos und Angehörige der beiden Lager Fossoli und Bozen, ergebnislos eingestellt

- 14 Wegen der Morde am Lago Maggiore wurden Hans Röhwer, Hans Krüger, Herbert Schnelle, Oskar Schulz und Ludwig Leithe 1968 vom LG Osnabrück zu drei lebenslangen und zwei Zeitstrafen verurteilt; 1970 stellte der BGH das Verfahren als angeblich verjährt ein. Gottfried Meir wurde 1955 in Turin in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt, das Volksgericht Graz hatte ihn zuvor 1954 freigesprochen. Vgl. Marco Nozza, *Hotel Meina. La prima strage di ebrei in Italia*, Mailand 1993; Aldo Toscano u.a., *Lago Maggiore: Settembre 1943*, Novara 1993.
- 15 Dannecker hatte bereits im Dezember 1945 im Amtsgerichtsgefängnis in Bad Tölz Selbstmord begangen. Steur, Theodor Dannecker, S. 146 ff.
- 16 Zeug an Institute of Jewish Affairs, 19.2. 1963, BArch Ludwigsburg: 518 Ar-Z 4/63, Bd. I, Bl. 83 ff.
- 17 Bericht von Zeug, 19. 6. 1963, BArch Ludwigsburg: 518 Ar-Z 4/63, Bd. II, Bl. 637–673; Bericht von Obluda, 26.7. 1963, LA [= Landesarchiv] Münster: 45 Js 12/63, Bd. I, Berichtsheft, Nr. 3069, Bl. 4–7.
- 18 Ulrich Maaß, *Die Zentralstelle Dortmund*, in: *Die Zentralstellen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen*, hrsg. v. Justizministerium des Landes NRW, Recklinghausen 2001, S. 14.
- 19 Generalstaatsanwalt an Justizminister von NRW, 2. 10. 1968, LA Münster: 45 Js 12/63, Bd. I, Nr. 3069, Bl. 4.

wurde.²⁰ Die nahezu deckungsgleiche Begründung für die einzelnen Beschuldigten lautete vor allem auf „Tatbestandsirrtum“ und „neutrale Beihilfe“; beides Sachverhalte, auf die sich auch Boßhammer in seinem Prozess berufen sollte. Durch die Einstellungsverfügung zieht sich dementsprechend wie ein roter Faden eine Sichtweise auf die Täter als unbedeutende und unwissende „Räder im Getriebe“. Doch die Einstellung des Verfahrens durch die Dortmunder Zentralstelle war kein Einzelfall: Von den 1355 Verfahren gegen rund 25 000 Beschuldigte, die bis in die 90er-Jahre bei der Zentralstelle geführt wurden, kam es letztendlich nur bei 159 Personen zur Anklage.²¹

Parallel zum Dortmunder Verfahren fand ein Ermittlungsverfahren durch die „Arbeitsgruppe RSHA“ bei der Berliner Staatsanwaltschaft statt. Gegen Boßhammer und 145 weitere Beschuldigte aus zehn Referaten des RSHA waren hier im Dezember 1964 Ermittlungen im Zusammenhang mit „Maßnahmen im Rahmen der ‚Endlösung der Judenfrage‘“ eingeleitet worden.²² Ein drittes Verfahren gegen Boßhammer, das ebenfalls seine Tätigkeit im RSHA behandelte, wurde beim Landgericht Frankfurt unter dem Aktenzeichen 4 AR 320/62 geführt. Diese Ermittlungen wurden im September 1965 von Generalstaatsanwalt Dietrich Hölzner und Staatsanwalt Stief, die in Berlin für die Ermittlungen 1 Js 1/65 (RSHA) gegen Friedrich Boßhammer zuständig waren, übernommen.²³ Erst im Januar 1968 wurde Boßhammer wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord an mindestens 150 000 Juden aus verschiedenen europäischen Ländern in Berlin

20 Ermittlungsverfahren gegen: „Judenreferenten“ Hans Gassner (AK Rom), Otto Koch (AK Mailand), Hans Haage, Albin Eisenkolb und Wilhelm Berkefeld (IV B4 beim BdS); Leiter verschiedener Außenkommandos: Herbert Herbst (AK Perugia und Padua), Ernst Bach (AK Venedig), Emil Goebel und Otto Alberti (AK Florenz), Julius Wilbertz (AK Bologna), Siegfried Engel (AK Genua) und Theo Saevecke (AK Mailand); Rudolf Tyrolf (KdS von Bozen); Karl Titho, Hans Haage, Walter Lessner und Hildegard Lächert (Fossoli und Bozen); Koch, Saevecke und Helmut Klemm (San Vittore). Franz Xaver Staltmayer hatte am 4. Mai 1964 Selbstmord begangen. Abschlussbericht der Zentralstelle Dortmund, 12. 2. 1971: LA Münster: 45 Js 12/63, Bd. 46, Nr. 3063.

21 Vgl. Andreas Disselnkötter, „Jetzt ist aber genug“. Die Aufarbeitung der NS-Prozesse in Nordrhein-Westfalen, in: Tribüne 41 (2002) 161, S. 174–180; Übergroße Nachsicht mit den Nazi-Tätern, in: Frankfurter Rundschau vom 13. 9. 1996.

22 Einleitungsvermerk 1 AR 123/63 – Sachkomplex I, 18. 12. 1964, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 1, Bl. 1; Wildt, Generation des Unbedingten, S. 824.

23 Vermerk von Hölzner, 2. 9. 1965, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 6.

in Untersuchungshaft genommen.²⁴ Am 10. September 1968 wurden konsequenterweise auch die in Dortmund gegen Boßhammer geführten Ermittlungen mit dem Verfahren in Berlin verknüpft.²⁵

Am 23. April 1971 wurde Anklage gegen Boßhammer erhoben. Neben dem Vorwurf der Beihilfe zur Ermordung der Juden aus der Slowakei, Rumänien und Bulgarien, der während des Prozesses fallen gelassen wurde, wurde er beschuldigt, „gemeinschaftlich mit den nationalsozialistischen Machthabern aus niedrigen Beweggründen sowie heimtückisch und/oder grausam eine unbestimmte Anzahl von Juden aus Italien, mindestens jedoch 3336 Personen, getötet zu haben.“²⁶ Im Unterschied zu vorherigen Haftbefehlen hatte sich jetzt der Verdacht erhärtet, dass bei Boßhammers Tätigkeit in Italien von Täterschaft ausgegangen werden konnte.

Die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Berlin fand in der Zeit vom 16. November 1971 bis zum 11. April 1972 statt. Bis zum 7. Januar 1972 wurden Boßhammer, die drei weiteren Angeklagten des RSHA-Gesamtverfahrens,²⁷ der Sachverständige Wolfgang Scheffler²⁸ und neunzehn weitere ehemalige Mitarbeiter des RSHA vernommen. Danach wurde der Schwerpunkt auf die Struktur der Dienststelle des BdS Italien und seiner Außenkommandos sowie auf die Verhaftung, Internierung und Deportation der Juden in Italien gelegt. Die meisten der verhörten Zeugen waren ein Jahr zuvor noch Beschuldigte des Dortmunder Verfahrens gewesen. Dementsprechend hielten sie sich mit belastenden Aussagen zurück und versuchten im Gegenteil, Boßhammer zu entlasten. In der dritten Phase wurden die italienischen Zeugen – zum größten Teil Auschwitz-Überlebende – gehört. Ab dem 17. März begann die letzte Phase des Prozesses, in der die Plädoyers verlesen wurden.

Die Staatsanwaltschaft stellte den Antrag, Boßhammer wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens 3300 Personen zu lebenslanger Freiheitsstrafe zu

24 Anklageschrift, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 121, S. 1; Haftbefehl, 9. 1. 1968, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 35, Bl. 9.

25 Vermerk Hölzners, 23. 9. 1968, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 60, Bl. 68.

26 Anklageschrift, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 121, Bl. I–IV.

27 Die vier Verurteilten der RSHA-Verfahren waren Otto Heinrich Hunsche („Endlösung“ in Ungarn), Richard Hartmann und Fritz Wöhrn (Deportation der Juden aus dem „Reich“) und Boßhammer. Freudiger, Die juristische Aufarbeitung, S. 128, 149.

28 Der Historiker Wolfgang Scheffler hielt eine Einführung zum Antisemitismus und zur „Endlösung“ während des Nationalsozialismus.

verurteilen. Die Verteidiger von Heynitz und Meurin forderten dagegen für ihren Mandanten einen Freispruch bzw. höchstens eine geringe Haftstrafe.

Dem Angeklagten wurde ein „letztes Wort“ zugestanden, das der aus der Kirche ausgetretene Boßhammer pathetisch mit einem Gebet schloss. In seinem Plädoyer klagte er die Staatsanwaltschaft an, die geforderte Bestrafung als Mittäter sei „Irrsinn, der aber Methode“ zeige.²⁹ Schon während des Ermittlungsverfahrens hatte er keinen Hehl daraus gemacht, dass er die gegen ihn gerichtete Anklage als Unrecht empfand. In einem Brief an die Staatsanwaltschaft versuchte er, dies sogar mit Rückgriff auf Platon zu belegen: „Wohl mit Recht gab Platon in seiner Apologie ‚Der Tod des Sokrates‘ aus dessen Verteidigungsrede die Worte wieder: ‚Ich werde höchstwahrscheinlich verurteilt werden; aber nicht, weil ich wirklich getan habe, dessen ich anzuklagen wäre, sondern weil es immer wieder in der Weltgeschichte geschieht, daß Menschen ohne Grund angeklagt und verurteilt werden; das gab es in der Vergangenheit, das gibt es heute, das wird es immer geben.“³⁰

So sah Boßhammer es auch als Unrecht an, dass die jüdische Historikerin Eloisa Ravenna aus dem „Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea“ in Mailand ein Gutachten zur „Endlösung der Judenfrage“ abgeben sollte.³¹ Die Mitarbeiter dieses Dokumentationszentrums hatten die Staatsanwälte während der gesamten Ermittlungen unterstützt. Boßhammers Verteidiger vermutete bei der jüdischen Historikerin Rachegefühle und forderte daher, sie wegen angeblicher „Befangenheit“ abzulehnen. Die Staatsanwaltschaft wies zwar den Vorwurf, nur wegen der jüdischen Religion auf eine Befangenheit zu schließen, als ungerechtfertigt zurück. Abgelehnt wurde Ravenna als Sachverständige dennoch, nachdem sie ausgesagt hatte, während der nationalsozialistischen Besatzung zahlreiche Familienangehörige verloren zu haben.³² Von Unrechtsbewusstsein, Reue oder zumindest Scham gegenüber den Opfern findet sich bei Boßhammer im gesamten Verlauf des Prozesses nicht die geringste Spur.

29 Letzte Worte Boßhammer, 7. 4. 1972, S. 4, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

30 Boßhammer an Kammergericht Berlin, 21. 4. 1971, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 120, Bl. 93 f.

31 Fitzner an Scheffler, 23. 8. 1971, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 124, Bl. 138 f.

32 Ablehnungsgesuch von Heynitz, zitiert in: Antwort auf Revisionsbegründung von Verteidiger Möller, 25. 8. 1972 und Hauptverhandlung, 7. 12. 1971, S. 1, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „Terminsvermerke“, Bl. 17 und Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

Am 39. Verhandlungstag wurde das Urteil verkündet. Boßhammer wurde für die Transporte aus Fossoli nach Auschwitz-Birkenau von Februar bis August 1944 und für den Tod von elf Personen, die bereits während der Transporte gestorben waren, verantwortlich gemacht. Das Urteil lautete auf lebenslange Freiheitsstrafe wegen gemeinschaftlichen Mordes nach §§ 211 und 47 StGB.³³ Als Reaktion auf das Urteil brach Boßhammer in Tränen aus.³⁴

Da die Verteidigung Revision einlegte, war das Urteil zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht rechtskräftig, Boßhammer blieb aber weiterhin in Untersuchungshaft. Bevor es am 5. Dezember 1972 zur Revisionsverhandlung kam, wurde er zur stationären Behandlung in ein Berliner Krankenhaus entlassen, wo er am 17. Dezember 1972 starb. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt.³⁵

Selbstinszenierung

Verteidigung und Anklage haben in diesem Prozess in ihren jeweiligen Forderungen nach Freispruch bzw. lebenslänglicher Haft zwei völlig konträre Positionen vertreten. Während die Anklage Boßhammers persönlichen Einsatz bei der Deportation der Juden herausstellte, zeichnete die Gegenseite ihn als unschuldigen Befehlsempfänger. Die Selbstinszenierung Boßhammers, die von der Verteidigung unterstützt wurde, zielte dabei auf vier Verteidigungslinien ab, die dem „funktionalistischen Täterbild“ entsprachen:

- Unwissenheit und daher Fahrlässigkeit statt Vorsatz;
- Nichtbetroffenheit und daher keinesfalls Mord, sondern höchstens Totschlag;
- nur Befehlsempfänger und daher keine Täterschaft sondern höchstens Beihilfe;
- Strafmilderung aus persönlichen Gründen.

33 Urteil, S. 3, 84/85, LAB, B Rep 057-01, Urteilsband. Die Transporte nach Bergen-Belsen, Buchenwald und Ravensbrück wurden im Verfahren nicht thematisiert.

34 Pressenotiz, 8. 4. 1972, ACDEC (= Archivio del Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea): AG-10B, Processo Boßhammer – corrispondenza A-L.

35 Beschluss des BGH, 19. 12. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 240, Bl. 80.

Diese Verteidigungslinien sind insgesamt typisch für die NS-Prozesse. Im Boßhammer-Verfahren fehlt im Vergleich zu anderen NS-Prozessen nur das Argument des Befehlsnotstands.

Verteidigungslinie: Unwissenheit (Fahrlässigkeit oder Vorsatz)

„Endlösung“, so beteuerte Boßhammer, habe für ihn nur bedeutet, dass die „Deportierten jedenfalls nicht wieder in ihre Ursprungsländer zurückkehren sollten“. Er behauptete weiter, dass er trotz seiner Beschäftigung mit der „Greuelpropaganda“ zur „Judenfrage“, die vom Mord an einer Million Juden berichtete, angenommen habe, dass die „deportierten jüdischen Frauen, Kinder und alten Leute an den Deportationszielorten“ lediglich durch „die natürlichen oder kriegsbedingten Geschehnisse“ ums Leben gekommen seien.³⁶ In einer Vorvernehmung 1968 hatte Boßhammer sogar behauptet, nicht gewusst zu haben, was in dem von ihm geleiteten „Judenreferat“ in Verona vor sich gegangen sei: „Daß sich in Fossoli ein Lager befand, ist mir nicht in Erinnerung. Mir ist auch nicht bekannt, daß dort die in Italien festgenommenen Juden gesammelt und von dort aus von Zeit zu Zeit in Eisenbahntransporten in Konzentrationslager in Deutschland und im Osten geschickt wurden.“³⁷

Boßhammer machte sich damit wie viele Angeklagte die Darstellung zu eigen, die nationalsozialistische Führung habe mit den „geheimen Reichssachen“ und den im Schriftverkehr benutzten Euphemismen ihre Taten so systematisch verschleiert, dass sie von der Ermordung der Juden erst nach dem Krieg erfahren hätten. Diese Behauptung ließ sich in juristische Paragrafen übersetzen: Wem nicht nachgewiesen werden konnte, dass er wusste, dass durch seine Mithilfe Juden starben, konnte nicht wegen Mordes belangt werden. Nur eine vorsätzlich begangene Tat kann mit dem Mordparagrafen geahndet werden. Boßhammers Verteidigung baute daher auf § 21 StGB (Tatbestandsirrtum) auf. Sein Verteidiger von Heynitz zog im Plädoyer das Fazit, dass „mangels dieser Kenntnis“ dem Angeklagten auch der Vorwurf der

36 Hauptverhandlung, 19. 11. 1971 und Vorvernehmung, 29. 5. 1968: LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“, S. 5 und Bd. „Vernehmungen 29. 5.–30. 5. 68“, S. 15.

37 Vorvernehmung, 3. 4. 1968, S. 1, LAB, B Rep 057-01, Bd. „Vernehmungen 9. 7. 65–18. 4. 1968“, Bl. 144.

Beihilfe zum Mord nicht gemacht werden“ könne.³⁸ Sein Kollege Meurin fügte hinzu, sein Mandant könne allenfalls wegen Verletzung der Aufsichtspflicht angeklagt werden.³⁹ Wäre diesen Ausführungen gefolgt worden, wäre Boßhammers Beitrag zur Ermordung der italienischen Juden nur als verjährter Totschlag gewertet worden.

Die Anklagebehörde widersprach der Darstellung Boßhammers vehement. Ein Sechstel der knapp 600 Seiten zählenden Anklageschrift diente dazu, das Argument der Unkenntnis zu widerlegen und damit eine der am tiefsten verankerten Kollektivlügen zu entzaubern.⁴⁰ Sie zog dazu zahlreiche zeitgenössische Schriftstücke aus dem RSHA, Zeitungsartikel und Aussagen von Mitarbeitern des RSHA zur Beweisführung heran. Einen Beweis dafür, dass Boßhammer von der Ermordung der Juden gewusst habe, sah die Anklage in einem Anfang 1942 erstellten Bericht über die „Judenfrage“ in Osteuropa, in dem er die in den Einsatzgruppenberichten verwendeten Begriffe „Liquidierung“, „Exekution“ oder „Erschießung“ in den Euphemismus „Sonderbehandlung“ übersetzt hatte.⁴¹

Dass Angeklagte mit der Verteidigung, sie hätten eigentlich nicht gewusst, dass durch ihre Mithilfe Juden starben, Erfolg haben können, zeigt die Einstellungsverfügung der Dortmunder Zentralstelle bezüglich der Mitarbeiter Boßhammers: Keinem der Beschuldigten konnte angeblich eine Kenntnis von der Ermordung der Juden nachgewiesen werden.⁴²

Verteidigungslinie: Nichtbetroffenheit (Mord oder Totschlag)

Als Motivation seiner Tätigkeit gab Boßhammer an, Eichmann habe ihm erklärt, dass die „Evakuierung in den Osten“ aus sicherheitspolizeilichen Gründen geschähe, da die Juden wegen ihrer soziologischen Verflechtungen zur Gruppe der potenziellen

38 Plädoyer von Heynitz, 28. 3. 1972, S. 2, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

39 Plädoyer Meurin, 7. 4. 1972, S. 2, ebenda.

40 Richter Fitzner, in: Relazione Sacerdoti, ACDEC, AG-10B, Processo Boßhammer – corrispondenza M-Z.

41 Anklageschrift und Urteil, LA Berlin, B Rep. 057-01, Bd. 121, S. 505 ff. und Urteilsband, S. 10.

42 Abschlussbericht der Zentralstelle Dortmund, 12. 2. 1971, LA Münster: 45 Js 12/63, Bd. 46, Nr. 3063.

Gegner zählten und spionageverdächtig seien. Er persönlich habe zwar die ganze „Judenfrage als an den Haaren herbeigezogen“ betrachtet, aber gleichzeitig als militärisch notwendig angesehen, da die Juden „sich der Wehrpflicht entzogen“ hätten und „im Lande umhergereist“ seien. Er inszenierte sich sogar als Freund von Juden.⁴³

Boßhammer bezog sich mit seiner Selbstdarstellung auf den Tatbestand des Mordes (§ 211). Der Nachweis des Mordes war in NS-Prozessen besonders bei „Schreibtischtätern“ wie Boßhammer schwierig zu führen. Es reichte nicht aus, die Niederträchtigkeit der Tat an sich zu begründen; es mussten die persönlichen „niedrigen Motive“, die persönliche „Grausamkeit“ und „Heimtücke“ des Beschuldigten bewiesen werden. Gelang es dem Angeklagten, halbwegs glaubhaft zu machen, fälschlicherweise angenommen zu haben, dass die Ermordungen eine politische oder militärische Notwendigkeit gewesen seien und er nicht aus eigenen „niedrigen Motiven“ gehandelt habe, wurde dies von manchen Gerichten nur als bereits verjährter Totschlag bewertet. Das Argument der Motivlosigkeit der Täter gehört zu den zentralen Elementen des während des Prozesses vorherrschenden „funktionalistischen Täterbildes“.

Die Anklage widerlegte Boßhammers Darstellung allerdings u.a. anhand der abwertenden Ausdrucksweise gegenüber den Juden in dem von ihm verfassten Bericht zur „künftigen Behandlung der Judenfrage“ in den sowjetischen Gebieten. Sie benannte den Rassenhass, Karrierestreben und den Willen, Eichmanns Vertrauen zu rechtfertigen, als Beweggründe.⁴⁴ Sie wies die Grausamkeit seines Handelns am Beispiel des Ablaufs der Transporte nach und ging davon aus, dass Boßhammer für diese direkte Verantwortung trage: Er habe die Bedingungen nicht nur gekannt, sondern sie sogar verursacht, da er keinen Anlass gesehen habe, sie „zu verbessern, weil er davon ausging, daß die Juden sowieso zur Vernichtung kommen würden“.⁴⁵ So habe er die Waggons ohne Ausstattung bestellt, die Überbelegung und keine Versorgung mit Lebensmitteln und Getränken angeordnet, nicht für ärztliche Versorgung gesorgt und das Verbot erlassen, Tote unterwegs zu begraben.⁴⁶

43 Vorvernehmung, 4. 3. 1968, Hauptverhandlung, 19. 11. 1971 und Boßhammer an Kammergericht, 11. 8. 1969, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „Vernehmungen 9. 7. 65–18. 4. 68“, S. 3; Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“ und Bd. 63, Bl. 148.

44 Plädoyer Hölzner, 24. 3. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „./ Boßhammer“, S. 111.

45 Urteil, S. 56, 24, 83 f., LAB, B Rep 057-01, Urteilsband.

46 Plädoyer Hölzner, 24. 3. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „./ Boßhammer“, S. 113.

Der Nachweis der Heimtücke stellte die Anklagebehörde vor größere Schwierigkeiten als der der Grausamkeit. Sie führte zwar an, dass Boßhammer den Transportführern den Befehl erteilt habe, den Juden vor ihrer Deportation zu erklären, sie würden zum Arbeitseinsatz nach Deutschland verlegt werden. Dennoch kam die Anklage zu der Feststellung, dass den meisten Transportinsassen ihr Schicksal bekannt gewesen⁴⁷ und nicht sicher sei, ob Boßhammer „überhaupt damit rechnete, dass es gelingen würde, auch nur einige Opfer über ihr bevorstehendes Schicksal zu täuschen“.⁴⁸ Diese scheinbar so einfach nachzuweisenden Elemente des Mordparagrafen konnten leicht zum Stolperstein für ein Verfahren werden. Ein Beispiel hierfür ist die Exekution von 335 Personen in den Ardeatinischen Höhlen in Rom im März 1944, während der auch Juden ermordet wurden. Das Ermittlungsverfahren in Dortmund wurde in dieser Strafsache aufgrund des angeblichen Fehlens von „niedrigen Beweggründen“, „Grausamkeit“ und „Heimtücke“ eingestellt.⁴⁹

Verteidigungslinie: Befehlsempfänger (Beihilfe oder Täterschaft)

Boßhammer behauptete, nur eine niedrige Position im nationalsozialistischen Befehlssystem innegehabt zu haben, mit anderen Worten: Er inszenierte sich als ein nicht sehr gut funktionierendes – da überflüssiges – Rädchen im Getriebe. Seine Verteidigung griff damit das zentrale Element des „funktionalistischen Täterbildes“ auf, das die Verantwortlichen als austauschbare Glieder einer Vernichtungsmaschinerie darstellte. Bezüglich seiner Tätigkeit im RSHA behauptete Boßhammer, sich nur daran zu erinnern, dass die Verbindungsleute der verschiedenen Länder „im Zusammenhang mit den Besprechungen bei Eichmann oder Günther zu mir in

47 Dies hatten sie aus der Auswertung der Fragebögen geschlossen, die Generalstaatsanwalt Hölzner 1970 an die Überlebenden der Lager geschickt hatte. Etwa zwei Drittel der 63 Befragten hatten angegeben, gewusst oder geahnt zu haben, dass Auschwitz ihren Tod bedeutete. Fragebögen, ACDEC, AG-10B, Processo Boßhammer – Questionari-testimonianze. Eine Auswertung der im CDEC erhaltenen Zeitzeugenaussagen (im Archivio della Memoria) zeigt allerdings, dass die wenigsten überlebenden Deportierten tatsächlich von ihrem Schicksal gewusst hatten.

48 Plädoyer Hölzner, 24. 3. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „./ Boßhammer“, S. 114.

49 Abschlussbericht der Zentralstelle Dortmund, 12. 2. 1971, LA Münster: 45 Js 12/63, Bd. 46, Nr. 3063, S. 84 f.

mein Dienstzimmer herunterkamen, dort Gegenstände, wie Zigaretten oder ähnliches, die sie aus dem Ausland mitgebracht hatten, verteilten und sich die Karte ansahen, die an der Wand meines Zimmers aufgehängt war“.⁵⁰ Boßhammer stellte sich mit der Beschreibung solcher Szenen als „Judensachbearbeiter“ mit einem abgegrenzten Aufgabenfeld dar, der „durchweg an untergeordneter Stelle“ eingesetzt und „von wirklich Wichtigem immer ausgeschlossen“⁵¹ war. Das „Sachgebiet“ des promovierten Juristen umfasste de facto jedoch die „Gegenpropaganda gegen die verstärkte Greuelhetze der Feindstaaten über die Endlösung der europäischen Judenfrage“ und die „Vorbereitung der Lösung der europäischen Judenfrage in politischer Hinsicht“⁵² dessen Produkt die von ihm zitierte Karte war, auf der der Stand der antijüdischen Maßnahmen in den verschiedenen Ländern dargestellt war.

An einer Besprechung mit Dannecker und von Thadden Anfang Dezember 1943, bei der das Vorgehen bei den Deportationen beschlossen wurde, hatte Boßhammer, nach Angabe seines Verteidigers, dementsprechend – wenn überhaupt – nur als „Überbringer der feststehenden Auffassung des Eichmann-Referats“ teilgenommen.⁵³ In Italien seien – so Boßhammer – auch schon alle Vorkehrungen für die noch bevorstehenden Deportationen getroffen worden.⁵⁴ Er gab zu, dass „die Judenmaßnahmen [...] letztlich unter meiner Verantwortung gelaufen sind. Denn an der Tatsache, daß ich als Leiter des Referats rein stellungs-mäßig verantwortlich gewesen bin, kann ich nicht vorbei. Andererseits möchte ich jedoch ausdrücklich betonen, daß diese Verantwortung im wesentlichen formeller Natur gewesen ist und nicht dahin verstanden werden soll, als ob ich mich in sachlicher Hinsicht über die eingelaufenen Bahnen hinaus mit Energie oder Intensität um die Judenmaßnahmen gekümmert oder mich zu ihrer Durchführung eingesetzt habe. Ich bin ganz sicher, daß ich in keinem Falle die Initiative zur Ergreifung von

50 Vorvernehmung, 4. 3. 1968, S. 4 f., LAB, B Rep. 057-01, Bd. „Vernehmungen 9. 7. 65–18. 4. 68“.

51 Plädoyer von Heynitz, 28. 3. 1972, S. 2, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

52 Urteil, S. 7, LAB, B Rep 057-01, Urteilsband.

53 Plädoyer von Heynitz, 28. 3. 1972, S. 2, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

54 Hauptverhandlung, 23. 11. 1971, S. 4, ebenda.

Juden oder zum Abtransport der Juden ergriffen habe.“⁵⁵ Stattdessen habe er die Außenkommandos in Italien besucht, „um einen allgemeinen Überblick über die Probleme und Situation aller unserer Dienststellen in Italien zu gewinnen und auch ‚Land und Leute‘ erst einmal kennenzulernen“.⁵⁶

Sein Verteidiger kam zu dem Fazit, dass man Boßhammer als einen „Traumulus“⁵⁷ ansehen müsse, anscheinend eine Wortschöpfung in Anlehnung an einen verträumten „Hans-guck-in-die-Luft“, der von seiner Umwelt kaum etwas wahrnimmt. Die Verantwortung wurde den Untergebenen, die das Referat routinemäßig geführt hätten, und dem Vorgesetzten Eichmann zugeschoben.⁵⁸ Die Diskussion um die Tätigkeit als „Judenberater“ war von Relevanz, weil die Taten innerhalb von Befehlsstrukturen begangen worden waren. So gut wie alle NS-Täter konnten sich auf einen höheren Befehl berufen und sich als reine Helfer und Helfershelfer darstellen.⁵⁹ Die Staatsanwälte mussten dementsprechend herausarbeiten, ob Boßhammers Tatbeitrag als „Täterschaft“ oder „Beihilfe“ zu bewerten war.

Bei der Frage nach der Abgrenzung dieser Beteiligungsformen hatte sich insbesondere nach dem Staschynskij-Urteil des BGH 1962 in den NS-Prozessen die „subjektive Theorie“ durchgesetzt: Diese machte im Gegensatz zu den „objektiven Theorien“⁶⁰ die innere Einstellung des Täters zu seinem Tatbeitrag zum entscheidenden Kriterium. Dabei wurde gefragt, ob beim Täter ein *animus auctoris* oder ein

55 Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter III, 5. 3. 1970, S. 3, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 86.

56 Vorvernehmung, 2. 4. 1968, S. 3, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 35, Bl. 142.

57 Plädoyer von Heynitz, 28. 3. 1972, S. 2, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

58 Vorvernehmung, 3. 4. 1968, S. 4, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „Vernehmungen 9. 7. 65–18. 4. 1968“, Bl. 147.

59 Das deutsche Strafrecht ließ bei Befehlsverbrechen eine Bandbreite an Verurteilungsmöglichkeiten zu, angefangen bei geringerer persönlicher Schuld mit dem Militärstrafgesetzbuch § 47, das auch für Angehörige der SS galt. Im Falle von Boßhammer lehnten die Staatsanwälte eine Exkulpierung mit dem Militärstrafgesetzbuch wegen der Schwere seiner Tat und seiner Handlungsspielräume ab. Andere Möglichkeiten waren über den viel zitierten Befehlsnotstand und den Putativnotstand gegeben.

60 Die „formal-objektive“ und „materiell-objektive“ Theorie betrachteten die Gewichtigkeit des Tatbeitrags selbst und fragten nach dem Ausmaß der Tatbeteiligung. Vgl. zu den Theorien Volker Ducklau, Die Befehlsproblematik bei NS-Tötungsverbrechen, Diss. Freiburg 1976, S. 37–45.

animus socii vorlag, d. h. ob der Täter die Tat als eigene gewollt oder ob er seinen Willen einem anderen untergeordnet hatte und nur dessen Tat unterstützen wollte. Diese Theorie stellte jedoch die Beurteilung der inneren Einstellung der Täter sehr stark in das Ermessen der Richter. Dies wird an dem richtungweisenden Urteil gegen den sowjetischen Staatsangehörigen Bogdan Staschynskij, der im Auftrag des KGB ukrainische Exilpolitiker getötet hatte, deutlich. Der BGH hatte ihn 1962 als Gehilfen eingeschätzt und dabei Parallelen zur „sittlich-verwirrenden, mitunter ausweglosen Lage“ unter dem Nationalsozialismus gezogen. In der Urteilsbegründung entwickelte der BGH folgende Kriterien zur Abgrenzung von Täterschaft und Beihilfe: „Wer aber politischer Mordhetze willig nachgibt, sein Gewissen zum Schweigen bringt und fremde verbrecherische Ziele zur Grundlage eigener Überzeugung und eigenen Handelns macht, oder wer in seinem Dienst- oder Einflussbereich dafür sorgt, dass solche Befehle rückhaltlos vollzogen werden, oder wer dabei anderweit einverständlichen Eifer zeigt oder solchen staatlichen Mordterror für eigene Zwecke ausnutzt, [...] ist regelmäßig Täter. Anders kann es rechtlich jedoch bei denen liegen, die solche Verbrechensbefehle missbilligen und ihnen widerstreben, sie aber gleichwohl aus menschlicher Schwäche ausführen, weil sie der Übermacht der Staatsautorität nicht gewachsen sind und ihr nachgeben, weil sie den Mut zum Widerstand oder die Intelligenz zur wirksamen Ausflucht nicht aufbringen, sei es auch, dass sie ihr Gewissen vorübergehend durch politische Parolen zu beschwichtigen und sich vor sich selber zu rechtfertigen zu suchen.“⁶¹

Angeklagte in NS-Prozessen konnten – besonders mit dem Rückgriff auf das „funktionalistische Täterbild“ – weitaus leichter darstellen, Befehle nur ausgeführt zu haben, weil sie der „Übermacht der Staatsmacht nicht gewachsen“ gewesen seien, als dass ihnen nachgewiesen werden konnte, dass sie „politischer Mordhetze willig“ nachgegeben haben. Es hatte in den 1960er Jahren – meist erfolglose – Versuche gegeben, neue Abgrenzungskriterien durchzusetzen, z. B. in der von dem Strafrechtswissenschaftler Claus Roxin entwickelten „Tatherrschaftslehre“ oder mit den auf der Königsteiner Klausurtagung namhafter Juristen im April 1966 entwickelten Merkmalen zur Abgrenzung von Täterschaft und Beihilfe.⁶²

61 Staschynskij-Urteil: BGH 9 StE 4/62, 19. 10. 1962; Greve, Der justitielle und rechtspolitische Umgang, S. 171 f.

62 Vgl. Barbara Just-Dahlmann/Helmut Just, Die Gehilfen. NS-Verbrechen und die Justiz nach 1945, Frankfurt a. M. 1988.

Einen weiteren Vorstoß, die aus dem dominanten Täterbild resultierenden Freisprüche zu verhindern, hatte 1967 der Strafrechtler Herbert Jäger unternommen, als er auf die Gefahren der unterschiedlichen Deutungen der Dämonisierung des Täters und der „völligen Depersonalisation, die den Funktionär zum unselbstständig und gleichsam antriebslos agierenden Partikel einer ferngesteuerten Terrormaschine werden ließ,“ hinwies.⁶³ Er wollte seinen Anwaltskollegen mit einer detaillierten Typisierung der NS-Verbrechen in Exzess-, Initiativ- und Befehlstaten Handwerkszeug für die Einschätzung der Taten in den NS-Prozessen bieten. Folgt man der Argumentation der Berliner Staatsanwälte, so wird deutlich, dass diese sich nicht an dem vorherrschenden Täterbild orientierten, wie Boßhammer es gehofft hatte, sondern ihrer Anklage die Täterklassifikation Jägers zugrunde legten. Sie ordneten Boßhammers Verbrechen in die Kategorie der „Initiativtaten“ ein.

Als die „Kernfrage des Prozesses“⁶⁴ sah die Anklage den Transport am 1./2. August 1944 aus Fossoli bzw. Verona, mit dem auch „Mischlinge“ und – laut RSHA nach bisherigen Handhabungen privilegierte – Juden aus „Mischehen“ deportiert worden waren. Der abgehende Transport war zwar im Hinblick auf den Bestimmungsort grob aufgeteilt worden, sodass männliche „Mischlinge“ nach Buchenwald, weibliche „Mischlinge“ nach Ravensbrück, Juden aus „Mischehen“ nach Bergen-Belsen und „Volljuden“ nach Auschwitz deportiert wurden. Die Aufteilung wurde aber in mehreren Fällen nicht durchgehalten, sodass auch Personen mit nur einem jüdischen Elternteil sowie Juden, die mit „arischen“ Partnern verheiratet waren, nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die Anklagebehörde schlussfolgerte, Boßhammer habe seine Handlungsspielräume ohne eine rechtfertigende Notlage überschritten.⁶⁵ Sie hob seine Eigeninitiative hervor und leitete daraus den Täterwillen her. Damit stellte sie heraus, dass Boßhammer nicht nur „Dienst nach Vorschrift“ geleistet hatte. Nach der Vielzahl der lediglich wegen Beihilfe verurteilten NS-Täter kann vermutet werden, dass Boßhammer ohne die Deportation der Juden aus „Mischehen“ nur wegen Beihilfe verurteilt worden wäre und eine dementsprechend geringere Strafe erhalten hätte.

63 Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, S. 13.

64 Plädoyer Hölzner, 24. 3. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „/. Boßhammer“, S. 92.

65 Urteil, S. 48; Plädoyer Hölzner, 24. 3. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. „/. Boßhammer“, S. 107–109b.

Die Staatsanwälte belegten Boßhammers Arbeitseifer auch durch Aussagen seiner Mitarbeiter, die seiner Darstellung widersprachen, um sich nicht selbst zu belasten. So sagte Albin Eisenkolb über ihn: Boßhammer „war [...] nicht der Typ des Vorgesetzten, der Schwierigkeiten bei Entscheidungen hatte, hin und her schwankte oder andere um Rat fragte. Im Gegenteil machte er einen sehr selbstbewußten und sicheren Eindruck. Soweit ich es auf Grund der von mir aufgenommenen Schreibmaschinendiktate feststellen konnte, wußte er in der von ihm zu bearbeitenden Materie genau Bescheid. Er ließ auch erkennen, daß er im Behördenverkehr versiert war. Das gilt auch in organisatorischer Beziehung. Boßhammer war auch nicht der Mann, der sich in seine Tätigkeit hineinreden ließ. Er zeigte sich sehr selbständig und unabhängig, war auch im Verkehr mit anderen oft sehr barsch und kurz und ließ immer erkennen, daß das, was er machte, richtig sei. Er entsprach [...] durchaus den Vorstellungen, die man damals von einer Führernatur hatte.“⁶⁶

Diese Beurteilung Boßhammers deckte sich mit der von der Anklage angeführten Begründung zur Verleihung des Verdienstkreuzes und der Wertschätzung Eichmanns, der ihn in einem Zeugnis im Juni 1943 für sein „besonderes Maß an Fleiß, Ausdauer und Kenntnissen, sowie vor allen Dingen auch Einfühlungsvermögen und Entschlusskraft“ gelobt hatte.⁶⁷

Während die Anklagebehörde die Täterschaft Boßhammers betonte, hoffte die Verteidigung auf eine Beihilfe-Verurteilung zu kurzer Haftstrafe und plädierte sogar für Freispruch, da Boßhammer keine „niedrigen Beweggründe“ gehabt habe.⁶⁸ Sie bezog sich auf die Änderung des § 50 Abs. II StGB im Mai 1968, in der „neutrale Beihilfe“, also Beihilfe, die ohne eigene Motive, ohne Grausamkeit und Heimtücke geleistet wurde, rückwirkend als seit 1960 verjährt erklärt worden war.⁶⁹

Die Verteidigung konnte sich im Fall Boßhammers hiermit nicht durchsetzen; im Dortmunder Verfahren erwies sich die Änderung des Strafrechts dagegen als ein Hebel für die kollektive Einstellung der Ermittlungen. So hieß es zu Saevecke, Klemm und dem „Judenreferenten“ Koch mit Bezug auf § 50 Abs. 2: „Selbst wenn

66 Albin Eisenkolb, 29. 9. 1970, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 1223, Ordner 28. Zeugenordner BdS Italien A-E.

67 Beurteilung von Eichmann, 24. 6. 1943, LA Münster: 45 Js 12/63, Personalunterlagen Boßhammer, Nr. 3105, Bl. 9.

68 Plädoyer Meurin, 7. 4. 1972, S. 3, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

69 Greve, Der justitielle und rechtspolitische Umgang, S. 358.

die Beschuldigten [...] gewußt haben sollten, daß die unter ihrer Mitwirkung festgenommenen und sodann deportierten Juden später [...] getötet werden sollten, und damit nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv Beihilfe zum Mord geleistet hätten, wäre die Strafverfolgung verjährt.“⁷⁰

Verteidigungslinie: Strafmilderung aus persönlichen Gründen

Zur Reduzierung der Strafe wurde in vielen NS-Prozessen auf das jugendliche Alter der Täter zurzeit der Verbrechen, die seitdem vollzogene Entwicklung, das Alter der Angeklagten, die Art der Verstrickung in System und Ideologie und die allgemein herrschenden totalitären Verhältnisse im Dritten Reich verwiesen.⁷¹ Boßhammer machte insbesondere sechs Strafmilderungsgründe geltend.

Zunächst setzte er auf sein Alter. Um seinen Mandanten aus der Haft frei zu bekommen, den Prozess wegen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten zum Einstürzen zu bringen oder zumindest Mitleid für seinen Mandanten zu erwecken, wies von Heynitz in regelmäßigen Abständen darauf hin, dass ein über 60-Jähriger „Konzentration, Ruhe und eine ihm angepaßte Umgebung brauche“, um die nötigen Vorbereitungen für seine Verteidigung treffen zu können.⁷² Als Leiden des vor der Verhaftung voll berufstätigen Boßhammers nannte er Kopfnervschmerzen, sich häufende Migräneparasiten, völlige Appetitlosigkeit, rheumatische Beschwerden, Gliederschmerzen und allgemeine Übelkeit.⁷³ Boßhammers Forderungen auf Haftentlassung aus Gesundheitsgründen wurden vom Richter immer wieder mit dem Argument der Fluchtgefahr als unbegründet zurückgewiesen.⁷⁴ Ausgerechnet als

70 Abschlußbericht der Zentralstelle Dortmund, 12. 2. 1971, LA Münster: 45 Js 12/63, Bd. 46, Nr. 3063, S. 143. Otto Koch, genannt „Judenkoch“, hatte in den Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde in Mailand sogar getötet.

71 Heinrich Comes, Das Auffinden von Schulausschließungs- und Schuld minderungsgründen, in: Michael Ratz u. a., Die Justiz und die Nazis, Frankfurt a. M. 1979, S. 94; Greve, Der justitielle und rechtspolitische Umgang, S. 166, 169.

72 Wolfram von Heynitz an das Kammergericht, 16. 7. 1968, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 63, Bl. 259.

73 Vorvernehmung 22. 1. 1968, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 35, Bl. 29.

74 Durch den frühen Tod Boßhammers mit 65 Jahren bleibt zwar ein fader Beigeschmack bezüglich des Arguments der Haftunfähigkeit zurück. Daraus zu schließen, dass die Staats-

der erste Zeuge aus der Gruppe der Opfer, Erich Schlochoff, am 15. Februar 1972 aussagen sollte, erschien Boßhammer nicht zum Prozess und ließ durch seinen Verteidiger ausrichten, dass „seine Unpäßlichkeit“ auf die Witterung, nicht aber auf „das Erscheinen der italienischen Opferzeugen zurückzuführen“⁷⁵ sei. Wegen seiner „reaktiven depressiven Verstimmung“ wurde die Anhörung der italienischen Zeugen um eine Woche verlegt. Einige der Opfer mussten daher den – für viele nicht einfachen – Weg nach Deutschland zweimal auf sich nehmen.

Zudem machte Boßhammer auf die eigenen Leiden nach dem Krieg aufmerksam. Dies hatte sich in anderen NS-Prozessen als besonders wirkungsvoll herausgestellt, da so der Eindruck vermittelt werden konnte, die Schuld sei bereits gebüßt.

So führte er während der Vorvernehmungen an, Eindrücke und Erlebnisse seien für ihn und seine „Familie sogar auch noch Jahrzehnte danach zu turbulent und zu schmerzhaft und enervierend [gewesen]. Ich fühlte mich immer wieder von Tag zu Tag und Jahr zu Jahr, z. B. durch $\frac{3}{4}$ Jahre Kriegsgefangenschaft und über ein Jahr Internierungslager, durch Trennung seit dem Krieg und bis nach der Internierung von meinen vier Kindern und meiner Frau, durch deren Scheidungsbegehren, durch Entnazifizierung usw. [lange Arbeitslosigkeit, Krankheiten usw. (ergänzt gez. Bo.)] immer bis an den Rand des nur Erträglichen überfordert und überlastet.“⁷⁶ Boßhammer versuchte also, bei den Prozessbeteiligten Mitleid hervorzurufen. Der Protokollführer notierte anlässlich seiner „letzten Worte“ im Prozess: „Schluchzend beklagte der Angeklagte [...] sein eigenes schweres Schicksal und schilderte seine Familienverhältnisse.“⁷⁷

anwältin einen kranken Mann in Haft gelassen hätten, würde aber nach den regelmäßig erstellten ärztlichen Gutachten dem in vielen NS-Prozessen überstrapazierten Argument der Haft- und Prozessunfähigkeit im Nachhinein Recht geben. Auch die Angehörigen Boßhammers reagierten eher irritiert auf seinen Tod und ordneten eine Obduktion an. Vermerk, 17. 12. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 140, Bl. 108.

75 Hauptverhandlung, 15. 2. 1972, S. 2, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

76 Vorvernehmung, 30. 5. 1968, S. 9, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 35.

77 Nach ihm belastenden Aussagen sprach er sogar von Selbstmordabsichten, die er bisher nur nicht in die Tat umgesetzt habe, „weil ein Selbstmord wie ein Eingeständnis seiner Schuld aussehen würde“. Letzte Worte Boßhammer, 7. 4. 1972, S. 7, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“.

Wie viele NS-Täter verwies auch Boßhammer auf eine gelungene Resozialisierung nach 1945 ohne gesetzeswidriges Verhalten als strafmildernden Umstand. So schrieb sein Verteidiger im August 1971 an die Anklagebehörde: „Dem Angeklagten kann weder vor dem Zeitablauf der vorgeworfenen Straftaten, noch danach in irgendeiner Phase seines Lebens nachgesagt werden, daß er sich gesetzeswidrig verhalten habe. Seine ganze Lebensführung zeigt, daß er sich durchaus an die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden fühlt.“⁷⁸ Nicht wenige Gerichte hielten wegen der bereits erfolgten Reintegration in die Gesellschaft hohe Strafen aus Abschreckungs- oder Präventivgründen nicht für erforderlich.⁷⁹ Zudem stellte sich Boßhammer als besonders gutherzigen Menschen dar. Eine solche Inszenierung von Liebenswürdigkeit wurde manchmal von den Gerichten nicht ausreichend hinterfragt, sodass den Angeklagten dies zugute gehalten wurde.⁸⁰ So beschrieb Boßhammers Ehefrau ihn 1969 in einem Schreiben an das Kammergericht als beliebten, hilfsbereiten und liebenden Ehemann und Stiefvater ihrer Kinder, der „in seiner Praxis vielen sozial schwachen Klienten uneigennützig geholfen“ hat.⁸¹

Einen ähnlichen Tenor hatten auch die Leumundszeugnisse von Kollegen, in denen Boßhammer als „Bruder Lustig“ dargestellt wurde, bei dem man politische Witze loswerden konnte, der aus der Jugendbewegung kam und Gitarre spielte.⁸² Der Widerspruch zwischen den Bildern des Gitarre spielenden „Bohemiens“, wie ihn auch eine Fotografie in den Prozessakten zeigt, und dem „Judendeportierer“ lässt sich nur auflösen, wenn man sich ausdrücklich vor Augen führt, dass sich Organisation von Deportationen und Kameradschaftlichkeit im Privaten nicht ausschließen. Der Ankläger Stief lehnte daher auch die Forderung des Verteidigers ab, Boßhammers geschiedene Frau und sogar Albert Speer dazu aussagen zu lassen, dass Boßhammer alles andere als eine „Führernatur“ gewesen sei, da „das

78 Wolfram von Heynitz an Kammergericht Berlin, 30. 8. 1971, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 122, Bl. 83.

79 Greve, *Der justitielle und rechtspolitische Umgang*, S. 161.

80 Karl Friedrich weist in diesem Zusammenhang auf den „wesensmäßigen Verbrecher“ des NS-Rechtes hin: Eine Person, der nichts nachzuweisen, aber alles zuzutrauen war. Die Justiz habe zu diesem Typus den „wesensmäßigen Unschuldigen“ hinzugefügt, dem zwar alles nachzuweisen, aber nichts zuzutrauen war. Jörg Friedrich, *Die Kalte Amnestie: NS-Täter in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1984, S. 353.

81 Luise Boßhammer an das Kammergericht, 5. 8. 1969, LAB, B Rep. 057-01, Bl. 146.

82 Aussage Kurt Lahr, 4. 2. 1972, LAB, B Rep. 057-01, Nr. 312, Bd. „Terminsvermerke“, S. 3 f.

Verhalten des Angeschuldigten Boßhammer in seiner privaten, insbesondere familiären, Sphäre [...] keinen Rückschluß auf sein Verhalten im dienstlichen Bereich zu[läßt]. Es wäre z. B. durchaus denkbar, daß Himmler, Heydrich oder Eichmann ‚Pantoffelhelden‘ gewesen sind.“

Unter den Strafmilderungsgründen fehlte auch nicht der Hinweis auf die „ungewöhnliche Notlage“⁸³ des Angeklagten, die ihm nur den Eintritt in die SS als „echte Notlösung [gelassen habe], um in den damaligen Verhältnissen wirtschaftlich als Familienvater bestehen zu können“. Diesem liegt die Idee zugrunde, der Täter sei in das Verbrechen ohne sein Zutun hineingeschlittert und habe sich – einmal in der Vernichtungsmaschinerie gefangen – seit diesem Zeitpunkt quasi an einem *point-of-no-return* befunden. Das Gericht wies diese Argumentation mit dem Hinweis auf seine Mitgliedschaft und spätere Karriere in SA, NSDAP, HJ, SS, SD und Gestapo zurück.⁸⁴

Nicht zuletzt versuchte Boßhammer, die Deportation der Juden zu relativieren, indem er auf andere Opfergruppen, insbesondere auf die deutsche Zivilbevölkerung verwies. So sagte er 1968 in einer Vorvernehmung Folgendes aus: „Wenn ich immer wieder nach meinen Gefühlen und Vorstellungen wegen des Loses der deportierten Juden befragt werde, so mag ich in dieser Hinsicht sicherlich meine schmerzhaften Empfindungen über das Los der Juden damit zu äquivalieren versucht haben, daß ich an das Los nicht nur unserer Soldaten, auch der Feindstaaten, und an die Evakuierungen unserer Zivilbevölkerung aus zerbombten Städten vergleichsweise denken mußte.“⁸⁵ Indirekt machte er sich damit das Argument, nur deutsche „Kriegsverbrechen“ wie die Deportation der Juden und nicht alliierte Kriegsverbrechen wie die Zerstörungen deutscher Städte würden strafrechtlich geahndet, zu eigen. Ähnliche Vorstellungen waren auch in großen Teilen der deutschen Bevölkerung vertreten; NS-Verbrechen wurden vielfach als „normale“ Kriegstaten und damit als nur geringfügig kriminelle Handlungen verharmlost.⁸⁶ Die extremere Variante dieser

83 Von Heynitz an Kammergericht Berlin, 30. 8. 1971, LAB, B Rep. 057-01, Bd. 122, Bl. 83.

84 Urteil, S. 5 f., LAB, B Rep 057-01, Urteilsband.

85 Vorvernehmung, 30. 5. 1968, S. 8 f., LAB, B Rep. 057-01, Bd. 35.

86 Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, S. 17; vgl. Heinz Artzt, Zur Abgrenzung von Kriegsverbrechen und NS-Verbrechen, in: Adalbert Rückerl (Hrsg.), NS-Prozesse, Karlsruhe 1972; Ulrich Renz, Zum Schutz der Mörder, in: Heiner Lichtenstein/Otto R. Romberg (Hrsg.), Täter – Opfer – Folgen, Bonn 1997, S. 126.

Aufrechnung – der Vergleich zwischen der Shoah und dem Nahost-Konflikt – fand sich in der einzigen privaten Stellungnahme zum Boßhammer-Prozess zwischen den Prozessakten, in einem anonymen Schreiben vom August 1971: „Der Prozeß gegen Blosshammer [sic] unterbleibt! Die Israelis morden nicht am Schreibtisch, sondern direkt! Araber sind auch Menschen.“⁸⁷ Auch hier war diese Erklärung mit der Forderung verbunden, die NS-Prozesse im Allgemeinen und den Boßhammer-Prozess im Besonderen einzustellen.

Zusammenfassung

Boßhammers Verteidigungshaltung wurde besonders von zwei Faktoren beeinflusst: Zum einen reagierte er auf die Bestimmungen des Strafrechts und versuchte dabei den ihm zur Verfügung stehenden Spielraum zu nutzen. Seine Verteidigung zielte insgesamt darauf ab, entweder wegen Fahrlässigkeit oder wegen verjährten Totschlags freigesprochen oder zumindest nur geringfügig wegen Beihilfe zum Mord bestraft zu werden. Dabei passte er sich zum anderen in seiner Selbstdarstellung als reines Werkzeug innerhalb übermächtiger Befehlsstrukturen an das zu dieser Zeit vorherrschende „funktionalistische Täterbild“ an. Er inszenierte sich als „Rädchen im Getriebe“, ohne Kenntnis von den Morden, ohne eigene Motive, als liebenswerten Menschen, der aus der Not heraus in die „Maschinerie“ hineingeraten war und dem jegliche Niederträchtigkeit sowie Grausamkeit und Heimtücke fern lagen. Boßhammer als Täter oder gar Mörder ist nach dieser Darstellung nicht vorstellbar. Da das deutsche Strafrecht subjektive statt objektive Theorien bevorzugt und somit dem Ermessen der oft durch das skizzierte Täterbild vorgeprägten Richter bzw. Geschworenen nicht nur bei den Strafmilderungsgründen, sondern auch bei der Unterscheidung zwischen Mord und Totschlag, Beihilfe und Täterschaft eine große Bedeutung beimisst, wurden die angeklagten NS-Verbrecher mit ihrer Selbstinszenierung günstig aufgenommen.

Die Anklage widerlegte allerdings in Boßhammers Fall diese Darstellung und arbeitete im Gegensatz dazu ein Bild von Boßhammer in der Jägerschen Kategorie des „Initiativtäters“ heraus, das ihn als ehrgeizigen und zielstrebigem Täter mit Entscheidungs- und Handlungsspielraum zeigte.

87 Anonymer Brief (vorgelegt am 9. 8. 1971), LAB, B Rep. 057-01, Bd. 140, Bl. 5.

Vergleicht man Boßhammers Tatbeitrag, wie er von der Anklagebehörde stichhaltig nachgewiesen wurde, und seine Selbstinszenierung, kommt man nicht umhin zu fragen, ob er tatsächlich glaubte, mit einer derart wirklichkeitsfremden Darstellung durchzukommen. Betrachtet man hingegen die Verfahrenseinstellung der Dortmunder Zentralstelle, so wird deutlich, wie einfach es vielfach den Tätern gemacht wurde, sich der Verantwortung zu entziehen.

„Wir wollten alle so gerne lernen ...“

Die UNRRA-Universität im DP-Camp Deutsches Museum in München

Etwas mehr als ein Jahr diente das Deutsche Museum in München als Bildungseinrichtung der ganz anderen Art. Von Februar 1946 bis Mai 1947 beherbergte es eine internationale Hochschule, die von der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) betriebene Universität in München, an der zeitweise über 2000 Studenten aus über 30 Nationen immatrikuliert waren. Was als Selbsthilfeprojekt für Displaced Persons (DPs) begonnen hatte, war bald eine professionell organisierte Hochschule mit sechs Fakultäten. Trotz dieser erstaunlichen Entwicklung und entgegen dem Wunsch aller Beteiligten war der UNRRA-Universität allerdings nur ein kurzes Leben beschieden. Dennoch lässt sich ihre Bedeutung für die DPs und als Symbol für ihr Vertrauen in die Zukunft kaum überschätzen.

Am 8. Mai 1945 hatte Deutschland kapituliert. Krieg und Verfolgung im Namen des Nationalsozialismus waren zu Ende. Zurück blieben nicht nur zerbombte Städte und Tausende Flüchtlinge und Vertriebene aus dem ehemaligen deutschen Reichsgebiet, sondern auch zehn Millionen Nichtdeutsche, die sogenannten Displaced Persons (DPs). Gemäß der offiziellen Definition durch das oberste Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa, die Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF), erhielten diesen Status alle Personen, die aufgrund des Krieges und seiner Folgen aus ihrer Heimat geflohen, vertrieben oder verschleppt worden waren.¹ Es handelte sich um ehemalige Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter sowie Osteuropäer, die seit 1944 vor der sowjetischen Armee geflohen waren. Hinzu kamen im Winter 1945/46 zahlreiche Zuwanderer aus Osteuropa.

1 Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), Bd. 6,27. SHAEF Administrative Memorandum No. 39, rev. 16. April 1945.

Meist waren es jüdische Überlebende aus den Arbeits- und Vernichtungslagern, die nicht in ihre Heimat repatriert werden wollten, weil sie antisemitische Übergriffe fürchten mussten.²

Nachdem München am 30. April 1945 durch die 3. US-Armee befreit worden war, machten die Amerikaner die ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ zu einem ihrer Zentren. Viele der Überlebenden waren in der Umgebung befreit worden. Eigene DP-Lager wurden für sie eingerichtet. Außerdem versuchten DPs, die in anderen Regionen Deutschlands vorübergehend untergebracht waren, nach Süddeutschland zu kommen, weil die US-Behörden einen relativen Freiraum und ausreichend Hilfsmittel boten. München wurde zum Zentrum der DPs und ihrer Organisationen, in der Umgebung befanden sich einige der größten DP-Lager der westlichen Besatzungszonen. Als schließlich Pogrome in Osteuropa diejenigen, die in ihre Heimat zurückgekehrt waren, erneut bedrohten, wurde München auch für diese Flüchtlinge und deren Vereinigungen zur Zwischenstation auf dem Weg in eine neue Heimat.³

Hauptträgerin der Flüchtlingsarbeit war, neben zahlreichen privaten Organisationen, die 1943 von den Vereinten Nationen gegründete United Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA), die der Befehlsgewalt der SHAEF unterstand. Bis zur Rückführung der DPs in ihre Heimatländer war sie für deren Versorgung, Unterbringung und die Förderung ihrer politischen und kulturellen Selbstbestimmung zuständig.

- 2 Der größte Flüchtlingsstrom aus Osteuropa erreichte im Sommer 1946 nach den Pogromen in Kielce/Polen die westlichen Besatzungszonen. Siehe: Juliane Wetzel, Mir szejnen doh, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988, S. 348; Angelika Königseder, Flucht nach Berlin. Jüdische Displaced Persons 1945–1948, Berlin 1998; dies./Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 2004, S. 47–57.
- 3 U. a. befanden sich in München der „Verband polnischer Häftlinge e. V.“, der „Ukrainische Nationalrat“, der „Bund kosakischer Frontkämpfer“, der „Tschechische Sozialverein“ und zahlreiche jüdische Organisationen wie z. B. „Das Zentralkomitee der befreiten Juden der US-Zone“. Vgl. Stanislaus Stepień, Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland, Frankfurt a. M. 1989, S. 119–123.

Die Entstehung der UNRRA-Universität

Die Alliierten hatten die Rückführung der Zwangsverschleppten in ihre Heimat- oder Ausgangsländer⁴ festgelegt. Zu Beginn verliefen die Repatriierungen erstaunlich schnell, da die meisten westeuropäischen DPs so rasch wie möglich nach Hause wollten. Von Mai bis Oktober 1945 wurden etwa 8,5 Millionen Verschleppte repatriiert.⁵ Obwohl die Alliierten nun glaubten, die „Battle of Displaced Persons“ siegreich geschlagen zu haben, zeigte sich schon bald, dass das eigentliche DP-Problem erst entstanden war. Im Gegensatz zu den „alliierten DPs“, also Engländern, Franzosen und Sowjets, nahmen viele osteuropäische DPs eine mehr oder minder abwartende Haltung ein, da es in ihren Heimatländern zu erheblichen politischen Veränderungen gekommen war. Viele von diesen „non-repatriable DPs“ beschloßen, bis auf weiteres in der US-Zone zu bleiben. Die Mehrheit der Studenten der UNRRA-Universität gehörte zu dieser Gruppe.

Je länger die DPs in Lagern lebten, desto dringlicher wurde es für sie, längerfristige Strukturen im Alltagsleben aufzubauen. Hinzu kam, dass für viele von ihnen die Rückkehr in die Heimat immer unwahrscheinlicher wurde. Da die alliierte Antwort auf ihr Problem zunächst nur Repatriierung hieß, mussten sie selbst die Initiative ergreifen. Lager selbstverwaltungen wurden eingerichtet, Nationalkomitees gegründet und Weiterbildungsmöglichkeiten organisiert.⁶

Eine Ausbildung bedeutete nicht nur eine Verbesserung der Zukunftschancen, sondern auch für viele eine Möglichkeit, ihr Leben selbst zu gestalten und die psychischen Auswirkungen der Verfolgung zu überwinden. Ausdruck dieses neuen Lebenswillens war neben der Gründung zahlreicher Lagerschulen, Zeitungen usw. auch die Einrichtung von DP-Hochschulen. Den Professoren unter den DPs bot sie während ihrer Wartezeit im Lager die Möglichkeit, ihr Wissen weiterzugeben, für die jüngeren DPs war es die Chance, eine Ausbildung zu absolvie-

4 IfZ, Bd. 6, S. 27. SHAEF Administrative Memorandum No. 39, rev. 16. April 1945.

5 Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, Göttingen 1985, S. 84; zu DPs allgemein: ders., Die vergessenen DPs, in: Journal für Geschichte 6 (1983); Königseder/Wetzel, Lebensmut im Wartesaal.

6 Jacqueline D. Giere, Wir sind unterwegs, aber nicht in der Wüste. Erziehung und Kultur in den jüdischen Displaced Persons-Lagern der amerikanischen Zone im Nachkriegsdeutschland 1945-49, Diss., Frankfurt a. M. 1993.

ren.⁷ Viele von ihnen waren noch als Kinder oder Jugendliche von den Deutschen zur Zwangsarbeit verschleppt worden – als Mindestalter für den Arbeitseinsatz hatte die Gestapo 1943 das 10. Lebensjahr festgelegt – und hatten nach dem Krieg als junge Erwachsene einen großen Nachholbedarf.⁸ Eine Überlebende fasste diesen Hunger nach Bildung in Worte: „Wir wollten alle so gerne lernen, denn wir hatten viel Zeit verloren [...]. Mir ging es nach dem Krieg schlecht, denn ich war groß geworden. Und jetzt? Wie sollte ich in die Welt hinaus, ohne irgendetwas gelernt zu haben?“⁹

Camp Deutsches Museum

Kurz nach der amerikanischen Besetzung war in den Gebäuden des Deutschen Museums ein DP-Durchgangslager, das „Transient and Information Center“ eingerichtet worden. Von dort wurden die DPs auf die neu eingerichteten DP-Lager außerhalb der Stadt verteilt.¹⁰ Anfangs reichten noch einzelne Räume zur Unterbringung aus, doch da die Zahl der DPs stetig wuchs, wurde zusätzlich der gesamte Bibliotheksbau requiriert, ab September 1945 beschlagnahmte die US-Armee auch den Kongress-Saal. Da das UNRRA Team 108, das für die Leitung des DP-Camps

- 7 Es bestanden vier weitere DP-Universitäten in den westlichen Besetzungszonen: die „Baltic University“ in Hamburg, das „Polish Technical College“ in Esslingen, die „Ukrainische Technische Hochschule“, Regensburg, später in Ulm, und die „Tschechische Universität“ in Ludwigsburg.
- 8 Vor allem der Bildungsstand der osteuropäischen Arbeiter war aufgrund ihres Alters und ihrer ärmlichen Herkunft sehr niedrig. Die wenigsten hatten mehr als vier Volksschulklassen besucht. Siehe: Klaus J. Bade (Hrsg.), *Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit Mitte des 19. Jh., Ostfildern 1984, S. 587 ff.*
- 9 Frieda E. zitiert nach Jacqueline D. Giere/Rachel Salamander (Hrsg.), *Ein Leben aufs neu. Das Robinson Album, Wien 1995, S. 53.*
- 10 Die Bezeichnung „Transient“ deutet nicht auf den provisorischen Charakter der Unterbringung hin, wie der Archivar der Dokumente der UNRRA-Universität, Bernhard Zittel, in seinem Aufsatz „Die UNRRA-Universität in München 1945–1947“ annimmt, sondern bezeichnet eine Art Durchgangslager für DPs, die in anderen Camps untergebracht werden sollten. Vgl. Bernhard Zittel, *Die UNRRA-Universität in München 1945–1947*, in: *Archivalische Zeitschrift 75 (1979).*

Deutsches Museum eingeteilt worden war, erst zu diesem Zeitpunkt seine Arbeit aufnahm, wurde das Lager zunächst von der US-Armee verwaltet.¹¹ Zu Fremd- und Zwangsarbeitern, die sich bereits vor Kriegsende im Deutschen Museum befunden hatten – u. a. waren 250 Ukrainer und eine holländische Baukompanie vom Gauarbeitsamt für die Behebung der Bombenschäden angefordert worden – kamen neben anderen Neuankömmlingen noch Insassen des KZ Dachau hinzu.¹² In einem undatierten Protokoll in den Verwaltungsakten findet sich außerdem der Hinweis auf ein „Russenslager von ca. 400 Ostarbeitern mit Familien (März-Dezember 1944)“ im zweiten Stock des Bibliotheksbaus.¹³

Die Universitätsgründung

Unter den DPs des Transitlagers befand sich nach Kriegsende eine größere Anzahl von Hochschullehrern und ehemaligen Studenten, die sich zu kleinen Studienkreisen trafen.¹⁴ Aus diesen zunächst spontanen Zusammenkünften entwickelten sich feste Kurse, und bald versuchten die Teilnehmer, diese zu offiziellen Seminaren

- 11 Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA) UU59. UNRRA Fifth District Munich Station List No. 1, ohne Datum. Zur UNRRA-Universität finden sich nur wenige Hinweise in den Verwaltungs-Berichten des Deutschen Museums, da die Berichte über das 40.–44. Geschäftsjahr 1943/44 bis 1947/48 nicht im Druck erschienen sind. Das Deutsche Museum stellte der UNRRA die Benutzung der Räume sowie die Heizkosten und Reparaturarbeiten später akribisch in Rechnung. Deutsches Museum, Archiv (DMA), VA 0838/2: Rechnung vom 4. Februar 1947 über Mietkosten vom 15. 5. 1945 bis 31. 1. 1947 für die von der UNRRA im Bibliotheksbau des Deutschen Museums belegten Räume.
- 12 Karl Bäßler, Ein Rückblick auf acht Jahrzehnte, Pöcking 1968, S. 224.
- 13 Weitere Details konnten bisher nicht ermittelt werden, DMA, VA 879/8: Kopie/Durchschlag einer undatierten, getippten Gliederung eines Protokolls in den VA DM 1932/33–1970/71.
- 14 Über die anfänglichen Schritte zur Gründung der UNRRA-Universität findet sich in den Akten nur wenig. Lediglich durch einige Eigendarstellungen der DP-Hochschule und aus dem Bericht des späteren Dekans für Bauwesen, Dr. Ing. Beloux, über seine Tätigkeit an der UNRRA-Universität lassen sich die ersten Organisationsversuche der DPs nachvollziehen. Siehe: BayHStA, UU3. Memorandum Concerning: History, Scope and Future of the UU, ohne Datum; BayHStA, UU28. UU General Information, I. Creation, ohne Datum; BayHStA, UU 30, Bericht von Dr. Ing. Beloux über seine Tätigkeit an der UU vom 2. September 1947.

auszubauen. Zu deren Vorbereitung und um einen allgemeinen Überblick zu bekommen, wie viele Interessenten es gab, wurden ab 1. August 1945 alle Studenten unter den DPs registriert. Rasch verbreitete sich in den DP-Lagern inner- und außerhalb Münchens die Nachricht über die geplanten Seminare. Daraufhin meldeten sich zahlreiche interessierte DPs auf der Museumsinsel. Der große Andrang ließ die Idee reifen, eine eigene Hochschule zu gründen.

In der ersten Vorbereitungsphase der UNRRA-Universität, von August bis November 1945, wurde vor allem versucht, bei allen Teilnehmern die gleiche Ausgangssituation für das Studium zu gewährleisten. Man einigte sich auf Englisch als Amts- und Unterrichtssprache; Deutsch wurde als zweite Sprache zugelassen. Zur Vorbereitung wurden Englischkurse angeboten und Vorträge in verschiedenen Fachgebieten in einem „Prosemeister“ gehalten. Es fanden vierzig verschiedene Vorlesungen aus den Bereichen Mathematik, Wirtschaft, Veterinärmedizin, Architektur, Maschinenbau und Rechtswissenschaft statt.¹⁵

In der zweiten Phase, von November 1945 bis Februar 1946, wurden die Registrierung der Studenten und die Schulungsmaßnahmen fortgesetzt. Zusätzlich wurde eine Prüfungskommission zusammengestellt, bei der die DPs die Abiturprüfung ablegen konnten. Viele von ihnen hatten durch Verfolgung und Verschleppung ihre Schul- und Studiennachweise verloren oder waren nicht mehr in der Lage gewesen, einen Abschluss zu machen.¹⁶ Als Vorbereitung auf die Prüfung wurden bis Anfang Dezember 1945 fünfwöchige „Abitura-degree courses“ angeboten.¹⁷ Um die Finanzierung des Programms zu sichern, musste jeder Teilnehmer eine Studiengebühr von 12 bis 30 RM entrichten.

Am 18. September 1945 begann eine Organisationskommission, der acht Professoren angehörten, mit der Planung der Strukturen. Rasch wurde klar, dass das Projekt ohne die Hilfe und das Einverständnis der US-Armee sowie der UNRRA zum Scheitern verurteilt war. Das Organisationskomitee entschloss sich daher, die UNRRA-Mitarbeiterin Halina G. Gaszynska in die Planungen einzubeziehen. Sie war Polin und bereits vor der Übernahme des DP-Lagers durch die UNRRA von

15 BayHStA, UU28, UU General Information II. Work Accomplished, ohne Datum.

16 Ebenda, UU General Information III. Elements, ohne Datum.

17 Insgesamt beteiligten sich an den Abiturskursen 250 DPs, von denen lediglich 99 die Ende Dezember 1945 abgehaltene Prüfung bestanden. Vgl. BayHStA, UU2. DP-Express, Vol. 2, No. 6, 16. Februar 1946.

Heidelberg ins Deutsche Museum übergesiedelt.¹⁸ Nachdem Halina Gaszynska bereits in der ersten Sitzung der Organisationskommission die Unterstützung der UNRRA für das Universitätsprojekt in Aussicht gestellt hatte, begann die Kommission mit der Planung verschiedener Fakultäten und der Erstellung der Lehrpläne. Vorgesehen war zunächst die Gründung der Fakultät für Bauwesen mit den Abteilungen Architektur und Vermessungswesen. Fakultäten für Maschinenbau, Naturwissenschaften, Forstwirtschaft, Betriebswirtschaft, Human- und Veterinärmedizin und Philosophie sollten folgen. Der Kreis der Professoren und der Studenten sollte sich ausschließlich auf jene beschränken, die DP Status besaßen, weil sie kaum eine Chance hatten, an staatlichen Universitäten zu studieren.¹⁹ Die Studienplätze reichten bei weitem nicht für alle Bewerber. Viele versuchten dort unterzukommen, weil die meisten Universitäten zerstört waren und mit einer Wiederaufnahme des Lehrbetriebs nicht vor 1946 zu rechnen war.²⁰ Mit dem Vorschlag, diesen Mangel an Studienplätzen mit der Gründung einer eigenen Universität auszugleichen, versuchten die DPs, die Verwirklichung ihrer Pläne voranzutreiben.²¹ Die Professoren begannen unterdessen die Strukturen des Universitätsbetriebs zu schaffen. Fakultätsräte wurden gewählt, deren Vorsitzende den provisorischen Universitätssenat bildeten. Auf der ersten Sitzung des Senats am 31. Oktober 1945 wurde Prof. Diesporow zum Rektor der künftigen Hochschule bestimmt. Die UNRRA jedoch lehnte diese Wahl aus politischen Gründen ab.²² Da die DPs ohne Genehmigung der UNRRA oder der US-Armee keine Forderungen stellen und eigene Maßnahmen ergreifen konnten, wurde der unübliche zusätzliche Posten eines Universitätsdirektors geschaffen. Dieser sollte einerseits die Einhaltung der UNRRA-Bestimmungen überwachen und andererseits die Forderungen und Interessen der DPs gegenüber der UNRRA

18 Vgl. Bäßler, Ein Rückblick, S. 238; BayHStA, UU2. Festrede zur Eröffnung der UU von H. G. Gaszynska, Direktor UU vom 16. Februar 1946.

19 BayHStA, UU28. General Information, ohne Datum.

20 Stepien, Der alteingesessene Fremde, S. 99.

21 BayHStA, UU2. Festrede zur Eröffnung der UU von UNRRA Direktor US-Zone, J. H. Whiting, 16. Februar 1946.

22 Prof. Diesporow wurde nach seiner Wahl unter dem Verdacht verhaftet, während der deutschen Besatzung Jugoslawiens ein Kollaborateur gewesen zu sein. Nach einer genauen Überprüfung seiner Vergangenheit wurde er acht Monate später rehabilitiert und freigelassen. Vgl. BayHStA, UU48. UU Liquidationskommission an W. Bullit, ehemaliger amerikanischer Botschafter, vom August 1948.

bzw. der US-Armee vertreten. Gewählt wurde Halina Gaszynska. Als Mittlerin zwischen den amerikanischen Besatzungsbehörden und der Universität wurden ihr vom provisorischen Senat weitgehende Vollmachten übertragen.²³ Sie besetzte den Verwaltungsstab ausschließlich mit DPs und übertrug ihm die Aufgabe, einen Teil des „Transient and Information Center“ für den Hochschulbetrieb umzustrukturieren. Neben den Unterrichtsräumen mussten zusätzliche Schlaf- und Verpflegungsmöglichkeiten geschaffen werden.²⁴

Nachdem John H. Whiting, UNRRA-Direktor für die US-Zone, der DP-Hochschule die Unterstützung zugesagt hatte und auch die amerikanischen Besatzungsbehörden Anfang Dezember 1945 der Gründung einer DP-Universität zugestimmt hatten, rückte die Eröffnung in greifbare Nähe.²⁵ Die Feierlichkeiten zur Gründung der DP-Hochschule fanden am 16. Februar 1946 im Bürgerbräukeller in der Rosenheimer Straße in München statt. In den Eröffnungsreden wurde vor allem die Bestimmung der UNRRA-Universität als Institution speziell für die DP-Jugend hervorgehoben. Der Ehrengast, General Lucian K. Truscott, sicherte in seiner Rede weiterhin die volle Unterstützung der US-Armee zu, wies aber in seiner Ansprache mehrmals auf die zeitliche Beschränkung der gegenwärtigen Situation hin. UNRRA-Direktor Whiting unterstrich in seiner Rede die Verpflichtung seiner Organisation, zur Rehabilitierung der DPs beizutragen. Anschließend wurde die Gründungsurkunde von General Truscott, Whiting und dem neu gewählten Rektor der UNRRA-Universität, Dr. Otto Pirkmajer, unterzeichnet. Pirkmajer war Professor für Rechtswissenschaft an der Universität in Belgrad gewesen und als Mitglied einer Widerstandsbewegung bis April 1945 im KZ Dachau interniert.²⁶

- 23 BayHStA, UU60. Brief von H.G. Gaszynska an Mrs. Newhall, Field Supervisor vom 29. Oktober 1946.
- 24 BayHStA, UU 2. Festrede zur Eröffnung der UU von UNRRA Direktor US-Zone, J. H. Whiting u. von Frau H. G. Gaszynska, Direktor UU vom 16. Februar 1946.
- 25 Die Militärregierung erteilte ihre Erlaubnis zur Gründung einer DP-Hochschule am 2. Dezember 1945. Siehe: BayHStA, UU 55. Musterformular: Ausländerschulen in Bayern. Nr. 9: Detachment EIF 3, Displaced Persons Section, H.D. Dietrich vom 2. Dezember 1945.
- 26 Bis zur Auflösung der UNRRA-Universität stand er dieser als Rektor vor. Danach wurde er der Vertreter der Schulabteilung der UNRRA-Nachfolgeorganisation IRO. Vgl. Zittel, Die UNRRA-Universität, S. 289, Fn 30; Winfried Müller, Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht, München 1995, S. 102.

Der Lehrbetrieb

Zusammensetzung der Studentenschaft und des Lehrkörpers

Da nur Personen mit DP-Status zum Studium zugelassen wurden, musste die am 17. Dezember 1945 gegründete „Screening Commission“ eine Überprüfung vornehmen.²⁷ Die anerkannten Studenten erhielten neue Ausweise, die ihren Status bestätigten. Um die endgültige Studierlaubnis zu erhalten, mussten sie sich auch einer politischen Überprüfung durch den Armee-Nachrichtendienst (Counter Intelligence Corps; CIC) unterziehen.

Für die Einschreibung war keine Altersgrenze festgesetzt, das Durchschnittsalter lag zwischen Ende zwanzig und Anfang dreißig.²⁸ Entscheidend für die UNRRA und die Besatzungsbehörden war, dass jeder Student die notwendigen fachlichen Voraussetzungen mitbrachte und akzeptierte, dass sein Studium nur bis zur Repatriierung möglich war. Ein begonnenes Studium konnte nicht als Grund angegeben werden, um die Rückkehr in die Heimat hinauszuzögern.

Die Zahl der Studenten an der UNRRA-Universität schwankte erheblich. Für das erste Semester (4. Februar bis 31. Mai 1946) hatten sich 2975 DPs registrieren lassen, von denen 1968 zum Studium zugelassen wurden.²⁹ Während des darauf folgenden Sommersemesters stiegen die Studentenzahlen auf 2173 an.³⁰ Im Wintersemester 1946/47 sank die Zahl der Studenten auf 1618.³¹ Für den folgenden Zeitraum bis zur Auflösung der UNRRA-Universität im Mai 1947 fehlen genaue Angaben, da ein Großteil der Unterlagen von der UNRRA vernichtet wurde.³²

27 BayHStA, UU28. UU, 1946, ohne Datum.

28 Der jüngste Student war 18, der älteste 52 Jahre alt. BayHStA, UU38/2. List of students vom 19. November 1946.

29 BayHStA, UU28. UU Munich Report from the Winter Term vom 15. Mai 1946.

30 Ebenda. UU Munich Report from the Summer Term vom 15. August 1946.

31 BayHStA, UU38/2. H.G. Gaszynska an den Director UNRRA Team 1066 vom 9. Januar 1947.

32 In einem Bericht über die Tätigkeit der Fakultät für Maschinenbau wird erwähnt, dass die letzten Daten über Studentenzahlen nicht angegeben werden können, da sie von UNRRA-Mitarbeitern weggeworfen wurden. Da auch von den anderen Fakultäten keine Angaben ermittelt werden konnten, geschah dasselbe vermutlich auch mit diesen Unterlagen. Vgl. BayHStA, UU29. Bericht der Fakultät für Maschinenbau, ohne Datum.

Die wechselnden Studentenzahlen hatten mehrere Gründe: Der große Andrang bei der Registrierung erklärt sich aus der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt fast keine anderen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die DP's angeboten wurden. Als sich die Universität mit dem Sommersemester 1946 etabliert hatte, die neu eingerichteten Fakultäten mit dem Lehrbetrieb begannen und genügend Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte, stieg die Studentenzahl auf über 2000. Als sich vor Beginn des dritten Semesters die Auflösung der UNRRA im folgenden Studienjahr ankündigte und damit die Zukunft der Universität ungewiss war, sanken die Studentenzahlen erneut, da sich einige DP's nach verlässlicheren Ausbildungsmöglichkeiten umsahen. Die hohe Fluktuation innerhalb der Studentenschaft war vor allem auf die Repatriierung zahlreicher DP's oder ihren Wechsel an deutsche Hochschulen zurückzuführen.³³

Insgesamt studierten auf der Museumsinsel DP's aus über 30 Nationen.³⁴ Die größte Gruppe bildeten die Ukrainer. Sie machten während der gesamten Zeit des Bestehens der Hochschule etwa ein Drittel aller Studenten aus, obwohl fast zeitgleich auch die „Ukrainische Freie Universität“ in München eröffnet worden war.³⁵ Die zweitstärkste Gruppe bildeten die baltischen DP's. Fasst man die estnischen, lettischen und die besonders stark vertretenen litauischen DP's zusammen, so stellten sie fast ein Drittel der Studentenschaft. Die zahlenmäßig drittgrößte Gruppe bildeten die polnischen DP's. Ihre starke Zunahme ab dem zweiten Semester ist auf die abnehmende Repatriierungsbereitschaft zurückzuführen. So gaben im Mai 1946 bei Umfragen über 72 % aller polnischen DP's an, nicht mehr heimkehren zu wollen.³⁶ Wie viele der „non-repatriable DP's“ entschieden sie sich, ihre Transitsituation

33 Ein geringer Prozentsatz der DP's studierte zugleich an der UNRRA-Universität und an der Technischen Hochschule in München. Mit fortschreitendem Studium entschieden sich viele von ihnen, ganz an die deutsche Hochschule überzuwechseln, BayHStA, UU38/2. H.G. Gaszynska an den Director UNRRA-Team 1066 vom 9. Januar 1947.

34 Argentinier, Armenier, Belgier, Chinesen, Esten, Georgier, Griechen, Iraner, Italiener, Juden, Jugoslawen, Kalmücken, Kroaten, Letten, Litauer, Mazedonier, Mongolen, Peruaner, Polen, Rumänen, Russen, Serben, Schweden, Slowaken, Staatenlose, Tschechoslowaken, Tscherkessen, Türken, Ukrainer, Ungarn, Weißruthenen. Siehe: BayHStA, UU28: UU Welfare Service, Monthly Report August–September vom 16. September 1946.

35 Die ukrainische Universität existiert heute noch in München. Vgl. Wolodymyr Janiw, *Ukrainische Freie Universität, München 1976*, S. 5–16; www.ukrainische-freie-universitaet.mhn.de

36 Vgl. Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S. 87 ff.

zur Vorbereitung auf ihr künftiges Leben zu nutzen. Nach den Russen bildete die jüdischen DPs eine weitere Gruppe. Im Winter 1945/46 ließen sich 174 jüdische DPs für ein Studium an der UNRRA-Universität registrieren.³⁷ Im Sommersemester 1946 waren von den insgesamt 402 jüdischen Studenten in München noch 141 an der UNRRA-Universität immatrikuliert.³⁸ Im letzten offiziellen Semester sank ihre Zahl auf fast die Hälfte des Vorsemesters.

Ab Mai 1946 konnten an der UNRRA-Universität auch Lehrende angestellt werden, die weder DPs noch politische Flüchtlinge waren. Einzige Bedingung war eine politisch einwandfreie Vergangenheit, wie sie auch anfangs von der Militärregierung für die Einstellung an deutschen Universitäten gefordert wurde.³⁹ Nach ihrer Überprüfung durch den CIC mussten die Bewerber ihre fachliche Qualifikation vor einer Auswahlkommission (Selection Committee) und vor der Fakultät unter Beweis stellen. Danach erfolgte eine erneute Überprüfung der politischen Vergangenheit. Die Ergebnisse aller Verfahren wurden dann dem für Bildung zuständigen Armeevertreter für die US-Zone vorgelegt. Der Universitätssenat befand schließlich über die Einstellung des Bewerbers.

Zur Größe und Zusammensetzung des Lehrpersonals existieren nur wenige Unterlagen. Zu den ursprünglich acht Professoren kamen bis zur Eröffnung der ersten vier Fakultäten sieben weitere hinzu.⁴⁰ Zusätzlich unterrichteten sechs Honorarprofessoren, neun Dozenten und vierzig Assistenten. Mit der steigenden Studentenanzahl im Sommer 1946 vergrößerte sich auch die Zahl der Professoren und Dozenten. In der Hochphase des Universitätsbetriebs unterrichteten 147 Personen, die 13 verschiedenen Nationen angehörten.⁴¹ Die Balten, Polen und Ukrainer

37 BayHStA, UU2. DP-Express, Vol. 2, No. 6, 16. Februar 1946.

38 Diese hatten eine eigene Studentenvereinigung, die „Union of Jewish Students“ als studentische Selbsthilfsorganisation mit selbständigen Kultur- und Bildungsangeboten gegründet. Siehe Wetzels, *Mir szeynen doh*, S. 346.

39 BayHStA, UU2. UNRRA US-Zone HQ, Education Branch vom 6. Mai 1946. Team Bericht Nr. I.

40 BayHStA, UU28. UU General Information II. Work Accomplished, ohne Datum.

41 Ebenda. Rede Prof. P. Krumin. Rektor anlässlich der Eröffnung des III. Semesters, ohne Datum. In einer Statistik vom August 1946 werden hingegen nur sieben Nationalitäten für 148 Dozenten angegeben. Ihr zufolge waren 42 Mitglieder des Lehrkörpers Balten, 30 Polen, 18 Ukrainer, 8 Jugoslawen und 2 Juden. Die restlichen 48 werden als Staatenlose oder „Others“ bezeichnet. BayHStA, UU37. Nationalities of Education Staff vom 23. August 1946.

bildeten die nationalen Hauptgruppen innerhalb des Lehrkörpers. Obwohl im folgenden Wintersemester fast 500 Studenten weniger studierten, blieb die Zahl der Professoren und Dozenten mit 148 Personen fast konstant.⁴²

Aufbau und Organisation

Als die UNRRA-Universität am 4. Februar 1946 ihren Lehrbetrieb aufnahm, konnten vier von der UNRRA genehmigte Fakultäten eröffnet werden: Die Fakultät für Maschinenbau mit den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik; die Fakultät für Bauwesen mit den Bereichen Tiefbau, Architektur und Vermessungswesen; die Fakultät für Naturwissenschaften mit den Bereichen Mathematik und Physik, Naturgeschichte und Geografie, Chemie und Pharmazie sowie die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften. Noch im selben Semester kamen zwei weitere Fakultäten hinzu: die juristische Fakultät sowie die Fakultät für Medizin mit den Bereichen Veterinär- und Humanmedizin.⁴³

Mit 626 Studenten war die Medizinische Fakultät die größte, gefolgt von der Naturwissenschaftlichen Fakultät, die mit 46 % zugleich den höchsten Frauenanteil stellte. Zusätzlich gehörten ihr noch die Studenten für Land- und Forstwirtschaft an, deren Fakultät erst im folgenden Semester eröffnet werden konnte.⁴⁴ Innerhalb der drittgrößten Fakultät, der Fakultät für Bauwesen, hatte der Fachbereich Architektur die meisten Studenten. Die Einrichtung einer Philosophischen Fakultät musste ein Wunschtraum bleiben, da sich keine geeigneten Professoren fanden. Die über 200 Studenten, die sich immatrikulieren wollten, warteten vergeblich.⁴⁵

42 BayHStA, UU38/2. H. G. Gaszynska an den Director UNRRA Team 1066 vom 9. Januar 1947.

43 BayHStA, UU2. H. G. Gaszynska an UNRRA Supervisor District No 5 vom 9. Februar 1946 und Protokoll über die Eröffnung der juristischen und medizinischen Fakultäten der UU München vom 11. März 1946.

44 BayHStA, UU32. Bericht über die Tätigkeit der Land- und Forstwirtschaftlichen Fakultät von Prof. Dr. Markus vom 23. August 1947.

45 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 24. 6. 1946.

Versorgung und Unterbringung von Universitätsmitgliedern

Das UNRRA-Team 108 hatte neben der Leitung des Transitcenters, das im Deutschen Museum parallel existierte, noch zusätzliche Aufgaben übernommen. Ab Juli 1945 betreute es dort die Herausgabe der UNRRA-Zeitung „DP-Express“, die mit Beiträgen in Polnisch, Slowakisch, Deutsch und Jiddisch erschien, und den „Club 108“, der für die DPs als Versammlungsort eröffnet worden war.⁴⁶ Des Weiteren hatte es die Funktion eines „UNRRA-University Teams“ übernommen. Als solches war es zuständig für die Bereitstellung der erforderlichen Räumlichkeiten sowie des Inventars und der Lehrmittel, die die UNRRA-Universität benötigte. Auch waren die UNRRA-Mitarbeiter verantwortlich für die Verpflegung, die Unterbringung und medizinische Betreuung aller an der Universität tätigen DPs. Das bedeutete, dass es außer für die Professoren und Studenten auch für die Versorgung des gesamten Verwaltungsstabs der Universität sowie für deren nächsten Angehörigen zuständig war.⁴⁷

Nur wenige DPs, meist Angestellte der Universitätsverwaltung, waren direkt im Deutschen Museum untergebracht. Die Studenten und Professoren, die bereits in DP-Lagern in München eine Unterkunft hatten, blieben dort. Die außerhalb Münchens lebenden DPs erhielten von der UNRRA bei ihrer Immatrikulation eine Zuzugsgenehmigung erteilt. So konnte ihnen die Wohlfahrtsabteilung des UNRRA-Teams 108 ein Zimmer in der Stadt zuweisen.⁴⁸ Ab 11. November 1945 versuchten die Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit der Militärregierung, Universitätsmitglieder in requirierten Privaträumen unterzubringen. Wegen des akuten Wohnraum Mangels – es fehlten ca. 17 000 Wohnungen – und wegen der herrschenden Vorurteile gegenüber den DPs kam es zu erheblichen Konflikten bei den Beschlagnahmungen.⁴⁹ Freigegeben wurden nur Räume in Privatwohnungen, staatlichen

46 Juliane Wetzel, *Jüdisches Leben in München 1945–1951. Durchgangsstation oder Wiederaufbau?*, München 1987, S. 122 f. u. 288 f.

47 BayHStA, UU2. Die UU.VI. UNRRA-Team 108. Denkschrift vom 26. März 1946.

48 BayHStA, UU35. Artikel über die Entwicklung der UU von Dr. Kepper. Verein der ukrainischen Studenten, ohne Datum.

49 Hans Wacker, *Nachlassverwaltung oder demokratische Erneuerung? Münchner Kommunalpolitik nach 1945*, in: Friedrich Prinz (Hrsg.), *Trümmerzeit München*, München 1984, S. 56 ff.

Gebäuden und „politischen Wohnungen“ von ehemaligen NSDAP-Funktionären.⁵⁰ Viele Wohnungsinhaber weigerten sich, Ausländer unterzubringen. Sie erklärten die Wohnungszuweisung durch die UNRRA mit der Begründung für ungültig, sie sei keine ordentliche Behörde. Etwa 50 % der Wohnungsinhaber widersetzten sich der Anordnung.⁵¹ Erst als die Requisitionsabteilung des University-Teams die Unterstützung des UNRRA-Hauptquartiers erhielt, gelang es ihr, die Forderungen durchzusetzen.⁵²

Um sicherzustellen, dass sich niemand an der Universität bewarb, der nur die damit verbundenen Vorteile der UNRRA-Versorgung nutzen wollte, wurde die Zuteilung von Wohnraum an den Studentenstatus gebunden. Außerdem musste sich der jeweilige Bewerber verpflichten, sich den Weisungen der UNRRA und der Universität zu fügen und ernsthaft seine Studien zu betreiben.⁵³

Nicht nur die Unterbringung, sondern auch die Versorgung der Universitätsmitglieder mit Lebensmitteln unterlag der Zuständigkeit des UNRRA-University Teams. Grundsätzlich bekamen alle Professoren, Studenten und Verwaltungsangestellten die Essensration, die der eines Schwerstarbeiters entsprach.⁵⁴ Daneben erhielten vor allem Professoren Zigaretten, die damalige inoffizielle Währung, sowie Kaffee und Schokolade usw.

50 Wohnungen der Versicherungskammer und der Brauereigenossenschaft wurden ausgenommen, obwohl dort Zimmer frei waren. Siehe BayHStA, UU3. Rapport der bisherigen Billeting-Aktion für die UU, ohne Datum.

51 Ebenda.

52 Von den 1986 Studenten des ersten Semesters waren lediglich 92 DPs im Deutschen Museum untergebracht. 1167 Studenten wohnten in requirierten Zimmern, 234 lebten in Privatquartieren, die sie über das Wohnungsamt erhalten hatten, der Rest in DP-Lagern, davon 273 in der Stadt und 73 außerhalb Münchens. BayHStA, UU28: UU Munich Report from the Winter Term vom 15. Mai 1946.

53 BayHStA, UU28. The UU. General Information. Welfare, ohne Datum.

54 Diejenigen Studenten und Professoren, die in DP-Lagern untergebracht waren, erhielten dort ihre Rationen sowie eine zusätzliche Mahlzeit in der Universitätsmensa. DPs, die privat untergebracht waren, bekamen vom sogenannten Messing Office des UNRRA-University Teams Essensmarken und auch eine zusätzliche Mahlzeit im Deutschen Museum. BayHStA, UU28. UU Welfare Service, Monthly Report August-September, 16. September 1946.

Lehrmittel

Eines der größten Probleme war der Mangel an geeigneten Lehrmitteln. Fachbücher, Zeichenbedarf und Laborgeräte waren in den ersten Nachkriegsjahren so schwer zu beschaffen, dass die Universität für bestimmte Bücher Extrarationen wie Schokolade oder Zigaretten bot, um sie sich zur Abschrift ausleihen zu können.⁵⁵ Auch hatte man die amerikanische Militärregierung um die Genehmigung für die Benutzung der öffentlichen Bibliotheken für DP-Studenten gebeten, sie aber nur für die Bibliothek des Deutschen Museums und die Stadtbibliothek im Münchner Rathaus erhalten.⁵⁶ Die Benutzung der Museumsbibliothek war für die Lehrkräfte der Universität kostenpflichtig.⁵⁷ Zugleich versuchten die DPs, mit Buch- und Geldspenden eine eigene Universitätsbibliothek aufzubauen. So kamen ca. 6000 Bände zusammen, deren Kauf teilweise von der UNRRA finanziert wurde. Allerdings reichten diese nicht für alle Studenten, sodass die einzelnen Fakultäten und die Studentunion dazu übergingen, selbst verfasste Skripten herauszugeben. Doch auch so konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden, Geld- und Papiermangel setzten den Bedürfnissen Grenzen.⁵⁸ Ein Assistent der Universität beklagte sich: „Jedes Knochenstück muss man selbst herstellen, jedes Skelett selbst zusammenfügen, jede Zeichnung selbst malen, jedes Buch selber finden, jede Pflanze selber sammeln und vieles mehr.“⁵⁹

Die Beschaffung des Unterrichtsmaterials war neben der Organisation der Stundenpläne, dem Abhalten von Übungen und der Durchführung der Laborarbeit eine der Hauptaufgaben der Assistenten. Ein Teil der Laboreinrichtungen wie Mikroskope und andere optische Geräte wurden von der Militärregierung gestellt;

55 BayHStA, UU61. G. Rabus an die UU Direktion vom 23. Mai 1946.

56 BayHStA, UU55. UU an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vom 18. Dezember 1946.

57 DMA, VA 564. Gebühren für die Benutzung der Bibliothek des Deutschen Museums durch 70 Lehrkräfte der UNRRA-Universität für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 5. 1946 (420 RM). Aktennotiz vom 29. Mai 1946.

58 Nur 30 % der Studenten der Land- und Forstwirtschaftlichen Fakultät konnten Ende des Sommersemesters an den obligatorischen Kolloquia teilnehmen, da die übrigen Studenten nicht über das notwendige Forschungsmaterial verfügten. BayHStA, UU32. Bericht über die Tätigkeit der Land- und Forstwirtschaftlichen Fakultät von Prof. Dr. Markus vom 23. August 1947.

59 BayHStA, UU28. Work of Education Staff, ohne Datum.

den Großteil jedoch hatten Studenten selbst finanziert und zusammengetragen.⁶⁰ Durch das Engagement aller Beteiligten konnten so mehrere Laboratorien für die Bereiche Chemie, Physik, Anatomie, Mineralogie, Botanik, Zoologie und Elektrotechnik eingerichtet und ab Beginn des Sommersemesters, „dem üblichen Universitätsniveau entsprechende Übungen abgehalten“ werden.⁶¹ Von Seiten des Rektorats, der Fakultäten und auch der Studentenschaft wurde streng darauf geachtet, dass die Qualität der Universität nicht in Zweifel gezogen werden konnte und sie sich in ihrer Arbeit gleichberechtigt mit den Hochschulen der deutschen oder ausländischen Hochschullandschaft fühlten. Es ging nicht nur darum, das eigene Renommee zu steigern, sondern die DPs legten auch Wert darauf, dass ihre Ernsthaftigkeit und ihr Engagement die Existenzberechtigung ihrer Universität unter Beweis stellten. Vor allem gegenüber der Militärregierung sollte deutlich werden, dass die UNRRA-Universität nicht nur eine temporäre Hilfsmaßnahme im Rahmen der DP-Politik darstellte, sondern dass es durchaus sinnvoll wäre, die DP-Hochschule in eine Dauerinstitution umzuwandeln.

Finanzierung

Die Frage der Finanzierung wurde nie vollständig gelöst. Das Hauptproblem war, dass zu viele unterschiedliche Institutionen für den Unterhalt der Universität zuständig waren. So ergaben sich immer wieder Schwierigkeiten durch die ungeklärte Frage, welche Kosten z.B. von der Militärregierung, welche von der UNRRA oder von den deutschen Behörden übernommen werden sollten. Festgelegt war nur, dass der Großteil der Verwaltungskosten sowie die Aufwendungen für die Unterbringung und Verpflegung der Studenten und Professoren von der UNRRA getragen wurden. An den Mietkosten der privat untergebrachten DPs musste sich die Stadt München beteiligen.⁶² Die DPs, die in der Verwaltung tätig waren, erhielten

60 BayHStA, UU35 u. 31. Bericht über die Tätigkeit der Medizinischen Fakultät von Prodekan Prof. Malieky, ohne Datum; ebenda, Bericht über die Tätigkeit der Naturwissenschaftlichen Fakultät, ohne Datum.

61 BayHStA, UU31. Bericht über die Tätigkeit der Naturwissenschaftlichen Fakultät, o. D. D

62 BayHStA, UU3. Bayerisches Staatsministerium für Finanzen an die Landeshauptkasse München, ohne Datum.

als Angestellte der UNRRA regelmäßige Zahlungen, da sie zum Zivilpersonal der US-Armee zählten.

Grund zur Klage bot immer wieder die Bezahlung des Lehrpersonals. In der Vorbereitungsphase der DP-Hochschule und zu Anfang des ersten Semesters konnten die Vorlesungen, die Sprach- und Abiturseminare noch aus dem Hörergeld (anfangs 12, später 15 RM) und den Spenden der Studenten finanziert werden.⁶³ Die Haushaltsplanung der Universität sah vor, dass die weiteren Personalkosten von der Stadt München getragen werden sollten, die dieser Verpflichtung allerdings nur mangelhaft nachkam. Immer öfter beklagten sich die Mitglieder der Universität auch über die nachlassende Fürsorge, in den Berichten der Fakultäten wird gar immer wieder auf die „Schikanierung und Herabwürdigung der Dozierenden durch die UNRRA“ hingewiesen.⁶⁴

Eine endgültige Lösung der finanziellen Probleme erhoffte man sich von möglichen Wiedergutmachungszahlungen an die Zwangsverschleppten. Die Mitarbeiter der UNRRA-Universität formulierten eine Denkschrift, in der sie auf ihre wichtige Aufgabe hinwies, die Unterstützung von den deutschen Behörden finden würde „falls der Rechtsinn gesund wäre“ und sie „freiwillig diese Lasten einer Universität behufs Wiedergutmachung der geistigen Versklavung der Völker auf sich nehmen“.⁶⁵

Sollte die Finanzierung der Hochschule nicht auf diese Weise erfolgen können, hoffte man, dass der Erhalt der Universität durch „zwischenstaatliche Aktionen“ gesichert werden würde – entweder durch Spenden einzelner Staaten, Institutionen oder von Privatleuten oder durch die Übernahme der finanziellen Lasten durch die UNO. Als letzte Möglichkeit wurde die Übernahme der UNRRA-Universität durch einen Staat, der an dem Erhalt einer internationalen Universität interessiert wäre, in Betracht gezogen.

63 Insgesamt spendeten die Studenten bis November 1946 16 413 RM. BayHStA, UU28. General Information, I. Creation and II. Work Accomplished, ohne Datum.

64 Magdalena Felsöory, Die Ausländerlager und ihre pädagogische Situation, Diss., München 1956.

65 BayHStA, UU2. Die UU. III. Sicherung der Erhaltung. Denkschrift vom 26. März 1946.

Das Ende der DP-Hochschule

Die versuchte Erweiterung der Fakultäten und die Suche nach einer langfristigen Finanzierung des Lehrbetriebs deuten darauf hin, dass die DPs schon bei der Gründung darauf spekuliert hatten, ihre Universität in eine Dauerinstitution umwandeln zu können. Mit dem Ausbau und der Professionalisierung der Lehre hofften sie, sich als feste Größe in der akademischen Welt zu etablieren. Dieser Wunsch stand jedoch im absoluten Widerspruch zu den Vorstellungen der Alliierten. Für diese hatte nach wie vor die möglichst vollständige Rückführung der DPs in ihre Heimatländer Priorität.

Als die Universität im Sommersemester 1946 ihren vollen Lehrbetrieb mit allen Fakultäten aufgenommen hatte und die Anzahl der Studenten stetig stieg, erließ das UNRRA-Hauptquartier der US-Zone eine Direktive, nach der die Aktivitäten der Universität klar beschränkt wurden.⁶⁶ So sollte etwa die Unterstützung der Hochschule durch die US-Armee bzw. die UNRRA für jeweils nur ein Semester gelten und dann auf Antrag verlängert werden. Die Direktive legte die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Selbsthilfemaßnahmen der DPs fest und diente der Kontrolle ihrer Eigeninitiativen. Doch die DPs interpretierten die Anweisung nicht als Einschränkung ihres Handlungsspielraums, sondern als eine Möglichkeit, sich selbst zu organisieren und ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Sie sahen sie als „nützlichen Schritt auf dem Weg der UNRRA-Universität, die Standards der amerikanischen Vorbilder zu erreichen“.⁶⁷ Und die amerikanischen Universitäten galten ihnen als einzig gültiges Modell. Wie sie mehrfach betonten, hatten sich für die DPs die europäischen Universitäten zu weit von ihren liberalen humanistischen Ursprüngen entfernt und zu nationalen, politischen Institutionen entwickelt. Sie boten keinen Raum für eine liberale demokratische Geisteshaltung und einen internationalen Austausch.

Die Militärregierung und die UNRRA zeigten sich unbeeindruckt von dieser Argumentation der DPs und hielten an ihrem bestehenden Konzept der Hochschule als UNRRA-Institution fest. Für die USA gab es nach wie vor, gemäß den ersten Vereinbarungen mit den anderen Alliierten, nur drei Möglichkeiten zur Beendigung

66 Ebenda. UU Governing Policy vom 20. August 1946.

67 BayHStA, UU1. Sources of the Legal Status of the UU. Section III, ohne Datum.

des DP-Problems: Repatriierung, Resettlement (Ansiedlung im Ausland) oder die Integration in Deutschland. Im letzteren Fall sollten die DPs die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Eine weitere Unterstützung von DP-Einrichtungen würde dieser Politik entgegenstehen.⁶⁸

Wandel zur Internationalen Universität

Die einzige Möglichkeit zum Erhalt der Hochschule war die Änderung ihres Status von einem DP-Selbsthilfeprojekt hin zu einer selbständigen „Internationalen Universität“. Dieses Ziel konnte nur mithilfe der US-Armee erreicht werden und die DPs begannen bei den zuständigen Stellen dafür zu werben. Nach der Auflösung der UNRRA erhofften sich die DPs von den Amerikanern eine Übernahme der Finanzierung des Universitätsbetriebes für ein Jahr. Neben der Deckung der Kosten (rund 760 000 RM), die in einem Jahr für die Lehrkräfte und das Verwaltungspersonal benötigt wurden, forderten die DPs auch eine Fortsetzung des Nutzrechts von den Räumen im Deutschen Museum, die sich in den von der UNRRA requirierten Gebäuden befanden. Zudem sollte die medizinische Versorgung, Ernährung und Unterbringung der DPs, die Benutzung der Bibliothek des Deutschen Museums und der Laboratorien garantiert sein.

Konkret wurden die Pläne einer Internationalen Universität jedoch erst Ende 1946, als die Auflösung der UNRRA Ende des Wintersemesters 1946/47 bevorstand. Am 7. Oktober 1946 verabschiedete ein neu formiertes Initiativkomitee aus Vertretern des Universitätssenats eine Resolution zur Gründung der „Ersten Internationalen Universität“.⁶⁹ Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit, dass in Zeiten zunehmender internationaler Solidarität eine geeignete Institution für die Wissenschaft geschaffen werden müsse. Um dem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen, bemühten sich die Mitarbeiter der Universität, auch die verschiedenen nationalen Komitees der DPs in der US-Zone zur Zusammenarbeit und Unterstützung ihrer Pläne zu bewegen. Doch weder das estnische, lettische, russische, ukrainische

68 BayHStA, UU54. Record of the conversation between Major Hughes, USFET G-5 and Dr. Thierry, UU Student Delegation vom 12. September 1946.

69 BayHStA, UU55. Resolution: Favour of the Reorganisation of the UU Munich into a great and permanent International University vom 7. Oktober 1946.

noch das jugoslawische Komitee waren bereit, sich auf einen Verzicht nationaler Bildungseinrichtungen zugunsten einer gemeinsam Universität einzulassen. Der Erhalt der nationalen Identität war für alle vorrangig.

In ihrer Informationsbroschüre „UNRRA-University 1946“ stellten die DPs ihre Hochschule in idealistischer Fehleinschätzung der Gegebenheiten als Basis für eine internationale Universität dar, welche wiederum als Ausgangspunkt für eine Weltuniversität dienen sollte. Diese sollte auf wissenschaftlicher Ebene die Funktion der UNO einnehmen. Die Erfahrungen, die die Mitglieder der UNRRA-Universität bei der Organisation und Arbeit an ihrer Hochschule gesammelt hatten, prädestinierten sie ihrer Meinung nach dafür, dieses Ideal umzusetzen. Nachdem alle Hilfsorganisationen und prominenten Persönlichkeiten, an die man sich um Unterstützung gewandt hatte, abgesagt hatten, erklärte sich einzig die Kreuzbruderschaft „Pro una sancta Ecclesia“ bereit, die Internationale Universität zu fördern.⁷⁰

Auswanderungspläne

Parallel zu den Umgestaltungsbemühungen galt es, einen neuen Standort für die Universität zu finden. Selbst wenn das Ziel einer Internationalen Universität durchzusetzen war, so konnten die Räume im Deutschen Museum keine Dauerlösung sein, weil diese früher oder später wieder in die Verantwortung deutscher Behörden fallen würden. Auch war für einen Großteil der Studenten die Vorstellung, weiterhin in Deutschland leben zu müssen, nicht annehmbar. Zunächst erwarteten sich die DPs von der UNO oder der UNESCO die Vermittlung einer möglichst englisch- oder französischsprachigen Gastnation. Doch da beide kein großes Engagement in dieser Sache zeigten, wandte sich die Universitätsdirektion direkt an die Vertreter der einzelnen Nationen, um diese für ihr Vorhaben

70 Die Bruderschaft hatte als Ziel die Vereinigung aller christlichen Konfessionen und war im Februar 1946 gegründet worden. Zur UU hatte sie bereits Kontakt, da man dort mehrmals um die Benutzung der Hörsäle für religiöse Veranstaltungen gebeten hatte. Gemeinsam sah man sich als wissenschaftliche und religiöse Ergänzung zu den Vereinten Nationen. Der Senat der UU erteilte Vertretern der Kreuzbruderschaft sogar die Vollmacht, alle erforderlichen Schritte zum Erhalt der UU in seinem Namen tätigen zu dürfen. BayHStA, UU56. Protokoll der Sitzung der Senatskommission vom 8. Juli 1947.

zu begeistern.⁷¹ Nachdem sich kein europäisches Land zu dieser Anfrage geäußert hatte, zog der Senat sogar Addis Abeba als neuen Standort in Betracht.⁷² Aber auch diese Bemühungen blieben erfolglos, und als der Umzug der Universität immer unwahrscheinlicher wurde, versuchte die Universitätsleitung, wenn auch vergeblich, zumindest einen Teil der Studenten und Professoren im Ausland unterzubringen.

Endgültige Auflösung

Die Versuche zum Erhalt und Ausbau ihrer Hochschule brachten dem DP-Selbsthilfeprojekt zwar viel Lob, aber keine konkrete Unterstützung ein. Im Gegenteil: Im Dezember 1946 benachrichtigte das UNRRA-Hauptquartier den Prorektor der Universität, Prof. Peter O. Krumin, dass aufgrund der neuen Richtlinien die Betreuungen von Universitäten für die UNRRA abgeschlossen seien und man gezwungen sei, die Universität aufzulösen.⁷³ Den DPs stehe es natürlich offen, neue Förderer zu finden, schrieb UNRRA-Direktor Whiting in einer Mitteilung über die Einstellung der Zahlungen. Die Betreuung der Hochschule durch die UNRRA sollte danach spätestens ab 1. Februar 1947 beendet werden.

Am 14. Januar 1947 erhielt die Universität von der UNRRA den Befehl, ihre Räumlichkeiten im Deutschen Museum zu schließen. Innerhalb eines Tages sollten ihre Sachen gepackt und zur Lagerung in die zu einem Durchgangs- und Auswanderungslager für DPs umfunktionierte Funk-Kaserne in München gebracht werden. Obwohl von Seiten der Militärregierung dieser Befehl nicht bestätigt worden war, begannen UNRRA-Mitarbeiter, die mühsam aufgebauten Laboratorien und Institute der Universität zu demontieren und abzutransportieren, ohne darauf zu achten,

71 BayHStA, UU3. Brief an H. G. Gaszynska von Y. le Vernoy vom 3. Dezember, und BayHStA, UU57. Brief des UU Senats an Dr. J. Huxley, Executive Secretary of UNESCO vom 16. Dezember 1946.

72 Er erteilte Halina Gaszynska den Auftrag, mit dem Konsul des Kaisers Haile Selassie zu verhandeln. Siehe: BayHStA, UU57. Brief des UU Senats an H.G. Gaszynska vom 16. Dezember 1946.

73 BayHStA, UU45. C. H. Martini, UNRRA Central HQ Germany an Rektorat der UU vom 11. Dezember 1946.

ob es sich um Eigentum der UNRRA oder der Universität handelte. In den meisten Fakultätsberichten wird das Vorgehen der UNRRA bei der Auflösung scharf kritisiert und mit Verbitterung kommentiert. Doch trotz der Proteste der Universitätsmitglieder wurde der Abtransport bis Ende Januar fortgesetzt. Die letzten Beschlagnahmungen wurden mithilfe von UNRRA-Wachpersonal durchgeführt, da einige der beschlagnahmten Geräte von Studenten wieder von den Lastwagen abgeladen und zurück in die Universität getragen wurden.⁷⁴

Das Datum der endgültigen Schließung der Hochschule wurde auf den 17. Januar 1947 festgelegt, wobei der Termin der Universitätsleitung erst am 22. Januar durch einen Brief des UNRRA-Teams 1066 mitgeteilt wurde.⁷⁵ Von diesem Zeitpunkt an entzog die UNRRA der Universität ihre Unterstützung und entthob Halina Gaszynska ihres Amtes. Zwei Wochen später, am 6. Februar 1947, wurde die Entscheidung wieder rückgängig gemacht und darauf verwiesen, dass der Rückzug der UNRRA nicht zwangsläufig die Schließung der Hochschule zur Folge haben müsste. Allerdings hatten die Hochschulabteilung der Militärregierung und das Bayerische Kultusministerium bereits am 1. Februar 1947 angeordnet, dass alle Vorlesungen und Prüfungen der Universität bis zum 15. April 1947 abgeschlossen sein müssten.⁷⁶ Damit war zumindest eine Verlängerung des Universitätsbetriebes um zwei Monate erreicht. Mitentscheidend dafür war die Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, da die Hochschule nach der Schließung die Räumlichkeiten von der Militärregierung zur Verfügung gestellt bekommen sollte.⁷⁷

Gemäß der Anordnung der Militärregierung vom 1. Februar 1947 mussten bis zum 15. April alle benutzten Gebäude im Deutschen Museum geräumt sein. Durch die Möglichkeit, bis zu diesem Termin im Camp Deutsches Museum bleiben zu können, wurde das Wintersemester 1946/47 um einen Monat verlängert.

Die Verlängerung des Wintersemesters reichte allerdings nicht aus, weil durch den extrem kalten Winter, der die Benutzung der Seminarräume unmöglich machte, eine Unterbrechung des Hochschulbetriebs erfolgen musste. Nachdem die

74 BayHStA, UU45. Statement der UUSU, ohne Datum.

75 Ebenda. Mitteilung von E.B. Cox, Director Area Team 1066, HQ UNRRA District No. 5 an den Senat der UU vom 22. Januar 1947.

76 Former UU an OMGB Manpower Division, Housing Branch vom 5. Mai 1947.

77 BayHStA, UU45. Bayerischer Staatsanzeiger Nummer 3 vom 18. Januar 1947.

Universität diese Schwierigkeiten vorgebracht sowie Heizmaterial bei der zuständigen Abteilung der Militärregierung eingeklagt hatte, veranlasste diese zusammen mit dem Kultusministerium eine Verlängerung des Hochschulbetriebes bis zum 31. Mai 1947, allerdings unter der Bedingung, dass bis zu diesem Termin die Hochschule ihre sämtlichen Geschäfte abgewickelt haben müsste.⁷⁸ Die weiteren Versuche, eine Verlängerung zu erzwingen – Ende Januar traten tausend Studenten für den Erhalt ihrer Universität für zwei Tage in den Hungerstreik –, scheiterten.⁷⁹

Ab Juni 1947 durfte sich die Universität nicht mehr „UNRRA-Universität“ nennen, und alle Stempel sowie das Universitätssiegel mussten zerstört werden, da es durch ihren Missbrauch, angeblich durch einen Studenten der DP-Hochschule, zu polizeilichen Ermittlungen gekommen war.⁸⁰ Damit waren auch die Anstrengungen der Universitätsleitung gescheitert, die Hochschule zumindest als juristische Person zu erhalten.

Liquidationskommission

Da zum vereinbarten Termin nicht alle Geschäfte abgeschlossen werden konnten, setzte die Militärregierung am 5. Mai 1947 eine Liquidationskommission ein.⁸¹ Weil nach und nach aber alle Kommissionsmitglieder, die ein Visum erhalten hatten, Deutschland verließen, musste im März 1948 die Kommission neu gewählt werden. Zuletzt bestand sie nur noch aus Professoren, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen kein Visum erhalten hatten. Aus Überlebenswillen und zur Sicherung ihrer Zukunft, die für ältere DP-Akademiker nicht viele Chancen bot, hielten sie an ihren Hochschulplänen fest, doch in den letzten Sitzungen ging es hauptsächlich

78 BayHStA, UU46: UU Abwicklungsstelle an das Bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus vom 29. Mai 1947.

79 Der restliche Lehrbetrieb wurde teilweise in den Räumen des polnischen Studentenwohnheims oder in den Privatwohnungen der Professoren durchgeführt. Siehe: BayHStA, UU29: Bericht der Fakultät für Maschinenbau, ohne Datum; UU47: Protokolle der Liquidationskommission Nr. 10, 32, 35 vom 13. August 1947, 28. April u. 22. Juni 1948.

80 BayHStA, UU48: Protokoll der Senatssitzung der UU vom 31. Mai 1947 u. UU47: Protokolle der Liquidationskommission Nr. 1 u. 2 vom 6. U. 11. Juni 1947.

81 BayHStA, UU46. Former UU an OMGB Education and Religion Branch, Higher Education vom 5. Mai 1947.

nur noch um die Verteilung der Lebensmittelpenden untereinander.⁸² Nur wenige Länder nahmen Männer im Alter über 45 auf, und Intellektuelle hatten wesentlich schlechtere Chancen als Handwerker, denen Einreisegenehmigungen bevorzugt gewährt wurden. Schwierig war auch, dass viele Professoren aufgrund ihrer Lehrtätigkeit privat in München untergebracht waren, was ihre Ausreiseansprüche gegenüber den Bewohnern in den DP-Lagern minderte. Da sie auch nicht in ihre vormaligen DP-Lager zurückkehren konnten, waren sie von zahlreichen internationalen Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen.⁸³

Bis August 1948 war die Zahl der Studenten auf 25 gesunken, und damit der Professorenschaft die Grundlage entzogen, weiter am Lehrbetrieb festzuhalten.⁸⁴ Nachdem die Nachfolgeorganisation der UNRRA, die IRO (International Refugee Organisation), Programme zum Resettlement (Neuansiedlung) förderte, hatten die DP-Studenten gute Chancen, mit ihrer Hilfe in verschiedenen Aufnahmeländern unterzukommen. Es gab ein großes Interesse an gut ausgebildeten jungen Menschen, die kostengünstig in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Die an der UNRRA-Universität gelehrten Fachbereiche, Medizin, Bauwesen, Land- und Forstwirtschaft eigneten sich bestens als Qualifikation.

Mit der Auflösung der Liquidationskommission am 8. September 1948 waren die letzten Überreste des anspruchsvollen DP-Projekts auf der Münchner Museumsinsel beendet. Die Liquidationskommission hatte alle Geschäfte der ehemaligen UNRRA-Universität erledigt, war aber an ihrem eigenen Anspruch gescheitert: Sie hatte keine Lösung zum Erhalt der Hochschule gefunden. Prof. Peter O. Krumin, der aus Lettland stammte und seit 1946 Rektor der Universität war, verließ Deutschland 1948 und folgte einem Ruf an die Ohio State University als Professor für Chemieingenieurwesen.

Selbst wenn die UNRRA-Universität nur kurze Zeit existierte, ist es doch erstaunlich, was in diesem Zeitraum auf der Museumsinsel möglich war und wie viele Menschen

- 82 So schrieb Prof. Pirkmajer, der in die Schweiz gereist war, man möge seine Lebensmittelration bis zu seiner Rückkehr aufbewahren. Die Frage, ob sein Antrag zulässig sei, war Thema einer ganzen Sitzung. BayHStA, UU47. Protokoll Liquidationskommission Nr. 31 vom 31. März 1948.
- 83 BayHStA, UU57. Brief von Prof. Krumin an den Deputy Director des Church World Service vom 5. Februar 1948.
- 84 BayHStA, UU55. Musterformular Ausländerschulen in Bayern Nr. 12 vom 12. August 1948.

sich dort mit großem Enthusiasmus und Engagement auf ein neues Leben vorbereiteten, allen Traumatisierungen durch die Verfolgung zum Trotz. Mithilfe der Alliierten und der UNRRA konnten die DPs eines ihrer anspruchsvollsten Selbsthilfeprojekte verwirklichen und eine eigene Hochschule von zeitweise beachtlichen Ausmaßen aufbauen. Die UNRRA-Universität ist ein beeindruckendes Beispiel für ihren Lebensmut und ihr Vertrauen in die Zukunft.

60 JAHRE ISRAEL

Helmut Schmidt: Seine Beziehungen zu Israel und den Juden

In seiner mehr als achtjährigen Amtszeit als Bundeskanzler bewährte sich Helmut Schmidt als sachkundiger und effektiver Politiker beim Aufbau der westdeutschen Wirtschaftsmacht, bei der Festigung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sowie bei der Schaffung des europäischen Währungssystems als Vorläufer des Euro.¹ Darüber hinaus war er auch an der pragmatischen Fortsetzung der Ostpolitik und Wahrung des strategischen Gleichgewichts zwischen West und Ost maßgeblich beteiligt. Insbesondere zeichnete er sich durch die erfolgreiche Bekämpfung des linksextremistischen Terrors aus. Auch nach seiner Abwahl blieb er und ist bis heute – als Publizist und Mitherausgeber der *Zeit* – eine zu beachtende Stimme in der deutschen Öffentlichkeit. In seinem neunzigsten Lebensjahr erfreut er sich großer Popularität und wird allgemein als einer der bedeutendsten Staatsmänner der Bundesrepublik geschätzt.

In der kollektiven Erinnerung Israels dagegen gilt er als der deutsche Regierungschef, der dem Land gegenüber weniger Sympathie bezeugte als beispielsweise seine Vorgänger Konrad Adenauer und Willy Brandt oder sein Nachfolger Helmut Kohl. Das ist im Wesentlichen auf seine Konfrontation mit dem rechtsnationalistischen Premierminister Menachem Begin (Likud) zurückzuführen, hängt aber auch mit seiner Weigerung zusammen, den Besuch von Beginns Vorgänger, Jitzhak Rabin, 1975 in Deutschland durch einen Gegenbesuch als Kanzler zu erwidern.

1 Mein Dank gilt insbesondere Dr. Christoph Stamm, dem verantwortlichen Referenten des Helmut-Schmidt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) in Bonn, für seine langjährige Hilfe bei meiner dortigen Forschungsarbeit. Danken möchte ich auch Frau Heike Lemke, der Verantwortlichen für das Helmut Schmidt-Archiv in Hamburg, die mir bei meinem Arbeitsbesuch im September 2007 helfend zur Seite stand.

Es stellt sich nun die Frage, ob die seit Beginn der siebziger Jahre zunehmenden deutsch-israelischen politischen Meinungsverschiedenheiten und gegensätzlichen Interessen bei vielen Israelis zu dem negativen Schmidt-Image beitrugen und ob die sukzessive Entfremdung von Israel bei Teilen der SPD an diesem Prozess mitwirkte. Zu berücksichtigen ist auch, welche Rolle dabei der selbstbewusste und manchmal schroffe sozialdemokratische Kanzler selbst spielte, der wie viele andere seiner Generation in seiner Jugend durch die nationalsozialistische Erziehung beeinflusst und durch den langen Wehrmachtsdienst geprägt worden war. Vielleicht waren die dauernden Spannungen während Schmidts Kanzlerschaft zwischen der Bundesrepublik und Israel ein Hinweis – und wahrscheinlich nicht der letzte – auf die Labilität der deutsch-jüdischen-israelischen Beziehungen nach dem Holocaust.

I.

Während der Krise der Erhardschen Nahostpolitik 1964/65, als die Bundesregierung auf arabisches Drängen die offiziell geheim gehaltenen Waffenlieferungen nach Israel suspendierte, wurde Schmidt, der damals schon ein einflussreiches Mitglied des SPD-Parteivorstandes war, zum ersten Mal mit dem israelisch-arabischen Konflikt und seinen Auswirkungen auf die deutsche Politik konfrontiert. Zu dem Zeitpunkt war in Israel noch die Mapai (seit 1968 Arbeitspartei) an der Macht, die, obwohl über das Ausbleiben voller diplomatischer Beziehungen und über die damals noch nicht abgeschaffte Verjährungsfrist für Mord enttäuscht, an der Entwicklung positiver Beziehungen zu Bonn interessiert war. Noch im Frühjahr 1964 hatte sich Schmidt im Parteivorstand gegen eine von pro-israelischen Mitgliedern befürwortete SPD-Initiative ausgesprochen, die eine sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und den Rückruf der Waffenexperten vorsah.²

Trotz des schwierigen Anfangs war Israel an Schmidt sehr interessiert. Nachdem er als führender Verteidigungsexperte der SPD nach den Wahlen im Herbst 1965 in den Bundestag zurückgekehrt war, wurde Schmidt mit seiner Frau und

2 Protokolle des Parteivorstandes, 29. 5. 1964, AdsD; die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgte durch Ludwig Erhard im März 1965.

Tochter im Sommer 1966 zu einem halboffiziellen Besuch nach Israel eingeladen. Der 47-jährige Politiker traf mit Außenminister Abba Eban und anderen führenden Mapai-Mitgliedern sowie mit Vertretern der Gewerkschaftsorganisation zusammen. Den persönlichen Höhepunkt seiner Reise bildete ein Gespräch im Hause Golda Meirs, damals Generalsekretärin der Mapai, die Schmidt durch ihre Bescheidenheit besonders imponierte. Ihm missfiel das in den israelischen Zeitungen vorherrschende negative Deutschlandbild, und er sprach sich für einen engen Kontakt beider sozialdemokratischer Parteien aus.³ Noch im selben Jahr trat Schmidt der von Adolf Arndt gegründeten Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei, die sich für die israelischen Belange in der deutschen Gesellschaft und Politik einsetzte. Dreißig Jahre später begründete Schmidt seine damalige Sympathie für Israel mit der Aussichtslosigkeit auf einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Seine spätere Wende zur „inneren Neutralität“ führte er auf die wiederholten militärischen Aktionen Israels und dessen harte Politik gegenüber den Palästinensern zurück. Auch Schmidts Gespräche mit dem Herrscherhaus Saudi-Arabiens, in denen gemeinsame wirtschaftliche und finanzielle Interessen im Vordergrund standen, waren dafür maßgeblich.⁴

Während des Sechstagekriegs im Juni 1967 lag es an Helmut Schmidt, in seiner Funktion als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition, die Position der SPD zu dem Konflikt darzustellen. Die Erklärung,⁵ die im Auftrag einer Arbeitsgruppe der Fraktion erstellt wurde, erwähnte einerseits die historische Freundschaft der Bundesrepublik mit den arabischen Staaten, andererseits aber auch die moralischen Verpflichtungen gegenüber dem Staat Israel. Die arabische Seite bedankte sich bei Schmidt, der sich für eine Soforthilfe von fünf Millionen DM für die nach Jordanien geflüchteten Palästinenser eingesetzt hatte. Diese Summe wurde nach einem Besuch einer Bundestagsdelegation in Amman

- 3 Helmut Schmidt, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 335 f.; Schmidt an Golda Meir, 1-7 1966, Bestand Helmut Schmidt, 5516, AdsD [im Folgenden Bestand Schmidt, AdsD]; Ari Rath, *Visitors Gallery, Shadow Defence Minister Concludes Visit Today*, *Jerusalem Post*, 15. 6. 1966.
- 4 Schmidt, *Weggefährten*, S. 337 f.
- 5 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung, 7. 6. 1967, S. 5267–5288. Schmidts Erklärung war von Peter Blachstein, Erhard Eppler, Kurt Mattick und Karl Mommer verfasst worden, SPD-Bundestagsfraktion, 199, 6. 6. 1967, AdsD.

auf fünfundzwanzig Millionen DM aufgestockt.⁶ Auch hier erwies sich Schmidt als Pragmatiker und nicht als einseitig pro-israelisch.

Helmut Schmidt war ein entschiedener Gegner der 1968er-Bewegung in Deutschland. Er fand die Anschuldigungen an die Vätergeneration zu verallgemeinernd und den Vergleich zwischen dem NS-Regime und der Bundesrepublik, auf deren Leistungen er stolz war, irreführend. Schmidt bat den israelischen Botschafter Asher Ben-Natan, dessen Vorträge in Hamburg und Frankfurt gestört wurden, zu unterscheiden zwischen dem Verhalten kleiner terroristischer Gruppen und der jungen Generation an sich, die jeglichen Meinungsterror verabscheue.⁷ Trotzdem mehrten sich die anti-israelischen und pro-palästinensischen Kundgebungen. Bis zum Sechstagekrieg hatte die große Mehrheit der deutschen Linken mit Israel sympathisiert. Danach erfolgte der Umbruch,⁸ der sich auch auf die nicht-radikale Linke auswirkte und später die zunehmende Entfremdung wesentlicher Teile der SPD gegenüber Israel zur Folge hatte. Bei führenden Vertretern des rechten Parteiflügels wie beispielsweise Helmut Schmidt sollte auch aus anderen, nicht ideologischen, sondern realpolitischen Gründen ein Abkühlen der Beziehungen erkennbar werden. Andererseits wurden in den 70er-Jahren die Kontakte zwischen sozialdemokratischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen und israelischen Partnern weiter ausgebaut. Sie trugen zur gegenseitigen Verständigung und zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Juden in Israel bei.

II.

In der ab Oktober 1969 in Bonn regierenden sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt galt Schmidt in seiner Funktion als Verteidigungsminister kurze Zeit als der

- 6 Hassan Gulick, Helmut Schmidt und der Nahostkonflikt, in: Partnerschaft mit der arabischen Welt 41 (1999).
- 7 Schmidt an Asher Ben-Natan, 13. 6. 1969, Helmut Schmidt Archiv, Hamburg [im Folgenden Schmidt Archiv].
- 8 Vgl. Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke: Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1994; Reinhard Renger (Hrsg.), Die deutsche „Linke“ und der Staat Israel, Leipzig 1994.

zuverlässigste Freund Israels.⁹ Die Ostpolitik der neuen Regierung wurde in Jerusalem von Anfang an mit Misstrauen verfolgt, insbesondere weil Israel sich im „Kalten Krieg“ als verlässlicher pro-westlicher Partner gegen die israelfeindliche Sowjetunion verstand. Hinzu kamen die westdeutschen Bemühungen, die 1965 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten neu aufzunehmen, der Einfluss der FDP, die politisch meist nicht viel Sympathien für Israel übrig hatte, sowie die 1973 erfolgte Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO. Auch der Kniefall Willy Brandts vor dem Warschauer Ghettokämpferdenkmal konnte die israelischen Befürchtungen nicht ausräumen.

Der israelische Botschafter Elyashiv Ben Chorin unterhielt regelmäßige Kontakte zu Schmidt und seinen Mitarbeitern. Seine Vorgesetzten in Jerusalem hofften sogar, sie wären durch Schmidt imstande, die Bundesrepublik von US-Präsident Richard Nixons Haltung im Nahostkonflikt und von den Sicherheitsinteressen Israels zu überzeugen.¹⁰ Schmidt, der von den Leistungen der israelischen Streitkräfte im Sechstagekrieg sehr beeindruckt war, gab im SPD-Arbeitskreis für auswärtige Politik zu bedenken, dass Israel für das westliche Bündnis in der Region wichtiger sei als Griechenland oder die Türkei. Im Kabinett bezeichnete er Israel als den „einzige[n] stramm westlich orientierte[n] Staat“, der vom Standpunkt der Verteidigung aus auch für Deutschland sehr wichtig sei, neben allem anderen, „was uns Israel gegenüber besondere Verpflichtungen auferlege“.¹¹ Auf Veranlassung des Verteidigungsministeriums trafen sich deutsche und israelische Offiziere zu einem Meinungs- und Informationsaustausch.¹² Die Waffenlieferungen, die auch nach der 1965 proklamierten Suspendierung nie ganz aufgehört hatten, erfolgten trotz Einspruchs des von Walter Scheel (FDP) geleiteten Auswärtigen

9 Elyashiv Ben-Chorin an Yochanan Meroz, israelisches Außenministerium Jerusalem, 16. 7. 1970, Israelisches Staatsarchiv, Dokumente zur Auswärtigen Politik 4579/38 [im Folgenden ISA, DAP].

10 Gershon Avner, israelisches Außenministerium, an Ben-Chorin, Bonn, 3. 7. 1970; ISA, DAP, 4579/38.

11 Ben-Chorin an israelisches Außenministerium, 22. 6. 1971, ISA, DAP, 4572/39; Notiz vom 11. 6. 1971, Kabinettsitzung 9. 6. 1971, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), 1971, Bd. II, Nr. 205, S. 953.

12 Ben-Chorin an Meroz, 16. 7. 1970, Bar-On an A. Ben Yosef, Verteidigungsministerium, 19. 7. 1970, Ben-Chorin an Meroz, 22. 5. 1970, ISA, DAP, 4572/38.

Amtes weiter.¹³ Wie andere bedauerte auch Schmidt, der nach seinem Wechsel ins Finanzministerium zu einem der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden aufgerückt war, dass Amerika während des Jom Kippur-Krieges 1973 die deutsche Neutralität missachtete, indem es in Bremerhaven auf israelische Schiffe amerikanische Waffen verfrachtete. Die noch während der Brandt-Regierung im Schatten des arabischen Ölbojkotts erreichte Übereinstimmung zwischen den damaligen neun EG-Mitgliedern, die eine Räumung aller von Israel besetzten Gebiete und die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser vorsah, bestimmte in den folgenden Jahren die europäische Nahostpolitik und scheint auch Schmidt, noch bevor er Kanzler wurde, beeinflusst zu haben.¹⁴

Die politische und strategische Schwächung Israels nach dem Jom Kippur-Krieg, die zunehmende Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft, die engere Kooperation mit Frankreich nach der Wahl Valéry Giscard d'Estaings zum französischen Staatspräsidenten, die deutsche UNO-Mitgliedschaft und das wachsende deutsche Interesse an wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Staaten – all das führte dazu, dass Schmidt nach und nach seine Haltung gegenüber Israel änderte. Auch unilaterale Schritte, wie zum Beispiel die Erklärung des westdeutschen UNO-Botschafters Rüdiger von Wechmar im November 1974, die Bundesrepublik bejahe das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Anrecht auf eine eigene staatliche Autorität, trugen in Israel zur Verstimmung bei.¹⁵

Die Diskrepanz zwischen den deutschen beziehungsweise westeuropäischen und israelischen Positionen zeigte sich bereits in den ersten Jahren der Schmidt-Regierung. Während die Bundesrepublik und die anderen EG-Staaten auf einem israelischen Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten bestanden, war Israel, wie in dem von den USA geforderten Interimabkommen, lediglich bereit, sich von einem Teil des Sinai zurückzuziehen. Trotz allem war die seit 1974 amtierende

13 Walter Scheel an Schmidt, 20. 11. 1969, AAPD, 1969, II, Nr. 372, S. 1317 f.

14 Präsidium der SPD; Kurzprotokoll der Sitzung vom 30. 10. 1973, PV Präsidium, 238, AdsD; Erklärung der neun EG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 148, 14. 11. 1973.

15 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 148, 14. 11. 1974; Sitzung des Präsidiums der SPD, 26. 11. 1974, SPD Pressemitteilungen und Informationen 552/74, AdsD.

Rabin-Regierung an einem Besuch des Premierministers in Deutschland sehr interessiert. Man hegte die Hoffnung, dass in der unfreundlichen Atmosphäre, die nach dem Jom Kippur-Krieg in den meisten europäischen Staaten Israel gegenüber vorherrschte, der Besuch als diplomatischer Erfolg gewertet und die Zusammenarbeit mit Bonn auf verschiedenen Gebieten fortgesetzt werden würde. Wie aber voraussehen war, kam es bei den politischen Gesprächen zwischen den beiden Regierungschefs zu keiner Verständigung.¹⁶

Vergeblich versuchte der Kanzler, Rabin davon zu überzeugen, dass eine Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzung infolge des Status quo eine Weltwirtschaftskrise auslösen könne, die auch Israel gefährden würde.¹⁷ Aus seinen Gesprächen mit Rabin folgerte Schmidt, dass der pro-amerikanische israelische Premier hauptsächlich an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, damals schon Israels zweitgrößter Handelspartner, interessiert sei, und er sich weder von der deutschen noch von der europäischen Kritik an Israels Politik beeindrucken ließ.¹⁸ Dennoch war Schmidts Regierung noch vor Rabins Besuch an der Verabschiedung des ersten israelischen Freihandelsabkommens mit der EG beteiligt. Auch die jährliche Wirtschaftshilfe von 140 Millionen DM wurde erneuert und eine gemeinsame deutsch-israelische Wirtschaftskommission gegründet, die 1976 zum ersten Mal zusammentraf.¹⁹ Ein Novum war der über das Auswärtige Amt organisierte erste offizielle Besuch des Zentralrats der Juden in Deutschland in Israel. Angesichts der politisch festgefahrenen Lage sollte gerade diese Delegation, die in Israel für die Anerkennung einer jüdischen Existenz in Deutschland warb, zur Entspannung beitragen.²⁰ Obwohl in den offiziellen Protokollen nicht erwähnt, wurde auch die Anfang der 70er-Jahre begonnene

16 Protokolle der Gespräche zwischen Schmidt und Rabin, Bonn 9. 7. 1975, AAPD, 1975, Bd. II, Nr. 154, S. 895–904.

17 Dr. Böcker, Vermerk an Genscher, 9. 7. 1975, Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes [imFolgenden PAAA]; ZW Bd. 104784.

18 Schmidt resümierte seine Eindrücke von Rabin in einem inoffiziellen Gespräch mit einem führenden Journalisten der Springerpresse (oder mit Axel Springer selbst). Gesandter Yitzhak Ben-Ari an N. Yaish, Israelisches Außenministerium, 27. 7. 1975, ISA, DAP, 8532/18.

19 Rolf Vogel, *Der deutsch-israelische Dialog*, Bd. 1/2, München 1987, 23.–25. 3. 1976, S. 622–626.

20 Botschafter Per Fischer, Tel Aviv an Auswärtiges Amt, 22. 11. 1976, PAAA, ZW 108733.

Kooperation bei der Bekämpfung terroristischer Gruppen in beiden Ländern fortgesetzt.²¹

Der von Rabin vorgeschlagene Gegenbesuch fand während Schmidts Kanzlerschaft nicht statt. Wegen der unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten wurde der weitere direkte Kontakt hauptsächlich den Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Yigal Allon überlassen, die jedoch, trotz Beteuerungen gegenseitiger Freundschaft, keinen Durchbruch erzielten.²² Dagegen drückte der Kanzler anlässlich des ersten Besuchs des ägyptischen Präsidenten Anwar-as Sadat (29. 3. bis 3. 4. 1976) in einem Interview seine Zufriedenheit aus über die freundschaftlichen und engen Beziehungen mit den arabischen Staaten, insbesondere mit Ägypten. Sadat beeindruckte Schmidt mehr als viele andere Politiker.

Symptomatisch für die deutsch-israelischen Beziehungen am Ende der Rabin-Regierung war Schmidts Antwort auf eine Frage Allons: „Das deutsche Volk habe noch Sympathien für Israel, aber weniger als früher wegen der Westbank und dem Golan.“²³ Nach dem Machtwechsel in Jerusalem war der Gegenbesuch nicht mehr aktuell, obwohl Begin durch Außenminister Moshe Dayan die Einladung wiederholte.²⁴

- 21 Über die Zusammenarbeit zwischen deutschen Linksterroristen (RAF, B2J und RZ) und palästinensischen Terroristen, hauptsächlich der Popular Front for the Liberation of Palestine, siehe Eli Karmon, Deutsche Terroristen – haben sie sich mit der palästinensischen Terrororganisation verbündet?, in: Politische Studien 50 (1999), S. 368. Die Kooperation zwischen israelischen und deutschen Sicherheitsbehörden begann nach den Olympischen Spielen in München, bei denen elf israelische Sportler getötet wurden. Über die diplomatischen Kontakte mit Bonn vor der israelischen Aktion zur Befreiung der Geiseln des entführten Air France Flugzeugs in Entebbe war man in Jerusalem zufrieden (ISA, DAP, 8495/35). Dennoch bat Genscher, Israel möge in Verbindung mit der Terrorbekämpfung „niedriges Profil bewahren“, Meroz an israelisches Außenministerium, 22. 10. 1976, ISA, DAP, 8495/34; Ulrich Wegener, der Kommandant der GSG 9, der im Oktober 1977 zur Befreiung der Lufthansamaschine „Landshut“ eingesetzt wurde, war 15 Monate zuvor Beobachter bei der israelischen Befreiung der Air France Maschine in Entebbe, Willi Winkler, Die Geschichte der RAF, Berlin 2007, S. 343, 502.
- 22 Wie z. B. Gespräch Genscher-Allon, 27. 11. 1975, AAPD, 1975, II, Nr. 358, S. 1695–1704 und derselben, 29. 6. 1976, AAPD, 1976, I, Nr. 200, S. 927–931.
- 23 Schmidt-Allon, 24. 6. 1976, AAPD, 1976, I, Nr. 201, S. 942–947.
- 24 Begin ließ Schmidt wissen, dass Rabins Einladung weiter bestehe, aber der scheidende deutsche Botschafter in Tel Aviv und auch andere Diplomaten im Auswärtigen Amt rieten mehrmals, den Schmidt-Besuch zu verschieben; Besuch Moshe Dayans in Bonn 28.–30. 11. 1977, Gespräch mit Schmidt, AAPD, 1977, II, Nr. 339, S. 1621–1626, hier S. 1621 f.; Oldenkott

III.

Das schwierigste Kapitel in den Beziehungen Schmidts zu Israel begann, als die Arbeitspartei, die seit der Staatsgründung Israels und auch schon zuvor dominiert hatte, abgewählt wurde und eine Rechtsregierung unter Menachem Begin an die Macht kam. Es waren die nun folgenden politischen Stellungskämpfe, die im Wesentlichen zum negativen Schmidt-Image in der kollektiven Erinnerung Israels beitrugen. Während die Auseinandersetzungen zwischen Schmidt und Rabin meist auf sachlicher Ebene verliefen, verschärften sie sich jetzt durch grundlegende politische und gefühlsmäßige Gegensätze. Anders als in der Bundesrepublik, wo der Unterschied zwischen den beiden großen Volksparteien in Bezug auf Israel verhältnismäßig klein war, vertrat die revisionistische Cherut, der Kern des Likud, seit Beginn der Wiedergutmachungsverhandlungen und schon vorher eine traditionell antideutsche Position. In Israel beeinflusste die Wende von 1977 nicht nur die diplomatische Szene, sondern auch die öffentliche Meinung. Hinzu kam der persönliche Antagonismus zwischen dem oft arroganten Kanzler, der auf Kritik nicht immer diplomatisch reagierte, und dem emotionalen israelischen Politiker, der nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen nach Litauen geflohen und so der NS-Verfolgung entkommen war – im Gegensatz zu seinen Eltern und vielen seiner Verwandten, die von den Deutschen ermordet wurden. Mehr als seine Vorgänger und auch Nachfolger war Begin von der Kollektivschuld der Deutschen am Mord der sechs Millionen Juden überzeugt, was Schmidt wiederum kategorisch zurückwies.

Nach dem schmerzhaften Verzicht auf ganz Sinai, der nach Präsident Sadats Besuch in Jerusalem den Weg für den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag ebnete, hoffte Begin, das palästinensische Problem in den besetzten Gebieten im Rahmen einer begrenzten Autonomie lösen zu können, was aber allen internationalen Stellungnahmen widersprach. Die von Axel Springer an Schmidt übermittelte Botschaft Begins,²⁵ in der er gebeten wurde, sich nicht öffentlich zu bestimmten Problemen des Friedensprozesses, wie zum Beispiel den Siedlungen in den nach

an Schmidt, Bestand Schmidt, 5. 8. 1977: 6709; auch Bestand Schmidt, 8. 11. 1977: 6796, AdsD.

25 Axel Springer an Helmut Schmidt, 23. 1. 1978, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.

1967 besetzten Gebieten, zu äußern, wurde vom Kanzler nicht befolgt.²⁶ Schmidt erkannte schon früh, dass gerade die Siedlungen, insbesondere die in der Westbank, das größte Hindernis bei einer Räumung der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete sein würden. Dies sollte bis Ende seiner Kanzlerschaft und auch darüber hinaus ein zentrales Element seiner Kritik an Israels Politik bleiben. Schmidts wiederholte Warnung, Israels Siedlungspolitik beschwöre eine Kriegsgefahr herauf, provozierte Begin zu der Antwort, dass Deutsche, die für den Mord an sechs Millionen Juden, darunter eineinhalb Millionen jüdischen Kindern, verantwortlich seien, kein Recht hätten, Israel Ratschläge zu erteilen.²⁷ Der Beschluss, die PLO an den Verhandlungen zur Lösung des Konflikts zu beteiligen, der auf eine deutsch-französische Initiative auf dem EG-Gipfel in Venedig im Juni 1980 zurückging,²⁸ wurde von Israel kategorisch abgelehnt. Yitzhak Shamir, ab 1983 Begins Nachfolger, schlug zwar während seines Besuchs als Außenminister in Bonn Ende 1980 moderatere Töne an, aber auch zwischen ihm und Schmidt kam es zu keinem „konstruktiven Dialog“.²⁹ Nur dank des Widerstands einer großen Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion, die teils einen Waffenverkauf außerhalb der NATO ablehnte und teils auf Israels Interessen Rücksicht nahm, konnte Schmidt den angestrebten Verkauf von Leopard-2 Panzern und anderem militärischen Gerät an Saudi-Arabien nicht verwirklichen. Dieselben Panzer wurden einige Jahre später von der Kohl-Regierung verkauft.³⁰

- 26 Schmidts Interview mit der Jerusalem Post, 22. 6. 1980. Darin sagte Schmidt, er glaube nicht, dass das schlechte Gewissen [der Deutschen] die Basis sein solle für die Unterstützung Israels durch die Bundesrepublik.
- 27 „Deutscher Rat unerwünscht“, in: Die Welt vom 25. 6. 1980.
- 28 Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 16. 6. 1980. Darin distanzierte sich Johannes Rau von der in Venedig verabschiedeten Stellungnahme zur PLO, wohingegen Willy Brandt es bedauerlich fand, dass sie nicht schon früher zustande gekommen sei. Bestand Schmidt: 6321, AdsD.
- 29 Gespräch Schmidt-Shamir, 17. 11. 1980, Bonn, Vermerk 21. 11. 1980, Bestand Schmidt: 8927, AdsD.
- 30 Michael Wolfssohn, *German-Saudi Arabian Arms Deals, 1936–39 and 1981–1985*, Frankfurt a. M. 1985, S. 669 ff., über die SPD-Fraktion, S. 76 ff. Schon im November 1977 gab es Berichte von arabischen Quellen, denen zufolge Schmidt erwog, Riad die gewünschten Leopardpanzer zu verkaufen, aus Dankbarkeit für die Hilfe Riads, die Regierung Somalias dazu zu bewegen, die Landung des deutschen Kommandos und damit die Befreiung der Geiseln der entführten Lufthansamaschine in Mogadischu zuzulassen, Middle East Report, 6. 11. 1977, ISA, DAP, 2735/13; Davar übernahm dasselbe von UP und Reuter, 8. 11. 1977, ISA, DAP, 8495/33.

Die Konfrontation zwischen Schmidt und Begin erreichte ihren Höhepunkt nach einer Fernsehdiskussion, die in Verbindung mit einem Besuch des Kanzlers in Abu Dhabi und Saudi-Arabien stattfand und zu einer Erweiterung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beider Länder mit Deutschland beitragen sollte. In diesem Gespräch bezeichnete Schmidt Saudi-Arabien neben den USA und Europa als Deutschlands wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner. Weiter erwähnte er, dass im Gegensatz zu dem „ganzen moralisch-historischen Gepäck“, das mit Auschwitz verbunden sei und die gegenwärtige deutsche Generation sowie die deutsche Außenpolitik gegenüber verschiedenen europäischen Ländern belaste, die „arabischen Völker so ziemlich die einzigen [seien], die mit den Deutschen keine negativen Erfahrungen gemacht haben“. Schmidt fügte hinzu, dass man als Deutsche im Westen, die den Anspruch auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes (im Osten) erheben, auch den moralischen Anspruch des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf eine staatliche Organisation anerkennen müsse.³¹ Schmidts Argumentation, ohne auch den moralischen Anspruch des jüdischen Volkes zu erwähnen, bewog den im Wahlkampf befindlichen Begin zu seinem bisher schärfsten öffentlichen Angriff auf den deutschen Bundeskanzler. Dabei kritisierte er Schmidts Habgier bei den wirtschaftlichen Abmachungen mit den Saudis, seine Loyalität zu Hitler als Offizier der Wehrmacht und schob noch die rhetorische Frage nach, was er denn mit den Juden an der Ostfront getan habe.³² In Deutschland wiesen Politiker, Presse und Bevölkerung – mit unterschiedlichen Nuancen – Begins persönlichen Angriff auf den Kanzler entschieden zurück,³³ wogegen man sich in Israel mehrheitlich mit Begin solidarisierte.³⁴ Die oppositionelle Arbeitspartei versuchte ihre Zurückhaltung mit wahltaktischen Erwägungen zu entschuldigen, obwohl auch sie andere Formulierungen vorgezogen hätte.³⁵

31 Helmut Schmidt zum Stand der deutsch-arabischen Beziehungen, Deutsches Fernsehen (BPA-Nachrichtenabteilung), Interview 30. 4. 1981, Schmidt-Archiv, Hamburg.

32 Interview mit Begin im israelischen Rundfunk, 4. 5. 1981, Nachrichtenspiegel vom 7. 5. 1981, Schmidt-Archiv, Hamburg.

33 Werner Bergmann, Realpolitik versus Geschichtspolitik. Der Schmidt-Begin-Konflikt von 1981, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 7 (1998), S. 266–287; Reaktion der deutschen Juden, Süddeutsche Zeitung vom 11. 5. 1981.

34 Nachum Orland, Das Deutschlandbild der israelischen Presse, Frankfurt a. M. 1984, S. 43–60.

35 Abba Eban an Schmidt, 27. 5. 1981: 6598, AdsD.

Alle Bemühungen im Laufe des folgenden Jahres, so auch die der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Annemarie Renger,³⁶ den Streit zwischen Begin und Schmidt zu schlichten, blieben erfolglos. Der Händedruck zwischen Begin und Schmidt während des Staatsakts in Kairo für den ermordeten Anwar-as Sadat blieb lediglich eine protokollarische Geste. Begin vermied es auch weiterhin, sich bei Schmidt zu entschuldigen. Schmidt seinerseits wies Herbert Wehners Kritik an seiner Weigerung zurück, Israel den lange verschobenen Besuch abzustatten, und fügte hinzu, dass er viele Freunde in Israel und unter den Juden in der ganzen Welt habe.³⁷

Indirekt half Begin Schmidt mit seinen Kollektivbeschuldigungen, das Besondere in den „normalen Beziehungen mit besonderem Hintergrund/oder Charakter“³⁸ abzuwerten und den deutschen außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Obwohl Schmidts Regierung die regulären Verpflichtungen gegenüber Israel erfüllte, waren die deutsch-israelischen Beziehungen an einem Tiefpunkt angelangt. Es sollte noch Jahre dauern, bis die Beziehungen, nach einem holprigen Beginn während der Kanzlerschaft Helmut Kohls neue Impulse erhielten.

IV.

Noch vor der Eskalation der Begin-Krise war Schmidt an Kontakten mit der seit 1977 oppositionellen Arbeitspartei und auch an anderen israelischen Politikern interessiert, die sich mit Begins antideutscher Linie nicht identifizierten. Trotz der

36 Annemarie Renger, 30. 10. 1981, Bericht über Besuch in Israel, 23.–27. 10. 1981, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg; vgl. Annemarie Renger, Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993, S. 317 ff. Ungeachtet seiner antideutschen Haltung empfing Begin während seiner Amtszeit eine Reihe deutscher Politiker, die auch in der Wehrmacht gedient hatten, wie zum Beispiel Franz Joseph Strauß, Hans-Dietrich Genscher, Karl Carstens sowie die Botschafter Klaus Schütz und Niels Hansen.

37 „EG-Beschluß eine Verlegenheit“, Interview mit Herbert Wehner, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Bonn 30. 10. 1981; Schmidt an Wehner, 16. 11. 1981, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.

38 Zur Kontroverse über „normale Beziehungen“, siehe Amnon Neustadt, Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt a. M. 1983, S. 188–204.

Vorbehalte gegenüber der israelischen Politik, die er bereits vor dem Machtwechsel geäußert hatte, wollte er nicht in die anti-israelische Ecke gedrängt werden. Er hoffte, seine Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass „er sich Israel gegenüber mindestens ebenso verpflichtet und engagiert [fühle] wie Adenauer“. ³⁹ Abba Eban, der sich am weitgehendsten mit Schmidts Kritik solidarisierte, betonte, „Begin zerstör[e] mit seiner Schroffheit das Prestige Israels in der Welt und sogar bei den Juden“. Schmidt bemerkte seinerseits, „die gegenwärtige israelische Regierung benimmt sich wie eine Supermacht [...]. Diese Haltung schafft aber keine Freunde in der Welt“. Er selbst bedauere „zutiefst den Niedergang des israelischen Ansehens in der Welt“. ⁴⁰ Shimon Peres, der Vorsitzende der Arbeitspartei, war vorsichtiger und riet Schmidt, in Deutschland etwas Positives über Israel zu sagen, vielleicht nach dem Rückzug aus dem Sinai, ohne Begin weder positiv noch negativ zu erwähnen. Peres kritisierte Begins strategisches Konzept, die Sowjetunion als Feindesland zu bezeichnen, ohne auf die Millionen sowjetischen Juden Rücksicht zu nehmen. ⁴¹ Im Gegensatz zu den Israelis machte Schmidt keine Bemerkungen über die Politik der anderen deutschen Parteien.

Moshe Dayan, der aus der Arbeitspartei ausgeschieden und mehr als zweieinhalb Jahre in Begins Kabinett Außenminister war, traf kurz nach Sadats Besuch in Jerusalem im November 1977 sowie im September 1979 mit Schmidt zusammen. Obwohl Schmidt und Dayan in Bezug auf die Zukunft der Westbank, die israelischen Siedlungen, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Israels künftigen Grenzverlauf ⁴² entgegengesetzte Meinungen vertraten, fühlte sich Schmidt zu Dayans Persönlichkeit hingezogen. Dayan blieb bis zu seinem Tod einer der israelischen Politiker, die ihn am meisten beeindruckten. In seinem Buch „Weggefährten“ erwähnte Schmidt, dass Dayan – der ihn einige Male in Bonn und Hamburg auch privat besucht hatte – ein Herz für die Palästinenser habe, ihre Sprache spreche und ihre Art des Lebens, ihre Gastfreundschaft und ihren Umgang mit anderen Menschen liebe. ⁴³ Dies imponierte Schmidt weitaus mehr als dessen militärische Vergangenheit.

39 Memo über Gespräch Schmidt-Schütz, 8. 2. 1979, Bestand Schmidt: 8825, AdsD.

40 Gespräch Schmidt-Eban, London, 5. 12. 1980, Bestand Schmidt: 6749, AdsD.

41 Gespräch Schmidt-Peres, Bonn, 1. 4. 1982, Bestand Schmidt: 8983, AdsD.

42 Schmidt in der SPD-Bundestagsfraktion, 11. 9. 1979, Bestand Schmidt: 6524, AdsD.

43 Schmidt, *Weggefährten*, S. 347 f.

Als einer der lautstärksten Kritiker der Likud-Regierung wies Nachum Goldmann, der langjährige Präsident des World Jewish Congress (bis 1977) und Vorsitzende der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Begins „geschmacklose“ Angriffe auf Schmidt zurück und beschuldigte den Premierminister, durch seine aggressive Politik die „Judenfrage“ noch zu verschärfen. Noch als die Arbeitspartei an der Macht war, stand Goldmann, kein Israeli, sondern ein kosmopolitischer „Staatsmann ohne Staat“, der israelischen Politik kritisch gegenüber. Nach dem Machtwechsel wurde seine Kritik noch schärfer.⁴⁴ Schmidt hatte Goldmann, mit dem ihn eine enge Beziehung verband, noch vor seiner Kanzlerschaft als SPD-Bundstagsfraktionschef und danach als Finanzminister kennengelernt. Mit dem Kanzler verhandelte Goldmann die Restsumme der Wiedergutmachtungszahlungen in Höhe von 600 Millionen DM, die schließlich auf 400 Millionen DM herabgesetzt wurde.⁴⁵

Der lang verschobene Besuch Schmidts in Israel fand schließlich erst im Mai 1985, im dritten Jahr nach seiner Abwahl, statt. Der Besuch erfolgte auf Einladung von Shimon Peres, der von 1984 bis 1986 als Premier einer Koalition von Arbeitspartei und Likud vorstand. Im Zeichen der Ausgewogenheit kamen Schmidt und seine Frau Hannelore (Loki) nach Israel aus Ägypten, wo sie sich als Gäste Präsident Hosni Mubaraks aufhielten.

Außer Rabin und Shamir traf Schmidt bei seinem Besuch auch die Bürgermeister von Jerusalem und Bethlehem, Teddy Kollek und Alias Freij. In einem Interview mit der führenden israelischen Tageszeitung „Haaretz“ betonte Schmidt, Juden und Deutsche sollten nicht vergessen, dass man trotz der NS-Vergangenheit auch für die Zukunft arbeiten müsse.⁴⁶ 1991 kam Schmidt nochmals nach Israel, wo er an einem Symposium in Jerusalem anlässlich Teddy Kollleks achtzigstem Geburtstag teilnahm. Der Altkanzler lobte Kollek als Vorbild eines demokratischen Politikers und insbesondere seine Toleranz gegenüber den arabischen Bürgern Jerusalems.⁴⁷

44 D. D. P. 6. 5. 1981, Bestand Schmidt: 6828, AdsD. Kurz vor seinem Tod veröffentlichte Goldmann einen äußerst kritischen Artikel: „Israel – wohin gehst du?“, in: Die Zeit vom 13. 8. 1982.

45 Gespräch Schmidt-Goldmann, 8. 10. 1974, AAPD, 1974, Bd. II, Nr. 203, S. 1267–1272.

46 Elyahu Salpeter, Interview mit Helmut Schmidt, Haaretz vom 17. 5. 1985.

47 Schmidt, Weggefährten, S. 355 f., 360. Kollek schrieb an Schmidt, dass er in vielen Punkten mit ihm übereinstimme, aber nicht in Bezug auf den palästinensisch-israelischen Konflikt als Kernproblem des Nahen Ostens, Kollek an Schmidt, 17. 3. 1991, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.

Schmidts Ehefrau hatte Israel bereits während seiner Kanzlerschaft besucht und im Laufe der Jahre beim Aufbau des Botanischen Gartens der Hebräischen Universität mitgeholfen.⁴⁸ Es darf angenommen werden, dass sie als Privatperson für Israel wohl mehr Sympathien aufbrachte als ihr Ehemann.

V.

Helmut Schmidts Querelen mit Begin begannen, als die Erinnerung an den Holocaust zuerst in den USA und Israel, dann auch in Deutschland verstärkt ins öffentliche Bewusstsein drang. Dazu hatte eine Reihe von Faktoren beigetragen: das zeitweilige Abflauen des Kalten Krieges, die Konfrontation der jüngeren deutschen Generation mit ihren Eltern und die sukzessive Veränderung der politischen Kultur, und nicht zuletzt die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, die bei einem breiten Publikum große Wirkung erzielte. Nach Verzögerungstaktiken der konservativ regierten Bundesländer wurde die Serie schließlich 1979 auch in Deutschland ausgestrahlt. Obgleich sie nur in den Dritten Programmen gezeigt wurde, erreichte sie eine Rekordzahl von ca. fünfzehn Millionen Zuschauern. Helmut Schmidt und der SPD-Parteivorsitzende Brandt hatten sich von Anfang an für die Ausstrahlung ausgesprochen. In einem Interview mit dem französischen Fernsehen resümierte Schmidt, die Fernsehserie habe das Verdienst, „bei vielen Menschen mehr Klarheit über die Vergangenheit zu schaffen, als dies ein nüchterner Geschichtsunterricht oder Geschichtsbücher leisten könnten“.⁴⁹

In seinen Gedenkreden in Neuengamme 1965 und auch 1977 in Auschwitz⁵⁰ hatte Schmidt der Opfer gedacht, ohne jedoch direkt die Juden zu erwähnen. 1978, als der Holocaust allmählich auch in der deutschen Geschichte an Bedeutung

48 Gespräch des Autors mit Hannelore Schmidt, Hamburg, 20. 9. 2007. Siehe auch Loki, Hannelore Schmidt erzählt aus ihrem Leben im Gespräch mit Dieter Buhl, Hamburg 2003.

49 Interview BK Helmut Schmidt im französischen Fernsehen zur Wirkung der Fernsehserie „Holocaust“ in: Rolf Vogel (Hrsg.), *Der deutsch-israelische Dialog*, Teil III, Bd. 6 Kultur, München u. a. 1989, S. 124–127.

50 Im Gedenken an die Toten von Neuengamme, 6. 11. 1965, Helmut Schmidt, *Beiträge* 1967, S. 614–618; Helmut Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, Berlin 1990, zu Auschwitz, S. 493–497; Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, *Bulletin* 125, 8. 12. 1977.

gewann, hielt er am vierzigsten Jahrestag der Pogromnacht in der Kölner Synagoge eine sorgfältig vorbereitete Rede. Die Rede war die bis dahin am weitesten gehende Stellungnahme eines deutschen Bundeskanzlers zu dem von dem NS-Regime verschuldeten Verbrechen an den deutschen Juden.

Die Gedenkfeier wurde zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland veranstaltet. Schmidt räumte ein, dass die Ausschreitungen gegen Juden, die Zerstörung von Synagogen und Verwüstungen tausender Geschäfte und Wohnungen vor den Augen vieler deutscher Mitbürger geschahen, wogegen andere von den Geschehnissen nur mittelbar Kenntnis erhielten, und „sehr viel andere davon damals nichts oder fast nichts erfuhren“. Vielleicht, wenn man seinen Erinnerungen Glauben schenken darf, gehörte er zu denen, die als Soldaten zuerst nichts davon gemerkt hatten und erst später von den Stubenkameraden oder Freunden davon hörten und darüber diskutierten. Schmidt betonte, dass die junge deutsche Generation – ohne sie mit Schuld belasten zu wollen – auch mitschuldig werden könne, falls sie nicht ihre heutige und künftige Verantwortung erkenne. Bei der Vorbereitung seiner Kölner Rede hatte Schmidt Martin Bubers Schriften zu Rate gezogen, insbesondere dessen Satz, der sich auch auf Schmidts Vergangenheit während des NS-Regimes beziehen konnte: „Mein der Schwäche des Menschen kundiges Herz weigert sich, meinen Nächsten deshalb zu verdammen, weil er es nicht über sich selbst vermocht hat, Märtyrer zu werden.“⁵¹

Nachum Goldmann, der der Gedenkfeier beiwohnte, meinte, dass trotz der tragischen Vergangenheit „ein neues Kapitel fruchtbarer gegenseitiger Beziehungen und gegenseitiger schöpferischer Beeinflussung zwischen Deutschen und Juden möglich sein werde“.⁵² Jedoch betonte Schmidt in einer Diskussionsrunde mit Historikern, die am selben Abend stattfand, dass Deutschland nicht mehr viele Jahre ein besonderes Verhältnis zu Israel pflegen sollte.⁵³

- 51 Helmut Schmidt, Ansprache in der Großen Synagoge zu Köln, 9. 11. 1978. Eric Warburg, Herbert Weichmann und der israelische Botschafter in Bonn, Yochanan Meroz, hatten dem vom Kanzler beauftragten Mitarbeiter Texte für die Rede übergeben, Vermerk Dr. von Trotta, 3. 11. 1978, Bestand Schmidt: 9551, AdsD.
- 52 Ansprache von Nachum Goldmann, 9. 11. 1978, Köln, Central Zionist Archives, Jerusalem, Z-2749.
- 53 Im ZDF, Die Bonner Runde, Schmidt diskutierte mit Christian Meier, Klaus Scholder, Joachim Fest und Peter Scholl-Latour, 9. 11. 1978, Sammlung Personalialia, Helmut Schmidt, AdsD.

Schmidt hat die USA öfter besucht als die meisten anderen deutschen Politiker. Doch weder als Bundestagsabgeordneter noch als Minister oder in den ersten Jahren als Kanzler hatte Schmidt Interesse gezeigt, mit amerikanischen jüdischen Organisationen Kontakt aufzunehmen. Ein Vorschlag des deutschen Botschafters Berndt von Staden, er solle sich während des zweihundertsten Jubiläums der USA mit einer Delegation der Anti-Defamation-League treffen, wurde vom Auswärtigen Amt in Bonn blockiert. Die Delegation, die sich bei Schmidt für die deutsche Ablehnung der UNO-Resolution vom November 1975 bedanken wollte, in der Zionismus und Rassismus gleichgesetzt wurden, traf sich stattdessen mit der Staatssekretärin Marie Schlei, die Schmidt auf seiner Reise begleitete.⁵⁴

Unter Genscher hatte das Auswärtige Amt mehr Einfluss auf die Nahostpolitik der sozialliberalen Koalition als unter Walter Scheel. Das hatte ein größeres Verständnis für die arabische Seite zur Folge, was im Wesentlichen auch Schmidts Tendenz entsprach. Andererseits aber waren deutsche Diplomaten nach dem Rechtsruck in Israel daran interessiert, zunehmenden anti-deutschen Stellungnahmen amerikanischer Juden entgegenzuwirken. Gespräche zwischen dem Kanzler und dem American Jewish Committee, das schon seit langem an einer Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland interessiert war, verliefen positiv. Dabei wurde das erste Austauschprogramm zwischen der Organisation und der Konrad-Adenauer-Stiftung vereinbart, das die gegenseitige Verständigung und den Abbau von Vorurteilen fördern sollte.⁵⁵ Schmidt war auch der erste Bundeskanzler, der 1980 dem Leo Baeck Institut in New York einen Besuch abstattete.⁵⁶ Wie in Israel, so hoffte man auch in Bonn, die kulturellen Interessen der in die USA eingewanderten ehemaligen deutschen oder deutschsprachigen Juden und ihrer Nachkommen im Sinne einer Förderung der gegenseitigen Interessen zu nutzen – ein Unternehmen, das langfristig Erfolg zeigte.

54 Laurence Leshnik an A. Forster, 19. 7. 1976, über Marie Schleis Gespräch mit ADL-Delegierten, 15. 7. 1976, ADL Archives New York, ADL, Foreign Correspondence Germany; vgl. Notiz vom 11. 6. 1976, Bestand Schmidt: 6680, AdsD.

55 Gespräch einer von Richard Maass geleiteten AJC-Delegation mit Schmidt, 8. 6. 1979, New York, American Jewish Committee Archives New York, BGX 79, Germany/West. Einige führende AJC-Mitglieder wurden von Schmidt davor in Bonn zu einem kurzen Gespräch geladen; vgl. T. Höynck, 27. 3. 1979, an Bundeskanzler, Bestand Schmidt: 7290, AdsD.

56 New York Times vom 20. 11. 1980.

Kurz nach der Konfrontation mit Begin im Mai 1981 hielt Schmidt es für ratsam, den Kontakt auch zu ausgesprochen pro-israelischen Organisationen zu suchen. Einer Delegation der Presidents Conference, eines Dachverbandes amerikanisch-jüdischer Organisationen, die dem Kanzler kritisch gegenüberstand, erklärte Schmidt, dass Bonns Stellungnahme zur PLO von deren Anerkennung der Existenz Israels in sicheren Grenzen unmittelbar abhängig sei. Um seine Glaubwürdigkeit zu bekräftigen, wurde Schmidt bei diesem Gespräch von seinem deutsch-amerikanisch-jüdischen Freund Eric Warburg begleitet, der aber wegen seiner ausgesprochen pro-deutschen Orientierung bei den amerikanischen Juden nicht unbedingt beliebt war.⁵⁷ Dagegen herrschte weitgehende Übereinstimmung beim Meinungsaustausch zwischen Schmidt und dem neu gewählten Präsidenten des World Jewish Congress Edgar Bronfman. Bronfman würdigte den Kanzler als einen Freund Israels und des „jüdischen Volkes“ und erwähnte die guten und engen Beziehungen des WJC mit Deutschland. Schmidt bedankte sich für die Anerkennung, als ein Freund der Juden und Israels zu gelten, obwohl es zurzeit schwer für ihn sei, Letzteres zu sagen, weil er von Begin als Blitzableiter für innenpolitische Probleme benutzt werde.⁵⁸

VI.

In seiner Jugend hatte Schmidt so gut wie keinen Kontakt zu Juden. Nach dem Krieg als Student hörte er Gastvorlesungen von Professor Eduard Heimann, ursprünglich ein Hamburger Jude, von der New School of Social Research in New York, von dem er viel über die politischen und gesellschaftlichen Grundsätze der USA lernte, was sich bei seinen späteren Amerika-Reisen als hilfreich erwies.⁵⁹ Richtungweisend für den in die SPD eingetretenen Studenten war die Lektüre von Richard Löwenthals

57 Gespräch des BK mit neun Vertretern der „Conference of the Presidents of Major American Jewish Organizations“, Washington, 21. 5. 1981, Vermerk Barzing, 22. 5. 1981, Bestand Schmidt: 6770, AdsD; vgl. Gespräch mit Howard Squadron u. a., 7. 7. 1981, Vermerk 8. 7. 1981, Bestand Schmidt: 8959, AdsD.

58 Gespräch des BK mit Edgar Bronfman, Bonn, 13. 5. 1982, Vermerk von der Gablentz, 24. 5. 1982, Bestand Schmidt: 8989, AdsD.

59 Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 162 f.

Schrift „Jenseits vom Kapitalismus“, die dieser unter dem Pseudonym Paul Sering veröffentlicht hatte. Der nach England entkommene ehemalige jüdische Kommunist und Linkssozialist propagierte einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Löwenthal gebrauchte die Formulierung „als Jude von Herkunft und dabei deutsch in Formierung des Geistes“, um seine eigene Situation zu beschreiben. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde Löwenthal einer der prominentesten Verfechter des Reformflügels der SPD.⁶⁰

Schmidt, selbst von kleinbürgerlicher Herkunft, empfand eine große Genugtuung über seine Bekanntschaft mit Eric Warburg, dem Spross der hanseatischen Elite. Der Sohn des Hamburger Bankiers Max Warburg hatte im Krieg in der amerikanischen Armee gedient. Gleich danach aber setzte er sich für das besiegte Deutschland ein und war 1956 nach Hamburg zurückgekehrt. In seinem Testament verfügte er, ohne jegliche jüdische Riten begraben zu werden.⁶¹ Zu Schmidts jüdischen Bekannten in Hamburg zählte auch Herbert Weichmann, der aus den USA zurückgekehrt und 1965 zum Ersten Bürgermeister gewählt worden war. Weichmann und dessen Frau waren bekennende Juden.⁶² Laut Schmidt hatte die Hamburger Theaterdirektorin und Schauspielerinnen Ida Ehre, die dank ihrer „Mischehe“ die Verfolgung überlebt hatte, zu seiner geistigen Orientierung beigetragen.⁶³ Der ungarisch-jüdische Fernseh- und Filmproduzent Gyula Trebitsch, ein langjähriges Mitglied der jüdischen Gemeinde, half Schmidt bei seinem ersten Wahlkampf und war jahrelang mit ihm befreundet.⁶⁴ Eine intellektuelle Freundschaft verband Schmidt mit dem amerikanisch-deutschen Historiker jüdischer Herkunft Fritz Stern. Stern, dessen Eltern und Großeltern zum evangelischen Glauben übergetreten waren, betrachtete sich nach dem Holocaust als „amerikanischer Jude“. Der Historiker, der nach dem Krieg Deutschland oft besuchte, aber nie zurückkehrte, beschäftigte sich zeit seines Lebens mit deutschen und deutsch-jüdischen Themen.⁶⁵

60 Schmidt, *Weggefährten*, S. 124–128.

61 Ebenda, S. 159–163; vgl. Ron Chernow, *The Warburgs: The Twentieth Century Odyssey of a Remarkable Jewish Family*, New York 1993, S. 185 f.

62 Schmidt, *Weggefährten*, S. 548–554.

63 Ebenda, S. 21–26.

64 Ebenda, S. 196 f.

65 Fritz Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen*, München 2007, S. 235. Über die Beziehungen zwischen Stern und Schmidt, siehe S. 524–532.

Henry Kissinger lernte Schmidt bereits 1955 in Harvard kennen. Zwischen den beiden verantwortlichen Politikern der siebziger Jahre gab es auch Meinungsverschiedenheiten, aber Schmidt hielt den in Deutschland geborenen amerikanisch-jüdischen Staatsmann stets für einen Freund Deutschlands.⁶⁶

Schmidt würdigte insbesondere die Entschlossenheit deutscher Juden, die die Verfolgung überlebt hatten oder aus dem Exil zurückkehrt waren, am Aufbau der deutschen Demokratie, Kultur und Wissenschaft aktiv mitzuwirken, wodurch sie ihre Versöhnungsbereitschaft gegenüber Deutschland und den Deutschen unter Beweis stellten. „Es ist ein Wunder, was uns Deutschen nach 1945 geschehen ist, daß viele Juden fähig und willig waren, ihren Haß zu überwinden und abermals Vertrauen in das Land zu investieren, welches sie so entsetzlich enttäuscht hatte“,⁶⁷ schrieb Schmidt in der Rezension eines Buches von Fritz Stern. In seiner Laudatio auf Nachum Goldmann zu dessen 85. Geburtstag sprach er sogar von einer neuen deutsch-jüdischen Symbiose, auch wenn sie noch länger auf sich warten lasse.⁶⁸

VII.

Schmidt, der selbst evangelisch-lutherischen Glaubens ist, erwähnte in seinen Erinnerungen und Interviews seine „pro-jüdischen Sympathien“, die er sich aber nicht zu erklären wusste.⁶⁹ Seine Mitgliedschaft als Hamburger Senator im Vorstand der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit entsprach dem damaligen „bon ton“, war aber kaum von besonderer Bedeutung.⁷⁰

Von seinem eigenen jüdischen Großvater, der den unehelichen Spross eines flüchtigen Verhältnisses mit einer Kellnerin adoptieren ließ, erfuhr Schmidt erst

66 Helmut Schmidt, Würdigung von Dr. Henry Kissinger, Vierzig Jahre Atlantic Brücke, Eric M. Warburg-Preis, 25. 2. 1992, Schmidt-Archiv, Hamburg.

67 Helmut Schmidt, Wie konnte es dazu kommen? Deutschland und seine Juden. Identitäten im Zwiespalt, in: Die Zeit vom 16. 9. 1988.

68 Helmut Schmidt, Ansprache in Amsterdam, 8. 7. 1980, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 83, 17. 7. 1980.

69 Helmut Schmidt, Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend in: Helmut Schmidt u. a., Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1999, S. 226–234, hier S. 228.

70 Prof. Dr. Kraus an Schmidt, 24. 1. 1962, Bestand Schmidt: 5582, AdsD.

als Vierzehnjähriger (1933) durch seine Mutter.⁷¹ Doch auf den Jugendlichen, der einige Jahre zur Marine-HJ gehörte und von der nationalsozialistischen Ideologie beeinflusst war, machte das wenig Eindruck.⁷² Was Schmidt am NS-Regime missfiel, war dessen Bekämpfung der „Entarteten Kunst“,⁷³ wie zum Beispiel der von ihm und seiner Jugendfreundin und späteren Ehefrau bewunderten deutschen Expressionisten. Der „Makel“ verhinderte immerhin, dass Schmidt in die NSDAP eintrat, aus Angst, man könne bei den Nachforschungen für den benötigten „Ariernachweis“ auf seinen jüdischen Großvater stoßen. Aus Rücksicht auf seinen Vater und dessen Scham, unehelich geboren zu sein, vermied es Schmidt bis nach dem Tod des Vaters in den achtziger Jahren, das Geheimnis seiner teilweise jüdischen Herkunft zu lüften.⁷⁴ Vielleicht befürchtete er, dass die Veröffentlichung zu einem früheren Zeitpunkt seiner politischen Karriere hätte schaden können. Andere sozialdemokratische Politiker wie Adolf Arndt, Gerhard Jahn und Egon Bahr hatten den jüdischen Anteil ihrer Vorfahren schon früher öffentlich gemacht. Später forschten Historiker mit Schmidts Einverständnis nach seinen jüdischen Vorfahren. Dabei stellte sich heraus, dass sein leiblicher Großvater Ludwig Gumpel Mitinhaber einer Privatbank und Mitglied einer wohlhabenden Familie aus Bernburg an der Saale war, der 1935 in Karlsbad starb und in seiner Heimatstadt bestattet wurde.⁷⁵

Ein problematischer Punkt in Schmidts Lebensgeschichte war seine vermeintliche „Unkenntnis“ der Judenverfolgung während des Krieges. Dies hatte seine in England lebende Tochter bemängelt, als sie den ersten Entwurf seines Essays „Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend“ las, eine Kritik, die Schmidt schmerzlich traf.⁷⁶ Laut den Notizen, die Schmidt im britischen Gefangenenlager niederschrieb, wurde er dort zum ersten Mal mit der „Endlösung der Judenfrage“, mit Auschwitz und den anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern, mit Gas-

71 Schmidt, Rückblick, S. 226.

72 Ebenda, S. 229 f.

73 Helmut Schmidt, Die „Entarteten“ – ein deutscher Glücksfall, in: Die Zeit vom 19. 6. 1987; Schmidt, Rückblick, S. 236 f.

74 Jonathan Carr, Helmut Schmidt, Düsseldorf/Wien 1986, S. 17 f.; vgl. auch Valéry Giscard d'Estaing, Le Pouvoir et la Vie, Vol. 1, Paris 1988, S. 158–161.

75 Gerrit Aust/Irmgard Stein, Gumpel, Wenzel, Schmidt, Die unbekanntenen Vorfahren von Helmut Schmidt, Hamburg 1994; Rolf Pohlmann, Spuren der jüdischen Anverwandten des Kanzlers Helmut Schmidt, Museum Schloß Bernburg, 2002.

76 Schmidt, Rückblick, S. 269 f.

kammern und Massenmord konfrontiert. Doch seine Beteuerungen, zu Beginn von „Barbarossa“ nur vom Kommissarbefehl (Tötung aller politischen Kommissare) und weder an der Front noch als Offizier daheim von der Judenverfolgung gehört zu haben, sind kaum glaubwürdig.⁷⁷

In dieser Frage kam es 1999 erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen Schmidt, dessen Ehefrau und Michael Blumenthal, dem Direktor des neuen Jüdischen Museums in Berlin, den Schmidt bereits in Amerika als Finanzminister in der Carter-Administration kennengelernt hatte. In einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der dem Verdrängungsproblem gewidmet war, wies Blumenthal, ohne Schmidt namentlich zu erwähnen, auf einen von ihm hochgeschätzten „namhaften deutschen Demokraten“ hin, dem er nicht glaube, während des Krieges nichts von der Vernichtung der Juden gehört zu haben.⁷⁸ In einem Brief an Schmidt betonte Blumenthal, er wolle ihm keine bewusste Unwahrheit unterstellen, aber das private Gedächtnis, das von Erfahrungen und unbewussten Faktoren geprägt werde, „[könne] uns manchmal täuschen“.⁷⁹

Die Antwort verfasste, mit Schmidts Einwilligung, seine Frau Hannelore, die aus einem linken anti-nationalsozialistischen Elternhaus kam. Auch sie betonte, „von all den Grausamkeiten [...], die um uns herum passierten“, erst nach dem Krieg erfahren zu haben.⁸⁰ In einem späteren Beitrag zur Festschrift anlässlich Blumenthals 80. Geburtstag erwähnte Schmidt zustimmend dessen Formulierung, „daß Deutsche und Juden nur dann nach vorne schauen können, wenn jede Seite das Trauma der anderen Seite verstehen lernt, es respektiert und ehrlich damit umgeht, ohne Selbstmitleid oder Gefühl der moralischen Überlegenheit“.⁸¹ Ob viele Juden genau dieser Formulierung zustimmen würden, sei dahingestellt.

77 Ebenda, S. 256, 262; Hartmut Soell, Helmut Schmidt, Vernunft und Leidenschaft, München 2003, S. 107 f.

78 Michael Blumenthal, Streit um die Erinnerung. Über den schwierigen Weg zu einer Ethik des Gedenkens. Der Holocaust und die Öffentlichkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 10. 1999.

79 Michael Blumenthal an Helmut Schmidt, 4. 11. 1999, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.

80 Hannelore Schmidt an Michael Blumenthal, 26. 11. 1999, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.

81 Helmut Schmidt, Beitrag zur Festschrift anlässlich des achtzigsten Geburtstags von Michael Blumenthal, 21. 4. 2006.

Im Laufe der Jahre hat Schmidt seine Ansichten über die Wehrmacht als „einzigen anständigen Verein“ teilweise revidiert. Er gestand, dass durch die Beteiligung an der Eroberung des Ostens die objektive Voraussetzung für das Vernichtungswerk geschaffen wurde und dass die Soldaten, die er als Patrioten betrachtete, zu Werkzeugen Hitlers wurden. In einer Diskussionsrunde in der „Zeit“ sagte er, dass die große Mehrheit aller Deutschen, nicht etwa nur die Wehrmachtsangehörigen, sondern auch Beamte, Arbeiter und Angestellte der Industrie, Belegschaften von Bahn und Post tatsächlich und objektiv zu Helfern des Hitlerschen Krieges wurden.⁸²

Dennoch war Schmidt niemals bereit, die Wehrmacht, in der er zusammen mit anderen ca. achtzehn Millionen Deutschen an verschiedenen Kriegsschauplätzen und daheim gedient hatte, als eine verbrecherische Organisation zu bezeichnen. Die von Philipp Reemtsmas Hamburger Institut für Sozialforschung organisierte Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht blieb für ihn ein Tabu.⁸³ Auch die inkriminierenden Ergebnisse der neueren deutschen Geschichtsforschung, denen zufolge der Antisemitismus in der Wehrmachtserziehung noch vor Ausbruch des Krieges 1939 präsent war, die Juden in der Welt als „geistige Parasiten“ bekämpft wurden und viele Generäle später in die Vernichtungspolitik verstrickt waren, hat Schmidt wenigstens öffentlich nie zur Kenntnis genommen.⁸⁴ Seine apologetischen Behauptungen, selbst nie einem Offizier begegnet zu sein, der ein verbohrter Nazi war, sind keineswegs überzeugend. Allerdings räumte er ein, dass es auch in Heer, Marine und Luftwaffe Truppenteile gegeben habe, in denen überzeugte „nationalsozialistische Führungsoffiziere“ dienten, die als militärische Vorgesetzte politische Beeinflussung und ideologische Indoktrination ausgeübt hätten.⁸⁵

82 Soell, Helmut Schmidt, S. 91, 107 f.; Schmidt, Rückblick, S. 237; zur Wehrmachtsdiskussion im Dritten Reich: „Wir hatten geglaubt, wir könnten anständig bleiben“, in: Die Zeit vom 3. 3. 1995.

83 Bernard Henry Levy, Ein paar Versuche in Deutschland spazieren zu gehen, II, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 2. 1999.

84 Vgl. Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt a. M. 2002; Johannes Hürten, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1942, München 2006; Jürgen Förster, Die Wehrmacht im NS Staat, München 2007.

85 Schmidt, Rückblick, S. 248.

VIII.

Obwohl Schmidt während seiner gesamten politischen und publizistischen Laufbahn eine Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückwies, warnte er als Kanzler und auch danach davor, unter die NS-Vergangenheit und den Holocaust verfrüht einen Schlussstrich zu ziehen. Er betonte die Verantwortung der jungen Generation, sich auch weiterhin mit dem damaligen Geschehen auseinanderzusetzen. Noch vor der Debatte über die deutschen Opfer der Vertreibung und des Luftkriegs, die im letzten Jahrzehnt entbrannte, wandte er sich dagegen, dass man die Vertreibung aus Schlesien gegen Auschwitz aufrechne.⁸⁶

Das Verhältnis dieses großen deutschen Staatsmannes zu Israel bleibt jedoch bis heute ambivalent. Nach einer kurzen pro-israelischen Phase vor dem Jom Kippur-Krieg, die im Wesentlichen noch durch die Ost-West-Konfrontation im Nahen Osten bedingt war, zeichnete sich danach eine realpolitische Wende ab, die schon vor Begins Wahl zum Regierungschef einsetzte, danach aber eskalierte und zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen führte. Dem Strategen Schmidt war die außerordentlich schwierige Lage, in der sich Israel inmitten einer feindlichen arabisch-muslimischen Welt befand, von Anfang an bewusst. Aber mit den dadurch bedingten Ängsten Israels und seiner langjährigen Besetzung der im Sechstagekrieg eroberten Gebiete wollte er sich nicht abfinden, trotz der Beteuerung über die Mitverantwortung des deutschen Volkes, dem einzigen jüdischen Staat außer wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe auch moralischen und außenpolitischen Beistand zu leisten.⁸⁷ Hinzu kam noch Schmidts Kritik an der totalen politischen und strategischen Abhängigkeit Israels von den USA, während er sich sukzessive von der imperialen und unilateralen Politik Washingtons absetzte.⁸⁸ Im Buch „Weggefährten“ schrieb Schmidt, „bis ein Kompromiß erzielt wird, der für alle Seiten akzeptabel ist, bleiben [...] die Beziehungen Deutschlands zu Israel und den muslimisch geprägten Staaten, des Nahen und des Mittleren Ostens heikel

86 Helmut Schmidt, Rede zum 8. 5. 1985, Hamburg-Bergedorf, Schmidt-Archiv, Hamburg.

87 Schmidt im Gespräch mit Shimon Peres, 18. 8. 1997, in: Helmut Schmidt, Jahrhundertwende, Berlin 1998, S. 63.

88 Vgl. Anm. 18 in Bezug auf Rabin 1975; Helmut Schmidt, Europa braucht keinen Vormund, in: Die Zeit vom 1. 8. 2002. Mehr dazu in Helmut Schmidt, Die Mächte der Zukunft, München 2004, S. 55–110.

und schwierig“.⁸⁹ Seine Skepsis kam auch in seiner Rede zum Ausdruck, die er anlässlich seiner Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Haifa im März 2000 in Hamburg hielt: Auch wenn es gelingen sollte, zu verträglichen Kompromissen zwischen Israel und den Palästinensern und den arabischen Staaten zu gelangen, werde „die Dauerhaftigkeit des Friedens davon [abhängen], ob und wie weit es gelingt, auf muslimischer wie auf jüdischer Seite die scheinbar unversöhnlichen religiösen Gegensätze zu überwinden“.⁹⁰ Was allerdings die deutsch-israelischen Beziehungen betrifft, so scheint sich Schmidts pessimistische Prognose doch nicht ganz bewahrheitet zu haben. Im sechzigsten Jahr der Existenz des Staates Israel sind diese Beziehungen wesentlich besser, als Schmidt das voraussah.⁹¹

89 Schmidt, *Weggefährten*, S. 338.

90 Helmut Schmidt, Rede, Newsletter, Haifa, 1/1000. Manfred Lahnstein, bis 2007 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Universität Haifa, bezeichnete in einem Gespräch bei Helmut Schmidt Israels äußere Sicherheit und die langfristige Wahrung des jüdischen Charakters des Staates als das zentrale Problem. Er beklagte sich über die Gleichsetzung der israelischen Demokratie mit Diktaturen aller möglichen Schattierungen bei weiten Teilen der deutschen Intelligenz, 14. 3. 2003, Schmidt-Archiv, Hamburg.

91 Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset in Jerusalem, 18. 3. 2008, in der sie die „besonderen, einzigartigen Beziehungen“ betonte.

BESPRECHUNGSESSAYS

Kalif Storch und der Bilderbuchjude

Antisemitische Illustrationen in einer bibliophilen Neuauflage des Märchens

Im Herbst 2002 veröffentlichte der Aufbau-Verlag anlässlich des 200. Geburtstags von Wilhelm Hauff dessen Märchen vom Kalifen Storch, versehen mit Illustrationen des Jugendstilkünstlers Max Reach.¹ „Vor hundert Jahren entstanden die kostbaren Illustrationen in Kairo und tauchten erst vor kurzem in einer alten bayerischen Hochzeitstruhe auf“, kommentiert der Aufbau-Verlag die Bilder, die hier erstmals publiziert werden. Neben dem Entdeckungsort der Illustrationen erfahren wir nur wenig über den Künstler, laut Verlagstext ein Orientkenner. Das Märchen erscheint bei Aufbau ohne Paratext, allein kommentiert durch eine Aufschrift auf der Rückseite, die das Buch als „Hauffs meistgeliebtes Märchen“ preist und über Max Reach bemerkt: „ein phantastischer wieder entdeckter Jugendstilkünstler, lockt kleine und große Leser mit traumschönen Bildern in die Zauberwelt des Orients“. Ein Zitat aus einer Rezension des Österreichischen Fernsehens (ORF) unterstreicht den Werbetext: „... ein wahrer Glücksfall im Spektrum der Bilderbuchkunst“.

Ein Käufer des Buches – ein Lehrer –, dem die Bilder der Ausgabe als „üble rassistische und eindeutig antisemitische Machwerke“ erschienen, machte nach einem kontroversen Schriftwechsel mit dem Aufbau-Verlag das Zentrum für Antisemitismusforschung auf das Buch aufmerksam und bat um eine Einschätzung, wie dieses zu bewerten sei. Die Frage ist interessant, verweist sie doch auf das Problem, wie man heute mit historischen judenfeindlichen Bilddokumenten umgehen soll, die als integraler Bestandteil europäischer Kulturgeschichte überliefert werden. Sie öffnet den Blick auf veränderte Sehgewohnheiten, wobei das Zusammenspiel von Text und Bild und die Interferenzen unterschiedlicher Ent-

1 Wilhelm Hauff, Kalif Storch, Mit Bildern von Max Reach, Berlin 2002.

stehungszeiten und -kontexte zu berücksichtigen sind. Schließlich geht es um eine Einschätzung, wie solche Text-Bildrelationen gegenwärtig wahrgenommen werden: Ist es notwendig, die Veröffentlichung historischer antisemitische Bildpolemiken zu skandalisieren, oder machen veränderte Sehgewohnheiten solche Tabuisierungsversuche hinfällig?

In Hauffs Märchen verkauft ein geheimnisvoller Krämer dem Kalifen von Bagdad „eine Dose mit schwärzlichem Pulver und ein Papier mit sonderbarer Schrift“, mit dessen Hilfe er sich in ein beliebiges Tier verwandeln kann. Schon am nächsten Tag stapfen der Kalif und sein Großwesir als Störche über die Wiesen. Die beiden amüsieren sich ebenso wie die Leser und haben sich fest das Zauberwort eingepägt, das die Rückverwandlung in Menschengestalt bewirkt. Ein verbotenes Lachen lässt sie das Zauberwort vergessen und verdammt sie dazu, auf immer in Storchenkörpern zu leben. Der Spaß hat ein jähes Ende. Hinter dem Desaster steht ein Komplott des Krämers: Sein Sohn sitzt nun auf dem Thron von Bagdad. Eine verwunschene Prinzessin – auch sie ein Opfer des Zauberers, der sich an ihr rächte und sie in eine Nachteule verwandelte, als sie seinen hässlichen Sohn als Ehemann zurückwies – vermag mit einer List den Zauber zu bannen. Während der Zauberer seine Tat mit dem Tod büßen muss und sein Sohn in einen Storch verwandelt wird, leben Kalif und Prinzessin glücklich bis ans Ende ihrer Tage.

Die Kritik an der im Aufbau-Verlag erschienenen Ausgabe des Märchens bezieht sich auf das Zusammenspiel von Text und Illustrationen und dabei vor allem auf die Darstellung des Krämers. Dieser Krämer wird von Max Reach in einer schwarz-weiß Grafik dargestellt.

Bei Hauff wird er beschrieben als „ein kleiner dicker Mann, schwarzbraun im Gesicht und in zerlumptem Anzug. Er trug einen Kasten, in welchem er allerhand Waren hatte“ (S. 5), und erlangt als nur kurz auftretende Figur schon an dieser Stelle durch negative Attribute und eine affektive Wortreihe Gewicht. Man ahnt, dass er für die Geschichte eine über die Situation hinausweisende Bedeutung hat. Wie in einem Märchen üblich, wird mit scharfen Kontrasten zwischen guten und bösen Protagonisten gearbeitet. Die grafische Darstellung der Begegnung von Kalif, Großwesir und Krämer greift die im Text angelegte Gegenüberstellung von Protagonisten und Antagonist auf und spitzt sie zu. Der Händler, der in dieser Situation den Lauf des Unheils in Gang setzt, bietet als Hausierer und Verkäufer einer dubiosen Ware reichlich Anknüpfungspunkte für antijüdische Fantasien. Die Welt des unredlichen



Abbildung aus: Hauff, *Kalif Storch*, S. 7.

Handels scheint auf, als der Krämer seine Ware anbietet: „Ich bekam einmal diese zwei Stücke von einem Kaufmann, der sie in Mekka auf der Straße fand“, sagte der Krämer, „ich weiß nicht, was sie enthalten; Euch stehen sie um einen geringen Preis zu Dienst, ich kann doch nichts damit anfangen.“ (S. 7) Bespricht man Text und Bild, müssen verschiedene Zeitebenen berücksichtigt werden: die Entstehungszeit des Märchens um 1825, die der Grafiken um 1900 und die Gegenwart der Leser. Der Text Wilhelm Hauffs könnte die Ambivalenzen der Debatte um die Judenemanzipation spiegeln.² Wir wissen nicht, ob sich Hauff den Krämer als Juden vorstellte oder nicht. Ob er, vielleicht auch in sozialkritischer Absicht, die Figur nach dem Vorbild der tatsächlich mehrheitlich verarmten und im Kleinhandel tätigen Juden gestaltete und inwieweit er dabei Ressentiments pflegte. Anders als zu Hauffs Zeiten war, als Reach seine Bilder malte, das antisemitische Klischee weit verbreitet. Arme Juden wurden in Bildpolemiken des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts nicht ein-

2 Wilhelm Hauff zeigt in seinem literarischen Werk eine Reihe jüdischer Figuren. Die bekannteste ist sein württembergischer Landsmann Joseph Süß Oppenheimer in der Novelle „Jud Süß“. Manfred Jehle beschreibt am Beispiel des „Jud Süß“ – mit Verweisen auf zahlreiche andere jüdische Figuren in Hauffs Werk – detailliert das Verhältnis von historischer Figur, literarischer Darstellung und Überschreibungen wie durch Veit Harlans gleichnamigen Film. Die Nachwelt warf Hauff sowohl „liberalistische Ideen“ und eine „judenfreundliche Brille“ als auch Antisemitismus vor. Vgl. Manfred Jehle, Joseph Süß Oppenheimer und die literarische Verarbeitung seines Schicksals, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 67 (2008), S. 143–182.

fach abgebildet und in das Bilderrepertoire integriert, sondern wurden zur Karikatur, um der Judenfeindschaft Ausdruck zu verleihen. Von welchem Bildervorrat, Bildergedächtnis und damit verbunden von welchen Assoziationen muss man heute, nach der Shoah, ausgehen? Welche Kommunikationsregeln und -gewohnheiten gibt es heute, wenn es darum geht, Juden negativ darzustellen?

Zu den Besonderheiten der Judenfeindschaft gehört, dass sie ohne explizit antijüdisches Vokabular auskommen kann. Begriffe aus dem Wortstamm „jüdisch“ müssen nicht unbedingt benutzt werden, um dem eingeweihten Leser zu bedeuten, eine bestimmte Person sei jüdisch. Dies macht den Nachweis, dass bestimmte Texte judenfeindliche Bilder beinhalten, schwierig und wird daher auch gezielt eingesetzt, um Kommunikationsverbote zu umgehen. So sind zum Beispiel rechtsextreme Musikgruppen geschickt darin, antisemitische Gewaltfantasien so zu formulieren, dass die eigenen Fans verstehen, was gemeint ist, der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien jedoch eine Indizierung erschwert wird. Ein Tabu, Judenfeindschaft offen zu äußern, gab es nicht, als Wilhelm Hauff schrieb, entsprechend veröffentlichte auch Hauff Texte, in denen explizit jüdische Negativfiguren auftreten. Wir wissen nicht, ob er hier auf antijüdische Assoziationen anspielen wollte oder nicht. Max Reach jedoch bildet die mögliche Fantasie, dass der dubiose Krämer wohl jüdisch ist, ab. Er zeichnet den Krämer mit einer markanten Nase, langen Wangenlocken, langem Bart, vollen Lippen, dunkler Hautfarbe, einem auffälligen hohen Hut und dunklem Gewand und evoziert das antijüdische Klischee. Auch wenn man bei den Körper- und Kleidungsmerkmalen im Detail fragen kann, ob man in der Nase unbedingt eine Hakennase sehen, in den Locken Schläfenlocken, die Lippen wirklich als betont wulstig wahrnehmen und Hut und dunkle Kluft als typisch für die Karikatur eines ostjüdischen Hausierers erkennen muss, entstammen alle diese Kennzeichen einem antisemitischen Bildvorrat. Reach bedient sich in seiner Visualisierung der Hauffschen Märchenfigur antisemitischer Klischees und appelliert an das antisemitische Ressentiment. Er stattet den dunklen Kleinhändler mit einer Reihe antijüdischer Merkmale aus, die nahelegen, dass ein Jude das folgende Unheil bringt.

Die Darstellung des Kalifen und seines Großwesirs als Karikaturen hinter Bärten und Turbanen gesichtslos erscheinender Orientalen und der auf ein Klischee reduzierten exotischen wulstlippigen Schwarzen, die als gezähmte Wilde beim morgendlichen Spaziergang vorgeführt werden, entstammt der kolonialen Bildsprache

des späten 19. Jahrhunderts. Eine exotische Zurschaustellung, die vielleicht noch ungebrochener als die antisemitische Bildpolemik bis heute tradiert wird. So lobte ein Rezensent „das typische Flair des Orients in Farben, Figuren, Formen“. Die Frage, wie man heute mit solchen Bilddokumenten umgehen soll, stellt sich im Falle rassistischer, orientalistischer oder sexistischer Reproduktionen ebenso, wie sie hier am Beispiel der Judenfeindschaft diskutiert wird.

Max Reachs Bilder sind in ihrer Motivwahl und in den künstlerischen Techniken vielfältig. „Lust am Dekor, das harmonische Zusammenspiel von Linie, Fläche, Ornament und Farbe verleihen diesem Märchen den Zauber aus Tausendundeiner Nacht“, verspricht der Verlagstext. Tuschzeichnungen, Temperabilder und Druckgrafiken wechseln sich ab. Liebevoller, detaillierte bunte Darstellungen, wie zum Beispiel die Gouache der als Nachteule verzauberten indischen Prinzessin, stehen neben eindrucksvollen schwarz-weiß Grafiken, in denen die Silhouette einer Karawane, die geometrische Grundformen betonend, angedeutet wird. Neben plakativen Bildern finden sich detailreiche Zeichnungen. Dies macht die Illustration abwechslungsreich und irritierend. Der Betrachter weiß nicht, was Karikatur ist und auf eine vom Dargestellten distanzierte zweite Ebene verweist, und was als Realität suggerierendes Abbild konzipiert ist. Bei jedem Bild muss sich der Leser neu auf die Relation von Text und Illustration einstellen. Der Reiz der Illustrationen besteht auch in der Irritation konventioneller Sehgewohnheiten, ein Spiel mit visuellen Dimensionen, die den Bildern besondere Ausdruckskraft verleihen.

Auf dem dramatischen Höhepunkt der Handlung begegnet uns der Krämer in seiner wahren Gestalt als machtbesessener Zauberer wieder: Kalif und Großwesir sind in Störche verzaubert, Ausweg aus ihrer verzweifelt Lage kann ihnen nur die Prinzessin schaffen, die als gefangene Nachteule ihr Schicksal im dunklen Gemäuer einer Ruine fristet. Des Zauberers Sohn hat den Thron des Kalifen bestiegen: Als Fratze, getragen von halb nackten schwarzen Sklaven, mit großen goldenen Ohrringen, gigantischem vorgeschobenen Unterkiefer und Wulstlippen zeichnet Reach den falschen Herrscher. Zum Glück weiß die Nachteule Rat: In manchen Nächten trifft sich der Zauberer mit seinen Kumpanen im Dunkel der Ruine, wo sie von ihren Schandtaten berichten. Vielleicht wird er bei einer solchen Zusammenkunft in seiner Prahlerei das rettende Zauberwort verraten.

Max Reach zeichnet die Versammlung der Zauberer als Typenkarikatur, keiner der Dargestellten gewinnt individuelles menschliches Antlitz. Die Darstellung



Abbildung aus: Hauff, *Kalif Storch*, S. 27.

mit wenigen Strichen, das Gestikulieren der Verschwörer, die Variationen lächerlicher und doch unheimlicher Grimassen ist kraftvoll. Aus der Zusammenkunft der Repräsentationen dunkler Gestalten sticht auf dem Hut eines Zauberers ein Davidstern hervor, dessen Bedeutung rätselhaft bleibt. Doch ist damit ein eindeutig jüdisches Symbol in die Szenerie eingefügt. Ein Element, das das Bild jüdischer Verschwörung aufscheinen lässt. Der Mythos nächtlicher Zusammenkunft jüdischer Führungsgestalten, wie von Herman Goedsche in seinem Roman *Biarritz* fabuliert, wurde später als das Hauff'sche Märchen populär. Doch war Anfang des 20. Jahrhunderts, als Max Reach seine Bilder malte, die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, wie sie in den „Protokollen der Weisen von Zion“ beschrieben wird, höchst verbreitet. Sie findet auch heute zahlreiche Anhänger. Ein Phänomen, das die Wirkmächtigkeit der im Antisemitismus angelegten vereinfachten Welterklärungen und Entlastungsfunktionen zeigt und kein Vertrauen auf das Verblässen traditioneller judenfeindlicher Motive aufkommen lässt. Die Vorstellung der jüdischen Weltverschwörung lebt vom Verdacht, vom Raunen und von obskuren Fantasien. Das Bild der Zaubererversammlung muss nicht eindeutig auf ein bestimmtes Klischee jüdischer Weltverschwörungstheorien anspielen. Die Referenz entsteht durch

das ambivalente Spiel mit dem jüdischen Symbol und den heimlich versammelten Kumpanen des Zauberers. Die Text und Bilder scheidenden unterschiedlichen Entstehungskontexte fallen für den zeitgenössischen Betrachter in eins.

Wie im Märchen üblich, findet die dramatische Verwicklung, die Entmenschlichung von Kalif, Großwesir und Prinzessin, die ihnen durch die Begegnung mit dem Zauberer widerfahren ist, für die Protagonisten ein gutes Ende. Die Nacht-eule und die beiden Störche erlangen Schönheit und Macht, Hof und Thron zurück. Der böse Zauberer dagegen wird aufgehängt, sein hässlicher Sohn wird selbst zum Tier.

Die antagonistische Gegenüberstellung ist für ein Märchen typisch. Sie ist auch für den Antisemitismus typisch, der den Juden als Gegenbild zur Schaffung eines idealisierten, kollektiven Selbstbildes braucht. Wenn diese Gemeinsamkeit natürlich nicht das Märchen per se diskreditiert, verstärken doch in diesem Fall formale Charakteristika der Erzählung die inhaltlichen Implikationen der Illustration.

Wenn auch nicht jeder Leser Bilder und Text so interpretieren muss, ist damit ein Bedeutungspotenzial beschrieben, das sich aus judenfeindlichen und rassistischen Diskursen des 19. Jahrhunderts speist. Diese Rückbindung ist eine notwendige Grundlage, um in Diskussion darüber treten zu können, wie man das Zusammenspiel von Hauffschem Märchen und Reachschen Bildern und deren unkommentierte Veröffentlichung als bibliophiles Kinderbuch beurteilt. Eine solche Lesart muss sich vor Verdachtshermeneutik hüten und darf nicht in das Buch etwas hineinlesen, was dort nicht zu finden ist. Die Möglichkeit anderer Lesarten belegen die Rezensenten, die nicht die oben beschriebenen Charakteristika antisemitischer Bildpolemik gesehen haben. Sie sind voll des Lobes der „bibliophilen Kostbarkeit“, preisen die edle Aufmachung und empfehlen das Buch als ideales Geschenk. Wie kommt es zu so konträren Einschätzungen?

Judenfeindschaft muss nicht explizit ausgesprochen werden und benötigt kein spezifisch antisemitisches Vokabular. Sie kann auch unterhalb des Expliziten in der Alltagssprache funktionieren, in alltäglichen Semantiken, die auf Judenbilder, auf Codes und Klischees zurückgreifen, ohne das Feindbild offen zur Sprache bringen zu müssen. Judenfeindliche Andeutungen erschließen sich häufig erst aus ihrem jeweiligen Kontext, aus den Anspielungen, die bestimmte Bilder im Leser oder Gesprächspartner hervorrufen können. Allerdings gilt es heute, veränderte Sprach- und Sehgewohnheiten zu berücksichtigen. Nicht jeder versteht mehr alle Anspie-

lungen, imaginiert selbst, wenn, wie im Beispiel des Kalifen Storch, von einem zerlumpten Hausierer die Rede ist, dass es sich dabei wahrscheinlich um einen Juden handle. Was von einigen erwachsenen Lesern und Bildbetrachtern als stereotype antijüdische Karikatur gelesen werden kann, wird häufig von jüngeren Lesern nicht als solche erkannt. Die Tabuisierung eindeutig antisemitischer Bildpolemiken in der Bundesrepublik nach 1945, häufig mit dem Verweis auf das Wirken des „Stürmer“, hat teilweise zu einem Prozess des Verlernens geführt. Explizit antijüdische Bilder wurden aus dem offiziellen Bilderkanon der Bundesrepublik verbannt. Inzwischen wissen viele Jugendliche nicht mehr, wie eine klassische antisemitische Karikatur aussieht. Das heißt allerdings noch nicht, dass der Bildvorrat, ebenso wenig wie das Vorurteil an sich, nicht überdauert hat und schnell wieder zu beleben ist. Und es bedeutet auch nicht, dass ein solcher Prozess des Verlernens abgeschlossen ist und gefahrlos ein unbedachterer Umgang mit judenfeindlichen Bildern gepflegt werden könnte. Auch heute nutzen Antisemiten Codes, um sich zu verständigen, sagen „amerikanische Ostküste“, wenn sie von einem „internationalen jüdischen Finanzkapital“ sprechen wollen. Nicht alle erkennen diese Strategien oder weisen das dahinter stehende Feindbild zurück.

Auch wenn die Tabuisierung des Antisemitismus nach 1945 veränderte Wahrnehmungs- und Sehgewohnheiten hervorgebracht hat, ging damit nicht gleichzeitig ein Erkenntnisprozess einher, der es ermöglicht, die Konstruktionen von Rassismus und Antisemitismus, die Funktionen von Vorurteilen oder die Gegenwart kolonialer Denkweisen und Repräsentationen zu durchschauen. Über dieses Manko gibt der Briefwechsel Auskunft, den der Lehrer auslöste, als er sein Unbehagen über das Buch dem Verlag mitteilte. Der Geschäftsführer des Aufbau-Verlages bemühte in seiner Antwort all jene Argumente, die häufig angeführt werden, um den Vorwurf, eine Redeweise oder Publikation sei antisemitisch, abzuwehren. Aus diesem Grund lohnt es sich, die Rechtfertigungen des Verlages näher zu betrachten und dabei die einzelnen Argumente und die Struktur der Entgegnung zu untersuchen.

In der vom Programmleiter und Geschäftsführer des Verlages formulierten Antwort gesteht dieser – nachdem er Befremden über einen solchen Vorwurf geäußert hat – ein, dass über Max Reach nur wenig bekannt sei, um anschließend zu mutmaßen, dass „einiges darauf hinweist, dass der Künstler selbst Jude war“. Eine Erklärung, die es in sich hat, gerade wenn sie auf wackeligen Beinen daherkommt, wird sie doch mit den Worten eingeleitet: „bei aller Spärlichkeit der biographischen

Angaben“. Wir wissen also nicht, ob Max Reach sich selbst als Jude definierte, ob es in seinem Leben eine Rolle spielte, oder ob er von anderen als solcher wahrgenommen wurde. Vielleicht könnten wir nach längerer Recherche mutmaßen, ob er nach den Nürnberger Gesetzen als Jude gegolten hätte, doch wieso sollten wir das eigentlich? Der Verlag weiß von Max Reach, dass er Künstler war und mehrere Jahre als archäologischer Zeichner in Kairo arbeitete, mehr Details werden nicht genannt, was jedoch kein Hindernis scheint, ihn aus der Ferne zum Juden zu machen und im gleichen Atemzug vom „jüdischen Antisemitismus“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sprechen. Damit sind zwei in der Sache wenig dienliche Widerlegungsversuche in die Welt gesetzt. Nehmen wir an, Max Reach wäre bekennender Jude gewesen. Wären dann seine Bilder weniger antisemitisch, oder wären sie dann „wahr“? Vorausgesetzt, er wäre ein eifernder jüdischer Karikaturist gewesen, der hingebungsvoll stereotype Bildpolemiken gegen Ostjuden zeichnete – rechtfertigt das heute ihre unkommentierte Veröffentlichung als Kinderbuchillustrationen? Beide Entgegnungen dienen nicht der Aufklärung in der Sache, sondern der Abwehr, und führen die Idee, Juden seien selbst schuld am Antisemitismus, in die Auseinandersetzung ein.

In der Replik des Verlages wird sodann dem Kritiker ein „fundamentaler Irrtum“ bescheinigt, die Illustrationen werden mit ihrer Entstehungszeit, der Jahrhundertwende, entschuldigt. Folgt man der Logik der Entgegnung, gab es zu diesem Zeitpunkt zwar jüdischen Antisemitismus, der sich gegen die Ostjuden richtete, und „bereits Rassismus, aber gewiss keine NS-Ideologie“, wodurch sich „jeder Zeichner [...] im Stand einer künstlerischen Unschuld“ befand, die ihm erst der „Stürmer“ raubte. Die Begriffe und Konzepte Antisemitismus, Rassismus und NS-Ideologie überlappen sich. Antisemitismus und Rassismus haben Gemeinsamkeiten, wie ihre Feindschaft gegen Minderheiten, die Ideologie der Ungleichheit von Menschen und ihr Gewaltpotenzial. Jedoch stehen die Begriffe in keinem klaren Verhältnis von Ober- und Unterbegriff. Der Antisemitismus hat in seinen religiösen und sozialen Erscheinungsformen eine längere Geschichte, doch gibt es ihn auch in einer rassistischen Ausprägung – lange vor dem Nationalsozialismus. Die Judenfeindschaft ist eine zentrale Komponente nationalsozialistischer Weltanschauung, doch ist ihr Antisemitismus eben nicht exklusiv, sondern hatte wie auch heute eine Brückenfunktion in andere gesellschaftliche Gruppen. Die Entgegnung, dass es zur Entstehungszeit der Illustrationen zwar Antisemitismus und Rassismus gab, aber keine

NS-Ideologie, verschließt die Augen vor der langen und breiten Verankerung des Antisemitismus in den europäischen Gesellschaften vor, während und nach der NS-Herrschaft.

Weitere Bemühungen um Entkräftung sind ebenso populär wie irreführend. Im Schreiben des Verlages wird Reachs Aufenthalt in Kairo bemüht: „Somit sind unter dem Eindruck des ihn umgebenden Alltags selbstverständlich auch Reachs Menschen in Kleidung, Gesichtern und, ja sogar das, Nasen orientalisch.“ Die Mutmaßungen über orientalische Nasen werden nicht weiter ausgeführt, was angesichts des schillernden Orientbegriffes nicht verwundert. Der Versuch, zu beschreiben, wie eine orientalische Nase aussehe und wo sie anzutreffen sei, ist – auch wenn man wie im Schreiben Zuflucht zum „mittleren Orient“ sucht – zum Scheitern verurteilt. Aus diesem Grunde finden wir im Verlauf der Argumentation nun schnell auch einen anderen Begriff, nämlich den der „semitischen Hakennase“, sicherheitshalber in Anführungszeichen und mit dem Verweis auf den „liebervoll karikierenden Blick“. Ein paar Sätze weiter heißt es, es handle sich um eine Nase, die „semitische Merkmale zeigt“.

In Diskussionen über Antisemitismus wird häufig der Begriff Semiten bemüht, möchte man Juden als körperlich anders als europäische Nichtjuden typisieren. Der Begriff des Antisemitismus – eine willentlich irreführende Wortschöpfung des späten 19. Jahrhunderts – legt nahe, dass er sich gegen die Gruppe der Semiten richtete, wenn er auch diese dazu erst erfinden musste. Es gibt als Zweig der afroasiatischen Sprachfamilie semitische Sprachen, doch bilden ihre Sprecher keine irgendwie kohärente Gruppe. Neben ausgestorbenen Sprachen, wie dem Akkadischen, zählt Arabisch, als Sprache mit den meisten Sprechern, das in Äthiopien gesprochene Amharisch oder in Europa Maltesisch zur semitischen Sprachfamilie. Wie semitische Nasen oder Merkmale aussehen, wissen allein Antisemiten. Insofern schwankt der Autor des Textes auch hin und her zwischen den Mutmaßungen über die reale Existenz semitischer, arabischer und jüdischer Nasen und dem Verweis darauf, dass Max Reachs Nasen „karikaturesk überzeichnet“ seien. Dies ist sicher wahr, und eine Hakennase alleine macht auch noch keinen Antisemitismus. Doch weder der Versuch, den Wahrheitsbeweis für die Existenz semitischer Nasen zu erbringen, noch der Verweis auf die Überzeichnung vermag die Kritik an der stereotypen Darstellung im Kern zu widerlegen. Man könnte meinen, dass aus diesem Grund Zuflucht zur nächsten Polemik gesucht wird: das Bild des als blond, glubschäugig und abstoßend

gezeichneten Sohnes des Zauberers soll als Gegenbeweis dienen, schließlich ist hier ein weißer, blonder Junge als hässlich gezeichnet, und nun seien, so der Autor des Beschwichtigungsbriefes, „nach dieser kleinteiligen Auslegung Beschwerdebriefe von an Basedow Erkrankten [zu] erwarten“. Damit werden die Ausführungen, die auf den antisemitischen Bildvorrat verweisen, gänzlich ins Lächerliche gezogen, und es bleibt dem Geschäftsführer des Aufbau-Verlages lediglich noch – „wenn-gleich jeder Blick auf unser Programm einen derartigen Hinweis eigentlich überflüssig macht“ – darauf hinzuweisen, „dass nichts, aber auch gar nichts weniger im Sinne unseres auf der großen deutschen Exiltradition fußenden Verlagshauses läge als die Verbreitung antisemitischen Gedankengutes“.

Die Selbstgewissheit, mit dem Antisemitismus des „Stürmer“ nichts zu tun zu haben, sondern ein antifaschistisches Erbe zu verwalten und bibliophile Kostbarkeiten mit dem Zauber von Tausendundeiner Nacht zu publizieren, birgt noch kein Verständnis dessen, wie das Feindbild der Judenfeindschaft funktioniert. Der Glaube, per Status oder Gruppenzugehörigkeit vor Antisemitismus gefeit zu sein, schützt noch nicht vor latenter oder bürgerlich akzeptierter Judenfeindschaft, vielmehr erschwert er den selbstkritischen Blick. Noch schwieriger scheint es zu sein, einen Blick für eigene Verstrickungen in das Zusammenspiel verschiedener Diskriminierungsformen, wie hier der stereotypen Darstellung einer Männerwelt voll orientaler Herrlichkeit, halbnackter Schwarzer und angedeuteter Juden zu gewinnen und eingespielte Verhaltensweisen zu hinterfragen. Als eine solche Verhaltensweise könnte man die unkommentierte, durch Halbleinen und kostbare Aufmachung veredelte, historisierte und aktuellen Fragestellungen entrückte Veröffentlichung derart problematischer Bilder betrachten.

Wie soll man heute mit diesen Illustrationen umgehen? Kann ein Kinderbuch überhaupt der Ort für eine kritische Edition historischer Dokumente sein? Kann ein Vor- oder Nachwort helfen, die Bilder einzuordnen, zu interpretieren und, indem man sie ans Licht der Öffentlichkeit bringt, Lerneffekte zu ermöglichen?

Auf keinen Fall sollte das Kinder- und Jugendbuch ein Ort für antisemitische, rassistische und neokoloniale Reminiszenzen sein, wenn es dies auch bisweilen ist. Vielleicht ist eine bayerische Hochzeitstruhe der geeignetere Aufbewahrungsort für künstlerisch wertvolle Judenfeindschaft als ein bibliophiles Kinderbuch. Für die hier diskutierten Bilder gibt es keinen guten Grund, sie heute unkommentiert zu publizieren.

Die Verfolgung und Ermordung der Juden Europas in Dokumenten

Anzuzeigen ist der erste Band eines editorischen Unternehmens, das die Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmords in Europa unter nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft zum Gegenstand hat. Zu konstatieren ist, dass große Quelleneditionen der Forschung nicht vorangehen, sondern ihr im Abstand folgen, was die Frage nach ihrem historiografischen Gebrauchswert aufwirft. Zu fragen ist ferner nach dem Nutzen eines Großunternehmens, das auf viele Bände und viele Bearbeitungsjahre angelegt ist. Ist ein Projekt, das die Quintessenz der Kenntnis über die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden in Dokumenten bieten will, nicht hoffnungslos altmodisch und bei Erscheinen schon veraltet, wenn dazu das schwerfällige und teure Medium Buch gewählt wird? Macht man das nicht längst und besser im Internet, weil nur das elektronische Vehikel noch die Nutzer erreicht, auf die es ankommt? Das sind Grundsatzfragen, an denen man sich bald nicht mehr vorbeimogeln kann, will man nicht das Verhältnis von aufgewendetem Geld und erzieltm Nutzen ignorieren.

Diese Bemerkungen sind umso notwendiger, als der Reichtum an Information und Erkenntnis des ersten von Wolf Gruner verantworteten Bandes der 16-bändigen Dokumentenreihe zur Verfolgung und Ermordung der Juden Europas einem den Atem verschlägt. Es geht um die Diskriminierung, die Alltagserfahrung, die Entrechtung der Juden in den ersten vier Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, um Probleme der Auswanderung, der jüdischen Wohlfahrtspflege für die zunehmend pauperisierten deutschen Juden, um amtliche Maßnahmen und private Vorschläge zur „Lösung der Judenfrage“, von den Ausschreitungen im Frühjahr 1933 über lokale Exzesse und Pogrome, von den Verordnungen, Maßnahmen, Bestimmungen zum ersten Höhepunkt der Ausgrenzung durch die antijüdischen Gesetze 1935.

Die Provenienz der für den ersten Band ausgewählten 320 Dokumente zeugt von souveräner Kenntnis der Materie (alles andere wäre bei solchem Unterfangen auch sträflich): Vom Gesetzestext, der Goebbelsrede und amtlichen Akten, Berichten, Eingaben, Denunziationen der Verfolgerseite zu Berichten, Briefen und der Zeugnisliteratur der Verfolgten wird ein beachtlicher Quellenkorpus geboten, der die Verfolgung und Diskriminierung in vielen Facetten vor Augen führt. Veröffentlichte autobiografische Texte stehen neben unpublizierten, mehreres kommt aus dem Fundus des berühmten Harvard-Preisausschreibens.

Die Presse spiegelt auf einer eigenen Ebene die Ereignisse. New York Times, Pariser Tageblatt, Jüdische Rundschau sind ebenso vertreten wie der Völkische Beobachter oder die Juristische Wochenschrift mit dem Kommentar zu einem Arbeitserichtsurteil wegen der Kündigung eines jüdischen Angestellten. NS-Propaganda wie der Aufruf vom 5./6. März 1933 im Völkischen Beobachter an die „deutschen Künstler“ mit der Ankündigung „Jetzt wird der Schlußstrich gezogen“ wies früh die Richtung, in die nationalsozialistische Kulturpolitik gegen die „zerfressenden und zersetzenden Einflüsse“ „volks- und rassefremder Elemente“ agieren würde (Dokument 5). Dazu finden sich dann Beispiele in der Edition.

Alltäglicher Antisemitismus erscheint etwa in einer Stilprobe des viel gelesenen Glossenschreibers Adolf Stein („Rumpelstilzchen“), in der der Jüdische Kulturbund verhöhnt wird (Dokument 173). Im Stürmer beklagt sich ein frommer Katholik, der nach heftigem inneren Ringen den Weg von der Zentrumspartei zur NSDAP gefunden hatte („Heute stehe ich bedingungslos und – ich weiß es – für alle Zeiten zum Hakenkreuz“), darüber, dass seine Andacht beim Gottesdienst durch Massen getaufter Juden gestört sei, und er bittet „den lieben Stürmer“, das deutsche Volk weiterhin vor „Alljuda“ und die Kirchen vor der Taufe von Juden zu warnen (Dokument 222).

Der Band liefert eindrucksvolle Belege, dass nationalsozialistischer Rassenwahn nicht wie eine Naturkatastrophe über die Deutschen kam; nicht zuletzt die Dokumente der Willfährigkeit, der Heimtücke, des vorauseilenden Gehorsams Deutscher, die ihren Vorteil suchten und die Ausgrenzung der jüdischen Minderheit ganz in Ordnung fanden, bestimmen den Wert und die Brauchbarkeit des ersten Bandes.

Völkisches Empfinden verbunden mit Geschäftssinn zeigte zum Beispiel die „alte fleißige deutsche Händlerin“ in Breslau, die sich im Juni 1933 an den Polizei-

präsidenten wandte, um einem jüdischen Konkurrenten das Handwerk zu legen. Direkt ihrem Stand gegenüber habe sich der Jude mit seinem Handwagen aufgestellt, verkaufe im Gegensatz zu ihr nur ausländisches Obst und Gemüse. Um die Wirkung der Denunziation zu steigern, vermutete sie auch hygienische Probleme, denn der Jude stapelte seine Ware in der Wohnung eines Kommunisten (Dokument 54).

Denunziation aus Sozialneid, Gewinnstreben, Rachsucht war im Dritten Reich eine Möglichkeit kleinbürgerlicher Teilhabe an der Politik. Die diskriminierte Minderheit der Juden war das ideale Objekt solchen standes- und klassenübergreifenden Treibens. Am 18. Juli 1933 denunzierten Wissenschaftler des Astrophysikalischen Observatoriums Potsdam auf dem Dienstweg (NS-Beamtenabteilung des Gaus Kurmark der NSDAP) den Leiter des Instituts für Sonnenphysik Professor Erwin Finlay Freundlich als „antinationale denkenden Juden-Abkömmling“. Als Beweis für sein „undeutsches Verhalten“ wurde vorgebracht, er habe in den Jahren 1920 bis 1922 geäußert, Deutschland trage Schuld am Krieg, und 1932 gesagt, die Betonung des Nationalen sei ein Rückfall in überholte Zeiten. Man habe außerdem schriftliche Zeugnisse aus jüngster Zeit in Händen, aus denen hervorgehe „daß Herr Freundlich über Führer der nationalsozialistischen Bewegung Äußerungen getan hat, die jeden deutschen Volksgenossen tief empören müssen“. Die nationalsozialistische Fachschaft der Observatorien habe die Überzeugung gewonnen „daß Prof. Freundlich sich infolge seiner gegenvölkischen Einstellung nicht zum Beamten im neuen Reiche“ eigne. Die Forderung nach Entlassung wurde obsolet, da der prominente Gelehrte einem Ruf in die Türkei folgte (Dokument 63).

Schlichter war die Intrige des Berliner Kaufmanns Fritz Lau und seiner Frau Elly, die ihren Judenhass im Juli 1935 mit einem Brief an „Das Schwarze Korps“, die Wochenzeitung der SS, dokumentierte. Die Wohnung des Ehepaars lag gegenüber der Kleingartenanlage „Schießstand Hasenheide“. Dort hatte es sich vergeblich um einen Garten bemüht; Neid erregte, wie die Formulierung des Denunziationsschreibens erkennen lässt, dass die Gartenbesitzer es sich „sehr nett gemacht“ hätten und sich „äußerst wohl fühlten“. Der Neid steigerte sich in Zorn und Empörung, als das Ehepaar bemerkte, dass Juden in dieser Laubenkolonie Mitglieder waren, die angeblich nur für Beamte zugänglich war: „Es wird Ihnen sicher leicht sein, eine Kontrolle über die Gartenbesitzer durchführen zu können und glauben wir den Namen des einen Juden mit ‚Buttermilch‘ zu kennen. Aber auch eine andere Familie

macht sich mit ihrem Hund ‚Sonja‘ sehr breit. Können diese Juden noch Beamte sein? Wir können daran nicht glauben, denn wir haben noch nie einen deutschen Gruß von diesen gesehen, sondern haben die Feststellung gemacht, daß man sich vor Fahnen-Grüßen herumdrückte“ (Dokument 179).

Im April 1933 antwortete Kardinal Faulhaber, der Münchner Erzbischof, einem katholischen Theologen, der vergeblich versucht hatte, einen Protest gegen den Judenboykott zu veröffentlichen. Das Vorgehen gegen die Juden sei derart unchristlich, schrieb der Kirchenfürst an den Geistlichen Alois Wurm, dass eigentlich und grundsätzlich und überhaupt jeder Christ, nicht bloß jeder Priester, dagegen auftreten müsste. Aber für die Amtskirche bestünden weit wichtigere Gegenwartsfragen als die Judenverfolgung, nämlich das Schulwesen, der Bestand katholischer Vereine, das Problem der Sterilisierung im Zuge der Eugenik-Diskussion. Für das Christentum seien dies die wichtigeren Fragen, zumal man annehmen dürfe „dass die Juden sich selber helfen können“. Der Kardinal zeigte sich auch befremdet über die Anfrage des Priesters, warum die Kirche nichts gegen die Judenverfolgung tue: Bei einer Hetze gegen Katholiken oder den Bischof habe auch kein Mensch gefragt, was man gegen diese Hetze tun könne. So ein Brief eines hohen geistlichen Würdenträgers erklärt mehr über das Verhalten der katholischen Kirche als jede Enzyklika (Dokument 30).

Dass es auch anders ging, demonstrierte ausgerechnet der Vorstand des Ärztlichen Vereins Hamburg im Juli 1933 in einem Rundschreiben an die Mitglieder mit der Mitteilung des kollektiven Rücktritts, um die geforderte Statutenänderung zum Ausschluss jüdischer Ärzte nicht vollziehen zu müssen (Dokument 65). Nicht nur für die Sozialgeschichte des deutschen Judentums ist auch der Brief aufschlussreich, den Isaac Meyer, Beamter der Israelitischen Kultusgemeinde Frankfurt am Main und Angehöriger des Honoratiorentums der Stadt, an die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft schrieb. Die Gesellschaft hatte, in rühmlicher Ausnahme, ihre jüdischen Mitglieder im Juni 1933 ausdrücklich zum Bleiben aufgefordert und sich damit vom „Arierparagraphen“ distanziert. Meyer bestand trotzdem auf seinem Austritt und begründete dies einerseits mit der Kürzung seiner Bezüge und andererseits mit der steigenden Verpflichtung, in Not geratenen Glaubensgenossen helfen zu müssen (Dokument 62).

Das Kirchengesetz, mit dem im September 1933 die Evangelische Kirche der altpreußischen Union den „Arierparagraphen“ einführt (Dokument 75), das heißt

Pastoren und Kirchenbeamten jüdischer Herkunft und sogar mit „Nicht-Ariern“ Verheirateten Berufsverbot erteilt, ist ein ebenso unerfreuliches Dokument wie der Erlass des Berliner Stadtschulrats, mit dem im Dezember 1933 Lehrern die Eheschließung mit Juden verboten wird (Dokument 90), oder ein Formular der NSDAP-Kreisleitung Ansbach (März 1934) zur Abgabe der ehrenwörtlichen Erklärung, „von jetzt ab und in aller Zukunft nie mit einem Juden oder einem Helfershelfer von Juden ein Handelsgeschäft irgendwelcher Art“ abzuschließen (Dokument 112).

Aus Presseberichten ist zu erfahren, dass im mittelfränkischen Gunzenhausen am 25. März 1934 ein Pogrom stattfand, an dem sich mehrere hundert Menschen beteiligten, bei dem zwei Todesopfer zu beklagen waren. Ein Jahr später berichtete der Gendarmerieposten im nordhessischen Wehrda dem Landrat in Hünfeld über einen Überfall, den 15 bis 20 Vermummte auf Besucher einer Synagoge verübt hatten: Gewalt gegen Juden gab es also lange vor den inszenierten Pogromen des November 1938, und sie wurde ohne Befehl ausgeübt. Angetrieben von Fanatismus, den Ideologen durch antisemitische Propaganda stimulierten, agierten Bürger ihren Hass gegen die Minderheit ganz freiwillig und aus eigener Initiative.

Die NS-Regierung war in den ersten Jahren noch einigermaßen auf internationale Reputation bedacht, und das galt auch für die Judenpolitik. Deshalb löste die Demütigung einer Frau in Beuthen (Oberschlesien) noch amtliche Reaktionen aus. Wegen ihres Verhältnisses mit einem Juden waren ihr von zwei Rädelsführern die Haare abgeschnitten worden, sie wurde mit Teer beschmiert und sollte mit einem Schild um den Hals von einer Menschenmenge eskortiert durch die Stadt geführt werden, was durch die Polizei verhindert wurde. Mit Rücksicht auf das Genfer Minderheitenschutz-Abkommen und das internationale Interesse an dem Gebiet seiner Geltung reagierten die Behörden energisch. Die Haupttäter seien einem KZ zugeführt worden, berichtete die Gestapo dem Auswärtigen Amt im August 1935 (Dokument 186).

Bemerkenswert die Begründung, mit der die altherwürdige Historische Zeitschrift im Frühjahr 1936 eine Rubrik „Geschichte der Judenfrage“ einführte, nicht weniger die Verhaltensmaßregeln für die SA während der Olympiade: Dem Ausland sei zu beweisen, dass Behauptungen über Judenverfolgung in Deutschland Lügen seien. Wie ernst das gemeint war, ergibt sich auch aus einer Beschwerde des Staatssekretärs Pfundtner vom Reichsinnenministerium an den bayerischen Ministerpräsidenten Siebert. Pfundtner gebrauchte in Bad Kissingen im August 1936 die

Kur und fühlte sich von den „vielen Juden“ dort belästigt. Dagegen müsse etwas unternommen werden, „zumal ja die Olympiade jetzt vorbei ist“ (Dokument 244).

Jede Edition, die mit hohem Anspruch Dokumente präsentiert und kommentiert, evoziert auch Kritik im Detail. So wäre der unreflektierte Gebrauch des Terminus „Rassenschande“ anzumerken oder zu bemängeln, dass Elisabeth Schmitz, Autorin eines zu Recht abgedruckten Briefes über antijüdische Vorurteile in der Bekennenden Kirche, nicht nur Studienrätin war, als die sie vorgestellt wird, sondern Autorin einer wichtigen Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“, mit der sie die Berliner Bekenntnis-Synode im September 1935 hatte aufrütteln wollen. Und zur Annonce des Verlags für den berüchtigten Kommentar von Stuckart und Globke zu den Nürnberger Gesetzen hätte angemerkt werden müssen, dass Globke eben nicht zu den „amtlich beteiligten Verfassern“ des Gesetzes gehörte, wie der Verlag aus Werbegründen unterstellte und wie später die DDR-Propaganda mit nachhaltigem Erfolg zur Zementierung des Globke-Mythos behauptete. Globke war – schlimm genug – Kommentator der Gesetze, er war ein willfähriger Opportunist und Gehilfe, aber kein Täter. Wert, Bedeutung und Brauchbarkeit des Bandes sind freilich durch solche Minimalia nicht beeinträchtigt.

Und schließlich: Musste das Vorwort der acht Herausgeber (die drei Institutionen repräsentieren, das Institut für Zeitgeschichte, den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg und das Bundesarchiv) der Reihe so pompös ausfallen? Was ist ein „Schriftdenkmal für die ermordeten Juden Europas“? Und warum wird (mit dem der Formulierung immanenten Tremolo) versichert, dass es wichtig sei, „eine solche Edition in Deutschland zu erarbeiten“? Ja wo denn sonst?

Der Band schließt mit einem Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland über Fürsorgemaßnahmen im Jahr 1937 (Dokument 320). Der Report über die „Wohlfahrtspflege“ in der zunehmend von Not, Armut und Elend gekennzeichneten jüdischen Gemeinschaft spiegelt das Ergebnis der ersten vier Jahre nationalsozialistischer „Judenpolitik“. Bei rapide schwindenden Ressourcen stand die Zentralwohlfahrtspflege der Juden vor zunehmend unlösbaren Problemen. Die Not des 13-jährigen jüdischen Mädchens Hildegard aus dem Bezirk Kassel war kein Einzelfall: „Nach völliger Verarmung der Familie Auflösung des Haushaltes, damit die Eltern Stellungen annehmen können; die Kinder, sonst ohne Aufsicht und Pflege, sind inzwischen in das Waisenhaus Kassel aufgenommen worden.

Von den aufzubringenden RM 45.– monatlich können RM 20.– durch Angehörige, RM 10.– durch die Wohlfahrtsstelle Kassel aufgebracht werden. Der Antrag an die Gefährdeten-Fürsorge der Zentralwohlfahrtsstelle auf Übernahme der restlichen RM 15.– monatlich musste wegen Mittelverknappung abgelehnt werden.“

Die Einleitung Wolf Gruners ist vorzüglich, sie setzt hohe Maßstäbe für die Folgebände.

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 1, Deutsches Reich 1933–1937. Bearbeitet von Wolf Gruner. R. Oldenbourg Verlag, München 2008. 811 Seiten, 59,80 €.

Die Autorinnen und Autoren

SINA ARNOLD, geb. 1979, M. A., Studium der Ethnologie, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft in Berlin und Manchester. Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus von links, Arabischer Antisemitismus. Bildungsreferentin zu den Themen Antisemitismus, Antirassismus, Gender/Queer; Betzavta- und Social Justice-Trainerin. Mitbegründerin des „International Institute for Education and Research on Antisemitism“.

WOLFGANG BENZ, geb. 1941, Studium (Geschichte, Politische Wissenschaft, Kunstgeschichte) in Frankfurt am Main, Kiel, München, 1969–1990 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München. Seit 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, 1992 Geschwister-Scholl-Preis, Vorsitzender der Gesellschaft für Exilforschung, Mitherausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Gastprofessuren in Australien, Mexiko, Bolivien, Belfast und Wien. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, u. a.: Lexikon des Holocaust (München 2002, Hrsg.); Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager (Bd. 1 ff. München 2005 ff., Hrsg.); Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung (München 2007); Antisemitismus und radikaler Islamismus (Essen 2007, zusammen mit Juliane Wetzel, Hrsg.).

SARA BERGER, geb. 1978, Studium der Geschichte, Italienischen Literaturwissenschaft und Sozialpsychologie an der Ruhr-Universität-Bochum und der Università degli Studi di Genova, 2005 M. A. an der Ruhr-Universität-Bochum mit dem Thema „Die Judenverfolgung in der Republik von Salò und ihre Aufarbeitung vor deutschen Gerichten“. Mitarbeit an Projekten des Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea in Mailand. Zurzeit Arbeit an einem Promotionsvorhaben zu den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhard“. Forschungsschwerpunkt: Verfolgung von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus. Veröffentlichungen u. a.: Judenverfolgung und Kollaboration in der

Republik von Salò, in: „... denn in Italien haben sich die Dinge anders abge-
spielt“. Judentum und Antisemitismus im modernen Italien, hrsg. v. Gudrun
Jäger/Liana Novelli-Glaab, Berlin 2007, S. 177–197; La deportazione degli ebrei
dall'Italia, in: Album Auschwitz, hrsg. v. Marcello Pezzetti, Turin 2008, S. 253 ff.;
Mitarbeit bei Ausstellungskonzeption und -katalog „16 ottobre 1943. Gli occhi
di Aldo Gay“, Rom 2007.

CLAUS BERNET, Dr. phil., Studium der Geschichtswissenschaften, Kunstgeschichte
und Stadtplanung in Berlin, Wien und Birmingham (UK), 2005 Dissertation an
der Martin-Luther-Universität Halle im Bereich Frühe Neuzeit. Parallel dazu
Studium der Erziehungswissenschaften an der FU-Berlin, Promotionsarbeit
zum Erziehungsgedanken in nichtstaatlichen Einrichtungen. Lehrveranstal-
tungen an der FU-Berlin zur Gewaltprävention (PAG) und zur neosokratischen
Gesprächsführung. Forschungsgebiete: historische Friedenskirchen, Pietis-
mus, Stadtgeschichte, Genossenschaftswesen. Derzeit Arbeit an einer Studie zu
deutsch-italienischen Intellektuellen um 1900 (Stipendium des Literaturarchivs
Marbach 2008). Ansonsten tätig als Berater für die Lebenshilfe e. V. in Berlin.

MIRIAM BISTROVIC, geb. 1981, Studium der Neueren Geschichte und Kunstwis-
senschaft in Berlin. Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung
der TU Berlin, seit Juli 2008 Forschungsaufenthalt am Zentrum für Deutsch-
land- und Europastudien an der Universität Tokio. Dissertationsvorhaben zum
Thema „Aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus und Philosemitismus in
Japan“. Weitere Arbeitsschwerpunkte: christlicher Antijudaismus, Vergangen-
heitsbewältigung in Japan und Deutschland, Entstehung und Verbreitungswege
antisemitischer Verschwörungstheorien.

NINA BSCHORR, geb. 1971, studierte Geschichte und Politik in München. Seit 1999
arbeitet sie als Verlagslektorin in Frankfurt am Main.

ISABEL ENZENBACH, M. A., nach dem Studium der Evangelischen Theologie in
München und Berlin Religionslehrerin, seit 2000 Mitarbeiterin am Zentrum
für Antisemitismusforschung, darunter am Forschungsprojekt Rettung von
Juden im nationalsozialistischen Deutschland, an Bildungsprojekten und der

Entwicklung von Unterrichtsmaterial gegen Antisemitismus. Zurzeit Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung zum Thema „Jüdische Geschichte, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Grundschulunterricht“.

THOMAS GONDERMANN, Dr. phil., studierte Sozialwissenschaften in Hamburg und Essex und promovierte an der Universität Hamburg mit einer Arbeit über die viktorianische Anthropologie (Evolution und Rasse. Theoretischer und institutioneller Wandel in der viktorianischen Anthropologie, Bielefeld 2007). Sein gegenwärtiges Forschungsinteresse liegt in der Wissenschaftsforschung.

GÜNTHER JIKELI, geb. 1973, 2002 Dipl. in Technischem Umweltschutz, Dipl. Soziologe, Mitbegründer der „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ und des „International Institute for Education and Research on Antisemitism“ (in London/Berlin). Zurzeit Arbeit an einer Dissertation am Zentrum für Antisemitismusforschung zum Thema „Patterns of Antisemitism among young Muslims in Europe“. Jüngere Publikationen zum Thema: The Kreuzberg Initiative against Antisemitism among Youth from Muslim and non-Muslim Backgrounds in Berlin, in: Michael Fineberg u. a. (Hrsg.), *Anti-Semitism. The Generic Hatred*, London u. a. 2007; Pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus mit Jugendlichen mit arabischem/muslimischem Familienhintergrund, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), *Antisemitismus und radikaler Islamismus*, Essen 2007.

ANGELIKA KÖNIGSEDER, geb. 1966, Dr. phil., 1996 Promotion in Neuerer und Neuester Geschichte an der TU Berlin, seit 1996 wiss. Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung. Redakteurin der von Wolfgang Benz und Barbara Distel herausgegebenen Reihe „Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“. Zahlreiche Veröffentlichungen zur jüdischen Nachkriegsgeschichte, zum Nationalsozialismus und zur Vorurteilsforschung, u. a. Türkische Minderheit in Deutschland, in: *Informationen zur politischen Bildung*. Themenheft: Vorurteile, Stereotypen, Feindbilder, Bonn 2001.

DANIELA KRAUS, geb. 1972, Studium der Geschichte in Wien, Promotion über die Kolonie Nueva Germania. Seit 1999 freie journalistische und wissenschaftliche Tätigkeit sowie Entwicklung und Durchführung von Aus- und Weiterbildungs-

maßnahmen für Journalistinnen. Seit 2005 Geschäftsführerin „Medienhaus Wien“ mit den Arbeitsschwerpunkten Journalismusforschung und -qualifizierung.

JOCHEN MÜLLER, Dr. phil, Islamwissenschaftler und Mitbegründer von „ufuq.de – Medienforschung, Jugendkultur und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ (www.ufuq.de). Zu den Themen Islam und islamische Jugendkultur sowie demokratiegefährdenden Einstellungen bei jungen Muslimen ist er derzeit als Autor, Berater sowie in der Weiterbildung von Multiplikator/innen und für die Bundeszentrale für politische Bildung im Projekt „Jugendkultur, Religion und Demokratie“ tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen u. a. zum Islam, zu den arabischen Medien sowie zu Ideologien und Einstellungen im Nahen und Mittleren Osten und unter Migranten aus der Region.

SHLOMO SHAFIR, Dr. phil., Studium der Geschichte an der Hebrew University of Jerusalem und an der Georgetown University, Washington D. C.; Ph.D. 1971. Chefredakteur der Hebräischen Zeitschrift für jüdische Probleme, Geshet, Jerusalem 1974–2005. Veröffentlichungen u. a.: *Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany*, Detroit 1999; *Eine ausgestreckte Hand: Deutsche Sozialdemokraten, Juden und Israel, 1945–1967*, Tel Aviv 1986 (Hebräisch). Beiträge in wissenschaftlichen Sammelbänden und Zeitschriften in Englisch, Deutsch und Hebräisch.

YASEMIN SHOOMAN, geb. 1980, Studium der Neueren Geschichte und Neueren Deutschen Philologie. Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Arbeitet zurzeit an einer Dissertation zum Vergleich gegenwärtiger Islamdiskurse mit Debatten zur Judenemanzipation im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt auf der deutsch-polnischen Geschichte im 20. Jahrhundert.

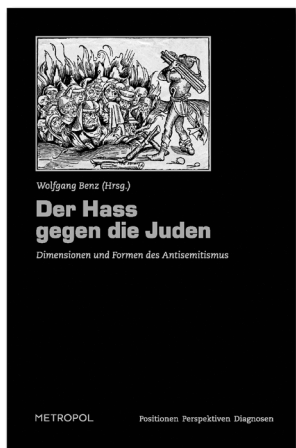
MARIJA VULESICA, geb. 1978, studierte von 2000 bis 2005 Geschichte, Ost- und Südosteuropäische Geschichte sowie Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und war einige Jahre als Journalistin tätig. Seit 2007 ist sie Doktorandin an der FU und Mitglied des Forschungskollegs „Antisemitismus in Europa“ am

Zentrum für Antisemitismusforschung. Das Thema ihrer Dissertation lautet „Antisemitismus in Kroatien-Slawonien 1873 bis 1914“.

PETER WIDMANN, Dr. phil., geb. 1968, Wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Antisemitismusforschung und Lehrbeauftragter im Fachgebiet Politikwissenschaft der Technischen Universität Berlin, studierte nach einer Ausbildung zum Rundfunkredakteur Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und promovierte über kommunale Minderheitenpolitik im Nachkriegsdeutschland. Veröffentlichungen u. a. zur Migrationspolitik, zu Sinti und Roma, zum Nationalsozialismus und zur politischen Rolle der Medien.



METROPOL VERLAG



2008
ISBN 978-3-940938-82-6
228 Seiten · 19,- €

POSITIONEN
PERSPEKTIVEN
DIAGNOSEN
Band 2

WOLFGANG BENZ (Hrsg.)

Der Hass gegen die Juden

*Dimensionen und Formen
des Antisemitismus*

Judenfeindschaft in ihren verschiedenen Erscheinungsformen – christlicher Antijudaismus, Rassenantisemitismus, sekundärer Antisemitismus der Schuldumkehr nach dem Holocaust, Antizionismus – präsentiert sich in so vielen Facetten, dass oft von einem „neuen Antisemitismus“ gesprochen wird. Tatsächlich ist es aber immer der alte Hass, der mit stereotypen Bildern von Juden, mit Klischees und tradierten Einstellungsmustern transportiert wird. Theodor W. Adorno hat den Antisemitismus „das Gerücht über den Juden“ genannt und damit den Kern aller Judenfeindschaft enthüllt: Die Minderheit wird über Feindbilder definiert, um sie negativ instrumentalisieren zu können.

Metropol Verlag

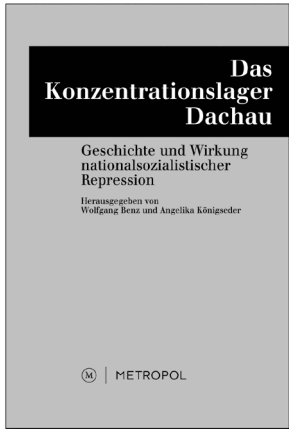
Ansbacher Str. 70
D-10777 Berlin

Telefon (030) 23 00 46 23
Telefax (030) 2 65 05 18

veitl@metropol-verlag.de
www.metropol-verlag.de



METROPOL VERLAG



2008
ISBN 978-3-940938-10-7
462 Seiten · 24,- €

Das Konzentrationslager Dachau

*Geschichte und Wirkung
nationalsozialistischer Repression*

Herausgegeben von
Wolfgang Benz und Angelika Königseder

In dreißig Beiträgen renommierter Autoren werden die Entwicklung des KZ Dachau von der Gründung im März 1933 bis zur Befreiung durch die US-Army Ende April 1945 beschrieben und die Geschichte der Nachnutzung als Internierungs-, Kriegsgefangenen- und DP-Lager bis zur Errichtung der Gedenkstätte 1965 und ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart dargestellt. Exemplarisch sind Täter und Opfer thematisiert, die Gesellschaft der Gefangenen steht im Mittelpunkt des Bandes: Kinder und Jugendliche als Häftlinge, Nationalitäten, »Aktionsjuden«, Zeugen Jehovas, »Asoziale« und »Berufsverbrecher«, Geistliche. Sieben Überlebende des Konzentrationslagers kommen mit autobiografischen Texten zu Wort.

Metropol Verlag

Ansbacher Str. 70
D-10777 Berlin

Telefon (030) 23 00 46 23
Telefax (030) 2 65 05 18

veitl@metropol-verlag.de
www.metropol-verlag.de

